
3 1761 07985859 3



# J'ACCUSE

VON

EINEM DEUTSCHEN

# J'accuse!

VON

EINEM DEUTSCHEN

[Richard Grelling]

*Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht,*
*Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.*





LAUSANNE
VERLAG VON PAYOT & Cie

1915

Dritte Auflage.

IMPRIMERIES RÉUNIES S. A. LAUSANNE.



# Vorwort des Herausgebers.

Das Buch *J'accuse*, von einem deutschen Patrioten geschrieben und mir anvertraut, übergebe ich hiermit der Oeffentlichkeit. Ich halte dieses Werk für eine Tat, die dem Deutschen Volke und der Menschheit nur zum Segen gereichen kann, und übernehme daher die Verantwortung für die Veröffentlichung.

Dr. Anton Suter

Lausanne, den 20. April 1915.



*Mit Rücksicht auf die Kriegslage und die Censurverhältnisse sind einige Stellen aus dem Manuskript bis auf Weiteres fortgelassen worden. Die Stellen sind durch weissen Raum gekennzeichnet.*

*Der Verlag.*



# J'ACCUSE!

## I.

## Deutschland, wach' auf!

**La vérité est en marche.**

Wenn in Preussen-Deutschland ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz existierte, wie es in allen wirklich parlamentarisch regierten Ländern existiert und wie es dem preussischen Volke nebst vielen anderen schönen Dingen seit nunmehr 64 Jahren versprochen ist, so müsste der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident Dr. von Bethmann Hollweg unter Anklage gestellt und

verurteilt werden.

Als mildernder Umstand könnte ihm wohl angerechnet werden, dass er nicht die treibende, sondern die getriebene Kraft zum Kriege gewesen ist, getrieben von oben und von unten. Aber ein Minister, der sich zum Werkzeug der Kriegshetzer hergibt, der die Unverantwortlichen mit seiner Verantwortlichkeit deckt, der die schmähliche Aufgabe übernimmt, den

längst vorbereiteten Angriffskrieg vor seinem Volke und aller Welt als einen Verteidigungskrieg hinzustellen, der durch diese Lüge das fürchterlichste Unglück entfesselt, welches je über unsern Erdball hereingebrochen ist, und seinem Vaterlande, ob

es siegt oder unterliegt, auf Generationen hinaus unheilbare Wunden schlägt, — der die Blüte der Nation zu vielen Hunderttausenden dem Tode oder der Verstümmelung überliefert, die mühsame Arbeit eines halben Jahrhunderts mit einem Schlage vernichtet, die Kulturbande der zivilisierten Nationen jäh zerreisst und blühende Teile Europas in Trümmerfelder verwandelt, — er wird die Strafe tragen müssen, die solcher Missetat zukommt.

* * *

Indem ich nachstehend die Anklagepunkte zusammenstelle, welche die ausschliessliche Schuld Deutschlands und seines Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn an dem Weltkriege dartun, bin ich mir wohl bewusst, mich der abfälligen Kritik eines grossen Teils des deutschen Publikums auszusetzen, welches es für patriotische Pflicht erklärt, sich der Wahrheit zu verschliessen oder, wenn man sie erkannt, sie während der Dauer des Krieges zu verheimlichen.

Nur aus diesen beiden Gesichtspunkten heraus ist der augenblickliche Geisteszustand eines so hoch intelligenten Volkes, wie

des deutschen zu verstehen. Der am 31. Juli proklamierte « Kriegszustand », welcher das geistige Leben Deutschlands unter die Oberaufsicht von Generälen gestellt hat und noch heute, nach über sechs Monaten, sorgfältig die Grenzen bewacht, damit nur ja kein Hauch fremden Geisteslebens, fremder Auffassungen, die die deutsche Einigkeit stören, fremder Urkunden und Beweismittel, die dem deutschen Volke ein Licht aufstecken könnten, ins Land dringe — dieser Kriegszustand hat es zuwege gebracht, dass neun Zehntel aller Deutschen blind den geschickt geprägten Phrasen von der « aufgedrungenen Notwehr », dem « Kampfe für unsere Freiheit und Kultur gegen Ueberfall und Unterdrückung » gefolgt sind. « Die Franzosen und Russen sind bereits über die Grenzen gedrungen » — « Das Vaterland ist in Gefahr » — « Man will uns demütigen » — « Mitten im Frieden überfällt uns der Feind » — « Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich » — « Unsere heiligsten Güter, das Vaterland, den eigenen Herd gilt es gegen ruchlosen Ueberfall zu schützen » — « Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer grossen Vergangenheit und um unsere Zukunft. » Mit diesen und ähnlichen Phrasen (die sämtlich den offiziellen Schriftstücken entnommen sind) hat man in *bewusster Absicht* das deutsche Volk betört, seinen Patriotismus entflammt und es zu unsagbaren, ungeheuerlichen Opfern an Gut und Blut begeistert.

« Die wenigen, die was davon erkannt,
Die töricht g'nug ihr volles Herz nicht wahrten,
Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
Hat man von je gekreuzigt und verbrannt. »

Die wenigen, die allmählich nach den ersten Taumeltagen zur Besinnung gelangten, die sich hinter dem Rücken der militärischen Zensoren ausländische Dokumente und Darstellungen zu verschaffen wussten und durch sorgfältiges Studium und Vergleichen allmählich der Wahrheit auf die Spur kamen, — sie mussten diese Wahrheit in sich verschliessen, da es für unpatriotisch galt und gilt, sie auszusprechen, — da jede Aeusserung in Wort oder Schrift von der Militärgewalt unterdrückt und der Missetäter zur Strafe gezogen worden wäre.

glauben, dass deutsche Intellektuelle sich und dem deutschen Volke einreden könnten, die deutsche Kultur sei in Gefahr und müsse mit Zeppelinen und 42 cm-Geschützen verteidigt werden

Die « Kriegsneurose » ist wahrhaft epidemisch geworden, wie im Mittelalter der Veitstanz und das Flagellantentum. Wie die Derwische im Orient stundenlang dieselben Gebetsformeln ausstossen und dieselben gymnastischen Bewegungen mit Armen und Beinen und Rumpf vollführen, bis sie schliesslich betäubt, den Schaum vor dem Munde, niederfallen, so wiederholen die deutschen Gelehrten nun seit Monden dieselben patriotischen Litaneien, dieselben beweislosen Behauptungen, deren *Gegenteil* aber bewiesen ist, recken sich beständig mit Armen und Beinen und Rumpf in die Höhe, bis sie und ihr Volk — nach ihrer Meinung — alle anderen Völker der Erde überragen und, wenn nicht gottähnlich, so doch zum mindesten das auserwählte Volk Gottes werden; sie betäuben sich an ihren eigenen Phrasen, bis ihnen der patriotische Geifer vor dem Munde steht und sie anbetend vor sich selber niedersinken..... Aber sie werden aus ihrer Betäubung dereinst erwachen, und auf den wilden Rausch wird ein fürchterlicher Katzenjammer folgen.

* * *

Diese Schrift ist dazu bestimmt, das Erwachen zu beschleunigen. Dies halte *ich* für patriotische Pflicht: denn je länger der Rausch dauert, um so schlimmer die Folgen für den deutschen Volkskörper, um so schwerer und schrecklicher das Erwachen. Nur die bessere Einsicht in die Ursprünge und Zwecke dieses Krieges, nur die Erkenntnis der Schuld und der Verantwortung für diesen Krieg kann eine Wendung zum Besseren herbeiführen.

## Ist ein Sieg Deutschlands und Oesterreichs zu erwarten?

### Die Wirtschaftslage der kriegführenden Länder.

*An einen Sieg der verbündeten Kaiserreiche ist heute nicht mehr zu denken.* Die finanzielle und militärische Uebermacht der gegen sie vereinigten Länder ist so gross, dass sie durch keine

militärische Tüchtigkeit Deutschlands, durch keine noch so grossen Opfer an Menschen und Wohlstand ausgeglichen werden kann. Alle Deklamationen von « Durchhalten bis zum letzten Atemzuge », alle falschen Vorspiegelungen von der ökonomischen Widerstandskraft der deutschen Volkswirtschaft können hieran nichts ändern. Der Goldbestand der Reichsbank ist kein Beweis einer noch erträglichen Wirtschaftslage : ist doch beinahe alles umlaufende Gold in die Bank geflossen und sind doch die drei Milliarden Darlehenskassenscheine nicht durch Gold, sondern nur durch unrealisierbare Waren und Effekten gedeckt. Die Industrie ist nur insoweit beschäftigt als sie für den Inlandsbedarf und für Militärzwecke arbeitet. Das Geld für die Militärlieferungen aber wird vom deutschen Steuerzahler aufgebracht und muss in seiner unproduktiven Anlage als reiner Verlust gebucht werden. *Eine* Klasse allerdings hat nichts zu klagen, die Agrarier. Das sind die Rufer im Streit, das sind die Kriegshetzer, die Imperialisten und Chauvinisten, welchen das deutsche Volk diesen entsetzlichen Krieg zu verdanken hat. Aus ihren Reihen gehen die Obersten und Generäle hervor, die Bernhardi und Frobenius, die dem deutschen Reich seine historische Mission : « Weltmacht oder Niedergang » vorschreiben und ihm seine « Schicksalstunde » verkündigen. Sie sind es, die das Ohr der Höchsten besitzen und ihnen das Gift ihrer selbstischen Ideen einträufeln. Sie sind es aber auch gleichzeitig, welche das beste Geschäft im Kriege machen. Bluten müssen natürlich auch sie und ihre Genossen, aber was sie an Blut verlieren, fliesst ihnen an Gold wieder zu, an Gold in Tressen und in blanken Münzen. Carrière machen sie und, je mehr Offiziere fallen, um so besser für den Nachwuchs! Und Geschäfte machen sie so glänzend, wie sie sie nie im Frieden machen könnten. Die Preise ihrer Produkte, Getreide, Kartoffeln, Vieh würden ins Ungemessene steigen, wenn die Regierung sich nicht schliesslich zur Festsetzung von Höchstpreisen gezwungen gesehen hätte. Aber auch diese Höchstpreise übersteigen jetzt bereits in ungeheurem Masse die Preise, welche je in Friedenszeiten gezahlt worden sind [1].

Der Arbeiter aber und der Mittelstand verkommt und verküm-

---

[1] Inzwischen wird das Brot immer knapper und ist bereits das Getreidemonopol und die staatliche Brotverteilung eingeführt worden.

mert. Dem deutschen Handel, dem Bankwesen und der Grossindustrie werden, je länger der Krieg dauert, um so sicherer die Verbindungen mit dem Auslande abgegraben. Unseren Gegnern, England und Frankreich, sowie den neutralen Staaten stehen die Weltmeere offen: es wäre wunderbar, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, sich allmählich an den ausländischen Märkten an unsere Stelle zu setzen. Der Export und Import Italiens und Hollands müssen notwendig mit der Ausschaltung Deutschlands eine aufsteigende Richtung nehmen. Die Bemühungen Englands, unsern Handel aus Amerika, Asien und Afrika zu verdrängen, werden, je länger der Krieg dauert, um so erfolgreicher sein und jedenfalls werden Jahrzehnte vergehen, ehe wir wieder denselben Stand erreicht haben werden, wie vor dem Kriege. Während so das deutsche Wirtschaftsleben einer langsamen Verblutung entgegengeht, wird dieser Prozess noch beschleunigt durch die Notwendigkeit, die ungeheuren Mittel für die Unterhaltung unserer Millionenheere und die Kriegführung aufzubringen. Man hat von sachverständiger Seite die Unterhaltungskosten pro Mann und Tag auf 10 Mark berechnet, wobei die Abnützung der Materialien, der Verbrauch der Munition — ein einziger Schuss unserer 42-cm-Mörser soll Tausende von Mark kosten —, der Verlust von Kriegswerkzeugen aller Art noch nicht in Betracht gezogen ist. Wenn wir 5 Millionen Soldaten unter Waffen halten, so kostet uns der Krieg an barem Geld aus der Tasche bezahlt täglich 50 Millionen Mark, monatlich 1 1/2 Milliarden, jährlich 18 Milliarden. Rechnet man dazu die obigen Abnützungen, Aufwendungen, Verluste an Materialien, so wird man die jährlichen Kriegskosten auf nicht weniger als 25 Milliarden Mark schätzen können, dass heisst auf 5 Milliarden mehr als die sämtlichen Schulden des deutschen Reichs und der Einzelstaaten zusammengenommen im Jahre 1912 betragen haben.

Die Richtigkeit dieser Rechnung wird auch ungefähr durch die bisher im Deutschen Reiche geforderten und bewilligten Kriegskredite von 10 Milliarden Mark, zu welchen der Wehrbeitrag von 1913 gleich 1 Milliarde Mark hinzuzurechnen ist, bestätigt. Diese Kriegskredite sollen etwa bis zu Ende des Wirtschaftsjahres, also bis zum 31. März 1915 reichen, sind aber zweifellos nicht bestimmt und nicht ausreichend, um eine

vollständige laufende Ergänzung der verlorenen und verbrauchten Kriegsmaterialien herbeizuführen. Wenn man die hierzu notwendigen Beträge hinzufügt, so wird man ungefähr auf den oben berechneten Jahresbedarf für den Krieg von 25 Milliarden Mark kommen.

Die ungezählten Milliarden, welche der Krieg unserm Wirtschaftsleben kostet und schon gekostet hat, sind überhaupt nicht zu berechnen. Die Börsen sind geschlossen. Kein Mensch weiss heute, was er besitzt. Jedenfalls sind fast alle Werte so gut wie unrealisierbar und ohne das raffiniert ausgeklügelte, aber im Grunde doch auf tönernen Füssen stehende System der Darlehenskassen, ohne die Schutzgesetze vom 4. August und alle möglichen anderen Massregeln, welche die Krankheit teils aufhalten, teils verschleiern sollen, würde der Zusammenbruch unseres deutschen Wirtschaftslebens binnen kurzem zur Tatsache werden.

Dabei schimpft man in allen Tonarten auf England, weil es seine bevorzugte geographische und wirtschaftliche Lage sich zu nutze macht. Würden *wir* etwa anders handeln an Englands Stelle? » A la guerre, comme à la guerre. » Jeder verteidigt sich eben so gut wie er kann und, wenn die Engländer ausser ihrem Landheer und ihrer Flotte auch noch ihre wirtschaftliche Uebermacht benutzen, um uns niederzuwerfen, wer kann ihnen mit Recht einen Vorwurf daraus machen? Spekulieren *wir* nicht auf die Mohamedaneraufstände in den englischen Kolonien, hinter denen wir selbst als spiritus rector stehen? Erheben wir nicht von dem armen verwüsteten, dem Elend und bald der Hungersnot preisgegebenen Belgien, welches doch nur seine Unabhängigkeit und Freiheit verteidigt, (dies ein *wirklicher* Befreiungskrieg!) — erheben wir nicht von dem ausgesogenen Lande und seinen ganz- oder halbverwüsteten Städten viele Hunderte von Millionen Mark als sogenannte Kriegskontributionen? Von meinem persönlichen Standpunkte aus ist der wirtschaftliche Krieg, den uns England macht, dem blutigen Kriege, den wir in die Welt getragen haben, bei weitem vorzuziehen: der blutige Kampf kostet Menschenleben und wirtschaftliche Werte zugleich; der Handelskrieg erfordert nur wirtschaftliche Opfer, erspart aber das, was schliesslich das Wertvollere ist, die Menschenleben. Er nähert sich darin schon beinahe dem Friedenszustande zwischen Län

dern, deren Beziehungen nicht durch Handelsverträge geregelt sind : auch hier wirtschaftlicher Kampf ohne Menschenverluste. Und es eröffnet sich hier sogar eine Perspektive für Kampfformen in zukünftigen Gestaltungen der menschlichen Gesellschaft : kein Kampf mehr mit den Waffen aus Stahl und Eisen, sondern Kampf der Nerven und der Gehirne, verfeinerter Kampf civilisierter Menschen, welche sich immer mehr von dem brutalen Körperkampf der wilden Tiere und der barbarischen Völker — unter denen Europa heute den ersten Platz einnimmt — entfernen werden...

Natürlich ist es ein schwacher Trost, dass auch die anderen kriegführenden Länder sich aufreiben. Ein wirtschaftlich noch so wenig entwickeltes Land wie Russland, welches trotz seiner 180 Millionen Einwohner nur einen Export und Import von 6 Milliarden Mark im Jahre 1912 hatte, kommt bei der Vergleichung überhaupt nicht in Betracht. Je entwickelter das Wirtschaftsleben eines Landes, je ausgebreiteter sein Handel und seine Industrie, um so empfindlicher die Wirkungen des Krieges. Was aber Frankreich und England anbetrifft, so sind diese Länder einmal unendlich viel reicher als Deutschland und dann stehen ihnen, wie bereits bemerkt, nach dem Untergang der wenigen deutschen Korsarenkreuzer alle Weltmeere offen, um ihre Produkte hinauszutragen und die nötigen Rohstoffe, Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel aus dem Auslande hereinzubringen. Es ist töricht und verderblich zugleich, wenn die deutsche Presse und Oeffentlichkeit sich und andere hierüber zu täuschen sucht.

Der Kredit der mit uns kriegführenden Länder, soweit Frankreich und England in Betracht kommen, hat bisher kaum gelitten. Die französischen und englischen Noten haben im Auslande fast unverändert ihren Kurs bewahrt, während die deutschen Noten immer tiefer sinken. Die Hundertmarknote konnte im Auslande bereits mit 112 Fr. (statt nominell 125 Fr.) erworben werden, während die englische Pfundnote zu derselben Zeit 26 Fr. (statt nominell 25 Fr.) kostete.

Die deutsche Kriegsanleihe zu 5 % ist zum Kurse von 97 ½ % emittiert worden, während die englische Kriegsanleihe zu 3 ½ % einen Emissionskurs von 95 % hatte. Wäre der Reichtum und der Kredit des deutschen Reiches dem englischen gleich, so wäre

die deutsche fünfprozentige Reichsanleihe etwa 40 % mehr wert als die englische dreiundeinhalbprozentige und hätte zu einem Kurse von etwa 135 % statt zu 97 ½ % emittiert werden können.

In diesem Riesenunterschied zeigt sich mit voller Klarheit das Verhältnis der wirtschaftlichen Lage und der Widerstandskraft der beiden Länder zu einander. Da hilft kein Patriotisieren und Vertuschen. Tatsachen beweisen. Je mehr wir die Tatsachen ignorieren, um so schlimmer für uns. Den anderen streuen wir keinen Sand in die Augen, aber indem wir uns selbst belügen, wiegen wir uns in Hoffnungen, die unerfüllbar sind, werden immer hartnäckiger in der Fortsetzung des unseligen Kampfes und richten uns schliesslich vollends zu Grunde.

## Die politische und militärische Lage der kriegführenden Länder.

Ebenso wie es um die wirtschaftliche Seite der Sache steht, so steht es um die politische und militärische.

Unsere sämtlichen, mit vielen Hunderten von Millionen aufgebauten und mit einer gewissen mütterlichen Liebe gepflegten Kolonien haben wir verloren. Oesterreich hat Galizien und einen Teil der Bukowina verloren und Ungarn ist in Gefahr, von den Russen überflutet zu werden. Dafür ist Belgien und die nordöstliche Ecke Frankreichs von den Deutschen und ein kleiner Teil des östlichen Polens von den verbündeten deutschen und österreichischen Armeen besetzt. Nicht zu vergessen, dass französische Truppen noch immer im Oberelsass sind und russische noch bis vor wenigen Tagen in Ostpreussen waren [1].

Wir sehen also, dass im Besitze beider Parteien eine Anzahl Austauschobjekte sind, welche bei Beendigung des Krieges ähnlich wie die Kriegsgefangenen beiderseitig zurückzugeben sind. Je mehr sich der Krieg verlängert und erweitert, je mehr andere Länder sich den kriegführenden Parteien anschliessen, um so mehr wird die Anzahl der Austauschobjekte anwachsen. Während die Türken gegen den Suezkanal vordringen, machen die En-

---

[1] Dies Buch ist im Februar abgeschlossen, konnte also spätere Ereignisse nicht berücksichtigen, die aber auch an dem Endresultat des Krieges nichts ändern werden.

gländer in Persien, Mesopotamien und Arabien Fortschritte : auch hier wird es vermutlich zu Besitzergreifungen von beiden Seiten führen, welche beim Friedensschluss ausgetauscht werden müssen.

Der Weltkrieg wird sozusagen trotz der fürchterlich blutigen täglichen Zusammenstösse *aneinander vorbei* geführt und es wäre eigentlich die beste, weil menschlichste Lösung, wenn die Zusammenstösse immer geringer, dagegen die gegenseitigen Gebietsbesetzungen immer umfangreicher würden. Das Resultat wäre dasselbe wie jetzt, bloss mit weniger Blutvergiessen. Denn niemand wird sich vom militärischen Standpunkt aus noch der Illusion hingeben können — ebenso wenig wie vom ökonomischen Standpunkt aus —, dass der Krieg mit einem *Sieg* der vereinigten Kaiserreiche enden könne.

Das muss heute bereits als vollkommen ausgeschlossen angesehen werden. Die Kämpfe im Osten sind im Grunde nichts anderes als eine Defensive, welche von Seiten Oesterreichs unglücklich, von Seiten Deutschlands nach den ersten Schlägen bisher glücklich durchgeführt worden ist. Was will die Besetzung von Lodz und meinetwegen auch die etwaige Eroberung von Warschau bedeuten einem Koloss wie dem russischen Reich gegenüber ? Ist Russland besiegt, wenn wir Halb- oder ganz Polen in unserm Besitz haben ? Nichts anderes als ein neues Austauschobjekt in unseren Händen, aber eine Besiegung Russlands ? Keine Spur !

Und die Lage in Frankreich ? Welche Schwierigkeiten haben wir zu überwinden, um nur die kleine nordwestliche Ecke Belgiens in unsern Besitz zu bringen ? Welche unsagbaren Opfer ? ! Wie viele tausende armer betörter heldenmütiger Soldaten sind dort in Schnee und Eis, in Gräben und Kanälen, in Schmutz und Schlamm elend zu grunde gegangen, einen letzten Abschiedshauch an Frau und Kinder und Mutter auf den Lippen, einen letzten Gedanken an Frieden und Heimat im Herzen ! — Weshalb ? Um einige Quadratmeter überschwemmtes ausgesogenes Land mit zerstörten Ortschaften und Städten in unsern Besitz zu bringen und dann der weiteren grossen Illusion nachzujagen : nach Calais ! nach England hin ! — Mir fällt dabei ein Bild ein, von Spangenberg, welches vor 30 Jahren auf der Berliner Kunstausstellung mit Recht bewundert wurde « die Jagd nach dem

Glück »: ein schönes nacktes Weib schwebt auf leuchtend irisierender Glaskugel vor einem Trupp wilder Reiter dahin, welche mit sehnsüchtiger Geberde den Lorbeerkranz zu ergreifen suchen, den sie in der erhobenen Rechten hält: sie lockt und lockt mit ihren berückenden Augen, ihr rotblondes Haar flattert im Winde, dass es beinahe die ersten Reiter berührt. Aber das Ziel ihrer Sehnsucht, der Kranz entschwindet immer von neuem ihren verlangenden Händen. Ein Abgrund tut sich auf, nur von einem schmalen Stamme überbrückt, der gerade breit genug ist, die Glückskugel mit der darüberschwebenden Göttin hinüberzuführen, der aber den nachjagenden Kriegern unvermeidlichen Tod bedeutet. Schon stürzt der erste in den Abgrund, die andern werden ihm folgen und das Glücksbild entschwindet auf Nimmerwiedersehen ...

So wird es, wie ich fürchte, mit der Invasion Englands gehen, welche dem deutschen Volke seit Beginn des Krieges als verlockendes Zauberbild vorgeführt wird. So nah das jenseitige Ufer erscheint, es wird uns nicht gelingen, hinüber zu kommen, « das Wasser ist viel zu tief ». Hunderttausende von Menschen können bei dem Versuch, wenn er gewagt werden sollte, zu Grunde gehen, und wenn wir selbst drüben sind, so wird ein Volkskrieg entfesselt und unsere Truppen, ihrer rückwärtigen Verbindungen beraubt, werden vom Feinde zermalmt werden. Was jeder Deutsche dem andern seit Monaten als Wunsch und Hoffnung zuflüstert, erscheint mir nichts anderes als eine kühne Phantasie, die an der unerschütterten Seemacht Englands schmählich zerschellen wird.

Trotz aller Bewunderung für die Leistungen unserer heldenmütigen Marine wäre es töricht, sich der Tatsache zu verschliessen, dass wir mit Zeppelinen und Unterseebooten — deren letztere notabene England in grösserer Anzahl als wir besitzt (im Jahre 1912 85, dazu 90 französische) — die Riesenübermacht der englischen Flotte nicht ausgleichen können. Wobei vor allem folgendes zu beachten ist: die englische Flotte würde die Angreiferin, die deutsche die Angegriffene sein, soweit diese überhaupt bis zum Kanal vordringen kann. Die deutsche Flotte müsste aber nicht nur sich selbst, sondern auch schwerfällige, an sich verteidigungsunfähige, Lastschiffe schützen, auf welchen eine Anzahl

Armeekorps mit allem Zubehör an leichter und schwerer Artillerie, Kavallerie, Train, Pioniertruppen, Automobilen und Luftfahrzeugen nach England hinübergeschafft werden müssten. Ist ein solcher Versuch überhaupt denkbar ? Ist es möglich, dass sich menschliche Wesen finden, welche in diesem ungeheuerlichen Umfange, zu Hunderttausenden andere Menschenleben mit einem Schlage dem Untergange aussetzen,

Es dürfte genug sein mit den Bergen von Leichen und Verstümmelten, welche heute schon die Schlachtfelder Europas, Asiens und Afrikas bedecken und für die Landwirtschaft fernerer Jahrhunderte einen guten Dünger abgeben werden. Soll auch noch der Meeresgrund mit menschlichen Leichen bedeckt werden ? Sind nicht genug die Tausende von braven Seeleuten, die heute schon den Tod im Wassergrab gefunden haben ? Sollen auch noch ganze Armeekorps auf einmal von den Wellen verschlungen werden ?....

Und wenn wir schon drüben sind, ist damit etwa der Krieg gewonnen, *haben wir damit England besiegt ?* Wird das englische Volk sich von dem deutschen in London die Friedensbedingungen diktieren lassen, wie man von jedem Faseler und Schwärmer in Deutschland täglich hören kann ? Werden die englischen Kolonien uns zufallen ? Nichts von alledem. Ich möchte Kanada und Indien und Australien und Neuseeland sehen, wie sie dem deutschen Eroberer zujubeln, der, wie der Reichskanzler so schön den amerikanischen Journalisten gesagt hat, der Welt die Freiheit bringen soll. Charity begins at home. Wer im eigenen Hause die Knechtschaft übt, kann nicht der Welt die Freiheit bringen. Welches Land ist politisch so rückständig und geknebelt wie Preussen-Deutschland, wenn man Russland und unseren erhabenen Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn ausnimmt? Welches Land versteht es so wenig wie Deutschland, sich fremde Völkerschaften zu assimi-

lieren, sie nach eigenen Sitten und Gebräuchen, nach eigener Kultur und Sprache leben zu lassen, sie glücklich und daher anhänglich zu machen? Unsere Polen- Dänen- und Elsass-Lothringen-Politik spricht Bände nach dieser Richtung. Alle Opposition gegen diese Art der Germanisierung ist fruchtlos verlaufen. Zabern ist der leuchtende Gipfelpunkt dieser Politik im Westen. Die Polengesetze mit ihrer zwangsweisen Enteignung des angestammten Grundbesitzes, die uns Hunderte von Millionen Mark nutzlos gekostet und nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt haben, werden ein dauerndes Denkmal dieser Politik im Osten bleiben. Im Norden gegen Dänemark steht es auch nicht besser. Jetzt natürlich in der Kriegsnot wird diese vexatorische Politik gemildert. Jetzt sind die Polen plötzlich Gutkind geworden; wenn sie aber früher beteuerten, dass ihnen preussenfeindliche Bestrebungen fern lägen und sie nur zur Verteidigung ihrer Sprache und Nationalität in die Opposition gedrängt wären, dann wurden die Beteuerungen stets durch neue Zwangsmassregeln und erweiterte Polengesetze beantwortet. Da es eine parlamentarische Opposition in dem elenden preussischen Junkerparlament nicht geben kann, so wurden alle Warnungen der linken Seite stets in den Wind geschlagen und mutig auf dem ebenso falschen wie kostspieligen Germanisierungswege fortgeschritten.

Und dieses nach preussischen Prinzipien geleitete Deutschland soll das Zeug haben, als *Weltmacht* an Englands Stelle zu treten? An die Stelle Englands, welches nicht nur der kalten Verfolgung seiner Interessen im Laufe der Jahrhunderte seine heutige Weltmacht zu verdanken hat, sondern vor allem der genialen Art, wie es fremde Länder an sein Weltreich anzuschliessen versteht, ohne sie zu unterdrücken, ohne sie auch nur assimilieren zu wollen.

Die englische Sprache kennt nicht das Wort « Anglisierung », weil der englischen Politik der Begriff fehlt. Wie ja die Sprache, wenigstens in der Politik, immer nur hinter der Sache einherhinkt, nur das zum Ausdruck bringt, was bereits *ist*. Hier gilt eben *nicht* das Goethische Wort:

« Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. »

In der Politik ist es umgekehrt. Das Wort findet sich, wenn der Begriff vorhanden. Das Wort « Kulturkampf » entstand, als dieser Kampf bereits entbrannt war. —

Also die englischen Kolonien werden uns zufliegen und uns als Befreier begrüssen, wenn es uns gelingen sollte, in England einzudringen ? Weit gefehlt. Auch sie werden sich bis zum letzten Schiff und Mann verteidigen, ehe sie sich aus der englischen Freiheit und Selbständigkeit in die deutsche Unfreiheit und Unterdrückung begeben.

Die Lage in Frankreich.

Auch der Krieg in *Frankreich* wird aller Voraussicht nach zu keinem Resultat führen, welches man als Sieg Deutschlands bezeichnen könnte. Ein Angriffskrieg, welcher in Schützengräben endigt, hat von vornherein seinen Beruf verfehlt. In Schützengräben, deren Annehmlichkeiten unsere braven Truppen seit über fünf Monaten geniessen, in Wind und Wetter, in Regen und Schnee, in geist- und körpertötender Monotonie, die von Zeit zu Zeit durch Einschlagen von Bomben, Granaten und Fliegerpfeilen angenehm unterbrochen wird. An der Ostgrenze Frankreichs steht die Festungslinie Verdun, Toul, Nancy, Epinal, Belfort noch fast unerschüttert da, so wenig berührt durch die sie belagernden deutschen Heere, dass die französischen Minister und der Präsident selbst beständig Besichtigungsreisen von einer Festung zur andern unternehmen können. Von dem Sieger von Longwy, dem Heldensohn, wie ihn Kaiser Franz Joseph in seiner Depesche an Kaiser Wilhelm nannte, hat man — glücklicherweise — seit langem nichts gehört. Das berühmte, in Berlin von Mund zu Mund erzählte Wort des Grafen Häseler, dass er am Sedantage im Café de la Paix an der Place de l'Opéra zu frühstücken gedenke, hat sich nicht bewahrheitet. Vielleicht verschiebt der Generalfeldmarschall das Frühstück auf den *nächsten* Sedantag, wenn er es nicht, wie ich fürchte, ad calendas teutonicas verschieben muss. Die französische Regierung mit der gesamten Diplomatie ist wieder nach Paris zurückgekehrt und es sieht nicht so aus, als ob sie eine baldige Rückreise nach Bordeaux in Aussicht nähme. Der Krieg mit Frankreich ist, wie jeder ehrliche Beobach-

ter der Sachlage zugeben muss, zum Stillstand gelangt, und wenn irgendwo, so ist hier Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt.

Unsere Jahre lang erwogenen und fertiggestellten Generalstabspläne enthielten als Kardinalpunkt des längst beabsichtigten europäischen Krieges die schnelle Niederwerfung Frankreichs, um dann mit den freigewordenen Kräften in gewaltigem Stoss, vereinigt mit Oesterreich, dem russischen Koloss auf den Leib zu rücken. Die Vorsehung — man kommt schon beinahe unwillkürlich in den deutschen Depeschenjargon hinein — hat es anders gewollt. Frankreich ist *nicht* niedergeworfen nach siebenmonatlichen fürchterlichen Kämpfen. Unser Siegeslauf ist durch die glänzende Strategie Joffres, des französischen Moltke — notabene des Onkels, nicht des Neffen, der sich zur Zeit in Homburg wegen eines Gallenleidens ärztlich behandeln lässt! — unser Siegeslauf ist unerwartet aufgehalten und unsere Erobererarmee zum Festungskrieg in Schützengräben gezwungen worden. Die Schwankungen dieses Festungskrieges, welche sich meistens um Vorgehen oder Zurückgehen um ganze oder halbe Kilometer drehen, sind so unbedeutend, dass eine entschiedene Wendung nicht eher zu erwarten sein dürfte, ehe unsere Führer sich nicht entschliessen, jede Rücksicht auf Menschenleben beiseite zu lassen, unsere braven deutschen Soldaten aus den Schützengräben herauszuziehen und sie in Sturmangriffen dem verheerenden Feuer der feindlichen Flinten, Maschinengewehre und Kanonen preiszugeben. An einigen Stellen ist dies schon geschehen [1] und, wie man die Stimmungen und Gesinnungen in unseren leitenden Kreisen beurteilen muss, — ist doch das geist- und geschmackvolle Telegrammwort des deutschen Tronerben an den Obersten Reuter « immer feste druff » zum Schlag- und Schlachtwort des Volkes der Dichter und Denker geworden! — so wird den Generälen

[1] Soeben — kurz vor der Drucklegung dieser Arbeit — lese ich den offiziellen Bericht des Grossen Generalstabes vom 15. Januar, in dem mit Stolz hervorgehoben wird, dass in den Kämpfen bei Soissons 4000—5000 französische Leichen auf dem Schlachtfelde gefunden worden sind. Und wieviel deutsche Leichen? Und wieviele Verwundete auf beiden Seiten? — Die Deutschen als Angreifer werden mindestens dieselben Verluste wie die Verteidiger erlitten haben. Also insgesammt 10.000 Todte! Dazu — nach der Erfahrungsstatistik — mindestens das Dreifache an Verwundeten. Also 40.000 Opfer in einer Schlacht!

In der Politik ist es umgekehrt. Das Wort findet sich, wenn der Begriff vorhanden. Das Wort « Kulturkampf » entstand, als dieser Kampf bereits entbrannt war. —

Also die englischen Kolonien werden uns zufliegen und uns als Befreier begrüssen, wenn es uns gelingen sollte, in England einzudringen ? Weit gefehlt. Auch sie werden sich bis zum letzten Schiff und Mann verteidigen, ehe sie sich aus der englischen Freiheit und Selbständigkeit in die deutsche Unfreiheit und Unterdrückung begeben.

Die Lage in Frankreich.

Auch der Krieg in *Frankreich* wird aller Voraussicht nach zu keinem Resultat führen, welches man als Sieg Deutschlands bezeichnen könnte. Ein Angriffskrieg, welcher in Schützengräben endigt, hat von vornherein seinen Beruf verfehlt. In Schützengräben, deren Annehmlichkeiten unsere braven Truppen seit über fünf Monaten geniessen, in Wind und Wetter, in Regen und Schnee, in geist- und körpertötender Monotonie, die von Zeit zu Zeit durch Einschlagen von Bomben, Granaten und Fliegerpfeilen angenehm unterbrochen wird. An der Ostgrenze Frankreichs steht die Festungslinie Verdun, Toul, Nancy, Epinal, Belfort noch fast unerschüttert da, so wenig berührt durch die sie belagernden deutschen Heere, dass die französischen Minister und der Präsident selbst beständig Besichtigungsreisen von einer Festung zur andern unternehmen können. Von dem Sieger von Longwy, dem Heldensohn, wie ihn Kaiser Franz Joseph in seiner Depesche an Kaiser Wilhelm nannte, hat man — glücklicherweise — seit langem nichts gehört. Das berühmte, in Berlin von Mund zu Mund erzählte Wort des Grafen Häseler, dass er am Sedantage im Café de la Paix an der Place de l'Opéra zu frühstücken gedenke, hat sich nicht bewahrheitet. Vielleicht verschiebt der Generalfeldmarschall das Frühstück auf den *nächsten* Sedantag, wenn er es nicht, wie ich fürchte, ad calendas teutonicas verschieben muss. Die französische Regierung mit der gesamten Diplomatie ist wieder nach Paris zurückgekehrt und es sieht nicht so aus, als ob sie eine baldige Rückreise nach Bordeaux in Aussicht nähme. Der Krieg mit Frankreich ist, wie jeder ehrliche Beobach-

ter der Sachlage zugeben muss, zum Stillstand gelangt, und wenn irgendwo, so ist hier Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt.

Unsere Jahre lang erwogenen und fertiggestellten Generalstabspläne enthielten als Kardinalpunkt des längst beabsichtigten europäischen Krieges die schnelle Niederwerfung Frankreichs, um dann mit den freigewordenen Kräften in gewaltigem Stoss, vereinigt mit Oesterreich, dem russischen Koloss auf den Leib zu rücken. Die Vorsehung — man kommt schon beinahe unwillkürlich in den deutschen Depeschenjargon hinein — hat es anders gewollt. Frankreich ist *nicht* niedergeworfen nach siebenmonatlichen fürchterlichen Kämpfen. Unser Siegeslauf ist durch die glänzende Strategie Joffres, des französischen Moltke — notabene des Onkels, nicht des Neffen, der sich zur Zeit in Homburg wegen eines Gallenleidens ärztlich behandeln lässt ! — unser Siegeslauf ist unerwartet aufgehalten und unsere Erobererarmee zum Festungskrieg in Schützengräben gezwungen worden. Die Schwankungen dieses Festungskrieges, welche sich meistens um Vorgehen oder Zurückgehen um ganze oder halbe Kilometer drehen, sind so unbedeutend, dass eine entschiedene Wendung nicht eher zu erwarten sein dürfte, ehe unsere Führer sich nicht entschliessen, jede Rücksicht auf Menschenleben beiseite zu lassen, unsere braven deutschen Soldaten aus den Schützengräben herauszuziehen und sie in Sturmangriffen dem verheerenden Feuer der feindlichen Flinten, Maschinengewehre und Kanonen preiszugeben. An einigen Stellen ist dies schon geschehen [1] und, wie man die Stimmungen und Gesinnungen in unseren leitenden Kreisen beurteilen muss, — ist doch das geist- und geschmackvolle Telegrammwort des deutschen Tronerben an den Obersten Reuter « immer feste druff » zum Schlag- und Schlachtwort des Volkes der Dichter und Denker geworden ! — so wird den Generälen

[1] Soeben — kurz vor der Drucklegung dieser Arbeit — lese ich den offiziellen Bericht des Grossen Generalstabes vom 15. Januar, in dem mit Stolz hervorgehoben wird, dass in den Kämpfen bei Soissons 4000—5000 französische Leichen auf dem Schlachtfelde gefunden worden sind. Und wieviel deutsche Leichen? Und wieviele Verwundete auf beiden Seiten ? — Die Deutschen als Angreifer werden mindestens dieselben Verluste wie die Verteidiger erlitten haben. Also insgesammt 10.000 Todte ! Dazu — nach der Erfahrungsstatistik — mindestens das Dreifache an Verwundeten. Also 40.000 Opfer in einer Schlacht !

bald die Geduld reissen

Und wenn diese weiteren unermesslichen Hekatomben an Menschenblut und Menschenglück geopfert sein werden, haben wir *dann* etwa den Sieg ? Keineswegs. Dann haben wir erst das, was wir im Kriege von 1870 bereits nach vier Wochen erreicht hatten, wenn es uns überhaupt gelingen sollte, vermittels aller Opfer einen erheblichen Schritt vorwärts zu kommen. Die Franzosen haben den fünfmonatlichen Stillstand zweifellos zu einer immer stärkeren Befestigung ihrer Stellungen und ihrer etwaigen Rückzugslinien ausgenützt. Beständige Nachschübe englischer und französischer Kolonialtruppen, deren Ende nicht abzusehen, ergänzen ihre Lücken und erhöhen die Anzahl ihrer Feldtruppen. Mit jeder Woche, die in dem unentschiedenen Schützenkampf vergeht, erhöhen sich die Schwierigkeiten unseres siegreichen Vordringens. Schon im Burenkriege haben die Engländer bewiesen, welche Truppenmassen sie trotz ihrer geringen stehenden Armee im Kriegsfalle aufzubringen vermögen. Damals haben sie den weiten Transport nach Südafrika möglich gemacht, während sie heute nur die schmale Kanalenge zu durchschiffen haben. Die Gegner wachsen und wachsen und wir sind ja heute schon glücklich beim Landsturm 2. Aufgebotes angelangt.

### Partie remise.

*Wie soll das enden* ? Im glücklichsten Falle als *partie remise* — mit einem Kriegsende, welches für beide Teile vollständige Erschöpfung an Menschen und Gütern, für keinen Teil aber den Sieg bedeutet.

Das ist nach meiner festen inneren Ueberzeugung das günstigste, was für Deutschland noch zu erwarten ist. Einen Ausgang, der mehr oder weniger als Sieg bezeichnet werden könnte, halte ich für ausgeschlossen. Und je länger der Krieg dauert, um so mehr verschwinden die Chancen für diesen relativ günstigen Ausgang,

um so mehr erhöhen sich die Wahrscheinlichkeiten für eine Entwickelung, die, wenn auch keine entscheidende Niederlage Deutschlands, so doch eine überwiegende Erschöpfung seiner Hilfsmittel im Vergleich zu den Gegnern darstellt und daher notwendig die Friedensbedingungen ungünstiger als jetzt gestalten muss.

Oesterreich ist schon jetzt an der Grenze seiner Kraft angelangt. Bei Deutschland kann man von einer überwiegenden Schwächung noch nicht sprechen. Noch stehen wir aufrecht und können unseren Gegnern überall die Stirn bieten. Noch sind unsere Hilfsquellen an Menschen und Geld nicht versiegt. *Aber lange wird dieser Zustand des « Noch » nicht mehr dauern.* Es ist töricht, eine Vogel-Strauss-Politik zu treiben. Wenn wir auch noch so geschickt, der ausgegebenen Parole folgend, den Kopf in den Sand stecken, die Gegner sehen doch die Schwächen, welche unseren Volkskörper durchschüttern, sehen die Krankheitskeime, welche zu unserm Untergange führen müssen.

Noch können wir einen ehrenvollen Frieden erlangen. Wenn wir ihn freiwillig suchen von unserer Seite, so werden wir einen kleinen Teil von dem Unrecht sühnen, welches wir durch die Heraufbeschwörung dieser Weltkatastrophe begangen haben, von dem Unrecht, welches uns den Hass und Abscheu der gesamten civilisierten Welt, nicht bloss unsrer Gegner, auch der Neutralen zugezogen hat.

## Die Schuldfrage.

Nicht Missgunst, Neid und Lügen haben uns die Sympathien in der Welt verscherzt, unsre eigenen Handlungen sind schuld daran. Das Ausland, vor allem das neutrale, weiss besser, als das deutsche Volk, wie die Dinge gekommen sind und wer die Schuld an der Weltkatastrophe trägt. Das neutrale Ausland kennt zur Genüge unsre inneren politischen Zustände. Es weiss, dass wir unter konstitutioneller Maske tatsächlich absolutistisch regiert werden. Es hat noch kürzlich gesehen, dass ein deutscher Reichskanzler, dem drei Fünftel des Parlaments ein Misstrauensvotum ausgestellt, unerschüttert, von Hof- und Militärkreisen gestützt, sein Amt fortführen darf — ein Vorgang, der, abgesehen von Russland, in keinem civilisierten Lande mehr möglich ist. Es

weiss, dass das preussische Volk politisch rechtlos ist und von einer kleinen Clique von Junkern regiert wird, die alle hohen Stellungen in Regierung und Heer in Erbpacht genommen haben.

Es weiss vor allem aber auch — und jetzt komme ich zu dem entscheidenden Punkte meiner Ausführungen — :

**dass dieser Krieg von Deutschland und Oesterreich längst geplant und vorbereitet worden ist, nicht bloss militärisch, sondern auch politisch ;**

**dass man seit langem entschlossen war, diesen Angriffskrieg dem deutschen Volke als einen Befreiungskrieg darzustellen, weil man wusste, dass man nur so die nötige Volksbegeisterung erwecken könnte;**

**dass das Ziel dieses Krieges die Erlangung der Hegemonie auf dem Festland und im weiteren Verlauf die Eroberung der Weltmachtstellung Englands sein sollte nach dem Grundsatze: ôte-toi de là que je m'y mette.**

Für diese Tatsachen und Bestrebungen liegen so zwingende Beweise, von uns selbst in deutscher Sprache geschrieben, vor, dass es ebenso verblendet wie aussichtslos ist, die Ueberzeugung der ganzen Welt durch haltlose Publikationen deutscher « Aufklärer » bekämpfen zu wollen.





# II.

## Vorgeschichte des Verbrechens.

Unsere Imperialisten: Bernhardi & Cie.

Die Schriften von *Bernhardi* « Deutschland und der nächste Krieg », von *Frobenius* « Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde » die Bücher von *Treitschke* « Deutsche Geschichte » und « Politik » sind im Auslande ebenso bekannt wie in Deutschland und zum Teil in fremde Sprachen übersetzt worden. Deutlicher als in diesen Schriften ist wohl nie die imperialistische Tendenz einer politischen Clique dargelegt und — nach der Meinung ihrer Urheber — gerechtfertigt worden.

Einige Zitate aus Bernhardi mögen genügen. Der Mann ist preussischer General der Kavallerie und, wenn ich nicht irre, mit einem Komando im Osten betraut worden, auch bereits mit dem eisernen Kreuz I. Klasse dekoriert. Seine Kompetenz und Legitimation, die Ansichten massgebender deutscher Kreise zum Ausdruck zu bringen, ist kaum zu bestreiten.

Auf Seite 305 seines Buches heisst es :

Sie (nämlich die Presse) wird im Augenblick der Gefahr oder der Not auf ein kriegsfähiges und opfermutiges Volk nicht rechnen können, wenn sie ruhig zusieht, wie durch die Presse der kriegerische Geist systematisch untergraben und eine schlaffe Friedenslehre gepredigt wird, oder wenn gar ihre eigenen Organe in diesen Ton der politischen Stimmungsmache mit einfallen und immer wieder die Erhaltung des Friedens als Aufgabe der Politik bezeichnen. Sie muss vielmehr alles tun, um die kriegerische Gesinnung zu erhalten und die Ziele und Aufgaben einer grosszügigen Politik dem Volke verständlich zu machen.

Immer wieder muss sie auf die Bedeutung und die *Notwendigkeit des Krieges hinweisen als eines unentbehrlichen Mittels der Politik und der Kultur* und auf die Pflicht des Opfermutes und der persönlichen Hingabe an Staat und Vaterland.

Seite 307 :

In dem Teil der Presse, der diesen Richtungen (nämlich friedlichen) huldigt, spiegelt sich nicht die Seele unseres Volks, wenn sie *immer wieder die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, in den Vordergrund stellt* und vor jedem kühnen und durchgreifenden politischen Schritt als vor einer Abenteurerpolitik warnt.

Es geht im Gegenteil durch unser Volk eine tiefe Sehnsucht nach *Weltgeltung und mannhafter Tat.* Jedes kräftige Wort, jeder entscheidende politische Schritt der Regierung findet in der Seele des Volkes einen tief empfundenen Widerhall und löst gewissermassen den Bann, der alle Kräfte bindet. In einem grossen Teil der nationalen Presse ist diese Gesinnung wiederholt zu schönem Ausdruck gelangt. Der Staatsmann aber, der die Sehnsucht zu befriedigen wüsste, die im Herzen unseres Volkes schlummert, unbeirrt durch das Geschrei einzelner Parteien und ihrer Presse, würde alle Geister in seine Gefolgschaft zwingen.

Seite 309 :

Eine solche Politik (nämlich eine kriegerische) ist auch die beste Schule, um ein Volk zu grossen militärischen Leistungen zu erziehen. Indem die Geister auf grosse Ziele hingelenkt werden, sehen sie sich zugleich gezwungen, den *Gedanken an den Krieg mannhaft ins Auge zu fassen* und sich innerlich auf ihn vorzubereiten.

« Es wächst der Mensch mit seinen höhren Zwecken »..... Wir Deutschen haben gewiss eine viel grössere und gewichtigere Kulturaufgabe zu erfüllen als die asiatische Vormacht. Wir können sie aber wie die Japaner *nur mit dem Schwerte lösen.*

Sollten wir da auf das wirksamste Mittel verzichten, mit dem wir unser Volk für seine militärische Aufgabe vorbereitet können : auf eine mutige, tatenfreudige Politik ?

Seite 327 :

Ohne Einsatz und Wagnis ist eine erfolgreiche Politik daher überhaupt nicht zu führen. Sie muss sich ihrer Ziele klar bewusst sein und sie unbeirrt im Auge behalten. Alle Wandlungen der Verhältnisse und alle unvorhergesehenen Ereignisse muss sie bestrebt sein, in den Dienst der eigenen Ideen zu zwingen ; vor allem aber muss sie es verstehen, die Gunst des Augenblicks zu benutzen, und darf vor kühnem Handeln nicht zurückscheuen, wenn die allgemeine Lage die Möglichkeit erkennen lässt, die eigenen politischen Absichten durchzusetzen oder einen *notwendigen Krieg unter günstigen Bedingungen zu führen.*

Seite 328 :

Möchte der alte Fritz auch in dieser Hinsicht (nämlich in der Hinwegsetzung über historische Rechte) unser Vorbild sein und uns lehren, mit unerbittlichem Realismus unsere Politik derart zu leiten, dass sich die Weltlage für unsere politischen Zwecke vorteilhaft gestaltet und wir die *Gunst der Stunde nicht versäumen.*

Es ist ein Missbrauch der Sprache, wenn unsere tatenscheue Zeit jede unternehmende, positive Ziele verfolgende Politik als « Abenteurerpolitik » zu brandmarken sucht. »

Auf Seite 330 weist der Verfasser nach, dass die militärische und politische Vorbereitung des Krieges Hand in Hand gehen müssen, um das *Losschlagen in dem Moment zu ermöglichen, der militärisch der günstigste ist :*

Es ist daher eine nur in beschränktem Sinne berechtigte Forderung, dass sich der Heerführer im Frieden wie im Kriege von aller Politik fernhalten soll. Kriegsminister und Generalstabschef müssen im Gegenteil über alle Schwankungen und Möglichkeiten der Politik auf dem laufenden erhalten, ja es muss ihnen sogar ein gewisser Einfluss auf die Politik zugestanden werden, damit sie ihre Massregeln den Bedürfnissen der Politik anpassen können und den *Staatsmann zum Handeln wenigstens aufzufordern berechtigt sind, wenn die militärische Lage sich besonders günstig gestaltet.*

Seite 334 :

Die Ungunst einer solchen Lage (nämlich des Kampfes auf zwei Fronten) ist nur dann zu vermeiden, wenn die Politik die Möglichkeit schafft, offensiv zu verfahren und womöglich *den einen Gegner niederzuwerfen, bevor der andere tätig eingreifen kann.* In dieser Initiative liegt unser Heil wie zu den Zeiten Friedrichs des Grossen. Dieser Wahrheit müssen wir hellen Auges ins Antlitz schauen und dürfen uns ihr nicht verschliessen.

Auf derselben Seite wird unserer Diplomatie die Aufgabe zugewiesen « *die Karten so zu mischen, dass wir von Frankreich angegriffen würden* ». Der Verfasser fährt dann fort :

Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos zu beachten ; nur darf man nicht hoffen, diesen Angriff durch tatenloses Abwarten herbeizuführen. **Weder Frankreich noch Russland noch England haben es nötig, uns anzugreifen, um ihre Interessen durchzusetzen.** Solange wir vor dem Angriff zurückscheuen, können sie uns durch diplomatische Mittel unter ihren Willen zwingen, wie das ja auch der Ausgang des Marokkohandels bewiesen hat und auch der Ausgang der Balkankrisis wahrscheinlich beweisen wird

Wollen wir einen Angriff unserer Gegner herbeiführen, so *müssen wir eine politische Aktion beginnen*, die, ohne Frankreich anzugreifen, doch dessen oder Englands Interessen so schwer verletzt, dass diese beiden Staaten sich ihrerseits zum Angriff gezwungen sehen; Möglichkeiten zu einem solchen Vorgehen bieten sich sowohl in Afrika wie in Europa selbst.

Das ist deutlich, nicht wahr? Nicht allein die Tendenzen der deutschen Politik werden schleierlos enthüllt, auch die Rezepte werden bis ins kleinste angegeben, wie man diese Tendenzen verwirklichen soll. Der Reichskanzler, das muss man ihm lassen, ist ein gelehriger Schüler des Generals gewesen und hat seine Aufgabe meisterhaft erfüllt, die Karten so zu mischen, dass aus dem Angriffskrieg ein Befreiungskampf geworden ist. Wenigstens in den Augen des blöden Michel:

Aber hören wir weiter, wie Herr Bernhardi aus der Schule plaudert.

Seite 342:

Die schlimmste Folge unserer Marokkopolitik ist jedoch unstreitig der *tiefe Riss*, der sich als ihre Folgeerscheinung zwischen *der Regierung und der Masse der nationalen Parteien* gebildet hat, der Verlust an Vertrauen in weiten Kreisen des Volkes und auch in solchen Gesellschaftsklassen, die bisher trotz ihrer oppositionellen Stellung zur Regierung der Vertretung des Reiches nach aussen wohlwollend gegenüber gestanden haben. In dieser *Erschütterung des öffentlichen Vertrauens*, die in der Presse wie im Reichstage unverhohlen zutage getreten ist, liegt meines Erachtens der grösste Nachteil des deutsch-französischen Ausgleichs.

Bernhardi hätte es natürlich lieber gesehen, wenn wir es schon damals wegen des Marokkostreites zu einem europäischen Kriege hätten kommen lassen, aber er beruhigt sich bei dem Gedanken, dass es ja noch nicht aller Tage Abend sei.

Seite 341:

Wir brauchen deshalb das jetzige Abkommen nicht als ein endgültiges zu betrachten. Es ist der Revision ebenso fähig wie die Algecirasakte und bietet in dieser Hinsicht sogar den *Vorteil, dass es zahlreiche neue Reibungsflächen mit Frankreich schafft.*

Das ist der Rekord: ein völkerrechtlicher Vertrag, der einen Weltkrieg verhindert hat, findet nur deshalb die bedingte Zustimmung des Verfassers, weil er neue Reibungsflächen bietet, also *hoffentlich* bald zu dem ersehnten Weltkrieg führen wird.

Besonders lehrreich sind auch die Ausführungen über unsere Beziehungen zu England und die damals durch Lord Haldane in Berlin geführten Verhandlungen. Diese und die vorhergehenden und nachfolgenden englischen Vorschläge zu einer politischen und maritimen Verständigung mit Deutschland verdienen ein besonderes Kapitel, in welchem klar bewiesen werden wird, dass stets England und zwar in ernstester Weise die Initiative zu solchen Verhandlungen ergriffen hat, dass diese aber stets an dem Widerspruch oder an der Stellung unerfüllbarer Bedingungen seitens Deutschlands gescheitert sind. Vielleicht hat man auch hier das Bernhardische Rezept befolgt, welches lautet :

Seite 343 :

Selbst etwa eintretende *Annäherungsversuche Englands* dürfen uns über das wahre Verhältnis nicht täuschen. Wir dürfen sie höchstens dazu benutzen, den *notwendigen und unvermeidlichen Krieg* solange hinauszuzögern, bis wir glauben, ihn mit einiger *Aussicht auf Erfolg* führen zu können.

In der Schlussapostrophe seines Buches ruft der Verfasser emphatisch aus :

Seite 344 :

Wenn trotzdem die Reichsregierung geglaubt hat, den Krieg bisher vermeiden zu müssen, lässt doch die Weltlage erkennen, dass es sich nur noch um kurze Frist handeln kann, bis wir von neuem vor die Frage gestellt sein werden, *ob wir mit dem Schwerte für unsere Weltstellung eintreten oder auf eine solche überhaupt verzichten wollen. Warten dürfen wir keinesfalls.... Die Weltlage bietet Punkte genug, an denen wir den Hebel ansetzen können.* Auch Englands Lage ist äusserst schwierig... Die ostasiatischen Wirren ferner werden voraussichtlich Russlands Kräfte in hohem Masse fesseln und auch Englands Interessen in Mitleidenschaft ziehen. Das alles sind Verhältnisse, die sich eine tätige und weitsichtige deutsche Politik zunutze machen kann, um die Weltlage im Interesse unseres Vaterlandes zu beeinflussen.

Wenn Volk und Regierung fest zusammenstehen, entschlossen, die *deutsche Ehre* zu wahren und jedes nötige Geld- und Blutopfer zu bringen für die Sicherung unserer nationalen und staatlichen Zukunft, ... dann brauchen wir auch den Kampf *um unsere Weltstellung* nicht zu fürchten, sondern dürfen mit Ernst Moritz Arndt die Hände zum Himmel erheben und zu Gott rufen :

Lass hell die Waffen klirren
Von deiner Sternenburg ;
Hau von den wüsten Wirren
Den ganzen Jammer durch !

Zum Schluss möchte ich nur noch auf die Kapitelüberschriften des Bernhardischen Buches hinweisen, welche einen so deutlichen Einblick in die Tendenzen des Verfassers gewähren, dass die Lektüre des Werkes beinahe überflüssig erscheint.

Kapitel 1. Das Recht zum Kriege.
» 2. Die Pflicht zum Kriege.
» 3. Kurzer Ueberblick über Deutschlands geschichtliche Entwicklung.
» 4. Deutschlands historische Mission.
» 5. Weltmacht oder Niedergang.
» 6. Der Charakter unseres nächsten Krieges.
» 7. Der nächste Seekrieg usw.

Mit aller Schärfe hebe ich nochmals hervor, dass Bernhardi einen Angriffskrieg von seiten der Triple-Entente ausdrücklich ausschliesst und als einziges Mittel, um zu dem ersehnten Weltkrieg und damit zur Weltmacht zu gelangen, angibt, *Deutschland müsse als agent provocateur auftreten und die Karten so mischen, dass die Andern zum Angriff gezwungen werden.*

Das hindert natürlich Bernhardi und seine Gesinnungsgenossen, insbesondere Frobenius nicht, an andern Stellen wiederum von den Angriffsabsichten der Triple-Entente zu sprechen und die Gefahren auszumalen, denen Deutschland entgegengeht, wenn es diesen Absichten nicht zuvorkommt.

### *Sind* wir überfallen worden oder *wären* wir überfallen worden?

Es ist dieselbe Logik, welche man heute aller Orten in Deutschland hört, wenn man das, was man in Deutschland hört, überhaupt noch als Logik bezeichnen kann. Die offizielle Wendung lautet: die Triple-Entente *hat* uns überfallen. « Unsere heiligsten Güter, das Vaterland, den eignen Herd gilt es gegen ruchlosen Ueberfall zu schützen. » (Aufruf des Kaisers vom 6. August an das deutsche Heer!) « So muss denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind, darum auf zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande. Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich, um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens. »

Dies die offizielle Wendung, welche in tausend Varianten vom Reichskanzler herunter bis zum letzten Strassenkehrer wiederkehrt.

Offiziös aber und insgeheim unter vier Augen kann man von vielen Deutschen die Begründung hören : Wir *sind* zwar nicht überfallen, aber wir *wären* später einmal überfallen worden, wenn wir den Krieg nicht jetzt in einem uns günstigen Moment begonnen hätten. Wenn man dann weiter nach Beweisen für diese Hypothese fragt, so schweigen die meisten oder erklären den beabsichtigten Ueberfall für so sonnenklar, dass er gar keines Beweises bedürfe. « Wozu die grossen Rüstungen ? » heisst es meistens. Und *unsere* Rüstungen, erwidere ich darauf, die doch grösser und umfassender als in irgend einem Lande der Welt waren ? Hat sich je ein Land im Frieden, wie wir 1913, zu einer plötzlichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 140,000 Mann von 720,000 auf 860,000 Mann, zu einer ausserordentlichen Wehrsteuer von 1 Milliarde Mark verstiegen ? « Wozu die Entente, die berühmte Einkreisung, wenn man uns nicht überfallen wollte ?», heisst es dann weiter. Wozu die Triple-Allianz ? erwidere ich darauf, die noch *engere* Verpflichtungen als die Entente enthielt und trotzdem nach unserer Behauptung einen defensiven Zweck verfolgte. « Ja, die Panslavisten ! » hält man mir entgegen. Und die Pangermanisten ? erlaube ich mir zu erwidern. Sind unsere Alldeutschen, unsere Völkischen, unsere Pangermanisten à la Treitschke und Bernhardi etwa besser oder weniger aggressiv als die Panslavisten ? Solche Pan-Richtungen existieren in allen Ländern. Sie sind solange unschuldig als sie nicht zu Taten schreiten. Die entscheidende Tat aber haben unsere Pangermanisten begangen, als sie uns in diesen schrecklichen, von ihnen gewollten und offen proklamierten Krieg hineintrieben.

### Das Haupt der Kriegspartei.

Und hohe Freunde und Gönner hatten und haben sie bei uns. Mächtiger sind sie in unseren massgebenden Kreisen allmählich geworden als je die Panslavisten am russischen Hofe gewesen sind. Ich habe nicht nötig, die Person beim Namen zu nennen, welche seit Jahren das einflussreiche Haupt und der Sturmbock

dieser Bewegung gegen den ursprünglich friedliebenden kaiserlichen Willen gewesen ist. Jeder weiss, wen ich meine. Die Zaberner Depesche, der Abschiedsbefehl an die Danziger Husaren, die offene Fronde von der Tribüne des Reichstags herab gegen die damals noch friedliche Marokko-Politik und unzählige andere Tatsachen und Indizien lassen nicht den geringsten Zweifel aufkommen, von welcher Stelle und aus welchem Lager die Kriegshetzer ihre verderbenbringenden Geschosse über Deutschland ergossen haben. Es genügt, über die Strassen von Berlin zu wandeln, um in allen Buchhändlerläden die Frobenius'sche Schrift «*Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde*» mit dem empfehlenden Telegramm des hohen Herrn ausgestellt zu sehen. Der Empfehlende wünscht dieser « ausgezeichneten Schrift », die er « mit dem grössten Interesse gelesen », dass sie « die weiteste Verbreitung im deutschen Volke » finden möge. Und dieser Frobenius ist ein Gesinnungsgenosse Bernhardis und seine ganze Schrift läuft auf das Ziel hinaus, loszuschlagen, ehe es zu spät ist: da die andern *uns* überfallen wollen, müssen wir ihnen zuvorkommen und *sie* überfallen. Natürlich auch hier kein Beweis, nicht der Schatten eines Beweises für die Prämisse, die in Wirklichkeit nur Vorwand ist und von Bernhardi selbst in der oben zitierten Stelle (Seite 334) geleugnet wird.

Aber das geniert die grossen Geister nicht, die Mängel ihrer Logik erkennen sie nicht. Sie sehen nicht, dass nur das eine *oder* das andere wahr sein kann. Entweder *sind* wir angegriffen worden, dann führen wir einen Verteidigungskrieg, oder wir *wären* angegriffen worden, dann führen wir einen Präventivkrieg. Ist das zweite wahr, so muss das erste unwahr sein; damit werden aber all unsere offiziellen Aeusserungen, von der kaiserlichen Schlossrede vom 31. Juli 1914 an bis zur Reichskanzlerrede vom 2. Dezember als Lüge gestempelt.

Ist die Behauptung des Defensivkrieges wahr, so wird damit die Idee des Präventivkrieges glatt aus der Welt geschafft und es erübrigt sich jede Erörterung darüber, ob die Voraussetzung eines Präventivkrieges gegeben war und ob überhaupt ein solcher Präventivkrieg politisch und sittlich verantwortet werden kann. Bismarck, der vielleicht auch ein wenig von Politik verstand, hat

sich über letztere Frage[1] entschieden negativ ausgesprochen, nämlich dahin, « dass auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und dass man der *Vorsehung nicht so in die Karten sehen* kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen. »

Dieser Satz des toten Grossen scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Während man ihm Denkmäler über Denkmäler setzt, hätte man diesen Satz in Erz und Marmor eingraben und in die Mauern von Königs- und Regierungspalästen an ständig sichtbaren Stellen einsenken müssen, dann wäre dem deutschen Volke und der Welt das fürchterlichste Unheil erspart worden. Auch Bismarck wurde wiederholt nach 1870 von Generälen und Kriegshetzern zu einem neuen Kriege gegen Frankreich gedrängt, um das wiederaufstrebende Land ein für allemal zu zerschmettern und dauernd ungefährlich zu machen. Er hat all solche Bestrebungen stets mit eiserner Energie zurückgewiesen und die Idee, einen Krieg deswegen vom Zaun zu brechen, weil er doch einmal kommen müsse, für « verbrecherisch » und « wahnsinnig » erklärt.

Das Wort ist zutreffend, und die, die es angeht, werden es nicht von sich abschütteln.

## Der imperialistische Krieg.

### Der Platz an der Sonne.

Nach dem ganzen Inhalt meiner bisherigen Ausführungen ist es klar, dass ich den jetzigen Krieg weder für einen Defensiv- noch für einen Präventiv-Krieg halte. *Dieser Krieg ist ein rein aus imperialistischen Ideen entsprungener und imperialistischen Zwecken dienender Eroberungskrieg.* Nichts anderes.

Es ist ein Krieg um den berühmten « *Platz an der Sonne* », den man uns angeblich streitig macht und den wir mit dem Schwert in der Hand uns erkämpfen müssen.

Was heisst das : der Platz an der Sonne ? Niemand sagt es deutlich und jeder versteht etwas anderes darunter.

---

[1] Gedanken und Erinnerungen 1898, Band 2, Seite 93.

Dem Volke ist der Begriff so fern, dass es sich vermutlich nicht auf die Schlachtbank hätte führen lassen, wenn man ihm gesagt hätte: Ihr sollt uns den Platz an der Sonne erkämpfen.

Für die Eingeweihten aber ist es die Zauberformel, in die sie ihre imperialistischen Gelüste zusammenfassen. « Nur so auf das gute Schwert gestützt, können wir den Platz an der Sonne erhalten, der uns zusteht, aber nicht freiwillig eingeräumt wird. Kronprinz Wilhelm. » Mit dieser Ueberschrift und der Devise « pro patria et gloria » wird das Bild des deutschen Kronprinzen in deutschen Buchhandlungen verkauft.

## Das auserwählte Volk.

Der Platz an der Sonne ist die Weltmacht, die uns als dem *auserwählten Volke Gottes* zukommt. Es ist vom volkspsychologischen Standpunkt aus merkwürdig, wie diese altjüdische Idee das gut christlich-protestantisch-antisemitische Kaiserreich beherrscht und die wahre Lehre Christi, dass alle Menschen Brüder seien, vollständig verdrängt hat.

Unsere religiösen Ideen werden nach Bedarf und Umständen gewechselt wie die Uniformen.

Der Gott, den wir im Kriege tagtäglich anrufen, den wir anflehen, uns möglichst viele Feinde vernichten zu lassen, und dem wir danken, wenn er unsere Bitte erfüllt hat, das ist der alte Judengott, Jehovah, der Kampf- und Rachegott, dem kein Opfer zu gross scheint, wenn es der Macht und Herrschaft seines auserwählten Volkes dienen soll. Der Christengott aber und « sein eingeborner Sohn », der auf Erden wandelnd Liebe und Entsagung predigte, dessen Reich nicht von dieser Welt ist — sie haben nichts mit dem Blutvergiessen zu tun, welches ihrer Lehre stracks zuwiderläuft.

Ganz im Geiste der christlichen Religion bemerkt Kant in seinem Traktat « Zum ewigen Frieden »:

Nach einem beendigten Kriege, beim Friedensschlusse, möchte es wohl für ein Volk nicht unschicklich sein, dass nach dem Dankfeste ein Busstag ausgeschrieben würde, den Himmel, im Namen des Staats, um Gnade für die grosse Versündigung anzurufen, die das menschliche Geschlecht sich noch immer zu Schulden kommen lässt, sich keiner gesetzlichen Verfassung, im Verhältniss auf andere Völker, fügen zu wollen, sondern stolz auf seine Unabhängigkeit lieber das barbarische Mittel des Krieges (wodurch doch das, was gesucht wird, nämlich das Recht eines jeden Staats nicht ausgemacht wird) zu gebrauchen. — Die Dankfeste während dem Kriege über einen erfochtenen Sieg, die Hymnen, die (auf gut israelitisch) dem Herrn der Heerscharen gesungen werden, stehen mit der moralischen Idee des Vaters der Menschen in nicht minder starkem Contrast: weil sie ausser der Gleichgiltigkeit wegen der Art, wie Völker ihr gegenseitiges Recht suchen (die traurig genug ist), noch eine Freude hineinbringen, recht viel Menschen oder ihr Glück zernichtet zu haben.

Das ist wahres Christentum und zugleich wahre Blüte deutscher Kultur. Dieselben Leute aber, welche vorgeben, für diese Kultur das Schwert zu ziehen, treten ihre feinsten Blüten in den Staub und rasseln mit Kanonen darüber hinweg . . . .

Wenn man an gewissen Stellen in Deutschland wüsste, wie die Gebildeten und nun gar die Frommen in der ganzen Welt über diese beständigen blasphemischen Anrufungen Gottes denken,

*Luigi Luzzatti,*
einer der hervorragendsten Politiker und bedeutendsten Denker Italiens, der bekanntlich mehrfach Ministerpräsident gewesen ist — notabene ein streng gläubiger Jude, dies zur Nachachtung für die « Freiheitsbringerin » Deutschland, die Juden in Friedenszeiten nicht einmal zu Secondelieutnants befördert! — Luigi Luzzatti hat kürzlich im « Corriere della Sera » einen wunderbaren Artikel unter dem Titel : « L'abuso del nome di Dio » veröffentlicht, aus welchem ich nur einige Sätze in Uebersetzung zitieren will :

Vom Tage des Ausbruches dieses fürchterlichen Krieges an gebrauchen und missbrauchen die Fürsten — nicht die Völker, um die Wahrheit zu sagen, — den Namen Gottes bis zur Erschöpfung. In den Telegrammen, welche kürzlich zwischen dem österreichischen Kaiser und dem Sultan gewechselt worden sind, erscheint der Allmächtige. Die Sache bekommt einen ironischen Anstrich, wenn da oben im Himmel die Sieger und die Besiegten von Lepanto und die Seele von Johann Sobieski davon Kenntnis erhalten sollten... Dass sie wenigstens bei dieser Gelegenheit nicht soviel Scham empfunden haben, den Himmel in Frieden und beiseite zu lassen !... Zu unserem Glück ist Gott noch nicht in den Telegrammen zwischen den Herrschern von England und von Japan erschienen. Und in der Tat, es wäre recht schwierig gewesen, Jesus und Buddah in demselben fürchterlichen Kriegssturm zu versöhnen, eine Religion ohne Gott und eine Religion, welche auf einem persönlichen Gott und Heiland beruht. Ein blutig ironisches Wort Voltaires kommt einem hierbei in den Sinn : « Seit Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen, wie oft hat der Mensch versucht, dem lieben Gott das Gleiche anzutun »... Retten wir Gott vor solchen Profanationen ! Lassen wir ihn in Frieden, den Vater aller Menschen, welcher die Schuld bestraft und die Tugend belohnt und niemandem das Recht gibt, ihn auf Erden zu vertreten und seine Allmacht in dieser Kriegstragödie für sich in Anspruch zu nehmen.

So urteilen ernste Männer im Auslande über gewisse deutsche Eigentümlichkeiten und über die Anmassung Deutschlands, das auserwählte Volk Gottes zu sein. . . .

Also « der Platz an der Sonne », der uns, dem auserwählten Volke zukommt, — das ist das wahre, wenn auch dem Volke nicht eingestandene Ziel dieses Krieges.

Deutschlands glanzvolle Entwicklung.

Wenn jemand den Platz an der Sonne sucht und sogar mit den Waffen in der Hand erstrebt, so muss man annehmen, dass er bisher im Schatten gestanden habe. Ist dies bei Deutschland der Fall ? Ich behaupte das Gegenteil und stütze mich hierbei auf die Leute selber, die uns das Schwert in die Hand gedrückt haben, um den Platz an der Sonne zu suchen. In dem Kapitel: « Finanzielle und politische Vorbereitung des Krieges » (Seite 310 ff.) gibt Bernhardi ein umfassendes Bild der glänzenden, noch nie dagewesenen ökonomischen Entwicklung Deutschlands seit dem französischen Kriege. Er weist darauf hin und belegt dies mit vielen Zahlen, dass der Vermögenszuwachs sich fortwährend in aufsteigender Linie befinde, dass Handel und Industrie seit der Reichsgründung einen riesenhaften Aufschwung genommen haben. Er zitiert einen Vortrag des Professors Dade, gehalten auf der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 22. Februar 1910, inhalts dessen der Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr in den letzten Jahren vor 1910 von 6 Milliarden auf 14 ½ bis 16 Milliarden Mark gestiegen sei. Im Jahre 1912 erreicht die deutsche Ein- und Ausfuhr einen Wert von annähernd 20 Milliarden Mark. Die Einfuhr von Rohstoffen für Industriezwecke ist von 1 ½ Milliarden Mark im Jahre 1879 auf 4 ½ Milliarden, die Einfuhr von Fabrikaten von 600 Millionen Mark im Jahre 1879 auf 1 ¼ Milliarde 1908 und die Ausfuhr von Fabrikaten in derselben Zeit von 1 Milliarde Mark auf über 4 Milliarden gestiegen. Die Förderung an Steinkohlen betrug im Jahre 1879 42 Millionen Tonnen, 1908 148 ½ Millionen Tonnen, wobei der Wert der geförderten Steinkohlen von 100 Millionen auf 1 ½ Milliarden stieg. Die Produktion von Eisenerzen ist von 6 Millionen auf 27 Millionen Tonnen und dem Werte nach von 27 Millionen Mark auf 119 Millionen Mark gestiegen. Von 1888—1908 hat die Steinkohlenproduktion in Deutschland um 127 % zugenommen, dagegen in England nur um 59 %. Die Roheisengewinnung ist in Deutschland in den oben genannten 20 Jahren um 172 % gestiegen, dagegen in England nur um 27 %. Aehnliche Zahlen lassen sich nach Dade-Bernhardi auf allen anderen Gebieten nachweisen.

Nebenher ging ein stetiges Anwachsen der Einnahmen und eine fortschreitende Kapitalisierung. Vom Jahre 1892—1905 hat in Preussen allein eine Vermehrung des Volksvermögens um jährlich 2 Milliarden Mark stattgefunden. In den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100.000 Mark hat in Preussen die Zahl der Zensiten und des Vermögens in diesen 14 Jahren um 29 % zugenommen, von 1905—1908 aber schon um 11 %, in der ersten Periode also jährlich um 2, in den letzten Jahren um je 3 %.

Eine noch viel grössere Steigerung hat bei den grossen Vermögen stattgefunden. In den Vermögenssteuerstufen von 100.000 bis 500.000 Mark hat die Vermehrung etwa 44 % bei den Zensiten und beim Vermögen, im Durchschnitt der 14 Jahre also jährlich 3 %, in den letzten 3 Jahren schon je 4,6 % betragen. Je höher die Vermögenssteuerstufen, um so grösser die Steigerung: in den Vermögenssteuerstufen von 6000 bis 100.000 Mark hat auf den Kopf der Bevölkerung eine Zunahme von 650 Mark, in den Stufen von 100.000 bis 500.000 Mark eine Zunahme pro Kopf um 6400 Mark und in den Stufen über 500.000 Mark eine Zunahme von 70.450 Mark pro Kopf und Jahr stattgefunden [1].

Es wird ferner die Steigerung der Arbeitslöhne, die Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Auswanderung als Zeichen blühender wirtschaftlicher Entwicklung hervorgehoben und statistisch nachgewiesen: im Jahre 1908 haben nur 20.000 Auswanderer unser Vaterland verlassen, während in dem gleichen Jahre aus Grossbritannien 336.000 Personen ausgewandert sind. Das Anlagekapital in Staatsbahnen betrug Ende März 1908 in Preussen 9888 Millionen, Ende 1911: 11.050 Millionen Mark.

Diese glänzende Schilderung unserer wirtschaftlichen Entwicklung, welche durch eine Reihe anderer Zahlen noch belegt werden könnte, dient dem General Bernhardi natürlich nur dazu, die weitere Erhöhung der militärischen Lasten als erträglich hinzustellen. Er vergisst aber, dass er sich mit dieser Darlegung unseres stetig wachsenden Nationalvermögens und besonders mit der Hervorhebung unseres steigenden Vorsprungs vor England selber den Boden abgräbt, auf welchem sein imperialistisches Gebäude errichtet werden soll. Wenn wir bereits einen so wohl-

---

[1] Siehe Bernhardi, Seite 317.

beschienenen Platz an der Sonne haben, *was fehlt uns denn? Was wollen wir denn mehr?*

Wenn wir als jüngster, seit kaum zwei Menschenaltern aufblühender Industriestaat der Welt England, den ältesten Industriestaat, in mancher Beziehung schon in den Schatten stellen, so können wir uns gewiss nicht über einen Mangel an Sonne beklagen.

*Ausdehnung des Länderbesitzes? Kolonien?* Hängt denn das Glück der Nationen von der Anzahl der Quadratmeter ab, die sie besitzen? Oder von ihren Kolonien? Wenn das der Fall wäre, müssten kleine Staaten, wie Belgien, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen arm im Verhältnis zu den Grossstaaten sein, während tatsächlich das Gegenteil der Fall ist. Die grössten Ein- und Ausfuhrziffern auf den Kopf der Bevölkerung zeigen die Niederlande, auf welche Belgien, Schweiz und Dänemark folgen und erst *hinter* diesen die Grossstaaten. Die belgischen dreiprozentigen Staatspapiere standen auf 96 zu derselben Zeit, als die deutschen auf 83 standen; die norwegische 3 ½ prozentige Rente stand auf 102, als die russische mit 81 zu haben war. Aehnliche Zahlen lassen sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens nachweisen. Die *Grösse des Landes und insbesondere des Kolonialbesitzes steht in keinerlei Verhältnis zu der Blüte eines Landes.*

Bester Beweis hierfür Deutschland selbst. Kein Mensch, auch der enragierteste Nationalist nicht, wird und kann bestreiten, dass die Aufwärtsentwicklung Deutschlands in den letzten 40 Jahren und insbesondere in den 26 Jahren seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers beispiellos in der Weltgeschichte dasteht. Zum 25 jährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II. ist unter dem Titel « *Soziale Kultur und Volkswohlfahrt während der ersten 25 Regierungsjahre Wilhelms II.* » ein Sammelwerk erschienen, welches die Fortschritte Deutschlands auf allen Gebieten menschlicher Kultur in dieser Zeitperiode darstellt und mit Zahlen belegt. Es ist überflüssig, diese bekannten Zahlen hier zu reproduzieren. Nur einige davon sollen angeführt werden. Die Bevölkerung hat sich von 48 Millionen im Jahre 1888 auf 67 Millionen im Jahre 1914 erhöht. Der jährliche Geburtsüberschuss betrug im Jahre 1911 11,3 % auf 1000 Einwohner und wurde nur von

Russland mit 17 % übertroffen. Die Produktion von Roheisen ist (in 1000 Tonnen gerechnet) von 4024 im Jahre 1887 auf 17.853 in 1912, also um 343,6 % gestiegen, während die Produktion Grossbritanniens in derselben Zeit nur um 17,6 %, nämlich von 7681 auf 9031 sich erhöht hat. Die amerikanische Produktion in Roheisen ist in derselben Zeit um 363,2 %, nämlich von 6520 auf 30.203 gewachsen, nimmt also immer noch die erste Stelle auf diesem Produktionsgebiete der Welt ein, dagegen ist Deutschland von der dritten Stelle im Jahre 1887 auf die zweite Stelle in 1912 vorgerückt, hat somit England überflügelt und einen um das zwanzigfache grösseren Steigerungsprozentsatz erreicht.

Eine ganz ähnliche Entwicklung zeigt die Stahlproduktion, welche (ebenfalls in 1000 Tonnen ausgedrückt) von 1163,9 im Jahre 1887 auf 17.302 in 1912 gestiegen ist. Auch hier sind wir von dem dritten Platz in der Weltproduktion auf den zweiten vorgerückt und haben England bedeutend überflügelt, dessen Produktion sich nur von 3196,8 im Jahre 1887 auf 6565,3 in 1911 gesteigert hat. Bezüglich des prozentualen Wachstums marschiert Deutschland hier an erster Stelle und lässt seine beiden Konkurrenten, Amerika und England, weit hinter sich zurück : die prozentuale Steigerung betrug in den genannten 25 Jahren in Deutschland nicht weniger als 1377 %, in Amerika 835 % und in England — sage und schreibe — nur 105 %.

Der Nettotonnengehalt unserer deutschen Handelsflotte hat sich von 1.240.182 im Jahre 1888 auf 3.153.724 in 1913 erhöht, wobei besonders zu beachten, dass auch der Handelswert der Schiffseinheiten durch Umwandlung von Segelschiffen in Dampfschiffe sich ungeheuer verbessert hat. Der Nettotonnengehalt der Dampfschiffe allein hat sich in der genannten Zeitperiode beinahe versechsfacht : er ist von 470.364 in 1888 auf 2.655.496 in 1913 gestiegen.

Der kommerziellen und industriellen Entwickelung Deutschlands entspricht das Wachstum des Nationaleinkommens und des Nationalvermögens. Dr Karl Helfferich, Direktor der Deutschen Bank[1], fasst in dem von ihm herrührenden Abschnitt des

---

[1] Jetzt Reichsschatzsekretär.

obengenannten Sammelwerks seine Ausführungen hierüber in folgende Worte zusammen :

Das deutsche Volkseinkommen beträgt heute rund 43 Milliarden jährlich, gegen 23-25 Milliarden Mark um das Jahr 1895.

Von den 43 Milliarden werden jährlich etwa 7 Milliarden Mark, also ein knappes Sechstel, für öffentliche Zwecke aufgewendet ; etwa 27-28 Milliarden Mark dienen dem privaten Verbrauch und etwa 8—8 ½ Milliarden, die sich durch den automatischen Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 10 Milliarden Mark erhöhen, wachsen als Mehrung dem Volksvermögen zu, gegen etwa 4 ½—5 Milliarden vor 15 Jahren.

Das deutsche Volksvermögen beträgt heute mehr als 300 Milliarden Mark, gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Diese lapidaren Ziffern fassen, in Geldeswert ausgedrückt, das Ergebnis der gewaltigen wirtschaftlichen Arbeit zusammen, die Deutschland unter der Regierung unseres Kaisers geleistet hat.

*Das ist der Platz an der Sonne, den wir einnehmen*, den uns niemand streitig gemacht hat, streitig machen kann oder streitig machen will, den wir dem Unternehmungsgeist, der Hartnäckigkeit und den geschickten Methoden unserer Kaufleute und Industriellen, aber nicht dem grossmäuligen Gefasel unserer Nationalisten und ebenso wenig dem Schwert unserer Generäle oder den Schlachtplänen unseres Generalstabes zu verdanken haben.

Es ist auschliesslich das Werk des deutschen Kaufmanns und seiner Devise : « Mein Feld ist die Welt », ausschliesslich die Folge des lang dauernden Friedenszustandes, welcher — nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu urteilen — je länger er dauerte, um so mehr den Aufstieg des deutschen Volkes gefördert hätte.

## Bevölkerungszuwachs und Kolonien.

Man erwidert mir : ja, gerade das Wachstum des deutschen Volkes, der jährliche Zuwachs um circa 800.000 Menschen erfordert notwendig eine Gebietserweiterung ; wo sollen all' diese neuen Menschen bleiben und ihr Brot finden ? Der Einwand ist ebenso hinfällig wie alle anderen. Wäre Deutschland zu klein, um seine wachsende Bevölkerung zu ernähren, so müsste die Ziffer der Auswanderung beständig zunehmen. Das Gegenteil ist

aber der Fall. Die Zahl der Auswanderer betrug von 1881 bis 1890 jährlich 134.200, von 1891-1910 jährlich nur 52.800 und im Jahre 1912 sind nur 18.500 Personen aus Deutschland ausgewandert.

Auf der anderen Seite ist die Zahl der Einwanderer im Steigen begriffen : während sie früher hinter der Zahl der Auswanderer erheblich zurückblieb, überwiegt sie seit etwa 15 Jahren die letztere derart, dass Deutschland im Begriffe ist, aus einem Auswanderungsland ein Einwanderungsland zu werden [1].

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass Deutschland weit entfernt, seine wachsende Bevölkerung nicht beschäftigen und ernähren zu können, im Gegenteil immer reichlichere Beschäftigung und Ernährung, nicht nur für seine eigene Bevölkerung, sondern auch für die vom Auslande zuströmenden Personen bietet. Dabei sind auch die Lohnsätze in beständiger, wenn auch lange nicht genügender Steigerung begriffen.

Und diese fabelhafte Entwicklung vollzieht sich in einer Zeit, wo andere Länder, insbesondere Frankreich, ihren Kolonialbesitz erheblich erweiterten, während unser Kolonialbesitz auf die wenigen Plätze in Afrika, Ostasien und im Stillen Ozean beschränkt bleibt, die dem zu spät gekommenen Deutschland noch erreichbar waren. *Welche Bedeutung haben diese Kolonien für unsere wirtschaftliche Entwicklung* der letzten 40 Jahre ? Keine, nicht die geringste. Wenn wir die Summen zusammenzählen, die uns diese Kolonien gekostet haben direkt und indirekt — zu den indirekten Kosten ist auch die zum Schutz notwendige Vermehrung der Auslandsflotte zu rechnen — und wenn wir auf der anderen Seite den finanziellen Nutzen dieser Kolonien in Rechnung stellen, so ergibt sich das Resultat, dass wir ein miserables Geschäft gemacht haben.

Auch in dieser Beziehung ist Bismarck weitblickender gewesen als seine Epigonen. Nur auf starkes Drängen und fast widerwillig hat er sich zu den ersten Schritten einer Kolonialpolitik entschlossen und ist sich stets der Zweischneidigkeit dieser Politik bewusst geblieben, welche unseren Gegnern nur neue Angriffspunkte bieten, uns aber keine entsprechenden Vorteile verschaffen würde.

Die jetzigen Ereignisse haben die Richtigkeit seiner Voraus-

[1] Siehe Helfferich, Seite 17.

sicht bewiesen. Sie haben unsern Gegnern Austauschobjekte in die Hand geliefert, welche zwar materiell wertlos für uns sind, aber ideell, nachdem wir sie einmal besessen haben, gewisse Werte für uns repräsentieren, die sich die Gegner beim Friedenschluss teuer bezahlen lassen werden.

Materiell sind sie für uns wertlos. Wird irgend jemand die Behauptung wagen, dass unser wirtschaftlicher Aufstieg (wie ich ihn oben mit Zahlen belegt habe) auch nur um einen halben Schritt zurückgeblieben wäre, wenn wir weder Südwest- noch Ost-Afrika, weder Kiautschou noch Samoa besessen hätten ? Die gesamte weisse Bevölkerung unserer Kolonien betrug im Jahre 1913 etwas über 27.000 Menschen, das ist etwa 3,5 % des *jährlichen* Bevölkerungszuwachses in Deutschland. Würde bei uns eine Ueberfüllung oder eine Hungersnot eingetreten sein, wenn diese 27.000 Menschen in Deutschland geblieben wären ? Würde dieser Zuwachs oder vielmehr Nichtabgang die geringste Wirkung auf unser Wirtschaftsleben, auf das Leben von 67 Millionen ausgeübt haben ?

Und weiter. Der gesamte Handelsverkehr Deutschlands mit seinen Kolonien in Ein- und Ausfuhr beträgt heute etwas über 100 Millionen Mark. Die gesamte Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1912 rund 20.000 Millionen. Der Handel mit den Kolonien beträgt also 0,5 % unseres gesamten Aussenhandels. Wenn diese 0,5 % wegfielen, würde die deutsche Volkswirtschaft dies auch nur spüren ? Aber sie würden ja gar nicht mal wegfallen, wenn wir die Kolonien nicht besässen. Brauchen die Kolonien unsere Produkte, so würden sie sie ebenso kaufen, wenn sie nicht unser Eigentum, sondern entweder selbstständig oder der Herrschaft eines anderen Volkes unterworfen wären. Wir haben ja keinerlei Handelsmonopol auf unsere Kolonien, sondern sie gehören zum Gebiete des Deutschen Reiches und sind an die von Deutschland geschlossenen Handelsverträge gebunden. Es findet also trotz unseres Besitzes die durch Handelsverträge geregelte Konkurrenz aller Industrieländer statt und daraus folgt, dass, auch wenn wir nicht die Besitzer wären, man uns immerhin die Waren abkaufen würde, welche wir besser und billiger als die anderen liefern können.

Unsere **wahren** Kolonien.

*Unsere besten Kunden sind ja gerade die Länder, die wir nie besessen haben und nie besitzen können* : England, Russland, Frankreich, Italien, Amerika, Brasilien, Argentinien, das sind unsere wahren Kolonien, das sind die Länder, die in dem grossartig entwickelten Güteraustausch der modernen Handelswelt uns durch den Ankauf unserer Fabrikate reich machen, während wir als Gegenwert hierfür die uns nötigen Rohmaterialien und fremden Fabrikate von ihnen beziehen. Das sind die Länder, welche dem deutschen Kaufmann unerschöpfliche Tätigkeitsgebiete eröffnen, wo er im freien Wettbewerb mit allen Handelsvölkern der Welt seine Schwingen regen und seine Tüchtigkeit zur Geltung bringen kann. Das sind die Riesenschwämme, welche die Milliarden von deutschen Produkten in sich aufsaugen, die von deutschen im Auslande ansässigen Kaufleuten hinübergeleitet und dort drüben in alle wirtschaftlichen Kanäle verteilt werden. Ueberall in der Welt sehen wir grosse deutsche Handelsfirmen, selbstständig oder als Filialen ihrer Mutterhäuser, emporblühen und im Kampf mit der englischen und amerikanischen Konkurrenz ihre Kraft entfalten. *Das ist der biologische Kampf ums Dasein, der heute die Welt regiert, nicht der Waffenkampf der Barbarenzeit.* Das ist der Kampf, der immer bleiben wird. Der Kampf der Tüchtigkeit gegen die Untüchtigkeit. Der Kampf der Klugheit gegen die Dummheit. Der Kampf der Ausdauer gegen die Schlaffheit. Der Kampf vor allem, der in Wirklichkeit die Auslese des höheren modernen Menschheitstyps herbeiführt, des *geistig* höheren, der, auf der sicheren Basis einer alle Volkskreise umfassenden Wohlfahrt, auch zu höheren sittlichen und kulturellen Stufen emporsteigen kann.

Von diesem Kampf natürlich wissen unsere imperialistischen Wortführer nichts. Für sie wird der Kaufmann immer der « Koofmich » bleiben, auch wenn sie die Töchter der reichen Handelsherren gern auf ihre adeligen Schlösser führen. Die Offiziere und Junker bleiben doch der erste Stand im Lande. Sie bleiben die Stützen von Thron und Altar, von Zucht und Sitte. Sie scheren sich den «Deibel drum», ob bei ihren kriegerischen Unterneh-

mungen mit einem Schlage zugrunde geht, was der Kaufmann in mühsamer täglicher Arbeit Generationen hindurch aufgebaut hat. Für sie existiert die wirtschaftliche Blüte eines Landes nur insoweit, als sie die Mittel bereitstellt zu militärischen Unternehmungen. Letztere sind der eigentliche Zweck des Daseins eines Volkes und erstere dienen nur dazu, diesen Zweck zu erfüllen

## Welchen Nutzen hat Frankreich von seinen Kolonien gehabt?

Aber kommen wir auf die Frage der Kolonien zurück. Wir haben gesehen, dass der Mangel an bedeutenden Kolonien Deutschland nicht geschadet, seine mächtige Aufwärtsentwicklung nicht gehemmt hat. *Wie steht es nun mit Frankreich* ? Hat der Erwerb des nordafrikanischen Kolonialreichs, der ostasiatischen Besitzungen, Madagaskars ihm irgendwelchen Vorteil oder Vorsprung vor dem Deutschen Reiche verschafft ? Nicht den geringsten, im Gegenteil ! Die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs hat auf einigen Gebieten vollständig stillgestanden, auf anderen einen Fortschritt gezeigt, der ganz unverhältnismässig geringer als in Deutschland ist. Der gesamte Aussenhandel Frankreichs betrug im Jahre 1912 nur 11,6 Milliarden Mark, obwohl seine auswärtigen Besitzungen mehr als den vierfachen Flächeninhalt im Vergleich zu denen des Deutschen Reiches umfassen. Seine Bevölkerungsziffer mit ungefähr 40 Millionen ist bekanntlich beinahe stabil geblieben. Vor allem müsste man doch annehmen — nach den Theorien unserer Imperialisten —, dass die Errichtung eines grossen Kolonialreiches eine mächtige Steigerung der Handelsschiffahrt herbeigeführt habe. Nichts von alledem. Der Tonnengehalt der französischen Handelsflotte ist sogar gesunken und zwar (in 1000 Tonnen ausgedrückt) von 1492 Tonnen im Jahre 1885 auf 1462,6 in 1911, während in derselben Periode, wie oben dargelegt, der deutsche Tonnengehalt von 1275,5 auf 3023,7 gestiegen ist.

Die Produktion in Roheisen, welche, wie oben dargelegt, in 25 Jahren in Deutschland um 343,6 % gestiegen ist, hat sich in Frankreich in derselben Periode nur um 210,7 % erhöht. Die Produktion in Stahl ist in denselben 25 Jahren in Deutschland um 1377 % auf 17.302 (in 1000 Tonnen) gestiegen, während die

französische Produktion sich nur um 727 % auf 4078,4 (in 1000 Tonnen) erhöht hat.

Aehnliche Zahlen lassen sich auf fast sämtlichen Wirtschaftsgebieten nachweisen. *Wo steckt also, frage ich, der Vorteil, den Frankreich von seinem Kolonialreich gehabt hat* ? Es wäre wahrscheinlich besser gefahren, wenn es die gelben und schwarzen und braunen Bewohner seiner Kolonialländer sich selbst überlassen und die riesigen Ausgaben für die militärische Erwerbung und die bürgerliche Verwaltung dieser weiten Ländergebiete in der Tasche behalten hätte. Vor allem hätte es dann keinen Marokkokonflikt, keinen Agadirfall, infolgedessen kein Aufschäumen der imperialistischen Bestie in Deutschland und höchst wahrscheinlich heute keinen Krieg gegeben. Der tote Erzherzog hat ja doch nur die « Schlappe » von Agadir ausbaden müssen.

Das französische Volk hat schon den richtigen Instinkt gehabt, wenn es seinen Kolonialeroberern stets einen Tritt versetzt und sie in die Rumpelkammer geworfen hat. So ist es Jules Ferry, dem Tonkinesen, so ist es Joseph Caillaux, dem Marokkaner, ergangen. In der Tat eine eigentümliche Ironie der Weltgeschichte! Die Franzosen jagen schimpflich die von dannen, die ihnen ihre Kolonien verschafft haben, und bei uns speit die Nationaille Feuer und Brand, weil ihnen Frankreich diese wunderbaren Kolonien vor der Nase weggeschnappt hat. Dabei haben die französischen Herren doch mindestens die Entschuldigung für sich, dass sie ihre Gebietserweiterungen ohne europäischen Schwertstreich durchgesetzt haben (von dem Leben der Eingeborenen spricht ein moderner Mensch überhaupt nicht), während wir diese selben verlockenden Erdenwinkel für wertvoll genug halten, um Ozeane besten Europäerblutes deswegen zu vergiessen und Chimborazzos von Leichen aufzutürmen.

Wahrlich, man kann mit Ulrich von Hutten ausrufen : « Es ist eine Lust zu leben ! » Besser aber noch mit Nunne aus dem Berliner Ulk : « Es jeht nirgends so komisch zu wie uff der Welt. »

### Die Deutschen im Auslande: Frankreich, England, Amerika.

Als man bei Gelegenheit des Agadirfalles einem geistreichen Pariser sagte : « Vous avez entendu, les Allemands sont à Aga-

dir ? », erwiderte er ganz kühl : « Je m'en fiche, ils sont au cœur de Paris, aux Champs-Elysées, voilà ce qui m'importe. »

Und in der Tat — darauf kommt es an. Nicht nur in den Ländern jenseits der Ozeane, nein vor allem auch in den europäischen Ländern selbst, den neutralen wie den jetzt feindlichen, überall sassen bis zum Ausbruch dieses fürchterlichen Krieges — in Deutschland nennt man es den « Anbruch der grossen Zeit » — die Deutschen im Herzen des Handels und Verkehrs. Ueberall hatten sie bedeutende eigene Unternehmungen oder vertraten deutsche Häuser oder leiteten Banken, Industrien und Handelsgeschäfte, die im Besitze von Ausländern waren. Die Pariser Börse, die Haute Banque ist voll von deutschen Namen; die Rothschild, Heine, Seligmann, Porgès, Schickler und wie sie alle heissen mögen, beherrschen den französischen Geldmarkt. Die deutschen Brasserien haben eine Umwälzung im französischen Restaurantleben herbeigeführt und verdrängen mehr und mehr mit ihren prunkvollen Bierpalästen das fein-intime französische Speisehaus, dem wir Aelteren allerdings manche Träne freudig-wehmütiger Erinnerung nachweinen. Dasselbe gilt von unzähligen anderen Tätigkeitsgebieten in Frankreich, in denen Deutsche eine massgebende Rolle spielen.

Es gilt aber noch mehr von *England*. Es ist bekannt, ein wie grosser Teil des Handels und der Industrie von Manchester, Liverpool, Birmingham und anderen Industrieorten in deutschen Händen ist, wie die Deutschen auch in englischen Häusern leitende Stellungen einnehmen. Wem das nicht bekannt sein sollte, der lese die Berichte der parlamentarischen Untersuchungs-Kommissionen nach, welche eingesetzt wurden, um Mittel gegen diese drohende Depossedierung der Engländer im eigenen Lande ausfindig zu machen. Keine Gewaltmittel allerdings, denn der Engländer ist ein viel zu praktischer Geschäftsmann, um nicht zu wissen, dass jeder Gewaltstreich in sein eigenes Fleich schneiden würde. Man suchte nach Mitteln, um den jungen Engländern die deutsche Schulung, die deutschen Methoden, die deutsche Anpassungsfähigkeit beizubringen, Eigenschaften, die sie befähigen sollten, die Konkurrenz der jungen Deutschen in ihrem eigenen Lande auszuhalten.

* * *

Von Amerika, Nord- und Südamerika, gar nicht zu reden. Der Unterschied zwischen den beiden Amerika besteht im wesentlichen darin, dass die Deutschen in den Vereinigten Staaten zum grossen Teil in die neue Nationalität aufgehen, während sie in Südamerika ihre deutsche Nationalität meist festhalten. Das eine wie das andere ist dem Vaterlande nützlich, und es ist eine der vielen konventionellen Lügen, wenn man immer wieder die Behauptung hört, dass der in eine fremde Nationalität aufgehende Deutsche ein Verlust für das deutsche Vaterland sei. Das Gegenteil kommt der Wahrheit näher. Der Deutsche, welcher sich in den Vereinigten Staaten naturalisieren lässt, verliert darum noch lange nicht sein Deutschtum. Er bleibt Deutscher von Blut, von Sprache, von Kultur und Gesinnung. Wer wollte das bestreiten ? Werden nicht die deutschen Künstler, Schriftsteller, Gelehrten, welche die amerikanischen Städte bereisen, überall von den millionenstarken deutschen Kolonien mit Begeisterung empfangen? Ja, manchmal sogar mit übertriebener unberechtigter Begeisterung. Selbst minores gentes, welche in Deutschland bereits mehr oder minder ausser Kurs gesetzt sind, suchen sich drüben an dem naiven, weniger unterscheidungsfähigen Nationalenthusiasmus (den sie natürlich prompt nach Hause telegraphieren) emporzuranken.

Die Deutschen in Nordamerika, ob naturalisiert oder nicht, sind politisch und wirtschaftlich ein ungeheurer Gewinn für unser Vaterland. Die engen politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern beruhen nicht zum geringsten Teil auf dem starken Prozentsatz, welchen die naturalisierten Deutschen in der amerikanischen Bevölkerung ausmachen. Man kann die ganze amerikanische Kultur als eine deutsch- angelsächsische Mischung bezeichnen. Ein Teil der amerikanischen Zeitungen, der nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Meinung ist, erscheint in deutscher Sprache. Der deutsche Buchexport nach Amerika ist enorm. Da in dem demokratisch regierten Lande die Abgeordneten und die Regierung auf die Ansichten ihrer Wähler mehr als bei uns Rücksicht nehmen müssen, so würde eine prinzipiell gegensätzliche Politik gegen Deutschland drüben unmöglich sein.

Dass wir diese günstige Disposition des amerikanischen Volkes durch diesen Krieg zerstört haben, dessen Schuld von allen Amerikanern, fast ohne Ausnahme, von Roosevelt herunter bis zum letzten Zeitungsschreiber mit Recht uns aufgebürdet wird, — das ist *unsere* Schuld und bildet einen neuen erheblichen Posten auf der Passiv-Seite unserer Kriegsbilanz.

Der wirtschaftliche Nutzen, welchen uns das Deutschtum in Amerika verschafft, ist so augenscheinlich und allgemein bekannt, dass eine nähere Darlegung überflüssig erscheint. In der New-Yorker Haute Banque — ebenso wie in der Pariser — spielen die naturalisierten Deutschen eine hervorragende Rolle. Es seien nur die Namen : Ladenburg, Thalmann, Warburg, Speyer Ellissen, Kuhn, Lœb & Co., Schiff u. s. w. hervorgehoben. Der enorme Ein- und Ausfuhrverkehr der beiden, im Verein mit England an der Spitze des Welthandels marschierenden Nationen wird drüben zum grossen Teil durch deutsche Kaufleute vermittelt, die aber fast ausnahmslos die amerikanische Nationalität angenommen haben, — vermutlich, weil ihnen die politischen Zustände drüben besser als bei uns gefallen, was ja auch nicht zu verwundern ist. Die grössten amerikanischen Bierbrauereien sind im Besitz von Deutschen, z. B. die Brauerei von Pabst in Milwankee, von Peter Dölger in New-York. Mit der Pabst'schen Brauerei sind ausser grossartigen Wohlfahrtseinrichtungen auch Schulen verbunden, in welchen mit den Kindern des Besitzers zugleich die Kinder der Angestellen in deutscher und englischer Sprache unentgeltlich unterrichtet werden. Die grössten Spielwarengeschäfte, z. B. das von Schwarz in New-York, sind in deutschen Händen und beziehen selbstverständlich ihre Waren aus Deutschland. Ein sehr erheblicher Teil der amerikanischen Aerzte sind geborene Deutsche und verbreiten als solche nicht nur deutsche Wissenschaft in Amerika, sondern beziehen auch Instrumente und Medizinalwaren aus Deutschland.

Die grössten Warenhäuser in New-York, die amerikanischen Wertheim und Tietz, sind in deutschen Händen. Sie tragen die Namen Altmann, Strauss, Gimbel, Blumendaal, u. s. w. Es ist natürlich, dass all' diese deutschen «captains of industry» die Kenntnis der deutschen Bezugsquellen, mit der sie schon hinüber

kommen, benutzen, um, solange der deutsche Lieferant mit dem fremdländischen konkurieren kann, ihre Waren von dem ersteren zu beziehen. Der deutsche Lieferant lernt dadurch wiederum die Bedürfnisse des dortigen Marktes kennen, richtet sich darauf ein und so entsteht in ganz natürlicher Folge aus dem deutschen Ursprung des amerikanischen Geschäftes eine dauernde Verbindung zwischen dem deutschen Produzenten und dem deutsch-amerikanischen Abnehmer.

Ob letzterer dabei Deutscher bleibt oder Amerikaner wird, ist natürlich völlig gleichgültig. Es gehört die ganze Ignoranz unserer nationalistischen Schreier dazu, um beständig die alberne Behauptung zu wiederholen — falsche Behauptungen werden bekanntlich durch die häufige Wiederholung nicht richtiger —, dass Deutsche, die im Auslande sich naturalisieren lassen, dem Vaterlande verloren gehen.

Das gerade Gegenteil kann man behaupten und aus dem Beispiel von *Südamerika* beweisen. Während in Nordamerika der Uebertritt zur fremden Nation die Regel bildet, ist er in Südamerika die Ausnahme. Die Deutschen in Brasilien, Argentinien, Chile werden nur ausnahmsweise Brasilianer, Argentinier, Chilenen, die meisten bleiben Deutsche. Daraus erwächst ihnen schon in Friedenszeiten der Nachteil, dass sie zu militärischen Übungen — viele von ihnen sind Reserve- und Landwehroffiziere — nach Deutschland kommen und ihre kaufmännische Tätigkeit drüben unterbrechen müssen. Wenn aber ein Krieg ausbricht wie jetzt und sie in die Heimat ruft, plötzlich ohne jede Vorbereitung, so haben sie, selbst wenn sie lebend und unverstümmelt zurückkommen sollten, ihr Festhalten an der deutschen Nationalität vielfach mit ihrem vollständigen wirtschaftlichen Ruin zu bezahlen. Dieser Ruin wird noch dadurch beschleunigt, dass bekanntlich die südamerikanischen Völker, wie die ganze neutrale Welt, uns als die Friedensstörer brandmarken, uns mit Recht für die schweren Rückschläge auf ihr eigenes Wirtschaftsleben verantwortlich machen und daher mit ihren Sympathien ausnahmslos auf der Gegenseite stehen. Bei dem erregbaren Temperament der spanischen Bevölkerung Südamerikas machte sich diese Stimmung gegen Deutschland so stark gegen die dort lebenden Deutschen

geltend, dass vielfach auch diejenigen, welche nicht zu den Waffen gerufen waren, ihr Ränzel schnürten und nach Europa abfuhren.

Ich urteile hier nicht nach Zeitungsberichten, sondern nach persönlicher Beobachtung. Ich hatte Gelegenheit, Ende August auf einer Reise von Amerika nach Deutschland mit vielen aus Brasilien, Argentinien, Chile über Genua zurückkehrenden Deutschen zu sprechen : sie schilderten mir die dortigen Zustände in vorstehender Weise, waren natürlich von patriotischer Begeisterung entflammt (da sie die gigantische Kriegslüge, welche *heute* die Professoren in Deutschland noch nicht erkannt, natürlich in Südamerika im Monat August nicht ahnen konnten), mussten mir aber fast sämtlich bekennen, dass alles, was sie im Laufe vieler Jahre, manche in Jahrzehnten mühsam aufgebaut hatten, durch den Kriegsausbruch mit einem Schlag zerstört worden sei. Junge Leute, die, früh herübergekommen, sich in grossen deutschen Exporthäusern durch Fleiss und Tüchtigkeit langsam emporgearbeitet hatten, mussten ihre Stellungen verlassen, um das von Russen und Franzosen « bedrohte » Vaterland, die Freiheit und Existenz des deutschen Volkes zu verteidigen.

Aber auch ohne die Einrückungsorder hätten sie ihre Stellungen wahrscheinlich verloren, da ihre Häuser unter der Kriegswirkung, die beinahe einen allgemeinen Landesbankerott in jenen Ländern herbeigeführt hat, entweder ihre Pforten schliessen oder zum mindesten ihren Betrieb aufs äusserste einschränken mussten. Aeltere Leute, welche sich durch manche Wirren und Schwierigkeiten hindurch drüben selbstständig gemacht hatten, mussten unter den Wirkungen des Krieges und unter der Antipathie der Bevölkerung ihren Geschäftsbetrieb aufgeben und mit Frau und Kind der Heimat zustreben. Auch sie unschuldige Opfer des Festhaltens an ihrer deutschen Nationalität ! Es war ergreifend, auf der langen Eisenbahnfahrt (von Ala bis München 52 Stunden) all' diese Erzählungen von zerstörten Existenzen und zerknickten Hoffnungen zu hören und die stille Ergebenheit zu beobachten, mit der all' diese tatkräftigen Pioniere des Deutschtums im Auslande ihr mühsam aufgebautes Glück und ihre Hoffnungen, ins Unvermeidliche sich fügend, auf den Altar des Vaterlandes niederlegten.

Ins Unvermeidliche! Das glaubten die Guten, die Vertrauensvollen. Wenn sie gewusst hätten und *wenn sie wüssten, wie wenig das alles unvermeidlich war,* wie sie nur die Marionetten waren, die von den unsichtbaren Drahtziehern gelenkt wurden, um deren selbstsüchtige Interessen, deren wahnsinnige Träume von Weltherrschaft und Alldeutschtum mit ihrem Gut und Blut zu bezahlen, wenn sie gewusst hätten, dass all das gemacht und vorbereitet war von verbrecherischen Ignoranten, die mit Brand und Blut, mit Mord und Verwüstung zu erreichen suchen, was nur die langsame friedliche Arbeit des Kaufmanns, des Industriellen, des Technikers, des Gelehrten in Menschenaltern erringen kann,— wenn sie all das gewusst hätten, jene tatkräftigen Männer, die auch drüben das deutsche Träumen und den deutschen Idealismus nicht verlernt haben, das Vertrauen, dass jede Sache, für welche der Deutsche das Schwert zieht, eine gerechte sein müsse, — wenn sie die Wahrheit gekannt hätten, sie wären wohl kaum herübergekommen und hätten den Boden nicht verlassen, der ihnen und ihren Familien eine zweite Heimat geworden war.

Alle waren darin einig, dass ein späteres Wiederaufbauen ihrer Existenzen in Südamerika ausgeschlossen und die dort in Arbeit verbrachten Jahre und Jahrzehnte einfach verloren seien.

Welcher Deutsche nützt also mehr dem Vaterlande, der in der fremden Nationalität aufgeht, wie in Nordamerika, oder der deutsch-national bleibt, wie in Südamerika? Ich denke, der erstere. Betrachtet man die déroute, in welche unsere deutschen Geschäftsbeziehungen mit Südamerika verfallen sind, und überträgt man diese Erscheinung auf die Riesenproportionen von Nordamerika, so können wir uns wahrlich glücklich schätzen, dass die Deutschen Nordamerikas zum grössten Teil nicht Deutsche geblieben, sondern Amerikaner geworden sind. Was würde eingetreten sein, wenn die Wirkungen des Krieges sich in Nordamerika in ähnlicher Weise wie in Südamerika gezeigt hätten, wenn fast alle kriegspflichtigen und nichtkriegspflichtigen Deutschen aus Nordamerika ihr Adoptiv-Vaterland, ihre Stellungen, ihre Geschäfte hätten verlassen müssen? Eine irreparable wirtschaftliche Katastrophe für Deutschland wäre einge-

treten. Und da wir uns auch so schon infolge unserer zerstörten, auf Jahre zerrissenen Handelsbeziehungen mit den kriegführenden Ländern bei längerer Kriegsdauer allmählich verbluten werden, so hätte uns dieser Schlag aus dem neutralen Lande Nordamerika den Gnadenstoss versetzt. Gott sei Dank, dass unsere Deutsch-Amerikaner stets nüchterner und vernünftiger gedacht haben als unsere Alldeutschen. Durch das Aufgeben der deutschen Nationalität haben sie Deutschland den besten Dienst geleistet.

Damit fällt wieder einmal eine der Theorien, mit denen man die territoriale Expansion begründet und die beständigen Reibereien zwischen den Kulturvölkern herbeiführt. **Unsere wahren Kolonien liegen da, wo wir nicht einen Quadratmeter Land besitzen:** in Nord- und Südamerika, in England, Frankreich, Russland und Italien, in Nord- und Südafrika, in Kanada, Australien [1].

Unser Handelsverkehr mit England beträgt etwa 3,7 Milliarden Mark, mit Frankreich circa 1,55 Milliarden Mk., mit beiden Ländern zusammen 5,25 Milliarden Mk., das ist mehr als ein Viertel unseres gesamten Aussenhandels. Dabei verkaufen wir mehr an diese Länder als wir von ihnen kaufen. Wir verkaufen an sie rund für 3,25 Milliarden Mk. und kaufen von ihnen rund für 2 Milliarden Mk. Unsere Ausfuhr beträgt also über 50 % mehr als unsere Einfuhr. Auf die gesamten gegnerischen Länder entfallen etwa 44 % des deutschen Aussenhandels, also circa 8,5 Milliarden Mk. Was wollen diesen Zahlen gegenüber die elenden Länderfetzen — zum Teil verwildert und unfruchtbar, für Europäer unbewohnbar — bedeuten, um welche sich die Diplomaten herumstreiten, die Völker gegen einander aufgehetzt, die Gelder für riesenhafte Rüstungen nutzlos verschleudert und schliesslich, da die Bombe doch einmal platzen muss, die blutigsten aller Kriege heraufbeschworen werden ?

Wann endlich werden die Völker der Welt den Wahnsinn dieser Situation begreifen ? Wann endlich werden sie ihren Lenkern zurufen, vor allen die Deutschen ihren deutschen Staats-

---

[1] Diese Gedanken sind vorzüglich entwickelt in dem Buch « *The great illusion* » von *Norman Angell* (William Heinemann, London).

lenkern : « *Aber den Platz an der Sonne, den haben wir ja bereits.* Lasst uns nur Ruhe und Frieden, uns in der Sonne wärmen und betätigen zu können ! Erdrückt uns nicht immer mehr mit unerschwinglichen Lasten und befreit Euch endlich von dem geographischen Grössenwahn, von der Quadratkilometerfresserei, die uns arme Völker schon selbst beinahe aufgefressen hat. »

Der Platz an der Sonne für uns.
Der Platz im Schatten für die Anderen.

In Wirklichkeit ist es allerdings ja etwas anderes, was unsere Imperialisten erstreben. Auch sie wissen, wenn sie es auch dem dummen Volke nicht sagen — und das Bernhardische Buch beweist es ja, — dass wir den Platz an der Sonne wohl haben, dass niemand versucht, ihn uns streitig zu machen, und wenn einer es versuchen sollte, es ihm nicht gelingen würde. Aber sie wollen etwas anderes : *den* **ausschliesslichen** *Platz an der Sonne wollen sie, die Weltherrschaft Deutschlands erstreben sie* und *das* ist es allerdings, was die Anderen ihnen nicht einräumen wollen.

Mit aller wünschenswerten Klarheit hat sich darüber erst in diesen Tagen der Deutsche Wehr-Verein in einer im Abgeordnetenhause abgehaltenen Sitzung ausgesprochen. Es heisst in seinem Manifest :

« Wir brauchen Raum und Luft, um unser deutsches Volkstum weiter auszubauen. Die Zeit der Rücksichten ist vorbei ! Schonungslos auf unsere Interessen bedacht, müssen wir und werden wir den Frieden diktieren. Nur ein Frieden darf in Frage kommen, der die *dauernde führende Weltstellung Deutschlands* gewährleistet...... Die verbrecherischen Friedensbrecher..... England, Frankreich und Russland müssen derart geschwächt werden, dass sie künftig für den Weltfrieden ungefährlich sind. »

Also Friedensbrecher auf der einen Seite und dauernde führende Weltstellung auf der anderen Seite ! Erkläre mir, Graf Oerindur ! In höchst geschickter Weise wird hier die Wahrheit mit der Lüge verquickt. Auf der einen Seite werden die wahren Ziele der Kriegspartei offen proklamiert, auf der anderen Seite aber die Finte des Friedensbruchs von seiten der Anderen kühn aufrecht erhalten. Trotzdem gelingt den Herren der salto mortale über die Logik nicht. Wenn wir in Wirklichkeit, um unser Volks-

tum weiterauszubauen, die dauernde *führende* Weltstellung Deutschlands brauchen, dann heisst das doch mit anderen Worten: da wir heute zwar die Gleichberechtigung, aber nicht die Führung besitzen, so müssen wir die Anderen *zwingen*, sich unserer Führung zu unterwerfen; wenn wir dies aber tun, so sind *wir* die Friedensbrecher, nicht die Anderen.

In Wirklichkeit verhält es sich auch so, wie ich im zweiten Abschnitt dieser Schrift nachweisen werde. Es ist aber immerhin wertvoll, dass jene Herren, während sie es zu leugnen versuchen, es tatsächlich wider ihren Willen zugeben müssen.

### Die Furcht vor Deutschland.

Die *Herrschaft* suchen wir, nicht die Gleichberechtigung. Diese letztere zu suchen, wäre Unsinn, denn wir besitzen sie im vollsten Masse. Wenn wir auch nicht, wie ein deutscher Professor meint, «sittlich und intellektuell ohne allen Vergleich den andern Völkern überlegen» sind, so wird doch *eine* Ueberlegenheit willig seit 1½ Jahrhunderten unserem Preussen-Deutschland von der ganzen Welt eingeräumt, die militärische. Während *wir* nur Gott zu fürchten brauchen, sonst nichts in der Welt, wird Deutschland von allen gefürchtet, — fast mehr als der liebe Gott selber. Schon der alte Tacitus hebt hervor, dass die Mangelhaftigkeit der deutschen Grenzen durch die Furcht vor den Teutonen ausgeglichen wird: «A Sarmatio Dacisque mutuo metu aut montibus separatur.» Die Furcht vor Deutschland bewirkt es, dass unser Wort schwer wiegt im Rate der Völker, trotz aller «Einkreisung» und trotz der Jämmerlichkeit unserer Diplomatie.

In angeregter Unterhaltung wurden neulich einmal die wichtigsten Friedensbedingungen erörtert. Franzosen, Deutsche und Engländer an einem Stammtisch im Auslande beteiligten sich an der Unterhaltung und waren schliesslich schon beinahe über die Friedensbedingungen einig, als der Deutsche scherzweise einwarf: «Ja noch eins! Ihr Franzosen müsst unsere deutsche Diplomatie en bloc übernehmen.» Entrüstet sprang der Franzose auf und brach die Friedensverhandlungen ab mit den Worten: «Ah ça, non! Ça c'est trop. Nous continuerons à combattre» — und verliess das Lokal.

Diplomatische Erfolge des Dreibundes.

Was unserer Diplomatie an Geschicklichkeit fehlte — wo sollen denn auch all' die hochgeborenen Borussen und Saxo-Borussen geschäftliche Klugheit gelernt haben! — was der Diplomatie fehlte, wurde stets durch das Gewicht der dahinterstehenden Armee ersetzt. Der Dreibund war zwar seit geraumer Zeit nur noch eine Attrappe, aber von aussen machte er sich ganz gut und wirkte beinahe wie ein Wesen aus Fleisch und Blut.

So kam es, dass Deutschland im Verein mit Oesterreich und Italien bei allen Streitigkeiten der letzten Jahre schliesslich immer noch gut abschnitt und dass seine Bundesgenossen, auf Deutschlands Macht gestützt, Beutestücke heimtragen konnten, mit denen sich die Errungenschaften der Triple-Entente kaum messen lassen. Hat nicht Oesterreich 1908 Bosnien und Herzegowina einsacken können, ein so fetter Bissen, dass er durch 20 Marokko's nicht aufgewogen wird? Hat nicht Italien ohne europäischen Konflikt Tripolis und die ägäischen Inseln, die es wohl kaum herausgeben wird, sich aneignen können? Haben wir nicht, ausser der offenen Tür in Marokko, die mehr wert ist als irgend welche kostspieligen und blutfordernden Besitzrechte, auch noch ein anständiges Stück des französischen Kongo in den Kauf bekommen? Ein Tauschgeschäft, welches dem verantwortlichen Minister Caillaux Prestige und Stellung, seiner Frau beinahe den Kopf gekostet hat. Haben wir nicht zugunsten unseres Bundesgenossen Oesterreich und mit diesem zusammen das Kunststück zuwege gebracht, die Montenegriner aus dem mit Blutströmen erkämpften Skutari wieder hinaus zu komplementieren und eine internationale Besatzung hineinzubringen? Ist nicht die Schaffung des Homunkulus-Königreichs Albanien, dieser Spottgeburt aus Dreck und Feuer, ausschliesslich im Interesse unserer Bundesgenossen Oesterreich und Italien erfolgt? Haben wir nicht bezüglich Klein-Asiens und der Bagdadbahn ein uns günstiges Abkommen mit England und der Türkei erzielen können?

Diese Liste liesse sich noch bedeutend verlängern. Ich brauche

nicht hervorzuheben, dass von meinem Standpunkt aus viele, ja fast alle dieser diplomatischen Streitereien, dieser Länderverschiebungen und Annektierungen nicht das geringste mit den wirklichen Interessen der Völker zu tun haben. Wenn man bedenkt, dass im Jahre 1912 beinahe ein europäischer Krieg wie heute ausgebrochen wäre wegen der Frage, ob Serbien das berühmte « Fenster nach dem Adriatischen Meere » erhalten solle, — wenn man bedenkt, dass fast jede der vorstehenden Fragen Europa zeitweise bis an die Grenzen des bewaffneten Konflikts gebracht hat, während diese sogenannten « Lebensfragen » vielfach nicht einmal für das richtig verstandene Volkswohl der zunächst beteiligten Staaten eine entscheidende Bedeutung hatten, so muss man immer wieder die Lammsgeduld der Völker und die Verbohrtheit der Diplomaten bewundern und dem Worte des guten Oxenstierna zustimmen, mit dem er seinen Sohn beschwichtigte, als dieser dem Posten eines schwedischen Gesandten sich nicht gewachsen fühlte : « An nescis, mi fili, quantilla prudentia mundus regatur ? »

### Oesterreichs Balkanpolitik.

Welchen Vorteil hat Oesterreich wohl von der Annexion Bosniens und der Herzegowina gehabt ? Noch eine Laus im Pelz zu den vielen, die schon darin sassen. Wäre es nicht besser für Oesterreich und die ganze Welt gewesen, wenn sich das Kaiserreich mit der Okkupation, wie sie seit 1878 auf Grund des Berliner Vertrages bestand, begnügt hätte ? Erst durch die formelle Annektierung im Jahre 1908 ist die grossserbische Bewegung stärker als je vorher angefacht worden und hat trotz der beruhigenden Erklärung Serbiens vom März 1909 ihren weiteren Lauf genommen. Nationalbewegungen lassen sich eben nicht unterdrücken. Der Realpolitiker muss mit ihnen als Tatsachen rechnen und, wenn er sie in die von ihm gewollten Bahnen lenken will, so muss er ihre auf Rassen-, Sprachen-, vielfach auf Religionsgemeinschaft beruhenden und daher gesunden und berechtigten Forderungen nach Möglichkeit zu erfüllen suchen. Das ist die Kunst der Engländer und die wahre Grundlage der kolonialen Grösse dieses Volkes. Die südafrikanischen Republiken haben sie

unterjocht, aber fast unmittelbar nach der Unterwerfung ihnen im Rahmen der grossen südafrikanischen Union self-government gegeben und ihren hervorragendsten Kriegsführer General Botha an die Spitze der Union gestellt. Ebenso haben sie es mit all' ihren übrigen Kolonien in der Welt gemacht, sobald dieselben kulturell zur Selbstverwaltung reif geworden waren. Kanada und Australien sind unter der losen britischen Oberherrschaft völlig unabhängige Staaten, die nur die Vorteile geniessen, welche aus ihrem Zusammenhang mit dem Weltreich entspringen, aber keinerlei Nachteile mit in den Kauf zu nehmen haben. Daher die Anhänglichkeit all dieser Kolonien, selbst der jüngst durch Waffengewalt erworbenen, an das Mutterland, daher die vollständig verfehlte Spekulation Deutschlands auf Abfälle oder Aufstände, welche den Engländern Schwierigkeiten bereiten und ihre Kolonien den Deutschen in die Arme treiben könnten, Denselben Deutschen, die schon heute, ehe sie Belgien noch annektiert haben, nichts Besseres zu tun wissen, als in Brüssel und Antwerpen die französische Sprache durch Militärbefehl von den Strassen und aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.

Hätte Oesterreich, anstatt unter dem Säbelrasseln seines deutschen Verbündeten Bosnien nnd Herzegowina zu annektieren, die serbische Nationalbewegung als natürliche Tatsache hingenommen und ihr nach dem Grundsatz « naturam expellas furca tamen usque recurret » vernünftige Konzessionen gemacht, so hätten wir — das kann man mit aller Bestimmtheit behaupten — heute keinen Weltkrieg. Aber die Oesterreicher verstehen es offenbar besser. Sie halten es für richtig, all ihre fremden Völkerschaften, die Italiener, Kroaten, Slawonen, Rumänen, Serben nach dem Grundsatze zu behandeln:

« Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag' ich dir den Schädel ein. »

Wie weit sie damit gekommen, das sehen wir heute, nicht nur auf der serbischen, auch auf der italienischen Seite, und wie lange wird es dauern, bis wir auch auf der rumänischen Grenze die Wirkungen dieser erzreaktionären Unterdrückungspolitik erkennen werden.

Aber je schlechter die österreichische Politik, um so erstaunlicher die diplomatischen Erfolge, welche sie, auf die Waffengewalt Deutschlands gestützt, überall in den letzten Jahren erringen konnte. Deutschland und Oesterreich haben wahrhaftig keinen Grund sich zu beklagen, dass die europäischen Diplomaten ihnen «beständig auf die Hühneraugen getreten» wären. Die in den letzten Jahren aufgetauchten Fragen waren, abgesehen von dem Marokkokonflikt, sämtlich sogenannte österreichische « Lebensfragen », wenn man überhaupt bei einem Kadaver noch von Lebensfragen sprechen kann. Mit diesem Kadaver hat die geschickte deutsche Diplomatie den an sich gesunden und lebenskräftigen deutschen Volkskörper auf Gedeih und Verderb (leider mehr auf Verderb als auf Gedeih) zusammengekettet — im Interesse der « germanischen Rasse in Mitteleuropa », wie unser Weissbuch so schön sagt. Wer lacht da ? Oesterreich besteht bekanntlich nur zu einem Viertel aus Einwohnern germanischer Rasse, aber mit diesem « Rassenschutz » haben wir es glücklich zu Wege gebracht, dass diese orientalischen Fragen, welche einem Bismarck nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert waren, uns die Knochen vieler Hunderttausender blühender Volksgenossen und die Arbeit mehrerer Menschenalter kosten werden.

Ein schlechtes Geschäft freilich, aber ein Geschäft, das glänzend ausgegangen wäre, wenn man es, wie alle ähnlichen Geschäfte der letzten Jahre, auf *diplomatischem* Boden belassen und nicht auf kriegerischen Boden verpflanzt hätte. Der diplomatische Erfolg, welcher durch die serbische Antwort auf die österreichische Note am 25. Juli abends erzielt war, war einer der glänzendsten der ganzen diplomatischen Geschichte Europas. Oesterreich hatte bis auf wenige, nicht entscheidende Punkte, über die Serbien noch weiter zu verhandeln bereit war, alles Wesentliche, was es verlangt hatte, erreicht und das Erreichte überstieg alles, was je ein Staat von einem anderen unabhängigen Staat durch diplomatische Mittel im Frieden erlangt hat. Die Demütigung Serbiens war aber gleichzeitig eine Demütigung Russlands und Oesterreichs Prestige stand in der Stunde, als es übermütig und grundlos seinen Gesandten aus Belgrad abberief, am Balkan so hoch im Kurse, wie es bis dahin noch nie gestanden hatte und sicherlich

nie wieder stehen wird. Ein Erfolg, der nur der festen Rückendeckung des deutschen Bundesgenossen zu danken war.

Weshalb man es trotzdem zum Kriege kommen liess oder vielmehr ihn absichtlich herbeiführte, ist nur aus dem Zusammenhange mit der deutschen Politik und den Strömungen in Berlin zu erklären, wie ich im zweiten Abschnitt dieser Schrift an der Hand der Dokumente darlegen werde. Für die jetzige Erörterung genügt die Feststellung der Tatsache, dass die in Deutschland immer wiederholte Behauptung, der Dreibund sei durch die Entente-Diplomatie beständig kalt gestellt oder gar übers Ohr gehauen worden, auf Unwahrheit beruht und dass im Gegenteil die Dreibund-Politik bei *allen* Gelegenheiten — zuletzt noch im Juli 1914 — einen eklatanten Sieg davongetragen hat.

### Der Kronprinz und die Kriegspartei.

Alle Welt in Deutschland führt beständig die « Einkreisungspolitik » im Munde und gibt ihr die Schuld an der jetzigen Katastrophe. Auch hier natürlich tritt dieselbe Erscheinung zu Tage wie bei der ganzen Rechtfertigungskampagne, welche Deutschland als das unschuldige Lamm und England als den reissenden Wolf darzustellen sucht. Die Eingeweihten wissen genau, wie die Sache steht, und, wenn der Kronprinz im Felde den Herren von Bernhardi oder Frobenius begegnen sollte, so werden sich die Gesinnungsgenossen anlächeln wie die römischen Auguren. Sie wissen, dass keine fremde Politik, sondern unserer eigner Wille — oder vielmehr *ihr* Wille — uns in diesen Krieg gedrängt hat, und wenn sie es jetzt, wo sie die fürchterlichen Folgen sehen, ableugnen sollten, so treten ihre eigenen Schriften als blutige Zeugen gegen sie auf.

Wie heisst es doch in der Einleitung zu dem kronprinzlichen Buch « Deutschland in Waffen » :

Wir leben freilich heutzutage in einer Zeit, die mit besonderer Genugtuung die stolze Höhe ihrer Kultur betont, die nur zu gern sich ihres internationalen Weltbürgertums rühmt und sich in schwärmerischen Träumen von der *Möglichkeit eines ewigen Weltfriedens gefällt. Diese Lebensauffassung ist undeutsch und steht uns nicht an.* Der Deutsche, der sein Volk liebt, der an die Grösse und Zukunft unserer Heimat glaubt und ihr Ansehen nimmer gemindert wissen will, darf die Augen nicht zu solchen Träumereien schliessen,

darf sich nicht in trägen Schlaf singen lassen von dem Friedenswiegenlied der Utopisten..... Seit dem letzten grossen Kriege hat Deutschland eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs hinter sich, die fast etwas Beängstigendes an sich hat. Der Wohlstand ist in allen Kreisen unseres Volkes derart gestiegen, dass die Ansprüche an die Lebenshaltung und der Luxus sich üppig entwickelt haben. Nun soll gewiss nicht undankbar verkannt werden, dass ein hoher wirtschaftlicher Aufschwung viel Gutes schafft. Aber die Schattenseiten dieser allzu raschen Entwicklung treten vielfach peinlich und drohend hervor. Schon hat die Bewertung des Geldes bei uns ein Gewicht gewonnen, das man nur mit Sorge beobachten kann..... Die alten Ideale, ja selbst Ansehen und Ehre der Nation können in Mitleidenschaft gezogen werden ; denn *zum ungestörten Geldverdienen braucht man Frieden, Frieden um jeden Preis*. Und doch lehrt uns das Studium der Geschichte, dass noch immer alle diejenigen Staaten, bei denen rein kaufmännische Interessen in Entscheidungsstunden den Ausschlag gaben, elend zugrunde gegangen sind. *Die Sympathien der Kulturvölker* gehen heute noch, wie in den Schlachten der Antike, *mit dem forsch und tapfer kämpfenden Heere* [1], gehen mit den braven Kämpfern, die, wie Lessing seinen Tellheim sagen lässt, für ihr Land Soldat sind und aus Liebe zu der Sache, für die gefochten wird... Gewiss kann und soll diplomatische Geschicklichkeit wohl eine Zeitlang die Konflikte hinhalten, zuweilen lösen. Gewiss müssen und werden sich in der ernsten Entscheidung alle Berufenen ihrer ungeheuren Verantwortung voll bewusst sein. Sie werden sich klar machen müssen, dass der Riesenbrand, einmal entfacht, nicht mehr so leicht und rasch erstickt werden kann. Aber wie der Blitz ein Spannungsausgleich zweier verschieden geladener Luftschichten ist, so wird das Schwert bis zum Untergange der Welt immer der letzten Endes ausschlaggebende Faktor sein und bleiben..... Und deshalb muss ein jeder, dem seine Heimat lieb ist und der an eine grosse Zukunft unseres Volkes glaubt, freudig mitarbeiten für sein Teil, dass der alte soldatische Geist unserer Väter nicht verloren geht, nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt werde. Denn das Schwert selbst macht die Sache nicht allein, sondern der in Uebung gestählte Arm, der es führt. Jeder einzelne von uns muss sich waffenfähig erhalten und auch innerlich vorbereitet sein auf die ernste grosse Stunde, da der Kaiser zur Fahne ruft. Auf jene Stunde, da wir uns nicht mehr selbst, sondern nur noch dem Vaterlande mit allen unseren geistigen und körperlichen Kräften gehören ; da alle diese Fähigkeiten zur höchsten Anspannung gebracht werden müssen, zu jenem « Willen zum Siege », der doch niemals in der Geschichte erfolglos gewesen ist.

Das dürfte genügen. Aber es kommt noch besser. Der kronprinzliche Verfasser schildert eine Regimentsübung der Gardes-du-Corps auf dem Döberitzer Felde :

---

[1] Das hat sich jetzt gezeigt. (Anmerkung des Setzers.)

Die Stahlhelme blitzen. Jeder einzelne Reiter bemüht sich im Exerziergalopp Vordermann und Richtung zu halten — keine Kleinigkeit bei Staub und unebenem Boden ! Manch einer stürzt, und über ihn hinweg geht die Reiterschar. Was hilft's ! Wo gehobelt wird, da fallen Späne..... Und richtig, da tönt es herüber, hell und zitternd in das Getöse der galoppierenden Masse : « Front ! » Die Zügel wirbeln herum, und wie durch Zauberschlag ist die Linie hergestellt. Eine Front von fünf daherbrausenden Gardes-du-Corps-Schwadronen — und dann folgt das Signal « Marsch ! marsch ! » Da wird das Letzte aus den Pferden herausgeholt, und mit vorgebeugtem Körper und eingelegter Lanze die Attacke mit Hurra ausgeritten..... Wer solche Attacke mitgeritten hat, für den gibt's nichts Schöneres auf der Welt !..... Und doch noch eines erscheint dem echten Reitersmann schöner : Wenn alles dies dasselbe ist, aber am Ende des schnellen Laufes uns der Feind entgegenreitet und der Kampf, für den wir geübt und erzogen sind, einsetzt, der *Kampf auf Leben und Tod.* Wie oft bei solcher Attacke hat mein Ohr den sehnsüchtigen Ruf eines daherjagenden Kameraden aufgefangen : « *Donnerwetter, wenn das doch ernst wäre !* »..... Reitergeist ! Alle, die rechte Soldaten sind, müssen's fühlen und wissen : *Dulce et decorum est pro patria mori !*

Derselbe Attackengeist kommt in dem Abschiedswort an die Danziger Husaren zum Ausdruck. Der junge Kriegsheld wird sentimentalisch, weil er nun nicht mehr an der Spitze seiner Husaren durchs Leben reiten kann. Er « trägt bereits seine Jugend zu Grabe », aber ihn tröstet der Gedanke :

Wohl kann man mich von euch trennen, aber mein Herz und mein Geist bleibt unter euch. Wenn einmal der König ruft und das Signal « Marsch, marsch ! » wird geblassen, *so denkt an den, dessen sehnlichster Wunsch es stets war, diesen Augenblick des höchsten soldatischen Glücks an eurer Seite miterleben zu dürfen.*

Dieser Augenblick ist ja nun gekommen. Es ist ja nun Donnerwetter ! Ernst geworden. Die Totenhusaren sind marsch ! marsch ! in den Tod geritten, sind wie die Kornhalme niedergemäht worden. Wo aber war der Herr Reiteroberst in diesem Augenblick ? Weshalb hat er, der noch heute die kleidsame Uniform seiner Husaren trägt, sich nicht an ihre Spitze gesetzt mit Hurrah gegen den Feind ? Weshalb hat er den Augenblick höchsten soldatischen Glücks ungenützt vorübergehen lassen ?

Man könnte diesen jungen Herrn — « Was hat denn dieser junge Herr eigentlich für Verdienste ? » fragte Bebel im Reichstag bei einer Diskussion über die Kronprinzenfronde — man könnte ihn ruhig sich selbst, seinem Gewissen und seiner weiteren Selbsterziehung überlassen, wenn er nicht unglücklicherweise im Laufe dieses Krieges, an welchem er und seine Leute die Hauptschuld tragen, zu einer Art deutschen Nationalhelden avanciert wäre.

Er ist seit langem das unbestrittene Haupt der deutschen Nationalisten und Chauvinisten und seine Ansichten geben den Kammerton für das deutsche Nationalorchester an. Der Kronprinz ist gross und Liman ist sein Prophet[1]. Indem man ihn bekämpft, bekämpft man die Richtung, die Deutschland ohne jeden äusseren Zwang, ohne jede Provokation, ohne jedes greifbare praktische Ziel in diesen unglücklichen Krieg hineingezogen hat und, wenn wir nicht rechtzeitig umkehren, uns unrettbar ins Verderben führen wird.

Es ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen. Aber die Wahrheit ist stärker als sie. Mit ehernem Finger pocht sie an ihre Pforten. Mit dröhnendem Schall dringt sie in ihre Ohren und, wenn Deutschland, wie der Kanzler sagt, sich nicht unterkriegen lässt, die Wahrheit lässt sich noch weniger unterkriegen. Sie zerreisst die Schleier, mit denen man sie zu umhüllen sucht, und tritt in siegreicher Nacktheit ans Tageslicht.

### Die Einkreisungspolitik.

Die *Einkreisungspolitik* ist einer der Schleier, mit denen man die Wahrheit zu verhüllen trachtet. Was heisst das : Einkreisungspolitik ? Jeder spricht das Wort nach und keiner verbindet einen klaren Begriff damit. Wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur bedeuten : eine Politik, die Deutschland und Oesterreich, die Centralmächte, durch ein Gegenbündnis peripherer Mächte einzuschliessen sucht. Es ist also ein *geographischer* Begriff.

Was für eine besondere aggressive Tendenz liegt nun in die-

---

[1] « *Der Kronprinz. Gedanken über Deutschlands Zukunft,* » von *Dr. Paul Liman.* Verlag von Wilhelm Köhler, Minden.

ser zufälligen geographischen Lage der Ententemächte ? Werden Angriffsabsichten durch geographische Lagen bestimmt oder bewiesen ? Wäre es für Deutschland und Oesterreich nicht ebenso gefährlich oder vielleicht noch gefährlicher gewesen, wenn an der Stelle der einen oder anderen Ententemacht Italien dem Gegenbündnis angehört hätte ? Oder Amerika etwa ? Hätte man bei Italien oder Amerika von einer Einkreisungsabsicht sprechen können ? Höchstens doch nur in dem Sinne, wie der Füselier Kutschke behauptet « eine janze feindliche Kompagnie für sich allein umzingelt zu haben ».

Es ist klar : die Geographie hat nichts mit Kriegsgefahr und Kriegsabsichten zu tun. Ebenso wie man die Triple-Entente eine Einkreisung nennt, könnte man die Triple-Allianz als *Auskreisung* bezeichnen, da ja Deutschland, Oesterreich und Italien eine Art centralen Blockes bilden, aus welchem die Ententemächte ausgeschlossen sind. Das eine ist ebenso defensiv oder aggressiv wie das andere. Die geographische Konstellation ist nur eine *zufällige Folge* der chronologischen Entwickelung der Allianzen. Wäre Italien noch frei gewesen, als König Eduard die « splendid isolation politics » der Viktorianischen Zeit in eine Bündnispolitik umwandelte, so hätte er wahrscheinlich lieber Italien in sein Bündnissystem hineingezogen als Russland. Er hätte zweifellos das demokratische Italien, mit dem er nur Interessengemeinschaften, aber keine Interessenkonflikte hatte, einem Bundesgenossen vorgezogen, dessen politische Rückständigkeit ebenso wie seine asiatischen Gegeninteressen ihn zu einem sehr unwillkommenen « Freund » für England machen mussten. Die Sechs-Mächtegruppierung in Europa ist aus *historischen* Umständen und Interessengemeinschaften entstanden. Ihre geographische Gestaltung aber ist eine rein zufällige und hat nichts mit dem Wesen und den Tendenzen der beiden Gruppen zu tun.

Es ist daher ebenso falsch als oberflächlich, die excentrische Lage der Ententemächte schon an sich als eine Gefahr für die Kaisermächte anzusehen. Wer aggressive Absichten behauptet, ist verpflichtet, sie zu beweisen und zwar zu beweisen aus *anderen* Gründen als aus der geographischen Lage. An diesen anderen Gründen aber fehlt es vollständig. Man kann in Deutschland

herumfragen soviel man will: niemand ist instande, eine präcise Antwort zu erteilen. England soll neidisch sein auf unsere Handelsentwicklung. Neid ist eine Gesinnung, aber keine Handlung. Ebenso wie ich niemanden zur Liebe zwingen kann, so kann ich ihm Neid oder Hass nicht gewaltsam austreiben. Es muss mir genügen, wenn er diese bösartigen Gesinnungen nicht in Handlungen umsetzt, wie ja auch ich es mir nicht gefallen lassen würde, wegen meiner blossen Gesinnungen von dem Nachbarn zur Rechenschaft gezogen zu werden. Gesinnungen sind eben zollfrei und selbst im reaktionären Preussen steht jedem Staatsbürger verfassungsmässig das Recht zu, nicht nur Gesinnungen zu haben, welche er wolle, sondern sie auch « durch Wort, Schrift und Druck » frei zu äussern. Das Strafgesetzbuch bestraft nicht den blossen Willen zur Tat, sondern (mit wenigen Ausnahmen) nur den *Versuch* der Tat, welchen es als « Anfang der Ausführung » definiert.

*Wo, wie und wann hat England je versucht, seinen Neid gegen Deutschland in die Tat umzusetzen*, das heisst: Deutschland anzugreifen? Nie und nirgends. Nicht *eine* Handlung Englands ist nachweisbar, aus der die Absicht eines militärischen Angriffes auf Deutschland, in Gemeinschaft mit seinen Ententegenossen, hergeleitet werden könnte. Diplomatische Unterstützung Frankreichs beim Marokkokonflikt — ja! Aber das war Englands gutes Recht und sogar seine Pflicht, auf Grund des englisch-französischen Abkommens betreffend Aegypten und Marokko. Und hat denn unser Bundesgenosse Oesterreich nicht auch zu uns gehalten in diesem Konflikt? Haben wir nicht zu Oesterreich gehalten in allen orientalischen Streitfragen? Weshalb soll die diplomatische Unterstützung einer befreundeten oder verbündeten Macht in dem einen Falle defensiv, im anderen Fall aber aggressiv sein? Ist England nicht frei, bei diplomatischen Verhandlungen seine Interessen und seine Verpflichtungen nach eigenem Ermessen zu beurteilen, wie wir es unseren Interessen und Verpflichtungen gegenüber tun? Noch einmal: *wo bleibt der Nachweis aggressiver Absichten Englands gegen uns?*

Die Militär- und Flottenkonventionen wird man mir einwenden, welche England mit Frankreich abgeschlossen hatte und

mit Russland abzuschliessen im Begriff war. Aber haben *wir* denn nicht mit Oesterreich militärische Konventionen geschlossen, welche bis auf die letzte Kanone und Kompagnie die gegenseitige Unterstützung in einem europäischen Kriege regelten? Haben nicht beständige Besuche und Konferenzen zwischen den beiderseitigen Generalstäben stattgefunden? Wenn unsere viel engere Militärkonvention mit Oesterreich keinen aggressiven Charakter hatte, weshalb sollen die viel loseren Abmachungen zwischen englischen und französischen Fachleuten, welche kaum über den Rahmen von Besprechungen hinausgingen, einen aggressiven Charakter gehabt haben [1]? Diese Besprechungen waren, wie aktenmässig feststeht, *völlig unverbindlicher Natur,* weil ihnen keinerlei Bündnisverpflichtung zu gegenseitiger kriegerischer Unterstützung zu Grunde lag. Die englisch-französische Entente enthielt solche Bündnisverpflichtung nicht, sondern überliess es jeder Partei, im gegebenen Falle frei nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob sie der andern militärisch beistehen wolle oder nicht [2]. Selbst im Falle eines unprovozierten Angriffs seitens einer dritten Macht blieb diese Freiheit bestehen und nur für den Fall, dass beide Mächte durch *freiwilligen* Entschluss sich zu einer Kooperation entschliessen sollten, nur für diesen Fall sollten die Besprechungen der militärischen Sachverständigen praktische Folge haben.

Die Beziehungen Englands zu Russland waren, soweit die allgemeine europäische Politik in Betracht kommt, noch viel loser als die mit Frankreich. Die Abmachungen Russlands mit England betrafen ausschliesslich asiatische Interessengebiete und enthielten keinerlei Verpflichtungen für Europa. England war so wenig an der russisch-französischen Allianz beteiligt, dass es nicht einmal den Wortlaut der Allianzbestimmungen kannte [3].

Abgesehen von irgend einer Verpflichtung oder Absicht, uns anzugreifen, fehlte es aber auch an jeder *Veranlassung* dazu für England. *Welchen Vorteil sollte England von einem Krieg gegen*

---

[1] Siehe die Rede Grey's im Unterhaus vom 3. August 1914. Engl. Blaubuch. Seite 89-96.

[2] Siehe Brief Grey's an Cambon vom 22. Nov. 1912. Engl. Blaubuch. Seite 90.

[3] Siehe Blaubuch, Seite 91.

*uns erwarten?* Wir, die wir beständig den englischen Krämergeist im Munde führen und den kühl wägenden Geschäftssinn der Engländer in Gegensatz zu unserer patriotischen Begeisterung stellen, wir sollten doch wahrhaftig diesem Krämervolk nicht den Wahnsinn zutrauen, *seine eigenen besten Kunden tot zu schlagen*, um bessere Geschäfte zu machen. Zu solcher hirnverbrannten Handlungsweise ist wohl ein Volk fähig, bei welchem Reiterobersten und Generäle und Anti-Handelsleute das grosse Wort führen, nicht aber ein Volk von Handelsleuten, bei welchem auch die leitenden Politiker zum Teil aus dem Geschäftsleben hervorgehen und jedenfalls ohne Ausnahme mit den Ideen modernen Handelsgeistes durchtränkt sind.

Die Wahrheit ist, dass England *nie aggressive Absichten gegen uns gehabt*, nie ein Bündnis mit aggressiven Absichten gegen uns geschlossen und nie das geringste getan hat, um Andere zum Angriff gegen uns aufzuhetzen.

Wer die gegenteilige Behauptung aufstellt, ist nach allgemeinen Prozessregeln verpflichtet, sie zu beweisen. Diesen Beweisantritt habe ich bisher vergeblich in deutschen Reden und Schriften gesucht. Ueberall die leere Behauptung, ohne den Schimmer eines Beweises.

Soweit diese Behauptung aber von *offizieller* Seite bei uns aufgestellt wird, also von Leuten, welche die diplomatische Geschichte der letzten 15 Jahre kennen, ist sie eine Behauptung wider besseres Wissen, also eine *Lüge*.

Diese letzten 15 Jahre, seit der ersten Haager Konferenz von 1899, sind nichts anderes als eine *fortlaufende Kette von englischen Versuchen, zu einer politischen Entente mit Deutschland und auf der Basis einer solchen zu einer Beschränkung der beiderseitigen Seerüstungen zu gelangen* — Versuche, die jedes Mal an dem Unverstand oder dem bösen Willen der deutschen Regierung gescheitert sind.

Es ist bekannt und bedarf hier keiner näheren Darlegung, wie England bei Gelegenheit des Fachodakonflikts, als seine Beziehungen zu Frankreich immer gespannter wurden und fast zu einem kriegerischen Konflikt drängten, aus der splendid isolation herauszukommen und eine Entente mit uns abzuschliessen

strebte. Unsere weitsichtigen Politiker haben, wie so oft, die Gelegenheit nicht erfasst. Sie haben den günstigen Moment vorübergehen lassen, in welchem sie ohne ruinöse Rüstungen, ohne Schwertstreich und für alle Zeit gesichert uns den weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg ermöglichen und der Welt dauernd den Frieden erhalten konnten.

## England und Deutschland.

### Erste Haager Konferenz.

Am 28. August 1898 erschien im Petersburger Regierungsboten das berühmte Friedensmanifest des Zaren. Bei der Erwähnung dieses Manifestes werden unsere Kriegsschreier lachen und höhnend auf den «Blutzaren» hinweisen, der seit jener Friedenskundgebung nun schon den zweiten fürchterlichen Krieg entfesselt habe.

Wie es mit der Entfesselung des gegenwärtigen Krieges seitens Russlands steht, werden wir später sehen. Wie weit Russland die Schuld an dem japanischen Kriege zufällt, ist ein Kapitel für sich, welches kaum mit der einseitigen Verurteilung Russlands endigen dürfte. Die Absicht des Manifestes war jedenfalls rein und ehrlich und die den europäischen Völkern vorgesteckten Ziele: wahrer und dauernder Frieden, Beschränkung der Rüstungen, welche selbst im Frieden die Völker allmählich dem wirtschaftlichen Untergang zuführen, — diese Ziele werden und müssen die unverrückbare Richtschnur der Bestrebungen aller europäischen Staatslenker bleiben. Auch der gegenwärtige Krieg, wenn anders er nicht ein wahnsinnig zweckloses Blutvergiessen sein soll, kann keine anderen Ziele haben.

*Wie stellte sich England diesem Manifest gegenüber, wie Deutschland?* Während in England die öffentliche Meinung in Uebereinstimmung mit der Regierung das Manifest mit der grössten Sympathie begrüsste und der englische Minister des Auswärtigen diese ungeteilte Zustimmung nach Petersburg berichten konnte, entwickelte sich wohl auch in Deutschland eine volkstümliche Bewegung zu Gunsten der vom Zaren ausgesprochenen Ideen. Aber die Regierung verhielt sich kühl und nur die sozialdemo-

kratische Partei erkannte die epochemachende Bedeutung dieser von ihr stets vertretenen, aber nun zum ersten Male von hoher Stelle ausgeprochenen Ideen an. Natürlich erschienen auch sofort die Kriegshetzer auf dem Plan. «Utopien», «Hirngespinnste» war das mindeste, was man dem Urheber des Manifestes vorwarf. Manche verstiegen sich — der üblichen und seither stets befolgten Taktik entsprechend — zu der wahnwitzigen Behauptung, dass Russland nur deshalb die anderen Staaten zu einer Beschränkung ihrer Rüstungen verführen wolle, um seinerseits im geheimen um so stärkere Rüstungen betreiben und um so sicherer seine panslavistischen Bestrebungen verfolgen zu können.

Den Rekord in hämischen Angriffen schlug natürlich auch damals ein deutscher Professor, der Münchner Völkerrechtslehrer Stengel, der von vornherein der noch nicht einmal zusammengetretenen Konferenz das ungünstigste Prognostikon stellte. Zum Dank dafür wurde er stracks vom Auswärtigen Amt als einer der Vertreter Deutschlands auf die Haager Konferenz gesandt.

Die Konferenz hatte neben den epochemachenden Schriften des russischen Staatsrats von Bloch hauptsächlich englischen Einflüssen ihren Ursprung zu verdanken. Hatte doch bereits im Jahre 1891 der englische Premierminister Salisbury eine Aufstellung der Kosten der europäischen Militärrüstungen herstellen und dieses vertrauliche Schriftstück — allerdings ohne jeden Erfolg — dem deutschen Kaiser übermitteln lassen. Die Bemühungen Salisburys hatten erst Erfolg, als die interparlamentarische Konferenz von 1896 ihnen Nachdruck verlieh, als Salisbury in einer bemerkenswerten Guildhall-Rede die Verderblichkeit der stets wachsenden Rüstungen beklagte und schliesslich das ganze hierauf bezügliche Material durch den Grafen Lambsdorf dem Zaren unterbreiten liess [1].

Dem deutschen und englischen Vorspiel entsprach auch die Aufführung beider Staaten auf der Konferenz, welche trotz aller Anfeindungen am 18. Mai 1899 unter Beteiligung von 26 Staaten im Haag zusammentrat. Im ganzen Verlauf der Konferenz stets

[1] Siehe *Fried*; Handbuch der Friedensbewegung, I. Band, Seite 204.

dasselbe Bild: England an der Spitze aller Bestrebungen, welche die unerträglichen Rüstungslasten vermindern und die Streitigkeiten zwischen zivilisierten Völkern in immer weiterem Umfange auf eine Rechtsbasis stellen sollten. An der Seite Englands, Frankreich, Russland, Amerika und selbstverständlich alle kleineren Staaten. Auf der Gegenseite aber stets Deutschland, gefolgt von seiner treuen Bundesgenossin Oesterreich-Ungarn. Die Opposition Deutschlands gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen war zeitweise so stark, dass, wenn die anderen ihre Wünsche nicht zurückgeschraubt hätten, die ganze Konferenz in die Luft geflogen wäre. So war es bei der Rüstungsfrage, so bei der Schiedsgerichtsfrage.

Als Einleitung zu den Rüstungserörterungen hielt der deutsche Kaiser eine Rede in Wiesbaden, in der er das «scharf geschliffene Schwert» als die beste Friedensbürgschaft erklärte. Wir werden im Laufe dieser Abhandlung sehen, dass es zum deutschen System gehört, bei allen Gelegenheiten das Konzert der europäischen Friedensschalmeien durch eine preussische Kriegsfanfare einzuleiten.

Der russische Vorschlag ging dahin, die Stärke der Friedensarmeen und ebenso die Militärbudgets in den nächsten fünf Jahren nicht zu erhöhen und für die Marine diese Frist auf drei Jahre festzusetzen. Dieser von dem russischen Militärbevollmächtigten in glänzender Weise verteidigte Vorschlag — er führte vor allem die unbestreitbare Tatsache ins Feld, dass der Rüstungswetteifer zwecklos sei, *weil das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Staaten doch immer das gleiche bleibe* — der russische Vorschlag wurde von dem deutschen Militärbevollmächtigten General Gross von Schwarzhof mit aller Energie zurückgewiesen. Wenn es nicht dem französischen Bevollmächtigten Léon Bourgeois, der die Einschränkung der Rüstungen als eine Kulturforderung und eine allen Staaten obliegende *Pflicht* hinstellte, gelungen wäre, die Stimmen der Kommission auf eine von ihm formulierte, praktisch allerdings ganz wirkungslose, Resolution zu vereinigen, so wären die Verhandlungen der Konferenz über diesen Punkt vollständig gescheitert.

Die Resolution lautete: «Eine Beschränkung der zur Zeit die ganze Menschheit bedrückenden Militärlasten ist für die Förde-

rung des materiellen und moralischen Wohles der Menschheit höchst wünschenswert. »

Diese Erkenntnis hat die europäischen Regierungen nicht verhindert, unter dem Vortritt des Deutschen Reiches die Rüstungen weiter derart zu steigern, dass schliesslich der bis zum Platzen gefüllte Ballon explodieren und die ganze Welt in Flammen setzen musste. —

Noch schlimmer ging es dem russischen Antrage auf Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Dieser Antrag war schon von vornherein bescheiden genug : es sollte zwar grundsätzlich eine *obligatorische* Schiedsgerichtsbarkeit eingeführt werden, sie sollte jedoch ausgeschlossen sein in allen Fällen, wo es sich um « Lebens- und Ehrenfragen » eines Staates handelte. Da jeder Staat sein eigener Richter darüber blieb, was für ihn eine Lebens- und Ehrenfrage sei, so hatte der russische Antrag wahrlich nicht einen revolutionären Charakter, was zu bedauern : denn die grössten Fortschritte in der Menschheitsgeschichte sind nicht, wie die Kriegsanbeter behaupten, durch Kriege, sondern durch Revolutionen erfolgt. Der Antrag fand denn auch die Zustimmung fast aller Konferenzteilnehmer ; nur Deutschland erhob auch hier wieder Einwendungen, da die Unterwerfung unter ein obligatorisches Schiedsgericht, wie der deutsche Vertreter Professor Zorn behauptete, « nicht den Traditionen der Bismarck'schen Politik entspreche. »

Der Widerstand Deutschlands war so heftig, dass die Verhandlungen auf einen toten Punkt gerieten und auf 14 Tage ausgesetzt werden mussten, bis Professor Zorn in Berlin neue Instruktionen eingezogen hatte. Es fehlte nicht viel, so wäre die Konferenz ohne Deutschlands Mitwirkung weitergeführt worden. Aber auch hier entschloss man sich am Ende, anstatt die ganze Sache scheitern zu lassen, dem Willen Deutschlands nachzugeben und an Stelle der obligatorischen überall nur die wahlfreie Gerichtsbarkeit zuzulassen.

Auch hier wieder hatte Deutschland das unbestrittene Verdienst, einem entscheidenden Fortschritt in der friedlichen Völkerorganisation in den Weg getreten zu sein.

Die Einsetzung eines ständigen Schiedshofes im Haag wurde

ebenfalls zu Anfang von Deutschland abgelehnt und erst zugestanden, als die obligatorische Anrufung dieses Schiedshofes in eine fakultative umgewandelt worden war. So endete die erste Haager Konferenz *trotz* Deutschland und Oesterreich und dank den, die russischen Friedensbestrebungen tatkräftig unterstützenden Bemühungen Frankreichs und Englands mit einem Schlussresultat, welches immerhin einen ersten wichtigen Schritt bedeutete nach dem Ziele einer rechtlichen Staatenorganisation und einer allmählichen Befreiung der Völker von dem unerträglichen Druck ihrer Rüstungen.

### Zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz: Die liberale englische Regierung.

Zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz — letztere fand vom Juli bis Oktober 1907 statt — spielten sich in den verschiedenen europäischen Ländern Vorgänge ab, welche für die Stellung dieser Länder und ihrer Regierungen zu den Haager Problemen ausserordentlich charakteristisch sind und den Unterschied zwischen England und Deutschland auf schärfste hervortreten liessen.

Schon vor der ersten Konferenz hatte namens der konservativen englischen Regierung der erste Lord der Admiralität Goschen am 9. März 1891 eine ganz präzise Erklärung zu Gunsten einer vertragsmässigen Regelung des Rüstungswesens abgegeben. Diese Erklärung wurde im Juli 1903 durch den Minister Chamberlain bestätigt mit der Bemerkung, dass sie für das englische Kabinet immer noch bindend sei [1].

Als im Jahre 1905 die liberale Partei ans Ruder kam und Campbell-Bannermann, ein überzeugter Pacifist, an die Spitze des Ministeriums trat, begann sofort eine energische, unermüdliche Aktion der englischen Regierung im Sinne der Bestrebungen, welche auf der ersten Haager Konferenz, hauptsächlich infolge Deutschlands Widerspruch, nur sehr bescheidene praktische Resultate erzielt hatten.

Diese Tätigkeit der liberalen englischen Regierung war eine

---

[1] Siehe *Fried*, Handbuch der Friedensbewegung, II, S. 767.

so grosszügige und umfangreiche, dass es umöglich ist, im Rahmen dieser Arbeit all' ihre einzelnen Akte hervorzuheben. Im Parlament, auf interparlamentarischen Konferenzen, in Club- und Guildhallreden, in diplomatischen Verhandlungen mit anderen Mächten, in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln ermüdeten die englischen Minister nicht, immer wieder die Verderblichkeit des Wettrüstens zu Wasser und zu Lande für alle Nationen hervorzuheben und nach Abhilfsmitteln gegen diese ruinöse Situation zu suchen. Dieselben Männer, welche heute dem ge- und verblendeten deutschen Volk als die raffinierten Vorbereiter und Anstifter des Weltkrieges hingestellt werden, und denen sogar deutsche Geschichtsschreiber die persönliche Ehre abzuerkennen sich vermessen, die Grey, Haldane, Lloyd-George, Campbell-Bannermann, Asquith und wie sie alle heissen mögen, sie stürzten sich mit wahrem Heisshunger auf diese Probleme, die — wie sie wohl einsahen — den Lebensnerv nicht nur Englands, sondern aller europäischen Staaten berührten. «Die Politik der ungeheuren Rüstungen», rief *Campbell-Bannermann* sofort in seiner Programmrede aus, « erhält und nährt die Idee, dass die Gewalt die erste, wenn nicht einzige Lösung internationaler Konflikte darstellt. »

«Ich wünschte, — erklärte der damalige Kriegsminister *Haldane* am 8. März 1906 im Unterhaus, — wir wären erst so weit, dass die Völker gemeinsam der Frage einer Beschränkung der Rüstungen näher träten. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können wir uns von der Last der Rüstungen befreien. »

Bei einem Festbankett am 26. September desselben Jahres drückte der Ministerpräsident die Hoffnung aus, dass die damals erreichte Verständigung über Marokko — das Algeciras-Abkommen war am 7. April geschlossen worden — die Möglichkeit zu einer Herabminderung der drückenden militärischen Ausgaben herbeiführen werde, und erklärte, *dass sich England in dieser Angelegenheit an die Spitze setzen werde.*

Diese Absicht führte die englische Regierung auch aus. Der im Frühjahr 1906 veröffentliche russische Programmentwurf für die zweite Haager Konferenz enthielt nichts über das Rüstungsproblem, vermutlich weil die russische Regierung aus der Haltung Deutschlands auf dem ersten Kongress die Nutzlosigkeit aller Erör-

terungen hierüber entnommen hatte. Die liberale englische Regierung setzte sich nun mit aller Entschiedenheit dafür ein, dass die Rüstungsfrage neben der Schiedsgerichtsfrage in das Programm der Konferenz aufgenommen werde. Ein entsprechender Antrag des Arbeiterdeputierten Vivian im Unterhaus wurde unter Hochrufen einstimmig angenommen und der Staatssekretär des Auswärtigen *Sir Edward Grey* schloss sich namens der Regierung dem Beschlusse des Parlaments an. « Zu keiner anderen Zeit, — sagte Grey, — ist die öffentliche Meinung Europas stärker auf den Frieden bedacht gewesen als gerade jetzt, und dennoch vermehren sich die Lasten der Armee- und Marineausgaben unaufhörlich. *Die Haager Konferenz könnte kein verdienstvolleres Werk tun, als die Bedingungen für den Frieden weniger kostspielig zu gestalten als bisher.* Man sagte, wir sollen auf die anderen Mächte warten. Aber wie die Verhältnisse liegen, warten alle Mächte auf einander, und eines Tages wird eine derselben den ersten Schritt tun müssen... Im Namen der Regierung nehme ich die Resolution als eine erfreuliche Aeusserung der öffentlichen Meinung an und heisse sie aus diesem Grunde willkommen [1]. »

Als im Juli 1906 die interparlamentarische Union sich in London versammelte — 620 Abgeordnete aus 23 Ländern — hielt der Premierminister Campbell-Bannermann eine denkwürdige Eröffnungsrede : « Bestehen Sie im Namen der Menschlichkeit darauf, — rief er den Versammelten zu, — dass Ihre Regierungen sich mit der festen Absicht nach der Konferenz im Haag begeben, mit der wir selbst hinzugehen hoffen, mit der Absicht, die Lasten des Kriegs- und Marinebudgets zu vermindern. »

Auch der anwesende amerikanische Politiker Bryan, jetziger Staatssekretär des Auswärtigen, sprach sich im gleichen Sinne aus. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Noch schärfer trat Campbell-Bannermann im nächsten Jahre, einige Monate vor der Eröffnung der Konferenz, in der Sitzung im Unterhaus vom 5. März 1907 für den Gedanken einer gemeinsamen Beschränkung der Rüstungen ein. Er erklärte es für die

---

[1] Siehe *Fried*, Handbuch der Friedensbewegung, Band II, S. 169.

Pflicht Englands, dieses Thema auf der zweiten Haager Konferenz zur Sprache zu bringen « da wir der Ansicht sind, dass eine starke Geistesströmung unter den denkenden Menschen in allen Staaten Europas vorhanden ist...... für endliches Loskommen von den riesigen Aufwendungen, die der gegenwärtige Zustand mit sich bringt...... Wir wünschen uns in die erste Reihe derjenigen zu stellen, die der Meinung sind, *dass die kriegerische Haltung der Mächte gegeneinander, wie sie sich in dem übermässigen Anwachsen der Rüstungen zeigt, ein Fluch ist*, und dass es um so besser ist, je eher ihnen, wenn auch nur in bescheidenem Masse, Einhalt getan wird[1]. »

Aehnlich wie die englischen Minister sprachen sich auch die leitenden Männer in den übrigen Staaten Europas und Amerikas aus. Léon Bourgeois in Paris, Tittoni der damalige Minister des Auswärtigen in Rom, Roosevelt in seiner Botschaft an den Kongress — alle sprachen sich zu Gunsten eines Rüstungsabkommens und einer Behandlung dieser Frage auf dem Haager Kongress aus.

*Nur Oesterreich und Deutschland machten wieder eine rühmliche Ausnahme.* Graf Gulochowski gab in den österreichischen Delegationen auf eine Anfrage nur eine ausweichende Antwort. In Deutschland aber war bei dem blossen Gedanken einer internationalen Erörterung dieser Fragen sofort der nationalistische Teufel los. Man witterte, wie üblich, hinter den Bestrebungen der anderen Mächte einen schlauen Trick, um Deutschland wehrlos zu machen, und wollte sogar in der Aufstellung eines solchen Programmpunktes im Haag eine drohende Kriegsgefahr erblicken. « Je näher die Friedenskonferenz heranrückt — schrieb die « Tägliche Rundschau » am 9. April 1907 in einem Leitartikel — desto mehr zeigt sich, dass ihr ein ausgesprochen friedenstörender Charakter anhaftet. » Der Abgeordnete Bassermann erhoffte eine friedlichere Lage erst dann, wenn wir die Haager Konferenz glücklich überstanden hätten. Der preussische Kriegsminister betonte in ostentativer Weise die Kriegsbereitschaft Deutschlands. Der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg schloss eine alldeutsch patriotische Reichstagsrede mit den

---

[1] *Fried*, Handbuch der Friedensbewegung, Band II, S. 171.

mutigen Worten: «Sie mögen kommen.» Und, last not least, Fürst Bülow versprach sich nichts von der Erörterung des Problems im Haag und gab seinen Entschluss kund «diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese allein führen zu lassen.»

*Das war die Antwort Deutschlands auf den englischen Vorschlag eines internationalen Rüstungsabkommens.*

### Zweite Haager Konferenz: England und Deutschland.

Die Verhandlungen auf der Konferenz entsprachen dem vielversprechenden Anfang. Die Dinge spielten sich ungefähr ebenso ab wie auf der ersten Konferenz. England wünschte die Erörterung des Rüstungsproblems, Deutschland aber lehnte sie ab. Um den Konflikt zu vermeiden, suchte und fand man den folgenden Ausweg: der erste Vertreter Englands Lord Justice *Sir Edward Fry* hielt eine Ansprache, in der er das Problem von allen Seiten beleuchtete, und schlug eine Resolution vor, welche ein weiteres ernstes Studium der Rüstungsfrage für «höchst wünschenswert» erklärt. Diese Resolution wurde, da keine Erörterung verabredungsgemäss stattfinden durfte, einstimmig angenommen [1].

Man sieht: wieder ein glänzender Erfolg Deutschlands, wieder dem Fortschritt eine Gasse — verbarrikadiert!

Als der Abgeordnete Bebel in der Reichstagssitzung vom 21. November 1907 den Fürsten Bülow über die Haltung der deutschen Delegierten auf der Konferenz interpellierte, konnte der Reichskanzler wahrheitsgemäss antworten, dass sich die deutschen Delegierten an einer Debatte über die Rüstungsfrage nicht beteiligt hätten, weil eine solche überhaupt nicht stattgefunden habe. Er vergass nur hinzuzufügen, dass dieser Ausschluss einer Debatte *von Deutschland diktiert worden war.*

In England war natürlich die Enttäuschung über das Scheitern der hochherzigen Bestrebungen der führenden liberalen Männer allgemein. Wenige Monate vor seinem Tode gab Campbell-Bannermann dieser Enttäuschung mit den Worten Ausdruck:

---

[1] Siehe *Fried*, I, S. 261.

« Wir hatten gehofft, dass ein grosser Fortschritt vorwärts in der Richtung gemacht werden würde, dem wachsenden Wetteifer der Rüstungen Einhalt zu tun. Wir sind enttäuscht worden. »

Man war enttäuscht, aber nicht entmutigt. Nachdem man auf dem Wege internationaler Vereinbarungen nicht zum Ziele gelangt war, beschritt man den *Weg privater Verhandlungen* mit Deutschland. Mit welchem Erfolg, werden wir später sehen.

Ausser dem Rüstungsproblem beschäftigte natürlich in erster Linie die Frage der *internationalen Schiedsgerichtsbarkeit* den 2. Haager Kongress. Es handelte sich darum, dem Torso von 1899 eine festere und harmonischere Gestalt zu geben. Das durch Deutschland zu Falle gebrachte Obligatorium sollte den früheren Beschlüssen eingefügt werden. Man hatte, um nicht von neuem dem Widerstande Deutschlands zu begegnen, einen sehr komplizierten Antrag vorbereitet, der zwar die Vertragsmächte verpflichten sollte, sich der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, aber nur unter Ausschluss aller Fragen, welche die wesentlichen Interessen oder die Unabhängigkeit der streitenden Parteien berührten.

Auch dies beschränkte Obligatorium stiess auf den entschiedenen Widerstand Deutschlands. Man modellte nach allen Richtungen an dem Vorschlage herum, um Deutschland entgegen zu kommen ; aber auch der halbverwässerte Vorschlag fand Deutschlands Zustimmung nicht, welches in Gemeinschaft mit Oesterreich dagegen stimmte, während die grosse Mehrheit der Staaten, einschliesslich England, Frankreich und Russland, mit 32 gegen 9 Stimmen den Vorschlag annahm.

Aber auch damit war der Passionsweg der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit noch nicht beendet. Es wurde der Antrag gestellt, dass das mit so grosser Mehrheit angenommene Abkommen *wenigstens für die zustimmenden Staaten* bindend sein solle. Aber der deutsche Vertreter Freiherr von Marschall protestierte hiergegen als eine Verletzung des Grundsatzes der Einstimmigkeit und es blieb der Konferenz nichts anderes übrig, als auch bei dieser Frage sich mit einer Erklärung zu begnügen, welche zwar die platonische Zuneigung der Mächte zu dem Prinzip der obligatorischen Schiedssprechung zum Ausdruck bringt, aber

für die Praxis « jeder der vertretenen Mächte die Wahrung ihres eigenen Standpunktes vorbehält. »

Also wieder und wieder Erfolge Deutschlands! Unser Ruhmestitel, überall der Hemmschuh friedlicher Verständigung zwischen den Völkern zu sein, wird uns unbestritten bleiben, dürfte aber kaum dazu beigetragen haben, uns in der Welt beliebt zu machen.

### Englische Vorschläge einer politischen Verständigung und eines Flottenabkommens mit Deutschland.

Kaum waren die friedlichen Schlussworte des Präsidenten der Konferenz im Rittersaal im Haag verhallt, als auch schon die englischen Minister sich damit zu beschäftigen begannen, neue Wege zu finden, auf denen sie das ihnen vorschwebende, allen Völkern gleichmässig nützliche Ziel erreichen könnten. Nachdem alle zwischen England und Frankreich bestehenden Streitpunkte durch das Abkommen vom April 1904 und ebenso alle englisch-russischen Interessenkonflikte durch den Akkord von 1907 aus der Welt geschafft waren, betrachtete das liberale Ministerium, an dessen Spitze nach dem Tode Campbell-Bannermanns *Asquith* getreten war, es als die wichtigste Aufgabe seiner auswärtigen Politik, die Beziehungen zu Deutschland auf eine Unterlage zu stellen, welche geeignet wäre, Konflikte nach Möglichkeit auszuschliessen. Wirkliche Interessengegensätze oder Reibungsflächen zwischen England und Deutschland bestanden nicht oder nur in sehr geringem Masse. Die ostafrikanischen Schwierigkeiten waren durch den von Salisbury und Caprivi abgeschlossenen Vertrag von 1890 geregelt worden, welcher Helgoland an Deutschland überliess und dafür England in Ostafrika Konzessionen machte. Die kleinasiatischen Fragen boten kaum Stoff zu ernsteren Konflikten und der, trotz gespannter politischer Lage, im Frühsommer 1914 zustande gekommene Vertrag beweist, dass die friedliche Abgrenzung von Interessengebieten zwischen England und Deutschland bei beiderseitigem guten Willen keinen besonderen Schwierigkeiten begegnete.

Wozu also diese für beide Teile immer verhängnisvollere Konkurrenz der Seerüstungen? — musste sich die englische

Regierung in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung fragen. Wenn beide Länder den Frieden wollen, wozu sollen sie sich gegenseitig in Rüstungen ruinieren ? Wenn aber der eine Teil vertragsmässige Rüstungsbeschränkungen vorschlägt, wie dies England 1899 und 1907 im Haag getan, und der andere Teil beständig solche Beschränkungen ablehnt, ist dann nicht der Verdacht gerechtfertigt, dass der Ablehnende uneingestandene Absichten gegen den Vorschlagenden habe ?

Diese Fragen musste sich logischer Weise das englische Publikum vorlegen und durfte wohl mit Recht die weitere Frage stellen : *was würde Deutschland sagen und ganz Europa, wenn England als erste Seemacht plötzlich beginnen würde, eine Landmacht auf die Füsse zu stellen,* welche über kurz oder lang der deutschen an Stärke gleich kommen könnte ? Würde man nicht hierin mit Recht eine Bedrohung der konkurrierenden Kontinentalmacht finden ? Das deutsche Flottengesetz und seine beständigen, in kurzen Zwischenräumen erfolgenden Erhöhungen, die Deutschland in 20 Jahren zur zweiten Seemacht der Welt gemacht haben, mussten die englische Regierung vor die Alternative stellen, entweder die Seerüstungen Deutschlands durch eine entsprechende Erhöhung der eigenen Rüstungen zu beantworten oder den Versuch zu unternehmen, die im Haag gescheiterten generellen Abmachungen durch ein *privates* Abkommen zwischen Deutschland und England zu ersetzen. Das Ministerium Asquith wählte zunächst den letzeren Weg, welcher dornenvoll genug war gegenüber der prinzipiellen Abneigung Deutschlands, sich irgendwie vertragsmässig in seinen Rüstungen beschränken zu lassen.

Diese Abneigung muss dem gemeinen Mann ja allerdings völlig unverständlich bleiben. Es gehört wahrscheinlich die überlegene Einsicht gottbegnadeter Regierungsmänner dazu, um die Richtigkeit folgenden einfachen Rechenexempels zu bestreiten. Die Engländer sagen den Deutschen : wir halten das augenblickliche Stärkeverhältnis unserer beiden Flotten von 16 zu 10 für angemessen und jedenfalls halten wir uns verpflichtet, da wir keine erhebliche Landmacht besitzen, zur Aufrechterhaltung unserer Machtstellung sowie zum Schutze unseres Handels und unserer überseeischen Besitzungen an diesem Stärkeverhältnis fest zu

halten. Gehst Du, Deutschland, auf die Festsetzung dieses Stärkeverhältnisses ein, umso besser für uns beide ; dann ist das Weiterrüsten zwecklos : denn die relative Stärke des einen im Verhältnis zum andern wird immer dieselbe bleiben. Gehst Du aber nicht darauf ein, umso schlimmer für Dich ; wir werden dann stets für ein Schiff, welches Du auf Stapel legst, unsererseits zwei auf Stapel legen ; das Verhältnis von 16 zu 10 wird sich also sofort zu Deinem Nachteil verändern, sowohl absolut wie relativ. Wenn Du 10 neue Schiffe gebaut hast, also auf 20 angelangt bist, werden wir 20 neue gebaut haben und auf 36 angelangt sein u. s. w. Die absolute Spannung zwischen unseren beiderseitigen Flotten wird also immer grösser und das relative Verhältnis für Dich immer ungünstiger werden. Am Ende ruinieren wir uns alle beide und es geht uns wie den beiden Löwen, die sich gegenseitig auffrassen, dass nur die Schwänze übrig blieben. Du hast zu wählen. Entscheidest Du dich für meinen ersten Vorschlag, so bist Du in 10 Jahren ebenso gesichert wie heute und sparst dein Geld und deine Leute. Wählst du den zweiten Vorschlag, so vermindert sich Deine Sicherheit mit jedem Jahre und gleichzeitig richtest Du Dich allmählich zugrunde, — wobei es Dir ein geringer Trost sein wird, dass Du auch mich dem Untergange nahe bringst.

Man sollte meinen, ein Klippschüler, der eben das Einmaleins gelernt hat, müsste diese Rechnung verstehen und begeistert dem ersteren Vorschlage zustimmen. Die deutsche Reichsregierung hat sich dazu nicht aufschwingen können und so sind die langwierigen, stets von neuem seitens Englands angebahnten Verhandlungen — ich möchte sie den siebenjährigen Rüstungskrieg nennen, von 1907-1914 — im Sande verlaufen. Ja, man kann sogar die Behauptung aufstellen, dass der Nichterfolg der Verhandlungen, die dadurch immer mehr gesteigerten Rüstungen und die durch die Rüstungen immer mehr gespannte politische Lage ein Gutteil Schuld daran tragen, dass aus dem Rüstungskrieg schliesslich ein wirklicher Krieg geworden ist.

*Die Verantwortung dafür fällt ausschliesslich auf Deutschland,* wie eine kurze Darstellung der betreffenden Vorgänge ergibt.

Auf dem 17. Weltfriedenskongress, welcher im Juli-August

1908 in London tagte, trat der Finanzminister *Lloyd George* mit flammenden Worten für eine englisch-deutsche Verständigung ein und beklagte « dass es im 20. Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung notwendig sein soll, in einem zivilisierten Land eine Versammlung abzuhalten, um dagegen zu protestieren, dass « *die christlichen Staaten jährlich gegen* 400 *Millionen Pfund (8 Milliarden Mark) zu dem Zwecke ausgeben, um die eine Nation zur Tötung der anderen vorzubereiten.* » Der Premierminister Asquith versicherte beim Lordmayor's-Fest 1908, dass « England mit Freuden die Hand ergreifen würde, die ihr mit guter Absicht und Treue entgegengestreckt würde. » Am 16. März des nächsten Jahres machte Asquith im Unterhause die Mitteilung, dass Deutschland von englischer Seite mehr als einmal Vorschläge auf gegenseitige Beschränkung der Flottenausgaben gemacht wurden, aber leider vergeblich. Diese Aeusserung des englischen Premierministers führte in den letzten Märztagen zu einer Erörterung im deutschen Reichstag, bei welcher verschiedene Redner die Regierung eindringlich ersuchten, die von England dargebotene Hand etwas kräftiger zu ergreifen. Der Abgeordnete Bassermann natürlich hatte alle möglichen Bedenken und arbeitete dem Fürsten *Bülow* vor, welcher zunächst bestritt, dass von seiten Englands ein bestimmter Vorschlag gemacht worden sei, und sich überhaupt « von Verhandlungen über die Einschränkung des Flottenbaues keine wirklichen Erfolge versprach. »

Diese Aeusserungen Bülows riefen eine neue Erörterung im englischen Unterhaus hervor, bei welcher der Staatssekretär *Grey* eine hochbedeutsame Rede über den englisch-deutschen Flottenwettbewerb hielt. England, so führte der Staatssekretär aus, bedürfe der Flotte ebenso wie Deutschland seines Heeres. Die Ueberlegenheit der englischen Flotte müsse deshalb festgehalten, aber auf der Grundlage dieser Ueberlegenheit könne sehr gut eine Verständigung zwischen den beiden Ländern herbeigeführt werden. Grey liess sogar durchblicken, dass England vielleicht seine Stellung bezüglich der *Neutraliesierung des Privateigentums* zur See ändern würde, wenn dies als Ausgangspunkt für eine Verminderung der Flottenrüstungen genommen würde.

In seiner Begründung der Flottenvorlage von 1909 erklärte

der damalige erste Lord der Admiralität Mac Kenna am 26. Juli im Unterhaus, dass die Regierung seit 3 Jahren nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten den Entschluss bekundet habe, sich über die vertragsmässige Beschränkung der Rüstungen mit andern Mächten zu verständigen, da dieser Wettlauf für alle nutzlos sei. Auch *Asquith* erklärte, unter Aufzählung aller bisherigen, leider fruchtlosen Bemühungen Englands, dass auch jetzt noch die Tür zu einem Abkommen zwischen den beteiligten Mächten offen sei. Jede Andeutung, dass die deutsche Regierung ein solches Abkommen zu treffen wünsche, würde das herzlichste Entgegenkommen bei der englischen Regierung finden. Auf die Anfrage eines Abgeordneten erwiderte Asquith nochmals kurz und bestimmt : « *Wir haben die Initiative ergriffen.* »

Je mehr die englischen Minister das Bestreben zeigten, mit Deutschland zu einer Verständigung über die Flottenrüstungen zu gelangen, umso mehr wurden sie von der deutschen Chauvinistenpresse angegriffen und verdächtigt. Aber sie liessen sich nicht entmutigen. Am 14. Juli 1910 musste Asquith im Unterhaus erklären, dass die deutsche Regierung weiteren Sondierungen mit der Behauptung ausgewichen sei, sie sei durch ein Gesetz gebunden und eine Abänderung dieses Gesetzes würde nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland finden Auch Lloyd George sprach am nächsten Tage auf einem Bankett mit flammenden Worten gegen, « die Epidemie der Verschwendung, die die ganze Welt verheert bis zum Untergang. »

Diesen ernsten und unablässigen Bemühungen der englischen Minister setzte der Reichskanzler *von Bethmann-Hollweg* im Dezember 1910 wiederum einige platonische Bemerkungen entgegen, welche wie ein kalter Wasserstrahl wirken mussten : England habe zwar Anregungen gegeben, aber keine positiven Anträge gestellt und Deutschland sei bei den pourparlers stets von dem Gedanken ausgegangen, dass eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauffolgende Verständigung über die beiderseitigen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Misstrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei. « Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen

Dingen zusammhängenden Fragen ist eine Garantie für die freundliche Absicht .... » u. s. w.

Wie sagt doch Thoas in « Iphigenie » :

« Man spricht vergebens viel, um zu versagen,
Der andere hört in allem nur das Nein. »

Dieses Nein ertönt denn auch mit voller Deutlichkeit im nächsten Jahr. *Grey* hatte noch einmal im Unterhaus am 12. Dezember 1911 die Notwendigkeit betont, mit Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen und die fortwährende Steigerung der Rüstungsausgaben zu beschränken ; er sah einen *Zusammenbruch der Kultur* voraus, wenn dies nicht gelingen sollte. Die Bürde der Rüstung sei eine grössere Gefahr als der Krieg selbst, denn sie bedeute ein Verbluten in Friedenszeiten.

Diese Grey'sche Rede bildete den Gegenstand der Reichstagsverhandlungen vom 30. März 1911, bei welchen der Reichskanzler — nun ganz deutlich und ohne Schminke — die Frage eines Rüstungsabkommens für unlösbar erklärte, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten seien.

Damit war nun das entscheidende Wort gesprochen und es verschlug bei den deutschen parlamentarischen Verhältnissen wenig, dass der Reichstag in einer Resolution den Reichskanzler aufforderte, eventuell in Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen mit anderen Mächten einzutreten. Nach deutschem Staatsrecht Bismarck'schen Stils ist der Reichskanzler bekanntlich der Diener seines Herrn und hat auf Parlamentsbeschlüsse keine Rücksicht zu nehmen.

Aber die Engländer liessen noch nicht locker. Die Vorgänge in Marokko hatten zur Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir und infolge hiervon zu Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten geführt, welche den Frieden Europas auf eine harte Probe stellten. Im Herbst 1911 waren die Verhandlungen endlich durch viele Fährnisse hindurch zu dem Ziele gelangt, dass die Marokkostreitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland endgültig beigelegt und als Aequivalent für Frankreichs Handlungsfreiheit in Marokko dem deutschen Reiche ein Teil des französischen Kongo übereignet wurde

Kaum war diese Wolke am politischen Horizont vorübergezogen, als *Sir Edward Grey* von neuem im englischen Parlament am 27. November 1911 den dringenden Wunsch Englands nach besseren Beziehungen zu Deutschland betonte. *Die bestehenden Freundschaften Englands seien kein Hindernis, noch neue Freundschaften zu schliessen.* England habe am friedlichen Ausgang der Marokkokrisis mitgewirkt, jetzt sei die Luft gereinigt und er würde *jedem Wunsch Deutschlands nach besseren Beziehungen zu England freudig entgegenkommen.*

Anfang Februar 1912 sandte die englische Regierung *Lord Haldane* nach Berlin, nicht als offiziellen Bevollmächtigten, aber mit dem Auftrage, in Unterhaltungen mit dem Kanzler und dem Kaiser, bei welchem Haldane persona gratissima war, das Terrain zu sondieren und, wenn möglich, das längst erstrebte politische und Rüstungs-Abkommen vorzubereiten. Das Vorspiel zu Lord Haldane's Tätigkeit war nicht gerade ermutigend : zwei Tage vor seiner Ankunft in Berlin war vom Kaiser bei der Reichstagseröffnung eine neue grosse Flotten- und Heeresvermehrung angekündigt worden. Die Flottenvermehrung sollte nicht weniger als drei Schlachtschiffe, viele Unterseeboote und 1500 Mann umfassen. Lord Haldane richtete daraufhin die berechtigte Frage an den Kanzler und den Admiral von Tirpitz, was denn die auf Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen zwei Mächten abzielenden Verhandlungen für einen Zweck hätten, wenn Deutschland in demselben Moment als Schutzmassregel gegen England seine Schlachtflotte vermehre und dadurch England zu einer entsprechenden Vermehrung zwinge ? Freundschaftsverhandlungen und Flottenvermehrungen zu gleicher Zeit müssten doch den Spott der ganzen Welt herausfordern. Die deutschen Herren betonten ihrerseits, dass Flottenabmachungen ohne gleichzeitige politische Entente zwecklos seien, hoben aber sofort hervor, dass auch im Falle einer politischen Verständigung von einer Herabsetzung des Flottenprogramms keine Rede sein, sondern höchstens eine gewisse *Verzögerung* in der Ausführung bewilligt werden könne [1]. Die Zusage einer eventuellen Verzö-

[1] Diese und die folgenden Tatsachen sind der Schrift von *Sir Edward Cook* entnommen : « How Britain strove for Peace. A record of Anglo-German Negotiations 1898-1914. Told from authoritative Sources. » (Macmillan & C°. London 1914).

gerung im Flottenbau wurde noch weiter dahin beschränkt, dass sie nur ein « *understanding and not a written agreement* » sein solle.

Während also auf der einen Seite das seit sieben Jahren von dem liberalen englischen Ministerium mit unermüdlichem Eifer verfolgte Ziel eines beiderseitigen Stillstandes der Flottenrüstungen unerreicht blieb — denn die vorgeschlagene, noch dazu unverbindliche Verzögerung führte weder einen Stillstand noch eine Kostenersparniss herbei —, so stellte Deutschland auf der anderen Seite als Aequivalent für diese angebliche Konzession politische Bedingungen, welche für England einfach unerfüllbar waren. Merkwürdig genug ist überhaupt schon der bei allen deutsch-englischen Verhandlungen eingenommene Standpunkt der deutschen Regierung, dass man für eine Konzession, die doch in Wirklichkeit kein einseitiges Opfer, sondern eine im *beiderseitigen* Lebensinteresse liegende Verpflichtung darstellt, ein Aequivalent zu fordern berechtigt sei. Mit demselben Rechte hätte ja auch England, welches sich ebenfalls zu binden bereit war, ein Aequivalent fordern können.

Aber weiter. Worin bestand denn das von Deutschland geforderte Aequivalent ? Deutschland verlangte nicht mehr und nicht weniger — und wiederholte damit ein bereits in den vergangenen Jahren von dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg gestelltes Verlangen — als die *Verpflichtung unbedingter britischer Neutralität* im Falle irgend eines europäischen Konfliktes, in welchen Deutschland verwickelt werden könnte. England sollte sich also von seinen Ententeverbindungen loslösen, sollte sich jeder Mitwirkung in europäischen Fragen enthalten. Bei dem engen Bündnis mit Oesterreich war kaum ein Konflikt denkbar, in welchen Deutschland, sei es wegen eigener, sei es wegen österreichischer Interessen, nicht verwickelt werden konnte, aber überall sollte England als untätiger Zuschauer dabeistehen und Deutschland mit seinem Bundesgenossen auf dem Kontinent nach Belieben schalten und walten lassen. Auch die vertragsmässigen Schutzverpflichtungen den Neutralen gegenüber würden aufgehoben worden sein, wenn England auf den deutschen Vorschlag unbedingter Neutralität bei allen Deutschland berührenden Konflikten eingegangen wäre.

Kein Wunder, dass diese, schon in den Jahren 1909-11 zurückgewiesene Zumutung auch 1912 nach dem Haldane'schen Besuch zurückgewiesen wurde : bedeutete sie doch nichts anderes als das *Verlangen, dass England einfach auf seine Stellung als europäische Grossmacht verzichten solle.* Dieses Verlangen wäre selbst dann ungeheuerlich gewesen, wenn man seine Erfüllung um einen teueren Preis hätte bezahlen wollen. Aber welchen Preis bot Herr von Bethmann-Hollweg ? Eine unverbindliche, ungeschriebene « temporary retardation, no reduction » im Flottenbau, auf der Grundlage der neuesten Flottenerhöhung von 1912.

Diese Zumutung war wirklich etwas stark und setzte eine grosse Einfalt bei den klugen englischen Geschäftsleuten voraus. Was würde wohl die deutsche Diplomatie dazu gesagt haben, wenn man ihr zugemutet hätte, das Erstgeburtsrecht der deutschen Grossmachtstellung in Europa gegen das Linsengericht einer englischen — Verzögerung im Flottenbau zu verkaufen ?

Sir Edward Grey musste den deutschen Vorschlag ablehnen. aber er begnügte sich nicht mit der Ablehnung, sondern wiederholte auch bei dieser Gelegenheit, was er in den vergangenen Jahren stets, sowohl öffentlich als in diplomatischen Verhandlungen, betont hatte, nämlich :

1. dass England zwar eine unbedingte Neutralitätsverpflichtung, wie sie Deutschland verlange, nicht eingehen könne, aber andererseits wie bisher *stets bereit sein werde, in Gemeinschaft mit Deutschland im Interesse des europäischen Friedens zu arbeiten ;*

2. dass die Triple-Entente nicht auf allgemein politischen Formeln, sondern auf dem Ausgleich spezieller Interessenfragen der Ententemächte beruhe und nur indirekt durch den Ausgleich dieser Interessen und die Beseitigung von Reibungsflächen zu freundschaftlichen Beziehungen geführt habe ;

3. *dass diese Beziehungen weder einen exclusiven noch einen offensiven Charakter gegen Deutschland hätten und nichts im Wege stände, wenn Deutschland mit England in ähnliche Beziehungen treten wolle.*

Um diesen Gedanken eine möglichst präzise Form zu geben, beschloss das englische Kabinett, sie in eine kurze Formel zusammenzufassen, welche von Sir Edward Grey dem deutschen

Botschafter Grafen Metternich übergeben wurde und als Grundlage für weitere Flottenverhandlungen dienen sollte.

Die Formel lautete folgendermassen :

« The two Powers being naturally desirous of securing peace and friendship between them, England declares, that she will *neither make nor join in any unprovoked attack upon Germany.* Aggression upon Germany is not the subject and forms no part of any treaty, understanding, or combination to which England is now a party, nor will she become a party to anything that has such an object. »

England versprach also, einen unprovozierten Angriff auf Deutschland weder seinerseits zu machen noch sich daran zu beteiligen, und erklärte weiter, dass ein Angriff auf Deutschland von keinem Vertrage oder Abkommen bezweckt oder zugelassen sei, an welchem England teilhabe. England verspricht endlich, dass es nie an einem derartigen Vertrage oder Abkommen teilnehmen werde. *Also eine Zusage der Nichtaggression im allerweitesten Sinne des Wortes.* Was konnte Deutschland vernünftigerweise mehr verlangen ? Deutschland wurde gegen jeden Angriff von seiten Englands gesichert und damit fiel jeder Grund oder Vorwand zur Flottenkonkurrenz fort, falls nicht — und das ist eben des Pudels Kern ! — falls nicht Deutschland seinerseits aggressive Absichten gegen seine Nachbarn, Englands Ententegenossen, und damit indirekt gegen England hatte. Hier ist der springende Punkt, an welchem die jahrelangen Verhandlungen zwischen den beiden Ländern stets scheiterten und scheitern mussten.

*England bot die Zusicherung, nicht angreifen zu wollen. Deutschland aber verlangte die Sicherheit, ungestört angreifen zu dürfen.* Das englische Angebot hatte für Deutschland wenig Wert, denn die deutsche Regierung wusste ganz genau aus dem Verhalten des liberalen englischen Kabinetts seit 1905, dass ein Angriff von Englands Seite nicht zu befürchten sei. Worauf es Deutschland allein ankam, war das : in allen kontinentalen Konflikten, auch wenn sie von Deutschland oder seinem Bundesgenossen provoziert wurden, oder wenn sie die Unabhängigkeit neutraler Staaten betrafen und dadurch direkt oder indirekt englische Interessen

berührten, unter allen Umständen der englischen Neutralität sicher zu sein. *Deutschland wollte sich den Weg zunächst zur kontinentalen Hegemonie durch Kaltstellung Englands sichern, um später von diesem Sprungbrett aus zur dauernden führenden Weltstellung auf Kosten Englands emporzuklimmen.* Dieser Gedanke beherrscht auch, wie wir sehen werden, die diplomatische Kriegsvorbereitungsaktion Deutschlands in den letzten Julitagen 1914.

« Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. »

Die Engländer sind weder früher noch später auf diesen Leim gegangen. Die Verhandlungen von 1912 scheiterten, wie alle früheren und späteren, an der deutschen Neutralitätsforderung.

Aber noch ein letzter englischer Versuch — wiederum auf anderem Wege — wurde gemacht. Nach der neuen deutschen Flottenvermehrung von 1912, nach dem fruchtlosen Verlauf des Haldane'schen Besuches und der letzten Verhandlungen zwischen Grey und Metternich, kam die britische Regierung auf einen Versuch zurück, den sie bereits unter Campbell-Bannermann im Jahre 1906 unternommen hatte — auf den Versuch, durch ihr *tatsächliches Verhalten* in der Flottenfrage, ohne jede diplomatische Verhandlung, die Gegenpartei zu einer besseren Einsicht in die beiderseitigen Interessen zu bringen. Obwohl im Frühjahr 1906 das deutsche Flottenprogramm von 1900 wiederum um 6 grosse Kreuzer vermehrt worden war, kündigte die englische Regierung im Juli desselben Jahres an, dass das im März dem Parlament vorgelegte Programm für neue Schiffsbauten um 25 % bei den Schlachtschiffen, um 60 % bei den Zerstörern, um 33 % bei den Unterseebooten herabgesetzt würde. Der Grund dieser einseitigen freiwilligen Herabsetzung war, wie die Regierung ausdrücklich erklärte, der, dass man einerseits den festen Willen Englands auf Verminderung der Rüstungslasten vor dem Zusammentritt der zweiten Haager Konferenz durch die Tat vor aller Welt kundmachen und andrerseits andere Mächte zu gleichen Schritten veranlassen wollte. Letzterer Zweck wurde bei Deutschland natürlich nicht erreicht, sondern eher das Gegenteil. Bei drei verschiedenen Gelegenheiten, dem englischen Botschafter Sir F. Lascelles, dem englischen Unterstaatssekretär Sir Charles

Hardinge (der den König Edward nach Deutschland begleitete) und dem englischen Kriegsminister Mr. Haldane gegenüber äusserte sich der Kaiser persönlich, im Spätsommer und im Herbst desselben Jahres, in entschieden abfälliger Weise über den Versuch. die Rüstungsfrage vor die Haager Konferenz zu bringen und lehnte jede Beteiligung der deutschen Delegierten an dieser überflüssigen und zwecklosen Erörterung ab. Von einer Befolgung des englischen Beispiels seitens Deutschlands war selbstverständlich keine Rede.

Trotz dieses Misserfolges wurde ein ähnlicher Versuch von dem ersten Lord der Admiralität Mr. Churchill in den Jahren 1912-1913 unternommen. Neue Verhandlungen mit Deutschland erschienen nach den letzten Erfahrungen zwecklos, dagegen erklärte Churchill bei der Einbringung der Marineetats in beiden genannten Jahren, dass er sich *verpflichte, jede Verzögerung oder Herabsetzung der Schiffskonstruktionen in Deutschland je nach dem Stärkeverhältnis der beiden Flotten in gleicher Höhe in England eintreten zu lassen.* Wenn Deutschland sich entschliessen könne, einen *naval holiday* einzuführen und in einem bestimmten Jahre keine Schiffe zu bauen, so würde England sofort nachfolgen und sein Bauprogramm für dieses Jahr entsprechend fallen lassen. Auf diesem tatsächlichen Wege könne, ohne Verhandlungen und ohne die geringste Beschränkung der souveränen Freiheit beider Mächte, « without negotiations, bargaining or the slightest restriction upon the sovereign freedom of either power » eine Erleichterung für beide Völker geschaffen werden.

Diese — wie bemerkt — bei zwei verschiedenen Gelegenheiten amtlich wiederholte Erklärung Churchills ist *von Deutschland unerwidert und unbefolgt geblieben* — vermutlich, weil man auch hier wieder, « positive Vorschläge » abwarten wollte, die man dann natürlich ebenso wenig wie in allen früheren Fällen erwidert oder befolgt hätte.

Dies die Geschichte der langjährigen englisch-deutschen Verhandlungen, der vergeblichen Liebeswerbungen Englands um Deutschlands Gunst — Werbungen, die resultatlos bleiben mussten, weil die spröde Schöne ihre Gunst nur um einen Preis verkaufen wollte, den der Bewerber nicht zahlen konnte, wenn er sich nicht selbst aufgeben wollte. Noch einmal schien es, als wenn auch hier die Umstände stärker wären, als der Wille der Menschen. Die

gemeinschaftliche Friedensarbeit in der *Balkankrisis*, der Erfolg der Friedenserhaltung, welcher nur dem Zusammenwirken der beiden Reiche zu verdanken war, hatte ganz von selbst die Beziehungen beider Länder zu einander freundlicher gestaltet. Die Abgrenzung der Interessensphären in Kleinasien versprach eine weitere günstige Entwicklung dieser Beziehungen, aber leider wurde der Kernpunkt dadurch nicht berührt : die immer gefährlicher anwachsende Konkurrenz in den Seerüstungen, welche durch Deutschlands verbohrte Ablehnung jeder Vereinbarung veranlasst wurde.

*Wie sähe die Welt heute aus, wenn Deutschland den letzten Vorschlag Grey's von* 1912 *angenommen hätte !* Die Sicherheit vor jedwedem Angriff von Seiten Englands und seiner Bundesgenossen hätte Deutschland zwar nicht von seinen imperialistischen Ambitionen abgelenkt, die ihrem Wesen nach aggressiv sein mussten, aber sie hätte der deutschen Regierung den *Vorwand* genommen, ihren Prestige- und Expansionskrieg als einen Verteidigungskrieg hinzustellen, und ohne diesen Vorwand wäre es unmöglich gewesen, das in seiner grossen Mehrheit friedliebende deutsche Volk in einen so furchtbaren Krieg hineinzuhetzen. Der Stillstand der Seerüstungen hätte überdies eine freundlichere Atmosphäre zwischen Deutschland und England und damit zwischen dem Dreibund und der Triple-Entente geschaffen. In Deutschland wäre vermutlich die letzte enorme Heeresvermehrung und die Milliardenvorlage nicht gekommen. Frankreich hätte die dreijährige Dienstzeit nicht eingeführt und der serbisch-österreichische — wie wir später sehen werden, kinderleicht zu lösende — Konflikt hätte nicht zu dem Weltkriege geführt.

### Für was kämpfen wir ?

Wenn Deutschland wirklich nichts anderes erstrebt hätte, als was in allen Kaiser-, Fürsten- und Kanzlerreden beständig vorgebracht wird, « Sicherheit vor Angriffen, freie Entwicklung seiner Kräfte, ungehinderte Pflege seiner Kultur », wie hätte es all diese Güter je sicherer und billiger erlangen können als durch die Annahme der englischen Vorschläge ? !

« Wir halten durch, bis wir die Sicherheit haben, dass keiner mehr unseren Frieden stören wird, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft pflegen und entfalten wollen als freies Volk » — so schloss der Reichskanzler seine Rede vom 2. Dezember. Einen Tag darauf hielt der Kaiser auf dem östlichen Kriegsschauplatz eine Ansprache an die Abordnungen deutscher und österreichischer Truppenteile. « Wir kämpfen, — rief er aus, — für eine gerechte Sache, für die Freiheit, für Existenzberechtigung einer Nation und einen langen zukünftigen Frieden. » — Man hätte Seiner Majestät in aller Ehrfurcht erwidern können : « Majestät, halten zu Gnaden, für was wir kämpfen sollen, *das hatten wir ja, ehe der Kampf begann.* Wir hatten unsere Freiheit, das Recht auf unsere nationale Existenz, die uns niemand streitig machte, und wir hatten einen langen ungestörten Frieden. *Weshalb kämpfen wir also, Majestät ?* » Und man könnte hinzufügen : Wenn Deutschland sich gefährdet glaubte — was nicht bewiesen und nicht zu beweisen ist, — weshalb hat es sich nicht die von England angebotene grössere Sicherheit verschafft ? Die Sicherheit, die damals im Frieden geboten wurde, kann nie und nimmermehr durch den Sieg auf dem Schlachtfelde erlangt werden. Sie war nicht nur billiger zu haben — denn sie kostete weder Gut noch Blut —, sie war auch dauernder und haltbarer. Wie nach dem bekannten Sallust'schen Satz Reiche nur durch die Mittel erhalten werden, durch die sie geschaffen sind, so wird auch ein Völkervertrag, der die friedlichen Beziehungen der Völker regeln soll, fester durch friedliche als durch kriegerische Mittel zusammengekittet. Friedensverträge nach Kriegen enthalten stets die stillschweigende Klausel : *rebus sic stantibus*, welche schon Kant in seinem ersten Präliminarartikel « Zum ewigen Frieden » als ein Hindernis eines dauernden Friedenszustandes ansieht. Friedensverträge im Frieden aber, welche aus dem Grunde gemeinschaftlicher Interessen erwachsen sind und nicht die Erinnerung an Tod und Verwüstung, an Hass und Rache als Kainszeichen an ihrer Stirn tragen, solche Verträge halten *aere perennius* und tragen wie alles Gute den Keim zu weiterem Guten in sich.

Also nochmals : *Für was wir angeblich kämpfen, das besassen*

*wir.* Wir besassen es besser, als wir es für Menschenalter auch nach einem siegreichen Kriege besitzen werden, und was uns etwa fehlte, konnten wir ohne Krieg durch friedlichen Vertrag erlangen.

## Die Freiheit, die **jene** meinen.

Aber, wie gesagt, es handelt sich ja um ganz andere Dinge, als um Sicherheit, Freiheit, Existenzberechtigung. Das Wort « Freiheit » wird heute recht viel von Leuten im Munde geführt, die sich früher dreimal bekreuzigten, wenn sie dies verpönte Wort von anderer Seite hörten. Wir sind über Nacht alle freiheitsliebend geworden, alle ohne Ausnahme. Vor allem die, welche früher die « gottgewollten Abhängigkeiten » gepriesen haben. Wir sind so freiheitsliebend geworden, dass wir die Freiheit nicht nur unserem eigenem Volke, sondern auch allen übrigen Völkern der Erde bringen wollen. (Siehe die « Aufklärung » des Reichskanzlers an das amerikanische Volk.) Wir wissen einfach nicht mehr, wohin mit unserem Freiheitsdrang........

Seid umschlungen, Millionen !
Diesen Kuss der ganzen Welt !

Sozialdemokraten, Klerikale, Fortschrittler, Polen, Dänen, Elsässer — alle früheren Reichsfeinde werden vom preussischen Junker an sein fühlendes Herz gedrückt, — vorausgesetzt, dass sie den « Burgfrieden » halten, der bekanntlich darin besteht, dass sie denken, schreiben und sprechen müssen wie die Junker denken, schreiben und sprechen. Das Geschäft beruht aber nicht auf Gegenseitigkeit, es ist eine *societas leonina* im schlimmsten Sinne des Wortes. Wer sich erlaubt, anders zu denken, anders zu schreiben oder anders zu sprechen als der herrschenden Klasse beliebt, der wird unterdrückt, bestraft oder gar tot geschossen. Das ist die Freiheit, die *jene* meinen.

Das deutsche Volk wird es bei Zeiten merken, welcher Knechtschaft diese Freiheitskünder es entgegenführen. Auf jeden Aufschwung des deutschen Volkes ist stets die bitterste Knechtschaft gefolgt. So war es nach 1813, nach 1848, nach 1870, nachdem die ersten Jahre des Siegesrausches vorübergegangen waren.

*Es wird nach 1914 ebenso sein.* Die Soldaten und Junker, die ja im wesentlichen *eine* Klasse bilden, fühlen sich jetzt im Kriege so recht in ihrem Element! Unterdrückung der freien Presse, Unterdrückung des freien Versammlungsrechts, Erdrosselung des Handels und der Industrie, — deren Vertreter sich schon allzubreit am kaiserlichen Hofe gemacht hatten — das passt ihnen so. « Noch sperren gewisse Schranken der höfischen Etikette » — heisst es bei *Liman*, dem Kronprinzenapostel — « dem Reichtum einzelne Wege, die nur den Söhnen der alten Schwertmagen des Königstums und den Offizieren geöffnet sind, aber sonst ist der Millionär der Sieger geworden, und in den Salons glücklicher Spekulanten oder ihrer Erben drängt sich die Hofgesellschaft. Der Geldadel wächst empor, ein neues Junkertum, das niemals ein Schlachtfeld sah, es dringt auch auf das Land, und schon ist die Reichshauptstadt mit einem goldenen Gürtel von Luxusgütern umgeben. Auf den Nordlandsreisen des Kaisers zeigt die Liste der geladenen Gäste zahlreiche Namen von Börsenmagnaten. Diese neue Aristokratie führt statt des Schwertes die Couponschere, statt des Schildes den Aktienprospekt und als Wappen den Kurszettel. Der Schwertadel aber weicht zurück, die Söhne der Geschlechter, die einst die Schlachten der Hohenzollern schlugen, sitzen bedrängt auf der ererbten Scholle. Und die Kapitalien wachsen in den Händen einzelner zu Riesensummen, und mit ihnen die Ehrfurcht vor dem Golde, ob es ererbt oder errafft worden ist. »

So denken die in Preussen und damit in Deutschland massgebenden Kreise über Handel und Industrie. Die Kouponschere und der Kurszettel sind für sie die verächtlichen Embleme der Volksschichten, auf welchen Deutschlands Grösse und Weltstellung beruhen und welche schliesslich die Mittel aufbringen müssen, um den kriegerischen Grössenwahn jenes « Schwertadels » zu befriedigen. *Und die so denken, sollen dem deutschen Volke die Freiheit und die Gleichberechtigung bringen?* Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, so wird er eben gehen können, wie er nach 1813, nach 48 und nach 70 gegangen ist. Schon heute im Kriege beginnt die Demagogenriecherei. Ueberall schnüffeln die echt preussischen Leute herum nach Verdächtigen, die nicht

gut preussisch, gut deutsch gesinnt sind. Das merkt man im Inlande und noch mehr unter den Deutschen im Auslande. *Eine Militär- und Junkerreaktion wird auftreten* nach dem Krieg, wie sie das lebende Geschlecht noch nicht gesehen. Und das nennt man: für die Freiheit, für die deutsche Kultur kämpfen!

### Das Friedensziel: Sicherung?

Die Gedankenrichtung dieser gewissen Kreise wird sich schon beim Friedensschlusse bemerkbar und geltend machen. Während die deutschen Professoren über die Landkarten gebeugt an ihren Studiertischen sitzen und völkerrechtliche Pläne für die zukünftige Gestaltung Europas ausarbeiten, lächeln jene Männer der Tat über die Hirngespinste der Utopisten, wie sie die Verhandlungen der Haager Konferenzen als «Gequassel vom ewigen Weltfrieden» (Generalmajor von Deimling) und die englischen Einigungsvorschläge als Lug und Trug bezeichnet haben. Für sie gibt es nur *ein* Friedensziel: Unterdrückung und Sicherung. Sicherung mit demselben glänzenden Erfolge wie sie die Annexion Elsass-Lothringens uns verschafft hat — jene Annexion, die uns bisher nur Schwierigkeiten und keinerlei Nutzen, weder politischen noch wirtschaftlichen, eingebracht, militärisch uns aber direkt geschädigt hat, weil sie die Schaffung jener neuen, scheinbar unüberwindlichen Festungslinie hevorgerufen hat, vor welcher wir seit nunmehr fünf Monaten lagern. *Sicherung unserer Grenzen*, weiter geht der Gedankengang unserer massgebenden Kreise nicht. Mit der Sicherung aber selbstverständlich Expansion in und ausserhalb Europas. Sicherung coûte que coûte, ohne Rücksicht auf das Recht der Nationalitäten, auf die Bestimmungsfreiheit der Völker, welche wir doch zu verteidigen vorgeben, und ohne Rücksicht auf die Erfahrungstatsache, dass solche brutale Sicherungspolitik stets die Keime zu neuen Kriegen in sich getragen hat.

Man hätte diese Sicherung billiger haben können und dauerhafter durch ein Abkommen mit England. Ebensowenig wie England je aggressive Absichten gegen Deutschland hatte, ebenso wenig lagen solche Absichten auf seiten Frankreichs oder Russlands vor. Wer solche Absichten behauptet, muss sie beweisen. Wer sie leugnet, ist nicht verpflichtet zum Gegenbeweis.

Wollte Frankreich uns angreifen?

Bezüglich Englands habe ich diesen Gegenbeweis führen können bis zur Evidenz. Bezüglich Frankreichs kann ich mich kurz fassen, da es kaum jemand in Deutschland gibt — abgesehen von der Regierung natürlich — der ernsthaft die Behauptung aufstellte, Frankreich habe uns überfallen wollen. Das ist noch einer der wenigen sympathischen Züge in dem heutigen öffentlichen Leben Deutschlands, dass man Frankreich nicht beschimpft, sondern bedauert, weil es wider seinen Willen und ohne Schuld in diesen Krieg hineingezogen worden sei. In der Tat, wer die Behauptung aufstellen wollte, dass das republikanische Frankreich von 1914 auch nur den entferntesten Gedanken gehegt habe, Elsass-Lothringen durch Waffengewalt wieder zurückzuerobern, der kennt das moderne Frankreich nicht, weder seine Geschichte noch seine Geisteströmungen, der urteilt nach einer Schablone, die vor 44 Jahren, vielleicht noch vor 34 oder 24 Jahren zutreffend gewesen sein mag, aber in den letzten 20 Jahren sich immer mehr zu einem Schattenbilde verflüchtigt hat.

Ich urteile nicht nach Zeitungen, sondern nach persönlichen Eindrücken, die ich in jahrelangem, stets wiederholten Aufenthalt in Frankreich gewonnen habe. Bis gegen die Mitte der neunziger Jahre etwa schmerzte die Elsass-Lothringische Wunde noch; von da ab vernarbte sie mehr und mehr und an der Wende des Jahrhunderts war kaum noch eine Spur davon zurückgeblieben. Das Ende des Boulangismus läutete das Ende der Revancheidee ein: die schlimmsten Schreier, Déroulède an der Spitze, wurden verurteilt oder aus Frankreich verbannt. Der Ausgang der Dreyfussaffäre reinigte mit dem Sieg der Aufklärungspartei die Atmosphäre von den Mächten der Finsternis, der politischen und klerikalen Reaktion, welche in Frankreich ebenso die Begünstiger einer Kriegspolitik waren wie sie es heute in Deutschland sind. Ueberzeugte Friedensfreunde wie Jules Simon, Frédéric Passy, der Senator Baron d'Estournelles de Constant und vor allem Jaurès gewannen immer mehr Einfluss auf die ernste öffentliche Meinung und drängten die Boulevardschreier in den Hintergrund. Die geistigen Beziehungen zwischen Frank-

reich und Deutschland wurden immer enger. Politiker, Schriftsteller, hervorragende Schauspieler und Schauspielerinnen, Gelehrte und Künstler vermittelten den geistigen Austausch von hüben und drüben und knüpften durch gegenseitige Besuche persönliche Verbindungen an. Coquelin und Sarah Bernhardt wurden in Deutschland gefeiert und vom Kaiser mit Auszeichnung empfangen. Im Sommer 1901 statteten zwei höhere französische Offiziere einen offiziellen Besuch in Berlin ab und wurden vom Kaiser zu einem militärischen Festmahl eingeladen, wobei einer dieser Offiziere, der General Bonnal, einen Trinkspruch auf die deutsche Armee und ihren Soldatenkaiser ausbrachte. Unzählige andere Erscheinungen könnte man zitieren, welche die wachsende Verständigung und Freundschaft zwischen den beiden Nationen dartun. Epochemachend aber war die Rede Jaurès' in der französischen Deputiertenkammer im Juni 1902, welche zum ersten Male mit klaren Worten und an verantwortlicher Stelle den Gedanken aussprach, dass es endlich an der Zeit sei, die *Revancheideen zu vergessen, sich mit der Geschichte abzufinden und die Völker Europas von der unerträglichen Rüstungslast zu befreien.* Die Rede Jaurès' fand fast ungeteilten jubelnden Beifall in der französischen Kammer und in der gesamten ernsten Presse. Gewisse chauvinistische Boulevardblätter natürlich, welche, wie ähnliche Blätter bei uns, durch die Hetze ihr tägliches Brot verdienen, waren unzufrieden mit Jaurès, konnten aber nichts an der Tatsache ändern, dass der sozialistische Führer den Ansichten der erdrückenden Mehrheit des arbeitenden und sparenden französischen Volkes Ausdruck verliehen hatte. In einer Rede vom November 1904 erweiterte Jaurès seinen Gedankengang sogar dahin, dass er *unter Verzicht auf jede gewaltsame Wiedervergeltung ein Bündnis mit Deutschland* als erstrebenswertes Ziel hinstellte. Wenige Monate später, im März 1905, begann der Marokkokonflikt, als Kaiser Wilhelm in Tanger ans Land stieg und in einer Ansprache an die Abgesandten des Sultans die französische Marokkopolitik kreuzte. *Ist Frankreich an der nun eintretenden Spannung schuld gewesen?* War es Frankreichs Schuld, dass dieser herausfordernde Akt Deutschlands — ebenso wie früher die Krügerdepesche und später das Agadirschiff — die umgekehrte Wirkung erzielte als beab-

sichtigt war ? Diese Theatercoups sind nun mal kein geeignetes Mittel der auswärtigen Politik : sie reizen mehr als sie imponieren und, da eine Verständigung zwischen gereizten Leuten schwieriger ist als zwischen ungereizten, so wäre es besser gewesen, solche Theatercoups zu unterlassen und unsere Wünsche auf normalem geschäftlichen Wege den auswärtigen Regierungen mitzuteilen. Die Schuld an der gereizten Stimmung, die seitdem fast ununterbrochen unsere diplomatischen Beziehungen zu Frankreich beherrscht hat, trifft demnach uns und nicht Frankreich.

Trotzdem ist es bekanntlich gelungen, die Marokkanischen Wirren durch drei Verträge von 1905, 1909 und 1911 zu einem definitiven Ausgleich zu bringen. Wenn wir hierbei schlechter gefahren sein sollten als Frankreich, so ist auch dies nicht Frankreichs Schuld. Der Erfolg diplomatischer Verhandlungen hängt nicht bloss von der militärischen Stärke, sondern noch mehr von der diplomatischen Geschicklichkeit der verhandelnden Regierungen ab. Dass wir militärisch stärker sind als Frankreich, unterliegt keinem Zweifel ; dass wir diplomatisch schwächer sind, unterliegt aber ebenfalls keinem Zweifel, und ist auch nicht zu verwundern, wenn man die Art der Rekrutierung und Ausbildung unseres diplomatischen Nachwuchses in Betracht zieht. In der Liste der französischen Vertreter an den europäischen Höfen gibt es nur bürgerliche Namen, in der Liste der deutschen Vertreter nur Barone, Grafen und Prinzen. Es ist natürlich nicht gesagt, dass ein Adliger nicht ebenso geschäftstüchtig wie ein Bürgerlicher sein könne. Wenn aber der Prozentsatz der Adligen im deutschen Volke ein sehr geringer ist, unter den diplomatischen Vertretern dagegen 100 % beträgt, so ist der Verdacht gerechtfertigt, dass nicht die geschäftliche Tüchtigkeit, sondern der Adelstitel den Ausschlag bei der Besetzung unserer diplomatischen Stellen gibt. Die Diplomatie ist ein Geschäft wie jedes andere, nur mit aussergewöhnlicher Verantwortung und mit verhängnisvollsten Folgen für begangene Fehler. Wenn schon ein Kaufmann seinen Prokuristen nicht nach dem Gesichtspunkt auswählt, ob er hochgeboren oder Reserveoffizier in einem Gardekavallerieregiment ist, um wieviel mehr ist ein Staat verpflichtet,

bei der Besetzung der verantwortungsvollsten Aemter diese dekorativ schönen, aber praktisch wertlosen Eigenschaften beiseite zu lassen. Hätte das deutsche Reich nach diesen Gesichtspunkten gehandelt, so würden die Marokkoverhandlungen, die nach der Ansicht unserer Gegner schon ohnedies nicht ganz ungünstig für uns verlaufen sind, vielleicht noch reichlichere Früchte getragen haben. Diejenigen, die mit dem Resultat nicht zufrieden sind, mögen die Ursache an der Stelle suchen, wo sie in Wirklichkeit liegt, nicht aber bei England oder Frankreich oder sonst jemandem ausserhalb der deutschen Grenzen. Sie mögen sich an die Brust schlagen und ausrufen : mea culpa, mea maxima culpa! Keinesfalls aber scheint mir das deutsche Volk verpflichtet, die Fehler seiner Diplomaten mit dem Opfer seines Blutes und seines Wohlstandes auszubaden. Hier scheint mir ein offenbares Missverhältnis zwischen Schuld und Sühne vorzuliegen — ein Missverhältnis besonders in dem Sinne, dass nicht der Schuldige, sondern der Unschuldige bestraft wird. *Schaffen wir uns bessere Diplomaten an, voilà tout !* Das ist die einzige praktische Folgerung, die ein vernünftiges Volk aus etwa erlittenen diplomatischen échecs ziehen sollte. Für patriotische Beklemmungen aber und kriegerisches Rachegeschrei liegt nicht die geringste Veranlassung vor......

*Wo also bleibt der Beweis, dass Frankreich uns übel wollte ?* Wo der Beweis, dass es, ausser den angeblichen diplomatischen, uns auch noch militärische Niederlagen bereiten wollte ? Ich suche, aber — ich finde nichts.

### Wollte Russland uns angreifen ?

Aehnlich steht es mit Russland. Interessenkonflikte zwischen Deutschland und Russland haben seit anderthalb Jahrhunderten nie bestanden und können auch kaum bestehen, da der Tätigkeitsdrang beider Länder nach ganz verschiedenen Richtungen geht und die beiderseitigen Linien sich nirgends schneiden. Ebenso wenig wie wir Ambitionen auf die russischen Ostseeprovinzen haben oder wenigstens bisher hatten — ein preussischer Irredentismus existiert glücklicherweise nicht —, ebenso wenig hat Russland je daran gedacht, sich Ostpreussen oder

Westpreussen oder Posen anzueignen. Russland ist gross genug, um unsere Provinzen entbehren zu können. Sein Expansionsdrang geht nach einer Richtung, die weder unser Eigentum noch unsere Interessen berührt.

Die russisch-österreichischen Spannungen lasse ich hier absichtlich beiseite. *Wir* haben Russland den Krieg erklärt, als es mit Oesterreich noch im vollen Frieden lebte und sogar noch aussichtsreiche Verhandlungen führte. Der Krieg zwischen Oesterreich und Russland ist erst am 6. August ausgebrochen, während wir bereits am 1. August die Kriegserklärung in Petersburg überreicht haben. Wir haben den Krieg eröffnet unter der Behauptung, dass Russland *uns* überfallen wollte, und haben das deutsche Volk glauben gemacht, dass es uns bereits überfallen *habe*.

Meine Frage ist also berechtigt : *weshalb hat Russland uns überfallen ?* Welchen Zweck verfolgte es damit ? Was wollte es von uns ? Der Hinweis auf die panslavistischen Bestrebungen ist nicht genügend, um diese Frage zu beantworten. Wollte Russland uns slavisch machen ? Wollte es die deutsche Kultur zu Gunsten der slavischen unterdrücken ? Kein ernster Mensch wird solche törichte Behauptung aufstellen. Die russische Kultur hatte ja ohnedies schon in den letzten Menschenaltern einen starken Einfluss auf unser deutsches Geistesleben ausgeübt : es dürfte schwer sein, einen deutschen Dichter aus den letzten 50 Jahren zu nennen, welcher der Literatur und Geistesrichtung der Deutschen einen ähnlichen Impuls wie Tolstoi gegeben hat. Auf der anderen Seite war das Leben Russlands, nicht nur das geistige, auch das politische und militärische, überall von deutschen Elementen durchtränkt und deutsche Namen waren es, die überall in Russland an leitender Stelle standen. Kein Wunder übrigens, da ja die Romanows selbst deutschen Geblüts sind und ihre Frauen fast stets aus deutschen Geschlechtern entnommen waren. Man kann wohl sagen, dass kaum zwei andere europäische Länder vermittels gegenseitiger pénétration pacifique so mit einander verbunden waren wie Deutschland und Russland — ein Friedensbund, der durch die traditionelle Freundschaft der beiden Herrscherhäuser gekrönt und durch die Waffenbrüderschaft vor 100 Jahren besiegelt war.

Wo soll nun plötzlich der « *von panslavistischen Gelüsten grossgezüchtete Deutschenhass* », von dem der Reichskanzler am 2. Dezember sprach, hergekommen sein? Haben *wir* einen Russenhass ? Sollte dieser Deutschenhass nicht eigens zu dem Zwecke konstruiert worden sein, um dem angeblichen russischen Ueberfall eine psychologische Unterlage zu geben ? Welche Tatsachen werden für diesen Deutschenhass angeführt ? Heraus damit ! Heraus mit Eurem Flederwisch ! Ich fürchte, wir werden lange auf solche Tatsachen warten können.

Jedenfalls scheint der Deutschenhass in Russland nicht unüberwindlich zu sein. Schon jetzt hört man Stimmen von Gutgesinnten, die einem baldigen Frieden mit Russland das Wort reden und alle Kräfte gegen den Hauptfeind England sammeln wollen. Andrerseits ertönen wieder Stimmen, welche das « Moskowitertum », den « zarischen Absolutismus » für den Hauptfeind erklären und unsere Kulturgemeinschaft mit den Westvölkern betonen. *Wo ist die Wahrheit ? Was wollen wir eigentlich ? Gegen wen und für was kämpfen wir ?* Alles Fragen, die von Verschiedenen verschieden beantwortet werden. Eine Riesenkonfusion der Geister, ein Ozean von Lügen und Verdrehungen, der leider nur blutig rot gefärbt ist und deutsches Glück und deutschen Wohlstand völlig hinwegzuschwemmen droht.

Die Verwirrung erklärt sich daraus, dass ein stillschweigendes Komplott unter den Kundigen besteht, die Wahrheit *nicht* zu sagen, dass man aber vergessen hat, sich darüber völlig zu einigen, *was* man an die Stelle der Wahrheit setzen soll. So lügt eben jeder auf eigene Faust und die Lügen stossen im Raume gegen einander wie die Funkensprüche verschiedener, nicht auf einander abgestimmter Stationen : ein Spruch hebt den andern auf, eine Lüge schlägt die andere aus dem Felde. Der alte Swift hat schon recht, wenn er sagt : « as universal a practice as lying is and as easy a one as it seems, it is astonishing, that it has been brought to so little perfection, even by those, who are most celebrated in that faculty. » « So allgemein die Praxis des Lügens ist und so leicht sie erscheinen mag, es ist erstaunlich, dass die Menschen es zu so geringer Vollkommenheit darin gebracht haben, selbst die, welche weit berühmt in dieser Kunst sind. »

Die Triple-Entente ein Defensiv-Bündnis.

Es fehlt also nicht nur an jedem Beweise für die Behauptung, dass die Triple-Entente einen Angriff auf Deutschland beabsichtigt habe, sondern es ist durch die vorstehende Darstellung das *gerade Gegenteil* erwiesen. Der leitende Geist des Dreiverbandes war unbestritten England. Das wird uns täglich in allen Tonarten, zuletzt noch in aller Schärfe vom Reichskanzler in der Sitzung vom 2. Dezember, vorgetragen und beruht auch auf Wahrheit. Wenn aber dieser leitende Geist seit fast einem Jahrzehnt nichts anderes erstrebt hat, als Frieden und Verständigung mit Deutschland, wenn die beiden anderen Ententemächte nie auch nur im geringsten die Absicht kund gegeben oder betätigt haben, die friedenstiftende Initiative ihres politischen Freundes zu hemmen oder zu unterdrücken, wenn sie im Gegenteil auch ihrerseits durch konziliantes Verhalten bei grossen und kleinen diplomatischen Konflikten (Marokko, Balkankrieg, Potsdamer Abmachungen von 1911 u. s. w.) in unverkennbarer Weise ihren Friedenswillen zum Ausdruck gebracht haben, so dürfte die Schlussfolgerung nicht gewagt sein: *die Triple-Entente ist ein Defensiv-Bündnis gewesen und hat keinerlei aggressive Absichten gehabt.* Wer das Gegenteil behauptet, möge Beweise bringen. Diese Beweise hat selbst der Reichskanzler in seinen beiden Reichstagsreden nicht zu erbringen vermocht. Man wirft den Ententemächten übelwollende Gesinnungen gegen Deutschland vor, führt aber keine Handlungen an, welche aus solchen Gesinnungen geflossen wären. Neid, Hass, Rassenantipathie und Rachelust, — all' diese schönen Herzenseigenschaften werden unseren Gegnern nachgerühmt, aber nicht eine einzige *Handlung* kann ihnen vorgeworfen werden, durch die sie ihre Gesinnungen in die Tat umgesetzt hätten. Solange nicht Deutschland als Erzieher der Welt anerkannt wird — etwa wie: « Rembrandt als Erzieher » der Deutschen — werden wir uns schon bescheiden müssen, den anderen ihre Gesinnungen zu belassen, wie sie ja auch unsere Gesinnungen nicht unterdrücken wollen oder können.

Uns muss es genügen, ihre Gesinnungen erst dann zu bekämpfen, wenn sie als Handlungen in die Erscheinung getreten

sind. Wir sind nicht die Rektoren fremder Völker wie Ahlwardt der Rektor aller Deutschen war. Wir sind auch kaum berufen dazu,den anderen gute Lehren zu geben, solange wir selbst solcher Lehren noch mehr als jene bedürftig sind. Was bei uns an Hass und Neid und Rachedurst produziert wird — früher von einem kleinen geistig niedrig stehenden Volksteil, seit Kriegsbeginn aber von dem grössten und besten Teil des deutschen Volkes — das übersteigt an Mass und Stärke alles, was in den drei anderen Ländern zusammen hervorgebracht wird.

Wenn nun aber keine Angriffsabsichten vorlagen, *was war es denn, was die Entente zusammen gebracht und immer fester gekittet hat?* Es war die Furcht vor Deutschland, das Misstrauen gegen Deutschlands imperialistische Bestrebungen. Diese Furcht hat sie zusammengeführt und ihren Bund immer enger gestaltet. Je mehr sie Deutschland wachsen sahen — nicht etwa unsern Handel und unsern Wohlstand, der ja auch ihrem Handel und Wohlstand Früchte trug, sondern unsere militärische Macht und unsere kriegerische Gesinnung, — je mehr sie den gefährlichen deutschen Nationalismus sein Haupt emporrecken und schon die Stufen des Thrones überragen sahen, umso misstrauischer und furchtsamer wurden sie, umso enger schlossen sie sich zu gemeinsamer Abwehr aneinander.

Alles traf in den letzten Jahren zusammen, um ihre Befürchtungen zu nähren : die ungeheuren Flottenrüstungen, welche trotz Englands Einigungsvorschlägen mit immer wachsender Schnelligkeit in die Höhe getrieben wurden, — die in der Militärgeschichte noch nicht dagewesene plötzliche Erhöhung unseres Landheeres, — die Politik der gepanzerten Faust, welche in allen internationalen Fragen deutschen oder österreichischen Interesses auf den Tisch schlug und die anderen zum Nachgeben zwang, — vor allem aber auch gewisse Tatsachen, die nicht in der Oeffentlichkeit sich abspielten, aber den europäischen Regierungen wohl bekannt waren. Solche Tatsachen sind erst jüngst in die Oeffentlichkeit getreten, mussten aber schon früher von den Ententemächten gebührend in Betracht gezogen werden.

Giolitti's Enthüllungen.

Schon bald nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina beabsichtigte die österreichische Regierung bekanntlich, der wachsenden grossserbischen Bewegung, die durch die Annexion hervorgerufen war, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Ein verbrecherischer Wahnsinn Oesterreichs: verbrecherisch, weil der Vergewaltigenden Vergewaltigten noch dafür bestrafen will, dass er sich gegen die Vergewaltigung auflehnt, — wahnsinnig, weil nationale Strömungen sich nicht durch Waffengewalt unterdrücken lassen. Aber die Weisen Oesterreichs dachten eben anders. Sie bedrohten Serbien mit Krieg und nur durch Russlands Nachgeben und Englands und Deutschlands Vermittlung gelang es, den schon damals drohenden europäischen Krieg durch eine serbische Beruhigungserklärung zu verhindern. Das war im März 1909 und ist aller Welt bekannt. Nicht bekannt aber und erst durch die Enthüllungen Giolitti's am 5. Dezember 1914 in der italienischen Kammer bekannt geworden ist, *dass Oesterreich dieselben Absichten wie 1909 auch im August 1913 gehabt hat* und nur durch den Widerspruch Italiens an der Ausführung dieser Absichten verhindert worden ist.

Die Enthüllungen Giolitti's sind in der ganzen auswärtigen Presse mit Recht als epochemachend angesehen worden, weil sie die aggressiven Absichten Oesterreichs in unbestreitbarer Weise ans Licht gebracht haben. Aber gerade deswegen hat die deutsche und österreichische Regierung diese Enthüllungen totgeschwiegen. Umso mehr Veranlassung für mich, das Tote hier wieder lebendig zu machen.

Im Hochsommer 1913 nach dem zweiten Balkankriege waren die Balkanverhältnisse zwischen den unmittelbar beteiligten Staaten durch den Vertrag von Bukarest geregelt worden. Mit dieser Regelung war Oesterreich-Ungarn nicht zufrieden, da nach seiner Ansicht Serbien zu viel und Bulgarien zu wenig erhalten hatte: es versuchte die Revision des Vertrages zu erreichen und beschloss, da Serbien sich dem entgegenstellte, mit Waffengewalt seine Wünsche durchzusetzen. Natürlich bedurfte es dazu der Unterstützung der Dreibundsmächte und vor allem Italiens,

welches sich stets vorbehalten hatte, bei der Regelung der Balkanfragen auch seinerseits ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Zustimmung der verbündeten Mächte zu einem kriegerischen Vorgehen gegen Serbien wurde aber vor allem deswegen von Oesterreich für notwendig gehalten, weil die österreichische Regierung sich schon damals voll bewusst war, *dass ein Krieg mit Serbien einen europäischen Konflikt herbeiführen müsse.* Oesterreich fragte also bei Italien an, wie es sich im Falle eines serbischen und eventuell eines europäischen Konflikts auf Grund seiner Dreibundsverpflichtungen verhalten würde. Im Verfolg der österreichischen Anfrage entwickelte sich folgender Telegrammwechsel zwischen dem Minister des Auswärtigen Di San Giuliano und dem abwesenden Ministerpräsidenten Giolitti. San Giuliano depeschiert an Giolitti : « Oesterreich hat uns und Deutschland seine Absicht mitgeteilt, gegen Serbien vorzugehen, und definiert solche Aktion als defensiv in der Hoffnung, den *casus fœderis* der Tripleallianz heranzuziehen, *welchen ich meinerseits nicht für gegeben halte.* Ich bemühe mich, mit Deutschland die Mittel ausfindig zu machen, um diese österreichische Aktion zu verhindern. Aber es kann notwendig werden, deutlich zu erklären, dass wir solche eventuelle Aktion nicht für eine defensive ansehen und deshalb den casus fœderis nicht als gegeben betrachten. Telegraphiere mir bitte nach Rom, ob Du meine Anschauung billigst. »

Giolitti erwiderte darauf : « Wenn Oesterreich gegen Serbien vorgeht, so ist es evident, dass der casus fœderis nicht vorliegt. Es würde dies eine Aktion für eigene Rechnung sein, *da es sich nicht um Verteidigung handelt und niemand daran denkt, Oesterreich anzugreifen.* Ich halte es für nötig, dies in formellster Weise Oesterreich gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Hoffentlich gelingt es Deutschland, Oesterreich von diesem höchst gefährlichen Abenteuer (pericolosissima avventura) abzubringen. »

In der Tat ist es damals gelungen — man weiss nicht, ob mehr durch Deutschlands Bemühungen oder Italiens Absage —, Oesterreich von dem serbischen Krieg zurückzuhalten. Was aber heute in erster Linie interessiert, ist die Tatsache, *dass Oesterreich schon ein Jahr vor Ausbruch des jetzigen Krieges die feste*

*Absicht hatte, einen kriegerischen Konflikt mit Serbien ohne jeden zwingenden Grund vom Zaune zu brechen:* denn damals war weder ein Erzherzog getötet noch eine besonders gefährliche serbische Propaganda gegen Oesterreich entwickelt worden, da Serbien genügend durch seinen Krieg gegen die Türken und später gegen seinen eigenen Bundesgenossen Bulgarien in Anspruch genommen worden war.

Diese Tatsache fällt auf's schwerste in's Gewicht bei der Beurteilung der Schuldfrage an dem heutigen Kriege. Aber noch ein anderes lässt sich aus den Vorgängen von 1913 lernen, nämlich: erstens, dass die Gefahr eines europäischen Krieges als Konsequenz eines österreichisch-serbischen schon damals den Dreibundspolitikern klar vorschwebte, und zweitens, dass es möglich war, diese Gefahr dadurch zu beschwören, dass man Oesterreich von dem gefahrvollen Abenteuer abriet und ihm seine Hilfe versagte. Hätte man diese Lehren der Vergangenheit ein Jahr später befolgt, so wäre der heutige Krieg nicht ausgebrochen. Italien hat sie befolgt und seine Handlungsweise ist moralisch wie rechtlich unanfechtbar. Deutschland aber hat sie nicht befolgen *wollen* und muss sich daher gefallen lassen, dass man seiner Handlungsweise die gerade entgegengesetzten Prädikate beilegt. Weshalb Deutschland im Juli 1914 es unterliess, den mässigenden Einfluss auf Oesterreich auszuüben, den es ein Jahr früher mit Erfolg ausgeübt hat, erklärt sich einfach daraus, dass Deutschland *damals* den europäischen Krieg nicht wollte, oder richtiger: *noch nicht* wollte, während es 1914 diesen Krieg gewollt *hat.*

### Der Umschwung in Berlin. Die Kriegspartei.

Die Strömungen in Berlin, welche diesen Umschwung herbeigeführt haben, werden in höchst interessanter Weise durch das französische Gelbbuch beleuchtet[1].

---

[1] Bericht des französischen Botschafters *Cambon* vom 17. März 1913 nebst zwei anliegenden Berichten der Militär- und Marine-Attachés; ferner Bericht des Kriegsministers *Etienne* an den Minister des Auswärtigen Jonnard vom 2. April 1913 nebst Anlage; Bericht Cambons an den Minister Pichon vom 6. Mai 1913; Note an denselben Minister vom 30. Juli und Bericht Cambons vom 22. November 1913.

Wären diese französischen Berichte die einzigen Quellen für diese Periode der Zeitgeschichte, so könnte man ihnen mit Misstrauen begegnen. Da sie aber mit allen Tatsachen übereinstimmen, welche im politischen Leben und in der politisch-militärischen Literatur Deutschlands deutlich hervorgetreten sind[1], so muss man diese französischen Stimmungsberichte als durchaus zutreffend anerkennen und ihre scharfe Analyse der deutschen Verhältnisse sogar bewundern.

Die Bestrebungen und die Gefährlichkeit der Kriegspartei, welche ihr Manöverfeld ausschliesslich in Norddeutschland und ihr Hauptquartier am Berliner Hofe hatte, habe ich bereits früher gekennzeichnet. Die Führer jener Kriegspartei waren meist Generäle, welche die Musse ihrer Pensionsjahre zu einer Art militärischer Organisation ihrer Truppen benutzten und durch Wort und Schrift das deutsche Volk auf den Krieg vorbereiteten, den sie, weil *sie* ihn wollten, für unvermeidlich erklärten. Neben den bestehenden Flottenvereinen hatten sie im Jahre 1912 einen « Wehrverein » gegründet, welcher dazu bestimmt war, die friedlichen Strömungen im deutschen Volke zu bekämpfen, für eine Vergrösserung des Landheeres Stimmung zu machen und das Volk allmählich an den Gedanken eines europäischen Krieges zu gewöhnen. Die natürliche Hilfstruppe dieser Herren waren ihre Standes- und Berufsgenossen, der Land- und Militäradel, welcher von jeher den preussischen Staat beherrscht und den König von Preussen als sein Oberhaupt betrachtet hat. Die wachsende Demokratisierung Deutschlands, welche sich soweit schon verstiegen hatte, einem Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten ein Misstrauensvotum zu erteilen und die Zivilgewalt im Elsass gegen die Militärgewalt in Schutz zu nehmen —, das beständige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und ihrer Vertreter im Parlament —, die steigende Industrialisierung Deutschlands, welche die wirtschaftliche und gesell-

[1] Nach Beendigung dieser Arbeit ist mir eine sehr lesenswerte Abhandlung zu Gesicht gekommen : « *Der deutsche Chauvinismus* » von Professor Dr. *O. Nippold*, Stuttgart 1913, in welcher ein Ueberblick über die chauvinistische Literatur der letzten Jahre gegeben und in eindringlichster Weise auf die Gefahren dieser Bewegung hingewiesen wird.

schaftliche Geltung des Landadels immer mehr zurückzudrängen drohte — alle diese Erscheinungen waren den preussischen Junkern ein Gräuel und hatten in ihren Kreisen eine Stimmung erzeugt, die man in den Gedanken zusammenfassen kann: so kann es in Deutschland nicht weitergehen und —, da im Frieden eine Besserung in unserem Sinne nicht zu erreichen ist, so muss eben ein frischer, fröhlicher Krieg unsern Nöten Abhilfe schaffen.

Die Junker bildeten von je die Kerntruppe der preussischen Kriegspartei. In neuerer Zeit aber hatten sich verschiedene Hilfstruppen zu ihnen gesellt: Kolonialschwärmer, die dem törichten Wahne territorialer Expansion als dem Ventil für unsern wirtschaftlichen und menschlichen Ueberschuss nachjagten, — Ideologen, nach deren beschränkten Anschauungen Deutschland an der Spitze der Zivilisation marschiert und daher deutsche Kultur die Welt zu beherrschen den Anspruch hat, — Diplomaten, die ihre eigenen Fehler nicht verschmerzen konnten und nach Revanche für Algeciras und Agadir schrieen, — vor allen anderen selbstverständlich die Kanonenkönige und Panzerplattenfabrikanten, die mit ihren reichen Mitteln nicht nur die inländische, sondern auch die ausländische Hetzpresse unterstützen konnten — alle diese teils interessierten, teils verblendeten Elemente, Verführer und Verführte, bildeten eine festgeschlossene Truppe, welche unter militärischer Führung, mit echt preussischer Disziplin auf Kommando einschwenkte und unverrückbar auf ihr Ziel losging. Die Kriegspartei bildete nur eine Minderheit des deutschen Volkes. Die grosse Mehrheit war entschieden friedliebend. Die Masse des arbeitenden Volkes, der gewerbtätige Mittelstand, die Bank- und Industriekreise, die nationalen Gruppen der Polen, Elsässer u. s. w., das noch nicht ganz verpreusste Süddeutschland, all' diese Schichten des deutschen Volkes wollten zweifellos den Frieden und das ruhige Fortschreiten auf dem Wege, auf welchem Deutschland zu seiner jetzigen Höhe gelangt war. *Aber diese Friedenskräfte waren nicht organisiert.* Es waren Individuen, aber keine Truppe. Sie hielten es nicht für nötig, sich als Friedenspartei gegenüber der Kriegspartei zu organisieren, weil man die letztere bis zum Hochsommer dieses Jahres für eine quantité

négligeable, einen europäischen Krieg mit all' seiner Fürchterlichkeit für eine Unmöglichkeit ansah und keine Ahnung davon hatte, wie die Kriegshetzer unter mächtiger Protektion bereits den Friedensboden unterwühlt hatten. Wer noch Mitte Juli in Deutschland behauptet hätte, dass wir am 1. August einen europäischen Krieg haben würden, wäre Gefahr gelaufen, ins Irrenhaus eingesperrt zu werden. Man kannte die Schreier, aber man hielt ihr Schreien für ungefährlich und jede Gegenorganisation zum Schutze des Friedens für überflüssig.

Es ist wahr, die Enttäuschung über den Marokkoabschluss hatte auch weitere Kreise ergriffen. Man beklagte die angebliche diplomatische Niederlage, aber man dachte nicht daran, deswegen nach blutiger Rache zu schreien. Man kritisierte die Diplomaten, aber verlangte nicht nach Generälen. Die Kritik richtete sich selbstverständlich in erster Linie gegen den allein verantwortlichen Reichskanzler Herrn von Bethmann-Hollweg, machte aber nicht bei diesem Halt, sondern ging höher hinauf bis an den Kaiser. Die friedliche Politik, welche Kaiser Wilhelm nach den ersten stürmischen Jugendtagen zur Richtschnur seines Handelns gemacht hatte, passte gewissen Kreisen schon lange nicht mehr. Man kritisierte ihn nicht nur, sondern versuchte — nicht ohne Erfolg — ihn geradezu unpopulär zu machen.

Eine Diensteifrige, wohlorganisierte Presse lobte den Sohn auf Kosten des Vaters und verschärfte den Gegensatz zwischen beiden, welcher in einer Reihe bekannter, ernster Konflikte zum offenen Ausbruch kam. In diabolisch-geschickter Weise wusste man die empfindlichsten Saiten der kaiserlichen Psyche zu reizen : sein persönliches Selbstgefühl, seinen Drang nach Popularität, seinen Ehrgeiz, der erste in seinem Volke zu sein und von niemand in den Schatten gestellt zu werden, sein Autoritätsbewusstsein, welches den Satz « suprema lex regis voluntas » zu seiner Devise erhoben hatte. Man träufelte ihm wie Hamlets Vater den Giftgedanken in's Ohr, dass die Zeiten *Taten* fordern, nicht Worte, dass nur ein luftreinigender Krieg

die Gewitterschwüle bannen und dem deutschen Reiche wie seinem Kaiser das alte Prestige nach innen und aussen wieder verschaffen könne.

Der Tropfen höhlt den Stein. Es ist interessant, die allmähliche Umwandlung der kaiserlichen Anschauungen in den letzten drei Jahren von 1911-1914 zu beobachten. Noch im Jahre 1910 sprach Kaiser Wilhelm mit dem französischen Minister Pichon über die Idee eines Zusammenschlusses aller Kulturstaaten und äusserte sich zustimmend darüber. Ein Jahr vorher 1909 in Cuxhafen betonte er das gleichmässige Friedensbedürfnis aller Kulturvölker « um den grossen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung ungestört obliegen zu können[1]. » 1911 in Hamburg hob er in einer Rede hervor, dass die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den Völkern nicht dadurch ausgekämpft werden könne, dass sie auf einander loshauen, sondern dadurch, dass jede Nation ihre Leistungsfähigkeit aufs höchste anspanne. Am Neujahrstage 1911 in der Ansprache an die Diplomatie lobte er noch die friedliche Verständigung zwischen den Völkern, die ihren Interessen mehr entspreche als die Führung gefährlicher Kriege. Aber bereits in der Hamburger Rede vom 18. Juni 1912 klang ein anderer Ton an: « Nicht leichtsinnig darf die Fahne aufgepflanzt werden, *wo man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können.* » Das war sechs Monate nach dem Marokkoabschluss und, wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, merkt bereits den Einfluss, welchen die Kritik der kaiserlichen Friedenspolitik auf das kaiserliche Denken auszuüben begann : nicht mehr Verwerfung des Krieges unter allen Umständen, sondern, wenn es sein muss, Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nach Clausewitz'schem Rezept, — vorausgesetzt, dass man die Fahne verteidigen kann, mit anderen Worten, dass man stärker ist als der andere. Diese kriegerische Note hat im nächsten Jahre bei den geräuschvollen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege von 1813 immer mehr die friedlichen Töne verdrängt. Ein Rausch schien ganz Deutschland ergriffen zu haben, ein neuer Befreiungsrausch, man weiss nicht gegen welche Knechtschaft. Der

---

[1] *Fried*, Der Kaiser und der Weltfriede, Berlin, 1910.

Rausch war künstlich erzeugt durch die hitzigen Getränke, welche eine skrupellose Patriotardenpresse seit Jahr und Tag dem deutschen Volke verabreicht hatte. Auch die höchsten Stellen konnten sich diesem Rauschzustande nicht entziehen. Es brach eine wahre patriotische Epidemie aus, welche hoch und niedrig, jung und alt in Fieberextase versetzte. Niemand fragte mehr nach Grund und Ziel dieser von den nationalistischen Drahtziehern seit lange vorbereiteten, geschickt in Szene gesetzten Volksbewegung, bei welcher der Kaiser und der Kanzler zunächst mitgerissene Opfer, später freiwillige Fahrtgenossen und zuletzt zielbewusste Anführer wurden.

Herr von Bethmann hat sich sicher lange gewehrt, ehe er vor der Kriegspartei kapitulierte. Aber er musste schliesslich kapitulieren, wenn er nicht der Kronprinzen-Camarilla und den Generälen zum Opfer fallen wollte. Noch in den Jahren 1910 und 1911 wehrte er sich energisch gegen seine Gegner, die immer mehr den Boden unter seinen Füssen unterminierten. Als man ihm in der Mannesmann-Affäre zu grosse Nachgiebigkeit gegenüber dem Auslande vorwarf, rief er den Scharfmachern im Reichstag zu : « Zu einer Politik des Vertragsbruchs werde ich mich nicht hergeben. » Als am 30. März 1911 die grosse Erörterung über die Rüstungsfrage im Reichstage statfand, wandte sich Bethmann beinahe hilfeflehend an die deutsche Volksvertretung und ermahnte sie, das deutsche Volk gegen unverantwortliche Presstreibereien zu schützen, denen es sich leider häufig willenlos hingebe : « Ein Gegengewicht gegen alle solche und ähnliche Einflüsse, — sagte der Kanzler —, ist nur erwünscht und ich werde der erste sein, der es dankbar begrüsst, wenn es der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegengewichte zu schaffen. » Aber, wie gesagt, die Gegengewichte gegen die kriegstreibende Bewegung waren zu gering ; bald war auch der Widerstand des Kanzlers, wie vorher des Kaisers, überrannt und die grosse Wehrvorlage von 1913 war das erste Fanfarensignal des gegnerischen Sieges auf der ganzen Linie.

Dass man den Krieg nicht schon im Sommer 1913, wie Oesterreich wollte, herbeiführte, beruhte nicht mehr auf prinzipiellen, sondern auf opportunistischen Gründen. Die Veranlassung zum

Losschlagen, welche Oesterreich zu haben glaubte oder vorgab — serbisch-bulgarische Grenzregulierungen und ähnliches — war denn doch zu fadenscheinig, um einen europäischen Völkermord vor dem deutschen Volke zu rechtfertigen, und zu wenig geeignet, eine patriotische Begeisterung zu entflammen. « Kriege, die nicht vom Volksempfinden getragen werden, sind in heutiger Zeit nicht mehr möglich » — soweit war das politische Denken selbst der Zurückgebliebenen doch schon vorgedrungen. Die Frage, ob diese oder jene südöstlichen Orte mit unaussprechlichen Namen von serbischen oder bulgarischen Beamten regiert werden, war denn doch dem deutschen Volke zu sehr « schnuppe », um zu einem Kampfe um die heiligsten Güter der Nation gestempelt werden zu können. Daher die Parole von Berlin nach Wien: *noch nicht!*

Auch militärische Erwägungen waren offenbar für dieses « noch nicht » massgebend : wir waren noch nicht genügend vorbereitet. Wir waren zwar allen anderen bedeutend überlegen, aber diese Ueberlegenheit sollte noch weiter gesteigert werden durch das Inkrafttreten der neuen Wehrvorlage, welche vorläufig erst vom Reichstag genehmigt worden war. Die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, die auch den grössten Kriegsschiffen den ungehinderten Verkehr von der Nordsee zur Ostsee ermöglichen sollte, war noch nicht fertig. Die neuesten Mordwerkzeuge harrten wahrscheinlich noch auf die Stunde ihrer Geburt. Zeppeline und Unterseeboote mussten noch gebaut und manche andere Vervollkommnungen unserer militärischen Rüstung durchgeführt werden. Mit einem Worte : wir waren noch nicht reif zum Losschlagen, *das prinzipiell schon damals eine beschlossene Sache war.* Wir warteten nur auf die nächste günstige Gelegenheit und auf die vollkommene Bereitschaft, um diese Gelegenheit mit Erfolg ausnutzen zu können. Inzwischen machte die Wandlung in den Anschauungen des Kaisers weitere Fortschritte : seine Umgebung, der Generalstabschef von Moltke an der Spitze, der Kriegsminister, der Kronprinz und sein einflussreicher Anhang, alle arbeiteten — immer noch in gewissem Gegensatz gegen den Reichskanzler, der zwar die ganze Entwicklung mitgemacht und mit seiner Verantwortung gedeckt hatte, aber nun doch vor dem entscheidenden Schritt zurückschreckte — alle arbeiteten auf das eine Ziel hin, den

« unvermeidlichen » Krieg sobald als möglich herbeizuführen und den Kaiser vollends für ihre Bestrebungen zu gewinnen. « Die Gemeinplätze über die Verantwortlichkeit des Angreifers muss man beiseite lassen, — sagte Herr von Moltke gelegentlich — *wenn der Krieg notwendig geworden, muss man ihn anfangen, sobald man alle Chancen auf seiner Seite hat.* Nur der Erfolg entscheidet[1]. »

Mit welchem Erfolg die Kriegspartei tätig war, zeigt der Bericht Cambons vom 22. November 1913 an den Minister Pichon[2]. Cambon erzählt von einer Unterredung, die Kaiser Wilhelm Anfang November in Gegenwart des Generalstabschefs mit König Albert von Belgien hatte und die dem französischen Botschafter « d'une source absolument sûre » mitgeteilt worden war. König Albert fand den Kaiser, den er früher für einen ehrlichen Friedensfreund gehalten, vollständig umgewandelt : er hatte seine Friedenstendenzen aufgegeben und die Ideen der Kriegspartei zu den seinigen gemacht. Der Krieg erschien auch ihm jetzt unvermeidlich und er stimmte seinem Generalstabschef zu, als dieser erklärte, der jetzige Zustand müsse ein Ende nehmen, der Kaiser könne sicher sein, dass das Volk ihm mit unwiderstehlichem Enthusiasmus folgen werde. Die Gedanken des Kaisers richteten sich hauptsächlich gegen Frankreich und König Albert gab sich vergebliche Mühe, ihn von den friedlichen Intentionen der französischen Regierung und des französischen Volkes zu überzeugen. Cambon bestätigt auch aus eigner Beobachtung die veränderte Gedankenrichtung des Kaisers, die er auf die wachsende Ungeduld der Militärs, auf die Einflüsse der Pangermanisten und zum Teil auch auf eine gewisse Eifersucht auf seinen in diesen Kreisen populär gewordenen Sohn zurückführt. « L'empereur se familiarise avec un ordre d'idées qui lui répugnaient autrefois » — so schliesst der Bericht Cambons. Man kann dem klugen Franzosen die Anerkennung nicht versagen, dass er gut beobachtet hat. Kaum 8 Monate später zeigten sich die Wirkungen der Wandlung in den kaiserlichen Anschauungen. Aber selbst in den

---

[1] Bericht *Cambons* an den Minister Pichon vom 6. Mai 1913 (Französisches Gelbbuch).

[2] Französisches Gelbbuch, S. 10.

kritischen Tagen, die dem Ausbruch des europäischen Krieges vorhergingen, kämpften in der kaiserlichen Seele noch immer die Kräfte des Guten und des Bösen, des Ormuzd und Ahriman gegeneinander. Jetzt, wo die schwerwiegende Entscheidung fallen sollte, welche die Welt in Flammen setzen und nie gesehenes Unheil über die Menschheit bringen sollte, jetzt, wo das lang vorbereitete und beschlossene Vorhaben zur *Tat* werden sollte, jetzt zuckte die kaiserliche Hand vor dem entscheidenden Federstrich zurück und tauchten wie im Nebel noch einmal die alten Ideale von Frieden und Völkerglück in der Seele des Monarchen auf. Daher die Schwankungen der letzten Tage, daher der irisierende Wechsel in den kaiserlichen Handlungen, welche zwischen Friedenswunsch und Kriegsdrohung, zwischen Einschüchterung und Ernst hin- und herpendelten und so lange die Politik der gepanzerten Faust verfolgten, bis allmählich die Politik verschwand und die gepanzerte Faust an ihre Stelle trat.





# III.

## Das Verbrechen.

Die ausführliche Darstellung der Vorgeschichte des Krieges war nötig, um die rapide Entwicklung zu verstehen, welche in den kurzen 10 Tagen vom 23. Juli bis zum 1. August 1914 zu dem grössten Kriege der Weltgeschichte geführt hat.

Das gesamte Verhalten Deutschlands von der ersten Haager Konferenz an, seine konsequente Ablehnung aller Rüstungsbeschränkungen zu Wasser und zu Lande, — seine Gegnerschaft gegen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, — seine immer erneuten Versuche, Englands Neutralität zu erlangen, ohne seinerseits irgend etwas von seiner Bewegungsfreiheit aufzugeben,— die riesenhafte Steigerung seiner Land- und Seemacht, — die jahrelange Duldung und später sogar Begünstigung der verbrecherischen chauvinistischen Bewegung — alles dies deutet darauf hin, dass Deutschland seit langem mit dem europäischen Krieg als einer Tatsache gerechnet hat und entschlossen war, das « Unvermeidliche » in dem ihm günstigsten Moment herbeizuführen.

Die Vorgeschichte bis 1914 ergibt also — wie es im Strafverfahren heisst — den « *dringenden Verdacht* », dass Deutschland — in Gemeinschaft mit seinem Bundesgenossen Oesterreich — den europäischen Krieg früher oder später gewollt hat — Deutschland, um seine Weltmachtpläne zu verwirklichen, Oesterreich, um seine Balkanposition zu verbessern.

Der Verdacht ist aber noch keine *Gewissheit*. Die Wahrscheinlichkeit, welche sich aus der Vorgeschichte ergibt, ist noch kein Schuldbeweis. Dieser Schuldbeweis kann nur aus den Umständen des Falles selbst erbracht werden, also aus den diplo-

matischen Dokumenten, welche die Ursprungsgeschichte dieses Krieges darstellen.

Die Anklage geht dahin, dass die Kaisermächte den von ihnen längst vorbereiteten und gewollten Krieg im Sommer 1914 *absichtlich herbeigeführt* haben, weil sie den Moment zum Losschlagen für besonders günstig hielten. Dieses Mal handelte es sich nicht, wie in den früheren Jahren, um irgend eine mesquine Hafen- oder Küsten- oder Territorialfrage am Balkan, welche die öffentliche Meinung nicht interessieren und die Völker nicht zur Begeisterung entflammen konnte, — es handelte sich um den Mord eines Erzherzogs und seiner Gemahlin, also um ein tragisches Ereignis, welches die Empörung der ganzen Welt erwecken und alle Sympathien — so rechnete man — den Mächten verschaffen musste, die als Rächer solcher Missetat auftraten.

Man hatte also zunächst einmal den *moralischen* Erfolg auf seiner Seite. Aber auch des *militärischen* Erfolges glaubte man sicher zu sein. Gerade in diesem Augenblick waren gewisse Erscheinungen ans Licht getreten, aus denen man die Desorganisation der französischen und die mangelhafte Vorbereitung der russischen Armee schliessen zu können glaubte. Die Enthüllungen des Senators Humbert hatten soeben erst schwere Mängel in der französischen Armee offengelegt und die russische Armee glaubte man — abgesehen von ihrer mangelhaften Vorbereitung — auch noch durch innere Unruhen geschwächt und in Anspruch genommen. — Auf Englands Neutralität hoffte man noch immer — trotz der bisherigen Misserfolge nach dieser Richtung hin —, und die Italiener hielt man für töricht genug, den verhassten Oesterreichern am Balkan ihre Kastanien aus dem Feuer zu holen und «pour le roi de Prusse» ihre ganze nationale Existenz auf's Spiel zu setzen.

Lauter falsche Calcüle! Aber da man in Berlin und Wien nicht zu rechnen verstand, so hielt man den Moment zum Losschlagen für günstig — und schlug los. —

*Dies die Anklage, welche nun zu beweisen ist.*

* * *

Die Ereignisse, welche an die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gattin anknüpften. sind in ihren

grossen Zügen allgemein bekannt und bedürfen hier keiner ausführlichen Darstellung. Für meine Zwecke genügt es, die diplomatischen Vorgänge kritisch zu beleuchten und diejenigen Punkte herauszuheben, welche für die Frage der Schuld und der Verantwortung an diesem Kriege entscheidend sind. Meine Beweisführung wird sich nur auf *amtliche Dokumente* stützen, in erster Linie auf die fünf diplomatischen Bücher, welche in weisser, blauer, gelber, orange und grauer Farbe von Deutschland, England, Frankreich, Russland und Belgien herausgegeben worden sind. Ein Buch in roter Farbe ist noch nicht erschienen: es bleibt den Völkern überlassen, dieses Buch mit ihrem Blute zu schreiben.

Auch andere diplomatische Dokumente, die ausser den Büchern erschienen sind, werden berücksichtigt werden.

Auffallend ist von vornherein die Aermlichkeit des Inhalts des deutschen Weissbuchs und die Tatsache, dass Oesterreich es nicht für nötig gefunden hat, gleich allen anderen im Krieg befindlichen Ländern diplomatische Aktenstücke zu veröffentlichen. Auch der Verkehr zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung fehlt im deutschen Weissbuch fast vollständig, während der Verkehr zwischen den Ententestaaten in ausführlichster Weise in deren Publikationen dargestellt wird. Das deutsche Weissbuch enthält nur 36 Schriftstücke, das englische Blaubuch dagegen 161, das russische Orangebuch 79, das französische Gelbbuch 161, und das belgische Graubuch 79 Nummern. Die Darlegungen unserer Gegner sind also bei weitem ausführlicher, als die der beiden Kaiserreiche, deren eines sich bis heute vollkommen ausschweigt. Das «lässt tief blicken[1]!»

Der historische Forscher ist gezwungen, aus den umfassenden Darstellungen der Ententeregierungen vielfach die Lücken zu ergänzen, welche das deutsche Weissbuch offen lässt. Die Tatsachenberichte in den verschiedenen Publikationen stimmen aber in der Regel mit einander überein und erhalten nur durch den Geist des Darstellenden eine verschiedenartige Färbung. Von diesen Fär-

---

[1] Ein österreichisches Buch ist soeben, Anfang Februar, nachdem die Druckbogen dieser Arbeit bereits fertiggestellt waren, also *sechs Monate nach Beginn des Krieges*, erschienen: ich werde dieses Buch in einem besonderen Anhang behandeln.

bungen kann ich in meiner kritischen Beleuchtung vollständig absehen ; ich kann mich an die nackten, von allen gleichmässig berichteten Tatsachen halten, welche beredt genug sind. Von einer grösseren oder geringeren Glaubwürdigkeit der verschiedenen Publikationen kann selbsverständlich keine Rede sein. Diplomatische Dokumente sind eben Dokumente und verdienen alle denselben Glauben. Im übrigen stützen die einen die anderen und alle zusammen bilden eine derartig geschlossene Kette, jedes Glied greift so in das andere ein, dass die Wahrheit klar und unanfechtbar zu Tage tritt. —

Ich werde die einzelnen, für die Schuldfrage entscheidenden Punkte der Reihe nach behandeln und zwar für jeden Staat besonders : Jeder soll sein eigenes Debit- und Creditkonto erhalten, und jedes Konto soll mit einem Saldo abschliessen, der die Schuld oder Unschuld des betreffenden Staates ergibt.

## A

## Oesterreich.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat der serbischen am 23. Juli abends 6 Uhr eine Note zugestellt, in der sie unter Bezugnahme auf die grossserbische Propaganda, die in dem Mord des Erzherzogspaares ihren Gipfelpunkt erreicht habe, eine Reihe von Forderungen stellt, welche die Unterdrückung dieser — von der serbischen Regierung angeblich geduldeten — Bestrebungen herbeiführen sollten. Unter den 10 Forderungen Oesterreichs sind solche enthalten — und zwar in grösserer Zahl —, welche noch nie einem unabhängigen Staate gestellt worden sind, und welche man bisher nur unterworfenen Völkerschaften aufzuerlegen pflegte. Es wird der serbischen Regierung eine Erklärung wörtlich vorgeschrieben, die sie an einem bestimmten Tage auf der ersten Seite ihres amtlichen Organs zu veröffentlichen habe, welche die schärfste Unterdrückung jeder grossserbischen Propaganda in

Aussicht stellt und die gesamte Bevölkerung, besonders aber die Offiziere und Beamten, die fernerhin an dieser Bewegung teilnehmen würden, mit schwerer Strafe bedroht. Diese Androhung sollte gleichzeitig durch einen Tagesbefehl des Königs in dem offiziellen Organ der Armee zur Kenntnis des Heeres gebracht werden. Es folgen eine Reihe von Einzelforderungen : Unterdrückung von Publikationen, Auflösung von Vereinen und Verhinderung ähnlicher Vereinsbildungen, Beseitigung aller Oesterreich feindlichen Darstellungen aus den Schulbüchern, Entfernung aller Offiziere und Beamten, die den gedachten Bestrebungen dienen, Verhaftung bestimmter, durch die Morduntersuchung kompromittierter Persönlichkeiten, Verhinderung von Waffenschmuggel über die Grenze, Aufklärung über feindliche Aeusserungen hoher serbischer Beamten etc. Unter Nummer 5 und 6 der österreichischen Forderungen wurde an die serbische Regierung das Ansinnen gestellt, « dass in Serbien Organe der K. u. K. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken » sollten, und dass ferner « eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni, die sich auf serbischem Territorium befinden », eingeleitet werden sollte. « Von der K. u. K. Regierung hierzu delegierte Organe, — heisst es weiter, — werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen. »

Ein Mémoire über gewisse Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo — über die Punkte 7 und 8 — war der Note beigefügt und eine Antwort wurde binnen 48 Stunden, also bis zum 25. Juli abends 6 Uhr verlangt.

Die Note wurde am 24. Juli den europäischen Mächten mitgeteilt — ohne Beifügung der Beweise für die Anschuldigungen — und am 25. Juli in der europäischen Presse veröffentlicht. Es ist bekannt, welches Aufsehen der ungewöhnliche Inhalt und die schroffe Form dieser Note aller Orten bei den Regierungen wie beim Publikum erweckte. Jeder erwartete eine schroffe Ablehnung von seiten Serbiens, daraufhin einen Krieg Oesterreichs gegen das benachbarte Königreich, einen Eingriff Russlands in den Konflikt und in weiterer Folge einen europäischen Krieg. Die engen Beziehungen Russlands zu Serbien waren niemandem

ein Geheimnis, seitdem eine Balkanfrage existiert. Rassen- und Religionsgemeinschaft, politische Tradition und Interessen verbanden die beiden Länder von jeher und hatten eine Art Verwandtschaftsverhältnis zwischen ihnen hergestellt, welches weit über den Rahmen der üblichen « Interessensphäre » hinausging. Russland hatte während und nach dem Balkankriege offiziell erklärt, dass jeder österreichische Angriff auf Serbien seine Intervention herausfordern würde[1]. Auch diesmal verkündete es im Regierungsboten, dass eine kriegerische Aktion Oesterreichs Russland nicht indifferent lassen würde[2].

Gleichzeitig aber bemühten sich Russland, England und Frankreich in eindringlichster Weise:

1. Serbien zu einem möglichst weiten Entgegenkommen den österreichischen Forderungen gegenüber zu veranlassen[3];

2. Eine Fristverlängerung von Oesterreich zu erlangen, welche die Mächte in die Lage setzen sollte, das von Oesterreich versprochene Aktenmaterial zu studieren und daraufhin ihre mässigende Aktion in Belgrad auszuüben[4].

Die Fristverlängerung ist in schroffer Weise von Oesterreich abgelehnt worden[5], obwohl England und Russland mit Recht darauf hingewiesen hatten, dass die Mitteilung der Note an die Mächte zwecklos und den internationalen Gebräuchen widersprechend sei, wenn man ihnen nicht Zeit und Gelegenheit zum Aktenstudium und zur Intervention in Belgrad lasse. Herr von Jagow hatte von vornherein « Zweifel » geäussert, ob Oesterreich auf die Fristverlängerung eingehen könne[6]. Graf Berchtold befand sich in Ischl. *Gründe für die Ablehnung wurden nicht angegeben.*

Trotzdem gelang es den russisch-englischen Einflüssen in Belgrad, eine Antwort der serbischen Regierung zu erzielen, welche Europa noch mehr in Erstaunen setzte, als die österreichische Note selbst. Serbien bewilligte fast alle Forderungen

---

[1] Blaubuch, Seite IV und Nr. 139.

[2] Orangebuch, Nr. 10.

[3] Blaubuch, Nr. 12, 15 22, 30. Orangebuch, Nr. 4, 25, 40, 42. Gelbbuch, Nr. 26.

[4] Blaubuch, Nr. 13, 17, 26. Orangebuch, Nr. 4, 16.

[5] Orangebuch, Nr. 12.

[6] Orangebuch, Nr. 14. Blaubuch, Nr. 18.

der Nachbarmonarchie, erklärte sich bereit, jeden nachgewiesenen Teilnehmer an dem Morde ohne Rücksicht auf Stand und Rang dem Gerichte zu überliefern, verpflichtete sich, die verlangten Erklärungen im Amtsblatt und an die Armee zu erlassen, neue Strafbestimmungen und Verfassungsartikel zur Verfolgung und Konfiskation feindlicher Pressäusserungen einzuführen, feindliche Vereine aufzulösen, den Schulunterricht in dem von Oesterreich verlangten Sinn zu revidieren, schuldige Offiziere und Beamte zu bestrafen, den Waffenschmuggel zu unterdrücken etc.

Nur in *zwei* Punkten gestattete sich die serbische Regierung in aller Untertänigkeit — in der Tat ist die ganze Note im Ton eines Untergebenen an seinen Vorgesetzten, nicht eines unabhängigen Staates an einen anderen gehalten — nur in zwei Punkten (5 und 6 der österreichischen Note) gestattete sich die serbische Regierung einige bescheidene Einwendungen zu erheben. Zu Note 5 bemerkte sie :

> « Die Königliche Regierung muss bekennen, dass sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, dass die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. k. Regierung zuzulassen ; doch erklärt sie, dass sie *jede Mitwirkung anzunehmen bereit* wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde. »

Zu Note 6 :

> « Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie

eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozessgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen *Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.* »

Der Schlusssatz der serbischen Note lautet so :

« Die Königlich Serbische Regierung glaubt, dass es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Uebertragung der Entscheidung dieser Frage an das *Internationale Gericht im Haag*, sei es durch Ueberlassung der *Entscheidung an die Grossmächte*, welche an der Ausarbeitung der von der Serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben. »

Die serbische Note wurde am 25. Juli nachmittags dem österreichischen Gesandten in Belgrad überreicht. Zwei Stunden später hatte der Gesandte mit seinem Personal die serbische Hauptstadt verlassen. Die Antwort Serbiens erschien der österreichischen Regierung unzureichend. Die diplomatischen Beziehungen mit dem Nachbarlande wurden von Oesterreich abgebrochen.

Weshalb ? Die europäische Diplomatie — mit Ausnahme der deutschen natürlich — stand vor einem Rätsel, für welches nur *eine* Lösung möglich war : die Annahme, dass Oesterreich unter allen Umständen den Konflikt mit Serbien wollte. Wie die österreichische Note ein Unikum war in ihren nach Form und Inhalt exorbitanten Forderungen, so war die serbische Antwort ein Unikum in sachlicher und formeller Unterwürfigkeit. *Noch nie hatte ein unabhängiger Staat im Frieden sich ähnliche Vorschriften machen, sich ähnliche Eingriffe in sein innerstaatliches Leben gefallen lassen.* Schule, Heer, Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Presse und Vereinsrecht, alles sollte nach Oesterreichs Wünschen zugeschnitten werden und selbst da, wo man diesen Wünschen nicht

bis zum letzten Jota nachkommen konnte, wenn man sich nicht zu einem Vasallenstaat erniedrigen wollte, — selbst da entschloss man sich nicht zu einer glatten Absage, sondern bat gehorsamst um nähere Aufklärungen, erklärte sich zum Entgegenkommen bis an die Grenzen des Völkerrechts bereit und unterwarf sich für diese wenigen, noch streitigen Punkte der *Entscheidung des Haager Schiedsgerichts oder der Grossmächte.*

Was konnte Oesterreich mehr verlangen ? Weshalb hat es die erbetenen Aufklärungen nicht gegeben ? Weshalb hat es die schiedsgerichtliche Entscheidung nicht akzeptiert ? In Fragen, welche nach den Verhandlungen und Beschlüssen der Haager Konferenzen das eigentliche Tätigkeitsgebiet des Schiedsgerichtshofs bilden sollten : Rechts- und Auslegungsfragen ?

Die österreichische Regierung hat am 27. Juli die serbische Antwort mit Anmerkungen publiziert und zwar in der Form, dass der serbische Text überall durch die österreichischen Anmerkungen unterbrochen wird. Auch die « Norddeutsche Allgemeine Zeitung » hat nur den unterbrochenen Text in dieser Form veröffentlicht. Die Absicht dieser Verstümmelung war offenbar die, dass man die unterwürfige Form und den in weitestem Masse entgegenkommenden Inhalt durch die österreichischen Zwischenbemerkungen nicht zur Geltung kommen lassen wollte. Die Wortklaubereien dieser Anmerkungen sind von dem italienischen Minister Di San Giuliano als « *kindisch* » bezeichnet worden[1]. Der Ausdruck ist viel zu milde, wenn man in Betracht zieht, dass an diesen Erörterungen das Schicksal Europas, ja man kann sagen der Welt hing. Ein Winkeladvokat müsste sich schämen, in einem Bagatellprozess ähnliche Spitzfindigkeiten vorzubringen, wie sie Oesterreich sich leistet, um seine Unzufriedenheit mit der serbischen Antwort zu motivieren. Es lohnt sich nicht, im einzelnen auf dieses, auch stilistisch elende Machwerk einzugehen. Zum Teil gehen die österreichischen Anmerkungen dahin, dass Missverständnisse — mehr oder weniger absichtliche — auf Serbiens Seite vorlägen. Punkt 5 z. B. soll nichts mit dem Völkerrecht oder Strafprozess zu tun haben, vielmehr eine « Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur sein, die im Wege einer

[1] Blaubuch, Nr. 64.

besonderen Vereinbarung zu lösen ist.» Punkt 6 soll nur die Mitwirkung österreichischer Beamten an «*polizeilichen* Vorerhebungen» betreffen, nicht aber an dem gerichtlichen Verfahren. In diesen beiden Punkten also, den einzigen, in denen Serbien einige Reserven gemacht hatte — alles übrige war im wesentlichen bewilligt worden —, in diesen allein noch streitigen Punkten lagen nach der eigenen österreichischen Behauptung Missverständnisse vor (durch die unklare österreichische Ausdrucksweise hervorgerufen) — Missverständnisse, die durch eine halbstündige Aussprache von Sachverständigen beseitigt und schlimmstenfalls einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unterworfen werden konnten. *Weshalb hat Oesterreich diese Aussprache und diese Entscheidung nicht herbeigeführt?* Weshalb hat es sofort eine Massregel ergriffen, wie sie schroffer auch im Falle einer glatten Ablehnung seiner Forderungen nicht hätte ergriffen werden können, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen?

Es war dies die dritte Unbegreiflichkeit im Laufe von drei Tagen — eine Unbegreiflichkeit, wenn man nicht annimmt, dass *Oesterreich unter allen Umständen einen Krieg mit Serbien vom Zaune brechen* und einen europäischen Krieg dabei riskieren wollte. Die Note selbst war schon nichts anderes als eine verkappte Kriegserklärung: Niemand, am allerwenigsten Oesterreich selbst, konnte ein näheres Eingehen Serbiens auf so erniedrigende Zumutungen, wie sie in der Note enthalten waren, erwarten. Dass Serbien dennoch darauf einging und sogar die meisten österreichischen Forderungen bewilligte, war ein Zeichen ausserordentlicher Friedensliebe von seiten dieses, durch zwei Kriege erschöpften, Landes und war gleichzeitig die Wirkung der energischen Aufforderung zur Nachgiebigkeit, welche von den Dreibundmächten, Russland an der Spitze, ausging. Der Hilferuf des Prinzregenten Alexander von Serbien vom 24. Juli an den Zaren Nikolaus betonte Serbiens Bereitwilligkeit, alles zu akzeptieren, was mit der Stellung eines unabhängigen Staates vereinbar sei, und bat um Russlands Ratschläge[1]. Diese Ratschläge haben zu der serbischen Note vom 25. Juli geführt, das heisst:

---

[1] Orangebuch, Nr. 6.

zu einer Erniedrigung, wie sie die diplomatische Geschichte noch nie gesehen hatte. *Schon damit ist der Friedenswillen Serbiens und Russlands über jeden Zweifel hinaus erwiesen.* Der Umstand aber, dass Oesterreich die serbische Note als quantité négligeable betrachtete, sie nicht einmal für wert hielt, zur Basis weiterer Erörterungen gemacht zu werden, und glatt die diplomatischen Beziehungen abbrach, beweist, dass Oesterreich den Krieg unter allen Umständen wollte. Diese Kriegsabsicht geht aus den drei ersten Akten der Tragödie hervor: aus der österreichischen Note, aus der Ablehnung der Fristverlängerung und aus der Abberufung des Gesandten.

Was alle Welt mit Sehnsucht erwartete und die europäische Diplomatie — natürlich wieder mit Ausnahme der deutschen — mit allen Mitteln erstrebte: die Nachgiebigkeit Serbiens — war für Oesterreich die grösste Enttäuschung. Man wünschte und erhoffte in Wien eine schroffe Ablehnung, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und den Krieg gerechtfertigt hätte. Gerade deshalb hatte man die Note so über alle Massen scharf gefasst, um eine Ablehnung geradezu zu erzwingen. In dieser Erwartung sah man sich getäuscht, weil Serbiens und Russlands Friedensliebe grösser war als Oesterreichs Kriegswille. Man war in einer Zwangslage, da der erwartete Kriegsgrund fehlte, und sah sich nun veranlasst, solchen Kriegsgrund künstlich zu konstruieren, indem man mit rabulistisch-sophistischen Wortklaubereien aus der offenkundigen Unterwerfung eine Auflehnung zu machen suchte.

Solange die serbische Note der Oeffentlichkeit nicht bekannt war, glaubte jedermann an ein serbische Ablehnung, die man allgemein als die einzig mögliche Antwort auf die österreichische verschleierte Kriegserklärung ansah. Als aber dann am 26. und 27. Juli die europäischen Kanzleien und die Oeffentlichkeit Kenntnis von der serbischen Note erhielten, war alles starr über die österreichische Handlungsweise, für welche man keine andere Erklärung als die unbedingte Kriegsabsicht fand, und alle sahen mit Schrecken die Gefahr eines europäischen Krieges heranrücken.

*Sir Edward Grey* war der erste, der dieser Gefahr zu be-

gegnen suchte: er schlug eine *Konferenz* der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens unter seinem Vorsitz in London vor, welche Mittel und Wege ausfindig machen sollte, um die Differenzen zwischen Oesterreich und Serbien zum Ausgleich zu bringen. Frankreich und Italien nahmen den Vorschlag Greys sofort mit grösster Bereitwilligkeit an und auch Russland erklärte ohne Zögern, dass es die Botschafterkonferenz der vier nicht direkt beteiligten Mächte für den besten Weg zur Erhaltung des Friedens ansehe und sich den Entscheidungen dieser Konferenz unterwerfen würde[1]. In der Tat verbürgte die Zusammensetzung der Konferenz aus zwei Dreibunds- und zwei Entente-Mächten eine unparteiische Prüfung der Streitfragen, welche nach der serbischen Antwort auf ein Minimum reduziert waren und mit Leichtigkeit in kürzester Frist gelöst werden konnten. Wenn man sich erinnert, welche ungleich schwierigeren Fragen die Londoner Botschafterkonferenz während der Balkankrisis glücklich gelöst hat, so muss man sagen: der Ausgleich zwischen den österreichischen Forderungen und den serbischen Bewilligungen im Juli 1914 war ein Kinderspiel im Vergleich zu den früheren Leistungen der Londoner Botschafterkonferenz, die — ausser der Entscheidung vieler anderen Land- und See-, Rassen- und Völkerfragen — nicht weniger als ein ganzes Königreich in die Welt zu setzen hatte.

Aber gerade, *weil* die Lösung der Streitfrage durch eine Botschafterkonferenz so überaus leicht war, gerade deshalb stiess diese Konferenzidee auf Deutschlands und Oesterreichs Widerspruch. Wenn die Vertreter der vier unbeteiligten Mächte in London an einem Tische sassen, um die Wortdifferenzen der beiden Noten auszugleichen und die Missverständnisse aufzuklären, so war der Erfolg *unbedingt sicher* und Oesterreich konnte sich den Vorschlägen der Botschafter nicht entziehen, nachdem Russland von vornherein für sich und Serbien seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, sich ihnen zu unterwerfen. Das hätte den Krieg vereitelt und deshalb passte es Oesterreich nicht. Deshalb

[1] Blaubuch, Nr. 17, 24, 35, 36, 42, 51, 53. (Russia would be quite ready to stand aside and leave the question in the hands of England, France, Germany and Italy.)

wird zunächst Deutschland mit dem Einwande vorgeschickt, man könne Oesterreich «*nicht vor ein europäisches Gericht zitieren*[1].» Und als dieser Einwand durch Grey ad absurdum geführt wurde mit der Bemerkung: « It would not be an arbitration, but a private and informal discussion to ascertain, what suggestion could be made for a settlement [2] » — da rückte Oesterreich mit der glatten Erklärung heraus, *dass es sich dem englischen Vorschlag gegenüber ablehnend verhalten müsse* [3].

Das war die vierte Aktion innerhalb fünf Tagen, mittels deren Oesterreich — mit Deutschlands Unterstützung — die Friedensbestrebungen der anderen Mächte zum Scheitern brachte. Die österreichische Ablehnung war um so krasser, als die Konferenz ausgesprochenermassen nur diejenigen Punkte erörtern sollte, welche die serbische Souveränität und Unabhängigkeit berührten, und Oesterreich ja von Anfang an versichert hatte, diese Souveränität und Unabhängigkeit nicht antasten zu wollen. Es handelte sich also in Wahrheit nur um eine staatsrechtliche Untersuchung, *wie weit* die österreichischen Forderungen, insbesondere die Artikel 5 und 6 der Note, mit der Souveränität des Nachbarstaates vereinbar waren. Die freiwillige Annahme eines solchen Untersuchungsresultats — nicht etwa eines Schiedsspruchs — konnte dem Prestige Oesterreichs ebenso wenig schaden wie es die Ehre eines Privatmannes berührt, wenn er in einem bürgerlichen Rechtstreit auf Grund eines Sachverständigengutachtens einen Vergleich schliesst. Aber Oesterreich *wollte* eben keinen Vergleich und deshalb scheiterte die Konferenzidee.

Gleichzeitig mit seinen Einwendungen gegen die Botschafterkonferenz hatte Deutschland *direkte Verhandlungen zwischen Oesterreich und Russland* vorgeschlagen als bestes Mittel, um die Erweiterung der serbischen Streitfrage zu einem europäischen Konflikt zu verhindern [4]. Dieser Vorschlag fand die freudige Zustimmung Englands, Russlands und Frankreichs und Grey war sofort bereit, seinen Vorschlag der Viermächtekonferenz so-

---

[1] Weissbuch, S. 9.
[2] Blaubuch, Nr. 67.
[3] Weissbuch, S. 9.
[4] Blaubuch, Nr. 43. Weissbuch, S. 9.

lange zurückzustellen, bis die direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg zu einem Resultat — sei es einem positiven oder negativen — geführt hätten[1]. War das Resultat positiv, so wurde die Konferenz überflüssig. War es negativ, so konnte die Konferenz immer noch das zu erreichen suchen, was die direkten Verhandlungen nicht erreicht hatten.

Also wieder ein neuer Hoffnungsstrahl! Aber leider machte man wieder die Rechnung ohne — Oesterreich. Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr, die Dokumente beweisen es unwiderleglich : *Oesterreich lehnte die von seiner Bundesgenossin Deutschland vorgeschlagene direkte Verhandlung mit Russland ab* und Graf Berchtold erklärte dem russischen Botschafter Schébéko, welcher ihm eine freie Aussprache in Petersburg in freundschaftlichen Worten nahegelegt hatte, in striktester Weise, dass « Oesterreich weder zurückweichen noch in irgend welche Diskussionen über die serbische Note eintreten könne[2]. »

Hier liegt also entweder ein Gegensatz zwischen Berlin und Wien oder ein abgekartetes Doppelspiel vor. Da ein Gegensatz nicht anzunehmen ist und keinerlei Indizien dafür vorliegen, so bleibt nur die letztere Alternative übrig : das *abgekartete Doppelspiel*. Die Sache ist umso verdächtiger als, wie bereits bemerkt, die Korrespondenzen zwischen Berlin und Wien bisher nicht veröffentlicht worden sind, also vermutlich Dinge enthalten, die man verschweigen möchte. Herr von Bethmann-Hollweg, der alle möglichen inoffiziellen Schriftstücke — Auszüge aus Brüsseler Archiven, abgefangene Briefe und dergleichen — tagtäglich zu seiner Rechtfertigung veröffentlicht, er würde sicher seine Korrespondenz mit Wien längst publiziert haben, wenn sie die Wahrheit seiner ewig wiederholten, aber ewig unbewiesenen Behauptung bestätigen könnte, dass er ernsthaft in Wien auf Mässigung gedrängt habe und hierin « bis an die äusserste Grenze des Möglichen gegangen sei. »

Tatsache ist jedenfalls, dass die von Deutschland vorgeschlagene direkte Verständigung zwischen Oesterreich und Russland durch Oesterreichs Ablehnung ins Wasser gefallen ist. An demselben

---

[1] Blaubuch, Nr. 45.

[2] Blaubuch, Nr. 61, 74. 75. 78, 81, 93. Orangebuch, Nr. 45, 50. Weissbuch, S. 9.

Tage, an dem die entscheidende Unterhaltung zwischen Berchtold und Schébéko stattgefunden hatte, am 28. Juli, hat Oesterreich Serbien den Krieg erklärt und am nächsten Tage das Bombardement Belgrads begonnen.

*Diese Kriegserklärung machte die europäische Situation fast zu einer verzweifelten.* Der Wille Oesterreichs, den unbequemen Nachbarstaat unter allen Umständen zu zerschmettern, ohne jede Rücksicht auf die europäischen Konflagrationen, die daraus entstehen mussten, war nun zur Tat geworden und alle weiteren Versuche, den Brand zu löschen oder seine Ausdehnung zu verhindern, schienen aussichtslos zu sein. Oesterreich hatte mobilisiert und zwar nicht nur gegen Serbien, was selbstverständlich war, sondern *auch gegen Russland.* Ueber den Umfang seiner Mobilisierung nach Norden und Nordosten sind die Ansichten verschieden. Die russischen Berichte behaupten, dass mehr als die Hälfte der österreichischen Armee mobilisiert war[1], während der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg in seiner Rede vom 4. August nur die *Mobilisierung von zwei Armeekorps « gegen Norden »* zugibt[2]. Fest steht jedenfalls, dass am 28. Juli Oesterreich der einzige Grossstaat war, der mobilisiert hatte, und zwar nicht nur gegen seinen kleinen Nachbarn, sondern auch gegen das grosse russische Reich.

Dieser Umstand musste Russland zu einer Gegenmassregel veranlassen, deren Notwendigkeit nicht nur in Oesterreichs Militärmassregeln, sondern mehr noch in seiner systematischen Vereitelung aller Verständigungsversuche begründet war. Die russische Regierung teilte am 29. Juli den auswärtigen Regierungen offiziell mit, dass sie die Mobilisation in den Armeebezirken von Odessa, Kiew, Moskau und Kasan angeordnet habe und zwar als *Schutzmassregel* gegen Oesterreichs Mobilisierung und *ohne jede Angriffsabsicht gegen Oesterreich oder Deutschland*[3].

Mit dieser Massregel parallel gingen erneute Versuche Russlands und Englands, eine Formel zu finden, durch welche die widerstreitenden Interessen von Oesterreich auf der einen und

[1] Orangebuch, Nr. 49.

[2] Siehe den Abdruck dieser Rede in der Schrift « Der Kriegsausbruch 1914 » (Carl Heymanns Verlag), S. 9.

[3] Weissbuch, S. 10. Orangebuch, Nr. 51. Blaubuch, Nr. 78.

Russland auf der anderen Seite zum Ausgleich gebracht werden könnten. Der Krieg war nun einmal ausgebrochen. Es konnte sich nicht mehr darum handeln, Oesterreich zum Rückzug zu veranlassen, sondern nur darum, einen *Stillstand* der kriegerischen Operationen herbeizuführen, Oesterreich das inzwischen etwa besetzte serbische Gebiet als Pfand zu belassen und auf dieser Basis von neuem eine möglichst weitgehende Befriedigung der österreichischen Forderungen durchzusetzen.

Nach dieser Richtung hin waren Grey und Sazonow unermüdlich tätig und wurden hierbei von dem französischen Ministerpräsidenten Viviani aufs lebhafteste unterstützt. Die erste Einigungsformel in dem gedachten Sinne wurde am 29. Juli von Grey dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky unterbreitet. Sie ging dahin, dass *Oesterreich sich mit der Besetzung von Belgrad und benachbartem serbischen Gebiet als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen zufrieden geben* und den anderen Mächten Zeit und Gelegenheit lassen solle, zwischen Oesterreich und Russland zu vermitteln [1].

Dieser Grey'sche Vorschlag wird in der Depesche des *Königs Georg* an den Prinzen Heinrich vom 30. Juli dem Kaiser aufs dringendste nahe gelegt und die Hoffnung ausgesprochen :

« dass Wilhelm seinen grossen Einfluss anwenden wird, um Oesterreich zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen ; dadurch würde er beweisen, dass Deutschland und England zusammen arbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde. Bitte, versichere Wilhelm, dass ich alles tue und auch weiter alles tun werde, was in meiner Macht liegt, um den europäischen Frieden zu erhalten. »

Mit demselben Eifer wie der König selbst bemühte sich der Staatssekretär Grey, die Mächte zur Annahme seines Vorschlages zu bewegen, der in der Tat eine Genugtuung für alle und einen Ausweg aus den gefährlichen Wirren bot.

Inzwischen hatte auch der russische Minister *Sazonow* dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès eine Ausgleichsformel diktiert, welche die gleichen Ziele wie der Grey'sche Vorschlag erstrebte. Die Formel lautete :

[1] Blaubuch, Nr. 76, 88, 90, 98. Weissbuch, S. 11.

« Wenn Oesterreich in der Erkenntnis, dass die österreichisch-serbische Frage den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat, sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu eliminieren, welche den Souveränitätsrechten Serbiens Abbruch tun, so *verpflichtet sich Russland, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen*[1].

Dieser Vorschlag Sazonows datiert vom 30. Juli, also 2 Tage nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, nachdem das Bombardement Belgrads und der Einmarsch in das serbische Territorium bereits begonnen hatte. Der Vorschlag enthielt *keinerlei Verpflichtung Oesterreichs, seine militärische Aktion rückgängig zu machen*, sondern nur die Forderung an Oesterreich, die Souveränitätsrechte Serbiens unangetastet zu lassen, — also eine Verpflichtung, welche Oesterreich sehr wohl eingehen konnte, wenn es seine bei Beginn der Krisis abgegebenen Erklärungen ehrlich aufrecht erhalten wollte.

Was aber geschah ? Der russische Botschafter zu Berlin Swerbéew übermittelte dem Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow am 30. Juli den Sazonow'schen Vorschlag, welcher gleichzeitig durch den deutschen Botschafter Grafen Pourtalès dem Auswärtigen Amt telegraphiert worden war. *Die Antwort Jagows lautete glatt ablehnend* : « der Vorschlag sei für Oesterreich unannehmbar[2]. » Diese Ablehnung erfolgte notabene sofort, ohne irgend eine vorherige Rückfrage in Wien. Herr von Jagow betrachtete sich offenbar als Vormund oder Geschäftsführer der österreichischen Regierung, welche seit der Kriegserklärung an Serbien und seit der Ablehnung jeder Diskussion in keiner direkten Verhandlung mehr mit Petersburg stand.

Also wieder ein Misserfolg ! Aber auch dieser weitere Misserfolg schreckte die englische und russische Regierung nicht von ferneren Versuchen zu einer Verständigung ab. Es lagen zwei Formeln vor, die von Grey vom 29. Juli und die von Sazonow vom 30. Juli. Die letztere war von Jagow ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden, während die erstere noch immer einer Beant-

[1] Orangebuch, Nr. 60.
[2] Orangebuch, Nr. 63.

wortung harrte. Beständig drängte der englische Botschafter in Berlin auf Antwort und immer wieder wurde er mit leeren Redensarten hingehalten. Durch die österreichische Ablehnung jeder direkten Verhandlung war der diplomatische Geschäftsgang ausserordentlich erschwert worden: alle Anfragen mussten über Berlin gehen und Berlin konnte nie eine positive Antwort erteilen, da solche angeblich aus Wien noch nicht eingetroffen sei. Ob der Makler in diesem Falle ehrlich oder unehrlich war, lässt sich nicht mit voller Sicherheit beweisen. Aber jedenfalls liegt dringender Verdacht für das letztere vor, — worauf wir später bei der Anklagebegründung gegen Deutschland noch ausführlicher zurückkommen werden. Die Friedenssucher wurden von einem Tag zum andern hingehalten: einmal hat Jagow noch keine Antwort aus Wien erhalten, ein anderes Mal beteuert Bethmann, den Knopf in Wien so stark gedrückt zu haben (pressed the button), dass er vielleicht sogar zu weit gegangen sei und eine gegenteilige Wirkung erzielt habe. Ein drittes Mal, als Goschen immer mehr auf Antwort drängte und ein noch stärkeres Knopfdrücken in Wien empfahl, war die einzige Antwort, die er von Bethmann erhielt, die, dass Graf Berchtold am nächsten Morgen die Sache dem Kaiser Franz Joseph vortragen würde [1].

So verstrichen nutzlos drei volle Tage, vom 29.—31. Juli, *ohne dass Oesterreich irgend eine Antwort auf den Grey'schen Vorschlag erteilt hätte,* der mit so glühenden Worten von dem englischen König dem Kaiser Wilhelm ans Herz gelegt worden war. Drei Tage verstrichen nutzlos, während Europa unter Hangen und Bangen den fürchterlichsten Ereignissen entgegensah. Die deutschen und österreichischen Diplomaten hatten keine Eile. Sie wussten, was sie wollten, und bereiteten in aller Gemütsruhe hinter den Kulissen das Drama vor, während vorn auf der Szene alles ängstlich hin- und herrannte und schreckerfüllt nach der Feuerwehr rief.

Grey und Sazonow und Viviani waren nach wie vor trotz aller Misserfolge aufs aufrichtigste bemüht, den Ausbruch des Brandes zu verhindern. Dutzendweise flogen die Depeschen zwischen Lon-

---

[1] Blaubuch, Nr. 98, 103, 107, 112.

don, Paris und Petersburg hin und her. Tag und Nacht wurde in den Kanzleien der Ententemächte gearbeitet, um den Frieden zu erhalten. Da der Vorschlag Sazonows abgelehnt und der Grey'sche Vorschlag unbeantwortet geblieben war — *bis heute ist er unbeantwortet* —, so suchte man eine dritte Formel zu finden, welche den Mittelweg zwischen den beiden ersten Formeln darstellen sollte. Diese dritte Formel — das Resultat einer eifrigen Vermittlungstätigkeit Vivianis [1] — kam den österreichischen Wünschen noch ein gutes Stück weiter entgegen als der erste Sazonow'sche Vorschlag und schien somit alle Aussichten eines günstigen Erfolges zu bieten. Sie wurde von Sazonow am 31. Juli den europäischen Grossmächten übermittelt und lautet folgendermassen:

> « Wenn Oesterreich bereit ist, mit dem *weiteren Vormarsch* seiner Truppen auf serbischem Gebiet inne zu halten (arrêter la marche de ses armées sur le territoire serbe) und — unter Anerkennung der Tatsache, dass der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat — zulässt, dass die Grossmächte die Genugtuungen prüfen, welche Serbien der österreichischen Regierung gewähren kann, ohne seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit Abbruch zu tun, so verpflichtet sich Russland, seine abwartende Stellung beizubehalten [2]. »

Diese Formel, welche nun wirklich das äusserste Mass des Entgegenkommens gegen Oesterreich enthielt und nur von dem entschiedenen Friedenswillen Russlands eingegeben sein konnte, — *sie hat nie eine Antwort von Seiten Oesterreichs oder Deutschlands erfahren.* Während Sazonow in einer Depesche nach London noch die Hoffnung aussprach, einen friedlichen Ausgang aus der schwierigen Situation gefunden zu haben [3], während Grey in seinen Depeschen nach Berlin aufs dringendste die Annahme der zweiten Sazonow'schen Formel empfahl [4], schwiegen sich Deutschland

[1] Gelbbuch, Nr. 112.
[2] Orangebuch, Nr. 67.
[3] Orangebuch, Nr. 69, 71.
[4] Blaubuch, Nr. 111, 120, 121, 131, 132.

und Oesterreich aus. An Stelle der serbischen Frage, die zu einer Einigung zu führen *drohte*, wurde eine andere Frage aufgerollt, welche unvermeidlich zum Kriege führen musste : die Frage der russischen Mobilisierung. Deutschland trat nicht mehr als Geschäftsführerin Oesterreichs, sondern als Aktionspartei im eigenen Namen auf. Der Komparse wurde zum Protagonisten. Das österreichische Schuldbuch wurde geschlossen und ein neues Schuldbuch für Deutschland aufgeschlagen.

Die russische Generalmobilisierung ist zweifellos am 31. Juli erfolgt. Darin stimmen sämtliche diplomatischen Publikationen überein [1]. Sie war aber *hervorgerufen durch die vorangegangene österreichische Generalmobilisierung.* Dieses Faktum muss mit aller Entschiedenheit hervorgehoben werden, da es in Deutschland von offizieller und nichtoffizieller Seite geflissentlich verschwiegen wird. Dieses Verschweigen ist natürlich : denn das Kartenhaus der russischen Schuld bricht hoffnungslos zusammen, wenn die russische Mobilisierung als zeitliche und ursächliche Folge der österreichischen erwiesen wird. Und zwar nicht nur als Folge der *militärischen* Massregeln Oesterreichs, sondern ebenso sehr als Folge des gesamten *diplomatischen* Verhaltens der beiden Kaiserreiche in den Tagen vom 23.—31. Juli.

Ich habe schon früher festgestellt, dass der Anfang aller Mobilisierungen die österreichische Teilmobilisierung gegen Serbien und gegen die russische Grenze gewesen ist, die nach russisch-französischen Berichten mehr als die Hälfte der gesamten österreichischen Armee, nach Bethmanns Zugeständnis mindestens zwei Armeekorps gegen Russland umfasste. Der Zeitpunkt der österreichischen Gesamtmobilisierung wird verschieden angegeben : nach dem Bericht des russischen Botschafters in Wien ist sie bereits am 28. Juli erfolgt [2]. Nach französischen und englischen Berichten am 31. Juli morgens 1 Uhr [3]. Ich nehme, um vorsichtig zu sein, nur das letztere Datum als erwiesen an. An der Richtigkeit dieses Datums kann nach den Berichten des französischen Botschafters in Wien Dumaine, des englischen Botschafters in

---

[1] Weissbuch, S. 13.
[2] Orangebuch, Nr. 44, 47.
[3] Gelbbuch, Nr. 115. Blaubuch, Nr. 113, 118, 126, 134.

Wien de Bunsen und des englischen Botschafters in Paris Bertie nicht gezweifelt werden

Die russische Generalmobilisierung ist frühestens gegen Mittag des 31. Juli, also *nach* der österreichischen verfügt worden.

An demselben Tage — die Stunde ist nicht bekannt — ist in Deutschland die « drohende Kriegsgefahr » ausgesprochen worden. Abends um 7 Uhr wurde in Paris das Ultimatum an Frankreich und nachts um 12 Uhr in Petersburg das Ultimatum an Russland überreicht.

Ein ereignisreicher Tag ! Aber das merkwürdigste von allem ereignete sich doch von Seiten Oesterreichs, als es im Laufe dieses selben Tages, ohne Rücksicht auf Generalmobilisierungen, Kriegszustand und Ultimata, plötzlich in Paris und Petersburg gleichzeitig seine *Bereitwilligkeit erklärte, mit Russland und den anderen Mächten über den Inhalt seines Ultimatums an Serbien in Verhandlungen einzutreten.* Oesterreich erklärte sich also *endlich* in allerletzter Stunde bereit, etwas zu tun, was es bis dahin in entschiedenster Weise abgelehnt hatte, nämlich : à discuter avec les autres puissances le fond de son conflit avec la Serbie [1]. In Paris, London und Petersburg war man aufs freudigste überrascht über diese endliche *scheinbare* Umkehr Oesterreichs. Ein neuer Hoffnungsstrahl des Friedens schien allen aufzugehen. Grey und Sazonow ergriffen sofort die Gelegenheit, den scheinbaren guten Willen Oesterreichs in Bahnen zu lenken, die einen glücklichen Ausgang verbürgten.

Wie ein Kaufmann einer schwierigen Kundin alle möglichen Stoffe zur Auswahl vorlegt in der Hoffnung, dass sie schliesslich doch einen passenden herausfinden werde, so breiteten Grey und Sazonow noch in letzter Stunde alle möglichen Vorschläge vor Oesterreich aus in der Hoffnung, dass wenigstens einer die Zustimmung dieser schwierigen Kundin finden werde. Grey erbot sich, *jeden ernsten Friedensvorschlag Deutschlands und Oesterreichs* (any reasonable proposal of peace) bei den anderen Mächten zu unterstützen. Er erbot sich, in Petersburg einen Vorschlag zu befürworten, welcher *alle* österreichischen Forderungen ohne

---

[1] Gelbbuch, Nr. 120. Orangebuch, Nr. 73.

Ausnahme erfüllen sollte, soweit die Souveränität und Integrität Serbiens dadurch nicht berührt würde [1]. Sazonow erklärte sich in Beantwortung der österreichischen Eröffnung nicht nur bereit, über die Substanz des österreichischen Ultimatums mit Oesterreich zu diskutieren, sondern machte noch den weiteren Vorschlag, — um nach Möglichkeit einen günstigen Erfolg der Diskussion zu sichern —, dass diese in London unter « participation » der Grossmächte stattfinden solle. Er fügte hinzu, dass es *sehr wichtig* sein würde (very important), wenn Oesterreich während der Verhandlungen in London *provisorisch* seine militärische Aktion zum Stillstand bringen würde (stop provisionally to her military action on Serbian territory) [2]. Wohl gemerkt : es wäre *sehr wichtig*, wurde aber nicht als *conditio sine qua non* hingestellt. Eine weitere erhebliche Konzession an Oesterreich gegenüber den früheren Vorschlägen, die den Stillstand der militärischen Aktion als *Bedingung* hingestellt hatten !

Aber alle diese Vorschläge der letzten Stunde blieben erfolglos. Sie mussten erfolglos bleiben, weil ihr Ausgangspunkt, die ernste Bereitwilligkeit Oesterreichs zu einer Verständigung, ein trügerischer war. Weshalb hatte Oesterreich in den kritischen Tagen vom 23.—31. Juli alle sachlichen Verhandlungen über den serbischen Konflikt abgelehnt ? Weshalb hatte es mit eiserner Starrköpfigkeit stets nur erklärt, was es *nicht* gegen Serbien beabsichtige, aber nie eine Aufklärung darüber gegeben, *was* es eigentlich beabsichtige ? Die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens wollte es nicht antasten. Diese negative Erklärung hat es stets wiederholt. *Was aber wollte es positiv* ? Das wissen wir heute noch nicht. Selbst der deutsche Kaiser wusste es nicht, als er am 29. Juli dem Zaren depeschierte :

> « *Meiner Ansicht nach* ist Oesterreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, dass Serbiens Versprechungen wirklich in die Tat umgesetzt werden. »

---

[1] Blaubuch, Nr. 111.

[2] Blaubuch, Nr. 133. Orangebuch, Nr. 69.

Auch Herr von Schoen, der deutsche Botschafter in Paris, wusste ebenso wenig wie sein kaiserlicher Herr, Herrn Viviani eine positive Antwort auf die Frage zu geben : was denn eigentlich Oesterreich wolle[1] ?

Die Garantien, von denen Kaiser Wilhelm spricht und die auch das deutsche Weissbuch beständig im Munde führt, — *worin bestanden denn diese Garantien* ? Waren sie in der österreichischen Note enthalten oder gingen sie noch über diese Note hinaus ? Wenn sie darin enthalten waren, dann waren sie ja bewilligt worden, fast alle — bis auf die in Artikel 5 und 6 geforderten, über welche Serbien zu verhandeln bereit war. Waren sie aber nicht in der Note enthalten, so erweiterten sie den Kreis der ohnedies schon recht weitgehenden österreichischen Forderungen. Diese Erweiterung musste aber, wenn sie Gegenstand von Verhandlungen sein sollte, präzisiert werden, was nie und nirgends bis zum 31. Juli abends geschehen war und auch bis heute nicht geschehen ist.

*Wie erklärt sich also, frage ich nochmals, diese plötzliche österreichische Wandlung* ? Ich finde keine andere Erklärung als die : die österreichische Bereitwilligkeit, welche, *früher* ausgesprochen, zu einem friedlichen Ausgleich zweifellos geführt hätte, war in dem Augenblick, wo sie endlich ausgesprochen wurde, gänzlich ungefährlich : eine friedliche Lösung war nicht mehr zu *befürchten ;* durch das selbstständige Vorgehen des Berliner Kabinetts war der Krieg bereits *vollständig gesichert.*

Auch hier wieder tritt die Frage auf, ob zwischen Wien und Berlin ein Gegensatz bestand oder ein abgekartetes Spiel vorlag. Die Wege beider Kabinette gingen am 31. Juli abends scheinbar in entgegengesetzter Richtung : Oesterreich mit seiner Verhandlungsbereitschaft ging auf den Frieden zu, Deutschland mit seiner « drohenden Kriegsgefahr », mit seinen Kaiser- und Kanzlerreden an das Berliner Volk, mit seinen Ultimata an Frankreich und Russland ging bewusst und gewollt dem Kriege entgegen. Es ist unmöglich, an einen Gegensatz der beiden Kabinette zu glauben : wäre solcher Gegensatz vorhanden gewesen, so hätte er sich bereits

---

[1] Orangebuch, Nr. 55.

früher, vor dem 31. Juli, herausstellen müssen. Das zeitliche Zusammentreffen der beiden scheinbar entgegengesetzten Aktionen, die plötzliche Bekehrung Oesterreichs wie über Nacht, wie durch eine Erleuchtung — bei Individuen wie bei Staaten sind solche plötzlichen Erleuchtungen höchst verdächtig und nur langsame Umwandlungen vertrauenerweckend, — die Bekehrung Oesterreichs ausgerechnet in dem Moment, wo sie keine Heilswirkung mehr ausüben konnte — alles dies macht den Verdacht zur Gewissheit, dass ein *abgekartetes Spiel* zwischen beiden Regierungen vorlag, dazu bestimmt, die Schuld an dem Kriege von ihnen ab- und Russland zuzuwälzen.

Zum Kriege musste und sollte es kommen. Das wird die fernere Darstellung für den, der bisher noch zweifeln kann, zur Evidenz ergeben. Alle diplomatischen Verhandlungen mussten also erfolglos bleiben, selbst wenn sie ganz Europa vor Deutschland und Oesterreich auf die Knie zwangen. Der diplomatische Sieg genügte nicht, es musste ein militärischer Sieg hinzukommen, um Oesterreichs Suprematie auf dem Balkan zu sichern und Deutschland den Weg zu den Sternen zu bahnen, in denen es sein Schicksal geschrieben wähnte. —

Die Anklage gegen Oesterreich fasse ich in folgende Sätze zusammen :

1. Oesterreich hat, nachdem es bereits im August 1913 einen Ueberfall auf Serbien geplant hatte, im Juli 1914 eine Note mit so exorbitanten Forderungen an Serbien gerichtet, dass ein Krieg mit Serbien und als Folge davon ein europäischer Krieg zu erwarten war.

2. Es hat die von den Ententemächten erstrebte Verlängerung der 48 stündigen Frist abgelehnt.

3. Es hat seinen Gesandten abberufen und Serbien den Krieg erklärt, obwohl die serbische Regierung in unterwürfiger Form fast alle österreichischen Forderungen bewilligt hatte und für den Rest zu Verhandlungen und zur Unterwerfung unter eine Schiedsgerichtsentscheidung bereit war.

4. Es hat jede Unterhandlung mit Russland und den andern Mächten über den Inhalt der serbischen Note rundweg abgelehnt und sich zu solchen Unterhandlungen erst bereit gefunden, als es zu spät war, nämlich am 31. Juli.

5. Es hat den Vorschlag Grey's, eine Vermittlung oder wenigstens Raterteilung seitens der vier unbeteiligten Mächte anzunehmen, abgelehnt, obwohl Russland diesem Vorschlag zugestimmt hatte.

6. Es hat die von Grey vorgeschlagene Einigungsformel trotz wiederholten dringenden Verlangens Englands unbeantwortet gelassen.

7. Es hat die erste von Sazonow vorgeschlagene Einigungsformel durch Herrn von Jagow ablehnen lassen.

8. Es hat auf die zweite von Sazonow vorgeschlagene Einigungsformel keine Antwort erteilt.

9. Auch die letzten von Grey und Sazonow gemachten Einigungsvorschläge sind von Oesterreich keiner Beantwortung gewürdigt worden.

10. Soweit es überhaupt Erklärungen abgegeben hat, hat es sich darauf beschränkt, zu sagen, was es *nicht* will, aber nie gesagt, *was* es will.

11. Es hat zuerst von allen Grossmächten mit der Mobilisierung und mit kriegerischen Aktionen begonnen : es ist erst mit der Teilmobilisierung und dann mit der Gesamtmobilisierung allen anderen Mächten vorangegangen.

Diese Anklagepunkte sind erwiesen und begründen den Urteilsspruch : « **Oesterreich ist schuldig, allein oder in Gemeinschaft mit anderen, den europäischen Krieg herbeigeführt zu haben.** »

Wer diese anderen sind, werden wir nun sehen.

## B

## Deutschland.

Die Schuld Deutschlands ist noch leichter nachzuweisen als die Oesterreichs, da Deutschland sich seine Anklageschrift selbst geschrieben hat. Das deutsche Weissbuch, richtig gelesen, enthält fast sämtliche Anschuldigungen, die man gegen Deutschland erheben kann, und ich will mich anheischig machen, einen er-

drückenden Schuldbeweis durch den blossen wörtlichen Abdruck des deutschen Weissbuchs nebst den ergänzenden amtlichen Schriftstücken in der Weise zu führen, dass ich die Selbstbezichtigungen durch fetten Druck hervorhebe.

Diese Selbstbekenntnisse sind natürlich ungewollte : sie haben nicht die reinigende Absicht und Kraft der Selbstanklagen, wie sie das Christentum kennt und wie sie der christlichste aller modernen Dichter, Tolstoi, auf die Bühne gebracht hat. Sie sind Selbstbekenntnisse aus Unverstand : der Bekennende glaubt sich zu rechtfertigen und klagt sich an ; er glaubt sich zu verteidigen und gibt seinem Ankläger unschätzbares Material zur Verurteilung in die Hände.

Beginnen wir gleich mit dem Anfang des Weissbuchs. Nachdem die Lage der österreichischen Regierung der serbischen Agitation gegenüber, die Unmöglichkeit « dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen » geschildert ist, fährt das Weissbuch fort :

> « Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, dass eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. *Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte.* Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Oesterreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen... *Wir liessen daher Oesterreich völlig freie Hand* in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen. »

Was heisst das ? Es heisst :

1. dass die deutsche der österreichischen Regierung völlig freie Hand liess, gegen Serbien das zu unternehmen, was Oesterreich für gut befinden würde, sei es auf diplomatischem, sei es auf kriegerischem Wege ;

2. dass Deutschland an den Vorbereitungen zu der einen oder der anderen Aktion absichtlich nicht teilnahm, also *blind* den österreichischen Schritten auf Grund seiner Bündnisverpflichtung zu folgen bereit war ;

3. dass es Deutschland *wohl bewusst war*, dass ein kriegerisches Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien Russland auf den Plan rufen und so auch Deutschland in einen Krieg verwickeln könnte, der infolge der beiderseitigen Bündnisverpflichtungen den Charakter eines europäischen Krieges annehmen musste.

*Damit bekennt die deutsche Regierung, dass sie den dolus zu einem europäischen Kriege gehabt hat*, den dolus eventualis, der nach juristischen und moralischen Begriffen dem dolus purus gleich gestellt wird.

Damit bekennt sie aber weiter, dass ihr Bestreben, den kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien zu lokalisieren, von ihr selbst von Anfang an als *aussichtslos* angesehen worden ist. Sie schlug also, indem sie die aussichtsvollen Verständigungsvorschläge der anderen Mächte zurückwies und an deren Stelle die Lokalisierung zu setzen versuchte, einen Ausweg vor, den sie selbst für aussichtslos hielt. Mit anderen Worten : sie wollte den *Anschein* erwecken, den europäischen Konflikt zu verhindern, lehnte aber alle Mittel ab, welche geeignet waren, ihn *wirklich* zu verhindern, und schlug statt dessen ein Mittel vor, das nach ihrer eigenen Meinung hierzu gänzlich ungeeignet war.

Diese im Weissbuch frei bekannte Meinung, dass nämlich Russland durch einen österreichisch-serbischen Krieg auf den Plan gerufen werden würde, war nur allzu begründet. Erstaunen muss man nur, dass Deutschland die Voraussicht, die es selbst hatte, den anderen Mächten nicht zutraute oder nicht zuzutrauen vorgab. War es nicht ein Gemeinplatz in der europäischen Diplomatie, überhaupt in dem Kopf jedes politisch denkenden Europäers geworden, dass Russland, durch engste Blut- und Glaubens

bande und eine zweihundertjährige Geschichte mit Serbien verknüpft, eine österreichische Hegemonie über dieses Land oder gar eine kriegerische Unterdrückung nie stillschweigend mitansehen, sondern seinem schwächeren Bruder zur Hilfe kommen würde [1] ? Russlands Interesse am Balkan war allbekannt und durch unzählige Erklärungen und Handlungen der russischen Regierung bestätigt worden. Nach dem ersten und zweiten Balkankriege war der österreichisch-russische Interessengegensatz, wie früher schon so oft, wieder in voller Schärfe hervorgetreten. Russlands Interesse *für* Serbien und Oesterreichs Interesse *gegen* Serbien waren so hart auf einander gestossen, dass es beinahe schon damals zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Dieselbe Gefahr lag im August 1913 vor, als der von Giolitti enthüllte Ueberfall Oesterreichs auf Serbien geplant war. Der Eingriff Russlands wurde schon damals als selbstverständlich angesehen, sonst hätte die Anfrage bei dem Bundesgenossen Italien keinen Sinn gehabt. Noch im Mai 1914 bekannte sich der russische Minister des Auswärtigen, Sazonow, in einer Dumarede zu einer Politik « des Balkans für die Balkanvölker », das heisst : zu einer Politik, welche jede hegemonische Absicht Oesterreichs abwehrte und der Selbstständigkeit der Balkanvölker den russischen Schutz zusagte. Es handelte sich hierbei nicht um eine rein politische Frage, sondern um eine Frage des Volksempfindens und der Blutsverwandtschaft. Dieses Band zwischen Russland und Serbien war ein uraltes, historisches Faktum, mit welchem die europäische Diplomatie rechnen musste und stets gerechnet hat[2]. Auch Deutschland und Oesterreich haben damit gerechnet, wie das Weissbuch bekennt.

*Und nun auf einmal sollte dieses Band zerrissen werden* ? Sollte Russland ruhig zusehen, wie der blutsverwandte kleine Staat von Oesterreich zertreten wurde ? Sollte auf seine Interessen am Balkan, sein Prestige bei den Balkanvölkern zu Gunsten Oesterreichs glatt verzichten ? Eine starke Zumutung, wenn sie ernst gemeint war. Aber sie war eben *so* stark, dass sie nicht ernst gemeint sein *konnte*.

---

[1] Siehe Blaubuch, Seite IV : Grey nannte dies « a commonplace in European diplomacy » in einer Parlamentsrede im März 1913.

[2] Siehe Blaubuch, Seite IV.

Deutschland hat selbst nie an die Möglichkeit einer Lokalisierung geglaubt und glauben können, seitdem der Konflikt einmal kriegerische Formen angenommen hatte. Mein kleiner Bruder reizt einen starken Mann. Dieser ist im Begriff, ihn tot zu schlagen. Ich trete hinzu, um den Kleinen gegen die Uebermacht des Grossen zu schützen. Ein Dritter aber, der noch grösser, tritt mir in den Weg mit der Bemerkung, der Konflikt zwischen dem Kleinen und dem Grossen müsse lokalisiert bleiben. Würde ich mich zurückhalten lassen, meinen Bruder zu schützen ? Dies der Fall Russlands.

Gewiss wäre es *gut* gewesen, wenn der Streit hätte lokalisiert bleiben können. Es wäre auch *möglich* gewesen, wenn er auf diplomatischem Boden geblieben wäre. Auf diesem Boden hatte der Grosse ja bereits einen vollständigen Sieg über den Kleinen errungen. Aber den Kleinen zerschmettern lassen, nachdem er Abbitte getan und demütig Besserung für die Zukunft versprochen, das war zuviel verlangt. Dies konnte man Russland nicht zumuten und, wenn man es verlangte, so wusste man von vornherein, dass dies Verlangen nicht erfüllt werden konnte.

Damit fällt der einzige Ruhmestitel, den Deutschland in dieser diplomatischen Tragikomödie für sich in Anspruch nimmt. *Die Lokalisierung war ein Schlag ins Wasser. Niemand glaubte an ihre Möglichkeit, am allerwenigsten Deutschland selbst.*

Nachdem dieser einzige, bewusst aussichtslose Vorschlag von Deutschland gemacht und selbstverständlich gescheitert war, bestand Deutschlands ganzes Verhalten in den kritischen Tagen nur in einer fortgesetzten Passivität : wenn es aus dieser herausging, tat es nichts anderes, als alle Verständigungsversuche zu vereiteln. Je mehr die deutsche Regierung versichert, ernsthaft an der Vermittlungsaktion « Schulter an Schulter mit England » mitgearbeitet zu haben, umso weniger entsprechen die Tatsachen dieser Versicherung. Der unparteiische Forscher sieht nur die eine Schulter, nämlich die englische, die zum Frieden drängt, während die deutsche nach der entgegengesetzten Richtung arbeitet und sich der englischen entgegenstemmt.

*Weshalb hat die deutsche Regierung die österreichische Note abgehen lassen, ohne sie zu kennen,* ohne vorher ihren Inhalt zu

prüfen ? Es war bei den fremden Regierungen der Verdacht aufgetaucht, dass Deutschland bereits bei der Abfassung der Note seine Hand im Spiel gehabt habe. Besonders die italienische Regierung führte als einen der Gründe für ihren Neutralitätsentschluss an, dass sie von den österreichischen Absichten und von der Note nicht in Kenntnis gesetzt worden sei — im Gegensatz zu Deutschland, dem andern Dreibundsgenossen. Die deutsche Regierung beeilte sich, diesen Glauben zu zerstören. Sie versicherte den fremden Regierungen, dass sie von der Note vor deren Ueberreichung keine Kenntnis erhalten habe, und wiederholt diese Versicherung im Weissbuch [1]. Man kann dieser Versicherung glauben oder nicht glauben. Ist sie wahr, so zeigt sie einen unerhörten Leichtsinn, für welchen die deutsche Sprache kein genügend scharfes Eigenschaftswort besitzt. Eine Note, die schon fast einer Kriegserklärung gleichkam, die fast mit Sicherheit einen serbischen und in der Folge einen europäischen Krieg herbeiführen musste — diese Note lässt sich die deutsche Regierung nicht vor der Ueberreichung vorlegen, um sie zu prüfen und etwaige übertriebene Härten zu mildern ? Hat Herr von Bethmann aber Kenntnis von der Note gehabt und sie trotzdem unbeanstandet überreichen lassen, so beweist dies, dass er dem Krieg ins Auge gesehen und absichtlich nichts getan hat, um ihn zu verhindern. *Also Leichtsinn, unverantwortlicher Leichtsinn oder Verbrechen*, das ist die Alternative, welche man Herrn von Bethmann zu stellen hat. Die Wahl bleibt ihm überlassen.

Dieselbe Alternative muss man auch bei den übrigen Stadien der Verhandlungen stellen.

Weshalb hat die deutsche Regierung das Verlangen Englands und Russlands auf Fristverlängerung nicht befürwortet ? Weshalb hat Herr von Jagow hier wie in vielen anderen Fällen sich mit der platonischen Zusage begnügt, dies Verlangen nach Wien übermitteln zu wollen, ohne es befürworten zu können ? Weshalb hat er sofort Zweifel geäussert, ob Oesterreich diesem Verlangen nachgeben würde [2] ? War es nicht durchaus berechtigt, dass die friedenstiftenden Mächte, welche erst am 24. Juli Kennt-

[1] Weissbuch, Seite 6.
[2] Blaubuch, Nr. 18.

nis von der österreichischen Note erhielten, eine etwas längere Frist erstrebten, um auf Serbien im Sinne der Nachgiebigkeit mit Erfolg einwirken zu können? War es nicht berechtigt, dass sie zunächst einmal das österreichische *Beweismaterial* kennen lernen wollten, welches der ihnen mitgeteilten Notenabschrift nicht beigefügt war und der englischen Regierung erst am 7. August, also lange nach Kriegsbeginn, zugänglich gemacht wurde [1]? Was hatte Deutschland gegen die Fristverlängerung, die nur dem Frieden dienen konnte, einzuwenden, wenn es ebenso wie die anderen den Frieden wollte?

Wenn nun die serbische Antwort, wie bis zum 25. Juli abends zu befürchten war, ablehnend ausfiel, hätte Deutschland sich nicht den Vorwurf machen müssen, dass seine Nichtbefürwortung der Fristverlängerung einen Teil der Schuld daran trug?

Es folgt die serbische Antwort und alle Welt atmet erleichtert auf. Niemand hatte eine ähnliche Erniedrigung Serbiens erwartet. Während die österreichische Note mit Recht im englischen Blaubuch dahin charakterisiert wird, dass « no independent nation had ever been called on to accept a greater humiliation [2], » wird der serbischen Antwort das wohl verdiente Zeugnis ausgestellt: « the reply went far beyond anything which any power, Germany not excepted, had ever thought probable [3]. » Russland und Frankreich waren in gleicher Weise befriedigt von Serbiens Verhalten. Sazonow charakterisiert in einem Rundschreiben vom 27. Juli die serbische Antwort dahin:

> « Elle dépasse toutes nos prévisions par sa modération et son désir de donner la plus complète satisfaction à l'Autriche. Nous ne voyons pas quelles pourraient être encore les demandes de l'Autriche, *à moins que le Cabinet de Vienne ne cherche un prétexte pour une guerre avec la Serbie* [4]. »

Alle waren darüber einig, dass in demselben Masse wie die österreichische Note alle Grenzen des Erlaubten und bisher Da-

[1] Blaubuch, S. IV.
[2] Blaubuch, S. V.
[3] Blaubuch, S. VI.
[4] Orangebuch, Nr. 33.

gewesenen überschritt, die serbische Antwort an Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit alles bisher Gesehene in den Schatten stellte. Nur Deutschland war anderer Ansicht. Die österreichischen Forderungen erschienen ihm gemässigt und berechtigt, die serbische Antwort hingegen ungenügend, da sie « im wesentlichen deutlich das Bestreben erkennen liess, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen [1]. » Die Bitte Grey's, in Wien eine günstige Aufnahme der serbischen Note zu befürworten, wollte man zwar nach Wien *übermitteln* (pass on), ohne aber selbst dieser Befürwortung sich anschliessen zu können [2].

*Weshalb konnte man diese Bitte nicht befürworten* ? Weshalb übte man nicht seinen ganzen Einfluss in Wien aus, um wenigstens eine Verhandlung auf Grund der serbischen Antwort durchzusetzen ? Waren die wenigen Reserven, die Serbien in konziliantester Form machte, so schwerwiegend, um deshalb die ganze Antwort zu verwerfen, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und einen Krieg zu erklären, dessen weitere Folgen Deutschland deutlich voraussah ? Sah die serbische Antwort wirklich nach Winkelzügen und nach Verschleppung aus ? War sie nicht voll von positiven Zusagen, deren Nichterfüllung man doch erst abwarten musste, ehe man die Antwort als ungenügend verwarf ? *Was sollte Serbien denn in 48 Stunden anders tun als alles* — fast alles, mit wenigen Ausnahmen — *zuzusagen*, was man von ihm verlangte ? Die Verschleppungsabsicht konnte sich doch erst später herausstellen, wenn man die Ausführung der Versprechungen ungebührlich verzögerte. *Weshalb also hat Deutschland die Abberufung des österreichischen Gesandten und später die Kriegserklärung geduldet* ?

Wenn man mir einwendet : es konnte sie nicht verhindern, so erwidere ich darauf : es konnte, aber es wollte nicht. Dass es nicht *wollte*, dass es überhaupt nichts wollte, was der Friedenserhaltung dienen konnte, geht schon aus den bisherigen Tatsachen hervor und wird durch alle nachfolgenden bestärkt. Dass es aber nicht *konnte*, dass es einen entscheidenden Einfluss auf Oester-

[1] Weissbuch, S. 7.
[2] Blaubuch, S. VI u. Nr. 34.

reichs Handlungen nicht ausüben konnte, das ist eine so lächerliche Ausrede, dass sie keiner ernstlichen Widerlegung bedarf *Deutschland konnte alles bei Oesterreich, was es wollte.* Oesterreich war eine Null im europäischen Völkerkonzert, wo Deutschland die erste Geige spielte. Einen Konflikt mit Russland, der aus dem serbischen Konflikt notwendig folgen musste, konnte Oesterreich nur riskieren, wenn Deutschland hinter ihm stand. Ein Wink von Deutschland genügte und Oesterreich hätte seinen Gesandten in Belgrad gelassen und über die serbische Note weiter verhandelt. Ein Stirnrunzeln Bethmanns genügte —, nicht einmal ein Wort brauchte er zu reden, — um Oesterreich von der Kriegserklärung an Serbien zurückzuhalten, die kein österreichischer Staatsmann aussprechen konnte, wenn er nicht Deutschlands Zustimmung vorher in der Tasche hatte.

Es wird in der deutschen Presse — und auch in der Reichskanzlerrede vom 2. Dezember — immer wieder darauf hingewiesen, was alles England durch rechtzeitige Neutralitätserklärung in Petersburg und in Paris hätte verhindern können. Diese Frage werde ich später bei der Darlegung des englischen Verhaltens erörtern. Nie aber wird die andere näherliegende Frage aufgeworfen : *Was hätte Deutschland verhindern können, wenn es rechtzeitig seinem österreichischen Bundesgenossen in den Arm gefallen wäre,* wenn es die Note gemildert, die Verhandlung auf Grund der serbischen Antwort verlangt und so der Kriegserklärung vorgebeugt hätte ? Das ist der Kernpunkt von allem. Hier liegt der Keim allen Unglücks. Was Deutschland wollte, geschah von Oesterreich, blind, ohne Wimperzucken. Alle die süsslichen Redensarten von Bethmann und Jagow, sie könnten dies oder das Oesterreich nicht zumuten; sie fürchteten, bereits in ihren Zumutungen zu weit gegangen zu sein, den Knopf zu stark gedrückt zu haben; durch zu starken Druck könnte das Gegenteil des Gewollten eintreten; sie wären in Wien bis zum äussersten gegangen u. s. w. — *alles dies ist eitel Lug und Trug.* Ich wiederhole, ein Stirnrunzeln genügte, um Wien von Schritten abzuhalten, die man in Berlin nicht wollte. Die Frage ist nur immer wieder : was wollte man in Berlin und was wollte man nicht ? Die Antwort auf diese Frage habe ich bereits gegeben.

So kam es denn — mit Berlins Zustimmung — zu der Kriegserklärung, für welche nach dem Vorangegangenen nicht der geringste Grund vorlag, und zu allem Weiteren. Das Verhalten Deutschlands in den Tagen vom 28. Juli bis 1. August entsprach dem der vorangegangenen Tage. Der englische Vorschlag der Botschafterkonferenz in London wurde, wie wir bereits gesehen haben, von Deutschland aus formalen Gründen abgelehnt, ohne Rückfrage bei Oesterreich[1]. Die von Deutschland vorgeschlagene direkte Verhandlung zwischen Oesterreich und Russland, zu der Sazonow bereit war, wurde von Oesterreich abgelehnt mit dem Bemerken, dass es diese Verhandlungen « nach der Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung... als verspätet ansehen müsse[2]. » Auch eine reizende Wendung : « Serbien hat die Feindseligkeiten eröffnet, » nicht Oesterreich. Die Kriegserklärung an Serbien, die mutwillig von Oesterreich ausgegangen, verhindert dieses selbe Oesterreich, mit Russland im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zu verhandeln ! Alles das duldet Deutschland, soweit es nicht selbst als aktiv ablehnend auftritt, wie bei der Viermächtekonferenz. Deutschland begnügt sich im wesentlichen mit der Rolle des Briefträgers, der die englischen Vorschläge nach Wien übermittelt, ohne sich — stumm wie ein Briefträger — für das Schicksal dieser Vorschläge weiter zu interessieren. « Wir haben uns bereit gefunden... einen weiteren Vorschlag Sir Edward Grey's nach Wien zu übermitteln[3]. » « Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weiter gegeben[4], » — so und ähnlich heisst es überall im Weissbuch. Die Unterstützung der übermittelten Vorschläge wird wohl im allgemeinen *behauptet*, aber durch nichts bewiesen. *Die beweisende Korrespondenz zwischen Berlin und Wien fehlt.* Die lauen Bemerkungen, welche die Herren von Bethmann und von Jagow bei der Empfangnahme jedes neuen englischen Vorschlages dem englischen Botschafter Goschen machten, sprechen nicht dafür, dass sie ein besonderes Interesse

[1] Weissbuch, S. 9.
[2] Weissbuch, S. 9 u. 41 (Anlage 16).
[3] Weissbuch, S. 9.
[4] Weissbuch, S. 11.

für diese Vorschläge an den Tag gelegt hätten. Die negativen Erfolge in Wien aber beweisen unwiderleglich, dass sie die englischen Vorschläge nicht nur nicht unterstützt, sondern höchst wahrscheinlich hintertrieben haben. Was sie ernsthaft unterstützten, *musste* in Wien angenommen werden. Wenn es nicht angenommen wurde, so ist bewiesen, dass sie es nicht ernsthaft unterstützt haben.

Der böse Wille der Berliner Regierung wird durch folgenden Vorgang deutlich charakterisiert. Als Sir Edward Goschen am 27. Juli dem Staatssekretär von Jagow den Grey'schen Vorschlag der Viermächtekonferenz unterbreitete, lehnte Herr von Jagow bekanntlich diesen « court of arbitration » ohne weiteres ab und blieb bei seiner Ablehnung auch dann, als Goschen ihm auseinandersetzte, dass es sich nicht um « arbitration » handle, sondern nur darum « to discuss and suggest means for avoiding a dangerous situation[1]. » Aber Grey liess sich nicht abschrecken : er entnahm aus der Jagow'schen Antwort und aus einer Erklärung Lichnowsky's, dass eine prinzipielle Abneigung Deutschlands gegen seinen Vorschlag nicht vorliege, sondern nur Bedenken gegen die *Form* einer Konferenz geltend gemacht würden. Er beauftragte daher seinen Botschafter, Herrn von Jagow zu bitten, doch seinerseits die Form angeben zu wollen, die der deutschen Regierung genehm sei[2]. Dasselbe sagte Viviani dem Baron von Schœn und Sazonow dem Grafen Pourtalès. Alle drei Regierungen erklärten sich bereit, jede Form der médiation zu akzeptieren, die Deutschland vorschlagen würde, und Viviani sowohl wie Grey setzten mit grosser Betonung hinzu, dass die europäische Situation doch wahrhaftig zu ernst geworden sei, um die Sorge für den europäischen Frieden an Formalitäten oder Wortklaubereien scheitern zu lassen[3].

*Noch heute wartet Europa vergeblich auf die Antwort Jagow's.* Grey liess nicht locker : einmal, zweimal, dreimal und öfter liess er Herrn von Jagow mahnen, er möchte doch endlich die ihm genehme Form angeben, die von allen schon prænumerando

---

[1] Blaubuch, Nr. 43.
[2] Blaubuch, Nr. 46, 60, 68. Gelbbuch, Nr. 81. Orangebuch, Nr. 54.
[3] Blaubuch, Nr. 78. Orangebuch, Nr. 55.

akzeptiert sei. Alles vergeblich. Aus der Wilhelmstrasse keine Antwort. Das Weissbuch bestätigt ausdrücklich, dass man die Tendenz des Grey'schen Vorschlags billigte[1]. Es verschweigt aber absichtlich, dass diese Tendenz in jeder von Deutschland gewünschten Form verwirklicht werden konnte, wenn Deutschland entsprechende Vorschläge machte. *Diese Vorschläge sind nie gemacht worden. Ist das nicht ein erdrückender Schuldbeweis?* Die deutsche Diplomatie wollte eben nicht, wie ich schon früher hervorhob, in London an einem Tische mit den übrigen Diplomaten sitzen. Sie wusste, wie leicht die Lösung der serbischen Frage war, wusste, wie viel schwierigere Fragen man 1912 und 1913 in London gelöst hatte. Sie *fürchtete*, dass man in London wiederum zu einer friedlichen Lösung kommen könnte : desshalb musste die Londoner Konferenz unter allen Umständen verhütet werden.

Es folgt die Geschichte der verschiedenen, von Grey und Sazonow vorgeschlagenen, Forme n, welche, mit oder ohne Beteiligung der Mächte, eine friedliche Verständigung zwischen Russland und Oesterreich herbeiführen sollten. Ueber das Schicksal dieser Vorschläge habe ich schon in dem ersten, Oesterreich betreffenden, Abschnitt berichtet und auch die Rolle Deutschlands in diesen Verhandlungen hervorgehoben. Von all'diesen Vorschlägen und Verhandlungen wird im deutschen Weissbuch nur der Grey'sche erwähnt und auch dieser in so flüchtiger und unklarer Weise, dass man ohne die Depesche des englischen Königs an den Prinzen Heinrich kaum wüsste, um welchen einschneidenden und aussichtsvollen Friedensvorschlag es sich hierbei handelte. Auch hier beschränkte sich Deutschland auf eine Briefträgertätigkeit. Es gab den englischen Vorschlag nach Wien weiter. Nicht ein Wort der Empfehlung oder auch nur der Kritik enthält das Weissbuch[2]. Es begnügt sich mit dem Zusatz : « Wir mussten annehmen, dass Russland diese Basis akzeptieren würde », und spricht an anderer Stelle von einem Vermittelungsvorschlag, « dessen Tendenz und Grundlage in Petersburg bekannt gewesen sein musste[3]. » Das ist alles. *Ueber*

---

[1] Weissbuch, S. 9.
[2] Weissbuch, S. 11.
[3] Weissbuch, S. 12.

*das Schicksal des Vorschlages wird uns nichts berichtet* und nur aus dem englischen Blaubuch wissen wir, dass der Grey'sche Vorschlag wie so vieles andere, was dem Frieden dienen sollte, einfach mit Stillschweigen begraben wurde. Es ging auch hier genau so, wie vorher bei der Frage der Form der Viermächtekonferenz, bloss mit dem Unterschied, dass dort Deutschland selbst die Antwort schuldig blieb, während hier die Schuld der Nichtbeantwortung auf Wien geschoben wurde. « Till now received no reply. » « They had not had time to send an answer yet. » « No answer had yet been returned »[1] : das waren die Antworten, die Goschen von Jagow empfing in den kritischen Tagen, wo von Stunden, ja von Minuten das Schicksal Europas abhing.

Die Zusätze im Weissbuch, welche die Zustimmung Russlands zu dem Grey'schen Vorschlage nur als unbestimmte Vermutung aussprechen und dadurch den Schein erwecken wollen, als wenn das Schicksal dieses Vorschlages auch nach der andern Seite hin noch ungewiss gewesen wäre — diese Zusätze können nur auf *mala fides* beruhen. Die deutsche Regierung wusste ganz genau, dass ausser Grey auch Sazonow mit heissem Bemühen nach Einigungsformeln gesucht hatte, dass eine erste Formel dieser Art, wie ich bereits oben berichtet, am 30. Juli dem Grafen Pourtalès von Sazonow selbst diktiert worden war[2], dass Deutschland diese Formel als « inacceptable pour l'Autriche » abgelehnt[3] und Sazonow daraufhin auf Grey's Betreiben eine neue, noch entgegenkommendere Formel der deutschen Regierung übermittelt hatte[4]. Alles das wusste und weiss die deutsche Regierung. Sie verschweigt es aber dem deutschen Publikum. Sie verschweigt überhaupt bewusst und absichtlich alle Friedensbemühungen Russlands und Frankreichs, weil diese nicht in ihren Kram passen und das ganze mühsam konstruierte Gebäude des russisch-französischen Ueberfalls zum Einsturz bringen würden. — Die zweite Sazonow'sche Formulierung hat dasselbe Schicksal erlebt, wie der Grey'sche Vorschlag. *Sie ist überhaupt nicht beantwortet worden.* Und auch die letzten verzweifelten

---

[1] Blaubuch, Nr. 98, 107, 112.
[2] Orangebuch, Nr. 60.
[3] Orangebuch, Nr. 36.
[4] Orangebuch, Nr. 67.

Bemühungen Russlands und Englands vom 31. Juli und 1. August sind von Deutschland keinerlei Antwort mehr gewürdigt worden[1].

Deutschland handelte nach dem Grundsatz :

« Der Worte sind genug gewechselt,
Nun lasst uns endlich Taten sehn ! »

Den Entschluss zur Tat hatte es bereits am 29. Juli gefasst, am dritten Tage nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise. Es scheint mir nach dem Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren keinem Zweifel zu unter liegen — die Gerechtigkeit erfordert es, dies anzuerkennen —, dass der Kaiser persönlich im Augenblick seiner Rückkehr noch nicht zum Kriege entschlossen war. Seine ersten Telegramme an den Zaren vom 28. und 29. Juli[2], besonders das erstere, schlagen Töne der Freundschaft und des Friedenswillens an, die kaum einen Zweifel lassen, dass sie ehrlich gemeint waren. Dass eine grosse und mächtige Partei am Hofe und im Lande seit langem den Krieg erstrebte, habe ich an anderer Stelle dargelegt. Dass der Kaiser *im Prinzip* diesen Bestrebungen gewonnen war. habe ich ebenfalls nachzuweisen versucht. Aber es ist ein weiter Weg von der prinzipiellen Ueberzeugung zur Tat. Der Weg ist um so weiter, je verantwortungsvoller die Tat, je schwerere Folgen sie nach sich zieht. Kein Wunder daher, dass erst Tage innerer und äusserer Kämpfe vergehen mussten, ehe der Entschluss zur Tat reifte. Die inneren Kämpfe spiegeln sich, für den Psychologen deutlich erkennbar, in den Telegrammen wieder, die vom Kaiser in den Tagen vom 28. Juli bis 1. August an den Zaren und den König von England gerichtet worden sind[3].

Der Kaiser erkennt zu Beginn die Schwierigkeiten an, welche es für den Zaren und seine Regierung haben müsse, « den Strömungen der öffentlichen Meinung in Russland entgegen-

[1] Blaubuch, Nr. 111, 120, 121, 131, 132, 135, 137, 138, 139. Orangebuch, Nr 69, 71, 73.

[2] Weissbuch, S. 42, 43.

[3] Weissbuch, S. 12, 14, 43, 44. Buch : « Der Kriegsausbruch 1914 » (Carl Heymanns Verlag, Berlin), S. 58, 59.

zutreten »; andrerseits nimmt er Oesterreichs Vorgehen gegen Serbien in Schutz und verspricht, mit allen Kräften eine direkte Verständigung zwischen Oesterreich und Russland herbeizuführen. Je weiter indessen der Telegrammverkehr vorschreitet, um so mehr sehen wir das ursprüngliche Verhandlungsthema — die sachliche Differenz zwischen Oesterreich und Russland — verschwinden und die formelle Frage der Rüstungsdrohung an ihre Stelle treten. In der Depesche des Kaisers vom 29. Juli nachmittags ist bereits ein erster Anklang an die Rüstungsfrage vernehmbar[1]. Dieser Ton schwillt immer mehr an, bis schliesslich überhaupt nur noch von den Rüstungen die Rede ist. Am 30. Juli bereits hat jede sachliche Erörterung vollständig aufgehört und alles dreht sich nur noch darum, wer von den drei Kaisern durch den andern zur Mobilisierung gedrängt worden ist. Kaiser Wilhelm behauptet am 30. Juli, dass « Oesterreich nur gegen Serbien

[1] Auffallenderweise fehlt in dem deutschen Weissbuch jede Antwort des Zaren auf diese Depesche. Das Weissbuch bringt hinter der Depesche Kaiser Wilhelms vom 29. Juli (Anlage 22) sofort eine fernere Depesche des Kaisers vom 30. Juli (Anlage 23). Diese Lücke ist jetzt durch eine offizielle Publikation der russischen Regierung ausgefüllt worden. Der Zar hat nämlich am 29. Juli auf das Kaiserliche Telegramm von demselben Tage folgendermassen geantwortet (aus dem Französischen übersetzt): « Ich danke für Deine versöhnliche und freundschaftliche Nachricht. Da die offizielle, heute von Deinem Botschafter meinem Minister vorgetragene Antwort in einem ganz anders gearteten Tone (sur un ton bien différent) abgefasst war, so bitte ich Dich, diesen Widerspruch aufzuklären. *Es wäre gut, die österreichisch-serbische Streitfrage dem Haager Schiedshof zu unterbreiten.* Ich vertraue auf Deine Weisheit und Deine Freundschaft. » Diese Depesche des Zaren ist von der deutschen Regierung unterschlagen worden, offenbar deswegen, weil sie den einfachsten und natürlichsten Vorschlag von der Welt enthält, — den auch bereits Serbien in seiner Antwortnote gemacht hatte —, die Streitfrage dem Haager Schiedshof zu unterbreiten. Die Entschuldigung der « Norddeutschen Allgemeinen Zeitung », man habe die Depesche als *unerheblich* weggelassen, ist auf das augenblickliche geistige Niveau der deutschen Zeitungsleser zugeschnitten. Man hat sie weggelassen, weil sie — neben vielem andern — von entscheidender Bedeutung war für die Beurteilung der Stellungnahme des Zaren. *Die Annahme des Kaiserlich-Russischen Vorschlages hätte zweifellos den Frieden herbeigeführt*, deshalb lehnte man ihn ab. Da man diese Ablehnung aber nicht motivieren konnte, so veranlasste man den Kaiser Wilhelm, den Vorschlag des Zaren einfach zu ignorieren und an die Stelle des österreichisch-serbischen Problems die Rüstungsfrage zu schieben, mittels welcher man ganz nach Belieben den Krieg herbeiführen konnte. — Das böse Gewissen hat die deutsche Regierung veranlasst, die Zaren-Depesche vom 29. Juli aus dem Weissbuch wegzulassen. Die Depesche selbst und ihre Unterschlagung beweisen von neuem, dass Russland den Frieden, Deutschland aber den Krieg gewollt hat.

mobilisiert » habe — im Gegensatz zum Reichskanzler, *der auch eine Mobilisierung gegen Russland zugibt.* Kaiser Nikolaus andrerseits behauptet, dass die am 29. Juli erfolgte Teilmobilisierung Russlands nur zwecks « Verteidigung gegen die österreichischen Vorbereitungen » erfolgt sei. Er verspricht « heute abend Tatisheff mit Instruktionen nach Berlin zu senden[1]. » In seinem Telegramm vom 31. Juli erklärt der Zar die Einstellung seiner militärischen Vorbereitungen, die « durch Oesterreichs Mobilisierung notwendig geworden seien », für « technisch unmöglich », gibt aber sein *feierliches Wort* darauf, keine herausfordernde Aktion zu unternehmen, solange die Verhandlungen schweben. Kaiser Wilhelm wiederum verlangt unbedingte Einstellung der militärischen Massnahmen Russlands, worauf ihm der Zar die gleichen Massnahmen anheimstellt, *ohne dass es zum Kriege zu kommen brauche.* Kaiser Wilhelm aber mobilisiert und erklärt den Krieg.

Diese rapide Entwicklung der Dinge erklärt sich nur daraus, dass in Berlin an der entscheidenden Stelle ein Umschwung stattgefunden haben muss, der von dem Schwanken der ersten Tage zu einem festen Kriegsentschluss führte. Dieser Umschwung hat sich aller Wahrscheinlichkeit nach am 29. Juli abends vollzogen bei Gelegenheit des Vortrags, den der Reichskanzler dem Kaiser in Potsdam gehalten hat. Die Einflüsse, welche den noch schwankenden Kaiser zum Kriegsentschluss getrieben haben, lassen sich nicht beweisen, aber vermuten. Leute, die es wissen können, erzählen, dass die leitenden Militärpersonen, gestützt von dem Kronprinzen und seinem Anhang, dem Kaiser en bloc ihre Demission angedroht haben, falls er sich nicht zum Krieg entschliesse[2].

---

[1] Wie steht es mit dieser Sendung Tatisheffs ? Ist er in Berlin angekommen ? Welche Botschaft hat er gebracht ? Weshalb hat man in Berlin mit dem Ultimatum nicht gewartet, bis der Spezialgesandte des Zaren eingetroffen war, der doch frühestens am 1. August eintreffen konnte ? U. A. w. g.

[2] Das Verständnis für diese Berliner Vorgänge wird erleichtert durch eine Bemerkung, die Graf Pourtalès gelegentlich zu Sazonow machte : Mobilisierungsmassnahmen seien heutzutage höchst gefährlich, denn in diesem Falle gelange die *rein militärische Erwägung der Generalstäbe* zum Wort ; wenn in Deutschland einmal auf den Knopf gedrückt werde, sei die Sache unaufhaltsam. — Die deutsche Regierung hütet sich wohl, dieses Selbstbekenntnis, das auf die Berliner Vorgänge in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch ein sehr charakterisches Licht wirft, in das Weissbuch aufzunehmen. Die österreichische Regierung aber — weniger vorsichtig — berichtet die Bemerkung von Pourtalès unter Nr. 28 des Rotbuchs.

Tatsache ist, dass der Kanzler noch an demselben Abend, nach seiner Rückkehr nach Berlin, den englischen Botschafter Sir Edward Goschen zu sich rufen liess und ihm in eindringlichen Worten den Vorschlag unterbreitete, *dass England im Falle eines europäischen Konfliktes unter gewissen Bedingungen neutral bleiben möge*[1]. Die Bedingungen, die Herr von Bethmann anbot, waren folgende :

1. Deutschland würde auch im Falle eines siegreichen Krieges keine Gebietserweiterungen in Europa auf Kosten Frankreichs vornehmen. Eine gleiche Zusicherung bezüglich der französischen Kolonien erklärte der Reichskanzler nicht geben zu können.

2. Die Neutralität Hollands würde von Deutschland respektiert werden, so lange sie auch von den Gegnern Deutschlands respektiert würde.

3. Bezüglich Belgiens würde es von der französischen Aktion abhängen, welche Operationen Deutschland gegen Belgien unternehmen müsse, aber auf alle Fälle würde Belgiens Integrität nach beendigtem Krieg respektiert, wenn es sich nicht auf die Seite von Deutschlands Gegnern gestellt hätte.

Dieser Neutralitätsvorschlag vom 29. Juli abends ist im höchsten Masse auffallend und lässt wirklich tief blicken.

Was war denn bis zu diesem Zeitpunkt geschehen, um diese dringende Befürchtung eines europäischen Krieges in Herrn von Bethmann zu erwecken ? Oesterreich hatte den Krieg gegen Serbien eröffnet und teilweise gegen Russland mobilisiert. Russland hatte darauf mit einer Mobilisierung von vier südlichen Armeebezirken geantwortet. Von einer Mobilisierung gegen Deutschland war damals absolut noch keine Rede. Das Weissbuch selbstdatiert diese erst vom 31. Juli. Zum Ausgleich der russisch-österreichischen Spannung waren alle diplomatischen Kräfte Europas — mit Ausnahme von Deutschland und Oesterreich allerdings — tätig. Das Viermächteprojekt schwebte noch Die Grey'sche Einigungsformel war soeben dem deutschen Botschafter Lichnowsky vorgeschlagen worden. Russland war nach wie vor zu direkten Verhandlungen mit Oesterreich bereit und wartete darauf. Frankreich unterstützte aufs lebhafteste die

[1] Blaubuch, Nr. 85.

Friedensbemühungen Grey's und Sazonow's. Kurz, alle Kräfte waren tätig, den Frieden zu erhalten und es bedurfte nur des energischen Eingreifens Deutschlands, um Oesterreich zu der, durch die europäische Situation gebotenen, Konzilianz zu bewegen, dann war der Frieden gesichert. Und in einem solchen Augenblick, wo alles nur von Deutschlands Friedenswillen abhing, dachte der Reichskanzler an nichts anderes als *sich für den Kriegsfall den Rücken zu decken ?!* Es gibt nur eine Erklärung für diese Neutralitätsofferte in diesem Moment : Der Reichskanzler hielt den Frieden für gefährdet, musste ihn für gefährdet halten, weil er wusste, was die anderen Regierungen damals noch nicht wissen konnten, *dass der Krieg in Berlin beschlossene Sache war.* Der Krieg musste kommen, weil Deutschland ihn wollte. Und weil er kommen musste, lag Herrn von Bethmann nur eines am Herzen : die Chancen des Krieges so günstig wie möglich für Deutschland zu gestalten und England zunächst aus den Reihen seiner Gegner loszulösen, um es bei nächster Gelegenheit allein um so sicherer schlagen zu können. Dieselbe « *Politik der freien Hand auf dem Kontinent,* » welche der Reichskanzler im Jahre 1912 England gegenüber verfolgt hatte, ohne zu reussieren — sie bildete die Grundlage seines Neutralitätsvorschlages vom 29. Juli 1914.

Die englische Antwort war ebenso negativ wie zwei Jahre vorher. Auch in London erkannte man sofort die symptomatische Bedeutung der Bethmann'schen Eröffnungen. Man lehnte es ab, um den Preis eines zukünftigen, in unbestimmten Formen in Aussicht gestellten Neutralitätsabkommens mit Deutschland sich zunächst einseitig aus der europäischen Politik ausschalten zu lassen und mit verschränkten Armen einer Zerschmetterung Frankreichs oder einer Verletzung der belgischen Neutralität zuzusehen. Ein solcher Handel, meinte Grey — und man muss ihm darin Recht geben —, müsse die freundschaftlichen Beziehungen Englands mit Frankreich jäh zerreissen, die Schutzverpflichtungen Belgien gegenüber, welche jedem Unterzeichner der Neutralitätsgarantie von 1839 oblägen, verletzen und nicht allein die Interessen, sondern auch den guten Namen Englands auf's Spiel setzen. Grey wies seinen Botschafter Goschen an, dieser Ablehnung des deutschen Vorschlages in ernstester Weise die Erklärung

hinzuzufügen, dass die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland nur auf *einem* Wege aufrechterhalten werden könnten, wenn sie nämlich gemeinschaftlich auf die Erhaltung des europäischen Friedens hinarbeiteten : gelänge dies, so würden die Beziehungen zwischen beiden Ländern ipso facto verbessert und befestigt werden. Die englische Regierung jedenfalls sei bereit, nach dieser Richtung mit allem Ernst und gutem Willen tätig zu sein. Und nun ein Schlusswort in der Anweisung Grey's an seinen Botschafter, welches von tiefster Bedeutung für die Beurteilung der Stellungnahme Englands und Deutschlands in diesem Konflikt sein muss. Der Botschafter sollte dem Reichskanzler folgendes erklären :

> « Wenn der Frieden Europas diesmal gewahrt und die gegenwärtige Krisis glücklich überwunden werden kann, so soll mein ganzes Bestreben dahin gehen, ein Arrangement zustande zu bringen, *an dem Deutschland teilnehmen kann* und durch das es die unbedingte Sicherheit erlangen soll, dass *keinerlei aggressive oder feindliche Politik* gegen Deutschland oder seine Verbündeten durch Frankreich, Russland und England, vereint oder getrennt, verfolgt werden soll. Ich habe dies gewünscht und dafür gearbeitet, soviel ich konnte, während der letzten Balkankrisis und, da Deutschland ein gleiches Ziel verfolgte, haben sich unsere Beziehungen merklich verbessert. Meine Idee ist bisher zu utopisch erschienen, um das Objekt definitiver Vorschläge sein zu können : wenn aber die jetzige Krisis, welche gefährlicher als irgend eine andere in Europa seit Generationen ist, glücklich vorübergeht, so hoffe ich, dass die Erleichterung und Rückwirkung (relief and reaction), die ihr folgen werden, eine *engere Annäherung zwischen den Mächten herbeiführen* werden als sie bisher möglich gewesen ist[1]. »

Die Bedeutung dieser Grey'schen Erklärung liegt auf der Hand : sie enthält einen geradezu ergreifenden Appell zu ge-

---

[1] Blaubuch, Nr. 101.

meinschaftlicher Friedensarbeit, wie sie sich in der Balkankrisis bewährt hatte, zum Nutzen der Welt und zum Nutzen beider Staaten, die in der Verfolgung des gleichen hohen Zieles sich ganz von selbst einander genähert und ihre Beziehungen enger geknüpft hatten. Das Zukunftsbild aber, das der englische Minister ausmalte, ging weit über das in der Vergangenheit Erreichte hinaus: es sollte ein Vertrag geschlossen werden unter Deutschlands Teilnahme, welcher Deutschland und seinen Bundesgenossen formelle Garantien gegen irgendwelche aggressive oder auch nur feindliche Politik der Ententestaaten gewährte. Mit anderen Worten: ein *Vertrag, der den Friedenszustand in Europa gewährleistete,* Entente und Dreibund einander näherte und an Stelle des gefährlichen Gleichgewichtssytems ein allgemeines Friedensbündnis setzte.

Wie nahm der Reichskanzler diesen Vorschlag auf? Als Goschen ihm die Worte Grey's in Form eines Memorandums verlesen hatte, nahm er die Erklärung ohne Kommentar (without comment) entgegen und äusserte nur den Wunsch, eine Abschrift zu besitzen, um die Sache in Ruhe überlegen zu können. Die Abschrift wurde ihm ausgehändigt. *Eine Antwort ist nie erteilt worden*[1].

Wie würde Europa heute aussehen, wenn Herr von Bethmann auf den Grey'schen Vorschlag eingegangen wäre? Es ist überflüssig und allzu schmerzlich, sich heute dieses Bild auszumalen. Alles, was Deutschland angeblich in diesem Kriege erstrebt: Sicherheit seiner Existenz, Freiheit seiner Entwicklung, ungehinderter Fortschritt in Kultur und Wohlstand — alles wurde ihm hier von hochherziger Hand angeboten. In Wirklichkeit waren ja alle diese Güter nie gefährdet, aber mit dem Grey'schen Angebot verschwand jede Möglichkeit, an ihre Gefährdung zu *glauben* und jeder Vorwand, andere daran glauben zu machen Der Friedensbund Grey's war nur ein erster Schritt aus Feindseligkeit, Misstrauen und Spannung zu Freundschaft, Vertrauen und Entspannung. Dem ersten wären sicher weitere Schritte gefolgt. Das wiedergekehrte und gestärkte Vertrauen hätte es ermöglicht, die kostspieligen Vorkehrungen zu vermindern, die nur

[1] Blaubuch, Nr. 109.

in dem Misstrauen aller gegen alle ihren Ursprung hatten. Vereinbarungen über Stillstand und allmähliche Verminderung der Rüstungen wären auf der Basis eines Freundschaftsabkommens möglich geworden. Kurz, der *Weg zu einem neuen, besseren Europa* war eröffnet, wenn Deutschland die von England dargebotene Hand ergriffen hätte.

Aber Herr von Bethmann dachte eben anders. Er legte das Memorandum in den Aktenschrank und machte sich wohl im Stillen über den dummen Engländer lustig, der in seiner insularen Beschränktheit noch an die Friedensabsichten Deutschlands glaubte. Dasselbe Spiel wie 1912: England will den *Frieden Europas*, Deutschland aber will die *Neutralität Englands*, um diesen Frieden nach eigenem Belieben stören zu können. Und dieser selbe Kanzler, welcher diesen und unzählige andere ähnliche Vorgänge aus früherer und späterer Zeit kennt, wagt es, der englischen Regierung die « innere Verantwortung für den europäischen Krieg » aufzubürden? Wir werden an späterer Stelle sehen, dass er sich damit nicht nur mit den Tatsachen, sondern auch mit seinen eigenen amtlichen Schriftstücken in schroffsten Widerspruch setzt. Bei der gegenwärtigen Untersuchung kommt es mir nur darauf an, festzustellen, dass der Entschluss zum Kriege bereits am 29. Juli abends in Berlin gefasst war: nur so lässt sich das Neutralitätsgesuch Bethmanns und die Ignorierung des Grey'schen Vorschlags erklären.

An demselben Tage, an dem Herr von Bethmann den Grey'schen Vorschlag eines dauernden europäischen Friedenszustandes ohne Kommentar entgegennahm, wurde in Deutschland die « drohende Kriegsgefahr » verkündet und wurden die Botschafter in Petersburg und Paris beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren, Ultimata zu überreichen. Von Russland wurde verlangt, dass es « binnen 12 Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Oesterreich-Ungarn einstelle und uns hierüber bestimmte Erklärung abgebe ». Von Frankreich wurde eine Erklärung binnen 18 Stunden verlangt, « ob es in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle ». Das Ultimatum in Petersburg wurde um 12 Uhr nachts, das in Paris um 7 Uhr abends überreicht.

Als die Nachricht von diesen Ultimata in und ausserhalb Deutschlands bekannt wurde, wollte kein Mensch daran glauben, da keiner einen Grund für dieses schneidige Vorgehen gerade in diesem Augenblicke erkennen konnte. Noch mehr aber als das Publikum waren die Diplomaten erstaunt. Was war denn vorgegangen, um Deutschland zu diesem äussersten Schritt zu treiben, der zweifellos zu einem Krieg führen musste ? Waren nicht die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Mächten gerade am 31. Juli auf einen scheinbar so günstigen Punkt gelangt, dass alle Welt wieder Hoffnung schöpfte und den friedlichen Ausgleich binnen kurzem voraussah ? Graf Berchtold hatte am 30. Juli dem russischen Botschafter Schébéko in freundschaftlichem Tone seine Bereitwilligkeit erklärt, die unterbrochenen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Russland in Petersburg wieder aufnehmen zu lassen[1]. Die Verhandlungen hatten tatsächlich am 31. Juli zwischen Sazonow und dem österreichischen Botschafter Szápáry begonnen und versprachen diesmal mehr Erfolg als je, da Oesterreich zum ersten Mal seine Bereitwilligkeit erklärte, den Inhalt seiner an Serbien gerichteten Note zum Gegenstand sachlicher Erörterung zu machen. Sazonow selbst drückt in einer nach London gerichteten Mitteilung die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang der Krisis aus. Die französische und englische Regierung sind freudig überrascht von dem endlichen Einlenken Oesterreichs, welches, wie Grey hofft, « may lead to a satisfactory result[2]. » Der Grey'schen Depesche an Goschen merkt man in jedem Wort die aufrichtige innere Freude über die neue Wendung an : er verdoppelt sofort seine Bemühungen, um die Geburstswehen abzukürzen und das Friedenskind schnell und gesund zur Welt zu bringen : Oesterreich soll « *full* satisfaction of her demands on Serbia » erhalten ; alle Mächte sollen ihre militärischen Vorbereitungen einstellen ; Deutschland und Oesterreich sollen nur « *any reasonable proposal* » machen und er will ihn unterstützen. Wenn aber Russland und Frankreich solchen vernünftigen Vorschlag nicht akzeptieren sollten,

---

[1] Gelbbuch, Nr. 104. Blaubuch, Nr. 96.

[2] Blaubuch, Nr. 111. Orangebuch, Nr. 66, 69, 73. Gelbbuch, Nr. 114, 120.

so würde die britische Regierung sich um die Folgen überhaupt nicht mehr bekümmern. Sazonow entwirft noch schnell eine Einigungsformel, die Oesterreich weiter entgegenkommt als die zuerst formulierte[1]. Er schlägt eine Diskussion in London unter Teilnahme der Mächte vor, wobei er den Stillstand der österreichischen Operationen in Serbien nicht einmal als Bedingung, sondern nur als «*very important*» hinstellt[2]. Alles rennet, rettet und—hofft. Da auf einmal platzt die Bombe der deutschen Ultimata dazwischen und—alle Hoffnungen sind mit einem Schlage verflogen.

*Was hat Deutschland zu diesem Schritte veranlasst?* — Angeblich die russische Mobilisierung. Wie steht es damit? Ich habe schon oben dargelegt, dass die russische Mobilisierung nur die Folge von zwei Tatsachen war: 1. von der vorhergegangenen österreichischen Mobilisierung; 2. von dem mehr als zweideutigen Verhalten Deutschlands und Oesterreichs während der Krisis.

Beide Gründe sind vollkommen stichhaltig, wie ich bereits bewiesen zu haben glaube. Die russischen Mobilisierungen sind keineswegs geheim, sondern in voller Oeffentlichkeit erfolgt: die Teilmobilisierung in den vier südlichen Gouvernements am 29. Juli, die Generalmobilisierung am 31. Juli vormittags[3]. Die österreichische Teilmobilisierung war bereits vor der Kriegserklärung an Serbien, also vor dem 28. Juli erfolgt. Die Gesamtmobilisierung ist *spätestens am 31. Juli 1 Uhr morgens* angeordnet worden, nach dem Bericht des russischen Botschafters in Wien sogar schon am 28. Juli[4]. Die offizielle Mitteilung der russischen Teilmobilisierung ist am 29. Juli in Berlin erfolgt und die Gesamtmobilisierung am 31. Juli öffentlich in Petersburg proklamiert worden.

*Die Geschichte der erlogenen russischen Ehrenworte ist selbst eine Lüge.* Nicht weniger als zwei russische Herren sollen nach der Darstellung des deutschen Weissbuches ihr Ehrenwort gebrochen haben, der russische Kriegsminister und der Generalstabschef. Ausserdem hat bekanntlich der russische Kaiser, der « sehr aufrichtige und ergebene Freund und Vetter » Kaiser

---

[1] Orangebuch, Nr. 67. Blaubuch, Nr. 120. Gelbbuch, Nr. 113, 120.
[2] Gelbbuch, Nr. 120. Blaubuch, No. 133.
[3] Weissbuch, S. 10, 13.
[4] Gelbbuch, Nr. 115. Orangebuch, Nr. 47, 49.

Wilhelms sein Wort gebrochen (« betrayed » wie es in der offiziellen englischen Ausgabe des deutschen Weissbuchs heisst). Diese Insinuationen von Wortbrüchen bilden ausser vielem anderen ein angenehmes Unterscheidungsmittel zwischen der deutschen und den übrigen Publikationen. Auch hierin findet man im Auslande ein Kulturbarometer, das keinen besonders günstigen Stand für Deutschland anzeigt.

Wenn die Behauptungen wenigstens noch wahr wären! Sie sind aber unwahr. Der russische Kriegsminister erklärte am 27. Juli dem deutschen Militärattaché, dass *noch* keine Mobilmachungsorder ergangen, sondern nur Vorbereitungsmassregeln getroffen seien; wenn Oesterreich die serbische Grenze überschreite, so würden die vier auf Oesterreich gerichteten Militärbezirke mobilisiert werden, nicht aber die an der deutschen Front, da man den Frieden mit Deutschland dringend wünsche [1]. Diese Auskunft des Kriegsministers entsprach vollkommen der Wahrheit. Die angebliche « Erklärung des Kriegszustandes » in Kowno (Telegramm des kaiserlichen Konsulatsverwesers vom 27. Juli [2]) ist nicht identisch mit Mobilmachung. Das sollte man in Deutschland doch wissen, da auch wir ja Kriegszustand und Mobilmachung ausdrücklich unterscheiden.

Die angeblich bereits am 26. Juli erfolgte « Mobilmachung » für Kiew und Odessa wird von dem deutschen Militärattaché nur in sehr unbestimmter Form berichtet, kann also nicht als Tatsache gelten. Der Militärattaché *hält* die Mobilmachung in den zwei Bezirken « für sicher » [3]. Seine Annahme kann aber falsch sein und auf irrtümlichen Informationen beruhen, die bei der weiten Entfernung dieser beiden Bezirke von Petersburg sehr wahrscheinlich sind. Immerhin ist es möglich — und war mehr als berechtigt —, wenn Russland am 26. Juli, — also am Tage nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien —, *Vorbereitungen* für die Mobilmachung getroffen hat. Dies gibt der Kriegsminister ausdrücklich zu. Es ist also ebenso kühn als ungerecht, auf Grund einer solchen Beweis-

[1] Weissbuch, S. 8. Anlage 11.

[2] Weissbuch, Anlage 8.

[3] Weissbuch, Anlage 7.

führung dem russischen Kriegsminister den Bruch seines Ehrenwortes vorzuwerfen.

Der zweite Schuldige ist der Generalstabschef und der Ankläger wiederum der Militärattaché. Die Unterhaltung fand am 29. Juli statt und die Erklärung des Generalstabschefs soll angeblich dahin gegangen sein, dass « alles so geblieben sei wie es der Minister vor zwei Tagen mitgeteilt habe », dass nirgends eine Mobilmachung erfolgt sei. Dafür gebe er sein Ehrenwort in feierlichster Form, könne sich aber für die Zukunft nicht verbürgen[1].

Diese Erklärung hat der Generalstabschef nicht abgegeben und *kann* sie nicht abgegeben haben ; denn an demselben Tage, dem 29. Juli, hat die russische Regierung in Berlin *amtlich mitgeteilt, dass sie vier Armeebezirke mobilisiert habe.* Man sieht, mit welcher Wahrheitsliebe das deutsche Weissbuch verfasst ist. Auf derselben Seite 10 wird oben die amtliche Mitteilung der Mobilisierung und unten die amtliche Ableugnung abgedruckt. Welchen Zweck sollte der Generalstabschef wohl mit seiner Lüge verfolgt haben, wenn in demselben Augenblick der russische Botschafter in Berlin die Wahrheit mitteilte ? Was soll man aber von einer Regierung halten, die in einer Angelegenheit auf Leben und Tod mit solcher Leichtfertigkeit amtliche Schriftstücke zusammenstellt ?

Was der Generalstabschef in Wirklichkeit gesagt hat, ist ja ganz klar : er hat die Mobilmachung gegen Oesterreich bestätigt und die gegen Deutschland verneint. Das stimmt mit der amtlichen Mitteilung in Berlin und auch mit einem Bericht des französischen Botschafters Paléologue vom 30. Juli überein[2]. Der Militärattaché hat den Generalstabschef entweder nicht verstanden oder absichtlich die Unwahrheit berichtet. —

In welchem Punkte der russische Kaiser gelogen haben soll, ist mir trotz eifrigen Aktenstudiums nicht klar geworden. Diese ganzen Mobilisierungsfragen und Vorwürfe stehen überhaupt auf so schwankendem Boden, dass es gewagt ist, hier abfällige Urteile zu fällen. Kaiser Wilhelm depeschiert z. B. am 30. Juli an den Zaren : « Oesterreich hat nur gegen Serbien mobilisiert. » Dem

---

[1] Weissbuch, S. 10.

[2] Gelbbuch, Nr. 102: « lui a donné sa parole d'honneur, que la mobilisation ordonnée ce matin vise exclusivement l'Autriche. »

gegenüber gibt der Reichskanzler in seiner Rede vom 4. August zu, dass Oesterreich auch gegen Russland mobilisiert hatte. Die Wahrheit bezüglich dieser oder jener Mobilisierung ist unmöglich festzustellen, da die Mobilisierungsmassnahmen in den verschiedenen Ländern verschieden sind und überdies auch ohne offizielle Mobilisierung die heimliche betrieben werden kann. In französischen Berichten wird z. B. behauptet und mit Tatsachen belegt, dass Deutschland schon seit der Abberufung des österreichischen Gesandten aus Belgrad mit der Mobilisation begonnen habe[1]. Die Verkündung der Kriegsgefahr ist eine deutsche Spezialität, hinter der sich tatsächlich die ernstesten Mobilisierungsmassregeln verbergen.

Wo und wann soll aber der russische Kaiser bezüglich seiner Mobilisierung gelogen haben ? In seiner Depesche vom 30. Juli gibt er « die jetzt in Kraft tretenden militärischen Massnahmen » zu, die aus Gründen der Verteidigung gegen Oesterreichs Vorbereitungen erfolgten. In seiner Depesche vom 31. Juli erklärt er die Einstellung dieser militärischen Vorbereitungen für « technisch unmöglich » — eine Begründung, die merkwürdigerweise fast mit denselben Worten in der Depesche des Kaisers Wilhelm an den König von England vom 1. August wiederkehrt : « Aus technischen Gründen muss Meine schon heute nachmittag nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäss vor sich gehen. » In seiner letzten Depesche vom 1. August leugnet der Zar keineswegs die ihm vom deutschen Kaiser vorgehaltene Mobilisierung an der deutschen Grenze, sondern stellt im Gegenteil dem Letzteren anheim, auch seinerseits zu mobilisieren, aber ihm dieselbe Versicherung zu geben, die er selbst abgegeben, *dass diese Massnahme nicht Krieg bedeuten solle*, sondern beide Herrscher im Interesse des Friedens weiter verhandeln wollen.

Ich finde nichts in diesen Depeschen, was die Ehrlichkeit des russischen Kaisers auch nur im geringsten in Frage stellen könnte. Ich sehe im Gegenteil in dem ganzen Depeschenverkehr — vor allem auch in der unterschlagenen Depesche vom 29. Juli — den

[1] Blaubuch, Nr. 105 (Anlage 3).

ehrlichsten Friedenswillen des Zaren hervortreten — zum Unterschied von der deutschen Ultimatumspolitik, die trotz aller Friedensversicherungen des deutschen Kaisers mit Notwendigkeit zum Kriege führen musste.

Das Resultat dieser Untersuchung ist also : *die russische Mobilisierung war berechtigt*, denn sie war durch die österreichische hervorgerufen. *Sie war nicht geheim*, sondern nach aussen offiziell mitgeteilt und nach innen öffentlich proklamiert worden. Es liegt keinerlei Beweis vor, dass sie einen aggressiven Charakter hatte. Mit demselben, ja mit viel mehr Recht könnte man der vorhergegangenen österreichischen und der unter dem Namen « Kriegszustand » verborgenen deutschen Mobilisierung einen aggressiven Charakter zuschreiben. Das Verhalten der verschiedenen Regierungen bis zu den Mobilmachungen und nach denselben gibt erst diesen militärischen Akten ihren wahren Charakter : von diesem Gesichtspunkt aus erscheinen die deutsch-österreichischen Mobilisierungen, die schon vor der Proklamierung des Kriegszustandes im vollen Gange waren, weit eher aggressiv als die russische, weil die deutsch-österreichischen einer aggressiven, die russische aber einer defensiven Politik dienten.

Der aggressive Charakter des deutschen Vorgehens wird noch besonders durch gewisse Tatsachen bestätigt, die sich auf der Westgrenze gegen Frankreich bereits vor dem Erlass der beiden Ultimata abgespielt hatten. Bereits am 30. Juli fanden deutsche Truppenkonzentrationen bei Thionville und Metz statt. Garnisontruppen aus Metz wurden an die Grenze befördert, verstärkt durch Truppen aus Trier und Köln. Grenzpunkte wurden befestigt und armiert. Bahnhöfe waren bereits seit dem 25. Juli militärisch besetzt, Reservistenklassen (von 1903-1911) durch Einzelbenachrichtigung einberufen, Grenzstrassen verbarrikadiert und der Automobilverkehr daselbst untersagt worden. Vor allem aber waren bereits am 29. Juli in zwei Fällen deutsche Patrouillen auf französisches Gebiet gedrungen. Die französische Regierung hatte offiziell erklärt, dass sie, um Grenzkonflikte zu vermeiden, einen Gebietsstreifen von zehn Kilometern unbesetzt lassen würde. Die deutsche Regierung hat eine ähnliche Erklärung nicht abgegeben sondern ihre Vorposten bis an die französische Grenze vorge-

schoben [1]. Andere noch gravierendere Tatsachen, die sich in der Zeit vom 1.—3. August abspielten, werden wir später sehen.

Aus den bis zur Absendung der Ultimata vorliegenden politischen und militärischen Tatsachen geht jedenfalls das eine mit Sicherheit hervor, dass die russisch-französischen Militärvorbereitungen keinerlei Anhalt für aggressive Absichten dieser Staaten boten, und dass, wenn irgendwo aggressive Absichten bestanden, dies nur auf seiten Deutschlands gewesen sein kann.

*Wo also nahm Deutschland das Recht her, von Russland eine Demobilisierung zu verlangen?* Dieses an sich schon unberechtigte und einem Grossstaat gegenüber ganz ungewöhnliche Verlangen wurde noch erschwert durch die Ausführungsbedingungen, die Deutschland stellte. Die Einstellung der militärischen Massnahmen Russlands sollte nämlich

*a)* binnen 12 Stunden und

*b)* nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Oesterreich erfolgen.

Das erstere Verlangen war « *technisch unmöglich* », da ein grosser, eine riesige Gebietsfläche umfassender Staat die einmal begonnene Mobilisierung nicht binnen 12 Stunden einstellen kann. (Siehe die Depeschen des Kaisers Nikolaus vom 31. Juli und des Kaisers Wilhelm an den König von England vom 1. August.)

Die zweite Forderung aber, die Demobilisierung auch gegen Oesterreich, war *so unerhört, dass man beinahe an dem Verstand der Leute zweifeln muss*, welche sie zu stellen wagten. Wie? Russland sollte gegen Oesterreich demobilisieren, während Oesterreich selbst seit über 8 Tagen Teilkräfte und seit dem frühen Morgen des 31. Juli (vielleicht sogar schon seit dem 28. Juli) seine gesamte Armee gegen Russland und gegen Serbien mobilisiert hatte? Russland sollte also militärisch die Waffen strecken vor Oesterreich? Diese Zumutung war um so merkwürdiger, als Oesterreich selbst gar nicht daran dachte, sie an Russland zu stellen, sondern im Gegenteil gerade an demselben Tage, an dem beide Staaten generell mobilisierten, dem 31. Juli, sich in neue Verhandlungen mit Russland einliess.

---

[1] Gelbbuch, Nr. 106.

Deutschland war also « plus Autrichien que les Autrichiens mêmes ». *Mit welchem Rechte überhaupt stellte es Forderungen für Oesterreich ?* War es als Vormund für Oesterreich eingesetzt oder hatte es Vollmacht oder welcher Rechtstitel stand ihm sonst zur Seite ? Jedenfalls ist die Situation, die sich aus dieser angemassten Vormundschaft ergab, — ich finde kein andres Wort — eine Ausgeburt des Wahnsinns. Oesterreich fand nichts Auffallendes und nichts Bedrohliches darin, Gewehr bei Fuss mit Russland zu verhandeln. Und tatsächlich war es ja nicht das erste Mal, dass Verhandlungen unter solchen Umständen zwischen beiden Ländern stattfanden. Auch während der Balkankrisis hatten beide mobilisiert, sogar Monate lang, und trotzdem wurde verhandelt und mit Erfolg. Deutschland aber, dessen Interessen bei den jetzigen Verhandlungen überhaupt nicht in Frage kamen, das nur als Bundesgenosse Oesterreichs an dem ganzen Streit teilnahm, Deutschland glaubte, Oesterreich mehr schützen zu müssen, als dieses selbst für nötig hielt, und verlangte eine Demobilisierung Russlands, auf welche die Doppelmonarchie gar kein Gewicht legte.

Der ganze Wahnsinn der Situation ergibt sich aus folgender Hypothese : wenn nun Russland — was ja immerhin theoretisch möglich war — die Demobilisierung gegen Deutschland annahm, aber gegen Oesterreich ablehnte, — was dann ? Das deutsche Ultimatum wäre dann nur teilweise angenommen, teilweise aber abgelehnt worden, und *Deutschland hätte Russland den Krieg erklärt, weil dieses gegen Oesterreich nicht demobilisiert hatte.* Oesterreich aber hatte ja die Demobilisierung gar nicht verlangt ! —

Man sieht, von was für Leuten Deutschland regiert wird. Wie lange wird das Volk sich diesen Zustand noch gefallen lassen ? ! —

Nun aber weiter. Ist denn Mobilisierung an sich ein feindlicher oder bedrohlicher Akt, gegen den der Nachbarstaat mittels eines Ultimatums vorzugehen berechtigt ist ? Keineswegs. Die Mobilisierung an sich ist nichts anderes, als die Bereitstellung der militärischen Kräfte eines Landes für den Fall, dass es zu einem Konflikt mit einem anderen Lande kommen sollte. Es ist eine Sicherungs- und Vorsichtsmassregel, die nur durch gleichzeitige oder vorhergehende politische Massnahmen des mobilisierenden Staates

einen bedrohlichen Charakter annehmen kann. *Welche politischen Massnahmen Russlands lagen nun vor, um seiner Mobilisierung den Verdacht der Aggression anzuheften?* Keine. Die Aggression, überhaupt die Initiative zu dem ganzen Konflikt war von Oesterreich ausgegangen, mit Billigung und Unterstützung Deutschlands. Russland war politisch in der Defensive, als es seine berechtigten Balkaninteressen zum Ausdruck brachte. Diese politische Defensive musste es durch militärische Sicherungsmassnahmen stützen, da auch der Angreifer militärisch gerüstet war.

Dies die Sachlage vom abstrakt völkerrechtlichen Standpunkt aus. In concreto haben wir gesehen, dass Russland bis zum Tage seiner Gesamtmobilisierung und noch darüber hinaus im Verein mit England und Frankreich alles getan hatte, um den Frieden zu erhalten, Oesterreich und Deutschland aber alles, um ihn zu stören. Also auch die konkreten Umstände des Falles beweisen, dass die russische Mobilisierung — schon theoretisch keine Bedrohung Deutschlands — auch in dem praktischen Falle keine solche enthalten konnte. Dazu kommt, dass wie wir früher gesehen, keinerlei *Interesse* Russlands erkennbar war, Deutschland oder Oesterreich anzugreifen. Sein Interesse ging lediglich dahin, sich auf dem Balkan durch Oesterreich nicht matt setzen zu lassen: es ging auf Schutz, aber nicht auf Trutz.

Dass Mobilisation an sich noch kein feindlicher Akt ist, dafür liegt ein Zeugnis auch aus österreichischem Munde vor. Graf Forgach, österreichischer Unterstaatssekretär des Auswärtigen erklärt dem englischen Botschafter de Bunsen am 31. Juli, dass die *beiderseitigen Mobilisationen Oesterreichs und Russlands keineswegs einen feindseligen Akt* von der einen oder andern Seite bedeuten müssten (that mobilisation was not to be regarded as a necessarily hostile act on either side) [1].

Aber gleichviel, es passte Deutschland, die russische Mobilisation als Bedrohung hinzustellen und zwar als Bedrohung Oesterreichs und Deutschlands zugleich. Was kündigte man nun Russland als *Folge* an, falls es den Forderungen des Ultimatums nicht nachkäme? Die Mobilisierung, auch in Deutschland. In der De-

[1] Blaubuch, Nr. 118.

pesche des Reichskanzlers an den Grafen Pourtalès vom 31. Juli heisst es wörtlich : « Durch diese russischen Massnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muss aber folgen, falls nicht u. s. w. [1]. » Bis dahin ist die Sache noch ganz logisch, wenn man den Erlass des Ultimatums an sich als begründet oder notwendig anerkennt (was aber zu verneinen ist).

« Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. » Deutschland sagt zu Russland : Du hast mobilisiert ; wenn Du das nicht zurücknimmst, mobilisiere ich auch. — Das ist es ja auch, was der Zar dem Kaiser Wilhelm anrät : beiderseitige Mobilisierung, aber ohne Krieg oder Kriegsabsichten, und ruhige Weiterverhandlung mit dem Ziele friedlicher Verständigung. Dass dies möglich ist, bedarf keines Beweises. Dass es unzählige Male geschehen, ist eine historische Tatsache. Weshalb sollte es dieses Mal nicht ebenso geschehen können ? Und dieses Mal mehr als je, da grössere Interessen als je auf dem Spiele standen, also grössere Ruhe und Vorsicht als je bei allen Beteiligten geboten war. Wenn Deutschland sich mit der angedrohten Mobilisation begnügte und den scheinbar aussichtsvollen Verhandlungen in Wien und Petersburg freien Lauf liess, wenn es nur ein oder zwei Tage wartete — mobilisiert wie die anderen —, so ist es sicher, dass Europa vor der schlimmsten aller Katastrophen bewahrt worden wäre. « A few days delay might in all probability have saved Europe from one of the greatest calamities in history » — schreibt der Botschafter de Bunsen in seinem Bericht an die englische Regierung [2].

Gerade die Mobilisierung Deutschlands hätte den Verhandlungen einen neuen Antrieb gegeben : denn jeder fürchtete uns, Niemand hatte uns bisher in Waffen gesehen und Niemand hätte es gewagt, mit dem *kampfbereiten* Deutschland sich anzulegen.

Die Möglichkeit, mobilisiert zu sein und trotzdem zu verhandeln, ohne den Krieg zu erklären, wird — abgesehen von unzähligen geschichtlichen Präzedenzfällen — auch durch die Vorgänge von Anfang August dieses Jahres bestätigt. Deutsch-

[1] Weissbuch, Anlage 24.
[2] Blaubuch, S. 83.

land und Frankreich hatten am 1. August nachmittags mobil gemacht; trotzdem erklärten sich Kaiser Wilhelm und der Reichskanzler in ihren Telegrammen vom 1. August nach London bereit, bis zum 3. August abends 7 Uhr mit der Ueberschreitung der französischen Grenze zu warten [1]. Tatsächlich ist auch erst zu dem genannten Zeitpunkt der Krieg an Frankreich erklärt worden, man war also drei Tage mobil, ohne in Kriegszustand gegen einander zu kommen.

Ein noch viel drastischeres und geradezu komisches Beispiel dieser Art ist das Verhältnis zwischen Oesterreich und Russland. Diese beiden Hauptbeteiligten waren seit dem 31. Juli mobilisiert und *erst am 6. August* ist durch die Erklärung Oesterreichs der Krieg zwischen ihnen ausgebrochen. Tagelang nach dem Beginn des deutsch-russischen Krieges haben die österreichischen und russischen Botschafter noch ruhig in den gegenseitigen Hauptstädten gesessen, vielleicht auch noch verhandelt. In jedem Falle aber hat sie der mobile Zustand ihrer Armeen nicht in ihrem friedlichen Wohlbefinden gestört. Etwas ähnlich Verrücktes — ich finde auch hier keinen anderen Ausdruck und habe keine Veranlassung, « un chat » nicht « un chat » zu nennen — ist wohl in der diplomatischen Geschichte noch nicht vorgekommen. Die beiden Haupt-Duellanten haben die Klingen noch nicht gekreuzt. Der Sekundant des einen ist aber bereits dem andern zu Leibe gegangen. Wenn nun in den 6 Tagen vom 1. bis 6. August Oesterreich und Russland sich noch geeinigt hätten — was ganz Europa damals noch hoffte und was ohne das provokatorische Dazwischenfahren Deutschlands leicht geschehen konnte —, was hätte dann Deutschland mit seinem russischen Kriege gemacht? Eine Art Luftkrieg oder Windmühlenkrieg à la Don Quichotte wäre es geworden — ein Krieg ohne jeden sachlichen Grund... Ich will mich auch hier mit der Frage begnügen: *Wie lange will sich das Volk eine solche Regierung noch gefallen lassen?*

Eine Antwort auf das eigenartige Ultimatum scheint von seiten der russischen Regierung nicht erfolgt zu sein, wohl aber vom Zaren persönlich in seinem am 1. August mittags abgesandten,

[1] Buch: « Der Kriegsausbruch 1914 », S. 50.

nachmittags 2 Uhr in Berlin angelangten Telegramm [1]. Es ist dies das schon oben zitierte Telegramm, in welchem der Zar die deutsche Gegenmobilisierung für verständlich hält, aber von neuem den Wunsch und die Hoffnung ausspricht, dass es nicht zum Kriege kommen werde, sondern « unserer langbewährten Freundschaft mit Gottes Hilfe gelingen muss, Blutvergiessen zu verhindern. »

Drei Stunden später überreichte der deutsche Botschafter Graf Pourtalès in Petersburg die Kriegserklärung.

*Niemals ist in der Weltgeschichte ein grösseres Verbrechen begangen worden. Niemals ist ein begangenes Verbrechen mit grösserer Kaltblütigkeit und Heuchelei abgeleugnet worden.*

« Die Russische Regierung hat durch ihre, die Sicherheit des Reiches gefährdende, Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmassregeln, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ableugnung zeigen klar, dass Russland den Krieg wollte. » (Siehe Deutsches Weissbuch, Seite 13).

*Nichts von alledem ist wahr :*

Die russische Regierung hat *nicht* die Sicherheit des Reiches durch ihre Mobilmachung gefährdet.

Sie hat *nicht* die Vermittlungsarbeit der europäischen « Staatskanzleien » kurz vor dem Erfolge zerschlagen.

Sie hat *nicht* ihre Mobilisierungsmassregeln abgeleugnet.

Sie hat *nicht* den Krieg gewollt.

Alles, was hier der russischen Regierung vorgeworfen wird, hat *Deutschland* getan :

Deutschland hat den Krieg gewollt und hat ihn durch sein Ultimatum und die Kriegserklärung herbeigeführt.

Diese Kriegserklärung ist ein Kabinettstück für sich, sachlich und stilistisch. Was von dem « rôle médiateur » Deutschlands, von dem « danger grave et imminent » von seiten Russlands zu halten ist, haben wir gesehen. Der Inhalt des Schriftstückes würde keine besondere Behandlung verdienen, wenn nicht ein in Deutschland

[1] **Weissbuch**, S. 13.

noch gänzlich unbekannter Punkt hervorzuheben wäre. Deutschland hat — unglaublich, aber wahr! — die Kriegserklärung in dem entscheidenden Punkt *in doppeltem Text* überreicht, sozusagen zur Auswahl, und hat damit zu erkennen gegeben, dass es selbst nicht weiss, weshalb es an Russland den Krieg erklärt hat. Im deutschen Weissbuch lautet die betreffende Wendung : « La Russie, ayant refusé de faire droit à cette demande et ayant manifesté par ce refus, etc. » In der Kriegserklärung, wie sie in Petersburg überreicht worden ist, heisst es dagegen : « La Russie, ayant refusé de faire droit à (n'ayant pas cru devoir répondre à) cette demande et ayant manifesté par ce refus (cette attitude), que son action, etc.» Man sieht ordentlich, wie sie in der Wilhelmstrasse in der Hundstagshitze schwitzten, um eine einigermassen wohlklingende Formel für die Kriegserklärung zusammenzubrauen. Da man nicht wusste, ob man Russland einen direkten refus oder nur eine Ignorierung der Ultimatumsforderung vorzuwerfen habe, da man offenbar überhaupt nicht recht wusste, wie man das Gorgonenkind mit dem Schlangenhaar und dem feuersprühenden Atem, das man in die Welt setzte, benamsen sollte, so überliess man die Auswahl von « Nam' und Art » der Adressatin, der man das Ungeheuer ins Haus schickte ....

*Weshalb erklärte man Russland den Krieg* ? Nach dem Wortlaut der Kriegserklärung wegen Ablehnung oder Ignorierung der Ultimatumsforderung. Nach der Denkschrift des Weissbuchs aber, *weil Russland den Krieg gegen uns begonnen hat* [1]. Dieser letztere Punkt ist besonders festzuhalten, weil die Behauptung, dass Russland und ebenso Frankreich uns überfallen hätten, die Grundlage bildet, auf der man das Kartenhaus der deutschen Volksbegeisterung aufgebaut hat. « Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr, — ruft der Reichskanzler am 4. August aus — und Not kennt kein Gebot. » Nicht nur der Krieg gegen unsere eigentlichen Gegner wird mit der Notwehr gerechtfertigt, sondern auch die Verletzung der Neutralität von Luxemburg und Belgien. « Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut [2]. »

[1] Weissbuch, S. 14.

[2] Buch : « Der Kriegsausbruch 1914 », S. 11.

*Also Bedrohung und Notwehr, das ist die Parole.*

In diesem Sinne befand sich auch Deutschland in der Notwehr. Es wäre aber nicht in die Zwangslage geraten, *wenn es nicht seinerseits den Angriff begonnen hätte.* Um diese unbequeme Tatsache aus der Welt zu schaffen und ad usum populi eine wirkliche Notwehr zu konstruiren, werden neben der Mobilisierungsdrohung — die man selbst wohl nicht für ausreichend hielt, eine Notwehr zu konstruiren, — noch einige andere Tatsachen angeführt, die diesen Zweck erfüllen sollen.

Von Russland und Frankreich wird gleichmässig behauptet, dass sie den Krieg begonnen, die *Feindseligkeiten eröffnet* hätten [1].

Worin besteht der Kriegsbeginn Russlands ? Eine einzige Tatsache wird in der Denkschrift angeführt : Russische Truppen haben « und zwar schon am Nachmittag des 1. August » unsere Grenze überschritten und sind « auf deutschem Gebiete vorgerückt. » Wohl gemerkt : schon am Nachmittag des 1. August ! Aber wie ist mir denn ? Haben wir nicht an diesem selben Nachmittag um 5 Uhr die Kriegserklärung in Petersburg überreicht ? War nicht infolgedessen *von nachmittags 5 Uhr ab Kriegszustand* zwischen Deutschland und Russland [2] ? Hatten also nicht russische Truppen nachmittags *nach* 5 Uhr das Recht, unsere Grenze zu überschreiten ? Wenn schon der Herr Reichskanzler einen völkerrechtswidrigen Ueberfall konstruiren wollte, so hätte er wenigstens so klug sein müssen, den Worten : « am Nachmittag des 1. August » die weiteren Worte « *vor* 5 *Uhr* » hinzuzufügen. Nur so lag ein Ueberfall und infolgedessen eine Notwehr vor. Fand aber die Grenzüberschreitung erst *nach* der Kriegserklärung statt, so war sie kein Ueberfall mehr, sondern eine naturgemässe und berechtigte Folge des von uns herbeigeführten Kriegszustandes.

So kann man auch hier wieder den Reichskanzler mit seiner

---

[1] Weissbuch, S. 14.

[2] Weissbuch, Anlage 26.

eigenen Denkschrift schlagen. Was er erzählt, — selbst wenn es wahr sein sollte (was erst noch zu beweisen), — ist keine Unterlage für die von ihm gezogene Schlussfolgerung und das Kartenhaus der Notwehr stürzt schmählich zusammen.

Dabei lasse ich noch vollkommen unerörtert, ob man überhaupt aus solchen Grenzkonflikten beabsichtigte Ueberfälle des Nachbarstaates herleiten kann. Das ist natürlich *nicht* der Fall. Die Erfahrung lehrt, dass stets, wenn Nationen gerüstet einander gegenüber stehen, ja schon in Friedenszeiten ohne Mobilisierung, wenn bloss eine Spannung zwischen Nachbarstaaten entsteht, — dass Grenzüberschreitungen, Vorpostengefechte und ähnliche Dinge von hüben und drüben vorkommen. Das sind Dinge, die vernünftige Menschen so auffassen, wie sie aufgefasst zu werden verdienen, als unerhebliche Zwischenfälle, für die keiner der betreffenden Staaten verantwortlich gemacht werden kann. Nicht einmal die militärische Oberleitung ist dafür verantwortlich : denn solche Zwischenfälle entstehen stets durch Eigenmächtigkeiten untergeordneter Organe, ohne oder meist sogar gegen den Befehl ihrer Vorgesetzten. Es ist wohl das erste Mal in der Kriegsgeschichte, dass man aus solch' einem Grenzzwischenfall einen beabsichtigten Ueberfall des Nachbarstaates konstruiert und dem Volke die Wahnidee der Notwehr in den Kopf gesetzt hat. Das Beste an der Sache aber ist, wie gesagt, dass auch nicht einmal eine unerlaubte Grenzüberschreitung vorliegt, wenn diese erst nach 5 Uhr nachmittags am 1. August stattgefunden hat.

Ebenso fadenscheinig sind die Behauptungen, mit denen man einen *Ueberfall von Frankreichs Seite* konstruiert.

Die Kriegserklärung an Frankreich ist am 3. August 6 Uhr 45 Minuten abends erfolgt. Das Schreiben des Herrn von Schoen, in welchem die Kriegserklärung ausgesprochen wird, führt als Grund derselben an : « un certain nombre d'actes d'hostilité caractérisée commis sur le territoire allemand par des aviateurs militaires français. Plusieurs de ces derniers ont manifestement violé la neutralité de la Belgique survolant le territoire de ce pays ; l'un a essayé de détruire des constructions près de Wesel, d'autres ont été aperçus sur la région de l'Eiffel, un autre a jeté des bombes sur le chemin de fer près de Karlsruhe et de Nuremberg. » (Gelbbuch Nr. 147.)

Französische Militärflieger, welche « manifestement » über Belgien gekommen sind, sollen also hier die Schuldigen sein. Die Mobilisierung als angebliche Drohung konnte im Falle Frankreichs nicht herangezogen werden, denn das Weissbuch selber muss zugeben, dass Frankreich zu derselben Stunde wie wir mobil machte [1]. Da also hier die Behauptung einer Bedrohung nicht verfing — wie im Falle Russlands —, so musste man sich Frankreich gegenüber auf die Behauptung eines *tatsächlichen Angriffs* beschränken. Dieser tatsächliche Angriff ist nach der Kriegserklärungsnote durch Militärflieger erfolgt, denen man es noch dazu anmerkte, dass sie über Belgien kamen. Wie man einem Flieger, der in Wesel, Karlsruhe oder Nürnberg Bomben wirft, seine Herkunft aus Belgien ansehen kann, bleibt das Geheimnis der Herren von der Wilhelmstrasse. Reizend aber ist es, wie die bombenwerfenden Flieger des Herrn von Schoen sich in « dirigeables » bei Herrn von Below-Saleske umwandeln (Siehe dessen Note vom 3. August an das belgische Ministerium des Auswärtigen [2]) und wie dann weiter in der Reichskanzlerrede vom 4. August « Kavalleriepatrouillen und auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien » hinzukommen [3].

*Was ist nun eigentlich in Wirklichkeit geschehen* ? Haben die Franzosen bloss Flieger hinübergeschickt, wie Herr von Schoen behauptet, oder dirigeables, wie Herr von Below-Saleske sagt, oder gar Kompagnien und Kavalleriepatrouillen, wie der Reichskanzler vorträgt ? Ein englisches Sprichwort sagt — die Kaiserin Friedrich pflegte sich dieses Wortes zu bedienen — : « Wer lügt, der muss ein gutes Gedächtnis haben. » Die deutschen Diplomaten lügen, haben aber leider ein schlechtes Gedächtnis. Schon die Widersprüche der drei Herren beweisen, dass alle diese französischen « Angriffe » erfunden sind. In Wahrheit sind die *Deutschen* die Angreifer gewesen, nicht nur dadurch, dass sie Frankreich den Krieg erklärt haben — das war, wenn auch ein Verbrechen, so doch ihr völkerrechtliches Recht —, sondern auch dadurch, dass sie tagelang *vor der Kriegserklärung den französischen Boden verletzt* haben. Diese Tatsache wird nicht nur durch französische

[1] Weissbuch, S. 14.
[2] Belgisches Graubuch, Nr. 21.
[3] Buch : « Der Kriegsausbruch 1914 ». S. 11.

Behauptungen, deren Glaubwürdigkeit man anfechten könnte, sondern auch durch deutsche Zugeständnisse — wider Willen natürlich — bewiesen. Bereits am 30. Juli und dann am 2. August hat die französische Regierung Beschwerde in Berlin über ganz bestimmte Tatsachen dieser Art erhoben [1] : in Delle bei Belfort sei zweimal ein französischer Zollposten von deutschen Soldaten beschossen worden ; nördlich von dieser Stadt seien zwei Patrouillen, Jäger zu Pferde, über die Grenze bis zu den Dörfern Joncherey und Baron vorgedrungen, ihr Offizier habe einem französischen Soldaten in den Kopf geschossen und seine Leute französische Pferde mit sich weggeführt. Ebenfalls am 2. August hätten deutsche Truppen bei Cirey und Longwy das französische Territorium verletzt und seien auf das Fort Longwy losmarschiert, etc.

Dies einige der französischen Beschwerden. Dass etwas Wahres daran sein muss, geht aus der Reichskanzlerrede vom 4. August hervor : Herr von Bethmann gibt die eine der Beschwerden (Grenzüberschreitung einer Patrouille und stattgehabten Kampf) ausdrücklich zu, auf Grund des Berichtes des deutschen Generalstabs [2]. Der Verdacht dürfte gerechtfertigt sein, dass auch andere Grenzverletzungen « gegen den ausdrücklichen Befehl », wie Herr von Bethmann bemerkt, stattgefunden haben. Dieser Verdacht ist um so mehr gerechtfertigt und wird sogar zur Gewissheit erhoben, wenn man den Schlusssatz der Depesche des Kaisers Wilhelm an den König Georg vom 1. August liest : « Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an Meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch *abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten* [3]. » Diese Depesche beweist zweierlei :

1. dass Frankreich am 1. August noch nicht nervös geworden war ;

2. dass die deutschen Truppen am 1. August, *also zwei Tage vor der Kriegserklärung* die französische Grenze überschritten hätten, wenn sie nicht telegraphisch und telephonisch davon abgehalten worden wären.

---

[1] Gelbbuch, Nr. 106, 136, 139.
[2] Buch : « Der Kriegsausbruch », S. 11
[3] Ebenda, S. 59.

Diese Abhaltung war veranlasst durch die Verhandlungen der letzten Stunde mit England. *Ohne diese Verhandlungen also wären die deutschen Truppen en masse 48 Stunden vor der Kriegserklärung in Frankreich eingedrungen.*

Wie steht es demnach mit der Behauptung des Reichskanzlers, dass Frankreich den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen habe ? Sie ist unglaubwürdig wegen der dreifachen Widersprüche in den Einzelbehauptungen der Anklage und jedenfalls bleibt sie unerwiesen. Dagegen ist die Gegenbehauptung Frankreichs, dass wir die Angreifer und Grenzverletzer gewesen, glaubwürdig, weil sie in sich widerspruchslos, nach Zeit und Ort und Umständen auf's genauste spezifiziert ist, weil der deutsche Generalstab eine dieser Grenzverletzungen selbst zugibt und weil das Telegramm des Kaisers sogar Grenzverletzungen en masse als beabsichtigt zulässt.

Die französische Regierung zum Unterschied davon hat die erhobenen Anklagen strikt zurückgewiesen und vor allem durch die Festsetzung der 10 Kilometer-Zone ihren ernsten Willen, Grenzverletzungen zu vermeiden, betätigt.

Nach meiner Ansicht kann die objektive Untersuchung nur zur Freisprechung Frankreichs und nur zur Verurteilung Deutschlands führen. Dies um so mehr, wenn man den vorherigen Gang der diplomatischen Verhandlungen und die Stellungnahme beider Parteien hierbei in Betracht zieht. Sollte nicht etwa dem deutschen Vorgehen das Bernhardi'sche Rezept vorgeschwebt haben, die Karten so zu mischen, die Gegner so zu provozieren, dass eine Kriegserklärung von *ihrer* Seite erfolgen müsse ? Wodurch man den doppelten Vorteil zu erlangen hoffte, das Odium auf den Gegner abzuwälzen und den italienischen Bündnisfall zu konstruieren ?

Das eine steht jedenfalls fest : die Behauptung, wir seien von Frankreich angegriffen worden und befänden uns also in der Notwehr, ist eine *Erfindung* und rangiert auf gleicher Höhe wie dieselbe Behauptung Russland gegenüber. Niemand hat uns angegriffen. Niemand hat uns in Notwehr versetzt. *Dieser Krieg ist nur ein Talmi-Befreiungskrieg.*

Was *nun* — nach Ausbruch des Krieges mit Russland und

Frankreich — folgt, hat mit der Hauptfrage : « Wer ist schuld an dem europäischen Kriege ? » nichts mehr zu tun. Der europäische Krieg war da, als Deutschland und Oesterreich auf der einen, Frankreich und Russland auf der anderen Seite sich im Kampfe gegenüberstanden. Eine Schuld *nach* vollbrachter Tat gibt es nicht. Die Schuld kann aber vergrössert werden dadurch, dass der begangenen Tat noch andere Taten hinzugefügt werden. Und je schwerwiegender diese ferneren Taten sind, um so grösser und schwerer wird die Schuld.

## Die Verletzung der belgischen Neutralität und die Beteiligung Englands am Kriege.

Deutschland ist am 4. August morgens in Belgien eingebrochen, nachdem es am 2. August abends mittels eines Ultimatums den freien Durchzug durch dieses neutrale Land gefordert und eine abschlägige Antwort erhalten hatte.

Die Neutralität Belgiens ist durch den Londoner Vertrag vom Jahre 1839 festgestellt und durch England, Frankreich, Oesterreich, Preussen und Russland für alle Zeiten garantiert worden. Artikel 7 des Londoner Vertrags bestimmt, dass Belgien ein unabhängiger und für alle Zeiten neutraler Staat sein und seine Neutralität allen anderen Staaten gegenüber festhalten solle. Die erste und natürlichste Pflicht eines neutralen Staates ist, *kriegführenden Parteien den Durchzug durch sein Land zu versagen*. Dies ist eine der Grundregeln des Völkerrechts und ist von neuem formell durch die Haager Friedenskonferenz von 1907 unter Zustimmung aller Mächte festgelegt worden. Artikel 5 der Haager Konvention, betreffend die Rechte und Pflichten neutraler Staaten, schreibt vor (in Uebersetzung) : « Ein neutraler Staat darf auf seinem Territorium keinen der in Artikel 2—4 vorgesehenen Akte gestatten ». Artikel 2 schreibt vor : « Kriegführenden ist es verboten, Truppen oder Transporte von Kriegsmunition oder Vorräten durch das Territorium neutraler Staaten hindurch zu führen ». Artikel 10 endlich derselben Konvention erklärt, dass es *nicht als ein feindlicher Akt* angesehen werden kann, wenn eine neutrale Macht, selbst mittels Gewalt, die Verletzung ihrer Neutralität zurückweist.

Dies die Rechtslage. Den Folgen dieser Rechtslage sucht Herr von Bethmann dadurch aus dem Wege zu gehen, dass er auch hier den Fall der *Notwehr* konstruiert, wie er ihn schon gegen Frankreich und Russland in's Feld geführt hat.

Ich glaube bewiesen zu haben, dass der Fall der Notwehr gegen Frankreich und Russland nicht vorlag, sondern eine deutsche Erfindung ist. Ist dies richtig, dann liegt auch gegen Belgien keine Notwehr vor : denn hier wenigstens wird ja nicht behauptet, dass Belgien uns durch Militärflieger, Infanterie und Kavallerie überfallen habe. Die Notwehr gegen Belgien steht und fällt mit der Notwehr gegen die vorgenannten Staaten, ist also aus tatsächlichen Gründen zu verneinen.

Aber auch wenn sich Deutschland tatsächlich gegen Frankreich und Russland in der Notwehr befunden hätte, so würde das Unrecht gegen Belgien dadurch nicht geringer geworden sein. Die Notwehr gegen die Kriegsgegner würde zwar eine Verteidigung im allgemeinen rechtfertigen, aber niemals eine Verteidigung mittels der Schädigung eines Dritten, einen Neutralitätsbruch.

Das Strafgesetzbuch definiert Notwehr als « diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden ». Eine Ueberschreitung der durch den Abwendungszweck gezogenen Grenzen bleibt nur dann straflos, wenn der Täter « in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist ». Da diese Definition der Notwehr die einzige ist, welche wir in unseren Gesetzen besitzen, und ausserdem allen logischen Anforderungen entspricht, so muss es gestattet sein, ihre Regeln an die Handlungen anzulegen, für welche der deutsche Reichskanzler die Verantwortung trägt. Nehmen wir also an, Deutschland hätte sich in Notwehr befunden, so durfte es immerhin nur solche Handlungen zu seiner Verteidigung vornehmen, welche *unbedingt erforderlich*, nicht aber solche, welche ihm nur bequem und nützlich waren. Erforderlich war die Durchquerung Belgiens unter keinen Umständen, denn es stand dem deutschen Heere ja die ganze französische Ostgrenze von Verdun bis Belfort zur Verfügung. Nützlicher und bequemer war es natürlich, diese starke Festungslinie zu umgehen und von Norden her in Frank-

reich einzufallen. Aber die Nützlichkeit und Bequemlichkeit sind kein Masstab für die Grenzen der Notwehr, vielmehr nur die *Notwendigkeit*. Wollte man allerdings behaupten, dass wir uns im Zustande der Bestürzung, Furcht oder des Schreckens befunden haben, dann würde uns die Ueberschreitung der Notwehrgrenzen verziehen werden. Aber ich denke, wir Deutschen fürchten nur Gott und nicht die Franzosen. Also auch dieser Einwand entschuldigt uns nicht.

Dazu kommt noch der andere, bereits hervorgehobene, Grund, der unbedingt zu unserer Verurteilung führen muss : *Die Notwehr entschuldigt nie die Verletzung der Rechte eines Dritten*. Die Notwehr gegen Frankreich konnte nicht die Verletzung belgischer Rechte entschuldigen.

Wir sind also von jedem Gesichtspunkt aus im Unrecht, aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen. Vom politischen Standpunkt aus betrachtet steht die Sache noch schlimmer für uns. Was ist denn der Sinn und Zweck der Neutralisierung eines kleinen Staates, den die ungerechte Vorsehung mitten zwischen Grossstaaten hineingepflanzt und zum natürlichen Schlachtfeld für ihre Kämpfe gemacht hat ? Der Zweck ist doch, diesen Staat *im Kriege* zu schützen, nicht im Frieden, wo er dieses Schutzes nicht bedarf. Wenn aber im Kriege jeder der Nachbarstaaten unter der Behauptung, in der Notwehr zu sein, — im allgemeinen Sinne, nicht im juristischen, ist jeder Krieg Notwehr —, in den neutralen Staat einfallen kann, dann hat die ganze Neutralitätserklärung keinen Zweck mehr und ist in der Tat nichts anderes als ein « scrap of paper », wie der Reichskanzler Herrn Goschen gesagt hat. *Mit dem Satze : « Not kennt kein Gebot » lässt sich jedes Verbrechen rechtfertigen*. Ein Neutralitätsvertrag ist aber gerade dazu da, die Not dem rechtlichen Gebot zu unterwerfen. Sein Zweck ist, an die Stelle des Satzes : « la force prime le droit » den entgegengesetzten zur Geltung zu bringen : « le droit prime la force. »

Nun hat man allerdings versucht, die Neutralitätsverletzung durch zwei Gründe zu rechtfertigen : man behauptet,

1. dass Frankreich in Belgien eingefallen wäre, wenn wir ihm nicht zuvorgekommen wären, und

2. dass Belgien schon längst mit Frankreich und England militärische Abmachungen zu gemeinsamem Vorgehen gegen Deutschland getroffen habe.

Beide Einwendungen sind vollkommen hinfällig. Für die Behauptung, dass Frankreich einen Einfall in Belgien beabsichtigte, fehlt es an jedem Beweis.

Sir Edward Grey hat bekanntlich am 31. Juli an Frankreich und Deutschland die gleichlautende Frage gerichtet, ob sie im Falle eines Krieges die belgische Neutralität respektieren würden, so lange sie eine andere Macht nicht verletze [1]. Die Antwort Frankreichs erfolgte umgehend und lautete unbedingt bejahend [2]. Die Antwort Herrn von Jagows dagegen war eine der vielen unbehilflichen Ausreden, welche dieser Unglücksmann während der ganzen Affäre auf höhere Order vorbringen musste: er müsse den Kaiser und den Kanzler konsultieren, ehe er eine Antwort erteilen könne; er zweifle aber, ob sie überhaupt eine Antwort erteilen würden, da hierdurch in gewissem Sinne ihr Kriegsplan, falls der Krieg ausbrechen sollte, enthüllt werden könnte [3]. Herr von Jagow unterliess es nicht, schon bei dieser Gelegenheit auf einen angeblich feindseligen Akt Belgiens hinzuweisen, nämlich auf die Beschlagnahme einer nach Deutschland bestimmten Kornsendung — eine Angelegenheit, die von der belgischen Regierung in ihrem Graubuch als vollständig korrekt aufgeklärt wird [4].

Dieser frühzeitige Hinweis Jagows auf belgische Feindseligkeiten war nur das Vorspiel zu der später systematisch in Szene gesetzten Kampagne, welche in der Behauptung des Reichskanzlers gipfelte: eine Neutralitätsverletzung sei überhaupt nicht vorhanden, weil Belgien durch militärische Vereinbarungen mit England und Frankreich *seine Neutralität schon vor dem deutschen Einmarsch aufgegeben habe*. Diese Kampagne ist nach der Eroberung Belgiens eröffnet worden und wird heute noch mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt.

Worauf stützt sich der Vorwurf? Auffallend ist zunächst,

---

[1] Blaubuch, Nr. 114.
[2] Blaubuch, Nr. 125.
[3] Blaubuch, Nr. 122.
[4] Belg. Graubuch, S. 54.

dass der Reichskanzler bei seiner Reichstagsrede am 4. August nicht das geringste von diesem Seelenverkauf Belgiens wusste. Die Neutralitätsverletzung wird in dieser Rede lediglich mit dem beabsichtigten Einmarsch Frankreichs motiviert und gegen Belgien selbst nicht der Schatten eines Vorwurfs erhoben. Herr von Bethmann erklärte im Gegenteil den Einmarsch in Belgien offen für ein « Unrecht », das man später wieder gutmachen würde. Wenn die jetzt behaupteten Tatsachen wahr wären, ist es nicht merkwürdig, dass sie unserem Gesandten in Brüssel so vollständig entgangen sein sollten ? Mindestens ein Verdacht hätte doch auftauchen und auf dem Wege unserer Brüsseler Gesandtschaft nach Berlin gelangen müssen. Wäre dies geschehen, so hätte der Reichskanzler sicher nicht verfehlt, dieses gewichtige Argument zu Gunsten unserer Neutralitätsverletzung schon am 4. August vorzubringen : er war ja sonst freigebig genug mit unerwiesenen Behauptungen.

Man kann also als Tatsache annehmen, dass nichts von derartigen verräterischen Abmachungen in Berlin bekannt war. Es bedurfte erst der Durchstöberung belgischer Archive nach der Einnahme Brüssels, um der Hinterlist der Belgier auf die Spur zu kommen. So war denn die « Norddeutsche Allgemeine Zeitung » in der Lage, einige Schriftstücke aus den Archiven des belgischen Generalstabs zu veröffentlichen, die nach Ansicht der deutschen Regierung die Tatsache eines zwischen Belgien und England vereinbarten Kriegsplans gegen Deutschland dartun sollen. Wenn die Schriftstücke authentisch und vollständig sind — was erst noch zu beweisen wäre —, so ergeben sie zwar, dass einige Unterhaltungen zwischen belgischen Offizieren und englischen Militärattachés über die eventuelle englisch-belgische Kooperation stattgefunden haben; sie beweisen aber andrerseits unwiderleglich, dass diese Kooperation nur statt finden sollte *für den Fall, dass Deutschland die belgische Neutralität verletze*. Die « Norddeutsche Allgemeine Zeitung » publiziert die gefundenen Schriftstücke nicht wörtlich, sondern gibt verdächtigerweise nur Auszüge aus ihrem Inhalt wieder. Aber selbst diese Auszüge können die Tatsache nicht unterdrücken, dass die Landung englischer Truppen in Belgien *nur nach erfolgter Ver-*

*letzung der Neutralität* durch Deutschland stattfinden sollte. Eine offizielle Note der belgischen Regierung aus Le Havre vom 9. Dezember 1914 stellt diesen Tatbestand unwiderleglich fest [1]. Es handelt sich also hier um denselben Vorgang wie bei den militärischen Besprechungen zwischen England und Frankreich : Besprechungen für den Fall eines Angriffs von deutscher Seite werden als Komplotte zu gemeinschaftlichem Ueberfall denunziert, Defensiv-Absichten zu offensiven verfälscht. Deutschland, dessen Pläne von Allen gekannt und gefürchtet wurden, wird als das unschuldige Opfer der bösen Absichten anderer hingestellt, während tatsächlich diese anderen nur Vorsorge trafen, nicht ihrerseits die Opfer deutscher Angriffslust zu werden [2].

Weshalb man ähnliche Besprechungen nicht mit Deutschland für den Fall eines französischen Angriffs gehalten hat ? Die Antwort ist sehr einfach. Weil man sicher war, von Frankreichs Seite einen Angriff nicht befürchten zu müssen. Die Erfahrung hat bewiesen, dass man richtig gerechnet und Frankreich wie Deutschland richtig eingeschätzt hat.

Das englische Ministerium des Auswärtigen hat einen Brief Sir Edward Grey's an seinen Brüsseler Gesandten vom 7. April 1913 veröffentlicht, in welchem Grey jeden Gedanken von sich weist, als erster die Neutralität Belgiens verletzen zu wollen. Kein englisches Ministerium würde dies tun und niemals würde die öffentliche Meinung Englands dies billigen. Die Neutralitätsverletzung seitens Englands würde nicht nur ein Unrecht, sondern auch eine grosse Torheit sein, da man gerade dadurch

[1] Diese Note, welche in der deutschen Presse totgeschwiegen ist, wurde überall in der ausländischen Presse abgedruckt. Mit dem Inhalt dieser Note stimmt das von der « Norddeutschen Allgemeinen Zeitung » veröffentlichte, angeblich so verdächtige Schriftstück vom 10. April 1906 vollständig überein : es enthält nämlich die ausdrückliche Bemerkung : « *l'entrée des Anglais en Belgique ne se ferait qu'après la violation de notre neutralité par l'Allemagne* ». Damit sind alle Vorwürfe, dass zwischen England und Belgien ein gegen Deutschland gerichtetes Offensiv-Komplott bestanden habe, ohne weiteres widerlegt.

[2] Die holländische « Agence Van Diaz » vom 17 November 1914 druckte den Wortlaut einer Rede ab, welche der belgische Kriegsminister Broqueville im Jahre 1913 in einer geheimen Kommissionssitzung der belgischen Kammer gehalten hat und in welcher die deutschen Pläne zum Einmarsch in Belgien mit allen Einzelheiten enthüllt und zur Grundlage neuer Militärforderungen gemacht wurden.

Deutschland einen Antrieb und eine Rechtfertigung zu gleichem Vorgehen bieten würde. Solange die Neutralität Belgiens oder eines anderen neutralen Staates nicht von anderer Seite verletzt würde, werde England niemals Truppen in das Territorium solcher Staaten entsenden. — Dieser Brief ist 15 Monate vor Ausbruch des Krieges geschrieben, also nicht zurecht gemacht, um England eine günstige Position in der jetzigen Controverse zu verschaffen. Er ist daher unbedingt glaubwürdig und wird überdies durch die Vorgänge der letzten Monate bestätigt[1].

Als am 2. August um 7 Uhr Abends das deutsche Ultimatum dem belgischen Minister des Auswärtigen überreicht worden war, bot die französische Regierung am 3. August vormittags durch ihren Militärattaché der belgischen Regierung die Unterstützung von 5 französischen Armeekorps an. *Belgien indessen lehnte diese Unterstützung vorderhand ab*[2], obwohl es die deutschen Forderungen bereits zurückgewiesen hatte und jeden Augenblick den gewaltsamen Einmarsch der deutschen Truppen erwarten musste. Interessant ist besonders ein Passus in der Antwortnote Belgiens an Deutschland. Die deutsche Regierung hatte ihr Verlangen des freien Durchmarsches mit der Absicht Frankreichs motiviert, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Diese Motivierung weist die belgische Regierung mit aller Entschiedenheit zurück und bemerkt dazu :

> « Les intentions qu'elle attribue à la France sont en contradiction avec les déclarations formelles qui nous ont été faites le 1er août, au nom du Gouvernement de la République.
>
> » D'ailleurs, si contrairement à notre attente une violation de la neutralité belge venait à être commise par la France, la Belgique remplirait tous ses devoirs internationaux et son armée opposerait à l'envahisseur la plus vigoureuse résistance. » (Siehe belgisches Graubuch, S. 22.)

---

[1] Siehe für diese und alle anderen für die belgische Frage in Betracht kommenden Tatsachen das ausführliche, mit wissenschaftlicher Objektivität geschriebene Buch von *Emile Waxweiler*, Mitglied der Königlich Belgischen Akademie : « La Belgique neutre et loyale » (Lausanne, Payot & Cie, 1915).

[2] Blaubuch, Nr. 151. Gelbbuch, Nr. 142.

Belgien erklärt also, *Frankreich gegenüber seine Neutralität mit derselben Entschiedenheit verteidigen zu wollen* wie Deutschland gegenüber, hält aber einen französischen Angriff nach den formellen Erklärungen Frankreichs für ausgeschlossen. Klingt das nach heimlicher Bundesgenossenschaft ? — Und weiter. König Albert richtet am 3. August an den König von England ein Telegramm, in welchem er um *diplomatische* Intervention (intervention diplomatique) bittet, nicht um militärische [1]. Klingt das nach geheimer Militärkonvention? Der englische Gesandte Sir Francis Villiers überreicht am 4. August dem belgischen Minister Davignon eine Note, in welcher England sich bereit erklärt, *im Falle eines deutschen Angriffs* «si la Belgique le désire» in Gemeinschaft mit Frankreich und Russland Belgien zu Hilfe zu kommen [2].

*Wenn Belgien es wünscht!* Mit dieser Einschränkung blieb England sogar hinter seinen internationalen Rechten und Pflichten zurück. Es ist völkerrechtlich anerkannt und auch durch die Logik begründet, dass bei einer Kollektivgarantie — wie sie bei Belgien vorlag — jeder Garantiestaat im Falle der Neutralitätsverletzung durch einen anderen Staat ohne weiteres *aus eigenem Recht* den Schutz des Neutralen übernehmen kann und sogar den anderen Garantiemächten gegenüber dazu verpflichtet ist. (Bluntschli, Völkerrecht, VI, Nr. 432 und 440.) England konnte also, selbst ohne den Wunsch Belgiens abzuwarten, zum Schutze der verletzten Neutralität mit bewaffneter Macht einschreiten. Indem es sein Einschreiten von Belgiens Wunsch abhängig machte, bewies es eine Vorsicht, zu der es völkerrechtlich nicht verpflichtet war, und tat jedenfalls unwiderleglich dar, dass keinerlei vorherige, gegen Deutschland gerichtete Vereinbarung zwischen England und Belgien bestand.

Erst am 5. August erging der formelle Appell der belgischen Regierung an die Grossmächte, der zum tatsächlichen Eingreifen der letzteren führte [3].

Damit ist die Hinfälligkeit des deutschen Vorwurfs, Belgien habe schon vorher seine Neutralität verkauft, voll erwiesen. Wäre

---

[1] Belg. Graubuch, Nr. 25.
[2] Belg. Graubuch, Nr. 28.
[3] Graubuch, Nr. 42.

der Vorwurf aber selbst berechtigt, so würde dies keinerlei Entschuldigung für Deutschland abgeben. Die Verteidigung der deutschen Regierung kommt mir so vor, als wenn ein Raubmörder seine Tat damit entschuldigen wollte, dass der Ermordete ein schlechter Kerl gewesen und das geraubte Gut auch seinerseits gestohlen habe. Ja, wenn er die Schlechtigkeit seines Opfers bereits *vor* der Tat kannte, würde man ihm vielleicht — nicht Straflosigkeit, aber mildernde Umstände zubilligen. Wenn er sie aber erst nachher erfahren, so bleibt seine Tat moralisch dieselbe, ob sein Opfer ein Teufel oder ein Engel war. Deutschland ist in ein neutrales Land eingebrochen. *Später* will es erfahren haben, dass dieses Land nicht mehr ganz neutral war; mildernde Umstände können ihm daraufhin nicht bewilligt werden.

Dies die moralische Seite der Sache. Aber nun die praktische. Nehmen wir einmal an, Belgien wäre, was seine Neutralitätspflichten betrifft, « ein Kind, kein Engel ist so rein » gewesen, es hätte sich nie auch nur auf die kleinste militärische Defensiv-Erörterung mit seinen Nachbarn eingelassen. *Wären wir deshalb weniger in Belgien eingebrochen?* Hätten wir unsere Generalstabspläne, die seit Jahren fertig lagen, deshalb im Kasten liegen lassen und uns vor der unbezwingbaren Festungslinie Verdun-Belfort hingelagert? Kein Mensch wird das zu behaupten wagen. Die ganzen Deklamationen und Publikationen über Belgiens Schändlichkeiten sind also Verschwendung von Papier und Druckerschwärze. Wir waren entschlossen, Belgien mit Güte oder mit Gewalt zu überrennen, ob es sich gut oder schlecht gegen uns verhalten hätte. Das ist der Punkt, worauf es ankommt. Von diesem Vorwurf wird uns kein Regen reinwaschen und, je mehr wir nachträglich unser Opfer anschwärzen, um so verdammender wird das Urteil der Welt über uns sein.

Es scheint, man macht sich in Deutschland noch immer kein rechtes Bild von der Wirkung, welche unser Verfahren gegen Belgien auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt ausgeübt hat und noch täglich in verstärktem Masse ausübt. Man muss im Auslande leben, um diese Wirkung zu sehen und zu begreifen. Sie tritt im neutralen Auslande noch stärker hervor, als im feindlichen. Besonders die kleinen Länder, welche den Gross-

staaten benachbart sind, die Schweiz, Holland, Dänemark fühlen, dass sie dasselbe Schicksal wie das unglückliche Belgien hätte treffen können oder in Zukunft einmal treffen kann. Die grossen neutralen Länder aber sind in allen Volksschichten von tiefem Mitleid ergriffen, wenn sie von den Verwüstungen dieses blühenden kleinen Landes, dieser uralten, herrlichen Kunststätten, dieser emsigen und arbeitsreichen Industriezentren lesen, wenn sie in den illustrierten Blättern die schrecklichen Bilder von Brand und Zerstörung, von Elend und Heimatlosigkeit, von rauchenden Dörfern und Städten, auf den Landstrassen herumirrenden Familien sehen, die in ihrem Hunger und Elend die deutschen Soldaten um Brot anbetteln.

So sieht die Welt die Tatsachen an und wird nur noch erbitterter, wenn die Urheber all' dieses Schreckens ihre Taten damit entschuldigen wollen, dass einmal ein belgischer Offizier mit einem englischen Militärattaché über die eventuelle Verteidigung des Landes *im Falle eines deutschen Ueberfalls* Rücksprache gehalten habe.

Und zu dem Mitleid kommt die Bewunderung, die Bewunderung dieses heroischen kleinen Volkes, das seine Unabhängigkeit und seine Ehre gegen den überlegenen Eindringling mutig mit den Waffen in der Hand verteidigt. « La Belgique, — heisst es in der Antwortnote auf das deutsche Ultimatum — a toujours été fidèle à ses obligations internationales ; elle a accompli ses devoirs dans un esprit de loyale impartialité ; elle n'a négligé aucun effort pour maintenir ou faire respecter sa neutralité.

» L'atteinte à son indépendance, dont la menace le Gouvernement allemand, constituerait une flagrante violation du droit des gens. *Aucun intérêt stratégique ne justifie la violation du droit.*

» Le Gouvernement belge, en acceptant les propositions qui lui sont notifiées, sacrifierait l'honneur de la nation en même temps qu'il trahirait ses devoirs vis-à-vis de l'Europe.

» Conscient du rôle que la Belgique joue depuis plus de 80 ans dans la civilisation du monde, il se refuse à croire que l'indépendance de la Belgique ne puisse être conservée qu'au prix de la violation de sa neutralité.

» Si cet espoir était déçu, le Gouvernement belge est fermement

décidé à repousser par tous les moyens en son pouvoir toute atteinte à son droit ». (Siehe Belgisches Buch, Seite 22.)

Dies die stolzen Worte, mit denen ein freies Volk seine Ehre und seine Unabhängigkeit verteidigt.

Auch in Deutschland fehlte es nicht an Verständnis für solchen Heroismus, wenn er — nach der *anderen* Seite hin sich betätigte. Als die Schweizer Regierung — an demselben Tage, an dem die deutschen Truppen in Belgien einbrachen — den Regierungen der kriegführenden Länder ihren Entschluss mitteilte, mit allen Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzlichkeit ihres Territoriums verteidigen zu wollen, drückte die deutsche Regierung in ihrem Bestätigungsschreiben ihre aufrichtige Genugtuung und die Hoffnung aus, dass die Konfederation « dank ihrer starken Armee und des unerschütterlichen Willens des ganzen Schweizer Volkes jede Verletzung ihrer Neutralität zurückweisen würde[1]. » Was bei Belgien ein todeswürdiges Verbrechen war, — weil es sich gegen Deutschland richtete —, war bei der Schweiz ein höchst verdienstvolles Unternehmen, weil es, wenn es überhaupt zur Ausführung kam, sich nur gegen Frankreich richten konnte ! ...

Den stolzen Worten, mit denen die belgische Regierung die entehrende Zumutung Deutschlands zurückwies, entsprach die Haltung der belgischen Armee und des belgischen Volkes.

Mit unbeugsamem Mute, mit riesenhaften Opfern haben die Belgier ihr Land, ihre Festungen verteidigt. Noch heute leisten sie im äussersten Westwinkel Flanderns verzweifelten Widerstand unter der persönlichen Leitung ihres aus deutschem Blute stammenden, mit einer deutschen Prinzessin vermählten Königs, der sich allen Gefahren des Kampfes aussetzt. Kein Wunder, dass solcher Heroismus die bewundernde Begeisterung in der ganzen Welt entflammt. Das ist der *wahre* Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, nicht der gefälschte, wie er dem verführten deutschen Volke eingeredet wird.

Was ist aus diesem deutschen Volke geworden, das doch früher, vor der jetzigen Verderbnis, Sinn und Begeisterung für edle und heroische Taten hatte ! Hat nicht die Befreiungstat des

---

[1] Siehe Waxweiler a. a. O., Seite 52.

Schweizer « Franctireurs » Wilhelm Tell unsern grössten Dichter zu seinem schönsten Drama begeistert? Werden wir nicht grossgezogen in der Bewunderung des Heldenmutes der Kleinen gegen die Grossen, des Kampfes der Spartaner gegen die Perser, der Niederländer gegen die Spanier, derselben Niederländer, deren Aufstand unser Schiller mit so tiefer Sympathie beschrieben und unser Goethe im Egmont unsterblich gemacht hat? Und was tun wir jetzt, wir Deutschen von 1914, die wir denselben Heldenkampf desselben Volkes gegen uns, die Unterdrücker, sehen und erleben? Nicht ein Wort des Mitleids, nicht ein Wort der Bewunderung oder auch nur des Verständnisses. Statt dessen Verleumdungen und Beschimpfungen, die unsere Missetat rechtfertigen sollen. Man lese nur den Aufruf all' der berühmten Deutschen an die Kulturwelt. Abgesehen von der Lüge, dass Belgien mit Frankreich und England im Komplott gewesen sei, lauter unbewiesene Behauptungen über Franctireurtaten, Verstümmelung von Verwundeten, Ermordung von Aerzten u. s. w.

Für jene Herren, die sich noch vor wenigen Jahren — und mit Recht — für den heldenmütigen Kampf des kleinen Burenvolkes gegen das grosse England begeisterten, sind die belgischen Vaterlandsverteidiger, wenn sie zufällig keine Uniform tragen, gemeine Delinquenten, die man wie tolle Hunde totschiessen kann[1]. Erinnert Ihr Euch nicht mehr, Ihr deutschen Geistes-koryphäen, unserer Helden von 1813, die Ihr noch vor einem Jahre in schwungvollen Reden und Festmählern gefeiert habt? War es nicht auch das *Volk* in Waffen, geradeso wie heute die Belgier, das sich mit und ohne Uniform dem fremden Eindringling entgegenwarf? Wer will dem Mann aus dem Volke den Unterschied klar machen zwischen Soldat und Vaterlandsverteidiger, zwischen Zivilisten und Uniformierten, wenn der Feind im Lande steht, Gehöfte und Saaten verwüstet, Vieh und Vorräte davon-

---

[1] *Kardinal Mercier*, Erzbischof von Malines, stellt in seinem Hirtenbrief an das belgische Volk von Weihnachten 1914 auf Grund « sorgfältiger Untersuchung » fest, dass in seiner Diöcese *13 Priester*, in den Diöcesen Namur, Tournai und Lüttich *30 Priester* erschossen worden sind, die er sämtlich mit Namen und Wohnort anführt. In Aerscot sind nach den Feststellungen Merciers 91 Zivilpersonen, in Löwen und Umgegend 176 erschossen oder verbrannt worden, Männer, Frauen, Greise und Kinder.

schleppt, Weiber und Kinder obdachlos macht? Der Mann aus dem Volke sieht den Feind, den Einbrecher, und kümmert sich, wenn er zur Flinte greift, den Teufel darum, ob er einen Rock mit blanken Knöpfen oder die blaue Bluse des Bauern trägt. Das muss man begreifen und das *haben* wir früher begriffen, als wir noch im guten Sinne begeisterungsfähig waren, als unsere Begeisterung noch nicht in die faulen Sümpfe nationaler Ueberhebung und Grossmannssucht abgelenkt war, die stets mit Nichtachtung und Barbarei gegen andere verbunden ist. Das muss man um so mehr begreifen bei einem Volke wie dem belgischen, das nie an einen Krieg gedacht, sich nie durch einen Krieg bedroht geglaubt und seit 100 Jahren in seinen Grenzen keinen Krieg gesehen hat. Das musste man menschlich begreifen und darnach seine Handlungen einrichten.

Gewiss, die deutschen Soldaten durften sich verteidigen gegen heimtückische Angriffe, aber sie durften nie vergessen, dass die Angreifer das Höchste verteidigten, was es auf Erden gibt, Haus und Hof und Heimat und Vaterland. Darnach mussten sie ihre Gegenmassregeln einrichten, nicht nach dem *sogenannten Kriegsrecht*, das sie sich selbst zurecht gemacht, das nirgends gebucht steht und nirgends anerkannt ist. Wenn in einem Dorfe von ein paar tausend Einwohnern und hundert Häusern einige Schüsse aus den Fenstern fallen, die vielleicht sogar von versteckten Soldaten, nicht von Zivilisten abgegeben sind, wer räumt uns das Recht ein, das ganze Dorf niederzubrennen und eine Anzahl männlicher Einwohner, Schuldige und Unschuldige, an die Mauer zu stellen und tot zu schiessen? Brennt meinetwegen, wenn Ihr es zu Eurem Schutze notwendig glaubt — ein Strafrecht hierzu kann ich nicht anerkennen —, brennt die einzelnen Häuser nieder, bestraft den einzelnen Zivilisten, den Ihr als schuldig erkannt habt, aber schont das Dorf und schont die Unschuldigen. Das ist das mindeste, was die Gerechtigkeit verlangt, wenn man überhaupt von Gerechtigkeit reden kann zu Gunsten des Angreifers und zu Lasten des Verteidigers. Was man Euch entgegensetzt, ist die *wahre* Notwehr, die Notwehr des französischen und belgischen Bürgers gegen den Deutschen, den deutschen Eindringling, — die Notwehr Belgiens und Frankreichs gegen Deutsch-

land. *Hier* heisst es mit *Recht*: « Not kennt kein Gebot. Wer um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut. » Dieser an sich richtige, aber mit Unrecht auf Deutschland angewendete Satz des Reichskanzlers — auf die Gegner passt er. Nur leider wird er ihnen gegenüber dahin umgedreht: wer um sein Höchstes kämpft, wird an die Mauer gestellt und totgeschossen.

Welche unsagbare Begriffsverwirrung in Deutschland um sich gegriffen hat, konnte ich nach Ausbruch des Krieges in einem Kinematographentheater in Berlin beobachten. Da die Militärzensur nur patriotische Sachen gestattete, wurden in einem Kino hinter einander zwei Kriegsdramen aufgeführt, deren erstes den Tiroler Aufstand von 1809 unter Andreas Hofer und deren zweites Franctireurszenen aus dem Kriege von 1870 schilderte. In dem Tiroler Drama ist das ganze Volk in Waffen gegen den französischen Eroberer: Andreas Hofer selbst, der Führer und Held — kein General, sondern ein Gastwirt, — alle Uebrigen Bauern, Handwerker und Knechte, auch die Frauen und Töchter bewaffnet und am Kampfe teilnehmend, das ganze Volk zum Befreiungskrieg entflammt. Alle Sympathien des Autors dieses Dramas sind natürlich auf der Tiroler Seite. Die Franzosen werden aus Verstecken, hinter Häusern, Bäumen und Felsblöcken nur so niedergeknallt. Und der Schluss natürlich: siegreiche Befreiung des Volkes. Dann folgte das Franctireurdrama von 1870 und siehe da: « nach Tische las man's anders ». Jetzt sind die französischen Vaterlandsverteidiger auf einmal Halunken und Verbrecher geworden. Schon ihre Visagen zeigen die bösen Instinkte. Auch sie schiessen aus dem Hinterhalt, wie die Tiroler von 1809, aber was dort Freiheitskampf war, ist hier Verbrechen und Hinterlist. Die Strafe bleibt denn auch nicht aus. Deutsche Hilfstruppen stürmen ins Dorf, Feuer wird angelegt und ein Dutzend Männer und Knaben unter dem Jammergeschrei von Frauen und Kindern an der Kirchhofsmauer — wie das schöne Wort lautet — standrechtlich erschossen. Ja, Bauer, das war ganz was anderes! Gegen die Franzosen: ein Volk in Waffen! Gegen die Deutschen: todeswürdige Verbrecher! Dieselbe Begriffsverwirrung überall: von den Spitzen der deutschen Intelligenz herunter bis zum letzten Kinodramenschreiber! —

Die Wirkung dieser geistigen Perversion im Auslande kann man sich vorstellen: es ist die umgekehrte als die beabsichtigte. Der deutsche Professor ist in diesen sechs Kriegsmonaten eine komische Figur im Ausland geworden — oder vielmehr eine tragikomische — wie es früher der preussische Junker und Leutnant war. Alle früheren Sympathien sind unter Spott und Widerwillen begraben und wenden sich unseren Gegnern, vor allen den unglücklichen Belgiern zu. « Belgien — schreibt der gewiss nicht deutschfeindliche Karl *Spitteler* in seiner Schrift: « Unser Schweizer Standpunkt [1] » — Belgien geht uns an sich nichts, dagegen durch sein Schicksal ausserordentlich viel an. Dass Belgien Unrecht widerfahren ist, hat der Täter ursprünglich freimütig zugestanden. Nachträglich, um weisser auszusehen, schwärzte Kain den Abel. Ich halte den *Dokumentenfischzug in den Taschen des zuckenden Opfers* für einen seelischen Stilfehler. Das Opfer erwürgen war reichlich genug. Es noch verlästern, ist zu viel ». So schreibt ein Schweizer. So schreiben und denken Alle im neutralen Auslande, Alle ohne Ausnahme. Belgische Künstler, Dichter, Politiker werden in Italien und Amerika, in der Schweiz und in Holland mit Begeisterung empfangen, in Riesenversammlungen bejubelt, geradeso wie wir es 1902 mit Onkel Krüger und seinen Burenbegleitern gemacht haben. *Belgien ist heute Trumpf in der Welt.* Und wehe uns, wenn wir den Belgiern nach dem Kriege auch nur ein Haar krümmen würden! Dieser Trumpf in der Hand unserer Gegner wird uns moralisch schlagen, selbst wenn wir militärisch den Sieg davontragen sollten.

Einen Teil unserer Zerstörungen in Belgien erklären wir mit der Notwehr. Notwehr überall: Notwehr, wenn wir in Belgien eindringen, — Notwehr, wenn wir uralte Kunststätten in Brand stecken. Ich nehme als erwiesen an, dass in Löwen aus Häusern auf deutsche Soldaten geschossen worden ist. Berechtigt uns dies, ganze Stadtteile durch Feuer zu zerstören? Den berühmten Stadtpalast und die Kathedrale den Flammen auszusetzen und ihnen zum mindesten schweren Schaden zuzufügen? Wo steht es geschrieben, dass Gewehrschüsse mit Brandstiftung beant-

[1] Erschienen bei Rascher & C^ie, Zürich, 1915.

wortet werden müssen? Wo und wann ist solches Kriegsrecht kodifiziert worden? Das ist *preussisches* Kriegsrecht, aber kein Völkerrecht. Wenn die Kosaken so handeln in Ostpreussen, so sprechen wir von wilden moskowitischen Horden, aber diese Horden haben wenigstens noch die Entschuldigung für sich, dass in Stallupönen und Neidenburg keine Kultur- und Kunststätten zu Grunde gehen. Was aber soll die Welt von unseren Handlungen in dem alten Kultur- und Kunstland Belgien sagen? In Belgien, wo jedes Nest künstlerische Kleinodien enthält, gotische Dome und Stadthäuser und Marktplätze, umgeben von herrlichen Patrizierhäusern mit prunkvollen altdeutschen goldverzierten Renaissancefassaden. All' diese Blüten menschlicher Schaffenskraft, an denen ungezählte Generationen sich erfreut und erbaut haben, die ferneren Geschlechtern als Schmuck und Vorbild dienen sollten, — sie sind zugrunde gerichtet, zerstört, verbrannt, weil Deutschland aus *Notwehr* Belgien überfallen und aus Notwehr die Brandfackel an die Häuser legen musste.

Aber gut. Nehmen wir an, das musste so sein. Aber haben wir auch die *Kontributionen*, fünf Hundert Millionen und mehr, aus Notwehr auf Staat, Städte und Provinzen Belgiens gelegt? Wie wollen wir *diesen* Gewaltakt entschuldigen? Wie wollen wir die ungeheuren Steuerstrafen rechtfertigen die man neuerdings belgischen Bürgern auferlegt hat, die — von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch machend — den Aufenthalt im Auslande dem Leben unter deutscher Okkupation vorziehen? Was berechtigt uns dazu, das ausgesogene verhungernde Land auch noch mit unerschwinglichen Geldopfern zu belasten? Welche Missetat Belgiens hat auch noch diese Strafe verdient? Die Missetat, sich gegen uns zu verteidigen etwa oder meinetwegen selbst: diese Verteidigung bereits mit anderen vorbereitet zu haben? In jedem Falle doch nur Verteidigung, kein Angriff: denn dass Belgien uns hätte angreifen wollen, das hat selbst in Deutschland noch niemand behauptet.

Also nochmals: *wie erklärt und rechtfertigt Ihr die Kontributionen*, deren Höhe man verschämt verschweigt, die aber alles zusammengerechnet eine halbe Milliarde bedeutend übersteigen. Hier verfängt Euer Vorwand der Notwehr nicht mehr. Der

Angeklagte, der zu seiner Entschuldigung Notwehr anführt, aber im Besitz der Geldbörse des Gegners gefunden wird, er wird vergeblich auf Straflosigkeit plädieren.

Man wird mir einwenden und hat diesen Einwand erhoben : Weshalb hat Belgien uns nicht den freien Durchzug gestattet, dann hätte es alle Schrecken des Krieges erspart ? Eine herrliche Frage, würdig der neudeutschen Volkspsychologie. Weshalb hast Du Dir die Injurien nicht gefallen lassen ? — ruft der Beleidiger dem Beleidigten zu — jetzt bekommst Du ausserdem noch einen Schlag auf den Kopf. — Weshalb hat sich Deutschland die Napoleonische Okkupation nicht gefallen lassen ? Wenn es stillgehalten hätte, würde es viel Blut und Kriegsschrecken erspart haben. Weshalb haben Leonidas und seine Spartaner die Perser nicht durch die Thermopylen hindurch gelassen ? Wenn sie es getan hätten, würden sie alle am Leben geblieben sein. Diese und ähnliche quaestiones Domitianae könnte man haufenweise stellen : sie sind nicht törichter als der Einwurf, den man heute in Deutschland gegen Belgien hört. Belgien hat sich verteidigt ganz einfach, weil seine Ehre, seine Unabhängigkeit und seine internationalen Verpflichtungen es zur Verteidigung zwangen. Indem man es aufforderte, den freien Durchzug zu gestatten, mutete man ihm zu, seine Ehre und seine Unabhängigkeit aufzugeben und seine internationalen Verpflichtungen in den Wind zu schlagen.

Diese Verpflichtungen hatten nicht nur einen moralischen, sondern auch einen sehr erheblichen praktischen Untergrund. In dem Augenblick, wo Belgien sich durch die Bevorzugung Deutschlands auf dessen Seite stellte, hatte es seine neutrale Stellung ein für allemal verwirkt und wäre nie in der Lage gewesen, sie wieder zurück zu erlangen. Niemals wieder hätten die anderen Mächte das Vertrauen haben können, dass Belgien in Zukunft neutral bleiben würde, wenn es in diesem Fall die Pflichten seiner Neutralität leichten Herzens aufgab. Belgien wäre also in eine sichere Abhängigkeit von seinem grossen Nachbarstaat Deutschland geraten, der ihm allerdings die Unabhängigkeit versprach, aber immerhin weniger Sicherheit für diese Unabhängigkeit bot als

die Garantie sämtlicher Grossmächte. Der Appetit Deutschlands auf Belgien war in der Welt nicht unbekannt. Unsere militärisch-politische Literatur hatte reichlich dazu beigetragen, diese Kenntnis zu verbreiten. Herr von Bernhardi hielt überhaupt den « Begriff dauernder Neutralität dem Wesen des Staates widersprechend » und war insbesondere der Meinung, dass Belgien bereits seine eigene Neutralität verletzt habe, als es zu seinem kleinen Landgebiet den grossen Kongostaat hinzuerworben habe [1]. Es war also einigermassen gefährlich, dem heisshungrigen Nachbar zu vertrauen, sich seiner Gnade allein zu überlassen und alle anderen Beschützer beiseite zu schieben. Das Lamm hat nun mal kein grosses Vertrauen, wenn ihm der Wolff seine Unabhängigkeit verspricht. —

Also nicht nur ideale Gesichtspunkte waren es, die Belgien zu seinem Verhalten veranlassten, sondern höchst greifbare praktische Interessen und mindestens für die letzteren müsste man doch in Deutschland Verständnis haben, wenn man auch über den Idealismus der — Anderen höhnisch die Nase rümpft.

Genau dieselben Gesichtspunkte, welche Belgien zur Ablehnung des deutschen Durchmarsches veranlassen mussten, würden es auch veranlasst haben, jede Zumutung Frankreichs oder Englands, mit ihnen gemeinsame Sache gegen Deutschland zu machen, abzulehnen. Niemand in Deutschland gibt sich die Mühe, auch nur einen Moment darüber nachzudenken, was denn Belgien hätte veranlassen sollen, seine Neutralität aufzugeben und sich mit Haut und Haaren den Ententemächten zu verschreiben. *Welchen Vorteil konnte es wohl davon erwarten ?* Hatte Belgien etwa Eroberungsabsichten auf die Rheinlande ? Wollte es sich nach Aachen oder Trier hin arrondieren ? Was in aller Welt sollte ihm ein feindliches Auftreten gegen Deutschland einbringen ? Nichts natürlich. Es hätte im Gegenteil durch die Parteinahme für die Ententemächte seine Stellung in Europa aufs äusserste gefährdet. Solange Belgien neutral blieb und die Pflichten der Neutralität erfüllte, war es von dem Ausgang des Krieges vollkommen unabhängig und konnte mit Gemütsruhe

---

[1] *Bernhardi*, « Deutschland und der nächste Krieg », S. 123.

abwarten, ob Deutschland oder Frankreich
Kampfe hervorging. Mit dem Augenblick
aber für den einen Teil kettete es sein ganzes
an den Kriegserfolg seines Bundesgenossen
wenn dieser Bundesgenosse unterlag. *Weshal*
*Risiko laufen* ? Weshalb sollte es sich der Ra
deutschen Nachbarn ausliefern und im Fall
erster von allen die Zeche bezahlen ? Denn
kein Zweifel sein, dass Belgien, als vertrags
Bundesgenosse Frankreichs, im Falle der N
Umständen von Deutschland annektiert
Schicksal, das ihm ja jetzt schon angedroht
bloss erfundenen Bundesgenossenschaft. Ich
welchen vernünftigen Grund sollte Belgien
nutzloser Weise in diese Gefahr zu begeb
Gewissens unter dem Schutze seiner Neutr
Ereignisse abzuwarten ? Niemand wird ein
auf diese Frage erteilen können. Und so ist
der einfachsten logischen Ueberlegung d
deutschen Beschuldigungen gegen Belgien d

Belgien hat Deutschland gegenüber sein
Pflichten erfüllt und sein Interesse gewahrt,
jeder von anderer Seite kommenden Zumu
tätsbruchs getan hätte. Wer unrecht, pflic
seine wahren Interessen gehandelt hat, das

Die Imponderabilien, welche ein Bismarck
tischen Massnahmen im Auge behielt, sie
Leiter des heutigen Deutschland, die ihm zw

Nach Abschluss dieses Abschnitts kommt mir ein Sc
des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 24. De
zu Gesicht, welches in Erwiderung auf eine Rede Vivianis
um das Mögliche und Unmögliche an Verdrehungen und
schungen leistet, um die klar erwiesene Schuld Deutschla
die Ententemächte abzuwälzen [1]. Es hiesse diesem Schr
zuviel Ehre antun, wollte man es zum Gegenstand einer
deren Abhandlung machen. Alles was darin gesagt ist, is
die diplomatischen Bücher, durch das deutsche Weissbuc
und durch die früheren Reden des Reichskanzlers wi
Das Kunststück, mittels dessen Herr von Bethmann sich
waschen sucht, besteht darin, dass er die Zeitfolge der Er
verschiebt, alles was nicht in seinen Kram passt, unter
Behauptungen aufstellt, die den erwiesenen Tatsachen
sprechen, und den Ententemächten Motive unterschiebt, di
ihre Handlungen widerlegt werden.

Die Wahrheitsliebe des Herrn von Bethmann und glei
sein kurzes Gedächtnis mögen nur einige Stichproben illus
Er behauptet jetzt, *Oesterreich habe zu Anfang nur gegen*
*mobilisiert*, während er am 4. August selbst zugibt, dass ei
mobilisierung — und zwar *vor* der russischen Teilmobilisie
auch gegen Russland stattgefunden habe. — Ein ferneres I
seiner Unterschlagungstaktik : er gibt zu, dass Deutschl
gegen die *Form* einer Konferenz Einwendungen erhobe
verschweigt aber den wichtigen Umstand, dass Deutschla
wiederholten Drängens der Ententemächte sich nicht h
lassen hat, eine Form anzugeben, in der ihm die Konferenz
sein würde. — Verschweigen wird unter vielem anderen

Nur auf eine Behauptung möchte ich noch hinweisen, die auch keine andere Bezeichnung verdient. Eine Behauptung, die jetzt zum ersten Male auftritt und — hört, hört! — der Abwechslung halber *England* die Schuld der ersten Mobilisierung zuschiebt — eine Schuld, die bisher Russland allein zur Last fallen sollte. Worauf stützt sich dieser fürchterliche Vorwurf, der, selbst wenn er wahr wäre, die unausgesetzten Friedensbemühungen Grey's nicht aus der Welt schaffen würde? Auf die Tatsache, dass die englische Flotte nach Beendigung ihrer normalen Manöver bei Portland nicht aufgelöst, sondern bis auf weiteres noch zusammengehalten wurde (am 27. Juli). Es handelte sich hierbei keineswegs um eine « Mobilisierung », eine « Zusammenziehung der Flotte bei Portland », eine « militärische Massnahme in grossem Stile » — wie Herr von Bethmann wider besseres Wissen behauptet — sondern einfach um ein *Zusammenhalten, ein Nichtauflösen* der Manöverflotte (arrêt de la démobilisation de la flotte) — veranlasst durch die gespannte europäische Lage, durch die Abberufung des österreichischen Gesandten aus Belgrad und die Weigerung Oesterreichs und Deutschlands, in irgend eine Verhandlung über die serbische Angelegenheit mit den übrigen Mächten einzutreten [1]. Diesen Grund für die Nichtauflösung der Flotte teilte Grey offen dem österreichischen Botschafter Grafen Mensdorff mit, unter dem Hinzufügen, dass darin *keinerlei Drohung* liegen solle, sondern nur eine Sicherungsmassnahme für den Fall eines europäischen Konfliktes, der durch Oesterreichs unbegreifliche Ignorierung der konzilianten serbischen Antwort heraufbeschworen werden könnte. Keine andere Sicherungsmassregel zu Wasser oder zu Lande hatte England ergriffen. Herr von Bethmann aber macht daraus eine Mobilisierung « *in grossem Stile* », die eine « Demütigung der beiden Dreibundmächte » bezweckt und eine kriegerische Stimmung bei Frankreich und Russland erzeugt habe. Qui trompe-t-on ici? Niemanden, Herr von Bethmann.

Lesen Sie nach im Gelbbuch und im Blaubuch [2], wie bereits seit dem 26. Juli morgens — also unmittelbar nach dem Ablauf des österreichischen Ultimatums — Deutschland die Mobilisation

[1] Blaubuch, S. VIII u. Nr. 48. Gelbbuch, Nr. 66.

[2] Gelbbuch, Nr. 58, 59, 60, 88, 90, 91, 106, 118. Blaubuch, Nr. 105 (Enclosure 3).

vorbereitet hatte, wie die Garnisonen Elsass-Lothringens konzentriert, die Grenzbefestigungen in Verteidigungszustand gesetzt wurden, wie die Truppentransporte vorbereitet, die Reservisten durch Einzelbenachrichtigung einberufen, die deutschen Schiffe aus Norwegen zurückbeordert, Offiziere auf Urlaub aus der Schweiz zurückberufen, Privatautomobile in Baden für Militärzwecke reserviert wurden etc. Lesen Sie nach, wie Deutschland in Elsass-Lothringen, in Strassburg und Metz, wie Oesterreich in Ungarn und Galizien bereits am 29. Juli in voller, wenn auch heimlicher, Mobilisierung begriffen waren.

Lesen Sie weiter nach, wie am 30. Juli — also *vor* der offiziellen Verkündigung des Kriegszustandes — bereits tatsächlich die deutschen Grenzprovinzen sich in dem letzten Stadium vor der Mobilisation befanden, wie die Grenzen bereits am Tage vorher von deutschen Patrouillen überschritten wurden, wie das ganze 16. Armeecorps, verstärkt durch einen Teil des 8. aus Trier und Köln, bereits die Grenze von Metz nach Luxemburg besetzt hielt !

Dies Alles schon am 30. Juli, obwohl Frankreich freiwillig die Verpflichtung übernommen und innegehalten hatte — *gegen* sein strategisches Interesse —, seine Truppen zehn Kilometer von der Grenze fern zu halten [1]. Vergleichen Sie diese deutschen Kriegsmassnahmen mit den Friedensversicherungen, die der unglückliche Herr von Schoen täglich am Quai d'Orsay abgeben musste! Lesen und vergleichen Sie das Alles und dann wagen Sie noch, aus der einzigen, offen bekannten Tatsache der Nichtauflösung der englischen Manöverflotte einen *beabsichtigten Friedensbruch* von Seiten Englands herzuleiten ! Nein, Herr von Bethmann, Sie täten wahrlich besser, zu schweigen : si tacuisses, philosophus mansisses. Sie würden Ihrem Rufe, ein « Philosoph » zu sein, besser dienen, wenn Sie geduldig das Schicksal ertrügen, das Sie über sich und Ihr Land heraufbeschworen haben, anstatt krampfhaft nach Strohhalmen zu greifen, die Sie doch nicht vor dem Sturz in die Tiefen der allgemeinen Verdammung bewahren werden. Schweigen Sie — um Ihret- und um unsretwillen ! — und begnügen Sie sich mit dem wohlklingenden Führungsattest,

[1] Gelbbuch, Nr. 106. Reichskanzlerrede vom 4. August. Blaubuch, Nr. 105.

das Ihnen Professor Lasson ausgestellt hat, dass Sie « der weithervorragendste unter den lebenden Menschen seien, der keine anderen Motive als Wahrheit, Treue und Recht kennt. »

* * *

Die Anklagepunkte gegen Deutschland fasse ich in folgende Sätze zusammen :

1. Deutschland hat Oesterreich freie Hand gegen Serbien gelassen, obwohl es sich bewusst war, dass aus dem österreichisch-serbischen Konflikt ein europäischer erwachsen musste.

2. Es hat geduldet, dass Oesterreich eine Ultimatumsnote mit exorbitanten Forderungen an Serbien richtete und trotz der fast vollständigen Bewilligung dieser Forderungen seinen Gesandten abberief und den Krieg erklärte.

3. Es hat mit der Anregung der Lokalisierung des Krieges den *Schein* einer Friedensvermittlung erweckt, deren Aussichtslosigkeit ihm aus der historisch-diplomatischen Geschichte und noch zuletzt aus der Balkankrisis bekannt sein musste und nach dem Zugeständnis des Weissbuchs tatsächlich bekannt war.

4. Es hat den Vorschlag der Viermächtekonferenz abgelehnt.

5. Es hat seinerseits den Vorschlag direkter Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg gemacht, aber gleichzeitig geduldet, dass diese Verhandlungen von Oesterreich abgelehnt und statt dessen der Krieg an Serbien erklärt wurde.

6. Es hat das oft wiederholte Ersuchen der anderen Mächte, an Stelle des abgelehnten Konferenzvorschlages einen anderen Weg der Mediation seinerseits vorzuschlagen, unbeantwortet gelassen.

7. Es hat die verschiedenen Einigungsformeln Grey's unerörtert und unbeantwortet gelassen.

8. Es hat die Einigungsformeln Sazonow's teils abgelehnt, teils unbeantwortet gelassen.

9. Es hat trotz aller Anfragen nie gesagt, was Oesterreich will, sondern sich immer nur darauf beschränkt zu sagen, was Oesterreich *nicht* will.

10. Es hat ein Neutralitätsgesuch an England gerichtet und damit seinen Kriegswillen bekundet zu einer Zeit, als die Ententemächte noch in eifrigster Weise am Friedenswerk arbeiteten

11. Es hat in dem Augenblick, als endlich in Petersburg aussichtsvolle Verhandlungen zwischen Oesterreich und Russland über die serbische Note begannen, durch seine Ultimata an Frankreich und Russland diese Verhandlungen gestört und den Krieg unvermeidlich gemacht.

12. Es hat in dem Ultimatum an Russland die Demobilisierung auch gegen Oesterreich verlangt, obwohl Oesterreich selbst seine gesamten Streitkräfte mobilisiert hatte.

13. Es hat an Stelle der angedrohten Gegenmobilisierung sofort ohne jeden Grund an Russland und demnächst an Frankreich den Krieg erklärt.

14. Es hat diese Kriegserklärung nachträglich damit motiviert, dass die gegnerischen Mächte den Krieg begonnen hätten, während im Gegenteil die ersten Kriegsakte von Deutschland ausgegangen sind.

15. Es hat die Neutralität Belgiens verletzt und dadurch auch den Krieg mit England herbeigeführt.

Diese Anklagepunkte sind erwiesen und begründen den Urteilspruch : « **Deutschland ist schuldig, in Gemeinschaft mit Oesterreich den europäischen Krieg herbeigeführt zu haben.** »

## C

## England.

Das Verhalten Englands bis zum Auftauchen der belgischen Neutralitätsfrage geht aus meiner bisherigen Darstellung so deutlich hervor, dass es eine unnütze Wiederholung wäre, dasselbe nochmals im Zusammenhange darzustellen. Der englische Staatssekretär des Auswärtigen *Sir Edward Grey* hat in der ganzen Friedensaktion von Anbeginn des Konflikts an die Führung gehabt und alles getan, was in Menschenkräften stand, um den Krieg zu verhindern :

1. Er hat der serbischen Regierung — mit Erfolg — zur Mässigung geraten [1].

[1] Blaubuch, Nr. 12, 15, 16, 22, 27.

2. Er hat — hier aber ohne Erfolg — bei der österreichischen Regierung eine Fristverlängerung durchzusetzen versucht [1].

3. Er hat darauf den Vorschlag der Viermächtekonferenz gemacht, welcher von Frankreich, Italien und Russland angenommen, von Oesterreich und Deutschland aber abgelehnt wurde [2].

4. Er hat die deutsche Regierung wiederholt aufgefordert, an Stelle der von ihr abgelehnten Konferenz irgend eine andere Form der Cooperation der vier unbeteiligten Mächte vorzuschlagen ; seine Aufforderung ist unbeantwortet geblieben [3].

5. Er hat die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zu fördern gesucht, die von Deutschland ebenfalls vorgeschlagen, aber von Oesterreich — nach der Kriegserklärung an Serbien — abgelehnt wurden [4].

6. Er hat demnächst eine Einigungsformel vorgeschlagen, nach welcher Oesterreich serbische Gebietsteile einschliesslich Belgrad besetzen und von dort aus seine Bedingungen diktieren sollte. Diese Bedingungen sollten den Mächten mitgeteilt und, so weit sie Serbiens Integrität und Souveränität nicht berührten, den Serben zur Annahme empfohlen werden. Auf diesen Vorschlag ist nie eine Antwort erfolgt, weder von Oesterreichs noch von Deutschlands Seite [5].

7. Er hat die erste von Sazonow vorgeschlagene Einigungsformel befürwortet und, da sie von Deutschland als unannehmbar abgelehnt wurde, eine zweite Einigungsformel bei Sazonow durchgesetzt, die dem österreichischen Standpunkt noch weiter entgegenkam. Dieser Vorschlag ist unbeantwortet geblieben [6].

8. Er hat die am 31. Juli begonnenen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Russland aufs lebhafteste gefördert und sie durch weitere, volle Befriedigung für Oesterreich enthaltende, Vorschläge zum Ziele zu führen gesucht. Alle seine Vorschläge enthielten die Klausel, dass weitere militärische Vorbereitungen von allen Seiten unterbleiben sollten [7].

---

[1] Blaubuch, Nr. 13, 26.
[2] Blaubuch, Nr. 17, 35, 36, 37, 42, 43, 51, 53, 111.
[3] Blaubuch, Nr. 60, 68, 80, 84, 88.
[4] Blaubuch, Nr. 45, 74, 75, 78, 93, 106.
[5] Blaubuch, Nr. 88, 98, 103.
[6] Blaubuch, Nr. 97, 103, 120, 131, 132, 139. Orangebuch, Nr. 60, 63, 67.
[7] Blaubuch, Nr. 110, 111, 131, 133, 135, 137.

9. Er hat sich zuletzt sogar bereit erklärt, jeden annehmbaren Vorschlag Deutschlands oder Oesterreichs, welcher der Erhaltung des Friedens dienen könnte, in Petersburg und Paris zu vertreten und für den Fall der dortigen Nichtannahme sich von den Verhandlungen zurückzuziehen. Kein solcher Vorschlag ist ihm gemacht worden, da Deutschland inzwischen die beiden Ultimata gestellt hatte und weitere sachliche Verhandlungen ablehnte [1].

10. Er hat noch am 1. August — am Tage der deutschen Kriegserklärung an Russland — nach allen Hauptstädten Vorschläge, Vorstellungen und Warnungen gesandt, um in letzter Stunde vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten eine Einigung zwischen den Mächten zu erzielen [2]. Das englische Blaubuch enthält nicht weniger als 17 Depeschen von und nach den verschiedenen Hauptstädten vom 1. August, 16 vom 31. Juli, 33 vom 29. und 30. Juli.

Sir Edward Grey hat wie kein anderer sich den Namen « Peacemaker of Europe » verdient, wenn der Satz noch Geltung hat : in magnis voluisse sat est.

*Seine Bemühungen sind vergeblich gewesen, aber sein Verdienst, der Erhaltung des Friedens mit unermüdlichem Eifer, mit Klugheit und Energie gedient zu haben, wird unauslöschlich in der Geschichte bestehen bleiben.*

Diesem Urteil der Geschichte wird auch Herr von Bethmann Hollweg nicht widersprechen können. Ich meine den Herrn von Bethmann vom 4. August, nicht den vom 2. Dezember.

Wie sagt doch der vom 4. August ? Hören wir das Weissbuch :

« Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. » (S. 9.)

« Wir haben uns aber bereit gefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Edward Grey's nach Wien zu übermitteln, in dem er anregt, Oesterreich-Ungarn möchte sich entschliessen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. » (S. 9.)

---

[1] Blaubuch, Nr. 111, 112, 121.

[2] Blaubuch, Nr. 126, 130, 131, 132, 133, 135, 137, 138, 139, 141.

« Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet u. s. w. » (S. 11.)

« Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Oesterreich solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. » (S. 11.)

« Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen und Vermittlung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden u. s. w. » (S. 11.)

« Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittlungsvorschlag... eintreffen konnte u. s. w. » (S. 12.)

« Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln u. s. w. » (Reichskanzlerrede vom 4. August.)

Diesen Zitaten aus der deutschen Denkschrift entsprechen die beigelegten Telegramme, insbesondere auch der Telegrammwechsel des Königs von England mit dem Prinzen Heinrich und dem Kaiser Wilhelm. Am interessantesten aber ist, dass selbst die feierliche Kriegserklärung an Russland ein ebenso *feierliches Zeugnis für die Friedensbemühungen Englands* in folgenden Worten enthält :

> « Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, *d'accord avec l'Angleterre*, était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de Saint-Pétersbourg [1]. »

So sprach und dachte Herr von Bethmann Hollweg am 4. August.

Wie aber sprach und dachte er — oder vielmehr gab er vor, zu denken — am 2. Dezember ?

« Die Verantwortung an dem grössten aller Kriege liegt für uns klar. Die äussere Verantwortung tragen die Männer in Russland, die die Mobilisierung der gesamten Armee betrieben und durchgeführt haben. *Die innere Verantwortung liegt bei der grossbritannischen Regierung*. Das Londoner Kabinett konnte diesen

[1] Weissbuch, Anlage 26.

Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen Kontinentalkrieg in Europa hervorwachsen zu lassen... England hat das nicht getan... England sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen. Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, dass es auf der Seite Frankreichs und Russlands stehe. »

*Soviel Worte, soviel Lügen* !

Zunächst wird der Reichskanzler durch sich selbst widerlegt. In dem Prozess Bethmann wider Bethmann wird der Reichskanzler des 2. Dezember durch den Reichskanzler des 4. August geschlagen. Alle Vorgänge, die dem Kriegsausbruch vorangingen, hatten sich *vor* dem 4. August abgespielt, also vor dem Tage, an welchem Herr von Bethmann sein Aktenmaterial dem deutschen Reichstag vorlegte. Hätte England in der Tat die Rolle gespielt, die ihm der Bethmann vom 2. Dezember zuschiebt, so hätte der Bethmann des 4. August das wissen müssen und nicht seine Lobreden auf Englands Verdienste um den Frieden halten können. Er lobte England, weil es dieses Lob verdiente. Er *wusste*, dass es dieses Lob verdiente, weil er als oberster Leiter der auswärtigen Politik alle Vorgänge persönlich miterlebt hatte. Seine Darstellung vom 4. August entsprach der Wahrheit und, wenn man ihr einen Vorwurf machen kann, so ist es nur der, dass sie die Wahrheit nicht in ihrem ganzen Umfange ausgebreitet und das Lob der englischen Regierung in zu bescheidene Formen gekleidet hat.

Ist es möglich, dass der Mann, der alle Einigungsvorschläge Englands unter nichtigen Vorwänden ablehnte oder nicht beantwortete oder nicht einmal an Oesterreich übermittelte, der am 31. Juli, als die Einigung Oesterreichs und Russlands vor der Tür zu stehen schien, durch seine Ultimata den Krieg geradezu erzwungen hat, der am 29. Juli bereits den Entschluss zum Kriege gefasst und durch sein Neutralitätsgesuch an England zum Ausdruck gebracht hat, der aber von Grey jene grossartige Friedenskundgebung als Antwort erhielt, die den europäischen Völkern einen dauernden Friedenszustand in sichere Aussicht stellte, — ist es möglich, dass dieser Mann die Stirn hat — entgegen seinem eigenen gedruckten Zeugnis —, England für diese Welt-

katastrophe verantwortlich zu machen, für die *er* allein die furchtbare Verantwortung trägt? Es *ist* möglich, denn es ist geschehen. Aber die Welt weiss, was sie davon zu halten hat, und die Lüge fällt auf ihren Urheber zurück.

Das englische Blaubuch selbst soll nach der Behauptung des Reichskanzlers die Schuld der englischen Regierung ergeben. Es soll dartun, dass England die Kriegspartei in Petersburg gestützt und von vornherein erklärt habe, « *auf der Seite Russlands und Frankreichs zu stehen.* »

Was ergibt das Blaubuch in Wirklichkeit? Das gerade Gegenteil.

Wahr ist nur, dass Russland und Frankreich in richtiger Erkenntnis der deutschen aggressiven Absichten Sir Edward Grey zu bestimmen suchten, falls der Konflikt sich verschärfte, eine entschiedene Stellung zu Gunsten der Ententegenossen einzunehmen. Man hoffte in Paris und Petersburg, durch diese Stellungnahme Englands Deutschland von seinen Kriegsabsichten abzuschrecken.

Die Stellungnahme Englands sollte also *nicht kriegsfördernd, sondern kriegshindernd* wirken. Sir Edward Grey lehnte das Ansinnen ab und betonte wiederholten Versuchen gegenüber stets von neuem, dass England frei von Verpflichtungen sei und bleiben wolle. Er ging sogar noch weiter : er warnte die Ententegenossen auf's ernstlichste, sich nicht darauf zu verlassen, dass England sich mit ihnen solidarisch erklären würde.

Schon am 24. Juli hatte Sazonow dem britischen Botschafter Sir G. Buchanan vorgestellt [1] — in Gemeinschaft mit dem französischen Botschafter in Petersburg —, dass gegenüber dem provozierenden Auftreten Oesterreichs, das nur durch die Unterstützung Deutschlands erklärlich sei, eine *Solidaritätserklärung* Englands mit Frankreich und Russland das beste und einzige Mittel sei, einen europäischen Konflikt zu verhindern : der Ton der österreichischen Note, die exorbitanten Forderungen, die kurze Erklärungsfrist — alles deute darauf hin, dass Oesterreich den Krieg mit Serbien wolle, und damit sei die Gefahr eines europäischen Konflikts gegeben; nur ein gemeinschaftliches Vorgehen Englands mit Frankreich und Russland könne den drohenden europäischen Krieg verhindern. Der englische Botschafter erwi-

[1] Blaubuch, Nr. 6

derte sofort persönlich, indem er sich die offizielle Erklärung seiner Regierung für später vorbehielt, dass er keine Veranlassung zu einer Solidaritätserklärung seitens Englands sehe : direkte britische Interessen seien bei der serbischen Frage überhaupt nicht im Spiel und ein Krieg wegen einer solchen Frage würde in England nie die Zustimmung der öffentlichen Meinung finden. Die einzige Zusage, welche Buchanan machte, bestand darin, Oesterreich zu einer Fristverlängerung veranlassen zu wollen.

*Sir Edward Grey* in seinem Antworttelegramm an Buchanan vom 25. Juli [1] billigte vollkommen die Erklärung seines Botschafters : « I entirely approve what you said as reported in your telegram of yesterday and I cannot promise more on behalf of the government. » An Stelle der gewünschten Solidaritätserklärung schlug Grey sofort das gerade Gegenteil vor, nämlich die Vermittlung durch die vier unbeteiligten Mächte, England, Deutschland, Frankreich und Italien. Diese Stellungnahme hielt die englische Regierung während der ganzen ferneren Verhandlungen gegenüber allen gegenteiligen Wünschen mit aller Entschiedenheit aufrecht. Am 27. Juli begründete Buchanan den englischen Standpunkt Herrn Sazonow gegenüber in folgender Weise[2]: es sei ein Irrtum, anzunehmen, dass es der Sache des Friedens nützen könne, wenn England sich Deutschland gegenüber auf die Seite Frankreichs und Russlands stelle. Gerade durch eine solche drohende Haltung würde Deutschland hartnäckig gemacht werden (would merely be stiffened by such a menace) ; nur in der Eigenschaft als *Freund*, der um den Frieden besorgt sei, könne England sich Deutschland nähern und einen mässigenden Einfluss in Wien durch Deutschland erstreben.

Am 27. Juli erklärte Grey dem Fürsten Lichnowsky — immer mit Bezug auf das Viermächteprojekt —, dass er, solange Deutschland für den Frieden arbeite, stets in enger Gemeinschaft mit Deutschland tätig sein würde[3].

Am 29. Juli hat Grey eine ausführliche Aussprache mit dem französischen Botschafter Cambon[4], in der er mit klaren Worten

---

[1] Blaubuch, Nr. 24.
[2] Blaubuch, Nr. 44.
[3] Blaubuch, Nr. 46.
[4] Blaubuch, Nr. 87.

den Unterschied zwischen der Marokkofrage und der jetzigen serbischen Angelegenheit hervorhebt. In der Marokkofrage war Frankreich an erster Stelle interessiert und der Streit drehte sich um Dinge, welche durch einen besonderen Vertrag zwischen England und Frankreich geregelt waren. Alles dies treffe auf den österreichisch-serbischen Konflikt nicht zu. Selbst wenn dieser Konflikt zu einem solchen zwischen Oesterreich und Russland sich erweitern sollte, *so fühle England sich nicht berufen, sich hineinzumischen* (we should not feel called upon to take a hand in it). Die Frage, ob im Balkan Teutonen oder Slaven die Suprematie hätten, sei für England stets so wenig interessant gewesen, dass es sich nie in einen Krieg deswegen hätte hineinziehen lassen. Aber Grey ging noch weiter in der Ablehnung der englischen Solidarität : *selbst wenn Frankreich und Deutschland in den Konflikt hineingezogen würden,* so bliebe immer die Tatsache bestehen, dass keine eigenen Interessen Frankreichs, sondern in erster Linie die Bündnisverpflichtungen gegen Russland den Ausschlag gegeben hätten. *England sei auch in diesem Falle frei von jedem Engagement* und werde sich in seinen Entschliessungen nur durch britische Interessen leiten lassen.

Da die europäische Lage trotz aller Friedensbemühungen der Ententemächte immer gespannter wurde, kam der Präsident Poincaré selbst in einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter Bertie auf den Vorschlag zurück (am 30. Juli) [1], England möge durch eine unzweideutige Erklärung, dass es Frankreich im Falle eines Konfliktes mit Deutschland beistehen würde, die Kriegsgefahr aus der Welt schaffen. Frankreich sei friedliebend und jedem Kriege abgeneigt ; Deutschland aber könne nur durch eine entschiedene Stellungnahme Englands von seinen Kriegsabsichten abgelenkt werden [2]. Selbst der italienische Minister Di

[1] Blaubuch, Nr. 99.

[2] Dieselben Gründe für eine Solidaritätserklärung Englands mit Frankreich und Russland machte Poincaré in einem — erst im Februar 1915 publizierten — direkten Schreiben an den König von England vom 31. Juli geltend. Auch dieser Schritt Poincarés blieb erfolglos. Die Antwort König Georgs vermeidet es, auf den Hauptpunkt des französischen Schreibens eine präzise Antwort zu geben und macht die Stellungnahme Englands, das sich unausgezetzt um den Frieden bemühe, von der Entwicklung der Dinge abhängig. Aus beiden Schreiben geht der *ernsteste Friedenswillen beider Mächte* hervor, wenn man auch über den einzuschlagenden Weg zum Ziele nicht ganz einer Meinung war.

San Giuliano war derselben Ansicht wie Poincaré und suggerierte auch seinerseits der englischen Regierung ein Eintreten für die Ententemächte[1].

Wiederum lehnte Grey mit aller Entschiedenheit jede Verpflichtung, für Frankreich und Russland einzutreten, ab. Bei der Wichtigkeit, welche die Erklärungen Grey's für die gesamte Beurteilung des englischen Verhaltens haben, gebe ich einige Sätze aus dem von Grey an seinen Botschafter Bertie in Paris gerichteten Depeschen vom 31. Juli im Wortlaut wieder:

« Nobody here feels that in this dispute, so far as it has yet gone, British treaties or obligations are involved. Feeling is quite different from what it was during the Morocco question. That crisis involved a dispute directly involving France, whereas in this case France is being drawn into a dispute which is not hers........ *We cannot undertake a definite pledge to intervene in a war.* I have so told the French Ambassador, who has urged His Majesty's Government to reconsider this decision [2]. »

« Mr. Cambon referred to-day to a telegram that had been shown to Sir Arthur Nicolson this morning from the French Ambassador in Berlin, saying that it was the uncertainty with regard to whether we would intervene, which was the encouraging element in Berlin, and that, if we would only declare definitely on the side of Russia and France, it would decide the German attitude in favour of peace........ I said that we had come to the conclusion, in the Cabinet to-day, *that we could not give any pledge at the present time*........ Up to the present moment we did not feel, and public opinion did not feel, that any treaties or obligations of this country were involved........ Mr. Cambon repeated his question whether we would help France if Germany made an attack on her. I said that I could only adhere to the answer that, as far as things had gone at present, *we could not take any engagement* [3]. »

An demselben 31. Juli richtete Grey, wie schon so oft in den vergangenen Tagen, die dringende Aufforderung an den Fürsten

---

[1] Blaubuch, Nr. 106.
[2] Blaubuch, Nr. 116.
[3] Blaubuch, Nr. 119.

Lichnowsky « Deutschland in Gemeinschaft mit Oesterreich sollte doch *irgend einen brauchbaren Einigungsvorschlag* machen, er würde ihn in Petersburg und Paris unterstützen und, wenn Russland und Frankreich den Vorschlag ablehnten, sich um die ganze Angelegenheit nicht mehr bekümmern[1].

Dies die aktenmässige Darstellung des englischen Blaubuchs, welche nach Herrn von Bethmanns Behauptung « klar und unwiderleglich » erweisen soll, dass London zu verstehen gegeben habe, « dass es auf der Seite Frankreichs und Russlands stehe. » *Die Behauptung des Reichskanzlers ist das gerade Gegenteil der Wahrheit,* und man kann nur den Mut eines Mannes bewundern, der angesichts der ganzen Welt Tatsachen behauptet, deren Gegenteil klar vor aller Augen liegt, und sich auf Dokumente beruft, die das Gegenteil seiner Behauptung dartun.

Alles was das englische Blaubuch über die Stellungnahme Englands während der diplomatischen Verhandlungen enthält, wird durch die russischen und französischen Publikationen voll bestätigt. Die Ablehnungen Grey's richteten sich, wie wir gesehen, an die Adresse Russlands und Frankreichs zugleich. Die Erklärungen gegenüber der einen Macht galten selbstverständlich auch für die andere und wurden stets auf dem Wege der Botschaften nach den anderen Hauptstädten übermittelt.

Parallel mit dem Verhalten Grey's den Ententemächten gegenüber ging seine Stellungnahme gegenüber Deutschland. Es ist hochinteressant, diese Doppelaktion Grey's zu studieren, die von ebensoviel Klugheit als Ehrlichkeit und wahrer Friedensliebe zeugt. Wenn ich die dramatisch spannende Serie dieser Dokumente lese, so tritt mir immer das Bild des alten Amtsgerichtsrats F. vor die Augen, der vor 30 Jahren als Bagatellrichter in der Jüdenstrasse zu Berlin funktionierte. Da ihm das Erkenntnismachen im höchsten Masse zuwider war, so suchte er überall, wo es ging oder auch nicht ging, Vergleiche zu stiften, die ihm weniger Arbeit verursachten. Die verschiedensten Mittel wendete er an, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn es ihm nicht gelungen war, die Parteien durch stundenlanges Warten neben dem glühen-

[1] Blaubuch, Nr. 111.

den Ofen seines Amtszimmers zur Nachgiebigkeit zu bewegen so übte er folgendes Stratagem : er liess den Beklagten einen Augenblick abtreten und hielt dem Kläger die Schwächen seiner Klage vor, die vermutlich zur Abweisung führen müssten. Dann nahm er den Beklagten allein vor, machte ihn auf die Haltlosigkeit seiner Einwendungen aufmerksam und stellte ihm die wahrscheinliche Verurteilung in Aussicht. Hatte er jeden auf diese Art durch Einzelbelehrung mürbe gemacht, so rief er sie beide vor den Richterstuhl und siehe da : fast stets kam der Vergleich zustande. Genau ebenso machte es Sir Edward Grey mit den europäischen Parteien, um sie zu einem friedlichen Vergleich zu bewegen und den Streit mit den Waffen zu verhindern. Er sagte den Franzosen und Russen : Gebt nach, rechnet nicht auf meine Hilfe ! Und er sagte den Deutschen und Oesterreichern : Gebt nach, rechnet nicht auf meine Neutralität !

Wie die ersteren seine Hilfe erwarteten — wohlgemerkt nicht *für* den Krieg, sondern *gegen* den Krieg —, so erbaten die letzteren seine Neutralität, die natürlich nur für den Kriegsfall in Betracht kommen konnte.

Grey ermüdete nicht, die deutsche Regierung vor der Illusion zu warnen, als ob England *unter allen Umständen* bei einem europäischen Konflikt neutral bleiben würde. Er warnte den Fürsten Lichnowsky, er liess die Herren von Bethmann und von Jagow durch den Botschafter Goschen warnen. Das englische Blaubuch ist voll von Beweisen hierfür [1]. Die Warnungen setzten sich fort während der ganzen kritischen Tage vom 27. bis 31. Juli und erreichten ihren Höhepunkt in der mehrerwähnten Antwort Grey's vom 30. Juli, jenem hervorragenden Schriftstück, welches für alle Zeiten ein Ruhmestitel für die englische Diplomatie und eine Schmach für die deutsche bleiben wird : Nichts von Neutralität, die Eure Kriegs*lust* nur steigern würde, weil sie den Kriegs*erfolg* Euch erleichterte ! Statt dessen gemeinsame Friedensarbeit, diesmal und in alle Zukunft, die Europa vor allen ferneren Katastrophen bewahren soll. Nichts von Garantien, wie Ihr sie anbietet ; selbst wenn diese Garantien weitergehend wären, als sie

[1] Blaubuch, Nr. 87, 89, 101, 102, 111, 116, 119, 123.

in Wirklichkeit sind, England will Nichts von Garantieverträgen wissen, die nur Eurer Kriegslust den Rücken decken würden. *Es will den Frieden für alle und, wenn Ihr ihn brecht, rechnet nicht darauf, dass wir abseits stehen bleiben* ! Dies die Gedanken Grey's, denen er in seiner Note vom 30. Juli so flammenden und überzeugenden Ausdruck gab.

Noch am 31. Juli, in letzter Stunde vor dem Kriegsausbruch, drohte er nach beiden Seiten : er forderte beide Teile auf, brauchbare Vorschläge zu machen, und drohte jedem von beiden, ihn im Stiche zu lassen, wenn er brauchbare Vorschläge des anderen ablehne [1].

Wir wissen, dass all' sein Bemühen vergeblich war — vergeblich nicht durch die Schuld Frankreichs und Russlands, sondern durch die Schuld Deutschlands und Oesterreichs. Der europäische Krieg war da mit der Kriegserklärung Deutschlands an Russland. Alles Fernere musste sich gemäss den Bündnisverträgen mechanisch abrollen.

Die Behauptung des Reichskanzlers, dass England die Verantwortung für den europäischen Krieg trage, wird durch die englische Publikation nicht gestützt, wie Herr von Bethmann meint, sondern glatt widerlegt. Aber noch ein anderes Beweismittel steht dem Reichskanzler zu Gebote : *jener berühmte Brief des belgischen Geschäftsträgers* in Petersburg an den Minister Davignon, der in Berlin am 31. Juli beschlagnahmt und später geöffnet worden ist. Dieser Brief soll angeblich die Schuld Englands unwiderleglich beweisen. Wie steht es damit ?

Die Geschichte dieses Briefes und seiner Auffindung ist so merkwürdig, so Sherlock-Holmesartig-romantisch, dass wohl einige Zweifel an seiner Authenticität erlaubt sein dürften. Ueberhaupt welch' auffallendes Glück der Berliner Regierung, das ihr immer im richtigen Moment Schriftstücke in die Hände spielt, die für andere compromittierend sind ! — Der belgische Geschäftsträger in Petersburg schreibt an seinen Minister unter einer Deckadresse und gibt den Brief nicht in Petersburg, sondern durch eine Mittelsperson in Berlin zur Post. Seltsam, höchst seltsam !

---

[1] Blaubuch, Nr. 111.

Eine amtliche Bestätigung über die Echtheit des Briefes fehlt. Die Unterschrift des Briefschreibers ist weder anerkannt noch als echt nachgewiesen. Im bürgerlichen Rechtsverfahren würde diesem Schriftstück keinerlei beweisende Kraft beigemessen werden.

Aber nehmen wir einmal an, der Brief sei echt, so enthält er Aeusserungen des Geschäftsträgers eines kleinen Staates über Vorgänge, an denen er nicht teilgenommen, die er nur vom *Hörensagen* kennt. Der Umstand, dass der Zeuge nur de auditu, nicht nach eigenen direkten Beobachtungen, berichtet, raubt seinem Zeugnis jede Beweiskraft gegenüber den Zeugnissen, welche de facto berichten, das heisst im vorliegenden Fall : gegenüber den amtlichen Urkunden, welche die diplomatischen Vorgänge selbst darstellen. Wenn der Bestohlene alle Einzelheiten des Diebstahls vor dem Richter bezeugt und mit seinem Eide bekräftigt, so wird der Richter jeden Zeugen von vornherein ablehnen, der vom Hörensagen berichten will, dass der Diebstahl gar nicht stattgefunden habe. Er vernimmt ihn nicht einmal, geschweige denn, dass er ihm Glauben schenkt.

Daraus folgt für unsern Fall, dass die Tatsachen, die durch die diplomatischen Bücher Englands, Frankreichs, Russlands und auch Deutschlands bewiesen sind, durch das Zeugnis des belgischen Geschäftsträgers nicht aus der Welt geschafft werden können. Wo ein Widerspruch zwischen den amtlichen Publikationen und dem belgischen Bericht besteht, muss dieser Widerspruch zu Gunsten der ersteren und zum Nachteil des letzteren gelöst werden.

Bestehen denn nun aber so erhebliche Widersprüche zwischen den amtlichen Büchern und dem belgischen Bericht, dass dadurch das ganze Gebäude, das durch die diplomatischen Publikationen organisch zusammenhängend errichtet worden ist, einfach über den Haufen geworfen werden kann ? Nichts von alledem. Der Bericht versetzt eigentlich jedem der beteiligten Staaten seinen Teil, so recht im Stil einer alten Klatschbase, die an niemandem ein gutes Haar lässt. Er entschuldigt sich sozusagen selbst, indem er gleich zu Beginn davon spricht, dass die widersprechendsten Nachrichten verbreitet würden, ohne dass es

möglich gewesen sei, bezüglich der Absichten der « kaiserlichen Regierung » Wahres von Falschem genau zu unterscheiden. Er lobt dann Deutschland, das unbestreitbar sich ebenso in Petersburg wie in Wien bemüht habe, ein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden. Er tadelt dann wieder Oesterreich, welches die « feste Entschlossenheit » gezeigt habe, « keinen Schritt zurückzuweichen », hebt weiter die Erklärung Sazonow's hervor, dass die Mobilisierung Russlands nicht gegen Deutschland gerichtet sei, erwähnt die Einberufung der Reservisten — nur in bestimmten Gouvernements —, behauptet aber « ruhig » als seinen persönlichen Eindruck, dass überall mobil gemacht werde. England habe einen Schiedsspruch vorgeschlagen, Sazonow desgleichen. Oesterreich aber habe beide Vorschläge zurückgewiesen. Den Vorschlag einer Konferenz habe Deutschland mit dem Gegenvorschlage einer direkten Verständigung zwischen den Kabinetten beantwortet. Bei diesem Hin und Her « möchte man sich wahrhaftig fragen, ob nicht alle Welt den Krieg wünscht und nur versucht, die Kriegserklärung noch etwas hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen ». England habe anfänglich offen erklärt, dass es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Heute aber sei man in Petersburg davon überzeugt und habe sogar die Zusicherung, dass England Frankreich beistehen werde. « Dieser Beistand fällt ganz ausserordentlich in's Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen. » Die russische Armee fühle sich stark, mit der Marine aber sei kaum zu rechnen ; darin liege der Grund, warum die Zusicherung des englischen Beistandes eine so grosse Bedeutung gewann.

Dieses Schriftstück, dem von der deutschen Regierung eine grössere Bedeutung beigemessen wird, als ihrem eigenen Weissbuch, ist von der « Norddeutschen Allgemeinen Zeitung » unter Hervorhebung einzelner Stellen durch Fettdruck veröffentlicht worden. In der Tat kommt es bei der Einschätzung des Schriftstücks ganz darauf an, welche Stellen man durch Fettdruck hervorhebt : je nach der Betonung der verschiedenen Phrasen kann man diesen Mischmasch von potins, die der Briefschreiber in den couloirs der verschiedenen Botschaften gesammelt haben

muss — denn er selbst stand ja ausserhalb aller Verhandlungen —, zur Belastung der einen oder der anderen Grossmacht benutzen. Hebt man durch Fettdruck hervor, dass das Wiener Kabinett die *feste Entschlossenheit gezeigt habe, keinen Schritt zurückzuweichen*, dass Oesterreich und Deutschland *alle Vorschläge von Konferenzen, Schiedssprüchen* etc. *zurückgewiesen* haben, dass scheinbar alle Welt den Krieg wünschte und nur Zeit zur Vorbereitung gewinnen wollte, so stehen Deutschland und Oesterreich als die Schuldigen da. Stützt man sich dagegen auf die Bemerkung, dass England Frankreich seinen Beistand zugesichert und dadurch die *Kriegspartei in Petersburg gestärkt* habe, so fällt die Verantwortung mindestens zum Teil auf England. Das Schriftstück beweist also ebensoviel gegen den einen wie gegen den andern — mit dem grossen Unterschied jedoch, dass die gegen Deutschland und Oesterreich gerichteten Bemerkungen durch sämtliche diplomatischen Publikationen, vor allem auch die deutsche selbst, bestätigt werden, während die Bemerkungen gegen England durch die sämtlichen Publikationen der europäischen Regierungen, insbesondere durch das deutsche Weissbuch selbst, widerlegt werden.

Ich habe an anderer Stelle bereits die Lobeserhebungen zusammengestellt, die das deutsche Weissbuch der Friedensliebe und den Friedensbemühungen Englands zuteil werden lässt. Das Weissbuch ist am 2. August abgeschlossen und enthält sämtliche diplomatischen Vorgänge — natürlich nur, soweit man die Publikation für zweckmässig hielt, — bis zu diesem Tage. Hätte England sich in Paris und Petersburg so verhalten wie es der belgische Briefschreiber am 30. Juli vom Hörensagen berichtet, *so hätte Deutschland als hauptbeteiligte Partei am 2. August dies wissen müssen* und nicht das Gegenteil in seinem Weissbuch behaupten können. Wäre nur ein Atom dieser belgischen Hintertreppengeschichten wahr gewesen, so würde die deutsche Regierung sich mit Freuden darauf gestürzt und die entsprechenden Tatsachen in ihrer Denkschrift erwähnt haben. Englands Teilnahme an dem Weltkriege stand unmittelbar bevor, als der Reichskanzler am 4. August sein Weissbuch dem deutschen Reichstag vorlegte. Am Abend desselben Tages waren wir mit England im Kriege. Der Reichskanzler hatte alles Interesse, England, an dessen

Kriegsbeteiligung am 4. August vormittags — nach Verletzung der belgischen Neutralität — nicht mehr zu zweifeln war, schon praenumerando nach Möglichkeit mit der Verantwortung zu belasten. Wenn er es nicht tat, sondern im Gegenteil England über die Hutschnur lobte, ja sogar in der Kriegserklärung an Russland Englands Friedensbestrebungen hervorhob, so ist damit der volle Beweis erbracht, dass *nichts Belastendes gegen England vorlag*. Dieser Beweis ist ja auch, wie wir gesehen haben, durch die diplomatischen Veröffentlichungen der Ententestaaten unwiderleglich geführt und kann niemals durch die unbeglaubigten Klatschgeschichten eines unbeteiligten Geschäftsträgers aus der Welt geschafft werden. Was Grey in Wirklichkeit vor und nach dem 30. Juli, dem Tage des belgischen Schreibens, zur Erhaltung des Friedens getan hat, ist eine historische, durch öffentliche Urkunden bewiesene Tatsache : er hat *weder Frankreich noch Russland seinen Beistand zugesagt*, sondern im Gegenteil auf das wiederholte Ansuchen dieser Mächte jede solche Zusage bestimmt und unzweideutig abgelehnt. Das weiss der Reichskanzler ebenso gut wie wir und, wenn er unter Nichtachtung aller authentischen diplomatischen Vorgänge, unter Verwerfung seiner eigenen früheren Erklärungen ein nichtauthentisches, höchst verdächtiges Schriftstück heranzieht, um England ungerecht zu belasten, so handelt er nicht gentlemanlike und wider besseres Wissen.

Die Wahrheit ist in den Sätzen des englischen Blaubuches enthalten [1] : « Sir E. Grey had consistently declined to give any promise of support to either of our present allies. He maintained that the position of Great Britain was that of a disinterested party whose influence for peace at Berlin and Vienna would be enhanced by the knowledge that we were not committed absolutely to either side in the existing dispute. He refused to believe that the best road to European peace lay through a show of force. . *We gave no pledge to our present allies*, but to Germany we gave three times — on the 30th of July, the 31st July and the 1st August — a clear warning of the effect which would be produced on our attitude and on the sentiment of the British people by a violation of the neutrality of Belgium. »

[1] Blaubuch, S. VIII.

Dass England so, wie hier dargestellt, gehandelt hat, — nicht wie der belgische Briefschreiber zu wissen vorgiebt —, beweisen alle diplomatischen Dokumente. Dass aber Deutschland, wie der Brief ebenfalls behauptet, sich in Wien um den Frieden bemüht habe, ist durch nichts bewiesen, da, wie ich schon hervorgehoben habe, keinerlei Korrespondenz zwischen Wien und Berlin veröffentlicht ist. Wir sind auf die beweislosen Behauptungen Deutschlands angewiesen, die schon deshalb keinen Glauben verdienen, weil der ernste Wille Deutschlands, Wien zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, unbedingt Erfolg hätte haben müssen.

Der Reichskanzler stellt in der Rede vom 2. Dezember den Satz auf: « Das Londoner Kabinett konnte diesen Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen Kontinentalkrieg in Europa hervorwachsen zu lassen... England hat das nicht getan... es sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen. Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, dass es auf der Seite Frankreichs und Russlands stehe. »

*Diese Sätze sind unwahr von Anfang bis zu Ende.* Sie werden wahr, wenn man überall an Stelle von England Deutschland und an Stelle von Petersburg Wien setzt. Die Wahrheit lautet dann folgendermassen :

« Das Berliner Kabinett konnte diesen Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Wien erklärte, Deutschland sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen Kontinentalkrieg in Europa hervorwachsen zu lassen . . . . Deutschland hat das nicht getan: es sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen. Trotz aller Friedensbeteuerungen gab Berlin in Wien zu verstehen, dass es auf der Seite Oesterreichs stehe. »

* * *

Die Vorgänge zwischen dem 1. und 4. August, zwischen der deutschen Kriegserklärung an Russland und der englischen an Deutschland, bedürfen einer besonderen Darstellung. Die Frage, welche durch diese Darstellung zu beantworten ist, lautet nicht

mehr: Wer hat den europäischen Krieg herbeigeführt? Denn dieser *war* bereits ausgebrochen mit der deutschen Kriegserklärung an Russland, die notwendig den deutschen Krieg mit Frankreich und den russischen Krieg mit Oesterreich im Gefolge haben musste. Hier lagen bindende Bündnisverträge vor, durch welche der Krieg der genannten vier Mächte gegeneinander unvermeidlich wurde.

Die Stellungnahme Italiens habe ich bereits hervorgehoben. Dieses Land war nur zur Teilnahme an einem Defensiv-Krieg verpflichtet und lehnte seine Beteiligung ab unter der ausdrücklichen Begründung, dass dieser Krieg von Seiten Deutschlands und Oesterreichs ein Aggressiv-Krieg sei — eine Begründung notabene, welche aus dem Munde eines Bundesgenossen besonders schwer wiegen muss und gerade deshalb von Herrn von Bethmann besonders leicht genommen zu werden scheint: denn er geht in seinen Reden und Schriften stillschweigend darüber hinweg.

Das einzige Land, welches durch keinerlei Bündnisverpflichtungen zur Teilnahme an einem Kriege genötigt war, war England. Ich habe schon an früherer Stelle auseinandergesetzt, dass England zwar Spezialverträge über bestimmte Interessenfragen mit Frankreich und Russland geschlossen hatte, aber keinerlei *allgemeinen* Bündnisvertrag, weder mit dem einen noch mit dem andern, und daher auch nicht Teilnehmer des französisch-russischen Bündnisses war. Auf der Grundlage der Spezialverträge, welche die zwischen England und den beiden anderen Staaten vorhandenen Reibungsquellen beseitigt hatten, war eine politische Annäherung entstanden, die ein *Freundschaftsverhältnis ohne Bündnisverpflichtungen* herstellte.

England war also frei und hatte nach eigenen Gesichtspunkten zu entscheiden, ob es an dem europäischen Krieg teilnehmen wolle oder nicht. Die Frage seiner Teilnahme oder Nichtteilnahme stand nicht im geringsten Zusammenhange mit der anderen, bei weitem wichtigeren Frage — vom sittlichen und geschichtlichen Standpunkt aus wichtigeren — der Frage der *Verantwortung* für diesen Krieg. Auch in dieser Beziehung, wie in so vielen anderen, ist dem deutschen Volke und besonders seinen führenden Män

nern die Logik vollständig abhanden gekommen: sie wollen oder können nicht begreifen, dass das, was England *nach* dem Kriegsausbruch tat, nichts mit dem zu schaffen hat, was es *vorher* getan hat. Das eine ist von dem andern vollständig geschieden und nach einem vollständig verschiedenen Masstab zu messen.

Ich werde den Nachweis führen, dass England — wie es vor dem Kriegsausbruch alles getan hat, um diesen zu verhindern — so auch nachher nichts getan hat, um den Krieg durch seine Teilnahme zu erweitern, *dass es vielmehr durch die Handlungen Deutschlands zur Teilnahme gedrängt worden ist.* Wäre aber — wie ich einmal annehmen will — dieser letztere Nachweis auch nicht zu führen, so würde damit nicht im geringsten die Schuld Englands an dem *Ausbruch* des europäischen Krieges bewiesen sein. Es ist theoretisch durchaus möglich, dass England den Krieg veranlasst hat und trotzdem später neutral blieb, und es ist andrerseits ebenso möglich, dass es den Krieg nicht veranlasst hat und trotzdem später daran teilnahm. Zwischen beiden Punkten — der Veranlassung und der Teilnahme — besteht kein logischer Zusammenhang.

Dieses Privatissimum über Logik richtet sich in erster Linie gegen den Reichskanzler Herrn von Bethmann Hollweg, der in seiner Rede vom 2. Dezember alle diese Dinge in einen Topf wirft. Eine Zusicherung, die England am 2. August, also nach Ausbruch des Krieges an Frankreich gemacht hat, eine Begründung der englischen Kriegserklärung vom 4. August, — diese *nachträglichen* Ereignisse sind für ihn ebensoviele Beweise einer vorbedachten Kriegsanstiftung Englands. Diese Beweise sind hinfällig, schon deshalb, weil sie gegen die einfachste Logik verstossen. Die Handlungen, welche eine Schuld begründen, können zeitlich niemals *nach* dem entscheidenden Ereignis liegen, sondern müssen ihm vorangehen oder mindestens gleichzeitig mit ihm geschehen.

Man versteht deshalb überhaupt nicht, was diese langen, in Deutschland ewig wiederholten Erörterungen über die Gründe, die England zur Teilnahme am Kriege bewogen haben, bezwecken sollen. *Diese Gründe sind ganz ausschliesslich Englands Sache.* Mögen sie mehr oder weniger stichhaltig, mehr oder weniger

heuchlerisch sein, sie werden nicht ein Titelchen von der Schuld und der Verantwortung fortnehmen, welche Deutschland an der Entfesselung des Weltkrieges hat. Die Frage, ob England teilnehmen oder neutral bleiben sollte, ist erst *infolge* des Krieges entstanden. Wer daher die Schuld an dem Kriege selber hat, bleibt auch für die Folgeerscheinung, die Teilnahme Englands, verantwortlich, selbst wenn er diese Teilnahme nicht direkt herbeigeführt hätte. Die Verantwortlichkeit wird aber verdoppelt, wenn ihm, ausser der Urheberschaft an dem Kriege selbst, auch noch die Urheberschaft an der englischen Kriegsbeteiligung nachgewiesen werden kann.

Ich resumiere mich dahin :

1. Deutschland und Oesterreich sind für den Weltkrieg verantwortlich : die Schuld an demselben ist ihnen nachgewiesen.

2. Ihre Schuld kann nicht vermindert werden durch Handlungen Englands, welche *nach* dem Kriegsausbruch geschehen sind.

3. Ihre Schuld wird vergrössert, wenn sie selbst diese Handlungen herbeigeführt haben.

Prüfen wir an der Hand dieser Leitsätze die Tatsachen.

England hat Deutschland am Abend des 4. August den Krieg erklärt, weil Deutschland seine Aufforderung, von einer weiteren Verletzung der belgischen Neutralität Abstand zu nehmen, mit einem « Nein » beantwortet hat. Am Morgen des 4. August waren deutsche Truppen in belgisches Territorium eingedrungen, nachdem Belgien das deutsche Verlangen eines freien Durchzuges abgelehnt hatte [1]. England als eine der Garantiemächte des Londoner Vertrages von 1839 hatte das Recht und die Pflicht, auf den Hilferuf des belgischen Königs vom 3. August [2] für die Neutralität Belgiens einzutreten, die es in Gemeinschaft mit Preussen und anderen Mächten garantiert hatte. Dieser Eintritt Englands konnte für niemanden überraschend kommen, der die Geschichte der belgischen Neutralität nur ein wenig kannte. Herr von Bethmann aber war ausser sich über Englands

---

[1] Graubuch, Nr. 22.

[2] Graubuch, Nr. 25.

Vorgehen, derart ausser sich, dass er bei dem letzten Besuch des Botschafters Goschen am 4. August abends seine Aufregung nicht bemeistern konnte und in verächtlicher Weise von dem Wort «Neutralität», das so oft missachtet worden sei, und von dem «Stück Papier» sprach, wegen dessen England einen Krieg beginnen wolle[1].

Herr von Bethmann scheint in der Geschichte seines eigenen Landes schlecht beschlagen zu sein. Wusste er nicht, dass die belgische Neutralität das Objekt eines der feinsten Kabinettsstücke Bismarck'scher Staatskunst im Jahre 1870 gewesen ist? Wusste er nicht, dass England auch damals schon bei Beginn des Krieges als Schützer der belgischen Neutralität aufgetreten war, genau wie heute, bloss mit dem unterschiedlichen Erfolge, dass Bismarck nicht nur seinerseits den Respekt vor Belgiens Neutralität zusagte, sondern auch noch die beabsichtigte Respektlosigkeit Frankreichs denunzierte und England so auf seine Seite brachte? Er veröffentlichte bekanntlich kurz nach Kriegsbeginn einen von Benedetti, dem französischen Botschafter, geschriebenen Vertragsentwurf, in welchem Frankreich die Annexion Belgiens, gegen Entschädigung Preussens in Norddeutschland, für sich in Anspruch nahm. Das Resultat dieses genialen Schachzuges war nicht mehr und nicht weniger als die Neutralität Englands und der Abschluss eines identischen Vertrages zwischen England einerseits und Deutschland und Frankreich andrerseits (August 1870), in welchem England ausdrücklich erklärte, dass es sich, falls einer der Kriegführenden belgisches Territorium verletze, auf die Seite des andern zum Schutze Belgiens stellen würde. Der Vertrag wurde so streng gehalten und ausgelegt, dass Deutschland nach der Schlacht von Sedan sogar darauf verzichten musste, Verwundetentransporte durch Belgien hindurch zu führen.

*Weiss Herr von Bethmann von all' diesen Vorgängen gar nichts?* Oder wenn er etwas davon weiss, glaubte er, der Epigone, der Zwerg, die Rücksichten in den Wind schlagen zu können, denen sein grosser Vorgänger, der Riese Bismarck, sich gern und mit Nutzen unterworfen hatte? Musste er sich nicht sagen, als er den

---

[1] Blaubuch, Nr. 160.

Durchmarsch durch Belgien in den deutschen Generalstabsplänen zuliess, dass aus diesem strategischen Vorteil unvergleichlich grössere politische und kriegerische Nachteile für Deutschland entstehen mussten? Hatte er nichts aus der Vergangenheit gelernt? Wusste er nicht, was Bismarck sehr wohl wusste, dass es von jeher einer der Elementarsätze der englischen Politik gewesen ist, die *Unantastbarkeit der neutralen Kleinstaaten* im Norden Europas aufrecht zu erhalten und zu schützen? Hatte ihn niemand daran erinnert, mit welchen flammenden Worten die Granville und Gladstone — liberale Minister wie die heutigen — im August 1870 für Belgiens Unverletzbarkeit eingetreten waren und einen Angriff auf dieses Land als « the direst crime that ever stained the pages of history » bezeichnet hatten?

Von alledem scheint der Herr von Bethmann nichts gewusst zu haben, als er am 2. Dezember im Reichstage die Verletzung der belgischen Neutralität nicht als den Grund, sondern als den *Vorwand* der englischen Kriegserklärung hinstellte. Sie war so sehr der wirkliche Grund, dass England schon damals vor 44 Jahren uns ebenfalls den Krieg erklärt hätte, wenn wir es gewagt hätten, Belgien anzutasten. Was einem Bismarck nicht gestattet war, ist einem Bethmann gewiss nicht erlaubt — oder man müsste den bekannten Satz umkehren und sagen: « quod licet bovi, non licet Jovi. »

Welchen Wert hat es nun, zu untersuchen, — wie das die deutschen Professoren heute zu tun lieben —, ob der Schutz Belgiens eine *Moral- oder eine Interessenfrage* für England war. Wahrscheinlich ist es eine Moral- *und* Interessenfrage zugleich gewesen: indem England sein gegebenes Wort hält, nimmt es gleichzeitig auch seine Interessen wahr, die naturgemäss dahin gehen und auch stets offen bekannt wurden, dass die England gegenüber liegenden Nordseeküsten im Besitze kleinerer neutraler Staaten seien. Wer rechtlich handelt, ist niemandem darüber Rechenschaft schuldig, inwieweit sein Handeln auch seinen Interessen entspricht. Qui jure suo utitur, neminem laedit. In die Seele von *Menschen* kann man schon nicht hineinschauen, geschweige denn in die Seele von Staaten, die als Gesamtheit überhaupt keine Seele besitzen.

Jedenfalls konnte —, sowohl nach geschichtlichen Erfahrungen

als nach den ernsten und wiederholten Warnungen, die der deutschen Regierung erteilt worden waren, — nicht der geringste Zweifel darüber herrschen, dass eine Verletzung der belgischen Neutralität das englische Volksempfinden und die englischen Interessen so stark berühren musste, dass England nicht stillschweigend beiseite stehen konnte. In wiederholten Unterhaltungen hat Sir Edward Grey den Fürsten Lichnowsky auf die Folgen der Neutralitätsverletzung aufmerksam gemacht, welche durch die ausweichende Antwort des Herrn von Jagow auf die englische Anfrage vom 31. Juli in bedenkliche Nähe gerückt war. Grey hat besonders darauf hingewiesen, dass « *the neutrality of Belgium affected feeling in this country* »[1]. Die deutsche Regierung suchte denn auch die englische durch die Erklärung zufrieden zu stellen, dass sie in keinem Falle belgisches Territorium zu annektieren beabsichtige [2] — eine Beruhigungspille, die England selbstverständlich nicht schlucken konnte: denn Neutralität ist nicht identisch mit « Nichtannektiertwerden », sondern bedeutet : in *jeder* Beziehung vom Krieg verschont und nicht einmal zu einem Durchmarsch benutzt zu werden. Das Verlangen eines Durchmarsches als eines unschädlichen Aktes war in der Tat mehr als naiv: der Durchmarsch Deutschlands hätte auch Frankreich zum Einmarsch berechtigt und Belgien wäre so in die denkbar schlimmste Lage gekommen : es hätte, wenn es dem deutschen Ultimatum stattgegeben hätte, riskiert, sein Land als Schlachtfeld für die kämpfenden Mächte hergeben zu müssen, ohne selbst zum Schutze seines Bodens etwas tun zu können. Es wäre zwischen den beiden Heeren zerrieben worden und, gleichviel wer den Sieg davontrug, verloren gewesen.

Kein Wunder also, dass England auf die beruhigenden Versicherungen Deutschlands nicht einging, sondern die *unbedingte Respektierung* der belgischen Neutralität verlangte. Eine Zusicherung nach dieser Richtung aber konnte Deutschland nicht geben, da seine seit langem vorbereiteten Generalstabspläne den Durchmarsch durch Belgien unbedingt erforderlich machten.

Noch am 4. August, als die deutschen Truppen bereits die

---

[1] Blaubuch, Nr. 101, 123. S. VIII.
[2] Blaubuch, Nr. 157.

belgische Grenze überschritten hatten, fragte Sir Edward Goschen im Auftrage seiner Regierung bei Herrn von Jagow an, ob es nicht möglich sei, *noch jetzt* von dem Einbruch in Belgien Abstand zu nehmen und die Truppen zurückzuziehen. Als diese Anfrage verneint wurde, ersuchte der englische Botschafter den Staatssekretär, die Sache nochmals in Erwägung zu ziehen und ihm bis 12 Uhr nachts eine befriedigende Antwort zu erteilen. Herr von Jagow erwiderte, dass seine Antwort dieselbe bleiben müsse, auch wenn ihm 24 Stunden oder mehr Bedenkzeit gegeben würden, — worauf Goschen seine Pässe verlangte [1].

Wenn man das ganze Verhalten der deutschen Diplomatie in dieser Neutralitätsfrage überblickt, so findet man für das Unerklärliche nur eine Erklärung, nämlich die, dass die *Diplomatie vollständig zu Gunsten der Militärs abgedankt hatte.* Die militärische Lage wurde zweifellos verbessert bei dem Durchmarsch durch Belgien, die diplomatische Lage aber — und infolge davon dann auch wieder die militärische — wurde in ungeheurem Masse verschlechtert durch die Gefahr, dass zu den zwei vorhandenen Feinden der dritte gefährlichste hinzutrat. Alles in allem genommen bedeutend mehr Nachteile als Vorteile. Die Abwägung dieser Vorteile und Nachteile vorzunehmen, wäre die Pflicht des leitenden Staatsmanns gewesen und, wenn die Rechnung zu einem ungünstigen Resultat führte, so musste er lieber sein Amt aufgeben als sein Vaterland in erhöhte Gefahr bringen.

Zu solchen charaktervollen Entschliessungen indessen sind im heutigen Preussen-Deutschland die Männer nicht vorhanden. Entweder an Charakter oder an Einsicht hat es dem Reichskanzler gefehlt : entweder hat er die Konsequenzen der Neutralitätsverletzung nicht erkannt, oder er hat nicht die Energie besessen, die politischen Gesichtspunkte gegen die militärischen durchzusetzen, selbst auf Kosten seines Amtes. Jetzt wo das Unglück geschehen, sucht er, von seinen Getreuen unterstützt, sich mit vielen Wenns und Abers zu entschuldigen. « Hätten *wir* nicht die Neutralität verletzt, so hätte es Frankreich getan. » Dass keinerlei Anzeichen dafür vorlagen, habe ich früher dargetan. Wenn aber

[1] Blaubuch, Nr. 160.

Frankreich in Wirklichkeit beabsichtigt haben sollte, seinerseits in Belgien einzurücken, so konnte Deutschland gar nichts besseres tun, als dies abzuwarten und die fatalen Konsequenzen für Frankreich eintreten zu lassen. Kein Zweifel, dass England dem Eindringen Frankreichs sich ebenso entgegengestellt hätte wie dem Eindringen Deutschlands, — aus den Verträgen vom August 1870 und der gleichlautenden Anfrage vom 31. Juli 1914 ist dies mit Bestimmtheit zu schliessen. Die Lage Frankreichs England gegenüber wäre sogar moralisch noch ungünstiger gewesen, da Frankreich ja am 31. Juli eine bestimmte Zusage gemacht, Deutschland aber eine solche abgelehnt hatte. Hätte Frankreich wenige Tage darauf sein Wort gebrochen, so wäre England, wenn es nicht an Deutschlands Seite getreten wäre, zum mindesten neutral geblieben.

Wenn man ferner zur Entschuldigung unserer Diplomatie anführt, dass England *auch ohne die Verletzung der belgischen Neutralität* gegen Deutschland in's Feld gezogen wäre, so ist diese Behauptung so vollständig halt- und beweislos, dass es sich nicht lohnt, sie auch nur zu erörtern. Was England getan *hat*, um den Frieden zu erhalten, ist eine historische Tatsache. Was England getan *hätte*, wenn dies oder jenes eingetreten oder nicht eingetreten wäre, ist eine Vermutung, über die sich nicht ernsthaft diskutieren lässt.

Um zu beweisen, dass England nicht wegen der Verletzung der belgischen Neutralität, sondern um Frankreich unter allen Umständen beizustehen, in den Krieg gegangen sei, führt der Reichskanzler in der Rede vom 2. Dezember einen Vorgang an, der sich am 2. August in London zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter Cambon abgespielt hat [1]. Welchen Zweck soll diese Beweisführung haben? Sie soll, wie Herr von Bethmann erklärt, dartun, dass England, wie stets so auch diesmal, das perfide Albion gewesen und unter der Maske einer moralischen Tat nur seine nackten Interessen verfolgt habe. Diese Interessen aber seien dahingegangen, den Lebensnerv seines grössten wirtschaftlichen Konkurrenten zu zerstören: « So trägt England und Russland die Verantwortung für diesen Weltkrieg. »

[1] Blaubuch, Nr. 148.

15

Ein ähnliches Sammelsurium von Unlogik und von Verdrehungen ist selten in einem schwerwiegenden Moment von so autoritativer Stelle produziert worden. Man fasst sich an den Kopf und sucht vergeblich den Irrgängen dieses Geistes nachzugehen. Wie? England ist verantwortlich für den Weltkrieg, weil es sich *nach* Ausbruch desselben, den es nicht veranlasst, sondern mit allen Kräften zu verhindern gesucht hat, der einen der beiden kämpfenden Gruppen angeschlossen hat?! Selbst wenn dieser Anschluss *ohne jeden Grund*, aus reinem Belieben Englands erfolgt wäre, so würde daraus nicht die Verantwortung für den Krieg folgen. Um die Antithese auch für die härtesten Köpfe begreiflich zu machen, formuliere ich sie in 6 lateinischen Worten:

Culpa — ante bellum.
Participatio — post bellum.

England war überhaupt niemandem gegenüber verpflichtet, Gründe für seine Teilnahme anzuführen. Die Gründe, die es angeführt hat, mag man ihm glauben oder nicht, jedenfalls sind und bleiben es immer nur Gründe für Englands Teilnahme *nach entfesseltem Kriege*, niemals aber Gründe, welche die Entfesselung des Krieges auf Englands Schultern abwälzen können.

Gewiss, es bestand, wie der Reichskanzler mit Recht hervorhebt, für England « keine Bruderpflicht, kein Zwang, auch keine Bedrohung des eigenen Landes. » Keine Bruderpflicht! Also Bruderpflichten berechtigen doch zum Eintreten in den Kampf. Aber weshalb haben Sie dann, Herr von Bethmann, die Bruderpflicht Russlands, für Serbien einzutreten, nicht anerkannt? Weshalb haben Sie Russland durch Ihren Lokalisierungsvorschlag an der Erfüllung solcher Bruderpflicht verhindern wollen? Wollen Sie uns auch jetzt noch einreden, jetzt wo Sie Bruderpflichten als Zwang zum kriegerischen Eintreten anerkennen, dass Ihr Versuch, den grossen Bruder vom Schutz des kleinen zurückzuhalten, ernsthaft gemeint war?!

*Kein Zwang zum Krieg* soll für England vorgelegen haben. Kein materieller Zwang allerdings. Aber wo liegt überhaupt materieller Zwang vor, ausser in einem wirklichen, echten — nicht gefälschten — Befreiungskriege? Ein *moralischer* Zwang hingegen

lag vor, eine feierliche Vertragsverpflichtung, die um so schwerer wog, als sie den Schutz des Kleinen gegen die Grossen bezweckte, von allen Mächten — den Angreifer eingeschlossen — unterzeichnet und später sogar durch einen neuen Vertrag nochmals besiegelt war. Eine Vertragsverpflichtung — ein Stück Papier! sagt Herr von Bethmann. Ja, was hat *uns* denn veranlasst, für Oesterreich einzutreten, bei einem Konflikt, der unsern Interessen so fern lag, wie irgend ein albanisches Königreich? Doch auch nur ein Vertrag, ein Stück Papier, das uns Bündnisverpflichtungen auferlegte. Was uns recht, muss doch England billig sein. Wenn für uns das Stück Papier genügte, um mit diesem « Fidibus » die ganze Welt in Brand zu setzen, weshalb durfte für England es nicht genügen, um den bereits ausgebrochenen Brand durch Herbeitragung weiteren Brennmaterials auszudehnen?

Sollte man mir aber die Argumente des Weissbuchs entgegenhalten: « Ja, auch *unsere* Interessen waren im Spiel — die germanische Rasse in Mitteleuropa.... (wer lacht da?) — Oesterreich durfte nicht geschwächt werden » etc. —, so erwiedere ich darauf: *Auch England hatte eigene Interessen zu wahren*, auch für England war der Londoner Vertrag von 1839 nicht nur ein moralisches Band, sondern auch eine Interessengarantie, die für England eine hundertfach grössere Bedeutung hatte, als für uns alle südöstlichen Fragen zusammengenommen.

*Neutral bleiben in einem österreichisch-russischen Kriege konnten ja auch wir.* Blieben wir neutral, so blieb der Krieg *wirklich* lokalisiert, lokalisiert zwischen Russland und Oesterreich, und weder Frankreich noch England wären in den Kampf hineingezogen worden.

Wir konnten und wollten nicht neutral bleiben, weil wir durch einen Bündnisvertrag gebunden waren und die Erfüllung unserer Vertragspflichten gleichzeitig unseren Interessen entsprach.

Genau so liegt es bei England. England konnte und wollte der belgischen Neutralitätsverletzung gegenüber nicht neutral bleiben, weil es vertragsmässig zum Schutze Belgiens verpflichtet war und dieser Schutz gleichzeitig seinen Interessen entsprach. Die Rollen sind also gleich verteilt. *Deutschland und England haben von ihren*

*beiderseitigen Standpunkten aus gleichen Gründen das Gleiche getan.* Der fundamentale Unterschied ist nur der, dass England für einen unschuldigen Kleinstaat eingetreten ist, während Deutschland einen schuldigen Grosstaat unter seine Fittige genommen hat, dass Deutschland dadurch den Weltkrieg entfesselt hat, während England ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchte.

Aber versuchen wir einmal, der Bethmann'schen Logik nachzugehen, und untersuchen wir die *Tatsache,* welche dartun soll, dass die belgische Neutralität nur eine Maske gewesen sei. Sir Edward Grey gab am 2. August dem französischen Botschafter Cambon auf Grund eines Kabinettsbeschlusses die Zusicherung :

> « If the German fleet comes into the Channel or through the North Sea to undertake hostile operations against French coasts or shipping, the British fleet will give all the protection in its power.
>
> This assurance is of course subject to the policy of His Majesty's Government receiving the support of Parliament, and must not be taken as binding His Majesty's Government to take any action *until the above contingency of action by the German fleet takes place* [1]. »

In der Erläuterung zu dieser Erklärung hob Grey ausdrücklich hervor, dass selbst im Falle eines Kriegsausbruchs zwischen Deutschland und Frankreich England sich nicht binden könne, Deutschland den Krieg zu erklären. Nur in dem ausdrücklich vorgesehenen Falle, dass die *deutsche Flotte durch den Kanal oder die Nordsee hindurch* feindliche Operationen gegen die französische Küste oder Schiffahrt unternehme, nur in diesem Falle würde die britische Flotte Frankreich zu Hilfe kommen — alles dies selbstverständlich vorbehaltlich der Genehmigung des Parlaments.

Dies das neueste Geschoss, mit dem Herr von Bethmann die englischen Staatsmänner vom Leben zum Tode — zum moralischen Tode — zu befördern sucht. Er legt besonderes Gewicht darauf, dass diese Erklärung Grey's noch *vor* Stellung des Ultimatums an Belgien ergangen sei, und schliesst daraus, dass England schon vor der Verletzung der belgischen Neutralität als Kriegs-

[1] Blaubuch, Nr. 148.

partei eingetreten, mithin diese Verletzung nicht der wahre Grund für Englands Kriegsbeteiligung gewesen sei. Hierauf erwidere ich auf gut berlinisch : Und *wenn* schon !

Selbst wenn diese ganze Deduktion richtig wäre, so wäre sie vollständig überflüssig. Die entscheidende Frage : Wer hat Schuld an dem europäischen Kriege ? — wird durch den Vorgang vom 2. August weder beantwortet noch beeinflusst. Am 2. August *war* der Krieg da, durch Deutschlands und Oesterreichs Schuld und gegen Englands Willen. Verhindert werden konnte er nicht mehr. Seine Ausdehnung auf Frankreich war unvermeidlich und tatsächlich schon eingetreten, wenn auch die Kriegserklärung in Paris erst am nächsten Tage überreicht wurde. Das Ultimatum an Frankreich war am 1. August mittags 1 Uhr abgelaufen und war von Frankreich ablehnend beantwortet worden. Die Kriegserklärung zwischen Oesterreich und Russland war eine Formalität, die jeden Augenblick erfolgen musste, sich aber — mirabile dictu ! —, um den Wahnsinn der ganzen Affäre noch zu erhöhen, bis zum 6. August verzögerte. Kurz, der Viermächtekrieg war da und England frei, das zu tun, was seinem Interesse entsprach. Entsprach es seinem Interesse, Frankreich im allgemeinen oder in gewissen Fällen beizustehen, gut, so konnte es diesem Interesse gemäss handeln. Entsprach es seinem Interesse, nur im Falle der belgischen Neutralitätsverletzung am Kriege teilzunehmen, so konnte es auch dies tun. Im einen wie im andern Fall trifft England nicht der geringste Vorwurf. Standen wir Oesterreich bei, so konnte England Frankreich beistehen.

Der Umstand, dass zwischen England und Frankreich kein verpflichtendes Bündnis bestand, hinderte England nicht, auf Grund seiner freundschaftlichen Beziehungen und vor allem auf Grund seiner eigenen Interessen Frankreich seinen Beistand zuzusagen. Auch wir handelten ja lediglich unseren eigenen Interessen gemäss, die wir nach Bedarf und nach dem berühmten Muster Oesterreichs als « Fragen um Leben und Tod » bezeichneten. So war der Einbruch in Belgien für uns eine Frage auf Leben und Tod (Siehe die Depesche Jagows an Lichnowsky vom 4. August [1]), bescheidener ausgedrückt : eine Frage unseres mili-

[1] Blaubuch, Nr. 157.

tärischen Interesses. So war die Neutralität Englands, wenn auch keine Frage auf Leben und Tod, jedenfalls von weittragendstem Interesse für uns und deshalb suchten wir diese Neutralität vor und nach dem Ausbruch des Krieges mit allen Mitteln herbeizuführen. *So ernsthaft wir den Frieden mit England wollten, so ernsthaft und beharrlich haben wir den Krieg mit Russland und Frankreich erstrebt.* Zunächst einmal wollten wir Herren auf dem Kontinent sein und dann — « wird sich schon alles finden ».

Weshalb also, frage ich nochmals, diese ganz überflüssige Erörterung über diesen oder jenen Grund, der England zum Kriege bestimmt haben kann ? Ist Europa ein Moralgerichtshof, um über Heuchler und Pharisäer zu urteilen ? Wehe uns, wenn ein solcher Gerichtshof existierte ? ! Wie würden wir vor ihm bestehen ? Wie würden wir entlarvt werden, die Eroberer in der Maske der Befreier, die Angreifer in der Maske der Angegriffenen, der Wolf bekleidet mit dem Schafspelz !

*Ja, wenn wir noch ehrlich wären*, uns zu dem unsagbaren Verbrechen bekennten ! Wenn wir, wie die grossen Weltstürmer in der Vergangenheit, wie Alexander der Grosse, wie die Römer, wie Napoleon I., offen unser Recht proklamierten, die Welt zu besitzen und zu beherrschen, weil wir besser, tüchtiger und stärker als die Andern sind ! Das hätte noch etwas Grosses, Faszinierendes, Respekt-Erheischendes, wie man von jeder Grösse hingerissen wird, auch wenn sie verwerflichen Zielen dient. Ein Rinaldo Rinaldini, ein Richard III., ein Cesare Borgia sind Ungeheuer, aber sie sind gross in ihrer Art und erwecken Bewunderung, wie jeder in sich vollendete Menschentyp. *Wir aber, wie klein sind wir !* In Schriften und Reden zu Hause da predigen wir von Weltmachtpolitik, von Eroberung und Weltherrschaft — unter Eingeweihten natürlich nur ! —, dem dummen Volk aber und dem Auslande gegenüber sind wir die Angegriffenen, die Ueberfallenen, die Opfer heimtückischer Feinde. Auch wir « predigen heimlich Wein und trinken öffentlich Wasser. » Im engen Kreise unserer Junker, Hofleute und Generäle wird der berauschende Wein der Kriegsbegeisterung kredenzt, aber öffentlich vor dem Volke und über die Grenzen hinaus wird das Wasser der Friedfertigkeit, der Sanftmut und der Unschuld getrunken.

Nach alledem steht es uns schlecht an, der englischen Regierung Doppelzüngigkeit und Heuchelei vorzuwerfen. Wir suchen auch hier den Splitter im Auge des andern und sehen den Balken im eigenen Auge nicht. — — —

Wie sehr Deutschland Meister in allen Heucheleien ist, beweisen — ausser den Vorgängen von 1914 — eine Reihe von Erklärungen deutscher Diplomaten bezüglich der *belgischen Neutralität* aus den Jahren 1911—1913. Schon 1911 war in der belgischen Presse, bei der Erörterung des holländischen Projekts der Befestigung Vlissingens, vielfach die Befürchtung ausgesprochen worden, dass Deutschland im Falle eines deutsch-französischen Krieges die belgische Neutralität verletzen würde. Das belgische Ministerium äusserte im Interesse guter Nachbarbeziehungen mit Deutschland in Berlin den Wunsch, die Reichsregierung möchte durch eine öffentliche Erklärung im Reichstag diese Befürchtungen zerstreuen. Herr von Bethmann liess durch seinen damaligen Gesandten, Herrn von Flotow, seinen besten Dank für die freundlichen Gesinnungen der belgischen Regierung aussprechen, erwiderte aber, dass er die gewünschte öffentliche Erklärung nicht abgeben könne, um nicht die militärische Lage Deutschlands Frankreich gegenüber zu schwächen: Frankreich könne, wenn ihm die Sicherheit gegen den Einfall von Norden gegeben wäre, alle seine Kräfte an die Ostgrenze schieben und damit den deutschen Einmarsch erschweren[1]. Diese ausweichende Antwort Bethmanns wird heute verständlich: schon damals waren die Pläne für den Einmarsch in Belgien offenbar fertig und der Reichskanzler hatte denn doch Bedenken, öffentlich im Reichstag den Respekt vor einer Neutralität zu erklären, deren Verletzung bereits beschlossene Sache war.

Weniger vorsichtig war allerdings Herr von Jagow, der sich nicht scheute, in der Budgetkommission des Reichstags am 29. April 1913 die unwahre Erklärung abzugeben, dass die Neutralität Belgiens vertragsmässig festgesetzt sei und Deutschland die Absicht habe, diesen Vertrag zu respektieren[2]. Am weitesten in der Skrupellosigkeit ging aber Herr von Below-Saleske, der noch

---

[1] Graubuch, Nr. 12.

[2] Graubuch, Nr. 12.

am 2. August, einige Stunden vor Ueberreichung des deutschen Ultimatums, dem belgischen Minister des Auswärtigen Davignon die beruhigendsten Versicherungen über die Absichten des deutschen Nachbarstaates gab. Als Herr Davignon seine Befriedigung hierüber aussprach, aber trotzdem den Wunsch äusserte, zur Beruhigung seines Landes eine *offizielle* Erklärung der deutschen Regierung zu erhalten — wie sie Frankreich bereits am 31. Juli in aller Form abgegeben hatte —, begnügte sich Herr von Below mit der Erklärung, noch keine Instruktion nach dieser Richtung hin erhalten zu haben[1]. Denselben Abend um 7 Uhr überreichte er das Ultimatum. Gewiss ein unübertreffliches Muster von fair play! Aber auch dies gehört zum Ganzen. —

In dieses Kapitel gehört auch ein Faktum, das in Deutschland noch ganz unbekannt ist. Im Sommer 1913 machte das belgische Königspaar mit seinen Kindern bei Gelegenheit irgend einer Festlichkeit einen offiziellen Besuch in Lüttich. Kaiser Wilhelm — — benutzte diese Gelegenheit, um einen Spezialgesandten zur Begrüssung des Königspaares nach Lüttich zu senden, mit dem Auftrage, der königlichen Familie die Versicherung seiner aufrichtigen Freundschaft zu überbringen. Der Gesandte war kein Hofgeneral — wie üblich —, sondern der *spätere Eroberer von Lüttich, General von Emmich.*

Aber kehren wir zu den Vorwürfen gegen England zurück. England soll durch die Zusicherung vom 2. August bereits aus seiner Neutralität herausgetreten sein und sich auf Frankreichs Seite gestellt haben. Die Verletzung der belgischen Neutralität

[1] Graubuch, Nr. 19.

soll daher für seine Entschliessungen unerheblich gewesen sein. Was war denn aber in Wirklichkeit der französischen Regierung zugesichert worden? *Eine bedingte und beschränkte Hilfeleistung, nichts weiter*. Die Hilfeleistung war an die Bedingung geknüpft, dass Deutschlands Flotte durch den Kanal oder die Nordsee hindurch feindliche Operationen gegen die französischen Küsten oder die französische Schiffahrt unternehmen würde. Die Hilfeleistung war ausserdem der Beschränkung unterworfen, dass sie *nur durch die englische Flotte* stattfinden solle. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, dass diese Hilfeleistung nicht gleichbedeutend sein solle mit einer Kriegserklärung an Deutschland.

Diese bedingte und beschränkte Zusage Englands floss nicht aus dem freien Willen der englischen Regierung, sondern aus einer vertraglichen Verpflichtung, die sie Frankreich gegenüber übernommen hatte. Die beiden Länder hatten seit längerer Zeit ein Abkommen dahin getroffen, dass Frankreich fast seine ganze Flotte im Mittelmeer konzentrieren sollte, zur Wahrung der gemeinschaftlichen englisch-französischen Interessen, und dass England als Gegenleistung hierfür in den nordischen Gewässern den Schutz dieser Interessen übernehmen sollte. Dieser Verabredung lagen *keinerlei kriegerische Absichten* gegen irgend eine Macht zu Grunde, am allerwenigsten gegen Deutschland. Hätte eine aggressive Tendenz gegen Deutschland dieses Flottenabkommen beeinflusst, so würde man die beiden Flotten wahrscheinlich nicht geteilt, sondern mindestens den grösseren Teil der gesamten Streitkräfte in den nordischen Gewässern vereinigt haben. Das französisch-englische Abkommen hatte lediglich den Schutz der beiderseitigen Handelsinteressen im Auge.

Tatsache war nun aber, dass die französische Flotte mit geringen Ausnahmen sich im Mittelmeer befand und hier ausser den eigenen auch den englischen Interessen dienstbar war. Die französischen Nord- und Westküsten waren daher ungeschützt. Unter diesen Umständen war es die *Pflicht* Englands, in dem bevorstehenden, am 2. August bereits unvermeidlich gewordenen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland den Schutz der französischen Küsten zu übernehmen, den Frankreich mit seiner im Mittelmeer gebundenen Flotte tatsächlich nicht leisten konnte.

Dies der Sinn und Grund der Grey'schen Zusage vom 2. August.

England war damit nicht im geringsten aus seiner Neutralität herausgetreten: denn es hing ja von dem *freien Willen Deutschlands* ab, die Küsten und die Schiffahrt Frankreichs nicht anzugreifen und dadurch jeden Grund für ein Eingreifen der britischen Flotte zu vermeiden. Die deutsche Regierung konnte die englische Zusage an Frankreich unwirksam machen und Fürst Lichnowsky verhandelte sogar in London am 3. August über die Frage, ob England neutral bleiben würde um den Preis, dass Deutschland die nördlichen Küsten und die Schiffahrt Frankreichs nicht angreifen würde[1]. Wäre dies die einzige England interessierende Frage gewesen, so wären diese Verhandlungen vielleicht sogar zum Ziele gelangt, aber England hatte noch andere und wichtigere Interessen zu vertreten, denen Deutschland nicht Genüge tun konnte oder wollte. Diese Interessen waren zweierlei:

1. die Erhaltung Frankreichs als europäische Gross- und Kolonialmacht und
2. die Nichtverletzung der belgischen Neutralität.

Ueber die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser englischen Interessen hat niemand das Recht, ein Urteil zu fällen. Niemand ausser England allein. Wie wir die Erhaltung Oesterreich-Ungarns uns zur Aufgabe gemacht hatten, so konnte England die Erhaltung Frankreichs und seiner Kolonien seinen Interessen dienlich erachten. Jeder Grosstaat hat das Recht, selbständig zu erwägen, was ihm dienlich oder nicht dienlich ist, und jede Vormundschaft von anderer Seite abzulehnen. Die Interessen der Staaten sind auch keineswegs stabil, sondern wechseln nach Zeiten und Umständen. Was heute vorteilhaft erscheint, kann morgen nachteilig oder gleichgültig sein. Die Erhaltung der französischen Kolonialmacht war bis zum Abkommen von 1904 den Engländern mindestens gleichgültig. Nach diesem Abkommen war sie ein Element der englischen Politik geworden und bildete den Kern des englisch-französischen Abkommens. So erklärt sich die Frage Goschens an den Reichskanzler, als dieser am 29. Juli das bekannte Neu-

[1] Rede Grey's vom 3. August (Blaubuch, S. 92).

tralitätsgesuch an England stellte und als Gegenleistung die Integrität des französischen Territoriums garantieren wollte — die Frage, ob diese Garantie auch die *Kolonien* umfasse. Aus der negativen Antwort Bethmanns ergab sich, dass Deutschland Kolonialerwerbungen auf Kosten Frankreichs zu machen beabsichtigte [1]. Aber auch ohne solche Absicht musste England befürchten, dass die militärische Zerschmetterung Frankreichs dessen Grossmachtstellung, Wohlstand und Unabhängigkeit aufs Tiefste erschüttern würde. —

Waren schon hier Englands Interessen gefährdet, so war dies noch mehr der Fall in der Frage der belgischen Neutralität. Die englische Regierung hatte von Anbeginn der Verhandlungen an nie den geringsten Zweifel darüber gelassen, dass die *Verletzung der belgischen Neutralität ein casus belli* für England sein würde. Dies war die einzige Frage, welche sicher, unbedingt und in vollem Umfange zu einem Kriege zwischen Deutschland und England führen musste, während die französische Frage bis zu einem gewissen Punkte eine Transaktion zuliess. Bei der belgischen Frage spielte die Volksstimmung in England eine entscheidende Rolle, während bei der französischen dies nicht der Fall war. *Wenn Deutschland die belgische Neutralität schonte und gleichzeitig den Angriff auf die Küsten und die Schiffahrt Frankreichs unterliess, so wäre der Frieden zwischen Deutschland und England erhalten worden.* Diese Bedingungen aber wollte und konnte Deutschland nicht erfüllen, da es, um sie innezuhalten, auf den Seekrieg mit Frankreich hätte verzichten müssen und zu Lande auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen wäre. —

Der Krieg wurde *unvermeidlich*, als die deutschen Truppen die belgische Grenze überschritten und die deutsche Regierung die englische Aufforderung, sie zurückzuziehen, abwies. Das war am 4. August, abends.

Der Krieg war aber *noch* zu vermeiden, als die englische Regierung am 2. August der französischen die bekannte Zusicherung gab. Er war zu vermeiden durch die Passivität der deutschen Flotte gegen Frankreichs Küsten und Schiffahrt, durch

---

[1] Blaubuch, Nr. 85.

welche ein Eingreifen der englischen Flotte ausgeschlossen wurde. *Es ist also unwahr, wenn der Reichskanzler behauptet, dass England bereits am 2. August seine Neutralität aufgegeben habe.* Englands Entschliessungen waren damals noch in der Schwebe und hingen von Umständen ab, die damals zwar unmittelbar bevorstanden, aber noch nicht eingetreten waren.

Wie vorsichtig die englische Regierung und wie unvorsichtig die deutsche war, geht gerade aus der Situation am 2. August hervor. England hätte, wenn es sich nicht bis zum allerletzten Moment an die Hoffnung, unbeteiligt zu bleiben, geklammert hätte, schon am 2. August seine definitiven Entschliessungen fassen können : denn es war damals schon nicht der geringste Zweifel mehr möglich, dass das deutsche Heer in Belgien einrücken würde. Der Reichskanzler legt besonderen Wert darauf, dass die Zusicherung vom 2. August am *Nachmittag* dieses Tages erfolgt sei, während das Ultimatum an Belgien erst Abends um 7 Uhr in Brüssel überreicht worden sei. Immer von der falschen Annahme ausgehend, dass die englische Zusicherung bereits eine Kriegsbeteiligung darstellte — was nicht der Fall ist — zieht der Reichskanzler den naiven Schluss, dass diese Kriegsbeteiligung bereits zu einer Zeit ausgesprochen worden sei, als man in London von der beabsichtigten Neutralitätsverletzung nichts wusste und nichts wissen konnte. Sehr naiv in der Tat ! Seit dem 31. Juli, seit der ausweichenden Antwort Jagows auf die englische Anfrage, ja seit dem 29. Juli schon, seit Herrn von Bethmanns Neutralitätsgesuch und seit den gewundenen Erklärungen der deutschen Diplomaten in Berlin und London musste ein Blinder sehen, wie es um Belgiens Neutralität stand. Dazu kam der Einmarsch in Luxemburg in aller Frühe am Sonntag den 2. August, der den Weitermarsch nach Belgien ausser allen Zweifel stellte.

Die englische Regierung konnte also, als sie die Zusicherung an Frankreich gab, nicht mehr daran zweifeln, dass die Neutralität Belgiens von Deutschland angetastet werden würde — was ja einige Stunden später durch das Ultimatum in Wirklichkeit geschehen ist. Wenn Deutschland eine russische Mobilisierung schon als casus belli ansah, um wieviel mehr durfte England die schon am 2. August vorliegenden Tatsachen als eine Bedrohung

Belgiens betrachten. Hätte England schon damals ein Ultimatum an Deutschland gestellt, so würde es nicht anders gehandelt haben als Deutschland am 31. Juli gegen Russland. Statt des Bethmann'schen Satzes : von der belgischen Neutralität verlautete kein Wort —, muss es wahrheitsgemäss heissen : die belgische Neutralität war schon damals tötlich bedroht.

Daraus folgt — im Gegensatz zu Herrn von Bethmann —, dass selbst eine *unbedingte* Zusage des englischen Beistandes zu Wasser und zu Lande in diesem Augenblick bereits durch die Bedrohung der belgischen Neutralität begründet gewesen wäre. Geschweige denn die bedingte Zusage einer Hilfe zur See, auf die sich Sir Edward Grey beschränkte.

Ich resumiere mich dahin :

1. Es ist unwahr, dass England bereits am 2. August aus seiner Neutralität herausgetreten sei. *Die Zusage vom 2. August ist nicht gleichbedeutend mit einem Kriege gegen Deutschland.*

2. Wahr ist dagegen, dass England erst am 4. August, nach der tatsächlichen Verletzung der belgischen Neutralität, aus seiner eigenen Neutralität herausgetreten ist.

3. Selbst wenn die Zusicherung vom 2. August ein Aufgeben der englischen Neutralität bedeutet hätte, so wäre dieses Aufgeben begründet gewesen durch die bereits damals vorliegende Gewissheit, dass Belgiens Neutralität durch Deutschland verletzt werden würde.

Wenn England also behauptet, dass es durch die Verletzung der belgischen Neutralität zum Kriege veranlasst worden sei, so sagt es die Wahrheit.

Diese Wahrheit wird insbesondere noch dadurch bestätigt, dass der englische Botschafter Goschen am 4. August zunächst nur die *Zurückziehung* der deutschen Truppen aus Belgien verlangte, und erst, als diese verweigert wurde, die Erklärung abgab, dass England die Schritte ergreifen müsse, die seine vertragsmässigen Verpflichtungen ihm auferlegten. Deutschland hatte also **noch damals am 4. August abends** die Möglichkeit, den Krieg mit England zu vermeiden. Der beste Beweis, dass es nicht bereits seit dem 2. August im Kriegszustand mit England gewesen sein kann.

Hiermit sind alle Schlüsse widerlegt, welche der Reichskanzler aus dem Vorgang vom 2. August ziehen zu können glaubt. Dagegen ist ein anderer Schluss berechtigt, den *ich* mir zu ziehen erlaube : die *bedingte* und *beschränkte* Zusage einer *eventuellen* Flottenunterstützung ist ein durchschlagendes argumentum e contrario dafür, dass weitergehende Zusagen militärischer Unterstützung bis zum 2. August von Seiten Englands an Frankreich nicht gegeben worden waren. Daher wurde denn auch die englische Erklärung mit grosser Freude in Paris begrüsst als ein « *premier* concours dont la valeur nous est précieuse » [1]. Die erste Hilfezusage, bedingt und beschränkt, am 2. August ! Ein schlagender Beweis dafür, dass die Behauptung des Reichskanzlers, England habe schon vor dem Kriegsausbruch Frankreich seine Unterstützung zugesagt, eine Lüge ist.

Bei Abschluss dieser Betrachtungen weise ich nochmals mit aller Schärfe darauf hin, dass alle diese Erörterungen über Englands Kriegsbeteiligung und ihre Ursachen den Kern der Frage nicht treffen, welcher lautet : *Wer trägt die Schuld an dem europäischen Kriege ?* Der Zweck dieser Erörterungen ist gerade der, die Aufmerksamkeit von der Hauptfrage abzulenken. Die Beteiligung Englands ist eine *Folgeerscheinung* des Krieges, die ihre besonderen Gründe hat. Sie wäre nicht eingetreten, wenn der Krieg nicht entfesselt worden wäre. Wer den Krieg entfesselt hat, ist auch für die Folgeerscheinungen verantwortlich. Es kommt also alles darauf an : wer *hat* den Krieg entfesselt ? — und auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben : Deutschland und Oesterreich.

Gegen England aber kann ich keine Anklagepunkte zusammenstellen, da es solche nicht gibt, sondern nur seine Verteidigung in die Sätze zusammenfassen, die ich am Beginn dieses Abschnittes formuliert habe. Die Geschichte wird zweifellos den Worten Asquith's zustimmen, die dieser am 6. August zum Ruhme seines Kollegen *Sir Edward Grey* im britischen Parlament gesprochen hat : « Ich bin sicher, dass dieses Haus und dieses Land — und ich kann hinzufügen : die Nachwelt und die Geschichte — ihm

---

[1] Gelbbuch, Nr. 138.

das zugestehen werden, was nach allem der beste Tribut ist, der einem Staatsmann gezollt werden kann: dass er, ohne je einen Zollbreit von der Ehre und den Interessen seines Landes geopfert zu haben, gekämpft hat, wie wenige Männer gekämpft haben, für den Schutz und die Aufrechterhaltung des grössten Gutes aller Völker, des allgemeinen Friedens. »

## D

## Russland.

Die Stellungnahme Russlands in dem europäischen Konflikt geht aus der bisherigen Darstellung mit genügender Deutlichkeit hervor, um ein Urteil über Russlands Schuld oder Unschuld zu ermöglichen.

*Was wird Russland von deutscher Seite vorgeworfen?*

I. Russland soll sich ohne Grund und Recht in den österreichisch-serbischen Konflikt hineingemischt und dadurch die europäische Konflagration hervorgerufen haben. Dass Russland Grund und Recht zu dieser Einmischung hatte, habe ich ausführlich auseinandergesetzt und meinen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Niemand in Europa konnte von dieser Einmischung überrascht sein, die von Sazonow während der Balkankrisis mit deutlichen Worten für den Fall eines Angriffs Oesterreichs auf Serbien angekündigt worden war. Das Interesse Russlands an Serbien war eine Tatsache, mit der die europäische Diplomatie rechnen musste und stets gerechnet hat, — die deutsche in erster Linie, wie das Weissbuch ergibt: « a commonplace in European diplomacy [1]. »

II. Es wird ferner behauptet, die russische Militärpartei habe von vornherein den Krieg gewollt und zum Kriege gedrängt. Wenn wirklich eine solche Partei in Russland existierte, was erst noch zu beweisen ist, so hat sie jedenfalls an dem russischen Minister des Auswärtigen einen erfolgreicheren Widerstand ge-

[1] Blaubuch, S. IV. Weissbuch, S. 6.

funden als die deutsche Kriegspartei an Herrn von Bethmann. *Sazonow hat vom ersten bis zum letzten Moment der Krisis in eifrigster Weise dem Frieden gedient* :

1. Er hat in Serbien zur Mässigung geraten und tatsächlich die unterwürfige serbische Note erzielt [1].

2. Er hat mit England und Frankreich gemeinschaftlich eine Fristverlängerung des österreichischen Ultimatums zu erreichen gesucht, aber erfolglos [2].

3. Er hat, als der Konflikt durch die Abberufung des österreichischen Gesandten sich zu verschärfen begann, die Hilfe Italiens in Anspruch genommen, welches Oesterreich durch die Versagung seiner Unterstützung von seinem intransigenten Verhalten abbringen sollte [3].

4. Er ist trotz des Abbruchs der österreichisch-serbischen Beziehungen seinerseits in freundschaftliche Besprechungen mit der österreichischen Regierung eingetreten; er hat dem österreichischen Botschafter Szápáry im Einzelnen die Punkte der österreichischen Note angeführt, die für Serbien annehmbar wären, aber auch diejenigen hervorgehoben, die, wenigstens in der verlangten Form, von keinem unabhängigen Staat angenommen werden könnten [4].

5. Er hat den dringenden Wunsch geäussert, die Spannung zwischen Oesterreich und Russland durch weitere direkte Verhandlungen zu beseitigen und in Wien gebeten, dem österreichischen Botschafter in Petersburg entsprechende Vollmachten zu erteilen. Das war am 26. Juli. Die Antwort darauf war die österreichische Kriegserklärung vom 28. Juli und die strikte Ablehnung des Grafen Berchtold, sich in irgend welche Verhandlungen über die österreichische Note einzulassen [5].

6. Sazonow hat nach dem Fehlschlagen dieses Versuchs den

---

[1] Orangebuch, Nr. 4. 25. 33. 40. 42. Blaubuch, Nr. 55.

[2] Orangebuch, Nr. 4. 5. 11. 12.

[3] Orangebuch, Nr. 23.

[4] Orangebuch, Nr. 25.

[5] Orangebuch, Nr. 38. 45. 50. 54. 77. Berchtold erklärte dem russischen Botschafter am 28. Juli, er könne « ni reculer ni entrer en discussion aucun des termes de la note austro-hongroise ».

Grey'schen Vorschlag der Viermächtekonferenz mit allen Mitteln unterstützt [1].

7. Er hat sich bereit erklärt, beiseite zu stehen und sich den Vorschlägen der Mächte zu unterwerfen [2].

8. Er hat den Kaiser Nikolaus zu der Depesche an den Prinzen Alexander von Serbien vom 27. Juli veranlasst, in welcher diesem jede Lösung ans Herz gelegt wird, welche geeignet sei, die Schrekken eines Krieges zu vermeiden [3].

9. Er hat die englische Regierung nach der Kriegserklärung Oesterreichs dringend gebeten, in Berlin dahin zu wirken, dass man Oesterreich wenigstens zu weiteren Verhandlungen veranlassen möge [4].

10. Er hat stets von neuem und mit immer steigender Dringlichkeit die Mediation Englands im Sinne des Viermächtevorschlages nachgesucht und gleichzeitig stets seine Bereitwilligkeit zu direkten Verhandlungen mit Oesterreich erklärt. Die Ablehnung beider Vorschläge in Wien und Berlin hat ihn nicht gehindert, dieselben stets von neuem zu wiederholen [5]. Besonders dringend waren die Versuche Sazonows in einer Unterhaltung mit dem Grafen Pourtalès am 29. Juli [6], nach der einen oder anderen Richtung hin die Unterstützung Deutschlands zu erlangen : er betonte die Zweckmässigkeit einer *Parallelaktion* nach dem Grundsatz : « doppelt hält besser », nämlich der Konferenz der vier unbeteiligten Mächte in London und gleichzeitig der direkten Verhandlungen zwischen Oesterreich und Russland in Petersburg ; er wies auf die günstigen Erfolge solcher Doppelaktion bei der letzten Balkankrise hin und fügte hinzu, dass nach den von serbischer Seite gemachten Konzessionen die Regelung der noch offenen Punkte doch wirklich keine besonderen Schwierigkeiten bieten könne, wenn nur der *geringste gute Wille* auf Seiten Oesterreichs vorhanden wäre und alle Mächte ihren Einfluss

[1] Orangebuch, Nr. 32, 49, 55, 77.

[2] Blaubuch, Nr. 55, 78. Orangebuch, Nr. 32.

[3] Orangebuch, Nr. 40.

[4] Orangebuch, Nr. 43.

[5] Orangebuch, Nr. 25, 32, 34, 38, 39, 43, 45, 48 (que l'Angleterre entre prenne d'urgence une action médiatrice), 77.

[6] Orangebuch, Nr. 49.

im Sinne der Verständigung geltend machten. Auf den lebhaften Appell Sazonows wusste Pourtalès nur zu erwidern. dass Deutschland einen « mässigenden Einfluss » in Wien ausgeübt habe und weiter ausüben würde (influence modératrice). Mehr war von Deutschland nie zu erlangen, weder in Petersburg noch in London noch in Paris : angebliche Bemühungen, mässigend auf Wien zu wirken, aber keinerlei positives Eingehen auf die praktischen Friedensvorschläge der Ententemächte.

11. Sazonow hat mit den anderen Ententemächten zusammen die deutsche Regierung, welche gegen den Konferenzvorschlag scheinbar nur formelle Bedenken erhob, wiederholt gedrängt, ihrerseits eine ihr genehme Form vorzuschlagen, und sich von vornherein jedem Vorschlag dieser Art untergeordnet [1].

12. Er hat am 29. Juli den Zaren veranlasst, in einer Depesche an Kaiser Wilhelm die Entscheidung des Haager Schiedshofes über den österreichisch-serbischen Konflikt vorzuschlagen.

13. Er hat am 30. Juli dem deutschen Botschafter eine Einigungsformel diktiert, die nur den Schutz der Souveranitätsrechte Serbiens erstrebte und *Russland verpflichtete, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen* [2].

14. Nach Ablehnung dieser Formel seitens Deutschlands hat er auf Ansuchen Grey's eine neue noch entgegenkommendere Formel entworfen, die sogar das *Verbleiben der österreichischen Truppen auf serbischem Boden* während der weiteren Verhandlungen zuliess und Russland verpflichtete, eine abwartende Stellung einzunehmen [3].

15. Als Oesterreich am 31. Juli sich endlich bereit erklärte, in sachliche Verhandlungen über die serbische Frage einzutreten, hat Sazonow diese Verhandlungen sofort in Petersburg begonnen und in einer Depesche nach London seine Hoffnung ausgesprochen, doch noch zu einem friedlichen Ausgang zu gelangen [4].

16. Noch am 1. August, am Tage der deutschen Kriegserklärung, erklärt er sich bereit, im Sinne seiner zweiten Formel mit Wien ein Uebereinkommen zu schliessen, vorausgesetzt, dass die

---

[1] Orangebuch, Nr. 53, 55, 64.
[2] Orangebuch, Nr. 60.
[3] Orangebuch, Nr. 67.
[4] Orangebuch, Nr. 69, 73. Blaubuch, Nr. 110, 111.

deutschen Truppen nicht vorher die russische Grenze überschreiten würden. *Russland*, fügt er hinzu, *würde in keinem Falle die Feindseligkeiten beginnen* [1].

17. Noch in letzter Stunde veranlasste Sazonow den Zaren, dem Kaiser Wilhelm sein feierliches Wort zu geben, dass die russischen Truppen *keine herausfordernde Aktion* unternehmen würden, so lange die (am 31. Juli wieder aufgenommenen) Verhandlungen mit Oesterreich über Serbien andauern würden [2].

18. Noch am Tage der Kriegserklärung bewog er seinen Monarchen zu der erneuten Versicherung, dass die russische *Mobilisierung nicht Krieg* bedeute und die Verhandlungen zum Heil beider Länder und des allgemeinen Friedens fortgesetzt werden sollten [3].

Dies die Tätigkeit des Leiters der russischen Politik. Jeder Unparteiische mag urteilen, ob diese Tätigkeit auf den Frieden oder auf den Krieg gerichtet war. Dass diese unermüdlichen Bemühungen um den Frieden von Petersburg ausgehen konnten, beweist, dass die sogenannte russische Kriegspartei dem verantwortlichen Minister gegenüber *machtlos* war. Alle kriegführenden Staaten werfen sich jetzt gegenseitig ihre Kriegsparteien an den Kopf: jeder verleugnet die eigene und beschuldigt die fremden. Auch hier gilt der Satz: An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Die Bestrebungen der russischen Kriegspartei — wenn eine solche existierte — blieben fruchtlos, sie haben die Friedenspolitik des Zaren nicht beeinflussen können. Die Bestrebungen der deutschen dagegen — sie haben nur allzu reiche Früchte getragen — Giftfrüchte, die man mit so trügerisch-verführerischem Schaumglanz zu umhüllen verstand, dass das betörte Volk begeistert danach griff und nun all' ihre Bitterkeit auskosten, vielleicht sogar daran zu Grunde gehen muss.

III. Ein weiterer Vorwurf der deutschen Regierung gegen Russland geht dahin, dass Russland durch seine militärischen Massnahmen die Friedensverhandlungen vereitelt habe. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt und zwar aus zwei Gründen:

1. weil Russland neben seinen militärischen Sicherungsmass-

---

[1] Blaubuch, Nr. 139.
[2] Weissbuch, S. 12.
[3] Weissbuch, S. 13.

nahmen *unausgesetzt diplomatisch auf den Frieden hingearbeitet* hat [1], und

2. weil diese Massnahmen eben Sicherungsmassregeln waren, die nach den feierlichen Versicherungen des Zaren und seiner Regierung keinen aggressiven Charakter hatten. Sie *konnten* keinen aggressiven Charakter haben, weil sie — wie ich früher auseinandergesetzt habe — lediglich zur Stützung einer Defensiv-Politik dienten und keinerlei *Grund* zu einem aggressiven Vorgehen Russslands vorlag. — Die partielle Mobilisierung vom 29. sowie die generelle vom 31. Juli waren die *Antwort auf vorhergegangene Mobilisierungen Oesterreichs*, deren Daten ich bereits früher aktenmässig festgestellt habe [2]. Aber nicht nur durch die Mobilisierungen Oesterreichs, sondern noch mehr durch das diplomatische Verhalten Oesterreichs und Deutschlands war Russland zu militärischen Sicherungsmassnahmen gezwungen worden. Die Intransigenz Oesterreichs und die Vereitelung aller Vermittelungsversuche seitens Deutschlands mussten den dringenden Verdacht erwecken — der sich auch später bestätigt hat —, dass Deutschland und Oesterreich *unter allen Umständen* den Krieg wollten. Dagegen musste sich Russland sichern und damit fällt auch der aus den russischen Mobilisierungen hergeleitete Vorwurf.

Die Geschichten von den gebrochenen Ehrenworten und den vorzeitigen Grenzüberschreitungen habe ich schon an anderer Stelle gebührend gekennzeichnet.

Es bleibt also nichts zu Lasten Russlands übrig, und ich kann diesen Abschnitt nur mit dem Bedauern schliessen — ein Bedauern, das bei einem Deutschen gewiss begreiflich ist —, dass Russland an dem europäischen Kriege *vollständig unschuldig* ist und die Schuld allein auf Deutschland und Oesterreich fällt.

---

[1] Orangebuch, Nr. 77, 78.

[2] Orangebuch, Nr. 47, 49, 58, 77, 78.

E

## Frankreich.

Die deutschen Aeusserungen — in Wort und Schrift — über Frankreichs Verschulden an dem Kriege sind auffallend zurückhaltend und stützen sich nur auf recht spärliches Material. Das deutsche Weissbuch wirft Frankreich nur « militärische Vorbereitungen » während der diplomatischen Verhandlungen vor und behauptet am Schluss seiner Darstellung, dass Frankreich am Morgen des 2. August, also vor der deutschen Kriegserklärung, die « Feindseligkeiten eröffnet » habe.

Der Reichskanzler bestätigt in seiner Rede vom 4. August diesen letzteren Vorwurf, indem er angebliche französische Einbrüche in deutsches Gebiet als Beleg hierfür anführt. In seiner Rede vom 2. Dezember reitet er dann auf dem alten Revanchegedanken herum, weiss aber auch hier nichts weiter gegen Frankreich vorzubringen.

Alle diese Vorwürfe habe ich bereits früher auf ihren Wert geprüft und ihre Hinfälligkeit nachgewiesen. Insbesondere habe ich den Nachweis führen können, dass die schwersten Grenzverletzungen *vor* der deutschen Kriegserklärung von *deutschen* Truppen zahlreich und sogar mit blutigen Folgen begangen worden sind, während die Gegenbeschuldigungen Deutschlands gegen Frankreich nicht nur unwahrscheinlich, sondern auch in sich widerspruchsvoll und daher unglaubwürdig sind.

Nun tritt zum ersten Mal eine neue Beschuldigung gegen Frankreich auf, in dem soeben veröffentlichten Schreiben des Reichskanzlers vom 24. Dezember : die *Beteiligung Frankreichs an den diplomatischen Verhandlungen* wird einer Kritik unterzogen. Man kann dem Reichskanzler nur dankbar sein, dass er endlich einmal eine Anklage formuliert, gegen die eine Verteidigung möglich ist. Diese Anklage stützt sich auf folgende Behauptungen :

1. Frankreich habe den deutschen Versicherungen nicht ge-

traut und alle Schritte des deutschen Botschafters mit Misstrauen aufgenommen;

2. Der Wunsch Deutschlands auf mässigende Einwirkung in Petersburg sei nicht beachtet worden;

3. Die französische Regierung habe keinen einzigen positiven Schritt im Interesse des Friedens getan.

Wie steht es mit diesen Anklagen?

Richtig ist, dass man die Schritte des *Herrn von Schoen* in Paris mit einem gewissen Misstrauen aufgenommen hat. Dieses Misstrauen aber war nur allzu begründet. Herr von Schoen musste dieselbe traurige Rolle in Paris spielen, die Herrn von Jagow in Berlin zugefallen war. Er musste alle Versuche der Ententemächte, zu einem friedlichen Ausgleich des Konflikts zu gelangen, durchkreuzen und das auffallende und zweideutige Verhalten der deutschen Regierung mit fadenscheinigen Gründen verteidigen. Den Bemühungen Frankreichs, die Ultimatumsfrist zu verlängern, durfte er sich nicht anschliessen, musste dagegen blind die österreichische Note und alle darauffolgenden Handlungen Oesterreichs der französischen Regierung gegenüber vertreten[1]. Das Grey'sche Viermächteprojekt, welches von Frankreich sofort angenommen und allen übrigen Mächten empfohlen wurde, musste er zurückweisen und statt dessen den unmöglichen deutschen Lokalisierungsvorschlag als Allheilmittel anempfehlen[2]. Die serbische Note, welche alle wesentlichen Forderungen Oesterreichs bewilligt hatte, musste er für ungenügend, die Abberufung des österreichischen Gesandten für begründet erklären, ja er musste — der Bethmann'schen Instruktion gemäss — der französischen Regierung einen gemeinschaftlichen deutsch-französischen *Druck auf das Petersburger Kabinett* nahelegen, während er andrerseits jeden deutschen Druck auf Wien ablehnen musste. Er musste es ruhig mit anhören und konnte nichts Stichhaltiges erwidern, wenn ihm bei seinen wiederholten Besuchen am Quai d'Orsay Herr Bienvenu-Martin, der französische Minister des Auswärtigen ad interim, das Unlogische dieses Vorschlages vorhielt: Oesterreich hatte doch fast in allen Punkten seinen Willen

---

[1] Gelbbuch, Nr. 28, 36.

[2] Gelbbuch, Nr. 56, 57, 61.

durchgesetzt, trotzdem aber eine militärische Aktion gegen Serbien begonnen ; ein Stillhalten war daher wohl von Oesterreich, aber nicht von Russland zu verlangen, ein Druck auf *Wien*, aber nicht auf *Petersburg* auszuüben [1]. Russland war ja bereit, zu verhandeln, sei es direkt mit Oesterreich, sei es durch Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte. Russland war bereit, jeden Vorschlag der Viermächtekonferenz anzunehmen. *Welcher Druck sollte also auf Russland noch ausgeübt werden ?* Oesterreich aber war *nicht* bereit, weder zu direkten Verhandlungen noch zur Empfangnahme von Vorschlägen der vier Mächte. Wenn also ein Druck irgendwo auszuüben war, so musste er auf Wien ausgeübt werden und, dies zu tun, war nur Berlin in der Lage. Ein Botschafter, der das Gegenteil vertreten musste, ist mehr zu bedauern als zu verurteilen [2].

Aber er musste sich noch grössere Blössen geben. Er musste, als er an Stelle der Mediation direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg in Paris vorschlug, auf die Frage des französischen Ministers, welches denn eigentlich das Ziel der österreichischen Operationen in Serbien sei, die beschämende Antwort geben (am 29. Juli), *dass die deutsche Regierung dies nicht wisse, aber es von Oesterreich zu erfahren hoffe* [3]. Auch diese Antwort fällt bekanntlich dem armen Pariser Botschafter nicht zur Last, sondern seiner Regierung, die bis heute die Welt noch nicht darüber aufgeklärt hat, was Oesterreich eigentlich von Serbien wollte. Inzwischen haben die Serben die Antwort erteilt, die man von Oesterreich vergeblich verlangt hat : sie haben die Oesterreicher aus ihrem Lande hinausgeworfen und vermutlich war es das, was die Oesterreicher wollten.

So ist das ganze Auftreten des Herrn von Schoen in Paris eine fortlaufende Reihe unverschuldeter Blamagen. Das wiederholt an ihn gestellte Ersuchen, doch seinerseits *die der deutschen Regierung genehme Form der Konferenz*, die man im Prinzip scheinbar gebilligt hatte, anzugeben, musste er unbeantwortet lassen, da man ihm von Berlin aus keine Instruktionen nach

---

[1] Gelbbuch, Nr. 61, 62, 77, 78

[2] Gelbbuch, Nr. 85.

[3] Gelbbuch, Nr. 94, 97.

dieser Richtung erteilt habe [1]. Allen englisch-französischen Versuchen gegenüber, die widerstreitenden Standpunkte Oesterreichs und Russlands durch Einigungsformeln auszugleichen, musste er sich passiv verhalten, da seine Regierung diese Versuche nicht einmal einer Diskussion für würdig hielt [2].

Die schlimmste Rolle aber war ihm vorbehalten, als er sich nach fruchtlosem Ablauf der Ultimata von Herrn Viviani den verbrecherischen Wahnsinn des deutschen Vorgehens vorhalten lassen musste, welches *kurz vor der Lösung des Konflikts Europa ohne jeden Grund in den fürchterlichsten aller Kriege hineintreibe*. Die Antwort des Herrn von Schoen musste sich darauf beschränken, dass er keine offizielle Mitteilung über die günstige Lage der Verhandlungen erhalten habe, sich aber informieren wolle [3]. Zwei Tage später musste er Herrn Viviani eine Kriegserklärung überreichen mit der Begründung, dass Frankreich die *Feindseligkeiten begonnen* und auch die belgische Neutralität verletzt habe [4] — Behauptungen, deren Unwahrheit er besser als irgend jemand kannte : war er doch Zeuge der aufrichtigsten französischen Friedensbemühungen gewesen. Armer Botschafter ! Das Misstrauen, das man ihm in Frankreich entgegenbrachte, ist sicher übertroffen worden durch das Misstrauen, das er seinen eigenen Handlungen gegenüber empfand.

Der weitere Vorwurf Bethmann's, dass die französische Regierung den Wunsch Deutschlands auf mässigende Einwirkung in Petersburg nicht beachtet habe, ist durch vorstehende Darlegung bereits entkräftet. Deutschland lehnte die Einwirkung auf das masslos übermütige, aller Rücksichten auf den europäischen Frieden spottende Oesterreich ab und verlangte andrerseits eine Einwirkung Frankreichs auf Russland, welches letztere schon bisher in seinen guten Ratschlägen an Serbien ausserordentliche Nachgiebigkeit gezeigt hatte und zu jedem weiteren Entgegenkommen bereit war [5].

Die Zumutung Deutschlands an Frankreich und damit in-

---

[1] Orangebuch, Nr. 55.
[2] Gelbbuch, Nr. 101, 114.
[3] Gelbbuch, Nr. 125.
[4] Gelbbuch, Nr. 147.
[5] Gelbbuch, Nr. 77. 78.

direkt an Russland war denn doch ein wenig stark, wurde aber trotzdem von Frankreich bis zu einem gewissen Masse befolgt. Das französische Gelbbuch und das englische Blaubuch legen Zeugnis davon ab. In einer Depesche vom 29. Juli [1] erklärt Bienvenu-Martin es für wesentlich, dass das Petersburger Kabinett, dessen Friedensabsichten offenkundig seien, sich unverzüglich dem englischen Viermächtevorschlag anschliesse (adhère immédiatement à la proposition anglaise). Der Erfolg dieser französischen Initiative tritt denn auch sofort ein. Der französische Botschafter in Petersburg telegraphiert an demselben Tage noch an den Minister, dass Sazonow den Viermächtevorschlag annehme, ohne auf die formelle Bezeichnung der Sache irgend ein Gewicht zu legen, und *dass er sich überhaupt allen englischen Bestrebungen zu Gunsten des Friedens unterordnen würde* [2].

Eine andere, noch viel eklatantere französische Einwirkung auf russische Entschliessungen im Sinne der Mässigung ist folgende. Am 30. Juli, als die russische Teilmobilisierung gegen Oesterreich erfolgt war und Deutschland bereits mit einer Gegenmobilisierung drohte, mahnte Viviani in sehr entschiedener Weise zur Vorsicht in Petersburg : es sei zweckmässig, dass Russland, auch zu seiner Sicherung und Verteidigung, keine Massregel ergreife, die Deutschland einen Vorwand zu einer Gegenmobilisierung bieten könnte [3]. Auch hier blieb der Erfolg nicht aus : Russland verschob seine weitere Mobilisierung [4], bis sie durch Oesterreichs Generalmobilisierung erzwungen wurde.

Ein fernerer Fall erfolgreicher französischer Einwirkung in Petersburg spielte sich am 31. Juli ab, als die Bestrebungen der Ententemächte darauf gerichtet waren, einen Mittelweg zwischen den Formeln Grey's und Sazonow's zu finden, um Oesterreichs Zustimmung noch in letzter Stunde zu erlangen. Viviani schlug in einer scharfsinnigen, von dem ernstesten Friedensbestreben diktierten Note [5] einen solchen Mittelweg vor, der für Oesterreich und Russland gleichmässig annehmbar sein musste, und beauf-

[1] Gelbbuch, Nr. 85.
[2] Gelbbuch, Nr. 86, 91.
[3] Gelbbuch, Nr. 101.
[4] Gelbbuch, Nr. 102.
[5] Gelbbuch, Nr. 112.

tragte seinen Petersburger Botschafter mit folgender Mitteilung an Sazonow:

« Ich bitte Sie, Herrn Sazonow umgehend mitzuteilen, dass der Vorschlag des Sir Edward Grey nach meiner Ansicht eine geeignete Basis abgibt für eine Konversation zwischen den Mächten, welche gleichmässig bestrebt sind, an einer ehrenhaften Regelung des österreichisch-serbischen Konflikts zu arbeiten und so die Gefahren zu beseitigen, die den allgemeinen Frieden bedrohen »

Es folgt sodann eine nähere Erläuterung des modifizierten Grey-Sazonow'schen Vorschlags und die Schlussbemerkung:

« Ich bitte Sie, die vorstehenden Erwägungen wohl im Auge zu behalten und Herrn Sazonow inständig zu bitten *(engager très instamment)*, unverzüglich seine Zustimmung zu der Grey'schen Proposition in obiger Form zu geben. »

Noch an demselben Tage konnte der französische Botschafter Paléologue berichten, dass Sazonow die Vorschläge Vivianis angenommen und seine ursprüngliche Formel im Sinne Grey's modifiziert habe [1]. Dieser neue Beweis französischer Friedensintervention und russischer Nachgiebigkeit wurde erbracht, obwohl in der Nacht und am Tage vorher Belgrad von Oesterreich bombardiert und ganz Russland durch das provozierende und intransigente Auftreten Oesterreichs auf's Aeusserste erregt worden war.

Noch nach der Ueberreichung des deutschen Ultimatums in Paris am 31. Juli richtete Viviani das dringende Ersuchen an die kaiserliche Regierung in Petersburg, im höheren Interesse des Friedens *alles ihrerseits zu vermeiden, was die Krise unvermeidlich machen oder beschleunigen könnte.* (Je ne doute pas que le Gouvernement Impérial dans l'intérêt supérieur de la paix n'évite pour sa part tout ce qui pourrait rendre inévitable ou précipiter la crise [2].)

Aehnliche Beispiele liessen sich noch viele aus den diplomatischen Büchern anführen. Aber Herr von Bethmann sagt, dass Frankreich in Petersburg nicht zum Frieden gewirkt, über-

[1] Gelbbuch, Nr. 113.
[2] Gelbbuch, Nr. 117.

haupt nichts im Interesse des Friedens getan habe und — Bethmann ist ein ehrenwerter Mann.

Wenn wir die Tätigkeit der französischen Diplomatie in den kritischen Tagen überblicken und mit der der anderen europäischen Regierungen vergleichen, so müssen wir sagen, dass ihre Aeusserungen, wie sie im Gelbbuch niedergelegt sind, an eleganter Form und plastischer Darstellungskraft die Leistungen aller übrigen Diplomaten übertreffen. Die englische Diplomatie hatte die sachliche Führung und entledigte sich ihrer Aufgabe mit der nüchternen Ruhe und Klarheit, die den Engländer in allen Situationen auszeichnet. Auch die russische hielt sich bis zuletzt in sachlichen Grenzen und in gemässigten Formen, bis zum Morgen des 1. August, unmittelbar vor der deutschen Kriegserklärung : in diesem kritischen Moment aber konnte Sazonow nicht anders als seinen Kollegen von Frankreich und England sein Herz auszuschütten und die Politik Oesterreichs und Deutschlands ohne Schminke in ihrem wahren Lichte darzustellen [1] : die Politik Oesterreichs als provozierend und unmoralisch, die Deutschlands als équivoque und doppelzüngig und ganz besonders unglücklich in der Auswahl ihrer Vertreter in Wien und Petersburg — der erste ein enragierter Russophobe, der beständig Oel in die Flammen goss, der letztere ein Ignorant, der Berlin in dem Glauben liess, dass Russland nie in den Krieg gehen würde, und wenn man ihm auch noch so sehr auf die Füsse treten würde.

Gegenüber diesen, bis auf wenige Ausnahmefälle nüchtern und sachlich bleibenden Diplomaten Russlands und Englands erscheint um so glänzender das Genie der Franzosen, ihre Grazie in der Form, ihre Beweglichkeit in den Ideen, ihre Findigkeit im Aufsuchen immer neuer Auswege aus verwickelten Situationen. Es ist ein wahrer Genuss für den literarischen Feinschmecker, das französische Gelbbuch zu lesen. Welch' glänzende Typen, die Brüder Cambon ! Welche kluge und faszinierende Erscheinung, der Ministerpräsident Viviani ! Und selbst der weniger hervortretende Bienvenu-Martin : wie scharf in seinen Antithesen, wie

---

[1] Blaubuch, Nr. 139.

schlagend in der Zurückweisung der deutschen Sophismen, wie klug voraussehend in der Beurteilung der österreichischen und deutschen Tendenzen !

Und die deutsche Diplomatie ? O Du lieber Gott ! Sprechen wir lieber nicht davon. Herr von Schoen war nicht der einzige, der zu einer Trauerrolle verdammt war. Herr von Tschirschky in Wien, der Russophobe, Graf Pourtalès in Petersburg, Herr von Flotow in Rom — welch' jämmerliche Rollen haben sie alle gespielt ! Herr von Flotow, der die Stimmung des italienischen Volkes und die Ansichten der italienischen Regierung so wenig kannte, dass er eine Beteiligung Italiens an einem österreichisch-serbischen Ueberfallskrieg und seinen weiteren Konsequenzen für möglich halten konnte — eine Ansicht, die man dem letzten deutschen Handlungsreisenden in Italien nicht zumuten könnte, ohne von ihm wegen persönlicher Beleidigung verklagt zu werden. Graf Pourtalès, der einige Arbeiterunruhen in Russland für ausreichend hielt, um die russische Regierung zum Kotau vor den österreichischen Hegemoniebestrebungen am Balkan zu veranlassen, — der die undankbare Aufgabe hatte, die geistvolle Theorie des Herrn von Bethmann in Petersburg zu vertreten, dass die Viermächtekonferenz dem österreichischen Kaiserreich « dasselbe zumute, was man Serbien nicht hätte zumuten wollen, nämlich unter militärischem Drucke nachzugeben. » Eine Theorie, die Herrn von Bethmann so gut gefällt, dass er sie in seinem neuesten Schreiben nochmals zur Schau stellt, die aber leider zweierlei vergisst : erstens, dass Serbien bereits *vorher* nachgegeben hatte, also der militärische Druck ein unverantwortlicher Uebermut war, und zweitens, dass die Viermächtekonferenz weder einen Druck noch militärische Massregeln im Auge hatte, sondern — wie allmählich nach den unzähligen Erläuterungen auch der härteste Schädel begreifen müsste — nur freundliche Ratschläge der vier unbeteiligten Mächte beabsichtigte.

Auch Herr von Tschirschky-Bögendorf in Wien hatte eine recht undankbare Rolle zu spielen, indem er *scheinbar* nach aussen hin am Ballplatz zur Nachgiebigkeit raten musste, nach innen aber, im Arbeitszimmer des Grafen Berchtold, den Geheiminstruktionen des Herrn von Bethmann, die gleichzeitig seinen persönlichen Neigungen entsprachen, freien Lauf lassen und zum

Kriege drängen konnte. Sir Maurice de Bunsen hatte schon recht, als er dies Doppelspiel unseres Wiener Botschafters durchschaute und aus allen Handlungen und Unterlassungen des Herrn von Tschirschky — insbesondere aus seiner geflissentlichen und verdächtigen Ablehnung jeder gemeinschaftlichen Friedensarbeit mit den Botschaftern der Ententemächte — den sicheren Schluss zog, dass unser Wiener Botschafter von Anfang an auf den Krieg hingearbeitet habe[1].

Dem Fürsten Lichnowsky in London — dem einzigen unter unseren Botschaftern — muss man zur Ehre nachsagen, dass er ernsthaft den Frieden wollte und nur ein unschuldiges Opfer seiner Vorgesetzten geworden ist. Auch er musste hundert Winkelzüge machen, um die Absichten Deutschlands auf Belgien zu verbergen und dadurch England, wenn irgend möglich, neutral zu erhalten: er musste die *Hypothese* unserer Schonung der belgischen Neutralität mit Sir Edward Grey erörtern[2], obwohl er wusste, dass unsere Truppen schon fast an der belgischen Grenze standen und die Möglichkeit einer Schonung vollkommen ausgeschlossen war. Und dann musste er wieder zwei Tage später, als das Ultimatum bereits an Belgien gestellt war, Herrn Grey nachlaufen — gerade als dieser sich zu der entscheidenden Kabinettssitzung begab (am 3. August morgens) — und musste ihn inständig bitten, doch freundlichst auch dann neutral bleiben zu wollen, wenn wir die belgische Neutralität verletzen würden[3]. Noch im allerletzten Moment versuchte er durch einen Pressartikel Eindruck auf die öffentliche Meinung Englands zu machen, in welchem er Deutschlands Bereitwilligkeit betonte, die belgischen Küsten nicht zum Stützpunkt maritimer Operationen zu machen[4]. All' diesen verzweifelten Versuchen der letzten Stunde merkt man wohl den guten Willen unseres Londoner Botschafters an, aber auch seine besten Absichten konnten es nicht verhindern, dass der Vertreter einer schlechten Politik in schlechtem Lichte erscheinen musste. —

Und nun erst der oberste von Allen, der Herr von Jagow!

---

[1] Blaubuch, Nr. 141, 161.
[2] Blaubuch, Nr. 123.
[3] Grey's Rede vom 3. August: Blaubuch, S. 92; Gelbbuch, Nr. 144.
[4] Gelbbuch, Nr. 144.

Den Reichskanzler lasse ich aus dieser Bildergalerie weg, er ist bereits genügend gezeichnet. Aber Herr von Jagow! Welches Jammerbild mitleiderweckender Hilflosigkeit! Man muss nur sehen, wie er seinen beiden Hauptgegnern, dem Engländer Goschen und dem Franzosen Cambon kläglich gegenübersteht, wie er von ihrer Ueberlegenheit beständig in die Enge getrieben wird, wie ein Mäuslein in der Falle, das vergeblich nach einem Ausweg sucht. Allerdings muss man ihm wie seinen deutschen Kollegen zu Gute halten, dass sie eine schlechte und ihre Gegner eine gute Sache zu vertreten hatten. Sie mussten mit Hintertüren und Zweideutigkeiten arbeiten, während die anderen offen und ehrlich auf ihr Ziel losgehen konnten. Aber je schlechter ihre Sache war, umso mehr Geschicklichkeit und Tüchtigkeit gehörte dazu, sie zu vertreten. Wer eine schlechte Sache geschickt vertritt, kann wenigstens, wie es im Orient heisst, « sein Gesicht wahren. » Wer aber durch seine Untüchtigkeit die Schwächen seiner Position noch besonders ins Licht stellt, macht die schlechte Sache noch schlechter und geht persönlich jeder Achtung verlustig. Als man einen Grosskaufmann fragte, weshalb er sich eigentlich zwei Anwälte für seine Prozesse halte und weshalb er den einen besser bezahle als den andern, antwortete er mit verschmitztem Lächeln: « Der gute ist für die schlechten Prozesse, der schlechte für die guten. » Unsere schlechte Sache erforderte die besten Diplomaten, nicht um zu siegen, aber wenigstens, um nicht aller Welt in ihrer ganzen Hässlichkeit offenbar zu werden.

Um nicht ungerecht zu erscheinen, muss ich mein Urteil durch einige Beispiele aus den diplomatischen Büchern belegen, obwohl schon der gesamte Verlauf der Verhandlungen in seinen grossen Zügen das ungünstige Urteil über unsere Diplomatie in vollem Masse rechtfertigt. Die jetzigen diplomatischen Publikationen geben uns zum ersten Mal einen genauen Einblick in die Tätigkeit der Kanzleien, welche bisher für das profanum vulgus ein Buch mit sieben Siegeln war. Jetzt erst erkennen wir, *weshalb* wir diplomatische Schlappen erlitten haben, — soweit der rasselnde Säbel nicht gut machte, was die Feder verdarb. Früher sahen wir nur die Wirkungen, jetzt sehen wir die Ursachen; früher sahen wir die Herren nur in ihren goldgestickten Uni-

formen, jetzt stehen sie nackt vor uns und all' ihre Fehler und Schwächen treten uns in erschreckender Deutlichkeit entgegen.

Greifen wir aufs Geratewohl eine der Verhandlungen zwischen Herrn von Jagow und Herrn Cambon heraus. Herr Cambon unterstützt am 27. Juli bei Herrn von Jagow den Grey'schen Vorschlag der Viermächtekonferenz [1]. Jagow gibt die bekannte, auch jetzt noch von Herrn von Bethmann breitgetretene Ansicht kund, dass man Oesterreich nicht wider seinen Willen den Entscheidungen einer Konferenz unterwerfen könne. Herr Cambon erwidert, dass die Sache zu ernst sei, um sie an einer Formfrage scheitern zu lassen. Es handle sich um ein Friedenswerk, das sich ja auf *gemeinschaftliche Schritte der vier Mächte in Petersburg und Wien* beschränken könne; Herr von Jagow habe ihm oft sein Bedauern ausgedrückt, dass die beiden Mächtegruppen immer einander gegenüberständen; hier sei die Gelegenheit gegeben, zu beweisen, dass ein europäischer Geist (*esprit européen*) existiere, wenn es nämlich den vier Mächten, die zu zwei und zwei den beiden Gruppen angehörten, gelänge, einen europäischen Konflikt zu vermeiden. Herr von Jagow, der auf diese einleuchtende Auseinandersetzung nichts zu erwidern vermag, zieht sich auf die nichtssagende Bemerkung zurück, Deutschland habe Verpflichtungen gegen Oesterreich. Worauf Cambon prompt erwidert, diese Verpflichtungen seien nicht enger als die zwischen Frankreich und Russland. Jagow versucht einen neuen Rückzug: er könne zwar tätig sein, um einen österreichisch-russischen Konflikt zu verhindern, könne aber nicht in dem *serbischen* Konflikt intervenieren. Darauf Cambon: der eine ist die Konsequenz des andern und es handelt sich ja gerade darum, den Eintritt neuer Tatumstände zu verhindern, die eine Intervention Russlands herbeiführen könnten. Jagow betont von neuem seine Verpflichtungen gegen Oesterreich. Worauf ihn Cambon fragt, ob denn diese Verpflichtungen soweit gingen, *blind und überallhin* Oesterreich zu folgen; ob er denn die serbische Antwort kenne? « Ich habe noch nicht Zeit gehabt, sie zu lesen, » erwidert Jagow, am 27. Juli. (Die Antwort war aber

[1] Gelbbuch, Nr. 74.

schon am 25. Juli dem österreichischen Gesandten in Belgrad überreicht worden.) «Ich bedauere, — sagt Cambon — dass Sie die Antwort noch nicht kennen. Serbien unterwirft sich, abgesehen von einigen Detailfragen, vollkommen und es scheint mir doch, nachdem Oesterreich durch Ihre Unterstützung alle wesentlichen Satisfaktionen erhalten hat, könnten Sie heute Ihrem Verbündeten wohl raten, sich damit zufrieden zu geben oder wenigstens auf der Basis der serbischen Note mit Serbien zu verhandeln.» Jagow, immer mehr in die Enge getrieben, weiss nichts mehr zu antworten. Worauf ihn Cambon direkt ins Gesicht fragt, *ob Deutschland den Krieg wolle?* Auf den lebhaften Protest Jagows erwidert Cambon: «Wenn Sie den Krieg nicht wollen, so müssen Sie auch dem entsprechend handeln. Lesen Sie die serbische Antwort und prüfen Sie jedes Wort mit Ihrem Gewissen. *Ich bitte Sie hierum im Namen der Menschlichkeit.* Uebernehmen Sie nicht persönlich einen Teil der Verantwortung für die Katastrophen, welche Sie herankommen lassen.» Endlich bequemt sich der deutsche Staatssekretär, auf den ursprünglichen Gegenstand der Unterhaltung zurückzukommen, auf den Grey'schen Vorschlag, hält es indessen für nötig, eine andere «*Form*» zu finden, die er akzeptieren könne. Seine Hoffnung stützt er aber mehr auf die «direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg», deren Förderung und Beschleunigung durch einen entsprechenden Druck in Wien auch Cambon dringend empfiehlt. —

Die von Jagow vorgeschlagenen direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg sind bekanntlich *von Oesterreich abgelehnt worden.* Es ist, wie ich bereits früher dargelegt habe, im höchsten Masse zu bezweifeln, ob Berlin einen Druck im Sinne dieser Verhandlungen in Wien ausgeübt hat. Blieb also als Auskunftsmittel nur die Konferenz übrig. Cambon befürwortete diesen Vorschlag von neuem am 28. Juli [1], unterstützt von dem englischen und italienischen Botschafter. Jagow aber war noch unnahbarer als am Tage vorher und selbst die Vorstellungen seines italienischen Bundesgenossen konnten ihn nicht verhindern, die «Konferenz» strikt abzulehnen, obwohl er, wie wir aus

[1] Gelbbuch, Nr. 81.

meiner früheren Darstellung wissen, inzwischen auch von Goschen — und ebenso Fürst Lichnowsky von Grey — über den wahren Sinn und Zweck der Konferenz deutlich belehrt worden war. Herr Cambon wird durch die Passivität des Herrn von Jagow derart beunruhigt, dass er ihn wiederum fragt, *ob er etwa den Krieg wolle* ? Neuer Protest Jagows, aber auch neue Passivität. Nach dieser resultatlosen Unterhaltung schlägt Cambon ein kluges Mittel vor, Herrn von Jagow aus seiner Reserve herauszudrängen : « le mettre au pied du mur en lui demandant de *formuler lui-même* comment pourrait se produire l'action diplomatique des puissances pour éviter la guerre. » Dieser Vorschlag wurde bekanntlich von Grey aufgenommen, von den Ententemächten und auch von Italien aufs Eifrigste poussiert, verlief aber im Sande, da der erwartete *Vorschlag von Jagow trotz allen Drängens nie gemacht worden ist.*

Interessant ist, wie sich Herr von Jagow der moralischen Verpflichtung, solch einen Vorschlag zu machen, durch alle möglichen Winkelzüge zu entziehen sucht. Meist versteckt er sich hinter Anfragen in Wien, die noch unbeantwortet seien [1]. Dieses Musikstück wird beständig als Thema mit Variationen vorgeführt. Vor allem weiss Herr von Jagow nie die Frage zu beantworten, was denn Oesterreich nun eigentlich nach der Kriegseröffnung von Serbien verlange ; ehe man aber das nicht wisse, meint er, könne von einer « médiation » in irgend einer Form nicht die Rede sein [2]. Jedes Mal, wenn er ernsthaft gedrängt wird, versteckt er sich hinter dem österreichischen Paravent. Oder um die Sache in einem anderen, vielleicht noch treffenderen Bilde darzustellen : er zieht sich von Schützengraben zu Schützengraben zurück, bis er schliesslich hinter der Festung der « russischen Mobilisierung » auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Denn das war die *Quintessenz der Berliner Taktik* : alle Vorschläge zum Frieden solange hinzuziehen, bis man mit dem Schreckgespenst der russischen Mobilisierung heranrücken konnte und damit der Mühe überhoben wurde, auf die friedlichen Vorschläge Rede und Antwort zu stehen.

[1] Gelbbuch, Nr. 92, 109.

[2] Gelbbuch, Nr. 94, 109. Blaubuch, Nr. 98, 107, 112.

Charakteristisch für diese Taktik ist die Unterhaltung Jagows mit Cambon vom 30. Juli [1]. Cambon fragte wieder einmal an, wie es denn mit der Mediationsformel stehe, die Deutschland vorschlagen wolle. Antwort Jagows : « pour gagner du temps » habe er direkt gehandelt und Oesterreich befragt, auf welchem Terrain man mit dieser Macht verhandeln könne (de dire sur quel terrain on pourrait causer avec elle). Mit anderen Worten : unter dem Vorwand, Zeit zu gewinnen, schiebt er die Friedensmächte beiseite und beauftragt den Kriegstreiber Herrn von Tschirschsky, die österreichische Regierung zu befragen, auf welchem Boden man mit ihr verhandeln könne ? Ist es zu glauben, sollte man es für möglich halten, *dass der deutsche Staatssekretär am 30. Juli noch nicht wusste, was Oesterreich eigentlich wollte ? Ist es nicht schmachvoll, den diplomatischen Vertreter des deutschen Reiches in einer solchen Rolle zu sehen* ? In einer Angelegenheit, bei der es sich um Tod und Leben der europäischen Kulturwelt, nein — um das Schicksal der Menschheit handelte ?

Aber weiter. Kaum ist der Konferenzvorschlag zunichte gemacht, so rückt Herr von Jagow — immer in derselben Unterhaltung vom 30. Juli — mit der russischen Mobilisation heraus, welche die deutsche zur Folge haben müsse, und erwidert auf den Einwand Cambons, dass die Russen ja nur gegen Oesterreich mobilisiert hätten : das wäre wohl richtig, aber die *Armeechefs beständen auf der deutschen Mobilisierung*, weil jede Verzögerung ein Kräfteverlust sei. Sehr bezeichnend diese letzte Bemerkung ! Allerdings im Munde des Staatssekretärs recht unvorsichtig : beweist sie doch — wie auch aus vielen anderen Tatsachen hervorgeht — dass der Entschluss zur Mobilisierung, die bekanntlich für Deutschland « gleichbedeutend mit Krieg » ist, bereits am 29. Juli gefasst worden ist, in dem Ministerrat, der unter Vorsitz des Kaisers und unter Zuziehung der Generäle in Potsdam stattgefunden hat [2]. Der Generalstab hatte eben Eile. So erklärt sich auch das Extrablatt des « Lokalanzeigers », das am 30. Juli bereits die Mobilisierung ankündigte, aber beschlagnahmt wurde,

---

[1] Gelbbuch, Nr. 100.

[2] Gelbbuch, Nr. 105. Siehe auch die bereits zitierte Aeusserung des Grafen Pourtalès zu Sazonow : österr. Rotbuch, Nr. 28.

weil man es nicht für zweckmässig hielt, die Mobilmachung bereits an diesem Tage bekannt werden zu lassen [1]. Hinc illae lacrimae ! Daher die Winkel- und Rückzüge des Herrn von Jagow, der opfermutig — ein zweiter Curtius — sich in den Abgrund stürzte, den ihm die Militärpartei gegraben hatte.

Eine vorhergehende Episode muss ich noch erwähnen, weil sie die geistigen und sittlichen Qualitäten der beteiligten Diplomaten in interessanter Weise beleuchtet. Am 29. Juli [2] erlaubte sich Cambon die bescheidene Anfrage, wie es denn mit den direkten Unterhandlungen zwischen Wien und Petersburg stehe, auf die Herr von Jagow so grosse Hoffnungen gesetzt habe. Jagow konnte zu seiner Freude die vollkommene Geneigtheit *Petersburgs* bestätigen, aber von Wien « erwartete er immer noch die Antwort ». Inzwischen hatte er endlich die serbische Note gelesen und sah darin eine « mögliche Basis zu Verhandlungen ». Weshalb hat dann aber Oesterreich nicht verhandelt, sondern in unbegreiflicher Weise die Beziehungen abgebrochen ? fragte Herr Cambon. « Weil man bei orientalischen Völkern *Kontrollen* verlangen muss — meinte von Jagow — für die Ausführung ihrer Versprechungen. » (Dies war bekanntlich der einzige wesentliche Streitpunkt zwischen Oesterreich und Serbien : die Mitwirkung österreichischer Kontroll-Organe an serbischen Polizei- und Gerichtsuntersuchungen). Herr Cambon suggerierte sofort in geschickter Weise die Einsetzung einer *internationalen Kommission* — wie sie vielfach in den Balkanländern existieren — zu dem Zwecke, das serbische Untersuchungsverfahren zu kontrollieren. Die serbische Antwort, meinte er mit Recht, sei also auch in diesem Punkte eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen. Herr von Jagow wusste auf diesen — gewiss klugen und ausführbaren — Vorschlag Cambons nichts zu antworten. Hätte er diesen Vorschlag aufgenommen und verfolgt — an der Zustimmung Serbiens und Russlands war nicht zu zweifeln —, so wären wir heute nicht in einem europäischen Kriege.

Wie der Herr, so's Gescherr ! An demselben Tage, an welchem obige Unterhaltung zwischen Jagow und Cambon stattfand,

[1] Gelbbuch, Nr. 105. Orangebuch, Nr. 62.
[2] Gelbbuch, Nr. 92.

spielte sich der gleiche Vorgang zwischen den Herren von Bethmann und Goschen ab[1]: Friedensversicherungen in Hülle und Fülle, aber Ablehnung der Konferenz, Verweigerung jeder Aufklärung über die Absichten Oesterreichs, « Versuche », die Wiener Regierung zur direkten Aussprache mit Russland zu veranlassen — wohlgemerkt: immer noch *Versuche* (mit untauglichen Mitteln), Herr von Bethmann « poussait autant qu'il pouvait » — vor allem andern aber drohender Hinweis auf die russische Mobilisierung.

Noch in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August[2] richtete der englische Botschafter Goschen einen inständigen *Appell an die menschlichen Gefühle* des Herrn von Jagow, worauf letzterer kalt erwiderte, die Sache sei nun schon zu weit vorgeschritten, es käme jetzt nur auf Russlands Antwort auf das deutsche Ultimatum an. Auf Goschens erstaunte Frage, weshalb man dieses Ultimatum durch das Verlangen, auch gegen Oesterreich zu demobilisieren, vollends unannehmbar gemacht habe, gab Herr von Jagow die denkwürdige Antwort: « damit Russland nicht sagen könne, es habe nur gegen Oesterreich mobilisiert ». Also um Russland einen unmöglichen Einwand abzuschneiden — unmöglich, weil ja die Generalmobilisierung öffentlich verkündet und vom Zaren selbst in seinen Telegrammen zugegeben war — um einen unmöglichen Einwand abzuschneiden, *forderte man Unmögliches, nämlich die Demobilisierung gegen einen Staat, der selbst bereits mobilisiert hatte.*

Noch einmal am 1. August hatte Goschen eine lange und eindringliche Unterhaltung mit Jagow[3]. Er wies ihn — im Einverständnis mit Cambon — auf die unbegreifliche Tatsache hin, dass Deutschland, eine an dem ganzen Konflikt nicht direkt interessierte Macht, durch die Stellung des Ultimatums den Krieg unvermeidlich gemacht habe, *obwohl Oesterreich und Russland, die streitenden Parteien, soeben in Vergleichsverhandlungen eingetreten seien.* Jagow meinte darauf nur: das wäre ja alles gut und schön, aber da Russland nun einmal mobilisiert habe, müsse es zum Kriege kommen, wenn die Forderung des deutschen Ultimatums nicht erfüllt würde.

---

[1] Blaubuch, Nr. 75. Gelbbuch, Nr. 92.
[2] Blaubuch, Nr. 121. Gelbbuch, Nr. 121.
[3] Blaubuch, Nr. 138. Gelbbuch, Nr. 121.

Also die *Mobilisierung als solche* der Kriegsgrund ! — Wie es in Wahrheit um diese Mobilisierung stand, wodurch sie veranlasst und gerechtfertigt wurde, haben wir an anderer Stelle gesehen. In Frankreich und Russland war man jedenfalls anderer Meinung als in Deutschland über die Bedeutung der beiderseitigen Mobilisierungen. Beide Länder hätten ihrerseits nie den Krieg erklärt wegen Deutschlands Mobilisierung, wie sie es wegen der österreichischen nicht getan hatten. « *La mobilisation n'est pas la guerre* » —heisst es in dem Schreiben Vivianis an Paul Cambon (Gelbbuch Nr. 127). « En l'état actuel c'est pour la France le meilleur moyen de sauvegarder la paix et le Gouvernement de la République multipliera ses efforts pour faire aboutir les négociations.... Nous ne devons pas cesser de travailler à un arrangement... nous continuerons à travailler avec l'Angleterre au succès de ces pourparlers » — so heisst es an anderen Stellen Viviani'scher Schreiben vom 1. August, also *nach* dem Ultimatum und *nach* der französischen Mobilmachung [1].

Dies ein kleiner Auszug aus der Geschichte der französischen Friedensbestrebungen. Alle diplomatischen Bücher sind voll davon, nur Herr von Bethmann weiss davon nichts. Er hat — um mit seinen eigenen Worten zu reden — « als verantwortlicher Staatsmann den Mut gefunden », der französichen Regierung nachzusagen, dass sie keinen einzigen positiven Schritt im Interesse des Friedens getan habe. Wir aber und die unparteiische Geschichte werden diesen Vorwurf auf Deutschland zurückwälzen, auf die Schultern des Staatsmannes, der treibend oder getrieben — die Schuld bleibt dieselbe — nichts für den Frieden und alles getan hat, was diesen Krieg unvermeidlich machen musste. Während die anderen mit Feuerspritzen und Wassereimern herbeieilten, um den beginnenden Brand zu löschen, hat er Oel in die Flammen gegossen und Reisig herbeigetragen, um den glimmenden Funken zum Riesenfeuer zu entfachen. Und nun — nachdem er ausgebrochen, der Höllenbrand, und der Täter mit Schrecken die Folgen seiner furchtbaren Tat vor sich sieht, nun schreibt er und spricht er, spricht er und schreibt er, um

[1] Gelbbuch, Nr. 125, 127. Dass auch die österreichische Diplomatie Mobilisierung nicht als gleichbedeutend mit Krieg ansah, habe ich bereits an anderer Stelle hervorgehoben (Blaubuch, Nr. 118).

andere seiner Tat zu bezichtigen, wie der Einbrecher, der davonläuft und « Haltet den Dieb ! » schreit....

Glücklicherweise glaubt ihm kein Mensch in der Welt und, je mehr er sich entschuldigt, um so mehr klagt er sich an. Mit allen Sophismen und Verdrehungen wird er die Tatsachen, die vor aller Augen offen daliegen, nicht aus der Welt schaffen. Auch dem deutschen Volk, das jetzt noch, getäuscht und geblendet, geduldig die unsagbaren Schrecken dieses Krieges über sich ergehen lässt, auch ihm werden allmählich die Augen aufgehen : es wird über Schützengräben und Landesgrenzen hinweg dem Nachbarvolke die Hand reichen, dessen Präsident die wahren Worte gesprochen hat : *L'Empire d'Allemagne supportera devant l'histoire l'écrasante responsabilité.*

# F

## Anhang.

### *Oesterreichisches Rotbuch.*

Nach Fertigstellung der Druckbogen dieses Buches ist anfangs Februar ein österreichisches Rotbuch erschienen, welches — in einer Einleitung und 69 Nummern — die Ereignisse von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand bis zum Ausbruch des europäischen Krieges darstellt. Dieses Buch bietet keine Ueberraschungen, sondern nur eine *Bestätigung* der Schlussfolgerungen, die aus den bisher veröffentlichten diplomatischen Büchern gezogen werden mussten : es ist eine verdienstvolle Arbeit insofern, als es das österreichische Verhalten, welches man bisher nur aus fremden Publikationen indirekt ermitteln konnte, nunmehr direkt in offenem Selbstbekenntnis und in erschreckender Deutlichkeit enthüllt.

Was das österreichische Buch an *positiven Tatsachen* giebt, bestätigt die Schuld des Kaiserstaates an dem Ausbruch des Krieges in einer Weise, die selbst bei den « Wohlgesinnten » keinen Zweifel mehr übrig lassen dürfte. Was es aber *verschweigt*, beweist, dass die österreichische Regierung sich ihrer Schuld vollständig

bewusst ist, sie aber noch immer — allerdings vergeblich — vor den Augen der Welt zu verheimlichen sucht.

Es fehlt nach wie vor jeder Beweis dafür, dass die deutsche Regierung tatsächlich, wie sie in ihrem Weissbuch immer von neuem hervorhebt, *die Wiener Regierung zum Entgegenkommen und zur Nachgiebigkcit gedrängt habe.* Die deutsche Regierung hat, wie ich schon früher dargelegt habe, während der Tage vom 28.—30. Juli, als die Fäden zwischen Wien und Petersburg vollständig zerrissen waren, einzelne Vorschläge der Ententemächte nach Wien « übermittelt », sich wohl auch dazu verstiegen, sie « *zur Erwägung* » anheimzugeben [1], sie aber nie befürwortet oder gar energisch unterstützt. Andere Vorschläge hat die deutsche Regierung namens Oesterreichs ohne vorherige Anfrage bei dem Bundesgenossen kurzer Hand abgelehnt. Noch andere endlich hat sie einfach für sich behalten, ohne sie einer Antwort zu würdigen oder sie nach Wien zu übermitteln.

Die an Oesterreich gelangten Vorschläge sind von der Wiener Regierung *sämtlich so lange abgelehnt worden, bis es schliesslich zu spät war*, und damit sind alle Bemühungen der Ententemächte, den europäischen Frieden zu erhalten, gescheitert.

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte ein, welche an der Hand des Rotbuches eine Erörterung verdienen, zuerst auf das, was das Rotbuch enthält, und dann auf das, was es *nicht* enthält.

## I.

## *Was das Rotbuch enthält.*

1. Dass Oesterreich *unter allen Umständen* den Krieg mit Serbien wollte — eine Tatsache, die durch die Giolitti'schen Enthüllungen und viele andere bereits hervorgehobene Umstände bewiesen wird — ist nunmehr durch das Rotbuch selbst dargetan. In dem Bericht des österreichischen Gesandten in Belgrad Freiherrn von Giesl vom 21. Juli [2] — also vor Zustellung der österreichischen Note — spricht der Gesandte seine Ueberzeugung aus :

[1] Rotbuch, Nr. 43.
[2] Rotbuch, Nr. 6.

« dass eine Abrechnung mit Serbien ein *Krieg* um die Grossmachtstellung der Monarchie, ja um ihre Existenz als eine solche *auf die Dauer nicht zu umgehen* ist. Versäumen wir es, Klarheit in unser Verhältnis zu Serbien zu bringen, so werden wir mitschuldig an den Schwierigkeiten und der Ungunst der Verhältnisse bei einem künftigen Kampfe, der doch, ob früher oder später, ausgetragen werden muss... Halbe Mittel, ein Stellen von Forderungen, langes Parlamentieren und schliesslich ein faules Kompromiss wäre der härteste Schlag, der Oesterreich-Ungarns Ansehen in Serbien [und seine Machtstellung in Europa treffen könnte. »

Dies das Programm, nach welchem alle ferneren Vorgänge sich abspielten.

2. Bereits am 23. Juli, gleichzeitig mit der Ueberreichung des Ultimatums an Serbien, erklärt Graf Berchtold in einer Anweisung an seinen Londoner Botschafter Grafen Mensdorff, dass die kurze Befristung des Ultimatums notwendig sei, um die serbischen « Verschleppungskünste » unmöglich zu machen, und dass die österreichischen Forderungen überhaupt « *nicht zum Gegenstand von Verhandlungen und Kompromissen gemacht werden könnten* [1]. »

Die Vorstellungen der Ententemächte, die erst am 24. Juli Kenntnis von der österreichischen Note erhielten — und zwar ohne Beifügung des Aktenmaterials —, man möge doch wenigstens die Ultimatumsfrist verlängern und ihnen Gelegenheit zum Aktenstudium und zur Einwirkung auf die serbische Regierung geben, wurden glatt abgelehnt mit dem Hinweis, dass dieses Aktenstudium überflüssig sei, dass die österreichische Mitteilung an die Mächte « *nur den Charakter einer Information* » habe, die man als « Pflicht internationaler Höflichkeit » ansehe, und dass die österreichische Aktion nur eine die Monarchie und Serbien berührende Angelegenheit sei, über welche die Mächte *keine « gegenständliche Auffassung » bekannt zu geben* hätten. Graf Berchtold verschwand in den kritischen Tagen vom 23.—25. Juli aus Wien und erliess seine ablehnenden Erklärungen aus Lambach und Ischl [2].

---

[1] Rotbuch, Nr. 9.
[2] Rotbuch, Nr. 20, 21.

3. In einer Instruktion vom 25. Juli an den Grafen Szápáry, österreichischen Botschafter in Petersburg, rechnet Berchtold bereits mit der Ablehnung seiner Forderungen durch Serbien und mit der bewaffneten Austragung des Konfliktes, bevor noch die serbische Antwortnote eingetroffen war [1]. In einer andern Note von demselben Tage an Szápáry erläutert er den Punkt 5 des österreichischen Ultimatums dahin, dass die Mitwirkung österreichischer Beamten bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien als « collaboration » eines « bureau de sûreté » in Belgrad gedacht sei, unterlässt es aber, über den bei weitem wichtigeren Punkt 6 (Teilnahme österreichischer Beamten an einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Komplottteilnehmer) Aufklärungen zu geben. Diese letzteren Aufklärungen werden erst in der am 27. Juli, nach Abberufung des österreichischen Gesandten, publizierten Erklärung der österreichischen Regierung gegeben und zwar dahin, dass die österreichischen Beamten nicht an dem serbischen Gerichtsverfahren, sondern nur an den *polizeilichen Vorerhebungen* zum Zwecke eines solchen Verfahrens teilnehmen sollten (recherche im Gegensatz zu enquête judiciaire).

Man fragt sich schon hier, warum diese Aufklärungen, die bereits am 25. Juli nach Petersburg und am 27. Juli in der Oeffentlichkeit gegeben wurden, nicht in dem Ultimatum selbst oder mindestens nach Empfang der serbischen Antwortnote an Serbien gegeben werden konnten. Es wäre doch möglich und nach der unterwürfigen Haltung Serbiens mehr als wahrscheinlich gewesen, dass die serbische Regierung auf Grund solcher Aufklärungen den österreichischen Forderungen weiter entgegengekommen wäre : da die Punkte 5 und 6 fast die einzigen serbischen Reserven waren, konnte Oesterreich bei weiterer Verhandlung voll befriedigt und der europäische Friede erhalten werden. Man unterliess es aber, Aufklärungen zu geben, *weil man den Krieg mit Serbien für notwendig hielt*, für so notwendig, dass man selbst den europäischen Krieg mit in den Kauf zu nehmen entschlossen war. Oesterreich handelte nach dem Rezept des Mannes, der, um die Wanzen los zu werden, sein Haus in Brand steckt.

4. Die Antwortnote Serbiens rief, wie bekannt, die grösste

[1] Rotbuch, Nr. 26.

Enttäuschung in Wien hervor. Das hatte man doch nicht erwartet, dass der Einfluss der Ententemächte in Belgrad einen unabhängigen Staat zu einer solchen capitis diminutio veranlassen würde. Alle Hoffnungen auf den ersehnten Krieg schienen mit einem Male verflogen : eine Regierung, die sich zu einer öffentlichen Abbitte an vorgeschriebener Stelle in ihrem amtlichen Organ, an vorgeschriebenem Tage und in vorgeschriebenem Wortlaut erniedrigt, — ein König, der sich einen Tagesbefehl an seine Armee von dem Nachbarstaat diktieren lässt, — ein souveräner Staat, der seinen öffentlichen Unterricht der Kontrolle eines andern Staates unterwirft, Offiziere und Beamten auf Befehl des Nachbarstaates entlässt und sogar verhaftet, nationale Vereine auflöst und die Pressfreiheit unterdrückt, etc., etc. — einen solchen Staat und eine solche Regierung hatte die Weltgeschichte bisher noch nicht gesehen ; es bedurfte wahrlich einer grossen Geschicklichkeit (wie sie den österreichischen Staatsmännern nicht zu Gebote stand) oder eines aussergewöhnlich bösen Willens (wie er ihnen allerdings zu Gebote stand), um aus solchem Verhalten des kleinen Nachbarstaates einen Kriegsgrund herzuleiten.

Sazonow selbst hielt in seiner Unterhaltung mit dem Grafen Szápáry vom 27. Juli — bevor er die serbische Antwortnote kannte — mindestens 3 von den 10 Punkten der österreichischen Note für unannehmbar, nämlich die Punkte 4, 5 und 6, und war sicherlich sehr erstaunt, als er später feststellen konnte, dass der Punkt 4 (Entlassung von Offizieren und Beamten) von Serbien bewilligt und auch die beiden anderen Punkte nicht glatt abgelehnt, sondern einer schiedsgerichtlichen Entscheidung anheim gestellt waren [1]

5. Die künstliche Umwandlung der serbischen Unterwerfungsnote in eine Auflehnungsnote durch elende Wortklaubereien habe ich bereits früher gekennzeichnet. In der zur Aufklärung der englischen Regierung bestimmten Note Berchtolds vom 28. Juli wird das serbische Entgegenkommen als wertlos und auf Täuschung berechnet hingestellt : « Serbien akzeptierte, um Eindruck auf die europäische Oeffentlichkeit zu machen, mit allerlei Vorbehalten eine Anzahl unserer Forderungen, *darauf bauend, dass*

---

[1] Rotbuch, Nr. 31.

*es nicht in die Lage kommen werde, seine Zusagen zu erfüllen*[1]. » Damit soll die Ignorierung der serbischen Antwortnote gerechtfertigt werden. Nun aber habe ich bereits früher die Frage aufgeworfen : was sollte denn Serbien in 48 Stunden anderes tun, als Zusagen zu machen ? Sollte auch die Erfüllung in 48 Stunden bereits erfolgt sein ? Die österreichische Regierung hatte doch nur eine *Verpflichtung* zu bestimmten Handlungen von der serbischen Regierung verlangt. Diese *Verpflichtung* wurde in 8 Punkten ausgesprochen und in 2 Punkten einer weiteren Erörterung unterworfen. Die Erfüllung der serbischen Zusagen musste doch zunächst abgewartet werden.

Garantien in der Form eigener Mitwirkung an der Erfüllung der serbischen Zusagen waren nur in den Punkten 5 und 6 verlangt worden. Wenn Oesterreich sich zur Diskussion dieser Punkte bereit gefunden hätte, wären vermutlich auch diese Garantien in der einen oder andern Form gewährt worden; sie konnten z. B. in der von Jules Cambon vorgeschlagenen Form einer internationalen Untersuchungs- und Kontrollkommission gewährt werden[2] und wären sicher in dieser Form leichter ausführbar und weit wirkungsvoller gewesen als in der von Oesterreich verlangten. Diese ganze Idee der Mitwirkung österreichischer Beamten an serbischen Untersuchungen war — bei dem gespannten Verhältnis zwischen Oesterreich und Serbien — eine Geistesblüte, wie sie nur auf dem Acker der österreichischen Diplomatie erwachsen konnte. *Damit* sollte der Frieden zwischen Oesterreich und Serbien hergestellt werden ? ! Ein ewiger täglicher Kleinkrieg wäre daraus entstanden zwischen österreichischen und serbischen Beamten, unzählige ärgerliche und vielleicht blutige Zwischenfälle, kurz ein Zustand, der unzweifelhaft in der Folge zum Krieg geführt hätte. (Dies auch Sazonows Ansicht : Rotbuch Nr. 14.)

Aber gleichviel — die angebliche serbische Unzuverlässigkeit musste herhalten, um der Antwortnote, die fast allen Forderungen zugestimmt hatte, ihren Wert zu nehmen. Diese Unzuverlässigkeit sollte noch besonders — nach österreichischer

[1] Rotbuch, Nr. 39.
[2] Gelbbuch, Nr. 92.

Meinung — durch die Tatsache bestätigt werden, dass Serbien am 25. Juli bereits um 3 Uhr nachmittags die allgemeine *Mobilisierung* angeordnet habe, drei Stunden, ehe die Antwortnote dem österreichischen Gesandten überreicht wurde [1]. Wir begegnen hier demselben Spiel mit der Mobilisierungsfrage, mit dem Deutschland so erfolgreich operiert hat. Oesterreich stellt unerfüllbare Forderungen an Serbien und bringt damit seinen unzweifelhaften Kriegswillen zum Ausdruck. Serbien bewilligt den grössten Teil dieser Forderungen, fürchtet aber mit Recht, dass die wenigen von ihm gemachten Rückhalte der österreichischen Regierung einen Vorwand zum Kriege liefern werden, und schützt sich gegen diese Eventualität durch rechtzeitige Mobilisierung, welch' letztere auch von Oesterreichs Seite, gleichzeitig mit der Stellung des Ultimatums, erfolgt war. Diese Defensivmobilisierung Serbiens wird dann von Oesterreich als Hinterhältigkeit und Offensivhandlung hingestellt, durch welche Serbien seine « offene Feindseligkeit » und seine « Abneigung zu einer friedlichen Austragung der Sache » kundgab, und so der gewünschte Kriegsgrund konstruiert [2].

6. Aber auch damit begnügt sich die österreichische Regierung nicht : sie erhebt — ebenfalls nach berühmten Mustern — sogar den weiteren Vorwurf gegen Serbien, dass es die *Feindseligkeiten zuerst begonnen* habe : in den Depeschen Berchtolds vom 28. Juli an seine Petersburger und Londoner Botschafter wird ausdrücklich die Behauptung aufgestellt, dass Serbien bereits am 27. Juli, also vor der österreichischen Kriegserklärung, die Feindseligkeiten an der ungarischen Grenze eröffnet habe [3]. Diese Behauptung wird natürlich durch keinerlei Tatsachen oder Beweise unterstützt und ist noch in viel höherem Grade unglaubwürdig, als die gleiche Behauptung, welche später von Deutschland gegen Russland und Frankreich aufgestellt wird. Weshalb sollte wohl dieser kleine und schwache Staat Serbien den Krieg mit Oesterreich absichtlich heraufbeschworen haben ? Die von dem österreichischen Gesandten Giesl berichteten Tatsachen (Wegschaffung

[1] Rotbuch, Nr. 39.
[2] Rotbuch, Einleitung S. 3 u. Nr. 29.
[3] Rotbuch, Nr. 39, 40.

der Gelder der Nationalbank, Auszug der Truppen aus Belgrad, Entfernung der Staatsakten aus dem Ministerium, etc.) beweisen — was nach Vernunft und Logik überhaupt nicht erst bewiesen zu werden braucht —, dass Serbien nichts weniger als einen Angriff auf Oesterreich beabsichtigte, sondern froh gewesen wäre, wenn der grosse Nachbar es in Frieden gelassen hätte [1]. Aber es scheint in diesem Kriege Regel geworden zu sein, dass der Angreifer den Angegriffenen bezichtigt, ihn überfallen zu haben.

Für die österreichische Regierung waren alle diese Vorwände schätzbares Material, um ihr ablehnendes Verhalten gegen die Friedensvorschläge der Ententemächte zu rechtfertigen. Die Gründe dieser Ablehnungen lassen sich etwa dahin zusammenfassen:

> *a)* Unser Konflikt mit Serbien geht niemanden etwas an, er muss lokalisiert bleiben.
>
> *b)* Serbien hat durch seine ungenügende Antwort, durch seine Mobilisierung und die Eröffnung der Feindseligkeiten den Krieg selbst herbeigeführt.

7. Die Frage der *Lokalisierung* habe ich in den früheren Abschnitten meiner Arbeit bereits behandelt. Sie tritt aber in dem österreichischen Rotbuch von neuem mit solcher Bestimmtheit und gleichzeitig Naivität hervor, dass sie noch eine kurze Erörterung erfordert. Oesterreich geht einfach von dem Gedanken aus, den Graf Mensdorff Sir Edward Grey gegenüber am 29. Juli offen aussprach, dass *Serbien zur österreichischen Interessensphäre gehöre* (Blaubuch Nr. 91). Dass Russland durch eine hundertjährige Geschichte, durch Bluts- und Religionsbande und auch durch eigene Interessen mit Serbien enger verknüpft war als irgend ein Bundesgenosse mit einem andern, z. B. Deutschland mit Oesterreich, wurde von den Kaisermächten absichtlich ignoriert und stets die geistvolle Unterscheidung gemacht, dass man sich gern über russisch-österreichische Interessenfragen mit Russland unterhalten wolle, aber die österreichisch-serbische Differenz nach eigenem Ermessen regeln müsse. Diese künstliche und sinnlose Konstruktion kommt mir vor, als wenn eine Prozesspartei zur

---

[1] Rotbuch, Nr. 22.

andern sagte : Ich will mich ja gern mit Dir verständigen und habe auch keinerlei böse Absichten gegen Dich, aber über den *Prozessgegenstand* dürfen wir absolut nicht miteinander reden. Unterhalten wir uns also über etwas anderes : « Wie denken Sie über Russland ? Schönes Wetter heute ? Very fine day to-day indeed ! » *Die serbische Frage war eben der Rechtsstreit zwischen Oesterreich und Russland* — nicht das erste Mal, sondern seit langen Jahren schon — : Russland erachtete seine Interessen als mit den serbischen identisch und erklärte, es nicht dulden zu können — im Interesse Serbiens und seines eigenen Prestiges — dass der slavische Bruderstaat nach seiner tiefen diplomatischen Demütigung nun auch noch militärisch von Oesterreich zerschmettert und zu einer Art Vasallenstaat erniedrigt werden sollte [1]. Der Streit war diesmal heftiger als je entbrannt und drohte nicht nur Oesterreich und Russland zu entzweien, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. *Nur diese Streitfrage lag vor. Keine andere.* Wollte man also verhandeln, so musste man über die serbische Frage verhandeln ; wollte man dies nicht, so war es überflüssig und zwecklos, anderweitige Verhandlungen vorzuschlagen. In Wahrheit war der österreichische Vorschlag, sich über russische Interessen mit Russland unterhalten zu wollen, nichts anderes als ein Vorwand, um jeder zweckdienlichen Unterhaltung aus dem Wege zu gehen.

Vergebens bemühten sich Grey und Sazonow, der Wiener Regierung ihre Sophismen vor Augen zu halten, welche die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen könnten ; Graf Szápáry selbst, der österreichische Botschafter in Petersburg, konnte die Bemerkung nicht unterdrücken, dass die Anweisungen Berchtolds sich in einem « circulus vitiosus » bewegten [2]. Alle Vorstellungen waren vergeblich. Oesterreich — von Deutschland gestützt — blieb fest in seiner Ablehnung bis zu dem Zeitpunkt, wo es zu spät und der Krieg unvermeidlich geworden war.

8. Von dem Standpunkt ausgehend, dass niemand in den österreichisch-serbischen Konflikt hinein zu reden habe, lehnte Oesterreich zunächst jede *Aussprache über den Inhalt seines Ultimatums* und über die serbische Antwortnote ab. Am 27. Juli

---

[1] Rotbuch, Nr. 47. Blaubuch, Nr. 48, 91.

[2] Rotbuch, Nr. 47.

fand eine in freundschaftlichem Tone gehaltene Besprechung zwischen Sazonow und Szápáry statt, bei welcher ersterer den Wunsch aussprach, die österreichische Note mit dem Botschafter zu diskutieren. Szápáry erklärte sich zwar sur Entgegennahme der Bemerkungen Sazonow's bereit, betonte aber, dass er seinerseits nicht autorisiert sei, den Notentext zu diskutieren oder zu interpretieren [1]. Am 28. Juli stellte der russische Botschafter Schébéko den formellen Antrag beim Grafen Berchtold, den Grafen Szápáry mit Instruktionen zu versehen, um den Gedankenaustausch mit Sazonow fortzusetzen und, wenn irgend möglich, zu einer direkten Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen : die letztere würde gerne die Hand dazu bieten. *Graf Berchtold lehnte den Vorschlag des russischen Botschafters mit strikten Worten ab :* niemand in Oesterreich würde eine Verhandlung über die unbefriedigende serbische Antwortnote verstehen und überdies sei heute bereits der Krieg an Serbien erklärt worden. Zur weiteren Motivierung dieser Kriegserklärung verfehlte Berchtold nicht, auf die serbische Mobilisierung und die angeblichen serbischen Feindseligkeiten hinzuweisen [2].

Damit waren bis auf weiteres alle Brücken zwischen Oesterreich und Russland abgebrochen. Alle Verständigungsversuche konnten nur indirekt an Oesterreich gelangen, durch Vermittlung der Ententemächte und Deutschlands.

9. An demselben Tage, an dem Berchtold den Sazonow'schen Vorschlag einer direkten Verständigung ablehnte, wies er auch den *Grey'schen Vorschlag der Viermächte-Konferenz* zurück. Diesen Vorschlag hatte bekanntlich schon Deutschland ohne Befragen Oesterreichs abgelehnt, unter dem fadenscheinigen Vorwand, dass es seinen Bundesgenossen nicht vor ein « europäisches Gericht » ziehen könne. Oesterreich lehnte diesen Vorschlag, der gleichzeitig von Grey dem Grafen Mensdorff und von Bunsen dem Grafen Berchtold unterbreitet wurde (am 28. Juli), aus einem *andern* Grunde ab : weil nämlich der Vorschlag *zu spät* komme und durch die bereits erfolgte Kriegserklärung « überholt » sei [3]. Gewiss ein merkwürdiger Vorgang ! Deutschland als Oesterreichs Vor-

---

[1] Rotbuch, Nr. 31.
[2] Rotbuch, Nr. 40. Orangebuch, Nr. 45.
[3] Rotbuch. Nr. 38 und 41.

mund hält den Grey'schen Vorschlag sozusagen für standeswidrig. Oesterreich aber als Hauptinteressent empfindet diese Standeswidrigkeit nicht, sondern wendet nur die Verspätung ein, würde also bei früherer Vorbringung des Vorschlages einer Erörterung scheinbar nicht abgeneigt gewesen sein. Wieder einmal ein Zeichen der unglaublichen Verwirrung in den Köpfen und Kanzleien der deutschen und österreichischen Diplomatie ! Beide Gründe gegen die Konferenz, der von Berlin und der von Wien geäusserte, waren natürlich nur Scheingründe. Aber klüger wäre es jedenfalls gewesen, sich vorerst einmal über die Gründe zu einigen, mittels deren man die Friedensvorschläge der Ententemächte, einen nach dem andern, zum Scheitern brachte. Das Spiel wäre dann weniger durchsichtig und der Schuldbeweis schwieriger gewesen.

10. Ich habe schon an früherer Stelle darauf hingewiesen, wie Deutschland den Grey'schen Konferenzvorschlag mit dem Gegenvorschlage einer direkten Aussprache zwischen Wien und Petersburg beantwortet hat — einer Aussprache, *die dann von Wien abgelehnt wurde*. Diesen — für sich allein schon den vollen Schuldbeweis gegen die Kaisermächte erbringenden — Tatbestand sucht das deutsche Weissbuch natürlich zu verschleiern ; es war aber möglich, ihn aus den übrigen diplomatischen Büchern zweifelsfrei festzustellen. Das Rotbuch enthält nun das Selbstbekenntnis Oesterreichs in krassester Form und zwar mit einer sehr gravierenden Ergänzung : die Wiener Regierung hat die von Deutschland vorgeschlagene direkte Erörterung der serbischen Frage mit Russland nicht nur am 28. Juli abgelehnt, sondern diese Ablehnung *bereits am 23. Juli* mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. (Rotbuch Nr. 9.) *Das musste der Berliner Regierung bekannt sein und war ihr bekannt.* Die Berliner Regierung hat also bewusster Weise einen aussichtsvollen Vorschlag der englischen abgelehnt, um an dessen Stelle einen andern zu setzen, dessen Aussichtslosigkeit ihr aus der bereits am 23. Juli erfolgten Erklärung Oesterreichs bekannt war. Bisher konnte man nur die tatsächliche Erfolglosigkeit des Berliner Gegenvorschlages konstatieren und auf ein verbrecherisches Doppelspiel der beiden Kaisermächte *schliessen*. Jetzt — dank der österreichischen Veröffentlichung — ist dieses Doppelspiel *bewiesen* und die Schuldigen sind entlarvt. *Wenn von den*

*hundert Schuldbeweisen nur dieser eine existierte, er würde genügen, um die Verantwortung für den Weltkrieg allein auf Deutschland und Oesterreich zu wälzen.*

11. Am 30. Juli entschloss sich Graf Berchtold bekanntlich, endlich, angesichts der immer gefährlicheren Zuspitzung des Konfliktes, nun doch die österreichische Note mit Sazonow im einzelnen zur Erörterung zu bringen : er richtete in diesem Sinne zwei Instruktionen am 30. Juli an seinen Petersburger Botschafter (Rotbuch Nr. 49 und 50), und daraufhin begannen, wie bekannt, am 31. Juli tatsächlich zum ersten Male in *offizieller* Weise in Petersburg die Verhandlungen über den Inhalt der Note[1]. Die Unterhaltung vom 27. Juli zwischen Sazonow und Szápáry war, wie oben dargelegt, nur eine *unoffizielle* Entgegennahme der Sazonow'schen Bemerkungen gewesen.

Auch in diesem kritischen Augenblick konnte es sich Berchtold nicht versagen, von der durch den Kriegsausbruch bereits « *überholten* » Note zu sprechen, die nunmehr genehmigten Unterhaltungen in Petersburg nur als « nachträgliche Aufklärungen » zu bezeichnen und zu betonen, dass es nicht in Oesterreichs Absicht liege, « von den Punkten der Note etwas abhandeln zu lassen ».

Die Phrase von der « Ueberholung durch den Kriegsausbruch », die im Rotbuch totgeritten wird, verdient eine besondere Bemerkung. Was soll das eigentlich heissen ? A beleidigt den B; B leistet de- und wehmütig Abbitte, trotzdem erhebt A den Stockdegen, um den B zu erstechen. Ein Dritter C, naher Verwandter des A, mischt sich hinein, um den tödlichen Stoss abzuhalten, und macht zu Gunsten des A geltend, dass dieser ja Abbitte geleistet habe ; B aber verbittet sich diese Einmischung mit der Bemerkung, die Erörterung der Beleidigung sei *durch die Ereignisse überholt* und der Kriegszustand, den er durch die Erhebung seines Stockdegens herbeigeführt, müsse nunmehr seinen Fortgang nehmen.

Dies der Standpunkt der österreichischen Regierung. Unglaublich, aber wahr ! Wenn selbst dieser Standpunkt logisch und vernünftig wäre, wie er unlogisch und unvernünftig ist, so würde er trotzdem nicht zu der von der Wiener Regierung gezogenen Kon-

[1] Rotbuch, Nr. 55.

sequenz führen, dass nun alle Vermittlungsversuche von dritter Seite — die nicht einmal im Interesse Serbiens, sondern des europäischen Friedens erfolgten — zurücktreten müssten. Den Kriegszustand hatte Oesterreich *einseitig* herbeigeführt (die serbischen Feindseligkeiten sind natürlich eine Erfindung). Dieser Kriegszustand konnte doch aber und musste sogar, wie jeder Krieg, früher oder später einmal ein Ende nehmen. Dieses Ende wollten die Ententemächte lieber früher als später herbeiführen, um ein Uebergreifen des Brandes auf Europa zu verhindern. Wie kann man also diesen Friedensbestrebungen mit dem Einwand entgegentreten, dass der Krieg schon ausgebrochen sei ? Gerade *weil* er ausgebrochen war, deshalb bemühte man sich ja um den Frieden. Man schämt sich beinahe, so selbstverständlichen Dingen so viele Worte widmen zu müssen, aber wenn man in allen Noten des Rotbuches (vom 28. Juli an) stets denselben idiotischen Gedanken wiederholt findet, dass durch den von Oesterreich grundlos und frevelhaft herbeigeführten serbischen Krieg nunmehr auch alle Friedensbestrebungen der Mächte überholt seien — auch das deutsche Weissbuch (Seite 9), lässt sich diesen Idiotismus natürlich nicht entgehen —, so kann man der Aufgabe sich nicht entziehen, solche Verstandeslosigkeiten als das zu kennzeichnen, was sie sind : als ein *verbrecherisches Spiel mit den höchsten Interessen der unglücklichen, solchen Männern anvertrauten Völker.*

Das Schlimmste an der Sache ist aber, dass die Behauptung der Ueberholung der Friedensvorschläge durch den Kriegsausbruch *nicht einmal tatsächlich wahr* ist. Die Friedensvorschläge — sowohl das russische Verlangen nach direkter Verständigung als der Grey'sche Vorschlag einer Viermächte-Konferenz — sind in Wirklichkeit *bereits vor Ausbruch* des österreichisch-serbischen Krieges gemacht und der Wiener Regierung mitgeteilt worden. Schon am 24. Juli, unmittelbar nach Kenntnisnahme der österreichischen Note, sprach Sazonow den Wunsch aus, die Ultimatumsfrist verlängert zu sehen und das österreichische Anklagematerial zu erhalten, damit man die österreichischen Beschwerden prüfen, auf Serbien einen Druck ausüben und mit Wien über eine Verständigung verhandeln könne. Dieser Wunsch ist in den folgenden Tagen beständig von dem russischen Minister wiederholt

worden, zuletzt noch am 27. Juli dem Grafen Szápáry gegenüber [1]. Da die Kriegserklärung an Serbien erst am 28. Juli erfolgt ist, so charakterisiert sich die Behauptung, der russische Verständigungsvorschlag sei durch die Kriegserklärung « überholt » worden, als eine *Lüge*.

Ebenso verhält es sich mit dem Grey'schen Konferenzvorschlag. Die Viermächte-Konferenz war von Grey von Anbeginn der Krise an, *schon am* 24. *Juli*, empfohlen und seitdem stets von neuem wieder vorgeschlagen worden [2]. Schon am 26. Juli war der Vorschlag der deutschen Regierung unterbreitet und unter dem bekannten Vorwand, man könne Oesterreich nicht vor ein europäisches Gericht ziehen, zurückgewiesen worden [3]. Am 27. Juli berichtete Graf Mensdorff ausführlich über diesen ihm von Grey gemachten und dringend befürworteten Vorschlag [4]. Wie kommt also Graf Berchtold zu der Behauptung, der Konferenzvorschlag. der schon vom 24. Juli datierte und seitdem beständig wiederholt worden war, sei durch die Kriegserklärung vom 28. Juli « überholt » worden ? Auch diese Behauptung ist eine bewusste Lüge, dazu bestimmt, die unerschütterliche Kriegsabsicht Oesterreichs zu vertuschen. Ich resümiere mich dahin :

*a)* selbst wenn die österreichische Behauptung, die Friedensvorschläge seien erst *nach* der Kriegserklärung an sie gelangt, richtig wäre, so wäre dies nach Vernunft und Logik kein Grund gewesen, diese Vorschläge zurückzuweisen ;

*b)* es ist aber erwiesen, dass diese Vorschläge *vor* der Kriegserklärung an Oesterreich gelangt sind : es fehlt also die tatsächliche Voraussetzung für die von der Wiener Regierung gezogene, an sich verfehlte Schlussfolgerung.

12. Sazonow hatte sich am 29. Juli Szápáry gegenüber mit Recht darüber beklagt, dass Oesterreich jeden weiteren Gedankenaustausch schroff abgelehnt habe. Das verhindert aber den

---

[1] Rotbuch, Nr. 31.
[2] Blaubuch, Nr. 10, 11, 24, 25, 36, 42, 43 usw.
[3] Weissbuch, Nr. 9.
[4] Rotbuch, Nr. 38. Blaubuch, Nr. 48.

Grafen Berchtold nicht, sich am 30. Juli Herrn Schébéko gegenüber « ganz dumm » zu stellen und von einem « Irrtum » Sazonow's zu sprechen, da er und Schébéko doch « vor zwei Tagen noch die aktuellen Fragen durchgesprochen hätten » und Schébéko dies nach Petersburg berichtet habe. (Rotbuch, Nr. 50.) Der Gedankenaustausch, von welchem Berchtold spricht, bestand darin, dass Schébéko im Namen Sazonows die offizielle Fortführung der Petersburger Verhandlungen gewünscht, Berchtold dieselbe aber *rundweg abgelehnt* hatte. Das nennt Berchtold « die aktuellen Fragen durchsprechen » !

13. Natürlich kam auch die *Mobilisierungsfrage* in der Unterhaltung am 30. Juli wieder zur Sprache. Berchtold beklagte sich über die am Tage vorher erfolgte Mobilisierung der 4 südlichen russischen Armeebezirke und wiederholte von neuem die falsche Behauptung, dass Oesterreich nur gegen Serbien (8 Armeekorps) mobilisiert habe, gegen Russland aber « nicht einen Mann ». Herr Schébéko hätte darauf erwidern können : zwar nicht einen Mann, aber einen « Beth-Mann ». Denn Bethmann in seiner Einfachheit hat am 4. August im Reichstag ausgeplaudert, dass Oesterreich *nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Russland* 2 *Armeekorps mobilisiert* hatte, bevor noch von der russischen Mobilisierung die Rede war.

Bemerkenswert ist das Zugeständnis Berchtolds in der fraglichen Unterhaltung, dass Oesterreich nun auch « *seine* Mobilisierung erweitern » müsse, wodurch die von den Botschaftern der Ententemächte übereinstimmend gemeldete österreichische Generalmobilisierung in der Nacht vom 30. zum 31. Juli bestätigt wird. Die tatsächlich in dieser Nacht erfolgte österreichische Mobilisierung gegen Russland wird auch in der Depesche des Grafen Berchtold an seine Missionen vom 31. Juli ausdrücklich anerkannt. (Rotbuch, Nr. 53.)

Beide Staaten — Oesterreich und Russland — waren übrigens, wie ich schon an anderer Stelle hervorgehoben habe, darüber einig, dass *Mobilisation keineswegs gleichbedeutend mit Krieg sei*. Obwohl beide Staaten am 31. Juli Generalmobilisierungen angeordnet hatten, depeschiert Berchtold wörtlich an seine Missionen : « Die der Situation entsprechenden pourparlers zwischen dem Wiener

und Petersburger Kabinett, von denen wir uns eine allseitige Beruhigung erhoffen, *nehmen inzwischen ihren Fortgang.* » Tatsächlich nahmen sie ihren Fortgang oder vielmehr sie *begannen* erst in dem Moment, als die beiderseitige Mobilisation bereits erfolgt war ; sie fanden am 31. Juli und 1. August in Petersburg statt, selbst nach dem deutschen Ultimatum noch, und wurden nur infolge der deutschen Kriegserklärung definitiv abgebrochen [1]. Auch an einer früheren Stelle, in einer Depesche vom 24. Juli an den Grafen Mensdorff, weist Berchtold ausdrücklich darauf hin, dass Oesterreich bereits zweimal (1908 und 1912) Serbiens wegen mobilisiert habe [2]. Auch Russland hatte in beiden Fällen mobil gemacht und dennoch ist beide Male durch diplomatische Verhandlungen der Friede erhalten worden. Ein Zugeständnis des eigenen Bundesgenossen zu Lasten Deutschlands ! Trotz aller Mobilmachungen konnte auch diesmal der Frieden erhalten werden, wenn Deutschland ihn erhalten *wollte.*

14. Im Anschluss an die Mobilisierungsfrage möchte ich dem Leser eine niedliche Episode nicht vorenthalten, die ein heiteres Streiflicht in die dunkle Tragödie wirft : die Geschichte von dem *gebrochenen Sazonow'schen Ehrenwort.* welche die österreichische Diplomatie uns auftischt. Bisher wussten wir nur von drei gebrochenen Ehrenworten : der russische Kriegsminister, der russische Generalstabschef und der russische Kaiser waren die Wortbrüchigen (siehe deutsches Weissbuch). Das genügte den österreichischen Herren nicht, sie mussten auch noch einen vierten Wortbrüchigen haben, Herrn Sazonow. Graf Szögyény, der alle wichtigen Vorgänge teils misszuverstehen, teils zu verschlafen scheint (wir werden das später noch sehen), berichtet am 27. Juli aus Berlin, dass Sazonow dem deutschen Botschafter die « Garantie » gegeben habe, es sei noch keine Mobilisierung erfolgt, sondern nur gewisse notwendigste militärische Vorsorgen (Rotbuch, Nr. 33). Dass diese Erklärung der Wahrheit entspricht, habe ich bereits früher dargelegt. Die Erklärung ist aber *nicht von Sazonow*, sondern von dem russischen Kriegsminister Suchomlinow abgegeben worden (Weissbuch. S. 8). Reizend ist nun, wie aus der erfundenen Erklä-

[1] Rotbuch, Nr. 55, 56.
[2] Rotbuch, Nr. 17.

rung Sazonows (vom 27. Juli) in der Note Berchtolds (vom 28. Juli) bereits *ein gebrochenes Ehrenwort Sazonows* wird und in der Note vom 29. Juli grossmütig anerkannt wird, dass Herr Sazonow nun « nicht mehr leugne », — was er tatsächlich nie geleugnet hat (Rotbuch Nr. 42 und 48). Wer weiss, wieviel gebrochene russische Ehrenworte man noch konstruiert hätte, wenn nicht der ausgebrochene Krieg dieser halsbrecherischen Tätigkeit ein Ende gemacht hätte !

15. Eine besondere Behandlung verdient noch die Depesche Berchtold's an seine Londoner und Petersburger Botschafter vom 31. Juli (Rotbuch, Nr. 51). Wie die beiden Depeschen vom 30. Juli an den Grafen Szápáry (Nr. 49 und 50) ein endliches Eingehen auf direkte Verhandlungen mit Russland anzubahnen scheinen, so gibt die Depesche vom 31. Juli endlich auch eine gewisse Bereitwilligkeit zur Annahme der Grey'schen Vermittlung zu erkennen. Der oberflächliche Beobachter, der die geheimen Zusammenhänge zwischen Berlin und Wien nicht genügend berücksichtigt — und auch die Ententemächte waren damals noch solche oberflächlichen Beobachter, ehe ihnen durch das Berliner Vorgehen die Augen aufgingen, — musste in der Tat annehmen, dass Oesterreich endlich — in der Angst vor einem europäischen Kriege — Umkehr und Einkehr hielt und auf beiden von den Ententemächten vorgeschlagenen Wegen, auf dem Wege direkter Verständigung mit Russland und gleichzeitiger Vermittlung der Mächte, den Frieden zu erhalten suchte.

Genau besehen liegt die Sache aber anders. Oesterreich musste wissen und wusste, dass die Spannung zwischen Berlin und Petersburg durch die von Deutschland absichtlich in den Vordergrund geschobene Mobilisierungsfrage inzwischen grösser geworden war als die zwischen Wien und Petersburg, und dass somit auch ein scheinbares Eingehen Oesterreichs auf die Friedensvorschläge der Ententemächte den kommenden Krieg nicht mehr verhindern konnte.

Dies der eine Grund der plötzlichen österreichischen Wandlung : sie war ungefährlich, Berlin sorgte schon für alles Weitere.

Der andere Grund aber war der — und diese Aufklärung wird uns erst jetzt durch das Rotbuch gegeben —, dass die Wiener

Erklärungen selbst derartig bedingt und verklausuliert waren, dass sie auch ohne die Berliner Ultimatums-Politik nicht zu einem friedlichen Ausgleich hätten führen können. Von dieser Seite aus sorgte Wien selber für alles Weitere. Die Rückhalte, welche die Wiener Regierung bei der Wiederaufnahme ihrer Verhandlungen mit Petersburg machte, habe ich bereits hervorgehoben : wenn eine verhandelnde Partei von vornherein erklärt, dass sie nur « nachträgliche Aufklärungen » geben wolle und sich « nichts abhandeln lassen » würde, so sind die Verhandlungen überflüssig und aussichtslos.

Aehnliche Rückhalte machte die Wiener Regierung auch dem englischen Vermittlungsvorschlage gegenüber. Dieser Vorschlag ging von der Sazonow'schen Depesche vom 29. Juli aus, die — mit Rücksicht auf die am Tage vorher erfolgte kategorische Ablehnung weiterer Verhandlungen seitens des Wiener Kabinetts — die englische Regierung um Friedensvermittlung in irgend einer ihr geeignet erscheinenden Form ersuchte [1]. In der Wiener Note vom 31. Juli findet sich die auffallende Wendung : « Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, dass er nach der Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien *nicht mehr in der Lage sei, mit Oesterreich-Ungarn direkt zu verhandeln.* » Soll durch diese Wendung etwa angedeutet werden, dass Sazonow seinerseits weitere Verhandlungen abgelehnt habe ? Das wäre eine grobe Fälschung, die durch das österreichische Rotbuch selbst und durch alle anderen diplomatischen Publikationen widerlegt wird. Sazonow war in der Tat nicht mehr in der Lage, mit Wien zu verhandeln, aber nicht durch *seine* Schuld, sondern weil Wien seit dem 28. Juli jede weitere Verhandlung abgelehnt hatte. Wen will man eigentlich täuschen mit obiger zweideutigen Wendung ?

Grey teilte das Sazonow'sche Ersuchen sofort dem Fürsten Lichnowsky mit und verband damit von neuem den Vorschlag einer conversation à quatre in London, deren Form er ganz der deutschen Regierung anheimstellte. Die selbstverständliche Voraussetzung dieses und aller andern Vermittlungsvorschläge war natürlich die *vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten gegen*

[1] Orangebuch, Nr. 50. Blaubuch, Nr. 84.

*Serbien*, wobei aber — wohl bemerkt — nur ein *Stillstand*, nicht aber ein Rückzug der österreichischen Truppen aus Serbien verlangt wurde.

Wie verhielt sich Graf Berchtold diesem Vorschlag gegenüber ? Er erklärte sich — jetzt am 31. Juli zum ersten Male — « gerne bereit, dem Vorschlag Grey's zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten », aber nur unter folgenden Bedingungen :

> *a)* die militärische Aktion gegen Serbien müsse einstweilen ihren *Fortgang* nehmen ;
>
> *b)* die russische Mobilisierung müsse zum *Stillstand* gebracht werden, worauf dann auch die österreichischen Gegenmassregeln in Galizien rückgängig gemacht würden.

War das eine Annahme der Grey'schen Vermittlung oder eine Ablehnung ? Es war eine *Ablehnung in der Form einer Annahme.* Konnte man in der Tat der russischen Regierung ernsthaft zumuten, ihrerseits mit der Demobilisierung zu beginnen, während Oesterreich seine in der vergangenen Nacht angeordnete Generalmobilisierung erst nach eingetretenem russischen Stillstand teilweise, in Galizien, rückgängig zu machen gewillt war ? Konnte man Russland ernsthaft zumuten, während der in Aussicht genommenen Londoner Botschafter-Konferenz, deren Beginn und Dauer zunächst nicht zu bestimmen war, Oesterreich weiter gegen Serbien vorgehen und den kleinen Staat inzwischen zerschmettern zu lassen ? Zudem hatte Oesterreich nur *im Allgemeinen* seine Bereitwilligkeit, einer Grey'schen Vermittlungstätigkeit « näherzutreten », erklärt, nicht aber eine Konferenz in dieser oder jener Form akzeptiert : es konnte also derselbe Fall eintreten, der nun schon seit 6 Tagen mit Berlin vorlag, die Wiener Regierung konnte bei näherem Eingehen auf die Sache auch ihrerseits alle möglichen Formbedenken erheben, aber ebenso wie Berlin es unterlassen, irgend eine gangbare und ihr genehme Form vorzuschlagen. Kurz und gut, die österreichische Antwort auf den Grey'schen Vorschlag, den Herr von Tschirschky « auftragsgemäss mitgeteilt » hatte, ohne ihn irgendwie zu befürworten, — diese Antwort war so unklar und verklausuliert, dass sie einer Ablehnung des Vorschlages gleichkam.

Die verbündeten Regierungen waren also nach beiden Seiten

gesichert, der gewünschte Krieg konnte ihnen nicht entgehen: ein friedlicher Ausgang der Verhandlungen mit Russland war ebensowenig zu erwarten wie ein Erfolg der englischen Vermittlungstätigkeit, infolge der Klauseln und Vorbehalte, welche die Wiener Regierung beiden Vorschlägen entgegengesetzt hatte; drohte aber dennoch ein friedlicher Ausgang, so sorgte Berlin durch seine Ultimatums-Politik dafür, dass es unter allen Umständen zum Kriege kommen musste. Die Karten waren eben so geschickt gemischt, dass das Spiel nicht verloren gehen konnte,— das Kriegsspiel, das man so oft im Frieden erprobt hatte und nun endlich einmal im Ernstfall durchführen wollte.

* * *

Unsere bisherigen Erörterungen beziehen sich auf das, was in dem österreichischen Rotbuch enthalten ist, und bestätigen von neuem die gegen Oesterreich formulierten Anklagepunkte:

Oesterreich hat frevelhafterweise den serbischen und — als Folge davon — den europäischen Krieg herbeigeführt:

durch die Stellung unerfüllbarer Forderungen an Serbien,
durch die Ablehnung einer fast vollständig befriedigenden Antwort,
durch die Abberufung seines Gesandten und die Kriegserklärung an Serbien,
durch die Verheimlichung seiner wirklichen Kriegszwecke,
durch die kategorische Ablehnung jeder Verhandlung und jeder Vermittlungstätigkeit bis zum letzten Moment, als es bereits zu spät war,
durch eine Verklausulierung seiner endlichen Bereitwilligkeit, die den Erfolg von vornherein ausschliessen musste.

## II.

### *Was das Rotbuch* **nicht** *enthält.*

Obige Anklagepunkte ergeben sich aus dem Inhalt des Rotbuches selbst.

Viel gravierendere Anklagen aber ergeben sich aus dem, was

im Rotbuch *nicht* enthalten ist, Anklagen gegen Oesterreich und Deutschland zugleich. Das Rotbuch enthält nichts, *nicht eine Silbe*:

*a)* von dem angeblichen Druck, der von Berlin aus auf Wien im Sinne des Friedens ausgeübt sein soll, und

*b)* von all' den Vermittlungsvorschlägen, welche *ausser* der Viermächte-Konferenz von den Ententemächten gemacht worden sind.

1. Das Weissbuch und das Blaubuch sind — wie ich bereits an anderer Stelle hervorgehoben habe — voll von emphatischen Versicherungen der deutschen Reichsregierung, wie sie sich angestrengt habe, einen mässigenden Einfluss im Sinne friedlicher Verständigung in Wien auszuüben : « Getreu unserm Grundsatz, dass eine Vermittlungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreichisch-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichisch-serbischen Konflit, sondern nur auf das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland beziehen könnte (hier die berühmte Unterscheidung, die ich bereits oben charakterisiert habe), haben wir unsere Bemühungen fortgesetzt, eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten herbeizuführen. Wir haben uns aber auch bereit gefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Edward Grey's nach Wien zu übermitteln, etc. »... « Trotzdem haben wir unsere Vermittlungsversuche bis zum Aeussersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen »... « Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, etc. »... « Während in der Zeit vom 29.—31. Juli diese unsere Bemühungen und Vermittlung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden, etc. » — so und ähnlich heisst es überall im Weissbuch. In der Rede vom 4. August versichert der Reichskanzler sogar, seine Vermittlungsaktion in Wien in Formen ausgeführt zu haben, « welche bis an das Aeusserste dessen gehen, was mit unserm Bundesverhältnis noch verträglich war. »

Aehnliche Versicherungen werden auf Schritt und Tritt den englischen Diplomaten in Berlin und London gegeben. Da heisst

es überall, besonders aus dem Munde des Kanzlers selbst, dass er in Wien so kräftig wie nur irgend möglich den Knopf gedrückt habe (pressing the button), dass er Frieden und Mässigung mit aller Entschiedenheit gepredigt habe und darin vielleicht schon zu weit gegangen sei [1]. Herr von Jagow spricht sogar die Befürchtung aus, dass der starke Druck, den er in Wien zu Gunsten einer Verhandlung über die serbische Antwortnote ausgeübt, die gegenteilige Wirkung, nämlich die österreichische Kriegserklärung, herbeigeführt habe [2]. Kurz, die Herren von Jagow und Bethmann Hollweg fliessen über von Friedensversicherungen und angeblichen Friedensbemühungen in Wien und stellen sich sowohl dem deutschen Volke als der englischen Regierung gegenüber als Friedensengel hin, die beständig mit der Palme in der Hand zwischen Wien und Berlin hin- und herfliegen.

Schon bei der Lektüre des deutschen Weissbuches musste auffallen, dass diese Friedensbemühungen immer und überall absolut erfolglos blieben. Ueberall heisst es : Ablehnung von Wien aus diesem oder jenem Grunde. Entweder wollte Wien überhaupt nicht verhandeln oder es war zu spät dazu oder die russische Mobilisierung war dazwischen gekommen u. s. w. Resultat überall Null.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, dass dieses negative Resultat im höchsten Masse verdächtig erscheint : wenn Berlin ernsthaft wollte, *musste* eben Wien nachgeben, in allem, ohne jede Widerrede, denn Wien allein war machtlos in Europa. Hier war ein dunkler Punkt in den Beziehungen zwischen Berlin und Wien, der dringend der Aufklärung bedurfte. Die Versicherungen der Friedensbemühungen mussten klar bewiesen werden, wenn sie glaubhaft sein sollten. Die Erfolglosigkeit der angeblichen Bemühungen Berlins war so auffallend, dass die Bemühungen selbst im höchsten Masse unglaubwürdig wurden.

Die Sache wurde noch verdächtiger durch die Persönlichkeit unseres Wiener Botschafters, des Herrn von Tschirschky-Bögendorf : er stand in dem Rufe, ein ausgesprochener Russen- und Serbenfeind zu sein, der, anstatt zur Milde zu raten am Ballplatz,

[1] Blaubuch, Nr. 107, 108.
[2] Blaubuch, Nr. 76.

zum Kriege aufstachelte. Sir Maurice de Bunsen, der englische Botschafter, spricht es offen aus, dass Herr von Tschirschky von Anfang an den Krieg wünschte und seine stark ausgesprochenen persönlichen Neigungen auf seine Diensthandlungen abfärben liess, dass er stets insgeheim mit der österreichischen Regierung verhandelte, niemals in gemeinschaftlicher Aktion mit den Botschaftern der Ententemächte. Auch Sazonow hebt die ausgesprochene Russenfeindschaft des deutschen Botschafters hervor, der in dem Verdacht stand, die österreichische Note bereits vor der Ueberreichung gekannt zu haben, und jedem, der es hören wollte, offen erklärte, dass er jedes Wort der Note billigte und die serbische Antwort für Lug und Trug hielt [1]. Wenn nun einem so gearteten Botschafter noch Instruktionen erteilt werden, die in mehr als platonischer Form die englischen Vorschläge « übermitteln », sich aber jeder Befürwortung, geschweige denn jedes energischen Druckes enthalten, so kann man sich vorstellen, wie es um die dringlichen Friedensbemühungen der Berliner Regierung in Wien bestellt war, und wie die Vermittlungsaktion aussah, die « bis an die äusserste Grenze dessen ging, was mit dem Bundesverhältnis noch verträglich war. »

Aus all' diesen Symptomen — vor allem aus der unbedingten Erfolglosigkeit der angeblichen Berliner Bemühungen — musste man Zweifel schöpfen an der Wahrhaftigkeit der Berliner Versicherungen. Die *Sicherheit aber, dass diese Versicherungen unwahr, bewusst unwahr sind,* ist erst durch das österreichische Rotbuch erbracht : es enthält nichts, aber auch nicht eine Silbe von dem, was die Herren von Bethmann und Jagow in so ausgiebigem Masse getan zu haben behaupten ; es enthält überhaupt nur einige wenige Mitteilungen des Herrn von Tschirschky an den Grafen Berchtold, die sich « auftragsgemäss » vollziehen und sich nur an einer Stelle bis zu der Bemerkung versteigen, dass ein Vorschlag der englischen Regierung « dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreitet wird [2]. » Es handelt sich hier um den wichtigen und dringenden Vorschlag Grey's vom 27. Juli (Blaubuch Nr. 46), dahingehend, dass Oesterreich die weit über alle Erwartung

[1] Blaubuch, Nr. 32, 95, 139, 141 und Seite 83.

[2] Rotbuch, Nr. 43, 44, 51.

entgegenkommende serbische Antwort doch wenigstens als *Basis einer Erörterung* zulassen solle, nachdem Russland durch seinen mässigenden Einfluss in Belgrad eine so günstige Antwort erzielt habe. Man lese nur dieses dringende und wohl motivierte Ersuchen Grey's an den Fürsten Lichnowsky durch, seinen warmen Appell an Deutschlands Friedensliebe, seinen Wunsch, mit Deutschland zusammen zu arbeiten, seine Betonung, dass nach Russlands erfolgreichen Ratschlägen und Serbiens Unterwürfigkeit nunmehr die Reihe an Wien sei, etwas Entgegenkommen zu zeigen, und dass Berlin als einzige Instanz nach dieser Richtung hin tätig sein könne und müsse. Man lese das durch und vergleiche damit die Art — kühl bis ans Herz hinan —, wie Herr von Tschirschky den Grey'schen Vorschlag der Wiener Regierung « zur Erwägung unterbreitet ». Man wird sich dann nicht wundern, dass der Vorschlag ebenso kühl von der Wiener Regierung « als verspätet » abgelehnt wurde « nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens (sic !) und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung [1]. »

*So sehen die Friedensbemühungen Berlins in Wien aus.* Bis heute ist keine Instruktion, kein Telegramm, keine Note abgedruckt worden, die den geringsten Beweis für solche Friedensbemühungen erbrächte. Die Erwartungen, die man auf das österreichische Rotbuch in dieser Richtung setzte, sind enttäuscht worden. *Wo sind die Beweise* — haben wir das Recht, Herrn von Bethmann zu fragen — für Ihre Behauptung, dass Sie in Wien ernsthaft zum Frieden geraten haben ? Die deutschen und österreichischen Publikationen ergeben entweder nichts oder das gerade Gegenteil Ihrer Behauptung. Eine Mitteilung ist keine Empfehlung. Eine Unterbreitung « zur Erwägung » ist keine Befürwortung. Wo ist der Druck, den Sie auf Wien ausgeübt haben wollen ? *Drucken sie diesen Druck ab, dann werden wir Ihnen glauben.* Bis dahin werden wir diese, wie so viele andere Ihrer Behauptungen, für das erklären, was sie sind : für *Fälschungen der Wahrheit*, hervorgegangen aus Ihrem Schuldbewusstsein und bestimmt, Ihre Schuld zu verdecken.

---

[1] Weissbuch, S. 9 und Anlage 16.

2. Zu einem noch gravierenderen Punkte komme ich jetzt. *Wo sind die Einigungsvorschläge Grey's und Sazonow's geblieben,* die über London und Berlin nach Wien gelangen sollten, aber nie eine Antwort aus Wien erhalten haben?

Rekapitulieren wir kurz den Tatbestand, bevor wir die Anklage über diesen Punkt formulieren. Grey hat zuerst am 29. Juli — nach Ausbruch des serbisch-österreichischen Krieges und Abbruch der direkten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg — dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky behufs Uebermittlung nach Berlin und Wien die bekannte Einigungsformel vorgeschlagen, wonach Oesterreich Belgrad und die benachbarten Territorien als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen besetzt halten und von dort aus den vier unbeteiligten Mächten die Bedingungen kundgeben sollte, unter denen es zu einer Verständigung bereit sei [1]. Dieser Grey'sche Vorschlag ist seitens des Fürsten Lichnowsky nach Berlin übermittelt und von dort angeblich nach Wien weitergegeben worden [2]. *Es ist aber nie eine Antwort darauf erfolgt, weder von Deutschland noch von Oesterreich.* Die Berliner Regierung wurde wiederholt durch Grey und Goschen zur Antwort gedrängt, aber immer hiess es, diese Antwort sei aus Wien noch nicht eingetroffen [3]. Die verschiedensten Gründe — oder vielmehr Ausreden — wurden vorgebracht, um das Ausbleiben der Antwort zu entschuldigen, obwohl die Zeit drängte und von jeder Stunde das Schicksal Europa's abhing. Der Grey'sche Vorschlag, welcher das denkbar weiteste Entgegenkommen gegen Oesterreich enthielt und neben dem diplomatischen auch sein militärisches Prestige in vollstem Masse wahrte — dieser Vorschlag blieb unbeantwortet und ist *nicht mit einem Worte in dem Rotbuch erwähnt.* Die sachlichen Verhandlungen, soweit sie im Rotbuch erwähnt werden, schliessen mit der Unterhaltung Grey's mit dem Fürsten Lichnowsky vom 29. Juli *morgens* (Blaubuch, Nr. 84), auf welche sich die Berchtold'sche Depesche vom 31. Juli (Rotbuch, Nr. 51) bezieht. Weitere sachliche Vorgänge werden im Rotbuch nicht erwähnt, abgesehen

[1] Blaubuch, Nr. 88. Depesche des Königs Georg vom 30. Juli.
[2] Weissbuch, S. 11.
[3] Blaubuch, Nr. 98, 103, 107, 108, 112.

von den beiden Konversationen, die Graf Szápáry am 31. Juli und 1. August mit Sazonow in Petersburg hatte.

Nun aber haben am 29. Juli *zwei* Unterhaltungen zwischen Grey und Lichnowsky stattgefunden, die erste am Morgen — auf diese bezieht sich die Berchtold'sche Depesche vom 31. Juli — und *die zweite am Nachmittag desselben Tages* (Blaubuch, Nr. 88). Das Rotbuch schliesst mit der Behandlung der ersten Unterhaltung (Blaubuch, Nr. 84) und *erwähnt die zweite, wie überhaupt alle ferneren Vorgänge, nicht mit einem Worte.* Was das bedeutet, kann man schon zahlenmässig daraus entnehmen, dass das englische Blaubuch 161 Nummern enthält, von denen also *nur etwa die Hälfte*, nämlich 84, von der Wiener Regierung einer Berücksichtigung oder auch nur Besprechung für würdig erachtet werden. Alle Vorgänge von entscheidender Wichtigkeit, die sich zwischen England, Russland und Deutschland in den Tagen vom 29. Juli Nachmittags bis zum 1. August, also in den 4 kritischsten Tagen des europäischen Konflikts, abspielten, existieren für die österreichische Regierung nicht — abgesehen von den zwei wiederholt erwähnten Unterhaltungen Szápáry's mit Sazonow vom 31. Juli und 1. August. Das diplomatische Depeschenspiel zwischen den europäischen Hauptstädten in diesen aufregenden Tagen stört scheinbar die Ruhe der Herren am Ballplatze nicht. Sie wissen nichts oder wollen wenigstens nichts wissen von den unermüdlichen Bemühungen Grey's, Sazonow's und Viviani's, Formel auf Formel aneinander zu reihen, eine immer entgegenkommender als die andere für Oesterreich, und alle dazu bestimmt, noch im letzen Moment den europäischen Frieden zu erhalten. Die Herren in Wien schlafen oder stellen sich wenigstens schlafend und dieser Schlaf wirkt so ansteckend, selbst auf ihre auswärtigen Vertreter, dass es möglich ist, dass der österreichische Botschafter in Berlin Graf Szögyény am 2. August die *Neuigkeit* nach Wien meldet « von Russland sei keine Antwort auf die deutsche Anfrage eingelangt ; russische Truppen haben die deutsche Grenze überschritten, Russland hat *daher* Deutschland angegriffen, Deutschland betrachtet sich *daher* im Kriegszustand mit Russland [1]. »

[1] Rotbuch, Nr. 57.

Diese Mitteilung, deren Logik und Stil auch bemerkenswert sind, sendet der österreichische Botschafter als neueste Sensationsnachricht *am 2. August* nach Wien, nachdem bereits 24 Stunden vorher die deutsche Kriegserklärung in Petersburg überreicht worden war, die aber nicht etwa durch einen russischen Angriff, sondern nur durch die Nichtbeantwortung des Ultimatums motiviert war. Dies das einzige Lebenszeichen aus Berlin seit der Mitteilung der Grey-Lichnowsky'schen Unterhaltung vom 29. Juli vormittags. Dies Satyrspiel, das mit 24 stündiger Verspätung hinter der Tragödie einherhinkt ! Dies der einzige Beleg für die übermenschlichen Anstrengungen des Reichskanzlers, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen, — für das starke, schon bis an die Grenzen der Bundespflichten gehende Knopfdrücken, das leider nicht einmal genügte, den österreichischen Botschafter in Berlin aus seinem gerechten Schlafe zu erwecken. —

3. Also die Grey'sche Einigungsformel ist unerörtert unter den Tisch gefallen. *Wo aber sind die Sazonow'schen Einigungsformeln geblieben* ? Sind sie in Berlin begraben oder nach Wien übermittelt worden ? Wenn letzteres geschehen, wie hat sich Wien dazu gestellt ? Hat man sie ignoriert oder abgelehnt oder amendiert ? Nichts von alledem ist bekannt. Weder im deutschen Weissbuch noch im österreichischen Rotbuch findet sich ein Jota darüber. Wir sind auf die Publikationen der Ententemächte angewiesen, um die Geschichte dieser Einigungsformeln zu verfolgen; diese Geschichte führt aber immer nur bis nach Berlin, von dem weiteren Wege von Berlin nach Wien wissen wir nichts.

Ueber den Grey'schen Vorschlag wird wenigstens im Weissbuch noch berichtet, dass er « nach Wien weitergegeben » worden sei, und dass Russland — wie man « annehme » — den Vorschlag akzeptiert habe [1]. *Wie sich Wien dazu gestellt, wird uns nicht gesagt* ; nur aus den Publikationen der Ententemächte wissen wir, dass man bis zum letzten Moment in Berlin behauptete, noch immer keine Antwort aus Wien erhalten zu haben.

*Von den Sazonow'schen Vorschlägen aber sprechen Weissbuch und Rotbuch überhaupt nicht*; sie existieren für sie nicht. Der erste

---

[1] Weissbuch, S. 11.

Sazonow'sche Vorschlag (Orangebuch, Nr. 60) wurde bekanntlich dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès am 30. Juli wörtlich in die Feder diktiert, der Berliner Regierung durch ihren eigenen und den russischen Botschafter übermittelt, von England und Frankreich unterstützt, aber von Jagow ohne Rückfrage in Wien *als unannehmbar für Oesterreich abgelehnt.* Hat die Wiener Regierung Nachricht von dieser, all' ihre Wünsche erfüllenden, Sazonow'schen Einigungsformel erhalten, ja oder nein ? U. A. w. g. Wenn sie Antwort erhalten, wie hat sie sich dazu gestellt ? Weshalb hat sie den Vorschlag nicht angenommen, der ihr nur das zumutete, was sie ja vorher schon versprochen hatte, nämlich den Respekt vor den Souveränitätsrechten Serbiens, und der ihr auf der andern Seite alles bewilligte, was sie nur irgend wie von Russland verlangen konnte, nämlich die *Einstellung aller militärischen Vorbereitungen* (la Russie s'engage à cesser ses préparatifs militaires ) ?

Wenn aber die Wiener Regierung keine Mitteilung von dem Sazonow'schen Vorschlag erhalten hat, *wie will die deutsche Regierung diese Unterlassung rechtfertigen* ? Mit welchem Rechte nimmt sich Herr von Jagow heraus, einen Vorschlag, der den sicheren Frieden verbürgen musste, für sich zu behalten und ihn im Namen Oesterreichs ohne Angabe von Gründen abzulehnen ? Welche Gründe hatte er für diese Ablehnung, welche inneren Gründe, wenn er sie schon nach aussen nicht zu erkennen gab ? *Heraus mit diesen Gründen!* Die Sache ist ernst, bitter ernst. Nicht um ein diplomatisches Puppenspiel handelt es sich jetzt, sondern um das eiserne Würfelspiel, bei welchem die Schicksale der Völker den Einsatz bilden. Das Weissbuch und das Rotbuch schweigen, aber das öffentliche Gewissen redet und zieht die Schuldigen zur Rechenschaft.

4. Noch schlimmer als dem ersten Einigungsvorschlag Sazonow's ist es dem zweiten ergangen. Wir haben gesehen, dass es der Diplomatie der Ententemächte nach unendlichen Mühen und unzähligen Depeschen schliesslich gelungen war, eine Annäherung zwischen der Grey'schen Formel vom 29. Juli und der Sazonow'schen vom 30. Juli zu finden. Das Resultat war eine zweite von Sazonow am 31. Juli entworfene Formel, welche « conformément

à la proposition anglaise » den Oesterreichern ausdrücklich gestattete, ihre Truppen auf serbischem Territorium zu belassen und nur das *weitere Vorrücken* inhibieren wollte (arrêter la marche), wogegen Russland sich verpflichtete, seine *abwartende Haltung zu bewahren* (conserver son attitude expectante), und die Grossmächte die Genugtuungen prüfen sollten, die Serbien, unbeschadet seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit, Oesterreich zu gewähren hätte [1]. Diese Formel ist sofort an die russischen Missionen bei sämtlichen Grossmächten, auch an den Wiener Botschafter, telegraphiert und von Grey wie von Viviani aufs Lebhafteste unterstützt worden.

Ich habe schon früher dargelegt, dass dieser Verständigungsvorschlag das militärische Prestige Oesterreichs in jeder Weise wahrte, indem er der Donaumonarchie gestattete, während der ganzen weiteren Verhandlungen mit den Grossmächten ihre Truppen in Serbien zu belassen, also die besetzten Gebietsteile als Pfand für die Erfüllung ihrer Forderungen festzuhalten. Der Vorschlag enthielt gerade das, was die österreichische Regierung in der Einleitung zum Rotbuch (Seite 4) von den Ententemächten verlangt: sie sollten eine « *zuwartende Haltung* » einnehmen. Diese zuwartende Haltung war in den verschiedenen Einigungsformeln ausdrücklich vorgesehen worden, ja sie bildete die *wesentliche Grundlage* dieser Einigungsvorschläge.

Zwischen der zweiten Sazonow'schen Formel und der österreichischen Bereitwilligkeits-Erklärung vom 31. Juli (Rotbuch, Nr. 51) bestand nur der eine Unterschied, dass Oesterreich seine militärische Aktion in Serbien *fortsetzen* wollte, Sazonow aber einen *Stillstand* verlangte, — welches Verlangen er später bekanntlich noch dahin ermässigte, dass er es nur für « sehr wichtig » erklärte, wenn Oesterreich « *provisorisch* » seine militärische Aktion einstellte [2]. Die Differenz zwischen beiden Standpunkten war — dank Russlands Nachgiebigkeit — auf ein solches Minimum reduziert, dass bei dem geringsten guten Willen ein Ausgleich zustande gebracht werden musste, wenn — ja, wenn dieser gute Wille eben vorhanden war. Daran aber fehlte es bei Deutschland

[1] Orangebuch, Nr. 67. Blaubuch, Nr. 120, 132.

[2] Blaubuch, Nr. 133, 139.

und Oesterreich. Ueber das Schicksal des russischen Vorschlages in Berlin und Wien wissen wir nichts. *Weissbuch und Rotbuch schweigen sich auch hier wieder aus.* Der Vorschlag ist zweifellos nach Wien und Berlin gelangt, aber ebenso zweifellos an beiden Stellen unbeantwortet geblieben. Für das Schweigen gibt es nur eine Erklärung : es war unmöglich, den Vorschlag anzunehmen oder auch nur zu diskutieren, ohne den Frieden herbeizuführen, den man nicht wollte ; es war aber auch unmöglich, ihn abzulehnen, denn er war zu weitgehend in der Nachgiebigkeit, um eine Ablehnung rechtfertigen zu können. So entschloss man sich kurzerhand, ihn zu ignorieren, damals und jetzt — damals, weil man den Frieden nicht wollte, und heute, weil man nicht erkennen lassen will, wie frevelhaft man dem Frieden aus dem Wege gegangen ist.

* * *

Dies die Tatsachen, wie sie sich aus der österreichischen Publikation ergeben, die positiven Handlungen und die Unterlassungen, welche den Kaisermächten zur Last fallen.

Rotbuch und Weissbuch zusammen bilden die schärfste Anklageschrift, die gegen Deutschland und Oesterreich geschrieben werden konnte ; sie bestätigen von neuem den Urteilsspruch, der auf Grund der früheren Veröffentlichungen bereits gefällt werden musste : **Deutschland und Oesterreich sind allein und ausschliesslich schuldig, bewusst und vorbedacht den europäischen Krieg herbeigeführt zu haben.**

* * *

Gegenüber diesem Tatbestand steht es der österreichischen Regierung schlecht an, wenn sie mit dem schweren Geschütz sittlicher Entrüstung gegen die « Selbstsucht Grossbritanniens, » die « Revanchebegierde der französischen Republik », die Skrupellosigkeit Russlands zu Felde zieht und den Ententemächten vorwirft, dass sie durch ihre « Parteinahme für das schuldbeladene Königreich » den europäsichen Krieg entfesselt hätten.

Es ist *unwahr,* dass die Triple-Entente einseitig für Serbien Partei ergriffen habe. Das Gegenteil ist der Fall und wird nicht

nur durch die Publikationen der Ententemächte, sondern auch durch das Rotbuch selber bestätigt. Von Anfang an hielten die Regierungen Englands, Frankreichs und Russlands nicht mit dem Ausdruck der Sympathie zurück für Oesterreichs berechtigtes Verlangen nach Genugtuung, auch nicht mit der Bekundung tiefen Abscheus vor der Mordtat von Serajewo; aber gleichzeitig konnten und durften sie es nicht unterlassen, die Wiener Regierung nach der unerhörten Demütigung Serbiens zur Mässigung zu mahnen und vor den Folgen eines weiteren intransigenten Vorgehens zu warnen. Die Ententemächte hatten bereits durch ihren mässigenden Einfluss in Belgrad die unterwürfige serbische Antwort erzielt; sie waren bereit, bei der von Grey vorgeschlagenen Konferenz alles zu tun, um *auch den weitergehenden österreichischen Wünschen Erfüllung zu verschaffen.* Bunsen und Grey, Sazonow und Schébéko versicherten mehr als einmal der Wiener Regierung ihre Bereitwilligkeit, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die berechtigten Wünsche Oesterreichs auf der Konferenz durchsetzen zu wollen [1]. Wo steckt also die politische Selbstsucht der Ententemächte ? Wo die einseitige Parteinahme für Serbien ? Wo das Bestreben, die Monarchie zu demütigen ?

Auf *wessen* Seite die politische Selbstsucht liegt, die ihrer eigenen Interessen wegen das Wohl aller Kulturvölker aufs Spiel setzt, das ergibt die Geschichte des europäischen Konfliktes mit voller Klarheit — die Geschichte und die Vorgeschichte. War es nicht Oesterreich, welches den feierlichen, im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen zuwider Bosnien und die Herzegowina annektierte und erst dadurch die gross-serbische Nationalbewegung zu hellem Feuer entfachte ? War es nicht Oesterreich, welches die Skutari-Frage, die serbische Hafenfrage, die albanische Frage in Verfolgung selbstsüchtiger Interessen so auf die Spitze trieb, dass schon zwei- oder dreimal in den letzten Jahren der europäische Krieg um Oesterreichs willen vor der Türe stand ? War es nicht Oesterreich, das im August 1913 einen serbischen Krieg, ohne Rücksicht auf die europäischen Folgen, vom Zaune gebrochen hätte, wenn ihm Italien nicht seinen Beistand versagt

[1] Siehe Blaubuch, Nr. 5. 12. Orangebuch. Nr. 4. 40. 42. 43. Gelbbuch, Nr. 26, 27. 30. Rotbuch, Nr. 41, 47, 50.

hätte ? Oesterreich, die Mitschuldige und das Werkzeug Deutschlands in dem heutigen Weltkriege, hat wahrlich keinen Grund, den Ententemächten die Verletzung der « öffentlichen Moral und der Menschlichkeit » vorzuwerfen. Die Anklage, welche die österreichische Regierung gegen die Ententemächte erhebt : « *Für das unendliche Leid, das nun über die Menschheit hereingebrochen ist, müssen sie vor der Geschichte verantwortlich gemacht werden* », — diese Anklage fällt in voller Schwere auf Oesterreich und Deutschland zurück. Einen europäischen Krieg herbeizuführen, um sich eines unbequemen Nachbarn zu entledigen, war ein Verbrechen und eine Torheit zugleich. Der Krieg mit Serbien konnte — wie er auch ausging — Oesterreichs Balkanstellung nur verschlechtern, nicht verbessern. Der europäische Krieg aber, den Oesterreich — auf Deutschlands Anstiften und mit Deutschlands Unterstützung — mit dem serbischen Kriege heraufbeschwor, er bedeutete für Oesterreich nichts anderes als : den Teufel durch Beelzebub austreiben, — sich den Kopf abschlagen lassen, weil man an Zahnschmerzen leidet — : c'était plus qu'un crime, c'était une faute. —

Wie ein Stier mit gesenkten Hörnern ging die österreichische Regierung auf das rote serbische Tuch los, ohne nach rechts oder links zu schauen, ohne sich um die Folgen zu kümmern, die ein Blinder voraussehen musste.

Nun sind sie eingetreten, die Folgen — bereits jetzt, ehe der Krieg noch entschieden. Aus schweren Wunden blutend liegt der Doppeladler am Boden. Serbien ist frei. Galizien aber und ein Teil der Bukowina sind in den Händen des Feindes. An allen Grenzen des vielsprachigen Kaiserreiches rühren sich die Nachbarvölker, um ihre unterdrückten Stammesgenossen zu sich herüberzuziehen — mit friedlichem Druck oder, wenn es sein muss, mit militärischer Gewalt. In allen Fugen kracht das morsche Gebäude der Habsburger Monarchie und schon beginnt der Zersetzungsprozess, der ohne die selbstmörderische Politik der Wiener Regierung noch Generationen vielleicht hintangehalten worden wäre. Mit dem Kriegsruf : « *vivat Austria, pereat mundus* » hat der Kampf begonnen. Mit dem Friedensruf : « *vivat mundus, pereat Austria* » wird er zu Ende gehen.



# IV.

## Die Folgen der Tat.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen angelangt. Das Furchtbare, was den europäischen Völkern seit langem vor Augen schwebte, aber nie für möglich gehalten wurde, ist eingetreten. Blühende Stätten alter europäischer Kultur sind in Schutt- und Trümmerhaufen verwandelt worden. Die winterliche schneebedeckte Erde saugt das Blut von Millionen blühender junger Menschenkinder in sich ein. In Massengräbern, fern von ihren Frauen, Kindern und Müttern, werden hunderttausende und hunderttausende wahllos zusammengebettet, ohne Kreuz und Merkstein, Freund und Feind im Tode vereint. Unendliche Züge, mit Verwundeten gefüllt, durchfahren die Länderstrecken von Ost nach West, von West nach Ost, und drinnen liegen sie, die Armen, mit zerschmetterten Gliedern, mit zerfetzten Körpern, mit verstümmelten Gesichtern, wimmernd und seufzend in ihren Schmerzen, viele bis zur Unkenntlichkeit entstellt, ohne Arme, ohne Beine, geblendet die Verblendeten, noch lebendig die Halbtoten — eine einzige grosse blutende Wunde am Körper der Menschheit.

Millionen von Frauen und Kindern weinen sich die Augen aus, Tag und Nacht, um die Teuren, die sie verloren, um die Teuren, die sie zurückempfangen, hilflos und verkrüppelt ihr Lebenlang. Unzählige Wohnstätten friedlicher Menschen, unzählige Arbeitsstätten geschäftlicher Betriebsamkeit, unzählige Denkmäler menschlicher Kunst zerstört und niedergebrannt! Die Arbeit von Generationen, von Jahrhunderten in Staub und Schutt verwandelt! Die Felder zerstampft, die Saaten vernichtet,

Schlösser und Bauernhütten dem Erdboden gleichgemacht, die unglücklichenBewohner,Frauen und Kinder, Greise und Greisinnen obdachlos und heimatlos über die Landstrassen ziehend, in Regen und Wind, in Schnee und Hagelwetter, irgendwohin, wo sie ihren Hunger zu stillen und ihrem Elend ein kümmerliches Obdach zu schaffen hoffen.

Und immer geht das Kämpfen und Morden weiter. Wie Ebbe und Flut wogen die Millionenarmeen hin und zurück und jeder Schritt vorwärts und jeder Schritt rückwärts kostet neue Hekatomben von Menschenleben, schafft neue Wunden und neue Schmerzen, neue Witwen und neue Waisen. —

Und die noch leben, *wie* leben sie ? In Erdlöchern vergraben, Tag und Nacht, Wochen und Monate, wie Höhlenbewohner vorhistorischer Zeiten, nein, schlimmer als solche! Das Wasser bis an die Knie, manchmal tagelang ohne Nahrung, niedergeduckt vor den feindlichen Geschossen, von Schrapnells und Granaten überschüttet, die ihre mühsam aufgebaute Erdwohnung mit einem Schlage zerstören und Tote und Verwundete in die Gräben niederwerfen. Und dann gelegentlich das Signal zum Angriff : Heraus aus den Gräben, das Bajonett aufgepflanzt! Tausende von Metern weit über freies Feld gestürmt, den knatternden Maschinengewehren ausgesetzt, die, ein moderner Sensenmann, die Anstürmenden nur so niedermähen. Und dann der Kampf Mann gegen Mann ! Mit Hieb und Stoss und Stich, mit Säbel und Kolben aufeinander losgehauen, ein friedlicher Mensch auf den andern — friedlich, bis er zur Bestie geworden, unter dem aufhetzenden Antrieb der Führer,

unter dem Wirbel der Trommeln, den Fanfaren der Trompeten, unter dem ermutigenden Anruf

« Es ist schön, den Heldentod für's Vaterland zu sterben. »

Und sie sterben wie die Fliegen. Hunderte, tausende von Leichen füllen dieSchützengräben und dienen denNachstürmenden als Unterlage, darüber hinweg zu schreiten. Und die Verwundeten zwischen den Toten. Und die Schlacht rast über sie hinweg. Und die Reiter zerstampfen sie. Und die Kanonen zerschmettern sie. Und keine Hilfe! Vielfach stunden- und tagelang im Schlamm

und im Granatenfeuer müssen sie liegen, die Armen, die sich nicht rühren können, denen keine Hilfe gebracht werden kann. Wieviele verbluten sich da! Wieviele, die nur leicht verwundet, werden in ihrer Hilflosigkeit dem Tode überliefert! ........

* * *

Alle Berichte sind darüber einig, dass es unmöglich ist, die Grausen moderner Schlachten mit Worten zu schildern. Ich habe Aerzte gesprochen — also Leute, die gewiss durch ihren Beruf an Schreckliches gewöhnt sind —, die mir sagten, dass der Eindruck eines Schlachtfeldes und eines hinter der Front befindlichen Verbandplatzes zum Wahnsinnigwerden sei. Man könne es nur vergleichen mit einem riesigen Schlachthaus, viel tausendfach so gross als die grössten Schlachthäuser der Welt. Unmöglich sei es, jeden Einzelnen der Tausende von Verwundeten, die gleichzeitig herangeschleppt werden, kunstgerecht zu behandeln. Unmöglich wegen der Riesenzahl, unmöglich wegen der einschlagenden Geschosse, welche die in der Nähe des Kampfplatzes befindlichen Verbandplätze beständig gefährden. Andere Aerzte, die die Verwundeten dann in den Etappenlazaretten oder in der Heimat in Empfang nehmen, welche Schilderungen gaben sie mir! Wieviele an sich leichtere Verwundungen führen zum Tode oder mindestens zum Verlust der Gliedmassen, weil sie nicht rechtzeitig aseptisch behandelt werden können!

In einem Bericht des Generalarztes Körte heisst es:

« In dem letzten Abschnitt in den Kämpfen an der Yser, den Kanälen sowie um Ypern sind die meisten Wunden, oft auch Gewehrschusswunden, infiziert. Die Soldaten liegen in nassen Schützengräben und können bei dem massenhaften Artilleriefeuer oft erst nach Tagen aufgelesen werden; *fünf bis sechs Tage haben einzelne in Rübenfeldern oder in verlassenen Schützengräben gelegen*, ehe es möglich war, sie zum Hauptverbandplatz zu bringen. Da sind denn schwere Infektionen nicht selten, Gasphlegmonen, ferner Tetanus.... solche, die unter jämmerlichsten äusseren Verhältnissen in Ställen, Scheunen, Strohzelten tagelang (6-8) liegen blieben, habe ich durchkommen sehen; einen, der fünf Tage hilflos in einem Rübenfelde gelegen und sich von Rüben genährt hatte... Die Wege grundlos und die Ortschaften in den wochenlangen Kämpfen so zerschossen, dass wir schwer geeignete Lazaretträume finden. » (*Berliner Tageblatt* vom 13. Dezember.)

Ein anderer Bericht, auch eines Arztes :

«Trüber, regnerischer Morgen, in der Tiefe des schlammigen Kanalbettes die schmutzige Wasserrinne, und im Schlamm und im gurgelnden Wasser unsere Braven, die den Heldentod starben fürs Vaterland : dieses Bild hatte sich uns zu tief in die Seele gegraben, als dass es je ausgelöscht werden könnte. Ich sehe sie immer vor mir in ihrer schmucken Uniform da drunten liegen, starr und bleich in der Körperhaltung, in der sie der Tod gerade überraschte, drunten im schlammigen Kanalbett mit seinem lehmigen Wasserlauf. » (*Berliner Tageblatt* vom 24. September.)

Das Leben im Schützengraben schildert ein Bericht folgendermassen :

« So ist man ständig am Horchen, bis dann endlich der eigene Abschnitt dran ist und links und rechts, vorn und hinten die furchtbaren Geschosse krachen. Es ist Glückssache, wenn keine der Granaten in den Graben hineinschlägt. Ganz in meiner Nähe liegen zwei Kameraden friedlich unter einer Decke im Unterstand. Dem einen fährt ein Schrapnell in den Bauch : tot. Die Explosion ist sehr mangelhaft. Dem andern verbrennen nur Gesicht und Hände... Vor einigen Tagen haben wir gestürmt und ein Dorf genommen. Im umliegenden Gelände liegen viele meiner Kameraden unbeerdigt. Sie liegen im feindlichen Feuer. Wir können nicht heran, weder tags noch nachts.. Zwischen unseren gefallenen Kameraden liegt massenhaft gefallenes, aufgedunsenes Vieh. In den Gehöften fressen Säue ihre eigenen Jungen ; *zwei Kinder liegen dazwischen, ein Junge und ein Mädchen.* Ueberall klaffen im Boden die Granatenlöcher, einige so gross, dass 30 bis 40 Menschen darin Platz haben. » (*Berliner Tageblatt* vom 23. Dezember.)

Ein Landwehrmann schreibt aus Russisch-Polen :

«Not kennt kein Gebot, und in dem Lande konnte unsere Verpflegung nicht immer schnell genug nachkommen. Aber nicht allein Nahrungsmittel usw., sondern auch das schützende Dach verloren die Einwohner, sowie ihr Vieh oft bei unserem Einmarsch. Wie eine wilde Flut strömte das Militär in die dürftigen Hütten, in Scheunen und Böden, beschlagnahmte Stube und Herd, und sehr oft irrte die Bevölkerung mit Kind und Kegel draussen im strömenden Regen herum... Was die Familie in jener Nacht angefangen hat, habe ich nicht erfahren, doch habe ich jenen Eindruck lange nicht vergessen können, denn ich habe ja selbst einige Kinder zu Hause und dachte mit Grauen daran, dass diese einst auch in solche Lage kommen dürften, wenn es uns nicht gelänge, die Grenze zu schützen. Wie zufällig klingt's mir ironisch in den Ohren : « *Der Krieg ist herrlich, der Krieg ist schön.* » Käme mir der Schreiber dieser Zeilen einst zu Gesicht, ich wollte ihm seine Theorie austreiben.» (*Vorwärts* vom 8. Dezember.)

Ein Oberleutnant der Reserve schildert, was sich in dem schönen Gotteshaus von Becelaere in Belgien zugetragen hat :

« Am Abend des gleichen Tages lag ich in diesem wunderschönen Gotteshaus bei Hunderten von anderen Verwundeten. Ein englisches Infanteriegeschoss hatte mir die Brust und die Lunge durchbohrt, einige Rippen gebrochen und den Beckenknochen durchschlagen. Da lag Matratze neben Matratze auf dem Steinboden der Kirche und auf jeder lag ein verwundeter Krieger. Die Aerzte verbanden, untersuchten die Verwundeten. Immer mehr kamen an, und bei Einbruch der Nacht war die Kirche bis auf den letzten Platz belegt. *Verhaltenes Stöhnen und Wimmern die ganze Nacht hindurch, leises Beten und Bitten zu Gott* aus jener Ecke und aus diesem dunklen Winkel heraus... » Ein Verwundeter wird gerade von einem Arzt verbunden, als ein Infanteriegeschoss durch die offene Kirchentür seinen Weg findet. Der Kopf des Verwundeten sinkt hintenüber. Das Geschoss hat seine Stirn zerschlagen, er ist tot. « Zwei Schwerverwundete liegen nebeneinander; beide haben sie Bauchschüsse, und beide werden sie nicht mit dem Leben davonkommen. Der Schatten des Todes fliesst schon über ihr Gesicht. » Der Feldgeistliche gibt ihnen das Abendmahl. Die untergehende Sonne bricht mit mildem Glanze durch die gemalten Kirchenfenster und verklärt die Züge der beiden Todwunden. Da plötzlich ein ohrenbetäubendes Krachen und Splittern. Die Wände brechen auf die verwundeten Menschen wieder. « Granatsplitter sausen herab... Aechzen und Stöhnen... Ein unentwirrbarer Knäuel von Menschen, Schutt, Matratzen... Leichtverwundete krabbeln auf allen Vieren aus dem Chaos ; die Schwerverwundeten werden vom Sanitätspersonal ins Freie gebracht. Einige Tote werden geborgen... Einsam und verlassen steht sie da, ein Bild der Verwüstung, die Kirche von Becelaere. » (*Berliner Tagblatt* vom 19. Dezember.)

Aus dem Feldpostbrief eines Infanterieoffiziers :

« Wir hatten überhaupt grosse Verluste an Mannschaften, aber auch an Unteroffizieren und Offizieren. Das Herz krampft sich zusammen in Erinnerung an all die lieben Kameraden, mit denen man oft so fröhlich zusammen war. *Die Leichen der Gefallenen konnten manchmal erst tagelang, einmal erst zwölf Tage nach dem Treffen beerdigt werden.* In welchem Zustand sie sich befanden, können Sie sich vorstellen. Aber der Gegner liess uns keine Zeit und keine Ruhe zum Sammeln der Toten. Oberleutnant S., mit dem wir noch in dem schönen K. sorglos zechten — wissen Sie noch ? — und Leutnant W. fielen vor zwei Wochen. Man fand sie erst vor einigen Tagen in einem Wäldchen, schon vollständig verwest... Die Ernte, die der Tod bei uns und unseren Gegnern hier gehalten hat, weckt die Erinnerung an die Schreckenszeit, die die Stadt Ypern und ihre Umgegend vor über fünfhundert Jahren erlebt hat, als die Pest die Einwohnerschaft von zweihunderttausend Köpfen auf ein Zehntel zusammenschmelzen liess. » (*Berliner Tageblatt* vom 14. Dezember.)

Ein Charlottenburger Landwehrmann berichtet über einen Nahkampf am Yserkanal:

« *Das grausige Gestöhn der Verwundeten durchhallte die Nacht.* Hungernd und frierend erwarteten wir den Morgen. Ein Zug lag im Schützengraben, wir anderen standen im Hausflur. Beim Morgengrauen trat ein belgischer Major mit seinem Rade aus dem Hause... Eben hatte er sich recht graziös eine Zigarette angezündet, als ein Schuss aus dem Schützengraben seinem Leben ein Ende machte. Das war der Auftakt zum Strassenkampf.... Wir waren nur 4 Meter vom Feinde entfernt. Der Feind wollte uns in den Kanal hinunterdrücken. Unsere Zugführer und die übrigen Offiziere fielen bald. Einen nach dem andern von uns trifft das Kommando. Der Feind warf Schwefelbomben, die den ganzen Kanal erleuchteten und uns die Luft verpesteten. Einer nach dem andern der Unserigen fiel. Es war ein Ringen Mann gegen Mann und ohne Ende. Immer schärfer rückte uns der Feind auf den Leib. *Kein Gefecht mehr, ein gegenseitiges Abwürgen....* Mit den Kolben schlugen wir den Feind aus seinen Verschanzungen, dass die Fetzen flogen. Die Wut war unbeschreiblich. Jeder Centimeter Boden ist dort mit Blut erkauft worden... Die Toten und Verwundeten lagen haufenweise beieinander. Diejenigen, die noch laufen konnten, suchten über die Brücke zurück zum Verbandsplatz zu gelangen, aber traurig erging es den armen Kameraden, welche Beinschüsse hatten und nicht mitkonnten. Sie mussten das heftige Schrapnellfeuer des Feindes ruhig über sich ergehen lassen... » (*Vorwärts* vom 24. Dezember.)

Ein kleines Genrebild aus der *Wiener Arbeiterzeitung*:

Ein Reservist, aus Warnsdorf gebürtig, hatte sich in den Karpathen beide Füsse erfroren: er wurde zurückgebracht und bat seine Frau, ihn am Bahnhof in Reichenberg zu erwarten. Als die Frau die Bahnhofstreppe hinaufgehen wollte, gewahrte sie «einen alten gebrechlichen Mann mit weissen Haaren, der mit aller Mühe, auf zwei Stöcke sich stützend und mit einer Hocke am Arm, dem Bahnsteig zuging. Aus Mitleid wollte sie dem Manne die Hocke abnehmen und ihm gehen helfen». Doch in diesem Augenblick erkannte sie ihn: « es war ihr eigener Mann. Bewusstlos brach die Frau zusammen. »

Einen sehr interessanten Beitrag zur Lösung der Frage, ob der Krieg « die edelsten Tugenden des Menschen entwickelt » (Feldmarschall Moltke) oder ob er gerade umgekehrt « mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt » (Kant) — liefert ein Schlachtbericht, den das Jauer'sche Tageblatt vom 18. Oktober 1914 veröffentlicht hat. Verfasser dieses Berichts ist der Unteroffizier

Klemt von der 1. Kompagnie des 154. Regiments und seine Angaben werden am Schluss ausdrücklich von dem Leutnant und Kompagnieführer von Niem bestätigt. Ueberschrift : *« Ein Tag der Ehre für unser Regiment* 24. September 1914. » Der Bericht verdiente — als « document humain » oder vielmehr « bestial »— in seinem ganzen Umfange abgedruckt zu werden ; ich bedaure, mich aus räumlichen Gründen mit einem Auszuge begnügen zu müssen :

«Schon werden die ersten Franzmänner entdeckt. Von den Bäumen werden sie heruntergeknallt wie Eichhörnchen, unten mit Kolben und Seitengewehr « warm» empfangen, brauchen sie keinen Arzt mehr, wir kämpfen nicht mehr gegen ehrliche Feinde, sondern gegen tückische Räuber. Springend geht's über die Lichtung hinüber — da! dort! in den Hecken stecken sie drin, nun aber drauf, *Pardon wird nicht gegeben.* Stehend, freihändig, höchstens knieend wird geschossen, an Deckung denkt niemand mehr. Wir kommen an eine Mulde, tote und verwundete Rothosen liegen massenhaft umher, *die Verwundeten werden erschlagen oder erstochen,* denn schon wissen wir, dass diese Lumpen, wenn wir vorbei sind, uns im Rücken befeuern. Dort liegt ein Franzmann lang ausgestreckt, das Gesicht auf dem Boden, er stellt sich aber nur tot. Der Fusstritt eines strammen Musketiers belehrt ihn, dass wir da sind. Sich umdrehend, ruft er Pardon, aber schon ist er mit den Worten : «Siehst du, du B..., so stechen ihre Dinger» auf der Erde festgenagelt. Neben mir unheimliches Krachen kommt von den Kolbenschlägen her, die ein 154er wuchtig auf einen französischen Kahlkopf niedersausen lässt. Wohlweislich benutzt er zu der Arbeit ein französisches Gewehr, um das seinige nicht zu zerschlagen. Leute mit besonders weichem Gemüt geben verwundeten Franzosen die Gnadenkugel, die anderen hauen und stechen nach Möglichkeit. Tapfer haben sich die Gegner geschlagen, *es waren Elitetruppen,* die wir vor uns hatten, auf 30-10 m. liessen sie uns herankommen, dann war's allerdings zu spät... An dem Eingange der Laubhütten liegen sie, vergeblich um Pardon winselnd, leicht und schwer verwundet, unsere braven Musketiere ersparen dem Vaterlande die teure Verpflegung der vielen Feinde.»

Der Bericht schliesst mit der Schilderung, wie sich die ermüdeten Truppen nach der « Blutarbeit » zum Schlummer niederlegen : « Dem einen oder dem anderen malt der Traumgott ein liebliches Bild. Ein Dankgebet auf den Lippen, schlummerten wir dem kommenden Tag entgegen. »

Das Furchtbare an diesem Bericht sind nicht nur die erzählten Vorgänge, sondern fast noch mehr die brutale Naivität, mit der sie als rühmenswerte Heldentaten dargestellt, von dem Vor-

gesetzten noch besonders bescheinigt und an hervorragendster Stelle des amtlichen Kreisblattes veröffentlicht werden. Mag sein, dass Brutalitäten auch von anderer Seite begangen werden — wenn die Bestie im Menschen entfesselt, ist's nicht zu verwundern, dass Bestialitäten vorkommen —, aber ich habe mich vergeblich in der ausländischen Presse nach der *Veröffentlichung* solcher « Heldentaten » umgesehen. Dass man sich nach der Mordarbeit bei ruhigem Blut hinsetzt und ruhmredig, in blühenden Farben, den Mitbürgern daheim, seinen Freunden, der eigenen Frau und den Kindern derartige Scheusslichkeiten erzählt, macht die Sache noch viel trauriger als sie an sich schon ist. — Natürlich durfte auch das « Dankgebet » an Gott in dem deutschen Schlachtbericht nicht fehlen. — Auch Seine Königliche Hoheit Prinz Oskar von Preussen wird vom Unteroffizier Klemt als Bewunderer der geschilderten Heldentaten zitiert: « Mit diesen Grenadieren und 154ern kann man die Hölle stürmen » rief der Prinz aus und bestätigte den beiden Regimentern, dass sie würdig seien des Namens « Königsbrigade. » —

Der Jauer'sche Bericht vereinigt — wie das in den Tierarzneischulen abgebildete, mit allen überhaupt nur möglichen Krankheiten behaftete Pferd — alle « edelsten Tugenden » in sich, die der Krieg hervorbringen kann und hervorbringen muss: Bestialität, Ruhmredigkeit, falsche Frömmigkeit usw. Ob « die Welt versumpfen und sich in Materialismus verlieren » würde, wenn diese Eigenschaften unentwickelt blieben, überlasse ich der Entscheidung klügerer Leute.

Der russiche Dichter Valerij Brjussow schildert seine Eindrücke auf den Schlachtfeldern bei Lowitz folgendermassen :

« Die Schützengräben sind leer, aber neben ihnen liegen hier und da deutsche Soldatenkörper, auf dem Rücken, auf dem Bauche, auf der Seite, die Arme ausgebreitet oder an die Brust gedrückt, mit sonderbar ruhigen Gesichtern. Die meisten von ihnen stecken in ihren dunkelgrauen Uniformen, andere wieder in Soldatenmänteln, die offenbar zum Schutze gegen die Kälte gedient haben. Ich sehe unter den Getöteten *Jünglinge mit sanften Gesichtern*, auf denen der erste Flaum sprosst; ich sehe aber auch ältere ernste Männer, über vierzig Jahre alt, die wahrscheinlich schon längst ihr Leben auf sichere Grundlagen gestellt und wohl nie gedacht haben, dass es ihnen beschieden sei, ihr Leben auf einem schneebedeckten Acker im fernen, frem-

den Russland abzuschliessen... Unsere Soldaten begleiten uns bei unserem Gang längs den Schützengräben und betrachten ernst und in sich gekehrt die Gesichter der Getöteten. Man gewöhnt sich im Kriege an das Antlitz des Todes. Man sieht es so oft vor sich, dass der Tod kein abschreckendes Gefühl mehr einflösst. » (*Vorwärts* vom 16. Dezember.)

Ein Infanterist schildert die furchtbaren Kämpfe in Flandern, an denen er Anteil genommen :

Bis an die Knöchel standen die Soldaten im Wasser in ihren schützenden Stellungen, als sie den Befehl zum Angriff erhielten: «Wohl aus zwanzig Feuerschlünden sandte uns der Feind die verderbenbringenden Granaten entgegen. Viele wurden buchstäblich zerrissen.... Die Wut in uns wird immer furchtbarer... Tiefschwarzer Pulverrauch, wir meinten zu ersticken, von den Menschen war kaum etwas zu sehen. Das waren die Geschosse der englischen Marine, die mit in den Kampf eintrat... Mitten über's Feld jagten acht Pferde, noch an der Protze, da — eine Granate schlug mitten in ihre Reihe, ein herzzerreissender Schrei der Tiere folgte, dann sah man nur noch eine zuckende, zerrissene und in einer Blutlache sich wälzende Masse... Horch, was ist das? Ein Trompetensignal. Der Schall zitterte, als wenn er den Schmerz mit verspürte. « Seitengewehr pflanzt auf!» Schon blitzt der blanke Stahl auf dem feuerspeienden Laufe... Beim dritten Mann rechts von mir war die Granate eingeschlagen, er war tot, mein Nebenmann war herausgeschleudert und schwer verwundet. Ebenso ging es links von mir. Der Tambour rührte seine Trommel. — Auf, marsch, marsch — hurra! Ich glaube, wir überschreien den Donner der Geschütze. Mit dem Bajonett ging's auf den Feind. Den Bajonettkampf will ich Dir nicht schildern, *es war ein Schlachten*. Zweimal mussten wir zurück, beim dritten Sturm hatten wir gewonnen. Als Ihr daheim den Sieg hörtet : Dixmuiden gefallen! schriet Ihr da Hurra? Wir gedachten der Opfer, viele, viele lagen auf dem Felde und bluteten. » (*Vorwärts* vom 11. Dezember.)

Wie schön ist's, für's Vaterland zu sterben!

So sieht der Krieg aus, wie er *ist* und wie ihn die empfinden, die im Kampfe stehen. Ich suche vergeblich in all' den Hunderten von Feldpostbriefen oder Kriegskorrespondenzen, die täglich die Spalten der Zeitungen füllen, nach dem Ausdruck der Empfindung : « *Wie schön ist es, für's Vaterland zu sterben!* » Ich finde überall nur Darstellungen der unsagbaren Schrecklichkeit und Barbarei des Kampfes zwischen Menschen, die keinerlei feindliche Empfindungen gegen einander hegen, die Alle Mütter zu Hause gelassen haben, Viele — unsäglich Viele — Frauen und Kinder, und

die Alle nur von dem einen Gedanken beseelt sind : O, wäre doch erst Frieden ! O, wärst du doch daheim bei deinen Lieben, umschmeichelt und gehegt von deinen Kindern, in den Armen von Frau und Mutter, frei für immer von dieser entsetzlichen Mordarbeit !

Die Grossen natürlich hinter der Front, die denken anders darüber. Ihre Knochen werden nicht zerschmettert. Ihre Häuser brennen nicht ab. Ihre Frauen und Kinder werden nicht von Hof und Heimat vertrieben. Ihre Schlösser und Güter nicht zerstört. Sie hungern nicht und dursten nicht. Sie schlafen in ihren Betten, nicht in Erdhöhlen, wilden Tieren gleich. Sie können, wenn sie herz- oder leberkrank werden, in die Heimat reisen, sich mit Brunnen und Bädern kurieren lassen ; ihre Frauen und Väter und Kinder können zu ihnen eilen, sie zärtlich umarmen und pflegen, bis sie nach Wochen oder Monaten neugestärkt zu ihren gesicherten Posten hinter der Schlachtfront zurückkehren können.

Während vorn dem Feinde gegenüber Tod und Verwüstung die Jugendblüte aller Länder, den Wohlstand vieler Generationen dahinrafft, sitzen die Grossen weit hinten

[1] *Kant :* « Zum ewigen Frieden » (Reklamausgabe, S. 27) tadelt als unlogisch und blasphemisch den gebräuchlichen Begriff eines göttlichen Beitritts oder Mitwirkung (concursus), wenn man z. B. sagt, dass *nächst* Gott der Arzt den Kranken geheilt habe. Gott ist der Urheber des Arztes, samt allen seinen Heilmitteln, und so muss ihm die Wirkung ganz allein zugeschrieben werden.

Vorwärts! Vorwärts! Drauf und dran! ertönt es
Und die an der Front antworten darauf mit Wimmern und Stöhnen, mit Qualen und Schmerzen, mit Sehnsuchtsgedanken nach Frieden und Heimat, die noch ihren letzten brechenden Blick verklären. Hüh, hüh, hott, hott! ruft der Fuhrmann und peitscht die armen Pferde, die den schweren Lastwagen auf lehmiger Strasse vorwärts zu bringen haben. Sie versinken im Schlamm, aber er kennt kein Mitleid. Nur vorwärts! vorwärts! Durchhalten! Nicht schlapp werden! Und zu Tode würde er die armen Tiere hetzen, wäre nicht ein Tierschutzverein da, der die elenden Kreaturen gegen ihren Peiniger in Schutz nimmt. *Wo ist der Menschenschutzverein?* Es ist höchste Zeit, einen solchen zu gründen. —

Prestige.

*Was ist für die Grossen ein Krieg?* Eine neue Emotion zu so vielen anderen. Ein Reiterstücklein im Ernstfall, eine Frage des Ehrgeizes und der Eitelkeit, die sie mit dem Wort «*Prestige*» bezeichnen. Ein «grosses Ereignis ihres Lebens»[1], wie der Sieg ihrer Rennfarben in Hoppegarten oder ihrer Segelyachten auf der Kieler Regatta. «Der Glanz des Oberhauptes besteht darin, dass ihm, ohne dass er sich eben selbst in Gefahr setzen darf, viele Tausende zu Gebote stehen, sich für eine Sache, die *sie* nichts angeht, aufopfern zu lassen, und der Unterschied der europäischen Wilden von den amerikanischen besteht hauptsächlich darin, dass, da manche Stämme der letzteren von ihren Feinden gänzlich sind gegessen worden, die ersteren ihre Ueberwundenen besser zu benutzen wissen, als sie zu verspeisen, und lieber die Zahl ihrer Unterthanen, mithin auch die *Menge der Werkzeuge zu noch ausgebreiteteren Kriegen* durch sie zu vermehren wissen[2].»

Viele Tausende aufopfern für eine Sache, die sie nichts angeht! Das ist der wahre Sinn dieses und der meisten anderen

[1] Siehe die Depesche der Kronprinzessin Cäcilie an den Regierungspräsidenten in Danzig, nach der Schlacht bei Longwy: «Bitte allen lieben Danzigern und Westpreussen *meines Mannes Sieg* nördlich Metz mitzuteilen, wissend, welchen Anteil die uns so nahestehende Provinz *an diesem grossen Ereignis seines Lebens* nehmen wird. Gott beschütze Sie alle.»

[2] *Kant:* «Zum ewigen Frieden», S. 18.

Kriege. Was verstehen die Millionen armer Teufel von Prestige, die heute ihr Leben auf den Schlachtfeldern Europas lassen müssen ? Nicht einmal das Wort kennen sie, geschweige denn den Begriff. *Prestige ist ein Luxusartikel für den, der an allen anderen Lebensgütern Ueberfluss hat.* Es ist der Eigensinn, nicht nachgeben zu wollen, auch wenn man sich im Unrecht fühlt, weil man stark genug ist, nicht nachgeben zu *brauchen*. Für den Bürger und den Bauern und den Arbeiter aber ist Prestige das tägliche Brot, das er im Schweisse seines Angesichts sich sauer verdienen muss, seine Gesundheit, die ihm diese Arbeit ermöglicht, seine Familie, die ihm die Mussestunden versüsst und erheitert. Das ist *sein* Prestige. Dafür würde er kämpfen, freiwillig und begeistert, wenn diese Güter in Gefahr wären.

Deshalb redet man ihm ein, *sie seien in Gefahr*. Die « Hinterlist einer lichtscheuen Politik » übt die Künste des « Probabilismus » : sie « erklügelt böse Absichten an Anderen oder auch Wahrscheinlichkeiten ihres möglichen Uebergewichts » :

... « Um dieser Sophisterei ein Ende zu machen und die falschen Vertreter der Mächtigen der Erde zum Geständnisse zu bringen, dass es nicht das Recht, sondern die Gewalt sei, der sie zum Vorteil sprechen... wird es gut sein, *das Blendwerk aufzudecken, womit man sich und Andere hintergeht!* (Kant : « Zum ewigen Frieden, » S. 44, 55, 56.)

Ist es nicht, als wäre das heute geschrieben ? Passt nicht jedes Wort auf unsere heutige Lage und unsere heutigen Führer ? Und wenn den Herren, die den « Aufruf an die Kulturwelt » unterschrieben haben, in der Tat « das Vermächtnis eines Kant ebenso heilig wie ihr Herd und ihre Scholle ist », dann mögen sie diese wundervolle kleine Schrift « Zum ewigen Frieden » lesen, die mitten in den Stürmen der französischen Revolutionskriege, unter der Herrschaft einer preussischen Militär-Autokratie, revolutionäre Wahrheiten sagen durfte, die heute von dem Oberkommandierenden in den Marken als staatsgefährlich unterdrückt und blutig verfolgt werden würden. —

Für ein *Phantom* ist es, dass heute Millionen bluten, Millionen hungern, Tausende von Millionen an Gütern zerstört werden. Für das Phantom des Prestiges, der Weltmacht, dem man die Uni-

form des Vaterlandsbefreiers angezogen hat. Die gesta Dei per Francos sollen von nun ab in die gesta Dei per Teutones umgewandelt werden. Das « anbetungswürdige » deutsche Volk — wie ein Privatdozent schreibt (wie wird der sich erst später als Professor ausdrücken !) — soll tatsächlich von allen anderen als *Uebervolk* angebetet werden. Die « Germans » sollen « to the front of the world » vorrücken und alle diese Halluzinationen eines endemischen Grössenwahns nennt man dann : Verteidigung gegen feindlichen Ueberfall, — um sie den gesunden Sinnen des einfachen Volkes mundgerecht zu machen.

### Proletarier aller Länder, massakriert Euch!

Wenn man die Arbeitermassen verführen will, ihren friedlichen Schlachtruf : « Proletarier aller Länder, vereinigt Euch ! » in den blutigen Kampfschrei umzuwandeln : « *Proletarier aller Länder, massakriert Euch !* », so ist dies eine politische Parforceleistung, die sorgfältige Vorbereitung, grosses Geschick und eine fabelhaft dreiste Stirn erfordert. Diese Eigenschaften muss ich unseren führenden Männern im vollsten Masse zuerkennen. Hier haben sie in der Tat Glänzendes, Unübertreffliches geleistet.

Die Haltung der sozialdemokratischen Partei am 4. August — bei der Bewilligung der ersten Kriegskredite von 5 Milliarden Mark — ist im Auslande und insbesondere bei den internationalen Bruderparteien mit Recht einer scharfen Kritik unterzogen worden. Es verdient, hervorgehoben zu werden, dass in der Fraktionssitzung, welche die Zustimmung zu den Kriegskrediten beschloss, eine Minorität vorhanden war, die sich zwar nicht durch grosse Zahl, aber durch die *Bedeutung* ihrer Mitglieder auszeichnete. Die Haltung der Majorität erklärt sich aus denselben Gründen, welche das ganze deutsche Volk in diesen Krieg hineingezogen haben : aus der falschen Vorspiegelung von seiten der Regierung, dass es sich um einen Verteidigungskrieg, nicht um einen Angriffskrieg handle. Seit dem 31. Juli war Deutschland für alle Nachrichten von und nach dem Auslande gesperrt. Niemand wusste, was in den vier Tagen vom 31. Juli bis zum 4. August in der Welt und speziell in Deutschland vorgegangen war. Das

deutsche Weissbuch, das den Abgeordneten vorgelegt wurde, behauptete, dass die Russen und Franzosen uns von Osten und Westen überfallen hätten und in Deutschland bereits eingedrungen seien. Dieselbe Behauptung tönte in den Reden des Kaisers und Reichskanzlers wieder. Niemand war in der Lage, die Wahrheit oder Unwahrheit festzustellen. Unter diesem Eindruck, dass Deutschland für seine Sicherheit und Unabhängigkeit kämpfen müsse, stimmte die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion für die Kriegskredite und zwang nach den statutarischen Vorschriften der Partei die Minderheit, sich diesem Votum anzuschliessen.

Die zweite Bewilligung am 2. Dezember war nur die Folge der ersten und, da es nun einmal der « Fluch der bösen Tat ist, fortzeugend Böses zu gebären », so errang auch diesmal wieder die Gruppe in der Partei, welche die ersten Kredite bewilligt hatte, die Majorität. Aber immerhin waren die Kämpfe in der Partei heftiger und die Minorität stärker geworden. Bekanntlich hat *Liebknecht* allein den Mut und die Charakterstärke gefunden, sich nicht der Parteidisziplin zu unterwerfen und sein abweichendes Votum in der Reichstagssitzung zum Ausdruck zu bringen.

Diese Tat hat mit Recht den Beifall aller Genossen in der ganzen Welt gefunden, leider mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags. Das Tadelsvotum der Fraktion vom 2. Februar halte ich für ausserordentlich bedauerlich ; es wird im Auslande allgemein nicht für eine disziplinarische Massregel wegen Verstosses gegen die innere Parteiordnung, sondern für eine Verurteilung der *materiellen* Abstimmung Liebknechts, also für eine noch besonders betonte Zustimmung zu den Kriegskrediten und zu der gesammten kriegerischen Politik der Regierung angesehen. In der Tat wäre es für den zukünftigen Wiederaufbau der Internationale zweckmässiger gewesen, wenn man in dieser fundamentalen Frage die Parteidisziplin bei Seite gelassen und damit den Anschein vermieden hätte, als ob es für ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unwürdig sei, gegen die Kriegskredite zu stimmen.

Man scheint sich in Berlin keine Rechenschaft davon abgelegt zu haben, welche Wirkung ein solcher Parteibeschluss auf die

Genossen im Auslande ausüben muss. Man scheint vor Allem nicht zu wissen, dass *die Sympathien aller ausländischen Genossen auf Liebknechts Seite* und nicht auf Seite der nationalistischen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion sind. Liebknecht ist durch seinen Akt vom 2. Dezember der populärste deutsche Sozialist im Auslande geworden, wobei ich weniger an das feindliche Ausland denke — dessen Beifall verdächtig erscheinen könnte — als an das neutrale. An die Haltung Liebknechts wird sich die Neubildung der Internationale anknüpfen, nicht aber an die Haltung derjenigen Abgeordneten, die — einmal getäuscht — nicht die Einsicht oder nicht den Mut besessen haben, ihren Irrtum zu erkennen oder zu bekennen und auf der schiefen Ebene des Opportunismus allmählich in das Lager der Nationalisten und Imperialisten hinübergerollt sind. Sie haben sich so stark in der « Nationale » engagiert, dass sie den Weg zur « Internationale » nicht zurückfinden werden und auch die Mutter Internationale selbst wird — wie ich vermute und hoffe — später nicht die Arme ausbreiten und ausrufen : « Gottlieb, kehre zurück, es ist Dir Alles verziehen ! » Die verlorenen Söhne werden — und das ist gut so — auch später verloren bleiben. —

Der deutschen Regierung aber muss man das Compliment machen, dass sie es meisterhaft verstanden hat, — wenigstens bis auf Weiteres, die Folgen werden sich später zeigen —, mit der Politik des « divide et impera » zu operieren : « Das ist : sind gewisse privilegierte Häupter in deinem Volk..., so veruneinige jene unter einander und entzweie sie mit dem Volk. » (Kant, S. 43.) Es ist ihr gelungen, die Häupter zu veruneinigen unter einander, aber das Volk wird hoffentlich einig sein, wenn der Tag der grossen Abrechnung kommt, der Tag des « Jüngsten Gerichts », da alle Schuld aufgedeckt und jedes Verbrechen seine Sühne finden wird...

### Politische Moral — moralische Politik.

Die deutsche Regierung scheint sich überhaupt — wie sie nach aussen die Bernhardi'schen Rezepte sich zur Richtschnur nahm — so nach innen die Kant'sche Beschreibung eines *Politikers, wie*

*er* **nicht** *sein soll,* als Modell erwählt zu haben. Wo die moralische Politik aufhört, sagt der Königsberger Weise, fängt die politische Moral an. Die politische Moral aber — der Unmoral gleichstehend — handelt nach folgenden « sophistischen Maximen » :

« 1. *Fac et excusa.* Ergreife die günstige Gelegenheit zur eigenmächtigen Besitznehmung (entweder eines Rechts des Staates über sein Volk, oder über ein anderes benachbartes) ; die Rechtfertigung wird sich weit leichter und zierlicher *nach der Tat* vortragen und die Gewalt beschönigen lassen..., als wenn man zuvor auf überzeugende Gründe sinnen und die Gegengründe darüber noch erst abwarten wollte. Diese Dreistigkeit selbst giebt einen gewissen Anschein von innerer Ueberzeugung der Rechtmässigkeit der Tat, und der Gott bonus eventus ist nachher der beste Rechtsvertreter. »

« 2. *Si fecisti, nega.* Was du selbst verbrochen hast, z. B. um dein Volk zur Verzweiflung, und so zum Aufruhr zu bringen, das leugne ab, dass es *deine* Schuld sei ; sondern behaupte, dass es... bei deiner Bemächtigung eines benachbarten Volks die Schuld der Natur des Menschen sei, der, wenn er dem Andern nicht mit Gewalt zuvorkommt, sicher darauf rechnen kann, *dass dieser ihm zuvorkommen* und sich seiner bemächtigen werde [1]. »

Ist das nicht eine photographisch getreue, beinahe prophetische Darstellung der Bethmann'schen Handlungsweise, die übrigens nicht bloss von dem Philosophen auf dem Katheder, sondern auch von dem Philosophen auf dem Throne mit den Worten gekennzeichnet wird : « Wenn Fürsten Krieg wollen, so beginnen sie ihn und lassen dann einen *arbeitsamen Rechtsgelehrten* kommen, der beweist, dass es also recht sei. » (Friedrich II.) Man macht den Krieg und beweist dann, dass der Andere ihn gemacht habe oder mindestens, dass er im Begriff war, ihn zu machen, und dass man ihm habe zuvorkommen müssen. Schaden an äusserer Ehre kann man dabei niemals leiden — notabene, wenn man Glauben findet — : denn entweder ist man der gezwungene Verteidiger des Vaterlandes oder der vorsorgliche Friedensschützer, der dem sicheren Ueberfall zuvorgekommen ist.

---

[1] *Kant*, S. 42.

Die Moral aber, die die Handlungen der Staaten ebenso regeln soll wie die der Einzelnen, geht dabei in die Brüche, und keine Worte scheinen dem Königsberger Philosophen scharf genug, um die Verderblichkeit solcher Afterpolitiker zu kennzeichnen : « Die Schöpfung allein : dass nämlich *ein solcher Schlag von verderbten Wesen* überhaupt hat auf Erden sein sollen, scheint durch keine Theodicee gerechtfertigt werden zu können... Die wahre Politik kann also keinen Schritt thun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben, und obz war Politik für sich selbst eine schwere Kunst ist, so ist doch Vereinigung derselben mit der Moral gar keine Kunst... » Wer die moralische Politik der politischen Moral, also die Grundsätze dem Zwecke unterordne, der spanne die Pferde hinter den Wagen und handle gegen den kategorischen Imperativ [1].

Das ist Kant'sches « Vermächtnis » und, wer dies Vermächtnis hochhält, spricht damit ein Verdammungsurteil aus über die Politik, die zu diesem schrecklichsten aller Kriege geführt hat — eine Politik, die vielleicht nach « politischer Moral » gehandelt hat, aber sicher keine « moralische Politik » gewesen ist. —

Inzwischen aber geht die « Blutarbeit », die « verhasste », weiter und alle Säfte unseres Volkslebens werden wie von riesenhaften Blutegeln aufgesogen und in den unersättlichen Rachen des Kriegsmolochs abgeleitet. « Ein Schlachtfeld besuchen ist eine entsetzliche Sache ; es ist unmöglich, die fürchterlichen Verwundungen zu beschreiben, die sich dem Auge darbieten. Der Krieg ist, ungeachtet Allem, etwas Fürchterliches, und *diejenigen, welche ihn mittels eines Federzuges am grünen Tisch hervorrufen, wissen nicht was sie thun* » — so schreibt Kaiser Friedrich III. « Diese grauenvollsten Seiten des Krieges sollten diejenigen sehen, die ihn leichtfertig heraufbeschwören, jene *Diplomaten*, die ihn mit demselben leichten Herzen als Faktor in ihre Rechnung setzen, mit dem ein Kaufmann eine beliebige Gewinnchance seinem Kalkul einfügt, sie sollten einmal selber im feindlichen Granatfeuer eine solche Kanalbrücke stürmen helfen... » so schreibt ein deutscher Arzt vom Kriegsschauplatz [2].

Wie wird Ihnen, Herr von Bethmann, wenn Sie solche Dinge

[1] *Kant*, a. a. O., S. 45.

[2] *Berl. Tageblatt* vom 24. September.

lesen ? Wie sagen Sie doch in Ihrem letzten Schreiben [1] ? Der « Konferenzgedanke » sei Ihnen nicht « *sympatisch* » gewesen ; die « Form » einer Konferenz habe Ihnen « widerstrebt ». Und nun — ist Ihnen sympathischer, widerstrebt Ihnen weniger Alles, was aus jener Ablehnung als fürchterliche Konsequenz geflossen ist ? Sie wagen es, von Sympathie oder Antipathie, von diesem oder jenem Formbedenken zu sprechen, noch heute, wo Ihre Antipathien und Formbedenken Europa in ein Blutmeer getaucht und unsere berühmte europäische Kultur zum Gespött der wilden Völkerschaften gemacht haben ? « Ja, wir Wilden sind doch bessere Menschen ! » — kann heute mit Recht der Kanadier sich rühmen. Und wenn — in einem allegorischen Bilde, das ich kürzlich sah — alle gelben, schwarzen und braunen Urvölkerschaften sich am Rande Europas versammeln und, den Blick auf Mord- und Trümmerstätten, auf rauchende Dörfer und Städte gerichtet, höhnisch ausrufen : « Voilà votre célèbre civilisation ! » — so kann Europa nur beschämt ihr Haupt verhüllen und muss die höhere Kultur gerechter Weise den Wilden zugestehen. Haben wir, die europäischen Völker, überhaupt noch einen Rechtstitel, — der vor moralisch denkenden Menschen übrigens nie bestanden hat —, auf Kolonialeroberungen auszugehen, wenn der einzige Vorwand für unsere Raubzüge, Kultur- und Zivilisationsträger zu sein, so schmählich in Wegfall gekommen ist ?...

All' das haben wir Ihnen zu verdanken, — Herr von Bethmann. Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus. Die Berge kreissen und ein kleines Mäuslein wird geboren. Hier ist's umgekehrt gewesen : aus dem kleinen Mäuslein Ihrer Antipathien und Formbedenken sind Riesengebirge menschlichen Unglücks emporgewachsen. Gehen Sie auf die Schlachtfelder, gehen Sie in die Lazarette, sehen Sie die Verwundeten, die Toten, die Sterbenden, gehen Sie in die verwüsteten Städte, beten Sie vor den zerschossenen Altären und flehen Sie Ihren Heiland um Verzeihung an, dass Sie aus dem Worte « Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen » gemacht haben : « Mord auf Erden

[1] Siehe Schreiben des Reichskanzlers vom 24. Dezember (Anlage III).

und den Menschen Brand und Verwüstung ! » Und dann schlagen Sie an Ihre Brust und bekennen Sie laut und öffentlich, dass alle Welt es hört : *ich bin der Schuldige, ich allein !* Das wäre noch keine Gerechtigkeit, aber es wäre der erste Schritt dazu, die Reue, die schon halbe Sühne ist.

Hätte der Kaiser keinen Kanzler gefunden, der diesen « Befreiungskrieg » machte, so wäre Deutschland eben *unbefreit* geblieben, das heisst : friedlich, von Niemand behelligt, in ruhiger Arbeit seine Kultur und seinen Wohlstand pflegend. *Und wo sind wir nun ?* noch froh, wenn wir nur den Feind, den *wir* uns geschaffen, von den Grenzen fernhalten können, — glücklich, wenn wir heute so dastehen könnten wie vor einem halben Jahr, im Besitz unserer Kolonien, unserer Milliarden, unserer nun gemordeten und täglich neu dahinsiechenden Jugend.

Quidquid delirant reges,
plectuntur Achivi.

Gerade dann aber braucht's Männer, nicht Höflinge, Männer, die sich dem königlichen Willen charaktervoll widersetzen, die für die Achäer gegen den König Partei nehmen. « Straflosigkeit ist ein besonderes Vorrecht der königlichen Würde, schliesst aber keineswegs die Möglichkeit aus, Strafe zu *verdienen.* » Die Aufgabe der Männer, die als verantwortliche Ratgeber dem Monarchen zur Seite stehen, ist es, sie davor zu bewahren, Strafe zu verdienen. Keinen schlimmeren Dienst kann man einem Fürsten erweisen, als wenn man ihn in den Stand setzt, in eigener Person zu regieren, die Gebote seiner Heftigkeit und Laune Dienern zu diktieren, die, auch wenn sie nicht mit ihnen einverstanden sind, sich dennoch als Werkzeuge zu ihrer Ausführung hergeben [1].

---

[1] *Brougham :* « Statesmen ».

Was bei dem Fürsten noch erklärlich,

wird bei dem verantwortlichen Staatsmann zu einem unsühnbaren Verbrechen. Der Fürst, von früher Jugend auf in der Mystik des Gottesgnadentums erzogen, von Schmeichlern und Jasagern, von Höflingen und Schmarotzern umgeben, die scheinbar seine Diener, in Wirklichkeit seine Herren sind, ein Fürst, der selten die Wahrheit hört und niemals sie hören *will* — trotz Mirza Schaffy, der da sagt :

« Der Weise kann des Mächtigen Gunst entbehren,
Doch nicht der Mächtige des Weisen Lehren — »

— ein Fürst, der das erzwungene Schweigen des Volkes für beispiellose Eintracht hält, weil niemand ihm sagt, was in den Tiefen der Volksseele lebt und webt — ein Fürst ist eher als ein Kanzler entschuldigt, wenn er

seinen Ehrgeiz nach immer weiteren Herrschaftsgebieten, nach Ruhm und Glanz, mit dem Wohl und Glück seines Volkes verwechselt. Die Räte des Fürsten aber sind dazu da, ihn vor den Folgen seiner eigenen Leidenschaften zu bewahren, ihm zuzurufen, wie es bei Junius heisst : « before your Majesty subdue the hearts of your subjects, you must gain a noble victory over your own. »

Nicht die Diener ihres Herrn müssen sie sein, sondern die ersten Diener des Staates. Keine persönliche Anhänglichkeit an den Monarchen kann einen Grund oder eine Entschuldigung abgeben für das öffentliche Verhalten eines Ministers ; denn jene beruht auf sentiments, dieses aber auf Pflichten, auf dem kategorischen Imperativ. Bei der Wahl zwischen Gefühl und Pflicht darf nur die letztere entscheiden. Die Alternative : « se soumettre ou se démettre », kann nur zu Gunsten der letzteren Entschliessung entschieden werden.

Am schlimmsten aber ist es, wenn ein Minister die

Handlungen seines Monarchen nicht nur mit seinem Schilde deckt, sondern sie noch durch *machiavellistische Manöver* zu rechtfertigen sucht. Wir sind überhaupt fast machiavellistischer als Machiavelli selbst geworden und haben ganz vergessen, dass unser grosser Ahn Friedrich II. den « Antimachiavell » geschrieben

hat. « Das gegebene Versprechen war ein Bedürfnis der Vergangenheit, das gebrochene Wort ist ein Bedürfnis der Gegenwart. » Ist es nicht, als ob der kluge Florentiner dieses Wort eigens für den belgischen Fall geprägt habe ? « Es muss ein Fürst keinen anderen Gegenstand, keinen anderen Gedanken haben und nichts anderes zu seiner Kunst machen als den Krieg und dessen Einrichtung und Führung. » Ist dies nicht von je das Leitmotiv der königlich preussischen Politik gewesen ? « Trage der Fürst nur Sorge, zu *siegen* und die Herrschaft zu behaupten, die Mittel werden immer für ehrenvoll erklärt und von jedermann gelobt werden. » Ist das nicht der Ariadnefaden, an dem wir uns aus dem Labyrinth unserer jetzigen Lage herauszuwinden hoffen, um nicht dem Minotaurus der allgemeinen Verurteilung zu verfallen ? *An Stelle von Kant ist Machiavelli getreten* und der Zweck heiligt auch bei uns alle Mittel.

Weltmachtsträume.

*Zweck und Ziel dieses Krieges ? !* Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel unserer Herrschenden ein neues dominium mundi ist.

Der preussische Aar soll seine Schwingen über alle Ozeane tragen, eine neue Geschichtsepoche soll beginnen, auf die römische, spanische und englische Weltherrschaft soll nun die germanische folgen [1]. Das Wort Virgil's

[1] Jetzt natürlich, wo die Trauben sauer geworden, leugnet jeder seine Weltmachtspläne ab ; jetzt ist es wieder einmal « niemand gewesen ». Aber an demselben Tag, an dem von hoher Stelle die Absicht, ein Weltreich zu gründen, als « Unsinn » erklärt wird, wird von der Presseverwaltung des deutschen Militärgouvernements in Lodz zum Geburtstage Wilhelms II. eine « Kaiserzeitung des Ostheeres » herausgegeben, in welcher es folgendermassen heisst:

« Ein siegreicher Krieg, — an einem solchen zweifelt gottlob niemand in unserem deutschen Vaterland, vom ältesten Generalfeldmarschall herab bis zum jüngsten Schusterjungen, — wird uns durch den belgischen und französischen Kongo und, falls Portugal seine uns feindliche Haltung weiter in die Tat umsetzen sollte, auch durch die portugiesische Kolonie an der afrikanischen Ost- und Westküste ein deutsches Kolonialreich schaffen, wie unsere Väter, die noch lächelnd unsere ersten Kolonialanfänge bespöttelten, sich nie hätten vorstellen können. Was aber das wichtigste gerade an dieser

wird ad usum germanicum umgewandelt : « Tu regere imperio populos Germane memento. » Wie Aristoteles von dem Zuge Alexanders des Grossen eine Umgestaltung der orientalischen Welt, eine Herrschaft hellenischer Kultur erwartete, so erwarten wir von diesem Kriege eine Umgestaltung der occidentalischen Welt, eine Herrschaft der deutschen Kultur. Welch' kindliche, unhistorische Auffassung ! Wenn Kriege in längst vergangenen Zeiten, Kriege von Kulturvölkern gegen Barbaren, zuweilen Kulturbringer sein konnten, so sind sie heute unter Völkern gleicher Kultur das gerade Gegenteil : Kulturzerstörer, Förderer atavistischer Barbarei. Nur im friedlichen Zusammenleben der Völker liegt heute die Zukunft des Menschengeschlechts. Alle Weltherrschaftspläne, die schon in früheren Zeiten stets den Keim des Untergangs in sich trugen, müssen heute schon *vor* ihrer Realisierung scheitern an dem Gefühl der Gleichberechtigung aller Völker, an dem Bewusstsein Aller, gleichen Zielen in Kultur und Wohlfahrt nachzustreben, *an den innigen Beziehungen, welche die gleichen Klassen der verschiedenen Völker mit einander verbinden.* Wie geologische Schichten, Erz- und Gesteinadern, sich nicht nach den Eigentumsgrenzen auf der Oberfläche richten, sondern unter den Grenzen hindurch von einem Besitz in den andern übergehen, so werden auch die Schichtungen der modernen menschlichen Gesellschaft nicht durch Landesgrenzen unterbrochen, sondern ziehen ihre Fäden von einem Lande zum andern hinüber. *An Stelle der vertikalen Grenzlinien ist der horizontale Zusammenhang getreten.* Und wenn es auch nur *eine* wirklich organisierte Internationale gibt, so bestehen daneben doch hun-

---

nicht unwahrscheinlichen Teilung der afrikanischen Welt ist, das ist, dass wir damit den englischen Bestrebungen der afrikanischen Alleinherrschaft vom Kap bis Kairo den Garaus gemacht haben, denn zwischen das heute noch englische Aegypten und Ostafrika und das burisch-englische Südafrika legt sich dann der *unendliche Gürtel unseres riesenhaften Kolonialbesitzes, vom indischen Ozean bis zu den zentralafrikanischen Seen, und am Kongo hinab zur Atlantik.* Heute noch englisch, sagen wir von Nordost- und Südafrika; wer weiss, was noch wird, wenn das Dichterwort sich erfüllt: « *Denn es muss am deutschen Wesen, einmal noch die Welt genesen.* »

Die Zeitung, welche vorstehende Ausführungen enthält, ist *amtlich* von dem Militärgouvernement herausgegeben worden als Geburtstagsgeschenk für den Kaiser: sapienti sat!

dert andere unorganisierte, die durch ebenso feste, innere Bande zusammengehalten werden. Die Internationalen des Handels, der Industrie, der Technik, der Geisteswissenschaften, der Literatur und Kunst — sie bilden das unzerstörbare geistige Band zwischen den Nationen und — sogar das Verbrechertum ist international geworden. Kriege können dieses Band lockern, aber nicht zerreissen. Die Natur selbst drängt, wie Kant einmal sagt « durch den Mechanismus in den menschlichen Neigungen zum ewigen Frieden, dessen Zukunft man zwar nicht weissagen kann, aber auf den hinzuarbeiten menschliche Pflicht ist. » Zum ewigen Frieden — nicht durch die Herrschaft des Einen über den Andern, sondern durch das gleichberechtigte Zusammenleben aller.

So werden die Träume unserer Weltherrschaft eben Träume bleiben, selbst wenn wir die Macht hätten, die anderen Völker unserm Willen zu unterwerfen. Die Ziele, die ein Bismarck sich stellte, waren vernünftig und erreichbar, weil sie in den Grenzen der geschichtlichen Entwicklung unseres Zeitalters lagen. Die Bildung von Nationalstaaten musste vorausgehen, ehe die Menschheit zu weiteren umfassenderen Formationen reif war. Das Streben des deutschen Volkes nach Einigkeit war historisch begründet und ist daher erfolgreich gewesen. Das Streben des neuesten Deutschland aber nach Weltherrschaft stellt einen geschichtlichen Rückschritt dar, einen Abweg von den Zielen, die den Kulturvölkern gesetzt sind, und muss daher notwendig mit einem Misserfolg endigen.

*Unser Ziel also ist unerreichbar und unsere Mittel, es zu erreichen, sind verbrecherisch.* Der militärische Erfolg allein, selbst wenn er wahrscheinlich wäre (was er nicht ist), würde uns unserem Ziele nicht um ein Haar breit näher bringen. *Es gibt keine Weltherrschaft mehr* im 20. Jahrhundert und, wenn es eine gäbe, wir wären die letzten, die man als Weltherrscher anerkennen würde. Jeder Frieden, der uns mehr oder weniger solche Herrschaft einräumen würde, wäre nur ein Waffenstillstand und — wie die griechisch-persischen Friedensverträge — nur mit der Klausel « auf Zeit » geschlossen. Ein Krieg würde fortlaufend den andern gebären und Europa unaufhaltsam und sicher dem Abgrund zutreiben.

Noch ist es Zeit, das Schlimmste zu verhüten, noch können

« Des Landes tiefe Wunden heilen,
Die Dörfer, die verwüsteten, die Städte
Aus ihrem Schutt sich prangender erheben,
Die Felder decken sich mit neuem Grün —
Doch, die das Opfer eures Zwist's gefallen,
Die Toten stehen nicht mehr auf; die Thränen,
Die eurem Streit geflossen sind, sie bleiben
Geweint! Das kommende Geschlecht wird blühen,
Doch das Vergangene war des Elends Raub,
Der Enkel Glück erweckt nicht mehr die Väter. »

Die Toten werden nicht mehr auferstehen. Aber auch die Wunden, die dem Wirtschaftsleben aller Völker geschlagen sind, werden nur langsam in vielen Jahrzehnten heilen.

Wer zahlt die Kriegskosten?

Die Kriegskosten und Kriegsschäden in den ersten sechs Monaten dieses Weltkrieges sind von sachverständiger Seite auf über 80.000 Millionen Mark geschätzt worden — ungerechnet alle privaten Ausgaben und Verluste, ungerechnet den volkswirtschaftlichen Wert der Toten und Verstümmelten, und ungerechnet den Arbeitsverlust, den die unter Waffen stehenden Kämpfer für ihre Staaten bedeuten. Von einem Ersatz dieser Kriegskosten und Verluste seitens der unterliegenden Partei an den Sieger — wenn überhaupt an einen Sieg des einen oder andern zu denken wäre — kann keine Rede sein. In Deutschland haben ausser dem Reich auch die Einzelstaaten und Kommunen Milliarden von Schulden gemacht. *Wer soll diese Riesenkapitalien oder auch nur die Zinsen davon erarbeiten und bezahlen?* Alle kriegführenden Länder und die neutralen dazu werden dem Staatsbankerott zugetrieben. « Wenn ich jetzt die Nationen im Kriege gegen einander sehe, ist es mir, als sähe ich zwei besoffene Kerle, die sich in einem Porzellanladen mit Prügeln herumschlagen. » (Hume.) Die besoffenen Kerle — das sind die kriegführenden Nationen, der Porzellanladen aber ist die Weltwirtschaft und lange wird's nicht mehr dauern, bis alles Porzellan in der Welt in Scherben liegt.

Quousque tandem?

Wie soll das weitergehen? Wie soll das enden?

Jeder Sieg ist ein Pyrrhussieg. « Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren. » Findet sich wirklich kein Mann unter den 67 Millionen Deutschen, der den Blitzen des Jupiter trotzte und ihm zuriefe, wie Themistokles dem Eurybiades: « *Erschlage mich, aber höre mich!* » Sollen noch weiter liebedienerische Zeitungsschreiber ihre skandalösen Berichte durch die Presse gehen lassen,

— während draussen auf den schneebedeckten Feldern in nassen Erdhütten ihre Landeskinder verkommen und verbluten und die Tränen der Witwen und Waisen zu Meeren anschwellen?!

*Wie lange soll das alles noch dauern?* Wie soll es enden? Den Völkern ist nicht gedient damit, dass nach dem Frieden die einander « aufrichtig ergebenen Vettern » gerührt sich in die Arme sinken, sich küssen und die inzwischen abgelegten, beiderseitigen Uniformen wieder anziehen. Dem Volke ist nicht gedient mit feierlichen Einzügen durch das Brandenburger Tor,

— mit Lorbeerkränzen und Fanfarengeschmetter.

**Das Volk will Frieden, Frieden, Frieden!** Genug der Toten, genug der Verstümmelten, genug des Elends und der Ruinen! Das Gewissen der Welt regt sich. Die Sprache, die heute zum Anklagen sich erhebt, sie wird das Schwert zur Vollziehung finden, wenn man den ehernen Ton der Volkesstimme nicht hören will. Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango: ich rufe die Leben-

digen, ich klage um die Toten, ich trotze den Blitzen — so ruft die Glocke des Weltgewissens den Mächtigen entgegen.

> « Auf Euer Haupt
> Wälzt sie der Wittwen und der Waisen Thränen,
> Der todten Männer Blut, der Weiber Gram
> Um Gatten, Väter und um Anverlobte,
> Die dieser grimme Streit verschlungen hat[1]. »

Sie haben genug gelitten, die Achäer

*Nie waren die Völker sich feind.* Aus allen Feldpostbriefen klingt es hervor, wie die Gefühle des Hasses und der Rache in den Schützengräben nicht bekannt sind. Das sind die Dracheneier, die daheim an den Schreibtischen, in den gutgewärmten Redaktionsstuben ausgebrütet werden. Von Schützengräben zu Schützengräben hinüber werden Freundschaften und Brüderschaften geschlossen. Man besucht sich gegenseitig, macht sich kleine Geschenke und schüttelt sich freundschaftlich die Hand. Und dann kehrt man zurück in die Gräben und — schiesst auf einander — auf höheren Befehl ! Ist das nicht unsagbar, unglaublich ?

Wenn man nicht längst wüsste, dass keines der kämpfenden Völker den Krieg gewollt hat, dass ein paar Hundert, im höchsten Fall ein paar Tausend verbrecherischer Menschen diesen Völkermord gewollt und angezettelt haben, — die Verbrüderung zwischen den Schützengräben würde den Beweis erbringen, dass zwischen den Völkern keine Feindschaft besteht. — Aber gerade *weil* sie diesen Beweis erbringt, weil sie die Energie des Mordens beeinträchtigen und die kämpfenden allmählich darüber aufklären könnte, dass sie um *Nichts* kämpfen, das *sie* berührt, dass sie gegeneinander gehetzt sind von höheren Mächten, die *ihre* Interessen verfolgen, — deshalb ist soeben (während ich diese Zeilen schreibe) ein strengtes Verbot gegen diese Verbrüderungsszenen von dem deutschen Oberkommando erlassen worden. Keine Verbrüderung, kein Händedruck, keine Schiesspause, um Gottes willen nicht ! Es muss weiter gemordet werden, ohne Zeitverlust. Nulla dies sine linea, Kein Tag ohne Morden und Brennen !

---

[1] *Shakespeare :* König Heinrich V.

Aber alle Armeebefehle werden nichts nützen. La vérité est en marche. Jede Stunde, jeder Tag bringt die Aufklärung näher. Und wenn sie nicht *wollen* — die Herren hinter der Front —, sie werden endlich *müssen*.

Der Frieden *wird* kommen — bald, schnellstens, denn er *muss* kommen. Wehe den Generälen, die nochmals ihr Schwert in die Wagschale werfen, — wehe den Herrschern, die die verhaltene, gewaltsam unterdrückte Stimme der Völker noch immer nicht hören wollen! Es wallet und siedet und brauset und zischt unter den stillen Wassern des Burgfriedens. Wehe denen, die die unterirdischen Töne nicht hören wollen und ihr Schifflein weiter dem verräterischen Gewässer anvertrauen! Sie werden von den Wellen verschlungen werden! — Discite moniti! Lernet, Ihr seid gewarnt!....





V.

# Die Zukunft.

## Was soll der Frieden uns bringen?

Mit dem Friedensschluss allein ist es nicht getan. *Was soll der Frieden uns bringen? Was wird der Frieden uns bringen?*

Er soll uns bringen, was seit Jahrhunderten die erleuchtetsten Geister erstrebt haben: nicht einen Waffenstillstand, sondern einen *dauernden Friedenszustand auf gesicherter rechtlicher Grundlage.* Das bisherige System, den Frieden auf der Spitze der Bajonette balancieren zu lassen, hat Bankerott gemacht, Bankerott gemacht für immer. Der Rüstungswahnsinn, der die europäischen Staaten allein an direkten, aus den Budgets ersichtlichen Ausgaben — also ohne die indirekten und unsichtbaren — schon im Jahre 1910 annähernd 10 Milliarden Mark gekostet hat und seitdem noch um mindestens 20 % pro Jahr kostspieliger geworden ist, — dieser Rüstungswahnsinn hat den *Zweck*, mit dem man ihn zu rechtfertigen suchte, nicht erfüllt. Nicht eine Sicherung, sondern eine Gefährdung des Friedens ist aus der Tatsache entstanden, dass die europäischen Staaten in unseligem Wetteifer sich in Rüstungen zu Land und zu Wasser, in der Luft und unter See zu überbieten suchten. Ein immer wachsendes Misstrauen ist aus dieser Eisensaat emporgeschossen. Alle diplomatischen Verhandlungen wurden durch das ferne Waffengeklirr zu einem Gegenstand der Angst und Furcht für die europäischen Völker und Alle wurden von dem bedrückenden Gefühl beherrscht, dass es so nicht weiter gehen könne, dass man endlich umkehren oder der Katastrophe zutreiben müsse.

Die Katastrophe ist eingetreten, die längst vorausgesagte und befürchtete, aber sie hat nicht nur Leben und Wohlstand der Völker in ihren Strudel hinabgerissen, sie hat auch das *System* hinweggeschwemmt, durch das man den Völkern eine trügerische Sicherheit zu geben wähnte.

## Das System des bewaffneten Friedens.

*Das System des bewaffneten Friedens ist gerichtet.* Es hat im Frieden das Mark der Völker aufgezehrt und hat den Krieg nicht verhindern können. Das System des *europäischen Gleichgewichts* hat sich als noch verhängnisvoller erwiesen als das frühere, da Einzelstaaten sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüber standen. Der deutsch-französische Krieg von 1870 war ein Kinderspiel im Verhältnis zu dem Völkerringen von 1914. Ein verfehltes System kann dadurch nicht besser werden, dass es vom Kleinen ins Grosse übertragen wird. Im Gegenteil : seine Fehler und Schwächen müssen umso deutlicher in die Augen fallen. Die angebliche Friedensgarantie durch militärische Rüstungen musste umso verhängnisvoller wirken, je mehr Staaten auf beiden Schalen der Gleichgewichtswage mit einander verbunden waren. Was im Verhältnis von 1 : 1 schon unvernünftig und schädlich ist, muss im Verhältnis von 3 : 3 dreifach unvernünftig und schädlich werden. Schädlich im Frieden, noch schlimmer im Kriege. Durch die Verkettung der Bündnisse und Ententen ist es nun erreicht, dass alle Schreckensbilder weitblickender Soziologen noch in ungeheurem Masse übertroffen worden sind.

Was Johann von Bloch vorausgesagt über den Charakter, die Ausdehnung, die Grausamkeit eines zukünftigen europäischen Krieges — alles ist eingetroffen, aber noch weit schlimmer als der geniale russische Staatsmann voraussehen konnte. Die Entwicklung der Luftschiffahrt, der Unterseeboote, der riesenhaften Belagerungsgeschütze und aller anderen neuesten Kulturerrungenschaften konnte er nicht ahnen. Aber schon hatte er vorausgesagt in seinem monumentalen Werk von 1899, dass die Fortschritte der Waffentechnik in den Jahren seit 1870 sich als grösser erweisen würden — bei dem nächsten europäischen Kriege —, als

die Entwicklung vom Zeitalter der Bogenschützen bis zum deutsch-französischen Krieg. Schon damals hat er vorausgesagt, dass die neuen Geschosse eine so mörderische Wirkung ausüben würden, dass von einem Kämpfen im früheren Sinne, von einer Entwicklung persönlicher Tapferkeit kaum noch die Rede sein könne und der Krieg sich zu einem dauernden Festungskrieg zwischen Schützengräben entwickeln müsse. Mit allen Einzelheiten hat er die Schauer und Entsetzen des modernen Maschinenkrieges gezeichnet und den Zweifel ausgesprochen, — der sich heute vielfach bewahrheitet hat —, ob moderne europäische Kulturmenschen all' diese entsetzlichen Eindrücke auf ihr Gemüt, auf Auge und Ohr würden ertragen können, ohne in Wahnsinn zu verfallen. Keinen Sieger und keinen Besiegten würde es in einem solchen Kriege mehr geben — so weissagt Bloch —, keine Möglichkeit, die Riesenzahl der Verwundeten ordnungsmässig zu pflegen, wenn man nicht fast ebenso viel Sanitätspersonal als Soldaten auf die Füsse stellen wolle. Keine Möglichkeit ausreichender Verpflegung in den ausgesogenen Ländern, wo die Schlachten geschlagen werden. Keine Möglichkeit für die kriegführenden Staaten, auf die Dauer auch nur die baren täglichen Kosten der Unterhaltung solcher Heeresmassen aufzubringen. Alles das hat der Pazifist Johann von Bloch vorausgesehen, nicht etwa auf Grund einer besonderen Gabe der Hellseherei, sondern auf Grund seiner tiefen jahrzehntelangen Studien über diese Lebensfrage der europäischen Kulturmenschheit.

Nun erleben wir, was er erschaut hat. Ein Hin- und Herwogen dieser Zwanzigmillionen-Heere, ohne Ende, ohne Resultat, ohne die Möglichkeit einer definitiven Entscheidung — trotz aller begeisternden Zurufe der Könige und Heerführer. Vorwärts! Zurück! Zurück und Vorwärts! Das sind die Losungen, die beständig wechseln. Nur für die Toten gibt es kein Zurück. Ein Dorf, ein Gehöft, ein Schützengraben, eine Anhöhe erfordern Tausende von Opfern. Ein einziges wohlgezieltes Schrapnell kann hundert Menschen — wenn's gut geht — töten oder verstümmeln. Was aber das schlimmste, der Massenmord ist ein *Selbstmord* aller Völker, die allmählich an Verblutung und Erschöpfung zugrunde gehen müssen, und hat nur die eine günstige Folge,

dass er *gleichzeitig ein Selbstmord des politischen Systems ist*, welches diesen Krieg geboren hat, des politischen Systems nach aussen, des politischen Systems nach innen.

Eine *Steigerung* der Rüstungen — das wird wohl auch der wahnsinnigste Militarist zugeben — ist nach dem Kriege nicht möglich. Schon vorher waren die Rüstungslasten der europäischen Staaten ins Unerträgliche gestiegen. Mit Recht hat Emile de Girardin schon vor vierzig Jahren das Wort gesprochen : « Mit der Hälfte dessen, was heute in Europa die Kriegskosten betragen, liesse sich das Elend aufheben. » Den Wahnsinn dieses Systems möge folgendes Beispiel illustrieren : zwei benachbarte Landbesitzer in den primitiven Zeiten der menschlichen Gesellschaft, als jeder noch für seinen eigenen Schutz zu sorgen hatte, sind misstrauisch gegen einander. Jeder fürchtet den Ueberfall des andern, während keiner in Wirklichkeit böse Absichten gegen den andern hegt. Anstatt ihre Felder bebauen, ihre Viehzucht fördern zu lassen, kommandieren sie alle ihre Leute, ihre Frauen, Kinder, Bauern und Knechte, nichts anderes zu tun, als Schanzen und Wallgräben gegen den Nachbarn zu errichten, Waffen zu schmieden, Bogen und Pfeile und Schleudern herzustellen, Tag und Nacht, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Die Vorräte sind allmählich aufgebraucht. Die Mittel, sich solche von anderer Seite zu beschaffen, sind erschöpft. Beide sind dem Verhungern nahe. Jetzt endlich, im Augenblick der höchsten Not, entschliessen sich die misstrauischen Nachbarn zu einer Aussprache und siehe da — : keiner hat je die Absicht gehabt, den andern zu überfallen, und jeder immer nur gefürchtet, dass der andere ihn überfallen werde. Die Schatten des Misstrauens sind mit einem Schlage verschwunden. Aber die dunkeln Schatten ihrer wahnsinnigen KräfteverDgeudung werden noch lange ihr Haus und ihren Besitz umschweben und noch lange Jahre sie verhindern, zu ihrem früheren Wohlstande zurückzukehren....

Die europäischen Völker haben es nicht verstanden, rechtzeitig den Weg zur Vernunft zu finden und so musste denn naturnotwendig die andere Lösung der unerträglich gewordenen Spannung eintreten, die Lösung der Unvernunft, die Ersetzung des latenten durch den offenen Kriegszustand. Wer die Schuld daran

trägt, dass es zu dieser gewaltsamen Lösung kommen, dass alle Versuche, einen wahren dauernden Friedenszustand herbeizuführen, scheitern mussten, haben wir im Laufe dieser Abhandlung gesehen. Aber auch der Schuldige wird nun einsehen, dass all' seine Rüstungen, all' sein Widerstand gegen jede Verständigung ihm keinen Vorteil gebracht und das eingetreten ist, was wir Pazifisten stets vorausgesagt haben : das Kräfteverhältnis ist — trotz des Ruins Aller — im wesentlichen das gleiche geblieben.

*So bleibt also das System gerichtet.* Eine Wiederaufnahme oder gar Verstärkung dieses verurteilten Systems ist ausgeschlossen und es bleibt der europäischen Staatenwelt nichts anderes übrig als — nach dem definitiven Schiffbruch der auf Gewalt gegründeten Anarchie — zu dem Gedanken zurückzukehren, den seit Jahrhunderten die hervorragendsten Geister Europas als das einzige Heilmittel gepredigt haben, um unsere alte Kulturwelt vor dem völligen Untergang zu bewahren.

Dieser Gedanke ist :

**Ein Friedensbund freier Völker,**

gegründet auf gegenseitige Anerkennung ihrer Rechte, auf gegenseitiges Vertrauen — ein Föderalismus freier Staaten, wie Kant ihn nennt. *Ein Völkerbund, kein Völkerstaat,* ein Bund, der den ihm angehörenden Staaten ihre volle Souveränität lässt, nur mit der einen Einschränkung, dass sie diese Souveränität nicht zum Kriege gegen einen der Verbündeten missbrauchen dürfen. Dieser Bund soll gegründet sein nicht auf Gewalt, sondern auf gegenseitiges Vertrauen, auf das Gefühl der Pflicht, auf den *kategorischen Imperativ.* Solchen Friedensbund hielt der Königsberger Weise zwischen europäischen Staaten schon damals für möglich, ohne innere staatliche Organisation, ohne oberste gesetzgebende Gewalt, weil er den Interessen aller gleichmässig entspreche und für alle gleichmässig durch die Pflicht geboten sei. Gewiss schwebte ihm die höhere und stärkere Einheit, die positive Idee einer *Weltrepublik* als erstrebenswertes Ideal vor, aber als Mann der « praktischen Vernunft » begnügt er sich. da die Welt für jenes grosse Ideal noch nicht reif sei, mit dem « negativen Surrogat eines den Krieg abwehrenden, bestehenden, und sich immer

ausbreitenden Bundes. » An der Ausführbarkeit des Friedensbundes (foedus pacificum) hat Kant nicht gezweifelt und nur den Augenblick ersehnt, wo « ein mächtiges und aufgeklärtes Volk » sich zum Mittelpunkt einer solchen föderativen Vereinigung machen und durch immer weiteren Anschluss anderer Völker diese Vereinigung immer weiter unter den zivilisierten Nationen ausbreiten würde [1].

*Dieser scheinbar so einfache Kant'sche Gedanke ist das Tiefste, was über die völkerrechtliche Gestaltung der europäischen Staatenfamilie gedacht worden ist.* Er ist nicht das Produkt eines in Wolken schwebenden Ideologen, sondern eines mit klaren Augen um sich blickenden Menschenkenners, der aus den Erfahrungen der Geschichte und den Verhältnissen seiner eigenen Zeit — die Beziehungen zur damaligen Weltlage leuchten oft ironisch zwischen den Zeilen hervor — die praktische Schlussfolgerung zieht. Er sagt es ausdrücklich, er bemühe sich nicht um theoretische Konstruktionen, sondern wünsche nur, dass der Philosoph vom König gehört werde, « weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. » Er ist zwar zufrieden mit der Rolle, welche die weltklugen Staatsmänner gemeiniglich der Philosophie zuschreiben — mit der Rolle der Magd —, aber er beschreibt diese Rolle dahin, dass die Magd ihrer Herrin nicht die Schleppe nach-, sondern die Fackel vorantragen solle. Er verzichtet *auf Zeit* auf sein weitergehendes Ideal und begnügt sich vorderhand mit praktisch erreichbaren Zielen [2].

Diese Ziele sind heute noch unendlich wünschenswerter als damals und gleichzeitig unendlich leichter erreichbar. Unendlich wünschenswerter, weil der Zustand der Gesetzlosigkeit und der Anarchie, den schon Kant beklagte, bei der heutigen Grösse und Machtentfaltung der europäischen Staaten umso verhängnisvollere Wirkungen ausüben muss. Wenn Staaten von einigen Millionen Einwohnern, wie sie damals existierten, mit wesentlich nationaler Volkswirtschaft, deren Gütererzeugung und Verbrauch sich zum grössten Teil innerhalb der Landesgrenzen abspielte, wenn solche Staaten schon durch die Kriegsfolgen in ihrer

---

[1] *Kant*, a. a. O., S. 20.
[2] *Kant*, a. a. O., S. 36.

Existenz gefährdet wurden, welche selbstmörderischen Katastrophen treffen dann die heutigen europäischen Staaten, welche — im Kriege befangen — in und ausserhalb Europas 890 Millionen Menschen oder 53 % sämtlicher Erdbewohner umfassen, und, wie die Organe eines grossen Körpers, durch tausend feinste Sehnen und Nervenstränge geistiger und materieller Art unlöslich miteinander verknüpft sind. Was Kant für die damalige Welt für notwendig hielt, um sie vor dem allmählichen Untergang zu bewahren, das ist heute millionenfach mehr nötig: denn damals konnten die kriegführenden Völker zur Not noch — wie die zerschnittenen Teile einer Eidechse — jedes für sich selbstständig weiterleben, während heute dem Riesenkörper der modernen Kulturmenschheit durch den Weltkrieg der Stoss ins Herz versetzt wird und der ganze Organismus zugrunde geht.

Wie aber auf der einen Seite der Zustand der modernen Welt die Uebel des Krieges ins Unendliche vergrössert, so bietet er auf der anderen Seite auch unendlich mehr Möglichkeiten dar — im Verhältnis zur Vergangenheit —, um diesen Uebeln zu begegnen. Der Kant'schen Föderation freier Staaten ist heute auf allen Gebieten internationaler Beziehungen schon im weitesten Masse vorgearbeitet. Abgesehen von den eigentlichen Staatsverträgen existieren unzählige internationale Organisationen auf allen Gebieten des Verkehrs, des Handels, der Landwirtschaft, der Wissenschaft, beginnend vom Weltpostverein bis zur Vereinbarung zum Schutze der Robben im Behringsmeer, — unzählige international-staatliche Institute zur Ausführung und Ueberwachung der entsprechenden Verträge. Es existieren Schiedsgerichtsverträge in grosser Zahl, mit und ohne die obligatorische Pflicht, das Schiedsgericht anzurufen, zum Teil schon so weitgehend, dass selbst sogenannte Lebens- und Ehrenfragen dem Schiedsspruch unterworfen werden müssen. Es existiert im Haag ein internationaler Schiedsgerichtshof, dessen Zusammensetzung, Verfahren und Rechtsprechung durch die Unterschrift sämtlicher zivilisierten Staaten der Welt genehmigt sind. Kurz, auf allen möglichen Gebieten schliessen sich die Ringe internationaler Gemeinschaft bereits zusammen, nur auf dem einen *wichtigsten, alle Lebensinteressen der Völker gleichmässig berührenden Gebiet*, der Frage

von Krieg und Frieden zwischen den europäischen Grossstaaten herrscht noch die Anarchie, die Gesetzlosigkeit, herrscht noch die Dame Diplomatie mit ihren verblichenen Moden, ihren Pfiffen und Kniffen aus vormärzlicher Zeit, mit ihren veralteten Jüngern, die, statt die gemeinsamen Interessen Aller im Auge zu haben, nur die kleinen Profitchen ihrer Auftraggeber mit allen Mitteln politischer Moral, das heisst also Unmoral zu erschleichen suchen. Ein Petrefakt aus längst vergangenen Geschichtsepochen, diese Diplomatie, ein Anachronismus, der in die heutige Zeit hineinpasst, wie ein indianischer Medizinmann in ein modernes Krankenhaus. Wie der Medizinmann mit seinem Hokuspokus dem Kranken hilflos gegenübersteht (wenn er auch den *Schein* erweckt, ihm helfen zu können), so stehen die Diplomaten — das haben sie jetzt erst wieder bewiesen — den gefährlichen Krankheiten der Völker hilflos gegenüber, unfähig, den Ausbruch des todbringenden Uebels zu verhindern. Trotz aller persönlichen Tüchtigkeit vieler Einzelnen — (im Auslande!) —, infolge des *Systems*, das ihrer Existenz zu Grunde liegt.

Seit Hunderten von Jahren nunmehr, seit des Abbé de Saint-Pierre «Entwurf zum ewigen Frieden» (1713) bis zu Rousseau und Kant und dann weiter bis zu der bändereichen modernen Friedensliteratur hat man eine *Organisation der modernen Staaten* erstrebt, welche die Tätigkeit der Diplomatie im bisherigen Sinne so gut wie überflüssig machen würde. Wenn der Besitzstand der vertragschliessenden Staaten gegenseitig garantiert, ihre Interessensphären durch freundschaftliche Abmachungen verteilt, ihre Handelsbeziehungen durch Verträge geregelt, der internationale Verkehr der fortschreitenden Entwicklung entsprechend geordnet und etwaige Streitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen sind, — wenn an die Stelle des bisherigen Misstrauens gegenseitiges Vertrauen getreten ist und auf dieser sicheren Unterlage die Rüstungen zunächst zum Stillstand gebracht und allmählich gleichmässig reduziert werden — alles Dinge, die für alle Teile wünschenswert und erreichbar sind —, dann kann man ruhig die alte Diplomatie ins Raritätenkabinett stellen und an ihre Stelle eine neue setzen, eine moderne, zeitentsprechende, die keiner geheimen Künste, keiner uniformierten Spione, keiner

Palast- und Hintertreppen-Intriguen bedarf, um ihre nützlichen Zwecke zu erfüllen. Dann werden die Diplomaten etwa dieselben Funktionen ausüben, wie heute die Bundesratsbevollmächtigten in Berlin, — wobei ich aber ausdrücklich das Missverständnis zurückweise, als ob das Friedensbündnis freier Völker irgendwie mit der staatlichen Organisation des deutschen Reiches zu vergleichen wäre. Dieses Friedensbündnis soll nichts anderes als eine Art Zweckverband sein, ein *Zweckverband zur Erhaltung des Friedens* und zur Förderung der gemeinsamen Interessen, aber *ohne die geringste Aufgabe souveräner Rechte* [1].

Die gemeinsamen Interessen bestehen heute schon. Sie werden durch internationale Abkommen geregelt und durch internationale Kommissionen wahrgenommen. Der Kreis der gemeinsamen Interessen wird sich von selbst unter dem logischen Zwange der Kulturentwicklung, der Technik, der Ueberwindung von Zeit und Raum immer weiter ausdehnen, trotz des heutigen Weltkrieges und trotz der bornierten Schreier, welche Deutschland auf geistigem und wissenschaftlichem Gebiet entweder zur Weltherrscherin empor- oder zu einem antediluvianischen Nationalstaat zurückschrauben wollen. Die internationalen Beziehungen der Völker können zeitweise unterbrochen werden — durch die verbrecherische Kurzsichtigkeit ihrer Führer und Herrscher —, aber sie leben wieder auf wie die Erde im Frühling, wenn der Schnee schmilzt und die Winterstürme vorübergezogen sind.

Das Band, das schon heute zwischen den Völkern besteht und nach dem Frieden durch die Macht der Tatsachen früher oder später von neuem geknüpft werden wird, es soll nur nach der *einen* Richtung erweitert werden, dass die vertragschliessenden Völker sich zur Friedenshaltung und zum gegenseitigen Respekt vor ihrer Unabhängigkeit und ihrem Besitzstand verpflichten.

### Ist das eine Utopie?

*Ist das unausführbar? Ist das eine Utopie?*

Bertha von Suttner hat einmal gesagt : « Drei Phasen sind es, die jede geistige Bewegung durchzumachen hat : in der ersten

---

[1] Siehe auch *Fried* : « Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus » (Berlin 1914).

wird sie verlacht, in der zweiten bekämpft und in der dritten wirft man ihr vor, dass sie offene Türen einrennt. »

Wenn man den Italienern des Cinquecento, also vor 400 Jahren gesagt hätte : es wird einmal ein einheitliches italienisches Vaterland geben, kein florentinisches, kein pisanisches, genovesisches, venezianisches, sie würden den Sprecher als Utopisten verlacht oder wohl gar ins manicomio eingesperrt haben. Wenn man im Mittelalter dem Burgherrn oder den Stadtherren in Deutschland gesagt hätte, es würde einmal eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr das Recht hätten, nach eigener Macht und eigenem Belieben mit dem Schwert in der Hand ihre Interessen durchzusetzen, sie würden achselzuckend den törischen Schwärmer seinen Träumen überlassen haben. Wenn man ihnen aber weiter gesagt hätte, dass nicht nur sie, die Herren von der Burg und der Stadt, sondern auch die Herren ganzer Landschaften, ganzer Königreiche ihr Fehderecht einst verlieren und nur das ganze deutsche Reich ein solches dem Ausland gegenüber besitzen würde, so würden sie an dem Verstande des Sprechenden gezweifelt oder — was noch wahrscheinlicher — ihn wegen Hochverrats um einen Kopf kürzer gemacht haben. Wie, — ihr Fehderecht, den wichtigsten und wesentlichsten Teil ihrer Souveränität sollten sie einmal verlieren können, sollten ihr Lieblingsspielzeug, ihre Soldaten beiseite legen müssen oder sie unter den Befehl eines Oberherrn stellen? Unmöglich! Das kann nicht sein. Eine Souveränität ohne Waffenrecht — das gibt es nicht.

Und *doch* ist es so gekommen und die Welt ist nicht untergegangen. Und die kleinen und grossen Herren in Italien und Deutschland und anderwärts, sie bestehen alle noch, so weit sie nicht aus anderen Ursachen zu Grunde gegangen sind. Und sie bestehen besser und glücklicher wie damals, als sie einen grossen Teil ihrer Einkünfte auf ihre persönliche Sicherheit verwenden mussten und trotzdem beständig von dem Uebermut böswilliger Nachbarn bedroht waren. Die Friedensgemeinschaft, in die sie aufgegangen sind, hat ihnen mehr Sicherheit und mehr Wohlstand verschafft und, was sie an souveränen Rechten verloren, ist ihnen überreichlich durch das, was sie gewonnen, aufgewogen worden. *Die Utopie ist zum Gemeinplatz geworden* und, wenn

damals der weitsichtige Prophet verlacht oder verurteilt worden wäre, so würde heute der laudator temporis acti für unzurechnungsfähig erklärt werden.

Unzählige Beispiele solcher Entwicklungen liessen sich aus der Geschichte aufzählen. Ja, man kann sagen, die Geschichte ist eigentlich nichts anderes als eine fortlaufende Kette von Beweisen für die Tatsache, dass das Unmögliche von gestern das Mögliche und Wirkliche von heute geworden ist.

*Weshalb also sollte ein Friedensbündnis, das dem Interesse aller Völker gleichmässig entspricht, eine Unmöglichkeit sein?* Wenn die jetzigen deutschen Bundesstaaten im Jahre 1866 sich in erbittertem Bruderkampf gegenüberstanden und vier Jahre später einen « ewigen Bund zum Schutz des Bundesgebietes und des innerhalb desselben giltigen Rechts sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes » schliessen konnten, — weshalb soll ein Völkerbündnis mit viel beschränkteren Zielen, ohne jede innerstaatliche Organisation, bloss mit dem äusseren Zwecke der Friedenserhaltung unmöglich sein? Ist dieser Bund nicht vernünftig? Entspricht er nicht den Lebensinteressen aller beteiligten Völker, aller in gleichem Masse? Ist er nicht unendlich haltbarer als jede auf Gewalt gegründete Organisation — ein Bund, der auf dem unerschütterlichen Fundament des allen gemeinsamen Friedensbedürfnisses nach einem so fürchterlichen Weltkrieg ruht? Was verlieren die Unterzeichner dieses Friedensbündnisvertrages? Das Recht zum Kriegführen unter einander, weiter doch nichts. Dieses Recht haben sie ja nun in dem jetzigen Kriege genügend ausgeübt und in seinen unsagbaren Konsequenzen kennen gelernt. Hat ihnen oder irgend einem von ihnen dieses Recht irgend einen Nutzen gebracht? Hat es sie nicht sämtlich, Sieger und Besiegte, dem Untergang nahe gebracht, ihnen Wunden geschlagen, die in Generationen noch nicht geheilt sein werden? *Was geben sie also auf, wenn sie auf dieses Recht verzichten?* Sie geben die Möglichkeit auf, sich und andere zu Grunde zu richten, weiter nichts.

*Und was tauschen sie dafür ein?* Zunächst tauscht ein jeder von ihnen gegen die Aufgabe seines Rechts die entsprechende Pflicht von der Gegenpartei ein. Rechte und Pflichten kompen-

sieren sich, insoweit also ist die Rechnung ausgeglichen. Nun aber kommt die Kreditseite. Ein jeder ist sicher vor feindlichem Angriff. Ein jedes Volk kann ruhig auf unbegrenzte Zeit seinen Bestrebungen in Handel und Wandel, in Kunst, Literatur und Wissenschaft nachgehen, kann alle ihm von der Natur verliehenen Fähigkeiten in unbeschränkter und unangefochtener Weise entwickeln, kann die Militärausgaben, die zum Angriff nicht mehr dienen können und zum Schutz nicht mehr erforderlich sind, nach und nach, in Gemeinschaft mit den verbündeten Staaten, vermindern, und die ersparten Gelder für Erziehung, Wohlfahrt und soziale Zwecke verwenden. *Eine neue Welt würde in der alten Welt entstehen.* Milliarden jährlich würden allmählich frei werden, um die Armut zu bekämpfen, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, um Wohlstand und Glück nach allen Seiten auszustreuen, und durch die Schaffung allgemeiner Zufriedenheit würde die europäische Gesellschaft vor inneren Katastrophen bewahrt werden.

* * *

Es ist unmöglich, das Mass des Segens zu beschreiben, der aus solchem Völkerbündnis auf alle Völker sich ergiessen würde. Mit dem materiellen Wohl, mit dem Gefühl der Sicherheit vor der Wiederholung so fürchterlicher Ereignisse, wie sie dieser Krieg gebracht hat, mit dem Freiwerden riesiger Mittel für die Zwecke der Kultur und der sozialen Wohlfahrt würde gleichzeitig auch ein Alpdruck von den *Geistern* unserer europäischen Kulturwelt genommen werden. Ein neuer Tag geistigen Lebens würde anbrechen in allen Ländern. Hass und Rache würden aus den Herzen der Menschen verschwinden und alle Völker würden als Teilnehmer einer nunmehr *wirklich* gewordenen europäischen Kulturgemeinschaft versöhnt und verbrüdert, erhobenen Blickes und freudigen Mutes ihren künftigen Geschicken entgegengehen.

Utopist ! Phantast ! höre ich mir zurufen. Natürlich : Utopist von heute, Realist von morgen. Nichts von Utopie in meinem Vorschlag, der den Vorzug hat, nur eine Wiederholung und Erweiterung Kant'scher Ideen zu sein : schon damals keine Utopie, heute aber ausführbarer als je.

*Ein Friedensvertrag, der jede Idee der Annexion, der Sicherung durch Gewalt beiseite lässt !* Die Erfüllung dieser Bedingung wird sich von selbst ergeben, da der Krieg unentschieden bleiben und im günstigsten Falle nur zum Austausch der beiderseitigen Pfandobjekte führen wird : jeder wird froh sein, wenn er das zurückerhält, was er früher besessen hat. Gott sei Dank, dass es so ist : denn wäre an einen entschiedenen Sieg der einen oder der anderen Partei — besonders aber der *einen* ! — zu denken, so würde der Sieger sicher nichts anders tun als möglichst viel Land in und ausserhalb Europas zu annektieren, die Gegner möglichst zu zerschmettern, militärisch, politisch und wirtschaftlich, und auf den Trümmern der anderen Staatsgebilde eine hegemonische Gewaltherrschaft aufzubauen. Das wäre der unvermeidliche Keim zu immer neuen Kriegen, ein solcher Friedensvertrag wäre mit der Klausel « bis auf später » abgeschlossen und Ade, Völkerbund ! Ade, Friedensgarantie !

Das aber kann *glücklicherweise* nicht kommen, zum Segen der Menschheit. Der Streit wird mit einem « non liquet » enden. Und was der Verstand den Mächtigen nicht eingeben würde, die Gewalt der Tatsachen wird sie dazu zwingen. Es wird ihnen unmöglich sein — jedem von ihnen —, die Friedensbedingungen zu diktieren, und so wird die Vertragsurkunde dem europäischen Frieden wenigstens keine Steine in den Weg legen, über die er sofort von neuem stolpern müsste.

Dies Resultat ist aber leider nur ein negatives. Wenn nichts weiter erreicht wird als das, so geht die ganze Trübsal wieder von vorne an. Rüstungen und Misstrauen, Misstrauen und Rüstungen im ewigen circulus vitiosus. Weitere Auspowerung der schon vollständig blutleeren Völker. Weitere diplomatische Pfiffe und Kniffe, um jedem möglichst fette Brocken aus der grossen Welt-Suppenschüssel zuzuschanzen. Neue Interessenkonflikte, neue Reibungen und schliesslich neue Explosionen, noch schlimmer als das erste Mal.

Im Falle des Sieges der einen Partei würde die Gewaltpolitik und Unterdrückung die neue Explosion herbeiführen ; im Falle der Unentschiedenheit des Kampfes würde die wieder auflebende Interessenkonkurrenz, der wieder beginnende Rüstungswettlauf neue Spannungen und neue Entladungen bewirken.

Das Resultat bleibt stets dasselbe, wenn nicht das *eine* hinzukommt: neben dem Verzicht auf jede gewaltsame Neuordnung der Dinge ein *foedus pacificum*, ein Friedensbündnis freier Völker, ehrlich und aufrichtig gemeint, und als wichtigste Folge dieses Bündnisses: *allmähliche gleichmässige Abrüstung* der stehenden Heere und Flotten bis zu dem Masse, das erforderlich ist, um gegenüber den noch aussenstehenden Völkern dem Friedensbunde die erforderliche Sicherheit zu verleihen. Je mehr dieser Bund sich nach aussen erweitert und nach innen festigt, um so mehr soll die Verminderung der Rüstungen fortschreiten und die Umbildung der stehenden Heere in Milizen in Angriff genommen werden. Die Entwicklung nach dieser Richtung hin tritt mit logischer Notwendigkeit ein. Da der Bund den Interessen aller entspricht, ohne dem Wesen ihrer Souveränität irgendwelchen Abbruch zu tun, — da also die Souveränität jedes Einzelnen ihrem *wahren* und *wesentlichen* Inhalte nach voll aufrecht erhalten bleibt und somit alle Vorteile des Friedensbundes von jedem *umsonst* erkauft werden, so ist es logisch unvermeidlich, dass der Bund sich immer enger knüpft, das Vertrauen zu seinem Bestande immer mehr wächst und das gute Beispiel immer mehr Nachfolge in der Welt findet.

Das einzige allerseits aufgegebene Recht zur gegenseitigen Bekriegung erscheint in der neuen Bildung als *Recht zum Unrecht*, kann also nicht als wahres Recht und somit sein Verlust nicht als wahrer Verlust anerkannt werden. So wird der Bund mit jedem Jahre seines Bestehens innerlich kräftiger und nach aussen umfangreicher werden. Er wird aus einem Vier- oder Fünfbund zu einem Sechs- und Siebenbund und schliesslich zu einer Multiple-Entente werden, die die ganze zivilisierte Welt umfasst. Was die Weisen gedacht, die Völker stets erstrebt haben, das wird *endlich* — nicht mit einem Schlage, aber in dem zielbewussten Gang geschichtlicher Entwicklung zur Wahrheit werden und ein neues goldenes Zeitalter, das uns bisher nur als Traum einer fernen Vergangenheit erschienen, wird als Wirklichkeit einer hoffentlich nicht zu fernen Zukunft emporblühen.

* * *

Der Weg zu diesem beglückenden Ziel ist weder neu, noch schwierig. Wenn es moglich war bisher, zwischen zwei oder drei Staaten ein solches Friedensbündnis zu schliessen, so muss es auch möglich sein zwischen vier oder fünf oder mehr Staaten. Dass die bisherigen Bündnisse nur dazu führten, einen gemeinschaftlichen grossen Kriegsapparat auf die Füsse zu stellen, beruht eben darauf, dass sie nicht *umfassend* genug waren, und dass die Bündnisgruppen als Kollektivgemeinschaften einander feindlich oder wenigstens misstrauisch gegenüber standen. In dem Augenblick, wo dieser Gegensatz fällt und die Gruppen als solche zu einer grösseren Gemeinschaft zusammentreten, fällt jeder Grund zu weiteren Rüstungen fort, ebenso wie er bisher schon *innerhalb* der einzelnen Gruppen nicht mehr bestanden hat.

Nehmen wir an, Deutschland und Oesterreich, eng mit einander verbündet, hätten allein in der Welt dagestanden, ohne die Triple-Entente oder sonstige Machtgruppen sich gegenüber zu sehen, so wäre das weitere Rüsten der beiden Kaiserstaaten auch vom militaristischen Standpunkt aus unsinnig gewesen, denn keiner der Verbündeten hatte vom andern Angriffe zu erwarten. Dasselbe gilt von den Mächten der Triple-Entente, wenn Deutschland und Oesterreich ihnen nicht gegenüber gestanden hätten. Wenn also alle fünf Mächte in einem gleichen Friedensbund, wie er jetzt *innerhalb* der beiden Gruppen besteht, *mit* einander zuzammengeschlossen wären, so würde der Wetteifer in den Rüstungen jeden Grund und Zweck verlieren und nach der Logik der Dinge von selbst aufhören. Die deutschen Fürstentümer und Königreiche mussten, so lange sie nicht zu dem « ewigen Bunde » des deutschen Reiches vereinigt waren, gegen einander gerüstet sein ; mit der Schaffung des deutschen Reiches ist diese Rüstung innerhalb Deutschlands mit einem Schlage weggefallen und besteht jetzt nur noch nach aussen hin, zum Schutze des deutschen Reiches und aller seiner Bundesglieder. Dieselbe Entwicklung hat Italien stufenweise durchgemacht, als es von der Souveränität der einzelnen Stadtgebiete zu der umfassenderen der einzelnen Königreiche und schliesslich zu der allumfassenden des

geeinten Königreichs Italien überging. Ebenso ist es in der Schweiz, ebenso in den Vereinigten Staaten von Amerika gewesen.

Es macht keinen Unterschied bei dieser Erörterung, ob die geschlossenen Bündnisse zu einem Einheitsstaat oder zu einem Bundesstaat oder nur zu einem Staatenbunde führten. Es macht ebensowenig einen Unterschied, ob ein solches Bündniss bei der losesten Form eines nur der Kriegsabwehr dienenden Zweckverbandes stehen bleibt. Der Kernpunkt, den wir hier erörtern, ist überall derselbe : *der vertragsmässige Ausschluss jedes Krieges unter den Bundesgenossen.* Ob der Bund über diesen nächsten Zweck hinaus mehr oder weniger andere Zwecke erfüllen oder sogar bis zum geschlossenen Einheitsstaat sich zuspitzen will, das hängt von unzähligen Faktoren ab, die bei den verschiedenen Bildungen verschieden sind und daher zu verschiedenen Resultaten führen. Diese Faktoren (Gemeinschaft der Sprache, der Rasse, der geschichtlichen Entwicklung, der Kultur etc.) brauchen wir hier nicht zu erörtern. Unsere Idee des Friedenszweckverbandes stellt ein *Minimum* dar, welches erstrebenswert und erreichbar erscheint, auch wenn all' die anderen Faktoren, die zu engeren Gemeinschaften führen, nicht vorhanden sind. Dieses Minimum ist erreichbar, auch wenn die Staatsindividuen, die sich zu dem Zweckverband vereinigen sollen, noch so verschieden in Rasse, Sprache, Kulturentwicklung und geschichtlichem Werden sind. Zu diesem Minimum einer völkerrechtlichen Vereinigung sind alle Völker reif, die auf moderner Kultur h ö h e stehen, auch wenn ihre Kultur a r t noch so verschieden von einander ist.

Je beschränkter der Zweck und Inhalt eines solchen Friedensverbandes ist, umso leichter muss er zu schaffen sein. Wenn es also gelungen ist, souveräne Staaten in Einheitsstaaten, Bundesstaaten und Staatenbünde zusammenzuschmeissen, — wobei sie mehr oder weniger von ihren Souveränitätsrechten aufgeben mussten —, so muss es bedeutend leichter sein, souveräne Staaten zu einem Zweckverband zu vereinigen, bei dem sie — abgesehen von der gegenseitigen Bekriegung — nichts von ihren Souveränitätsrechten aufzugeben brauchen. Quod erat demonstrandum.

* * *

Ich denke, das sind alles praktische Erwägungen, die dadurch hoffentlich nichts an ihrem Werte verlieren, dass ihnen die strenge Logik zur Seite steht. Man spreche mir nicht auch hier wieder von Utopien, vom ewigen Frieden und dergleichen. Nicht um *ewigen* Frieden handelt es sich, wie ja der Begriff der Ewigkeit auf menschliche Dinge überhaupt nicht anwendbar, sondern ein Reservat des lieben Gottes ist. Auch die deutsche Reichsverfassung, die sich als «ewigen Bund» bezeichnet, wird dem Schicksal menschlicher Vergänglichkeit verfallen. Es handelt sich darum, menschliche Einrichtungen zu schaffen, die menschlichen Uebeln nach Möglichkeit vorbeugen sollen. Die Einrichtung stellt das ideale Postulat dar, das menschliche Leben bringt die Ausnahmen. Es ist kein Argument gegen die Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit einer Staatsverfassung, wenn der König Staatsstreiche verübt oder das Volk Revolutionen macht. Kein Argument gegen die Notwendigkeit eines Strafgesetzbuches, wenn Verbrechen begangen werden. Keine Widerlegung von Moralvorschriften, wenn die Unmoral herrscht. Die Hygiene ist nicht identisch mit der Abschaffung des Sterbens, die Erziehung nicht mit der Hervorbringung von Heiligen und Engeln.

So soll und kann auch der Friedensbund der Völker den ewigen Frieden nicht garantieren, er soll und kann aber die Kriege *nach Möglichkeit* verhüten und er *wird* diese Wirkung ausüben, weil die Enthaltung vom Kriegführen nicht nur einer sittlichen Forderung, sondern auch den wahren Lebensinteressen der Völker entspricht.

### Die Zwangsgewalt?

Damit erledigt sich ohne weiteres die übliche Frage, welches denn die *Zwangsgewalt* sei, die den Bund innerlich zusammenhält? Diese Zwangsgewalt ist in erster Linie die Pflicht, in zweiter Linie das Interesse. Welche Zwangsgewalt hält denn das deutsche Reich zusammen? Wer könnte Preussen verhindern, Bayern mit Krieg zu überziehen und in die Tasche zu stecken? Die anderen Bundesstaaten im Verein mit Bayern etwa? Was

die gegen Preussen ausrichten könnten, haben wir 66 gesehen, als Preussen noch ausserdem Oesterreich, seinen jetzigen Bundesgenossen, zu bekämpfen hatte. Wenn also der König von Preussen den deutschen Bundesvertrag hält, so tut er es nicht, weil irgend eine Macht ihn dazu zwingen könnte, sondern weil seine *Pflicht* und sein *Interesse* es erheischen. Aus denselben Gründen werden alle engeren oder weiteren Staats- oder Völkerverträge so lange gehalten, als Pflicht und Interesse gleichmässig den Respekt vor ihnen fordern — Interesse allerdings nicht in dem niedrigen Sinne eines augenblicklichen Vorteils, sondern in dem höheren Sinne eines dauernden Nutzens, der nur aus der Achtung vor Recht und Moral erwachsen kann. — Wer könnte die blühenden und starken Kantone der deutschen Schweiz verhindern, den schwächeren italienischen zu überfallen und zu annektieren, der überdies noch einer anderen Sprachen- und Rassengemeinschaft angehört, nach « völkischen » Anschauungen also minderwertig und daher zur Unterdrückung bestimmt ist ? Keine physische Gewalt würde solchem Unternehmen im Wege stehen ; trotzdem würde nur ein Wahnsinniger auf solche Idee verfallen, weil die Vernunft, die Pflicht und das Interesse den Schweizern gebieten, ihrem Bundesvertrag treu zu bleiben. Weshalb werden Handels- Zoll- und Schiffahrtsverträge gehalten, selbst wenn sie den Interessen einer Vertragspartei zuwiderlaufen sollten ? Weshalb sagt sich die stärkere Partei von einem ihr ungünstigen Vertrage nicht los, sondern wartet den Ablauf oder die Kündigung ab ? Weil die Pflicht die Vertragstreue gebietet und selbst ein vorübergehender Schaden den höheren Nachteil nicht aufwiegt, dass niemand mit einem Vertragsbrüchigen wieder einen Vertrag schliessen würde. — Diese Beispiele liessen sich ins Unendliche vervielfältigen. Ebenso wie im äusseren bieten sich auch im inneren Staatsleben Analogien dar. Wenn im Verwaltungsstreitverfahren der Privatmann gegen die Behörde siegt, welche physische Macht zwingt die Behörde, sich dem ihr ungünstigen Urteil zu unterwerfen ? Keine. Die physische Macht besitzt die Behörde allein, aber die moralische Macht des Rechtsspruches und das höhere Staatsinteresse, das Interesse des Rechtsstaates, gebieten, dem Urteil Folge zu leisten.

Genau so wird es sich mit den Verpflichtungen verhalten, die der Friedensbund seinen Mitgliedern auferlegt. Pflicht und Interesse werden den Mitgliedern gebieten, ihre Verpflichtungen innezuhalten, und wenn sie doch verletzt werden sollten, so bieten die engen Beziehungen moderner Staaten unzählige unblutige Mittel, um den Vertragsbrüchigen zu seinen Pflichten zurückzurufen. Abbruch der Handelsbeziehungen, Boykott der Waren, Ausschluss von den bestehenden internationalen Organisationen, Sperrung des Post-, Eisenbahn- und Kreditverkehrs etc. Alle diese Mittel werden aber nicht erforderlich werden: denn das Interesse, dem Bunde weiter anzugehören und seine Vorteile zu geniessen, auf der anderen Seite die Scheu vor der öffentlichen Brandmarkung, die dem Friedensbrecher jedes andere Bundesverhältnis für alle Zukunft unmöglich machen würde, werden auch den mächtigsten Bundesgenossen verhindern, leichtfertig seinen Bundespflichten zuwider zu handeln.

Die Praxis der Schiedsgerichtssprüche beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. Von den 212 im Laufe des 19. Jahrhunderts gefällten Schiedssprüchen ist keiner unbefolgt geblieben, obwohl kein Zwang zur Unterwerfung bestand und manche Schiedssprüche nur mit Unwillen von der öffentlichen Meinung des betreffenden Landes aufgenommen worden sind [1]. Nie ist es vorgekommen, dass ein Staat dem Schiedsspruch sich widersetzt und seine Ausführung abgelehnt hätte. Auch hier waren die bestimmenden Faktoren die Pflicht, dem freiwillig herbeigeführten Schiedsspruch sich unterzuordnen und das Interesse, lieber einen ungünstigen Schiedsspruch anzunehmen als einen Krieg zu riskieren und in der Welt als wortbrüchig dazustehen.

So wird auch der Friedensbund freier Völker, der einen wahren dauernden Frieden, nicht bloss einen Waffenstillstand, nach den Schrecken dieses Krieges gewährleisten soll, sicher und unerschütterlich ruhen auf dem *Vertrauen der vertragschliessenden Völker zu einander, auf der Heiligkeit des gegebenen Wortes und auf dem gemeinsamen Interesse, welches den Bund zusammengefügt hat.*

---

[1] *Fried*, Band I. S. 156.

## Was wird der Frieden uns bringen?

*Ist eine so grosszügige Friedenspolitik von deutscher Seite zu erwarten? Wird sie möglich sein bei den inneren Zuständen Preussens und Deutschlands* ? Nach meiner Ansicht : nein. Solange Preussen unter der reaktionärsten Verfassung lebt, die in irgend einem zivilisierten Lande der Welt existiert, solange ein arbeitstüchtiges, ausdauerndes und intelligentes Volk noch heute, wie seit Jahrhunderten, von Reaktionären, Junkern, Soldaten und Pfaffen regiert wird, die nicht in friedlicher Entwicklung, sondern nur in kriegerischen Abenteuern ihren Vorteil finden, so lange ist an eine ernste und aufrichtige Friedenspolitik von Preussen-Deutschland nicht zu denken. Eine Soldatenfamilie wie die Hohenzollern, deren Aufstieg ihrer kriegerischen Tüchtigkeit zu verdanken ist, wird nur durch ein starkes Gegengewicht im Volke davon zu überzeugen sein, dass die Zeiten kriegerischer Eroberungen vorüber und nur im friedlichen Wettkampf der Völker heute noch Lorbeern zu ernten sind. Dieses Gegengewicht im Volke ist bekanntlich *nicht* vorhanden. Der in Preussen herrschende Absolutismus, der durch eine veraltete — nicht einmal gesetzmässig entstandene, sondern dem Volke oktroyierte — Verfassung nur unvollkommen maskiert ist, färbt auch auf das deutsche Reich ab, trotz des demokratischen Reichswahlrechts und trotz des Vorhandenseins von Bundesstaaten, die nach demokratischeren Grundsätzen regiert werden. Das Uebergewicht Preussens in der Reichsregierung und im Bundesrat, die Personalunion des Reichskanzlers mit dem preussischen Ministerpräsidenten, die ausschliessliche Militärgewalt des preussischen Königs in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser und vor allem sein Recht, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen — unter Umständen sogar ohne Zustimmung des Bundesrats, — alle diese Tatsachen wirken zusammen, um das deutsche Reich in Wirklichkeit nur zu einer *Filiale des preussischen Königtums* zu machen [1].

[1] Zu den Minimalforderungen auf verfassungsrechtlichem Gebiete gehört die Abänderung des Art. 11 der Reichsverfassung. Es muss in Zukunft unmöglich sein, das Schicksal des deutschen Volkes von den Entschlüssen eines einzelnen Mannes abhängig zu machen. Auch die Zustimmung des Bundesrats zu der

Alle Mängel und Gebrechen der preussischen Verfassungszustände gehen so — wie ansteckende Krankheiten — auf den Reichskörper über. Die Vorrechte der herrschenden Gesellschaftsklassen, die von jeher in Preussen von der Milch die Sahne abgeschöpft haben, haben sich auf das deutsche Reich ausgedehnt. Auch hier in Militär und Beamtentum herrscht der Adel oder, in Ermangelung der Adelskrone, mindestens die zuverlässig konservative Gesinnung. Die ostelbischen Agrarier haben der deutschen Wirtschafts- und Steuergesetzgebung ihren Stempel aufgedrückt und sie in rücksichtslosester Weise ihren Interessen, auf Kosten der übrigen Bevölkerungsklassen, dienstbar gemacht. Die preussischen Landräte, die bis 1870 nur in Preussen den Ton angaben, sie sind über Elbe, Weser und Rhein bis an die Vogesen vorgedrungen und die Herren von Köller und von Dallwitz berufen worden, den Elsass-Lothringern echt preussische Disziplin und Gesinnungstüchtigkeit beizubringen. Dieselbe souveräne Gleichgültigkeit, welche preussische Ministerpräsidenten nach alter Tradition Parlamentsbeschlüssen gegenüber gezeigt haben, — obwohl sie sich über preussische Parlamentsbeschlüsse, mindestens seit der Konfliktzeit, wahrlich nicht zu beklagen hatten —, dieselbe Gleichgültigkeit zeigt der Reichskanzler den Beschlüssen des Reichstags gegenüber: er will auch hier nichts anderes sein als der getreue Diener seines Herrn.

*Also Absolutismus hier und dort. In Deutschland verschämter, in Preussen unverschämter.* Mit dem einzigen Unterschied nur, dass der preussische Absolutismus mit seiner gefügigen Majorität nach Belieben das Schlechte schaffen, der deutsche dagegen, anderen Majoritätsverhältnissen gegenüber, sich meist darauf beschränken muss, das Gute zu verhindern.

Die Gleichberechtigung der Konfessionen — in Preussen wie

---

Kriegserklärung reicht nicht aus, um einem mündigen Volke Sicherheit zu gewähren gegen die Wiederholung von Katastrophen, wie wir sie jetzt schaudernd miterleben. Ob der Bundesrat bei den Kriegserklärungen an Russland und Frankreich befragt worden ist, ist bis heute nicht öffentlich bekannt geworden. Von der Fälschung ausgehend, dass ein Angriff auf das Bundesgebiet vorgelegen habe, wäre die Zustimmung des Bundesrats nicht einmal erforderlich gewesen. Aber gleichviel: *in Zukunft wird und darf nur durch Reichsgesetz, also durch übereinstimmenden Beschluss des Reichstags und des Bundesrats ein Krieg im Namen des Reichs erklärt werden.*

in Deutschland eine papierne Vorschrift, gegen die täglich verstossen wird!

Die Ministerverantwortlichkeit — in Preussen trotz feierlichen Versprechens in 64 Jahren noch nicht eingeführt, in Deutschland nicht einmal versprochen.

Das preussische Wahlrecht, trotz feierlicher Zusage in einer Thronrede immer noch unverändert, auch keine einschneidende Veränderung zu erhoffen nach den neuesten Aeusserungen konservativer Parteiführer und Minister! Dagegen das Reichswahlrecht, schon durch eine haarsträubend ungerechte Wahlkreiseinteilung entdemokratisiert und noch beständig in Gefahr, dem preussischen angenähert zu werden, damit auch in diesem Punkt Preussen und Deutschland möglichst die gleichen Wege gehen!

Es ist überflüssig und unmöglich, alle preussischen Rückständigkeiten hier aufzuzählen, sie sind aller Welt nur zu gut bekannt. Uns interessiert hier nur die Frage, ob ein Staat, der politisch sich noch in einem hinterwäldlerischen Zustand befindet, fähig ist, grosse Ziele zu erfassen, die weit über seine schwarzweissen Grenzpfähle hinaus der ganzen Kulturmenschheit zum Segen gereichen sollen, und ob seine Führer bereit sein werden, die etwa als wahr erkannten Ziele gegenüber allen inneren Widerständen der herrschenden Klassen und Cliquen unbeirrt zu verfolgen.

*Diese Ziele waren auch früher schon erreichbar*, ohne die Politik der gepanzerten Faust, ohne den Rüstungswahnsinn und ohne den Ausbruch der jetzigen Weltkatastrophe. Sie waren erreichbar durch eine radikale Umwandlung derjenigen Anschauungen, welche bisher die preussisch-deutsche Politik geleitet haben. Die deutsche Regierung brauchte nur die so oft dargebotene Hand Englands zu ergreifen — von der ersten Haager Konferenz an bis zu den letzten Vorschlägen Grey's Ende Juli 1914 — und das, was wir heute erhoffen, ersehnen, erstreben, wäre schon vorher erreicht gewesen, ohne einen Tropfen Blut, ohne einen Funken Brand, ohne Tod und Verwüstung. Blühend, reich und glücklich stände das geeinte Europa heute da — eine glänzende Gegenwart, eine noch glänzendere Zukunft! —, wenn es dem deutschen Reichskanzler gefallen hätte, die Friedensmahnungen des englischen

Ministers zu hören und den vorgeschlagenen Friedensbund wenigstens einer Prüfung für wert zu halten.

*Dieser Grey'sche Friedensbund war das Embryo, aus welchem der Kant'sche Friedenszweckverband hervorgegangen wäre,* ohne Wehen, ohne Geburtsschwierigkeiten, im normalen Entwicklungsgang.

Es hat nicht sollen sein. Der Weltmachtkitzel hatte nun einmal unsere Führer und Herrscher ergriffen : die Ziele ihres Ehrgeizes — die gleichzeitig die Ziele unserer privilegierten Klassen waren, weil sie ihnen eine weitere Aufrechterhaltung ihrer durch den Aufstieg neuer Volkskräfte gefährdeten Vorrechte in Aussicht stellten — diese Ziele waren nur durch *Gewalt* zu erreichen und an diesem « rocher de bronze » mussten alle Friedensschifflein hoffnungslos zerschellen.

Diejenigen aber, die durch ihren Unverstand oder bösen Willen, durch Wahnsinn oder Verbrechen das Friedenswerk *vor* dem Ausbruch dieses Krieges verhindert haben, sie mögen sich hüten, *nach* dem furchtbaren Gewitter den nach Ruhe und Glück lechzenden Völkern von neuem den Sonnenschein eines dauernden Friedens vorzuenthalten. Wer die furchtbare Verantwortung trägt, den Krieg entfesselt zu haben, — wer eine Schuld begangen, für die keine irdischen und himmlischen Strafen ausreichende Sühne sind, der sei gewarnt, auch noch den weiteren Fluch auf sich zu laden, den unglücklichen Völkern die Segnungen eines dauernden Friedens zu versagen. Eines Friedens, der — gleichviel wer Sieger oder Besiegter sein wird — *nie auf Gewalt, sondern nur auf den freien Willen freier Völker aufgebaut werden kann.*

Wer diesen Weg zum dauernden Frieden beschreitet, wer das Geschehene zwar nicht ungeschehen machen kann, aber aus den blutgetränkten Feldern wenigstens die unverwelkliche Palme des Friedens hervorspriessen lässt, der wird sich — nicht die Befreiung von der Schuld erkaufen, aber mancher wird ihm mildernde Umstände zubilligen, weil er sich wenigstens gezeigt hat als « Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. »

Sollte es aber anders kommen...

Sollte es aber anders kommen, sollten die Ratgeber des deutschen Kaisers wiederum versagen, sollten die Hoffnungen und Erwartungen des Volkes wiederum getäuscht werden, die Reaktion im Innern von neuem und vielleicht stärker als je beginnen — manche Anzeichen hierfür liegen schon vor —, sollte der Frieden nach aussen von neuem auf Kanonen und Bajonette gestützt werden, dann — das möge man sich gesagt sein lassen — dann wird, wie Bebel vorausgesagt hat, auf den grossen Generalmarsch der grosse Kladderadatsch folgen, *dann wird nicht für die Regierung allein, nein für die Monarchie die Todesstunde geschlagen haben.*

« Kein Volk noch beglückten
Blut und Plünd'rung! der Fluch fällt entsetzlich
Auf den mächtigen, lorbeergeschmückten
Sieger von dem Besiegten zurück!
Wohl ergreift den Bethörten nicht plötzlich
Eh'rnen Armes die ewige Rache,
Doch sie wartet, sie folgt, sie hält Wache,
Sie tritt ernst vor des Sterbenden Blick. »

Schon lange haben die Völker das Furchtbare heraufziehen sehen, schon lange haben sie die Mächtigen in eindringlichen Worten vor der Untat eines europäischen Völkerkrieges gewarnt, auf welche automatisch die Strafe des Unterganges für die Verbrecher folgen müsse. Nirgends ist diese Warnung so eindringlich, mit so flammenden Worten ausgesprochen worden, wie in dem grossen *Friedensmanifest der Internationale*, beschlossen zu Basel am 25. November 1912, in welchem es heisst:

« Die grossen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne dass diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

» Die Balkankrisis, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Pro-

letariat sein. Sie wäre zugleich die grösste Schandtat der Weltgeschichte, durch den *schreienden Gegensatz zwischen der Grösse der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.*

» Darum stellt der Kongress mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im *Krieg gegen den Krieg*... Ein Krieg zwischen den drei grossen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn..... Die Regierungen mögen nicht vergessen, dass sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können.... Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, dass schon der blosse Gedanke der *Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges* die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muss. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schiessen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

» Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben. »

Diesem Manifest entsprachen die Reden, die von den Arbeitervertretern aller Länder, Deutschlands, Oesterreichs, Englands, Frankreichs, Jaurès an der Spitze, in dem altehrwürdigen Münster zu Basel an die versammelte Menge gehalten wurden. Nicht Sozialistenführer allein, auch strenggläubige Prediger und Schweizer Regierungsbeamte wandten sich in ernsten Worten gegen die Tollheit eines europäischen Krieges, gegen dieses unsühnbare Verbrechen an der Menschheit. Kein Bündnisvertrag könne Deutschland verpflichten, für die törichte und ehrgeizige Politik gewisser österreichischer Cliquen auch nur das Blut eines einzigen

Deutschen zu verspritzen. Alle Folgen würden auf diejenigen zurückfallen, die ein Gemetzel anzetteln würden, wie es die Welt noch nicht erlebt hat. Mit klaren Worten sagte Jaurès voraus, dass, *je furchtbarer der europäische Krieg, umso grösser und furchtbarer die darauf folgende Revolution sein würde.*

Die Götterdämmerung.

Nun ist das eingetreten, wovor die Volksvertreter aller Länder so eindringlich gewarnt haben. Damals hatte ihre Warnung noch Erfolg, heute aber musste sie erfolglos bleiben, weil man ihre Zungen gelähmt, ihre Hände gebunden, ihre Schritte gehemmt hat. Nicht wegen eines serbisch-österreichischen Hafenstreits, sondern wegen anderer, noch viel elenderer Bagatellfragen zerfleischen sich heute 20 Millionen blühender Menschen. Wegen eines Missverständnisses, einer juristischen Interpretationsfrage, die in einer halbstündigen Beratung von Sachverständigen spielend gelöst werden konnte. Wenn man all' dies nicht mit erlebte, man würde es für die wahnsinnige Ausgeburt eines Gehirns halten, das sich im letzten Stadium progressiver Paralyse befindet. Ob enquête judiciaire oder policière, ob Mitwirkung an Gerichts- oder Polizeierhebungen den Oesterreichern in Serbien bewilligt werden sollte, diese und ähnliche welterschütternde Fragen sind es — nach der Behauptung der Schuldigen selbst, denn ihre geheimen Kriegsabsichten gestehen sie ja nicht zu — solche « Lebensfragen » sind es, um die der Tod heut' Ernte hält und Berge auf Berge von Leichen auftürmt. Ja, wahrlich auch der ruhigste « Zeitgenosse » muss diesem Zustand gegenüber revolutionär werden. Auch der Spiessbürger muss sich sagen, dass eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die zu solchen Resultaten führt, zum Untergange reif ist; auch seine Liebe zu den herrschenden Gewalten muss sich in Hass umwandeln, auch in seinen Dunstkreis muss Herwegh's Wort eines « Lebendigen » dringen :

« Die Liebe kann uns helfen nicht,
Die Liebe nicht erretten ;
Halt Du, o Hass, Dein jüngst Gericht,
Brich Du, o Hass, die Ketten !

Und wo es noch Tyrannen gibt,
Die lasst uns keck erfassen;
Wir haben lang genug geliebt,
Und wollen endlich hassen. »

Aus der Internationale der Arbeit musste und muss nunmehr die Internationale des Hasses emporsteigen, des Hasses gegen den Imperialismus und Sanguinismus, gegen die Eroberungs- und Blutpolitik. Noch sind die Stimmen der Völker gelähmt und unterdrückt, noch glühen die Funken unter der Asche, aber die Zungen werden sich lösen, die Flammen werden emporschlagen und das morsche Gebäude unseres heutigen Staates wird in Feuer aufgehen, wie so viele herrliche Menschengebilde, die den Feuertod weniger als jenes verdient haben. Der Segen wird kommen, aber nicht von oben, sondern von unten, und Bebels prophetisches Wort wird zur Wahrheit werden, das er kurz vor seinem Tode sprach — sein Schwanengesang : « *Sie werden ernten, was sie gesäet haben, die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge.* » Schon einmal in der Menschheitsgeschichte ist aus der Tiefe des Volkes herauf die Erlösung gekommen : Jesus von Nazareth, der Zimmermannssohn, der Prediger der Liebe und des Erbarmens in einer Zeit blutiger Eroberung und Unterdrückung, der Schützer aller Mühseligen und Beladenen, der grosse *Revolutionär des Friedens* — auch er würde heute in den Reihen der Friedenskämpfer stehen und sich mit Wehmut und Entsetzen abwenden von denen, die nach ihm sich Christen nennen und so schmählich all' seine Gebote missachten. —

* * *

Wenn Bebels Prophezeihung heute noch nicht eingetroffen ist, wird sie morgen eintreffen? — Sie wird um so sicherer eintreffen, je weiter unsere Führer nach beendetem Kriege die verbrecherische Verblendung treiben, die sie zu diesem Kriege verleitet hat. Radikale Umkehr nach innen, organische Friedenssicherung nach aussen, das sind die Mittel, die *vielleicht* noch den Tag der Rache und der Vergeltung hinaus schieben können. Aber wie die Dinge bei uns in Deutschland liegen, ist an eine solche Einkehr und Umkehr nicht zu denken. Das System, das

zum Kriege geführt hat, dessen Folgen nicht nur von den Vertretern des arbeitenden Volkes, sondern auch von manchem einsichtigen Mann aus anderen Schichten vorausgesagt wurden, — dieses System wird fortgeführt werden mit verstärkten Kräften und wird nicht eher enden, ehe das Volk nicht sein Machtwort spricht

*Dann* allerdings und *nur* dann wird auch ein dauernder Friedenszustand unter den Völkern gesichert sein, als dessen Vorbedingung schon der Königsberger Philosoph vor 120 Jahren den Satz aufgestellt hat : die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein. Für ihn war mit der Institution der Monarchie notwendig und unvermeidlich die Gefahr immer erneuten « heillosen Kriegführens » verbunden : die Gründe für diesen Gedanken gelten noch heute in unverändertem Masse :

> « Nun hat aber die *republikanische Verfassung*, — ausser der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein —, noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den *ewigen Frieden* ; wovon der Grund dieser ist. — Wenn die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschliessen, « ob Krieg sein solle, oder nicht, » so ist nichts natürlicher, als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschliessen müssten (als da sind : selbst zu fechten ; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben ; die Verwüstung, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; zum Uebermasse des Uebels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen : Dahingegen in einer Verfassung, wo der Unterthan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigenthümer ist, *an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. d. gl. durch den Krieg*

*nicht das Mindeste einbüsst,* diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschliessen, und der Anständigkeit wegen *dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Corps die Rechtfertigung desselben gleichgiltig überlassen kann.* »

Das sagt Kant........

Ob er Recht hat? Das mag das deutsche Volk entscheiden...

Wenn er aber Recht hat, was folgt daraus ?........





# Epilog.

They who do not feel the darkness,
will never look for the light.
Buckle.

Dieses Buch schrieb ein Deutscher.

Kein Franzose, Russe oder Engländer.

Ein Deutscher, der unbestochen und unbestechlich ist, nicht gekauft und nicht käuflich.

Ein Deutscher, der sein Vaterland liebt, wie irgend einer; aber gerade *weil* er es liebt, darum schrieb er dieses Buch.

Geboren auf deutschem Boden, aufgewachsen in deutscher Kultur, deutsch von Abstammung, Sprache, Gesinnung, kennt er alle Tugenden des deutschen Volkes, aber auch seine Fehler und seine Schwächen. Aus den Tugenden fliessen — wie überall, so auch beim deutschen Volke — die Schwächen. Aus der Tugend der Treue das blinde Vertrauen, das nicht untersucht, ob der gute Glaube des Volkes getäuscht worden ist, — aus der Tugend der Anhänglichkeit die unbedingte Gefolgschaft, die nicht fragt, ob der gewiesene Weg in Schuld und Verderben führt.

Das Vertrauen des deutschen Volkes ist von seinen Führern schnöde missbraucht, um sein sonst so hellsehendes Auge die dunkle Binde der Unwissenheit gelegt worden. Aus friedliebenden Bürgern hat man hass- und racheerfüllte Kämpfer gemacht, aus Vertretern hoher Kultur und Intelligenz blinde und beschränkte Erfolganbeter, aus Männern mit weltumfassendem Blick engherzige, an der Scholle klebende Volksgenossen, aus Leuchten der Kunst und Wissenschaft « in akademischer Freiheit dressierte Kasernengeister ».

*Verdorben und verblendet hat man das deutsche Volk, um es in einen Krieg hineinhetzen zu können, den es nie vorausgesehen, nie beabsichtigt und nie gewollt hat. Um es zu « befreien », hat man es geknechtet.*

Diesen Bann zu lösen, das Volk von seinen « Befreiern » zu befreien, um die Lüge zu bekämpfen, schrieb ich dieses Buch der Wahrheit.

Von dem populo male informato appelliere ich ad populum melius informandum.

Ein treuer Sohn Germania's seh' ich die geblendete Mutter dem Abgrunde zutaumeln und springe hinzu, sie vor dem tötlichen Sturz zu bewahren.

* * *

*Ist's noch erlaubt im heutigen Deutschland, die Wahrheit zu sagen?* Oder ist es schon so weit gekommen, dass Lügen sittlich, die Wahrheit sagen aber unsittlich ist? Gilt nicht mehr das schöne Lied, das wir einst beim Schlägerklang gesungen:

« Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht? »

Soll diese alte Burschenherrlichkeit für ewig verschwunden sein? Soll es jetzt heissen:

« Wer die Lüge kennt und verheimlicht sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht? »

Ihr bestreitet, was ich für Wahrheit erkläre? So lasst mich sprechen und widerlegt mich. Wenn Ihr es könnt, um so besser für Euch! Aber beherziget wohl: gefährlich ist *zuweilen* das ausgesprochene Wort, gefährlicher stets das unterdrückte.

*Euer Burgfrieden?* — Soll der Burgfrieden so lange dauern, bis ein *Kirchhofsfrieden* daraus geworden? — « Jetzt nicht, — später! » ruft Ihr mir zu. Gerade jetzt, — *nur* jetzt! erwidere ich Euch. Was später ein Wort ist, ein nutzloses Wort, ist jetzt eine *Tat*,

eine rettende Tat. Hunderttausende können vor dem Tode, das deutsche Volk vor dem Untergange bewahrt werden, — jetzt noch, gerade jetzt noch —, wenn die Wahrheit im deutschen Volke sich Bahn bricht. Denn *Wahrheit ist Stillstand, Lüge aber Vorwärtsschreiten auf dem verderblichen Wege.*

*Die Wahrheit nützt unsern Gegnern?* — Ihr grossen Kinder, die Ihr die Augen schliesst, um der Gefahr zu entgehen! Die Gegner kennen sie längst, die Wahrheit: kein Mensch in der Welt kennt sie *nicht*: sie ist « *le secret de polichinelle* ».

Du aber, Deutschland, du unverbesserlich trauende Träumerin, nur Du allein schlummerst noch, — schläfst ruhig weiter — in all' Deiner Ungerechtigkeit — den Schlaf des Gerechten. Leuchtend ist längst schon die Sonne aufgegangen, Du aber merkst es nicht, in der Stille Deiner Nacht, hinter den verschlossenen Läden Deines Burgfriedens... Wie lange soll sie noch draussen stehen, die Wahrheit, bettelnd und frierend, vor den Toren der Burg, und vergeblich um Einlass flehen? Während drinnen, an prunkender Tafel, die Lüge sich zu Tische setzt? Die Pforten auf! Die Wahrheit hat lange genug gewartet. Es ist Zeit, dass Ihr sie hereinlasst und ihr den Ehrenplatz bereitet. Mit dem Gaste ehrt Ihr Euch selber.

Macht Frieden draussen, dann habt Ihr ihn drinnen nicht nötig! Oeffnet die Pforten, dem freien Wort, dem Licht, das Eure Finsternis erhellen, — der Luft, die die faulen Dünste hinwegblasen soll! — Ihr erstickt da drin! — Die Pforten auf!....

Glaubt Ihr, die Sonne ginge nicht auf, wenn Ihr die Fenster vermauert? Glaubt Ihr, das Tagesgestirn werde nicht leuchten, weil Eure Fledermausaugen den Glanz nicht ertragen können? Verlasst Euch drauf, die Wahrheit wird eindringen — trotz alledem! — in Eure verschlossenen Häuser, durch Ritzen und Fugen, wie Sonnenstäubchen; durch Kamine und Rohren wird sie sich ihren Weg bahnen; den Boden unter Euren Füssen wird sie zernagen; die Decke über Euren Köpfen wegschlagen. Oeffnet und lasst sie ein: so wird Euer Haus wenigstens gerettet.

Hört Ihr aber nicht, *wollt* Ihr nicht hören — auch jetzt noch nicht! —, so wird Euer Haus zugrunde geh'n und Euch unter den Trümmern begraben. Denn ich sage Euch : *Wenn Deutschland noch weiter «siegt» wie bisher, so wird es sich zu Tode siegen.....*

Dies zu verhindern, schrieb ich mein Buch, ein Buch der *Aufklärung für's deutsche Volk.*

Die Geschichte, die auf eherner Wage Schuld und Unschuld abwägt, sie wird — das ist meine innerste Ueberzeugung — das Urteil bestätigen, das ich, mit Schmerz und Scham, als Deutscher über Deutsche fällen musste, — zur Ehre der Wahrheit, zum Wohle des deutschen Volkes. — Auch die Geschichte wird mit Flammenlettern den Wahrspruch niederschreiben : *Gewogen und zu leicht befunden!.....*

So schliesse ich mein Buch, wie ich es begonnen : mit reinem Gewissen, — mit dem sicheren Gefühl, ein gutes Werk getan und, wenn's nach Gerechtigkeit ginge, den Dank des Vaterlandes verdient zu haben.

Beendet im siebenten Kriegsmonat,
Februar 1915.

# Anlagen.



# I.

## Rede des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 4. August 1914 [1].

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, dass Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesäet wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten : nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen — gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Russland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Russland und Frankreich.

Meine Herren! Eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drange der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen. Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen.

Vom ersten Augenblick des österreichisch-serbischen Konflikts an erklären und wirken wir dahin, dass dieser Handel auf Oesterreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Russland erklärt, dass es bei der Austragung dieses Konflikts mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt. Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Russland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich aber nachdrüklich erklären, dass kriegerische Massnahmen gegen Oesterreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden, und dass militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmassregeln zwingen würden, Mobilmachung aber sei nahe

---

[1] Abgedruckt im Buch : « Der Kriegsausbruch 1914 », S. S.

dem Kriege. Russland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch, und dass es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird. Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, dass Oesterreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die grosser bischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten. Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Serajewo hin. Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg auszugleichen. Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang dieses Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mässigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Russland alle seine gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte. Oesterreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert. Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze.

Der Kaiser weist sofort den Zaren darauf hin, dass durch diese Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Oesterreich die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Trotzdem setzen wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis in das Aeusserste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war. Während der Zeit erneuert Russland spontan seine Versicherungen, dass es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe.

Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, dass Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat. Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, dass Russland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns mobil gemacht hat. Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wusste, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei aufklärenden Aufschluss. Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, in dem er sich dafür verbürgt, dass seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen werde. Aber die Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.

Und *wir*? — Wir hatten absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe! Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeit-

punkt zum Loschlagen wählten? Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen! Darum fordern wir noch am 31. Juli von Russland die Demobilisierung, als einzige Massregel, welche noch den europäischen Frieden retten könnte. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, dass wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müssten.

Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Russland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht. Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt, obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte.

So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen.

Zugleich mussten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten. Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage.

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, dass die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengstens befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zu derselben Stunde, wie wir, mobil machte, erklärte uns, es werde eine Zone von 10 Kilometern an der Grenze respektieren. Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien! Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen.

Was jene Ausnahme betrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten:

> Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des XIV. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen, nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange, bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen, haben am Schluchtpass französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich, dem Befehle gemäss, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.

So weit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet

betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen — das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!

Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Oesterreich-Ungarn.

Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, dass, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und dass wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt, und ich kann hinzusetzen, dass, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen.

Meine Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers : « Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf! » Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer grossen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, dass wir gerüstet dastehen müssten, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die grosse Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen. Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit, — hinter ihr das ganze deutsche Volk! Das ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!

Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Grösse. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung.



# II.

## Rede des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 2. Dezember 1914 [1].

« Meine Herren, Seine Majestät der Kaiser, der draussen bei der Armee ist, hat mich beauftragt, der deutschen Volksvertretung, mit der er sich in Sturm und Gefahr, in gemeinsamer Sorge für das Wohl des Vaterlandes bis zum Tode eins weiss, seine besten Wünsche und herzlichen Grüsse zu überbringen und zugleich in seinem Namen von dieser Stelle aus der ganzen Nation Dank zu sagen für die beispiellose Aufopferung und Hingabe, für die gewaltige Arbeit, die draussen und daheim von allen Schichten des Volkes ohne Unterschied geleistet worden ist und weiter geleistet wird. Auch unser erster Gedanke gilt zuerst dem Kaiser, der Armee, der Marine, unseren Soldaten, die draussen auf dem Felde und auf hoher See für die Ehre und Grösse des Reiches kämpfen. Voller Stolz und mit felsenfestem Vertrauen blicken wir auf sie, blicken wir aber auch zugleich auf unsere österreichisch-ungarischen Waffenbrüder, die treu mit uns vereint in glänzend bewährter Tapferkeit den grossen Kampf kämpfen. Noch jüngst hat sich uns in dem uns aufgedrungenen Kampfe ein Bundesgenosse gesellt, der genau weiss, dass mit der Vernichtung des Deutschen Reichs es auch mit seiner eigenen staatlichen Selbständigkeit zu Ende wäre, das Osmanenreich. Wenn unsere Gegner auch eine gewaltige Koalition gegen uns aufgeboten haben, werden sie hoffentlich erfahren haben, dass der Arm unserer mutigen Verbündeten bis an die schwachen Stellen ihrer Weltstellung reicht. Am 4. August bekannte der Reichstag den unbeugsamen Willen des gesamten Volkes, den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und unsere Unabhängigkeit bis zum äussersten zu verteidigen. Seitdem ist Grosses geschehen. Wer will die Ruhmes- und Heldentaten der Armeen, der Regimenter, der Schwadronen, der Kompagnien, der Kreuzer und Unterseeboote aufzählen, in einem Krieg, der seine Schlachtlinien durch ganz Europa, durch die Welt zieht. Erst eine spätere Zukunft wird davon zu erzählen wissen. Für heute muss es genügen, dass trotz der ungeheuren Uebermacht unserer Feinde, durch die unvergleichliche Tapferkeit unserer

---

[1] Nach dem im « Berliner Tageblatt » vom 3. Dezember abgedruckten Text.

Truppen der Krieg in Feindesland getragen ist. Dort stehen wir fest und stark da und wir dürfen mit aller Zuversicht der Zukunft entgegensehen. Aber die Widerstandskraft der Feinde ist nicht gebrochen. Wir stehen nicht am Ende der Opfer. Die Nation wird diese Opfer weiter tragen mit demselben Heroismus, mit dem sie es bisher getan hat, denn wir müssen und wir werden den Kampf, den wir, rings von Feinden bedrängt, für Recht und Freiheit führen, bis zum guten Ende durchführen. Dann werden wir auch der Unbill gedenken, mit der man sich an unseren im Auslande lebenden wehrlosen Landsleuten zum Teil in einer jeder Zivilisation hohnsprechenden Weise vergangen hat, denn, meine Herren, die Welt soll es wissen, dass niemand ungesühnt einem Deutschen ein Haar krümmen darf.

Als die Sitzung vom 4. August zu Ende gegangen war, erschien hier der grossbritannische Botschafter, um uns ein Ultimatum Englands, und bei seiner sofortigen Ablehnung die Kriegserklärung zu überreichen. Ich habe mich damals an dieser endgültigen Stellungnahme der britischen Regierung nicht auslassen können und will heute einige Bemerkungen dazu machen.

Die Verantwortung an diesem grössten aller Kriege liegt für uns klar. Die äussere Verantwortung tragen die Männer in Russland, die die Mobilisierung der gesamten russischen Armee betrieben und durchgeführt haben.

Die innere Verantwortung aber liegt bei der grossbritannischen Regierung. Das Londoner Kabinett konnte diesen Krieg unmöglich machen, wenn es unzweideutig in Petersburg erklärte, England sei nicht gewillt, aus dem österreichisch-serbischen Konflikt einen Kontinentalkrieg in Europa hervorwachsen zu lassen. Bei einer solchen Sprache wäre auch Frankreich gezwungen gewesen, Russland energisch von allen Kriegsmassnahmen abzuraten. Dann aber wären unserer Vermittlungsaktion die Wege geebnet gewesen. England hat das nicht getan. England kannte die kriegslüsternen Treibereien einer kleinen Clique, einer nicht verantwortlichen, aber sehr mächtigen Gruppe um den Zaren. England sah, wie das Rad ins Rollen kam, aber es fiel ihm nicht in die Speichen. Trotz aller Friedensbeteuerungen gab London in Petersburg zu verstehen, dass es auf der Seite Frankreichs und Russlands stehe. Das wird klar und unwiderleglich erwiesen durch die Publikationen der verschiedenen Kabinette, insonderheit durch die des englischen Blaubuches selbst. Dann aber war in Petersburg kein Halten mehr.

Wir besitzen darüber ein ganz unverfängliches Zeugnis, den Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg vom 30. Juli. Er berichtet: « Heute ist man in Petersburg fest überzeugt, und man hat selbst die Gewissheit davon, dass England Frankreich beistehen wird; dieser Beistand ist von enormem Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei die Oberhand zu veschaffen. »

Bis in den Sommer hinein haben die englischen Staatsmänner ihrem Parlament wiederholt versichert, kein Vertrag, keine Abmachung, kein Bündnis

bindet die Selbstbestimmung der englischen Regierung, falls ein Krieg ausbrechen sollte. Frei konnte England sich entscheiden, ob es an einem solchen Kriege teilnehmen wolle oder nicht. Es war also keine Bruderspflicht, kein Zwang, auch keine Bedrohung des eigenen Landes, die die englischen Staatsmänner zum Kriege veranlasste und dann sofort selbst in ihn einzutreten. Dann bleibt doch nur eines übrig: das Londoner Kabinett liess diesen Weltkrieg, diesen ungeheuerlichen Weltkrieg kommen, weil ihm diese Gelegenheit günstig erschien, mit Hilfe seiner Ententegenossen den Lebensnerv seines grössten wirtschaftlichen Konkurrenten zu zerstören. So trägt England und Russland die Verantwortung für diesen Weltkrieg, für diese Katastrophe, die über Europa, über die Welt hereingebrochen ist. Und die belgische Neutralität, die England zu schützen vorgab, ist eine Maske. Am 2. August, abends um 7 Uhr, teilten wir in Brüssel mit, die uns bekannten französischen Kriegspläne zwängen uns um unserer Selbsterhaltung wegen durch Belgien zu marschieren. Aber schon am Nachmittag dieses 2. August, also bevor man in London unsere Demarche in Brüssel kannte oder auch nur kennen konnte, hatte England Frankreich seine Unterstützung zugesagt, bedingungslos zugesagt, im Falle eines Angriffes der deutschen Flotte auf die französische Küste. Von der belgischen Neutralität verlautete kein Wort. Diese Tatsache ist festgestellt durch die Erklärungen, die Sir Edward Grey am 3. August im Unterhaus abgegeben hatte, und die mir am 4. August noch nicht bekannt waren; diese Tatsache wird bestätigt durch das englische Blaubuch selbst.

Wie hat da England behaupten können, es habe zum Säbel gegriffen, weil die belgische Neutralität von uns verletzt wurde? Das sagten die englischen Staatsmänner, denen die Vergangenheit der belgischen Neutralität bekannt war. Als ich am 4. August hier von dem Unrecht sprach, das wir mit dem Einmarsch in Belgien begängen, da stand noch nicht fest, ob sich die Brüsseler Regierung nicht in der Stunde der Not dazu verstehen würde, das Land zu schonen und sich unter Protest nach Antwerpen zurückzuziehen. Sie erinnern sich: nach der Einnahme von Lüttich ist auf Antrag unserer Heeresverwaltung eine erneute Aufforderung in diesem Sinne nach Brüssel gerichtet worden. Aus militärischen Gründen musste die Möglichkeit einer solchen Entwicklung am 4. August unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Wir hatten für die Durchlöcherung der belgischen Neutralität wohl Anzeichen, aber positive schriftliche Beweise fehlten uns noch. Die englischen Staatsmänner kannten aber diese Beweise ganz genau. Wenn jetzt durch die in Brüssel aufgefundenen Aktenstücke festgestellt worden ist, wie und in welchem Grade Belgien seine Neutralität England gegenüber preisgegeben hatte, so sind nun wirklich doch für alle Welt zwei Tatsachen bekannt geworden. Als unsere Truppen in der Nacht vom 3. auf den 4. August nach Belgien einmarschierten, da befanden sie sich in einem Lande, das seine Neutralität selbst längst durchlöchert hatte, und die weitere Tatsache steht fest, nicht um der belgischen Neutralität willen, die es selbst durchbrochen

hatte, hat uns England den Krieg erklärt, sondern weil es glaubte, zusammen mit zwei grossen Militärmächten des Festlandes unser Herr werden zu können. Seit dem 2. August, seit dem Versprechen der Kriegsfolge für Frankreich, war England nicht mehr neutral, befand es sich mit uns tatsächlich im Kriegszustande. Die Motivierung seiner Kriegserklärung war ein Schaustück, geeignet, das eigene Land und die neutralen Staaten über die wahren Beweggründe des Krieges irre zu führen. Jetzt, wo bis in alle Einzelheiten der englisch-belgische Kriegsplan enthüllt worden ist, jetzt ist auch die Politik der englischen Staatsmänner für alle Zeit vor der Weltgeschichte gekennzeichnet. Die englische Diplomatie hat ja auch noch ein Uebriges dazu getan: Auf ihren Ruf entriss uns Japan das heldenmütige Tsingtau und verletzte dabei die chinesische Neutralität. Ist etwa England gegen die Verletzung dieser Neutralität eingeschritten, hat es da diese Peinlichkeit gezeigt in der Wahrung der Rechte neutraler Staaten? Meine Herren, als ich vor fünf Jahren auf diesen Platz gerufen wurde, stand die Tripleentente festgefügt dem Dreibund gegenüber. Ein Werk Englands, bestimmt, dem seit Jahrhunderten befolgten Grundsatz englischer Politik, sich gegen die jeweils stärkste Macht auf dem Kontinent zu wenden, zur Durchführung zu verhelfen. Darin lag von vorneherein der aggressive Charakter der Tripleentente im Gegensatz zu der rein defensiven Bedeutung des Dreibundes, denn ein Volk von der Grösse und Tüchtigkeit des deutschen, lässt sich in der freien Entfaltung seiner Kräfte nicht einschnüren. Angesichts dieser politischen Konstellation war der deutschen Politik der Weg klar gewiesen. Wir mussten versuchen, durch Verständigung mit einzelnen Mächten der Entente die Kriegsgefahr zu bannen, wir mussten gleichzeitig unsere Wehrmacht so stärken, dass, wenn der Krieg doch kam, wir stark genug sein konnten, ihn durchzuführen. Sie wissen, wir haben beides getan. In Frankreich stiessen wir immer auf den alten Revanchegedanken. Von ehrgeizigen Politikern genährt erwies er sich stärker als der zweifellos von einem Teil des französischen Volkes gehegte Wunsch nach nachbarlichen Beziehungen mit uns. Mit Russland kam es zwar zu vereinzelten Vereinbarungen, aber die feste Allianz Russlands mit Frankreich, der Gegensatz Russlands zu dem mit uns verbündeten Oesterreich-Ungarn und ein von panslavistischen Gelüsten grossgezüchteter Deutschenhass verhinderte jede Verständigung zur Abwehr einer Kriegsgefahr. Am freiesten verhältnismässig stand noch England da. Mit grosser Emphase haben die englischen Staatsmänner immer wieder die Freiheit der Entschliessung für die britische Regierung vor ihrem Parlamente vertreten und gerühmt. Hier konnte am ersten eine Verständigung versucht werden, die dann tatsächlich den Weltfrieden garantiert hätte. Danach musste ich handeln und habe ich gehandelt. Der Weg war schmal, das wusste ich wohl. Die insulare englische Denkungsart hat im Laufe der Jahrhunderte einen politischen Grundsatz mit der Kraft eines selbstverständlichen Dogmas ausgestattet, den Grundsatz, dass England ein arbitrium mundi (Schiedsrichteramt der Welt) gehört, das nur aufrechterhalten werden könne

durch die unbestrittene Seeherrschaft einerseits und das viel genannte Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent andererseits. Ich habe niemals gehofft, diesen alten englischen Grundsatz durch Zureden zu brechen. Was mir möglich erschien, das war, dass die wachsende Kraft Deutschlands, das wachsende Risiko eines Krieges England hätte einsehen lassen, dass dieser von der englischen Politik so lange vertretene Grundsatz veraltet und unpraktisch geworden ist, dass ein friedlicher Ausgleich mit Deutschland vorzuziehen ist. Dies Dogma war aber so fest eingewachsen, dass es alle Versuche einer entschiedenen Verständigung lähmte. Einen neuen Anstoss bekamen die Verhandlungen durch die Krisis von 1911. Ueber Nacht hatte das englische Volk erkannt, dass es vor dem Abgrund eines europäischen Krieges gestanden hatte. Von der Volksstimmung gezwungen, wollten sich die englischen Staatsmänner an Deutschland annähern. In langer und mühevoller Arbeit ist es gelungen, zu wirtschaftlichen Interessenabkommen zu gelangen, die in erster Linie Vorderasien und Afrika berührten und die bestimmt waren, mögliche politische Reibungsflächen zu vermindern. Die Welt ist weit, sie besitzt Raum genug für die freie Entfaltung beider Völker nebeneinander, wenn man sie nur nicht behindern und einschränken will in ihrer freien Entfaltung. Das ist der Grundsatz, den unsere Politik von jeher vertreten hat. Aber, meine Herren, während wir so verhandelten, war England unablässig darauf bedacht, seine Beziehungen zu Russland und Frankreich zu befestigen. Das Entscheidende dabei war, dass über das politische Gebiet hinaus immer festere militärische Abkommen für den Fall eines Kontinentalkrieges getroffen wurden. England betrieb diese Verhandlungen möglichst geheim. Wenn etwas davon an die Oeffentlichkeit durchsickerte — es is mehrfach geschehen —, dann war die englische Regierung bestrebt, die Sache vor ihrem Parlament und in der Presse als völlig harmlos hinzustellen. Verborgen sind uns diese Abmachungen Englands nicht geblieben. Ich habe darüber Veröffentlichungen erscheinen lassen. Die gesamte Situation war eben die, England war bereit, sich über Einzelfragen mit uns zu verständigen, oberster und erster Grundsatz der englischen Politik aber blieb: Deutschland muss in der freien Entfaltung seiner Kräfte in Schach gehalten werden durch die balance of power. Das ist die Grenzlinie für freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland. Zu dem Zweck wurde die Tripleentente aufs äusserste ausgebaut. Als die Freunde militärische Zusicherungen verlangten, sind die Engländer sofort bereit, sie zu geben. Damit war der Ring geschlossen. England ist Frankreichs Gefolgschaft sicher und damit auch der Russlands. Aber freilich, auch England bindet seinen Willen. Wollen Frankreich oder Russland, wo die in beiden Ländern vorhandenen chauvinistischen Kreise in der militärischen Konnivenz Englands ihre stärkste Stütze finden, wollen Frankreich oder Russland losgehen, England ist moralisch in den Händen seiner Freunde. Und das alles zu welchem Zweck? Deutschland muss niedergehalten werden. Wir haben es an Warnungen bei der englischen Regierung nicht fehlen lassen. Noch zu

Anfang Juli dieses Jahres habe ich der englischen Regierung andeuten lassen, dass mir ihre geheimen Verhandlungen mit Russland über eine Marinekonvention bekannt seien. Ich habe sie auf die ernsten Gefahren aufmerksam gemacht, die diese englische Politik für den Weltfrieden berge. Vierzehn Tage später schon trat ein, was ich vorausgesagt hatte. Wir haben aus dieser Gesamtlage der Dinge die Konsequenzen gezogen. In schneller Aufeinanderfolge habe ich Ihnen die grössten Rüstungsvorlagen gebracht, die die deutsche Geschichte kennt, und Sie haben in voller Erkenntniss der Gefahren, die uns umgaben, opferbereit und willig dem Vaterlande das bewilligt, was zu seiner Verteidigung notwendig war. Als nun der Krieg ausgebrochen war, hat England jeden Schein beiseite geworfen. Laut und offen verkündet es: England will kämpfen, bis Deutschland wirtschaftlich und militärisch niedergezwungen ist. Panslavistischer Deutschenhass ruft jubelnd Beifall dazu, Frankreich hofft mit der ganzen Kraft einer alten soldatischen Nation die Scharte von 1870 wieder auswetzen zu können. Meine Herren, darauf haben wir nur eine Antwort an unsere Feinde: Deutschland lässt sich nicht vernichten!

Ebenso wie unsere militärischen Kräfte haben sich unsere finanziellen Kräfte glänzend bewährt und sich rückhaltlos in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Das Wirtschaftsleben ist aufrechterhalten, die Arbeitslosigkeit ist eine verhältnismässig geringe, Deutschlands Organisationskraft und Organisationskunst suchen in immer neuen Formen kommenden Uebeln vorzubeugen, vorhandene Schäden auszugleichen. Kein Mann, keine Frau entzieht sich der freiwilligen Mitarbeit, keine Werbetrommel braucht dazu gerührt zu werden. Und alles zu dem einzigen und grossen Zweck, für das Land der Väter, für die Hoffnung der Kinder und Enkel alles hinzugeben an Gut und Blut. Es zeigt sich ein Geist, eine sittliche Grösse des Volkes wie ihn die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat. Wenn dieser millionenhaft bewährte Opfermut unseres Volkes in Waffen gegenüber einer Welt von Feinden von unseren Gegnern als Militarismus geschmäht wird, wenn sie uns Hunnen und Barbaren schelten, wenn sie fluchwürdige Lügen auf dem Erdenrund verbreiten — wir sind stolz genug, um uns nicht darum zu grämen. Dieser wunderbare Geist, der die Herzen Deutschlands durchglüht in niegesehener Einigkeit, in der unbedingten Hingabe des einen an den andern, der muss und der wird siegen. Wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten, als das heiligste Vermächtnis aus dieser furchtbar ernsten und grossen Zeit. Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergesunken, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Missverstand, in Missgunst und in Misstrauen. Es ist wie eine Befreiung und wie eine Beglückung, dass einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt worden ist, dass nur noch der Mann gilt, einer dem andern gleich, einer dem andern die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel. Ich brauche noch einmal die Worte, die beim Ausbruch des

Krieges der Kaiser gebraucht hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Meine Herren, wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren, denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf gibt es kein politisches Leben, auch für das freieste und glücklichste Volk! Aber, meine Herren, kämpfen wollen wir dafür — und ich für mein Teil verspreche es Ihnen zu tun — dass in diesen Kämpfen es nur mehr Deutsche geben darf.

Ich schliesse meine kurzen Ausführungen — es ist nicht die *Zeit* für Worte, ich kann nicht über alle Fragen sprechen, die das Volk und mich am tiefsten bewegen. Nur noch eins: In Treue und mit heissem Dank denken wir der Söhne Deutschlands, die auf den Schlachtfeldern in Ost und West, auf hoher See, an den Gestaden des Stillen Ozeans, in unseren Kolonien ihr Leben für das Vaterland gelassen haben. Vor ihrem jetzt verstummten Heldenmut einigen wir uns in dem Gelöbnis, auszuharren bis zum letzten Hauch, damit Enkel und Söhne in einem stärkeren Deutschland frei und gesichert vor fremder Drohung und Gewalt an der Grösse des Reiches weiterarbeiten können. Dies Gelöbnis soll hinausschallen zu unseren Söhnen und Brüdern, die weiter kämpfen gegen den Feind, zu dem Herzblut Deutschlands, das in dem zahl- und namenlosen Heldentum aufwallt, für das wir bereit sind, alles hinzugeben, was wir haben, hinausschallen zu unseren Landsleuten im Ausland, den Zurückgehaltenen, den Gefährdeten, den für uns Sorgenden draussen, den Gefangenen und den Misshandelten. Wir halten durch, meine Herren, und ich bitte Sie, durch die Annahme unserer Vorlagen das zu bekräftigen. Wir halten durch, bis wir die Sicherheit haben, dass keiner mehr unseren Frieden stören wird, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft pflegen und entfalten wollen als freies Volk.

# III.

## Runderlass des Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg an die Kaiserlichen Botschafter und Gesandten vom 24. Dezember 1914.

Grosses Hauptquartier, den 24. Dezember 1914.

In der Rede, die Ministerpräsident Viviani in der französischen Kammer gehalten hat, befindet sich der Passus, dass Frankreich und Russland am 31. Juli dem englischen Vorschlag beigestimmt hätten, die militärischen Vorbereitungen einzustellen und in Verhandlungen in London einzutreten. Hätte Deutschland zugestimmt, so hätte der Friede noch in dieser letzten Stunde erhalten werden können.

Da ich diese im französischen Parlament ausgesprochene falsche Behauptung gegenwärtig von der Tribüne des Deutschen Reichstages nicht widerlegen kann, so sehe ich mich veranlasst, Euer pp. die nachfolgenden Darlegungen zuzustellen mit dem Ersuchen, davon den weitestgehenden Gebrauch zu machen.

Der britische Konferenzvorschlag, der im englischen Blaubuch unter Nummer 36 abgedruckt ist, stammt vom 26. Juli. Sein Inhalt war, dass Vertreter von Deutschland, Frankreich, Italien mit Sir Edward Grey in London zusammentreten sollten, um dort einen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die in der serbischen Frage entstanden waren, zu suchen. Von Anfang an ha- Deutschland den Standpunkt vertreten, dass der serbisch-österreichische Konflikt eine Angelegenheit sei, die nur die nächstbeteiligten beiden Staaten berühre. Diesen Standpunkt hat auch Sir Edward Grey später selbst anerkannt.

Deutschland musste den englischen Konferenzvorschlag ablehnen, weil es nicht zulassen konnte, dass Oesterreich-Ungarn in einer Frage seiner nationalen Lebensinteressen, die nur Oesterreich-Ungarn selbst anging, einem Tribunal der Grossmächte unterstellt würde. Aus dem deutschen Weissbuch geht hervor, dass auch Oesterreich-Ungarn den Konferenzvorschlag als unannehmbar bezeichnete. Durch seine Kriegserklärung an Serbien dokumentierte es seinen festen Willen, die serbische Frage ohne das Dazwischentreten der Mächte allein zu regeln. Zugleich erklärte es aber um alle gerechten An-

sprüche Russlands zu befriedigen, sein vollkommenes territoriales Desinteressement Serbien gegenüber. Da Russland sich nicht mit dieser Versicherung begnügte, war aus der serbischen Frage eine europäische geworden die zunächst in einer Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland ihren Ausdruck fand. Um zu verhindern, dass aus dieser Spannung eine europäische Konflagration sich entwickelte, musste ein neuer Boden gesucht werden, auf dem eine Vermittlungsaktion der Mächte sich anbahnen konnte. Es war Deutschland, dem das Verdienst gebührt, diesen Boden zuerst betreten zu haben.

Staatssekretär v. Jagow wies in seinem Gespräch mit dem britischen Botschafter am 27. Juli darauf hin, dass er in dem Wunsche Russlands, mit Oesterreich Ungarn direkt zu verhandeln, eine Entspannung der Lage und die beste Aussicht auf eine friedliche Lösung erblickte. Diesen Wunsch, durch den die englische Konferenzidee auch nach russischer Meinung vorläufig ausgeschaltet war, hat Deutschland von dem Tage, wo er geäussert wurde, mit aller Energie, die ihm zu Gebote stand, in Wien unterstützt. Kein Staat kann ehrlicher und energischer danach gestrebt haben, den Frieden der Welt zu erhalten, als Deutschland.

England selbst verzichtete nunmehr darauf, seine Konferenzidee weiter zu verfolgen und unterstützte auch seinerseits den Gedanken der direkten Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg. (Blaubuch 67.)

Diese begegneten jedoch Schwierigkeiten, und zwar Schwierigkeiten, die nicht von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern von den Ententemächten herbeigeführt wurden. Sollte Deutschlands Bemühen gelingen, so bedurfte es des guten Willens der nicht unmittelbar engagierten Mächte, es bedurfte aber auch des Stillhaltens der Hauptbeteiligten, denn wenn eine der beiden Mächte, zwischen denen vermittelt werden sollte, die im Gange befindliche Aktion durch militärische Massnahmen störte, so war von vornherein klar, dass diese Aktion nie zum Ziele gelangen konnte.

Wie stand es nun mit dem guten Willen der Mächte?

Wie Frankreich sich verhielt, ergibt sich mit Deutlichkeit aus dem französischen Gelbbuch. Es traute den deutschen Versicherungen nicht. Alle Schritte des deutschen Botschafters, Freiherrn v. Schoen, wurden mit Misstrauen aufgenommen, sein Wunsch auf mässigende Einwirkung Frankreichs in Petersburg wurde nicht beachtet, denn man glaubte annehmen zu sollen, dass die Schritte Herrn v. Schoens nur dazu bestimmt waren, « à compromettre la France au regard de la Russie ». Aus dem französischen Gelbbuch ergibt sich, dass Frankreich keinen einzigen positiven Schritt im Interesse des Friedens getan hat.

Was für eine Haltung hat England angenommen? In den diplomatischen Gesprächen gab es sich den Anschein, bis zur letzten Stunde zu vermitteln, aber seine äusseren Handlungen hatten es auf eine Demütigung der beiden Dreibundmächte abgesehen. England war die erste Grossmacht, die militärische Massnahmen im grossen Stile anordnete und dadurch eine Stimmung,

insbesondere bei Russland und Frankreich schuf, die allen Vermittlungsaktionen im höchsten Grade abträglich war. Es ergibt sich aus dem Berichte des französischen Geschäftsträgers in London vom 27. Juli (Gelbbuch Nr. 66), dass schon am 24. Juli der Befehlshaber der englischen Flotte diskret seine Massnahmen für die Zusammenziehung der Flotte bei Portland getroffen hatte. Grossbritannien hat also früher mobilisiert, als selbst Serbien. Grossbritannien hat sich ferner ebenso wie Frankreich geweigert, in Petersburg mässigend und zügelnd einzuwirken. Auf die Meldungen des englischen Botschafters in Petersburg, aus denen ganz klar hervorging, dass nur eine Mahnung an Russland, mit der Mobilisation einzuhalten, die Situation retten konnte, hat Sir E. Grey nichts getan, sondern die Dinge gehen lassen, wie sie gingen. Zu gleicher Zeit hat er aber geglaubt, dass es nützlich sein würde, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wenn auch in nicht ganz klarer Weise, doch deutlich genug darauf hinzuweisen, dass sich auch England an einem europäischen Kriege beteiligen könnte. — Zu derselben Zeit also, wo England sich von dem Fallenlassen seiner Konferenzidee den Anschein gab zu wünschen, dass sich Oesterreich-Ungarn auf Deutschlands Vermittelung hin nachgiebig zeigen sollte, weist Sir Edward Grey den österreichisch-ungarischen Botschafter in London auf die englische Flottenmobilisation hin (Blaubuch 48), gibt dem deutschen Botschafter zu verstehen, dass sich auch England an einem Kriege beteiligen könnte, und unterrichtet die Botschafter des Zweibundes sofort von dieser an die deutsche Adresse gerichteten Warnung womit der Sieg der Kriegspartei in Petersburg besiegelt war. Es war das gerade diejenige Haltung, die nach der sachverständigen Ansicht des englischen Botschafters Buchanan am ungeeignetsten war, eine gute Stimmung zwischen den Mächten hervorzurufen.

Unter diesen Schwierigkeiten wird man es als einen besonderen Erfolg betrachten dürfen, dass es Deutschland gelang, Oesterreich-Ungarn dem Wunsche Russlands, in Sonderverhandlungen einzutreten, geneigt zu machen. Hätte Russland, ohne seinerseits militärische Massnahmen zu treffen, die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, das nur gegen Serbien mobilisiert hatte, im Gang gehalten, so hätte die volle Aussicht auf Erhaltung des Weltfriedens bestanden. Statt dessen mobilisierte Russland gegen Oesterreich-Ungarn, wobei Sazonow sich völlig klar darüber war (vergleiche Blaubuch 78), dass damit alle direkten Verständigungen mit Oesterreich-Ungarn hinfielen. Das mühsame Resultat der deutschen Vermittlungsverhandlungen war damit mit einem Schlage erledigt.

Was geschah nun seitens der Ententemächte, um den Frieden in dieser letzten Stunde zu erhalten? Sir E. Grey nahm seinen Konferenzvorschlag wieder auf. Auch nach Ansicht des Herrn Sazonow war jetzt der geeignete Moment gekommen, um unter dem Druck der russischen Mobilisation gegen Oesterreich-Ungarn den alten englischen Gedanken der Konversation zu vieren wieder zu empfehlen. (Deutsches Weissbuch Seite 7.) Graf Pourtalès liess den Minister nicht im Zweifel darüber, dass nach seiner Auffassung die

Ententemächte hiermit dasselbe von Oesterreich-Ungarn verlangten, was sie Serbien nicht hatten zumuten wollen: nämlich unter militärischem Druck nachzugeben. Unter solchen Umständen konnte Deutschland und Oesterreich-Ungarn der Konferenzgedanke unmöglich sympathisch sein. Trotzdem erklärte Deutschland in London, dass es im Prinzip den Vorschlag einer Intervention der vier Mächte annehme, ihm widerstrebe lediglich die Form einer Konferenz. Gleichzeitig drang der deutsche Botschafter in Petersburg in Sazonow, auch seinerseits Konzessionen zu machen, um ein Kompromiss zu ermöglichen. Dass diese Bemühungen fruchtlos blieben, ist bekannt. Russland selbst schien an der weiteren Vermittlungstätigkeit Deutschlands in Wien, die bis zur letzten Stunde weitergeführt wurde, nichts mehr zu liegen. Es ordnete in der Nacht vom 30. zum 31. Juli die Mobilisation seiner gesamten Streitkräfte an, was die Mobilisation Deutschlands und dessen spätere Kriegserklärung zur Folge haben musste.

Angesichts dieses Ganges der Ereignisse ist es nicht verständlich, wie ein verantwortlicher Staatsmann den Mut finden kann, zu behaupten, dass Deutschland, das sich der russischen Mobilisation, den militärischen Vorbereitungen Frankreichs und der Mobilisierung der englischen Flotte gegenüber fand, noch am 31. Juli durch die Annahme einer unter den erhobenen Waffen der Ententemächte abzuhaltenden Konferenz den Frieden hätte retten können. Es war nicht das bis zur letzten Stunde in Wien vermittelnde Deutschland, das die Idee der Vermittlung der vier Mächte unmöglich gemacht hat, es waren die militärischen Massnahmen der Ententemächte, die Friedensworte im Munde führten, während sie zum Kriege entschlossen waren.

v. BETHMANN HOLLWEG.

# Inhaltsverzeichnis.

# I.

## Deutschland, wach' auf!



# II.

## Vorgeschichte des Verbrechens.



# III.

## Das Verbrechen. 

## IV.

## Die Folgen der Tat.



## V.

## Die Zukunft.



## Epilog.



## Anlagen.






UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 27 05 04 003 4